Bericht über die menschliche Entwicklung **2013**

Der Aufstieg des Südens:
Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2013 ist der neueste in der Reihe der Berichte, die seit 1990 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) herausgegeben werden. Sie bieten unabhängige und empirisch fundierte Analysen entwicklungspolitischer Themen, Trends und Handlungskonzepte.

Weitere Materialien im Zusammenhang mit dem *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2013 können folgender Internetseite entnommen werden: http://hdr.undp.org. Hier finden sich auch Volltexte und Zusammenfassungen des Berichts in mehr als 20 Sprachen. Darüber hinaus gibt es eine Sammlung von Forschungsarbeiten zur menschlichen Entwicklung, die für den Bericht von 2013 in Auftrag gegeben worden sind, interaktive Karten und Datenbanken zu nationalen Indikatoren der menschlichen Entwicklung, vollständige Erklärungen der Quellen und Methodologien, die für die Indizes der menschlichen Entwicklung des Berichts verwendet wurden, Länderprofile und andere Hintergrundmaterialien sowie auch ältere globale, regionale und nationale Berichte über die menschliche Entwicklung.
Die Berichte über die menschliche Entwicklung in deutscher Sprachfassung sowie weiteres deutschsprachiges Material finden Sie auf: www.dgvn.de/un-berichte.html

Bericht über die menschliche Entwicklung 2013

Der Aufstieg des Südens:
Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt

Empowered lives.
Resilient nations.

Veröffentlicht für das
Entwicklungsprogramm
der Vereinten Nationen
(UNDP)

Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen
(Deutsche Ausgabe)
Berlin 2013

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN e. V.
Zimmerstraße 26/27
D-10969 Berlin
Telefon: (0 30) 25 93 75-0
Telefax: (0 30) 25 93 75-29
E-Mail: info@dgvn.de
Internet: www.dgvn.de
ISBN 978-3-923904-71-6

Originaltitel: Human Development Report 2013
The Rise of the South:
Human Progress in a Diverse World

Copyright © 2013 United Nations Development Programme (UNDP)
1 UN Plaza, New York, New York, 10017, USA

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ohne vorherige Genehmigung durch den Herausgeber dürfen keine Auszüge aus dieser Publikation angefertigt, reproduziert, archiviert oder übermittelt werden, auch nicht elektronisch, als Fotokopie, Aufnahme oder auf andere Weise.

Design: Melanie Doherty Design, San Francisco, CA

Der Druck und das verwendete Papier erfüllen die derzeit strengsten Umweltstandards. Die Umschlag– und Innenseiten sind gedruckt auf 100 Prozent recyceltem, chlorfreiem Altpapier, das mit dem Blauen Engel und FSC zertifiziert ist. Klimaneutraler Druck mit besonders umweltschonender Technologie. Zur Kompensation der ausgestoßenen Treibhausgase in Höhe von 2,5 Tonnen CO_2-Äquivalenten wurden zertifizierte Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen eines Wasseraufbereitungsprojekts in Kenia gefördert.

DEUTSCHE AUSGABE

Übersetzung: Klaus Birker, Ahrweiler
Angela Großmann, Bonn
Christina Kamp, Bonn
Gabriele Lassen-Mock, Berlin
Petra Löffler, Niefern
Bernd Neidlein, Istanbul

Redaktion: Michael Adrian, Ulrich Keller, Sabine Krieger-Matila

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die
Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Berlin © 2013

Satz: EMS Eckert Medienservice, Rheinbach

Druck: Druckhaus Berlin-Mitte

Vertrieb und Verlag: UNO-Verlag gGmbH
im W.Bertelsmann Verlag (wbv)
Auf dem Esch 4
D-33619 Bielefeld
Tel.: 00 49/52 19 11 01-13
E-Mail: uno-verlag@wbv.de
Online: uno-verlag.de

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C013894
FSC www.fsc.org

klimaneutral

Die diesjährige deutsche Ausgabe des Berichts über die menschliche Entwicklung war nur dank der finanziellen Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung möglich.

Team für den Bericht über die menschliche Entwicklung 2013

Direktor und leitender Autor
Khalid Malik

Recherche und Statistik
Maurice Kugler (Leitung Recherche), Milorad Kovacevic (Leitung Statistik), Subhra Bhattacharjee, Astra Bonini, Cecilia Calderón, Alan Fuchs, Amie Gaye, Iana Konova, Arthur Minsat, Shivani Nayyar, José Pineda und Swarnim Waglé

Kommunikation und Publikation
William Orme (Leitung), Botagoz Abdreyeva, Carlotta Aiello, Eleonore Fournier-Tombs, Jean-Yves Hamel, Scott Lewis und Samantha Wauchope

Nationale Berichte über die menschliche Entwicklung
Eva Jespersen (Stellvertretende Direktorin), Christina Hackmann, Jonathan Hall, Mary Ann Mwangi und Paola Pagliani

Operative Abwicklung und Verwaltung
Sarantuya Mend (Leitung operative Abwicklung), Ekaterina Berman, Diane Bouopda, Mamaye Gebretsadik und Fe Juarez-Shanahan

Vorwort

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2013, „Der Aufstieg des Südens: Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt", betrachtet die geopolitischen Entwicklungen unserer Zeit, untersucht sich abzeichnende Fragestellungen und Trends sowie die neuen Akteure, die die Entwicklungslandschaft prägen.

Der Bericht stellt fest, dass die eindrucksvolle Transformation einer großen Anzahl von Entwicklungsländern zu dynamischen großen Volkswirtschaften mit wachsendem politischen Einfluss erhebliche Auswirkungen auf den Fortschritt der menschlichen Entwicklung ausübt.

Der Bericht konstatiert, dass während der letzten zehn Jahre alle Länder ihre Leistungen in den Dimensionen Bildung, Gesundheit und Einkommen, wie sie durch den Index der menschlichen Entwicklung (HDI) gemessen werden, in solch einem Ausmaß gesteigert haben, dass kein Land, für das Daten vorliegen, im Jahr 2012 einen niedrigeren HDI-Wert hatte als im Jahr 2000. Da für diesen Zeitraum in Ländern mit niedrigerem HDI-Wert ein schnellerer Fortschritt zu verzeichnen war, kam es zu einer merklichen Annäherung der HDI-Werte weltweit, obwohl sich der Fortschritt in und zwischen den Regionen uneinheitlich abspielte.

Mit besonderem Blick auf die Länder, die zwischen 1990 und 2012 sowohl in der einkommens- als auch in der nicht-einkommensbezogenen Dimension der menschlichen Entwicklung ihren HDI-Wert wesentlich erhöhten, untersucht der Bericht diejenigen Strategien, die es ihnen ermöglichten, zu so einem guten Ergebnis zu kommen. Diesbezüglich leistet der Bericht von 2013 einen wesentlichen Beitrag für das Nachdenken über Entwicklung, indem spezielle Triebkräfte der Entwicklung beschrieben werden und indem Schwerpunkte einer zukünftigen Politik vorgeschlagen werden, die dabei helfen könnten, solche Dynamiken zu unterstützen.

Laut der Zukunftsprognosen, die für diesen Bericht erstellt wurden, wird bis 2020 die gesamte Wirtschaftsleistung von allein drei führenden Entwicklungsländern – Brasilien, China und Indien – die Gesamtproduktion von Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten übersteigen. Ein großer Teil dieses Wachstums wird durch neue Handels- und Technologiepartnerschaften innerhalb des Südens vorangetrieben, wie dieser Bericht außerdem zeigt.

Eine Hauptaussage dieses Berichts sowie auch früherer Berichte über die menschliche Entwicklung besteht jedoch darin, dass Wirtschaftswachstum sich nicht automatisch als ein Fortschritt der menschlichen Entwicklung interpretieren lässt. Politische Maßnahmen für Arme und erhebliche Investitionen in die Befähigung von Menschen – indem ein Schwerpunkt auf Bildung, Ernährung und Gesundheit sowie auf ihre Qualifizierung für Erwerbstätigkeit gelegt wird – kann den Zugang zu menschenwürdiger Arbeit erweitern und nachhaltigen Fortschritt ermöglichen.

Der Bericht von 2013 benennt vier konkrete Schwerpunktbereiche, um der Entwicklung Dynamik zu verleihen: Gerechtigkeit fördern, auch im Bereich der Geschlechter; größeres Mitspracherecht und Mitbestimmung von Bürgern ermöglichen, auch für Jugendliche; dringliche Umweltprobleme angehen und dem demografischen Wandel begegnen.

Da die globalen Herausforderungen für Entwicklung immer komplexer und grenzüberschreitender werden, weist der Bericht außerdem darauf hin, dass ein koordiniertes Vorgehen bei den dringlichsten Herausforderungen unserer Zeit, egal ob es sich um Armutsbekämpfung, Klimawandel oder Frieden und Sicherheit handelt, unerlässlich ist. Da Länder durch Handel, Migration sowie Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend miteinander verbunden sind, überrascht es nicht, dass politische Entscheidungen, die an einer Stelle getroffen werden, beträchtliche Auswirkungen an einer anderen Stelle haben. Die Krisen der letzten Jahre – bezüglich Ernährung, Finanzen und Klima –, die das Leben so vieler Menschen zerstört haben, weisen darauf

hin. Außerdem zeigen sie, wie wichtig es ist, daran zu arbeiten, die Anfälligkeit von Menschen für Störfälle und Katastrophen zu reduzieren.

Um sich die Fülle an Wissen, Expertise und Nachdenken über Entwicklung im Süden zunutze zu machen, fordert der Bericht neue Institutionen, die regionale Integration und eine Süd-Süd-Kooperation ermöglichen. Aufstrebende Mächte unter den Entwicklungsländern sind bereits jetzt Quellen von innovativen sozial- und wirtschaftspolitischen Ansätzen und wichtige Handels- und Investitionspartner und zunehmend auch Kooperationspartner in Entwicklungsfragen für andere Entwicklungsländer.

Viele andere Länder im ganzen Süden hatten eine rasche Entwicklung zu verzeichnen, und ihre Erfahrungen und ihre Süd-Süd-Kooperation sind ebenfalls eine Inspiration für die Entwicklungspolitik. UNDP kann hierbei eine nützliche Rolle als Vermittler von Wissen und von Partnern – Regierungen, Zivilgesellschaften und multinationalen Unternehmen – spielen, um Erfahrungen auszutauschen. Eine unserer Schlüsselfunktionen besteht außerdem darin, Lernen zu ermöglichen und Hilfe zur Selbsthilfe auszubauen. Dieser Bericht bietet hilfreiche Erkenntnisse für unser zukünftiges Engagement in Süd-Süd-Kooperationen.

Schließlich fordert der Bericht dazu auf, einen kritischen Blick auf Global-Governance-Institutionen zu werfen, um eine gerechtere und gleichberechtigtere Welt voranzubringen. Er weist auf veraltete Strukturen hin, die die neuen ökonomischen und geopolitischen Realitäten, die wir beschreiben, nicht widerspiegeln, und zieht Möglichkeiten für eine neue Ära der Partnerschaft in Betracht. Er fordert außerdem größere Transparenz und stärkere Rechenschaftspflicht und unterstreicht die Rolle, die die globale Zivilgesellschaft dabei spielt, hierfür und für eine größere Entscheidungsbefugnis derjenigen einzutreten, die durch die globalen Herausforderungen am direktesten betroffen sind. Das sind oft die ärmsten und wehrlosesten Menschen unserer Welt.

Die Diskussion über Entwicklungsfragen wird über das Jahr 2015 hinaus weltweit weitergeführt werden. Und so hoffe ich, dass viele sich die Zeit nehmen werden, diesen Bericht zu lesen und über seine Lehren für unsere sich schnell wandelnde Welt nachzudenken. Der Bericht verändert unser Verständnis vom gegenwärtigen Zustand der globalen Entwicklung und zeigt, wie viel man aus den Erfahrungen des raschen Entwicklungsfortschritts in so vielen Ländern des Südens lernen kann.

Helen Clark
Administratorin
Entwicklungsprogramm der
Vereinten Nationen

Danksagungen

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* ist ein Gemeinschaftswerk des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung (HDRO) und vieler geschätzter externer Berater und Mitwirkender. Dennoch sind die Ergebnisse, Analysen und politischen Empfehlungen dieses Berichts, wie auch früherer Berichte, allein diejenigen der Autoren.

Die Veröffentlichung dieses Berichts im März 2013 stellt eine Rückkehr zum ursprünglichen Zeitplan des Berichts über die menschliche Entwicklung dar, bei dem er weltweit im ersten Teil des Jahres veröffentlicht wird. Durch diesen Termin ist es möglich, dass die zusammengesetzten Indizes des Berichts die aktuellsten statistischen Indikatoren beinhalten und dass mehr Möglichkeiten geschaffen werden, die Hauptergebnisse und -botschaften des Berichts während des Jahres zu diskutieren.

Mahbub ul Haq unterstützte die Erstellung dieses Berichts, indem er die ersten Berichte über die menschliche Entwicklung einer genauen Durchsicht unterzog. In diesem Sinne beginnt der Bericht mit einer Darstellung des gegenwärtigen „Zustands der menschlichen Entwicklung", indem die hauptsächlichen Trends und Fragestellungen zur menschlichen Entwicklung heute in der Welt betrachtet werden. Der Bericht profitierte außerdem stark von der klugen Beratung durch Amartya Sen und Frances Stewart, enge Mitarbeiter Mahbubs, die dankenswerterweise sowohl entscheidende Ratschläge als auch Beiträge in schriftlicher Form zur Verfügung stellten.

Wir freuen uns, dass dieser Bericht Namensbeiträge unter anderem des Bürgermeisters von New York Michael Bloomberg, des Präsidenten der Japan International Cooperation Agency, Akihiko Tanaka, und des Entwicklungsministers der Türkei, Cevdet Yılmaz, enthält. Wir danken besonders den Autoren der Forschungsarbeiten, die vom HDRO in Auftrag gegeben worden sind, die einen wichtigen Beitrag dabei leisteten, dass wir die anzugehenden Fragen besser verstehen: Fred Block, Nader Fergany, Ilene Grabel, Khalil Hamdani, Patrick Heller, Barry Hughes, Inge Kaul, Peter Kragelund, Shiva Kumar, Wolfgang Lutz, Deepak Nayyar, Leonce Ndikumana und Ngaire Woods.

Während der gesamten Erstellung des Berichts erhielten wir unschätzbar wertvolle Erkenntnisse und Ratschläge von unserem hervorragenden Beratungsgremium, besonders von Edward S. Ayensu, Cristovam Buarque, Michael Elliott, Jayati Ghosh, Patrick Guillaumont, Nanna Hvidt, Rima Khalaf, Nora Lustig, Sir James Alexander Mirrlees, Rajendra K. Pachauri, Samir Radwan, Rizal Ramli, Gustav Ranis, Frances Stewart, Miguel Székely und Kandeh K. Yumkella.

Wir danken außerdem dem Statistikergremium des HDRO, das uns fachkundigen Rat zu Methodologien und zur Datenauswahl für die Berechnung der Indizes der menschlichen Entwicklung für diesen Bericht zur Verfügung stellte: Anthony Atkinson, Rachid Benmokhtar Benabdellah, Enrico Giovannini, Peter Harper, Anthony K.M. Kilele, Ben Paul Mungyereza, Hendrik Van der Pol, Marcia Quintsler und Eduardo Sojo Garza-Aldape.

Die zusammengesetzten Indizes des Berichts und andere statistische Quellen stützen sich auf die Fachkenntnis der führenden internationalen Datenanbieter in ihren Spezialgebieten. Und wir danken ihnen außerdem für ihre kontinuierliche kollegiale Zusammenarbeit mit dem Team für den Bericht über die menschliche Entwicklung. Für die Gewährleistung von Exaktheit und Klarheit profitierte die statistische Analyse des Berichts außerdem von einer externen Überprüfung der statistischen Ergebnisse durch Akmal Abdurazakov, Sabina Alkire, Virginija Cruijsen, Kenneth Harttgen und Claudio Montenegro.

Die Beratungstreffen, die weltweit während der Erstellung des Berichts abgehalten wurden, waren auf die Unterstützung vieler Institutionen und Einzelpersonen angewiesen, die hier nicht alle aufgeführt werden können. Die Konsultationen fanden zwischen September 2011 und Juni 2012 in Addis Abeba, Bonn, Brasilia, Colombo, Genf, New York, Rabat, Santiago

und Tokio statt. Für die Unterstützung durch Partnerinstitutionen, einschließlich der UNDP-Landes- und Regionalbüros, aufgelistet unter http://hdr.undp.org/ en/reports/hdr2013/consultations, sind wir sehr dankbar.

Viele unserer UNDP-Kollegen weltweit – wie die HDRO-Lesergruppe und die Exekutivgruppe – lieferten Erkenntnisse von unschätzbarem Wert für die Erstellung des Berichts und die Fertigstellung der endgültigen Version. Ganz besonders möchten wir uns hierfür bei Adel Abdellatif, Ajay Chibber, Pedro Conceição, George Gray Molina, Rebeca Grynspan, Selim Jehan, Olav Kjørven, Natalia Linou, Kamal Malhotra, Abdoulaye Mar Dieye, Charles McNeill, Shantanu Mukherjee, Heraldo Muñoz, Madi Musa, Thangaval Palanivel, Anuradha Rajivan, Turhan Saleh, Heather Simpson, Ben Slay, Mounir Tabet, Antonio Vigilante und Kanni Wignaraja bedanken.

Etliche fleißige und begabte junge Kollegen leisteten durch die genaue Prüfung der Fakten des Berichts ihren Beitrag. Darunter sind Philip Bastian, Joshua Greenstein, Ni Gu, Diana Jimenez, Wanshan Li, Veronica Postal und Alyssa Vladimir zu nennen.

Der Bericht wurde durch viele „Freunde des HDRO“ bereichert, die keine Mühen scheuten, dabei zu helfen, ihn zu vervollkommnen. Wir bedanken uns bei Frances Stewart und Jomo Kwame Sundaram für die kritische Durchsicht des Berichtentwurfs und bei Khalil Hamdani, Shiva Kumar, Terry McKinley, Pedro Conceição und Peter Stalker für die eingehende Überprüfung des Berichts. Desweiteren danken wir unseren Herausgebern von Communications Development Incorporated unter Leitung von Bruce Ross-Larson und unter Mitarbeit von Meta de Coquereaumont, Christopher Trott und Elaine Wilson sowie der Designerin Melanie Doherty für ihre sorgfältige Arbeit.

Doch vor allem bin ich dem HDRO-Team für sein Engagement und seinen Einsatz dankbar, denn es hat einen Bericht geschaffen, der den höchsten wissenschaftlichen Anforderungen gerecht wird.

Khalid Malik
Direktor
Büro für den Bericht über
die menschliche Entwicklung

Inhalt

Vorwort iv
Danksagungen vi

Überlick 1
Einleitung 15

KAPITEL 1
Der Stand der menschlichen Entwicklung 27
Fortschritte auf der nationalen Ebene 29
Soziale Integration 44
Menschliche Sicherheit 48

KAPITEL 2
Ein globalerer Süden 53
Neugewichtung: eine globalere Welt, ein globalerer Süden 53
Impulse durch menschliche Entwicklung 61
Innovationen und Unternehmertum im Süden 66
Neue Formen der Kooperation 68
In unsicheren Zeiten Fortschritte aufrechterhalten 73

KAPITEL 3
Triebkräfte der Entwicklung 77
Triebkraft 1: Ein proaktiver Entwicklungsstaat 80
Triebkraft 2: Erschließung globaler Märkte 90
Triebkraft 3: entschlossene sozialpolitische Innovationen 94

KAPITEL 4
Die Dynamik aufrechterhalten 107
Politische Prioritäten für die Entwicklungsländer 107
Modelle von Demografie und Bildung 119
Auswirkungen einer älter werdenden Bevölkerung 124
Eine ehrgeizige Politik ist erforderlich 124
Die Gelegenheit nutzen 126

KAPITEL 5
Governance und Partnerschaften für ein neues Zeitalter 129
Eine neue globale Sichtweise öffentlicher Güter 130
Bessere Repräsentation des Südens 134
Die globale Zivilgesellschaft 136
Auf dem Weg zu einem kohärenten Pluralismus 138
Verantwortliche Souveränität 143
Neue Institutionen, neue Mechanismen 144
Fazit: Partner in einem neuen Zeitalter 147

Endnoten 153
Bibliografie 161

STATISTISCHER ANHANG
Anleitung für den Leser 170
HDI 2012: Schlüssel zu den Ländern und Rangstufen 175
Statistische Tabellen
1 Index der menschlichen Entwicklung mit Einzelkomponenten 176
2 Trends des Indexes der menschlichen Entwicklung, 1980-2012 180
3 Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung 184
4 Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit 188
5 Index der mehrdimensionalen Armut 192
6 Verfügung über Ressourcen 194
7 Gesundheit 198
8 Bildung 202
9 Integration in die Gesellschaft 206
10 Internationale Handelsströme (Waren und Dienstleistungen) 210
11 Internationale Kapitalströme und Migration 214
12 Innovation und Technologie 218
13 Umwelt 222
14 Bevölkerungstrends 226
Regionen 230
Statistische Referenzen 231
Technischer Anhang:
Erläuterungen zu den für den HDR 2013 durchgeführten Prognosen 232

KÄSTEN
1.1 Fairness, Makroökonomie und menschliche Entwicklung 28
1.2 Kurzfristige Kürzungen haben langfristige Folgen: steigende Fertilität in Afrika 28
1.3 Was bedeutet es, ein Mensch zu sein? 30
1.4 Subjektive Indikatoren des Wohlbefindens: verbesserte Akzeptanz in Wissenschaft und Politik 35
1.5 Ungleichheit hemmt die menschliche Entwicklung 38
1.6 Bildungsqualität: Fortschritte gemäß dem Programme for International Student Assessment (PISA) 41
1.7 Soziale Kompetenzen: menschliche Entwicklung jenseits des Individuums 46
1.8 Strukturelle Dimensionen der Armut 47
2.1 Die Integration des Südens in die Weltwirtschaft und die menschliche Entwicklung 54
2.2 Übernahmen von Marken aus dem Norden durch den Süden 58
2.3 Was sie verbindet: die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Nord und Süd 59
2.4 Mobiltelefone und der Palapa-Ring: Indonesien verbinden 61
2.5 Menschenwürdige Arbeit in einer von Konkurrenz geprägten Welt 63
2.6 Bei der Endmontage geht es um mehr als um Niedriglöhne 64
2.7 Brasilien, China und Indien sind in Sambia aktiv 70
3.1 Die Geschichte und die Ausgangsbedingungen spielen eine Rolle, doch sie werden nicht zum Verhängnis 79
3.2 Was ist ein Entwicklungsstaat? Muss er autoritär sein? 81
3.3 Japan und die Dreieckskooperation 83
3.4 Investitionen in die Landwirtschaft 84
3.5 Osteuropa und Zentralasien: wo Norden und Süden zusammentreffen 85
3.6 Indiens oberstes Gericht fällt ein progressives Urteil: Pflichtplätze für benachteiligte Kinder in Privatschulen 97
3.7 Bangladesch macht dramatische Fortschritte bei den Überlebensquoten von Kindern 99

3.8 Stärkung der sozialen Sicherung in der Türkei 102
3.9 An Bedingungen geknüpfte Transferzahlungsprogramme und Mexikos Oportunidades-Programm 103
3.10 Warum New York City sich im Süden politischen Rat für eine Anti-Armutspolitik geholt hat 104
4.1 Warum die Bevölkerungsentwicklungen in der Republik Korea und in Indien voraussichtlich unterschiedlich verlaufen werden 108
4.2 China und Ghana: Wer profitiert von der demografischen Dividende? 122
5.1 Die fließende Grenze zwischen öffentlich und privat im Verkehrswesen 130
5.2 Globale Demokratie durch ein Weltparlament? 138
5.3 Regionale Finanzierung in Asien: die Chiang-Mai-Initiative Multilateralisation und die Asiatische Entwicklungsbank 140
5.4 Die CAF: eine lateinamerikanische Entwicklungsbank 142

GRAFIKEN

1 Fortschritte beim Wachstum des HDI 16
2 Mehr als 40 Länder des Südens erfuhren seit 1990 erheblich höhere Zuwächse beim HDI, als auf Grundlage der vorherigen Entwicklung ihres HDI prognostiziert worden wäre 17
3 Brasilien, China und Indien: Gesamtanteil an der Weltproduktion 1950 noch 10 Prozent, bis 2050 Anstieg auf 40 Prozent prognostiziert 18
4 Die Mittelschicht im Süden wird Prognosen zufolge weiter wachsen 19
5 Der exponentielle Zuwachs der Internetnutzung im Süden war im letzten Jahrzehnt am deutlichsten 20
6 Mindestens 15 Entwicklungsländer unterhalten substanzielle Handelsbeziehungen mit mehr als 100 Handelspartnern, als Exporteure wie auch als Importeure 21
7 Offizielle Devisenreserven nach Ländergruppen 23
1.1 Das Einkommen pro Kopf steigt in allen vier HDI-Gruppen in unterschiedlichem Maß 33
1.2 Afrika südlich der Sahara verzeichnete im letzten Jahrzehnt dauerhaftes Einkommenswachstum 33
1.3 Je niedriger der HDI, desto größer der Unterschied zwischen Einkommensarmut und mehrdimensionaler Armut 36
1.4 Was den Unterschied zwischen Einkommensarmut und mehrdimensionaler Armut betrifft, weichen Länder recht stark voneinander ab 37
1.5 Verluste aufgrund von Ungleichheit beim HDI und seinen Komponenten 39
1.6 Die meisten Regionen verzeichnen zunehmende Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und rückläufige Ungleichheit in Bezug auf Gesundheit und Bildung 40
1.7 Wenige Länder verfügen sowohl über einen hohen HDI als auch über einen niedrigen ökologischen Fußabdruck, was eine Voraussetzung für nachhaltige menschliche Entwicklung ist 44
1.8 Entwicklung geht nicht immer mit einem Anstieg der Militärausgaben einher 50
2.1 Der Süd-Süd-Handel als Anteil am Weltwarenhandel hat sich im Zeitraum 1980 bis 2011 mehr als verdreifacht, während der Nord-Nord-Handel zurückging 56
2.2 Ausländische Direktinvestitionen in und aus dem Süden steigen seit den 1990ern rasch an 57
2.3 Zwischen 2000 und 2010 betrug in 60 Entwicklungsländern der jährliche Zuwachs der Internetnutzung über 30 Prozent 60
2.4 Ausfuhreinnahmen pro Kopf und menschliche Entwicklung stehen in einem direkten Zusammenhang 62
2.5 Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen den aktuellen Auslandsinvestitionen und den Errungenschaften bei Gesundheit und Bildung in früheren Jahren 63
2.6 Schwellenländer haben seit 1995 hohe Devisenreserven aufgebaut 71
3.1 Mehrere Länder haben sowohl bei den nicht-einkommensbezogenen als auch bei den Einkommensdimensionen des HDI gut abgeschnitten 77
3.2 Zwischen dem aktuellen HDI und früheren öffentlichen Ausgaben gibt es eine positive Korrelation… 86
3.3 … ebenso wie zwischen den aktuellen Überlebensquoten von Kindern und früheren öffentlichen Gesundheitsausgaben 86
4.1 Beim beschleunigten Szenario werden die Bildungsergebnisse gefördert 113
4.2 In den meisten Ländern hat das Arbeitsplatzangebot nicht mit dem gestiegenen Bildungsniveau Schritt gehalten 114
4.3 Auf jedem Niveau des Index' der menschlichen Entwicklung haben einige Länder eine höhere Kohlenstoffproduktivität als andere 116
4.4 Unterschiedliche Umweltszenarien haben unterschiedliche Auswirkungen auf die extreme Armut 118
4.5 Bildungspolitische Maßnahmen können den Abhängigkeitsquotienten verändern 120
4.6 Der Alterungsprozess der Bevölkerung geht in Entwicklungsländern rascher vonstatten 123
4.7 Die Aussichten für die menschliche Entwicklung im Jahr 2050 sind beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten besser, insbesondere für Länder mit niedrigem HDI 123
4.8 Die Erfolge bei der menschlichen Entwicklung bis 2050 sind beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten größer 124
4.9 Beim BIP pro Kopf gibt es beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten bis 2050 besonders große Fortschritte 125
5.1 Gemäß dem Szenario eines beschleunigten Fortschritts werden die größten Steigerungen beim Index der menschlichen Entwicklung für Afrika südlich der Sahara und Südasien prognostiziert 145
5.2 Würde man einen kleinen Bruchteil der internationalen Reserven der neun G20-Länder des Südens bereitstellen, so würde dies beträchtliche zusätzliche Mittel für Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand in Afrika südlich der Sahara und Südasien bedeuten 146

KARTEN

1.1 Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara haben die höchsten Mordraten 49
2.1 Thailands Zuwächse beim Export, 1995–2011 55

TABELLEN

1.1 HDI und Komponenten nach Regionen und HDI-Gruppen, 2012 31
1.2 Die führenden fünf Länder, deren HDI-Rang 2012 höher war als ihr Rang beim Bruttonationaleinkommen pro Kopf 34
1.3 Ungleichheit und Zufriedenheit mit der Wahlfreiheit sowie der Gemeinschaft 45
2.1 Handel der am wenigsten entwickelten Länder mit China, 2000/2001 und 2010/2011 56
2.2 Verschiedene Modelle von Entwicklungspartnerschaften 69
3.1 Ausgewählte Entwicklungsländer mit großer Verringerung des HDI-Defizits oder hohen Wachstumsraten des Bruttonationaleinkommens pro Kopf, 1990–2012 78
3.2 Anteil der Weltexporte von Gütern und Dienstleistungen der Länder, die einen hohen Grad an menschlicher Entwicklung erreicht haben, 1985 bis 1990 und 2005 bis 2010 91
4.1 Sterblichkeitsrate bei unter Fünfjährigen und Gesamtfruchtbarkeitsrate in ausgewählten Ländern, gemessen am Bildungsniveau der Mütter 110
4.2 Geschätzte Anzahl von Todesfällen bei Kindern unter fünf Jahren, je nach Bildungsszenario, 2010 bis 2015, 2025 bis 2030, 2045 bis 2050 111
4.3 Veränderungen der extremen Einkommensarmut beim Umweltkatastrophenszenario nach Regionen, 2010 bis 2050 118
4.4 Trends beim Abhängigkeitsquotienten in ausgewählten Ländern, 1970 bis 2050 121
4.5 Anzahl der Menschen in extremer Armut nach Region und in ausgewählten Ländern, beim Basisszenario und beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten, 2010 bis 2050 126

„Wenn wir alle auf Sicherheit spielen, schaffen wir eine Welt größter Unsicherheit.“

Dag Hammarskjöld

Überblick

Es ist außerordentlich ermutigend, dass viele Entwicklungsländer in den letzten Jahren große Fortschritte auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung verzeichnen und sich als Akteure auf der globalen Bühne etablieren konnten. Dieser „Aufstieg des Südens", der zu einer wachsenden Vielfalt der Stimmen und Machtfaktoren geführt hat, stellt die Grundsätze infrage, die bisher als Richtschnur der politischen Entscheidungsträger und als Triebfeder für die wichtigsten nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Institutionen galten. Stärkere Stimmen aus dem Süden verlangen repräsentativere Strukturen der internationalen Governance, die die Grundsätze von Demokratie und Gerechtigkeit verkörpern.

Ebenso wichtig ist, dass in vielen Entwicklungsländern neue Überlegungen dazu angestellt werden, wie menschliche Entwicklung zu erreichen ist. Der Aufstieg des Südens resultierte nicht aus der Einhaltung eines festgeschriebenen Katalogs politischer Handlungsvorschriften. Er ist vielmehr pragmatischen politischen Ansätzen zu verdanken, die auf lokale Gegebenheiten und Chancen reagieren. Dazu gehören die Stärkung der entwicklungsfördernden Rolle des Staates, das Eintreten für die Verbesserung der menschlichen Entwicklung (namentlich durch Förderung von Bildung und sozialer Wohlfahrt) sowie Offenheit für Handel und Innovationen. Allerdings werden künftige Fortschritte auch davon abhängen, dass die politischen Entscheidungsträger sich intensiv mit Fragen wie Gerechtigkeit, Mitsprache und Rechenschaftspflicht, Umweltrisiken und demografischen Veränderungen befassen.

Während der letzten Jahrzehnte erreichten viele Länder überall auf der Welt ein höheres Niveau der menschlichen Entwicklung. Dies geht aus dem Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index – HDI) hervor, einer Messgröße, die sich aus Indikatoren in drei Dimensionen zusammensetzt: Lebensdauer, Bildungsstand und Verfügung über die für ein menschenwürdiges Leben benötigten Ressourcen. Alle Gruppen und Regionen verzeichneten erhebliche Verbesserungen bei allen HDI-Komponenten, wobei Länder mit niedrigem und mittlerem HDI schnellere Fortschritte erzielten. Unter dieser Perspektive hat sich die weltweite Ungleichheit verringert. Dennoch verbergen sich hinter nationalen Durchschnittswerten große Abweichungen in Bezug auf die Lebenserfahrungen der einzelnen Menschen. Im Norden wie im Süden gibt es nach wie vor große innerstaatliche Disparitäten; innerhalb vieler Länder sowie im Ländervergleich hat die Einkommensungleichheit zugenommen.

Während also die meisten Entwicklungsländer recht erfolgreich waren, gibt es eine große Gruppe von Ländern, die sich besonders hervorgetan haben, sodass hier von einem „Aufstieg des Südens" gesprochen werden kann. Rasche Fortschritte verzeichneten einige der größten Länder, namentlich Brasilien, China, Indien, Indonesien, Südafrika und die Türkei. Aber auch in kleineren Volkswirtschaften wie Bangladesch, Chile, Ghana, Mauritius, Ruanda, und Tunesien gab es beträchtliche Fortschritte.

Dieser Aufstieg des Südens vollzog sich in beispielloser Geschwindigkeit und in einem nie zuvor erlebten Ausmaß. So begann der gegenwärtige Wirtschaftsaufschwung in China und Indien bei einer Bevölkerungszahl von rund einer Milliarde Menschen in jedem Land und führte in weniger als 20 Jahren zu einer Verdoppelung der Wirtschaftsleistung pro Kopf– ein wirtschaftlicher Kraftakt, von dem eine viel größere Bevölkerung betroffen ist, als dies bei der Industriellen Revolution der Fall war.[1] Prognosen zufolge werden im Jahr 2050 Brasilien, China und Indien zusammengenommen 40 Prozent der Weltproduktion (in Kaufkraftparitäten) erbringen.

In einer Zeit großer Ungewissheiten bilden die Länder des Südens eine kollektive Stütze für das Wachstum der Weltwirtschaft, ziehen andere sich entwickelnde Volkswirtschaften mit und tragen in großem Umfang zur Verringerung der Armut und Erhöhung des Wohlstands bei. Noch sehen sie sich großen Herausforderungen gegenüber, und viele der Armen der Welt leben hier. Aber sie haben gezeigt, wie durch pragmatische Politik und ein klares Bekenntnis zur menschlichen Entwicklung die

in ihren Volkswirtschaften schlummernden Potenziale erschlossen werden können, erleichtert durch die Globalisierung.

Eine sich ändernde Welt, ein stärker globalisierter Süden

Der Süden braucht den Norden, und zunehmend braucht der Norden auch den Süden. Die Vernetzung der Welt wird stärker, nicht schwächer

Bei flüchtiger Betrachtung könnte die Situation im Jahr 2013 wie eine Geschichte zweier Welten wirken: Ein erstarkender Süden, am deutlichsten sichtbar in Ländern wie China und Indien, wo die menschliche Entwicklung große Fortschritte macht, das Wachstum weiterhin robust erscheint und die Aussichten auf eine Verringerung der Armut ermutigend sind; und ein in der Krise befindlicher Norden, wo Sparpolitik und fehlendes Wirtschaftswachstum zu großen Härten für Millionen von Arbeitslosen und anderen Menschen führen, die angesichts unter Druck geratener Sozialhilfesysteme keine Unterstützung mehr erhalten. Es gibt aber auch tiefergehende Probleme, unter denen der Norden und der Süden gleichermaßen leiden: wachsende Ungleichheit in entwickelten ebenso wie in Entwicklungsländern, die den globalen Wiederaufschwung und die Nachhaltigkeit künftiger Fortschritte bedroht und die Verringerung der Armut behindert, sowie ernsthafte Umweltsorgen.

Zwar stehen der Aufstieg des Südens und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die menschliche Entwicklung im Mittelpunkt dieses Berichts, aber es geht darin auch um die Veränderungen unserer Welt, die im Wesentlichen auf den Aufstieg des Südens zurückzuführen sind. Der Bericht untersucht die erzielten Fortschritte, die auftretenden Probleme (die zum Teil gerade durch diesen Erfolg verursacht werden) und die sich abzeichnenden Möglichkeiten für eine repräsentative globale und regionale Governance.

Die Titelgeschichte über einen erstarkenden Süden ist ermutigend, aber in gewisser Weise auch irreführend. Der Süden braucht den Norden, und zunehmend braucht der Norden auch den Süden. Die Vernetzung der Welt wird stärker, nicht schwächer. In den letzten Jahren war eine bemerkenswerte Neuausrichtung der weltweiten Produktion zu beobachten, von der ein erheblich größerer Teil in den internationalen Handel floss: 2011 erreichte sein Anteil an der Weltproduktion fast 60 Prozent. Dabei spielten die Entwicklungsländer eine wichtige Rolle. Zwischen 1980 und 2010 erhöhte sich ihr Anteil am weltweiten Warenhandel von 25 auf 47 Prozent, ihr Anteil an der globalen Produktionsleistung stieg von 33 auf 45 Prozent. Die Entwicklungsregionen verstärkten auch ihre Wirtschaftsbeziehungen untereinander: Der Anteil des Süd-Süd-Handels am weltweiten Warenaustausch, der 1980 noch bei unter acht Prozent gelegen hat, erreichte bis 2011 mehr als 26 Prozent.

Dennoch sind die Vereinigten Staaten nach wie vor die größte Volkswirtschaft der Welt, und dies wird auch in absehbarer Zukunft so bleiben. Wenn der amerikanische Wiederaufschwung nicht vorankommt und Europa unfähig ist, seine gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu überwinden, wird dies in einem Dominoeffekt auch spürbare Auswirkungen auf die Entwicklungswelt haben. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel und die Belastung der Ökosysteme machen eine noch stärkere Zusammenarbeit der Länder unerlässlich. Während der Aufstieg des Südens in vielen wichtigen Aspekten die Machtverhältnisse verändert, wird es schwieriger werden, die hart erkämpften Fortschritte auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung zu bewahren, wenn die Zusammenarbeit versagt und schwierige Entscheidungen auf die lange Bank geschoben werden.

Man kann sogar noch weiter gehen und behaupten, dass es einen „Süden“ im Norden und einen „Norden“ im Süden gibt. Die Eliten, gleich ob im Norden oder im Süden, sind heute immer stärker globalisiert und vernetzt, und sie profitieren am meisten von dem enormen Wohlstand, der während der letzten zehn Jahre geschaffen wurde, unter anderem durch die beschleunigte Globalisierung. Sie erhalten ihre Ausbildung an den gleichen Universitäten, sie haben einen ähnlichen Lebensstil und teilen möglicherweise ähnliche Werte.

Die Veränderungen der Weltwirtschaft führen zu ungeahnten Herausforderungen und Chancen im Hinblick auf weitere Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung. Die globalen wirtschaftlichen und politischen Strukturen befinden sich im Umbruch, und dies zu

einem Zeitpunkt, an dem die Welt mit wiederkehrenden Finanzkrisen, einem sich verschärfenden Klimawandel und wachsenden sozialen Unruhen konfrontiert ist. Die globalen Institutionen scheinen weder in der Lage zu sein, sich auf veränderte Machtverhältnisse einzustellen, noch eine angemessene Versorgung mit globalen öffentlichen Gütern zur Bewältigung der globalen und regionalen Herausforderungen zu gewährleisten oder dem wachsenden Bedarf an größerer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen.

Aus diesem Phänomen sowie den unterschiedlichen Entwicklungspfaden, die Länder aus dem Süden eingeschlagen haben, ergibt sich eine Chance. Die Grundsätze, von denen sich die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Institutionen und die politischen Entscheidungsträger leiten ließen, müssen neu gewichtet, wenn nicht sogar grundlegend umgestaltet werden, um der wachsenden Vielfalt der Stimmen und Machtfaktoren gerecht zu werden und langfristige Entwicklungsfortschritte sicherzustellen. Diese Grundsätze müssen neu überdacht werden, und die globalen Institutionen benötigen größere Flexibilität, um verstärkt darauf hinzuwirken, dass die Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden und das Ziel einer faireren und gerechteren Welt mit größerem Nachdruck verfolgt wird. Die zunehmende Vielfalt der Entwicklungsmuster bietet die Möglichkeit, die Voraussetzungen für einen solchen globalen Dialog und die entsprechende Umstrukturierung zu schaffen, ja sogar die Nachfrage danach zu fördern. Es gibt also Spielraum für Innovation und die Schaffung von Rahmenbedingungen für globale, regionale und nationale Governance, die die Grundsätze von Demokratie, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verkörpert.

Die von Brasilien, China und Indien eingeschlagenen Entwicklungspfade sowie die weniger bekannten Erfolgsgeschichten von Ländern wie Bangladesch, Mauritius und der Türkei haben die Überlegungen, wie menschliche Entwicklung zu erreichen ist, verändert. Der Erfolg dieser Länder stellt die Vorstellung, es gäbe hier die eine „richtige" Politik, infrage, was jedoch nicht bedeutet, dass aus den Erfahrungen dieser erfolgreichen Länder nicht wertvolle Erkenntnisse zu ziehen wären. Im Gegenteil, aus der Vielfalt der Entwicklungspfade beginnen sich entscheidende Triebkräfte und wichtige Grundsätze für die Entwicklung herauszukristallisieren. Dazu gehören unter anderem die Verstärkung der entwicklungsfördernden Rolle des Staates, das Eintreten für menschliche Entwicklung und soziale Wohlfahrt sowie Offenheit für Handel und Innovation. Der Bericht erkennt die positiven Aspekte des Aufstiegs des Südens an, er unterstreicht aber auch, dass unbedingt dafür gesorgt werden muss, dass die Anliegen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit umfassend in die künftigen politischen Konzepte und Strategien eingebunden werden. Wie schon der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2011 betonte, werden kontinuierliche Entwicklungsfortschritte kaum zu erreichen sein, wenn nicht Ungleichheit und Umweltzerstörung in der politischen Debatte an vorderster Stelle stehen. Im schlimmsten Fall könnte ein von Umweltkrisen begleiteter „Business as usual"-Ansatz in der Entwicklung die im Süden erzielten Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung zunichtemachen oder gefährden.

Sorgen über die Zukunft macht man sich auch im Norden, wo geringes Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit sowie Sparmaßnahmen den bislang hohen Stand der menschlichen Entwicklung gefährden. Im Norden wie im Süden können es sich die herrschenden Eliten nicht mehr leisten, diese Bedrohung der sozialen Inklusion und der sozialen Wohlfahrt zu ignorieren, denn die Forderungen nach Fairness und Rechenschaftspflicht, die von Bürgern, Gemeinwesen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im In- und Ausland erhoben und durch die explosionsartig wachsenden sozialen Medien rasch verbreitet werden, nehmen deutlich zu.

Um Politik und Forschung eine angemessene Reaktion auf diese aktuellen und sich neu abzeichnenden globalen Realitäten zu ermöglichen, sind Mess- und Analysemethoden erforderlich, die das Konzept der menschlichen Entwicklung erweitern. Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* und die Familie der Indizes der menschlichen Entwicklung müssen sich dieser Herausforderung stellen, indem sie den Schwerpunkt nicht allein auf die Messung der individuellen Verwirklichungschancen legen, sondern die Kapazitäten, Anliegen

Im schlimmsten Fall könnte ein von Umweltkrisen begleiteter „Business as usual"-Ansatz in der Entwicklung die im Süden erzielten Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung zunichtemachen oder gefährden

und Wahrnehmungen auf gesellschaftlicher Ebene mit einbeziehen. So wichtig die auf individueller Ebene erzielten Ergebnisse bei Gesundheit, Bildung und Einkommen auch sind, sie garantieren noch keine Fortschritte der menschlichen Entwicklung insgesamt, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse die individuellen Ergebnisse einschränken und wenn die erzielten Fortschritte unterschiedlich wahrgenommen werden. Die Unruhen in einigen arabischen Staaten haben uns vor Augen geführt, dass insbesondere junge Menschen, die besser ausgebildet und gesünder sind als die früheren Generationen, größten Wert darauf legen, eine vernünftige Anstellung zu haben, über ein Mitspracherecht in Angelegenheiten, die ihr Leben beeinflussen, zu verfügen und mit Achtung behandelt zu werden. Hinzu kommt, dass die Förderung des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Integration, ein ausdrückliches Ziel der Entwicklungsstrategien von Ländern wie Brasilien, sich nachweislich zurückführen lässt auf eine weniger ungleiche Gesellschaft, die sich positiv auf die Entwicklung auswirkt. Bei den meisten Messgrößen für menschliche Entwicklung – von Teenagerschwangerschaften bis zu Selbstmordraten – stehen Gesellschaften mit einem höheren Grad an Gleichheit in der Regel besser da als Gesellschaften, die von Ungleichheit geprägt sind. Dieses Ergebnis wird durch Studien in entwickelten wie in Entwicklungsländern bestätigt. Die gesellschaftsbezogenen Aspekte wurden in früheren Entwicklungsmodellen unterschätzt, sie erweisen sich jedoch als unverzichtbare Elemente eines tragfähigen und wünschenswerten langfristigen Entwicklungspfads.

So wichtig die auf individueller Ebene erzielten Ergebnisse bei Gesundheit, Bildung und Einkommen auch sind, sie garantieren noch keine Fortschritte der menschlichen Entwicklung insgesamt, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse die individuellen Ergebnisse einschränken und wenn die erzielten Fortschritte unterschiedlich wahrgenommen werden

Aufholhilfe für andere Länder

Der Aufstieg des Südens hat noch nicht alle Länder erfasst. In den meisten der 49 am wenigsten entwickelten Länder, insbesondere denjenigen, die keinen Zugang zum Meer haben oder weit von den Weltmärkten entfernt sind, gehen die Veränderungen langsamer vor sich. Dennoch beginnen viele dieser Länder aus dem Süd-Süd-Handel und den damit zusammenhängenden Investitionen, Finanzmitteln und Technologietransfers Nutzen zu ziehen. So griffen von China aus positive Wachstumsimpulse auf andere Länder über, vor allem auf enge Handelspartner. Dadurch wurde die schwächere Nachfrage aus den entwickelten Ländern zum Teil ausgeglichen. Schätzungen zufolge wäre das Wachstum in den Ländern mit niedrigem Einkommen im Zeitraum 2007 bis 2010 um 0,3 bis 1,1 Prozentpunkte niedriger ausgefallen, wenn die Wachstumsrate in China und Indien im gleichen Umfang gesunken wäre wie in den entwickelten Volkswirtschaften.[2]

Vielen Ländern kamen auch Übertragungseffekte in wichtigen Sektoren der menschlichen Entwicklung, insbesondere der Gesundheit, zugute. Indische Firmen zum Beispiel liefern erschwingliche Medikamente und medizinische Güter, aber auch Produkte und Dienstleistungen aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik an Länder in Afrika. Ähnliches gilt für brasilianische und südafrikanische Unternehmen.

Zunehmender Wettbewerbsdruck

Dennoch können Einfuhren aus größeren Ländern auch von Nachteil sein. Große Länder erzeugen einen Wettbewerbsdruck, der die wirtschaftliche Diversifizierung und Industrialisierung in kleineren Ländern hemmen könnte. Es gibt jedoch Beispiele, in denen die plötzliche Konkurrenz zu einer Neubelebung der Industrie geführt hat. Aus einer konkurrierenden Rolle heute kann durchaus eine komplementäre Rolle in der Zukunft werden. Ob der Übergang von der Konkurrenz zur Kooperation gelingt, scheint von Maßnahmen abzuhängen, die die lokalen Akteure in die Lage versetzen, aus der neuen Situation das Beste zu machen.

Für die Länder des Südens erweisen sich die einheimischen Märkte zunehmend als wichtigster Wachstumsmotor. Die Größe der Mittelschicht und ihr Durchschnittseinkommen nehmen zu. Schätzungen zufolge wird der jährliche Konsum in den Schwellenländern bis 2025 auf 30 Billionen US-Dollar steigen. Bis dahin werden von der einen Milliarde Haushalte mit einem Einkommen von über 20.000 Dollar pro Jahr drei Fünftel auf den Süden entfallen. Dennoch gibt es nach wie vor große benachteiligte Gebiete, die diese Expansion behindern und beeinträchtigen werden. Diese Disparitäten sind nicht nur grundsätz-

lich unerwünscht, sondern sie untergraben auch die Nachhaltigkeit der Fortschritte, nicht zuletzt durch die Auslösung sozialer und politischer Spannungen.

Die dargestellten Trends führen zu einer ausgewogeneren Welt. An die Stelle eines Zentrums aus Industrieländern und einer Peripherie von weniger entwickelten Ländern tritt ein komplexeres und dynamischeres Umfeld.

Zwar gibt es auf globaler und regionaler Ebene durchaus ein Bewusstsein dafür, dass die Welt sich in einer Übergangsphase befindet, aber für Führungspersonen, Institutionen und Wissenschaftler ist es offensichtlich schwierig, Empfehlungen für Grundsätze, Institutionen und politische Handlungskonzepte abzugeben, mit denen die nächsten Schritte zur Schaffung einer gerechteren und nachhaltigeren Welt sichergestellt werden. Dies mag teilweise damit zusammenhängen, dass die Welt sich so schnell und an so vielen Fronten gleichzeitig verändert, dass gemeinsame Beurteilungen schwierig und kollektive Maßnahmen fast unmöglich sind. Der Bericht leistet einen Beitrag zu dieser Debatte, indem er eine kritische Bewertung des aktuellen globalen Kontextes liefert und für Grundsätze und Konzepte eintritt, die einer vielgestaltigen Welt helfen, durch entsprechende Strategien der menschlichen Entwicklung die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzugehen, die Armut zu verringern oder sogar zu beseitigen und weitere Fortschritte für alle zu bewirken.

Politik, Partnerschaften, Prinzipien

Wie ist es so vielen Ländern im Süden gelungen, ihre künftigen Chancen auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung zu verbessern? In den meisten dieser Länder sind drei Schlüsselfaktoren zu erkennen, die die Entwicklung vorantreiben: ein proaktiver Entwicklungsstaat, die Erschließung globaler Märkte und entschlossene sozialpolitische Innovationen. Diese Triebkräfte sind nicht aus einer abstrakten Vorstellung von Entwicklung und ihrer Funktionsweise entstanden. Sie wurden vielmehr durch die Erfahrungen vieler Länder mit einem auf Veränderungen angelegten Entwicklungsprozess demonstriert. Tatsächlich stellen sie häufig vorgefasste und starre Ansätze infrage. Einerseits verabschieden sie sich von kollektivistischen und zentralistischen Grundsätzen, andererseits weichen sie von der uneingeschränkten Liberalisierung ab, der sich der Konsens von Washington verschrieben hatte.

Triebkraft 1: Ein proaktiver Entwicklungsstaat

Ein starker, proaktiver und verantwortungsvoller Staat entwickelt Politikkonzepte für den öffentlichen wie für den privaten Sektor, und zwar auf der Grundlage von Führung und einer langfristigen Vision, gemeinsamer Normen und Werte sowie Regeln und Institutionen, die Vertrauen und Zusammenhalt aufbauen. Staaten, die eine dauerhafte Transformation erreichen wollen, müssen einen konsistenten und ausgewogenen Entwicklungskurs vorgeben. Diejenigen, denen es gelungen ist, Einkommenswachstum und menschliche Entwicklung in Gang zu setzen und aufrechtzuerhalten, haben jedoch kein simples Einheitsrezept befolgt. Angesichts unterschiedlicher Herausforderungen haben sie ganz unterschiedliche Maßnahmen für Marktregulierung, Exportförderung, industrielle Entwicklung und technischen Fortschritt ergriffen. Es müssen Schwerpunkte gesetzt werden, die die Menschen in den Mittelpunkt stellen und ihre Chancen fördern, sie jedoch gleichzeitig vor Abwärtsrisiken schützen. Regierungen können zum Aufbau von Industriezweigen beitragen, die sich angesichts unvollständig ausgebildeter Märkte sonst nicht entfalten könnten. Trotz gewisser Risiken durch Spekulation und Vetternwirtschaft konnten verschiedene Länder des Südens auf diese Weise ineffiziente Industriezweige umwandeln und mit zunehmender Öffnung ihrer Volkswirtschaften erfolgreich für den Export einsetzen.

Es liegt auf der Hand, dass in großen und komplexen Gesellschaften das Ergebnis einer bestimmten Politik nicht vorherzusehen ist. Entwicklungsstaaten müssen daher pragmatisch sein und eine breite Palette unterschiedlicher Ansätze erproben. Dabei stechen bestimmte Merkmale hervor. So haben Entwicklungsstaaten, denen es vor allem um ihre

Ein starker, proaktiver und verantwortungsvoller Staat entwickelt Politikkonzepte für den öffentlichen wie für den privaten Sektor, und zwar auf der Grundlage von Führung und einer langfristigen Vision, gemeinsamer Normen und Werte sowie Regeln und Institutionen, die Vertrauen und Zusammenhalt aufbauen

Menschen geht, die sozialen Grunddienste ausgeweitet. Investitionen in die Verwirklichungschancen der Menschen – durch Gesundheit, Bildung und andere öffentliche Dienste – sind nicht nur Anhängsel, sondern integraler Bestandteil des Wachstumsprozesses. Die rasche Ausweitung des Angebots an qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen ist ein weiteres entscheidendes Wachstumsmerkmal, das die menschliche Entwicklung fördert.

Investitionen in die Verwirklichungschancen der Menschen – durch Gesundheit, Bildung und andere öffentliche Dienste – sind nicht nur Anhängsel, sondern integraler Bestandteil des Wachstumsprozesses

Triebkraft 2: Erschließung globaler Märkte

Die globalen Märkte spielen bei der Beschleunigung des Fortschritts eine wichtige Rolle. Alle Länder auf der Schwelle zur Industrialisierung haben die Strategie verfolgt, „zu importieren, was der Rest der Welt kennt, und zu exportieren, was er haben will". Aber noch viel wichtiger sind die „Geschäftsbedingungen" gegenüber diesen Märkten. Ohne Investitionen in die Menschen sind von den globalen Märkten in der Regel nur begrenzte Renditen zu erwarten. Wahrscheinlicher ist, dass Erfolge nicht durch eine plötzliche Öffnung erzielt werden, sondern durch eine allmähliche und stufenweise Integration in die Weltwirtschaft, entsprechend den innerstaatlichen Gegebenheiten, und begleitet von Investitionen in Menschen, Institutionen und Infrastrukturen. Kleinere Volkswirtschaften haben sich erfolgreich auf Nischenprodukte konzentriert, wobei dieser Erfolg häufig die Frucht jahrelanger staatlicher Unterstützung bereits vorhandener oder neu geschaffener Kompetenzen war.

Triebkraft 3: Entschlossene sozialpolitische Innovationen

Es gibt kaum Länder, die ohne umfangreiche öffentliche Investitionen nicht nur in die Infrastruktur, sondern auch in Bildung und Gesundheit ein rasches und nachhaltiges Wachstum erreichten. Das Ziel sollte sein, positive Kreisläufe in Gang zu setzen, bei denen Wachstum und sozialpolitische Maßnahmen sich gegenseitig verstärken. In Ländern mit geringer Einkommensungleichheit trägt Wachstum in der Regel wesentlich effektiver zur Verringerung der Armut bei als in Ländern mit hoher Ungleichheit. Die Förderung der Gleichheit, insbesondere zwischen verschiedenen religiösen, ethnischen oder rassischen Gruppen, ermöglicht auch die Minimierung sozialer Konflikte.

Bildung, Gesundheitsvorsorge, Sozialschutz, Stärkung der Rechtsstellung und gesellschaftliche Organisation sind Faktoren, die arme Menschen zur Teilhabe am Wachstum befähigen. Sektorale Ausgewogenheit, unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Sektors, sowie Art und Tempo der Arbeitsplatzschaffung haben entscheidenden Einfluss darauf, ob Wachstum eine breitere Einkommensverteilung bewirkt. Aber selbst diese grundlegenden politischen Instrumente führen nicht zwangsläufig zu einer Besserstellung benachteiligter Gruppen. Die Armen am Rand der Gesellschaft haben es schwer, ihre Anliegen zu Gehör zu bringen, und die Regierungen sorgen nicht immer dafür, dass die öffentlichen Dienstleistungen alle erreichen. Die Sozialpolitik muss die Inklusion fördern, denn die Gewährleistung von Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung ist eine entscheidende Voraussetzung für politische und soziale Stabilität. Gleichzeitig muss sie soziale Grunddienste bereitstellen, die das Fundament für langfristiges Wirtschaftswachstum legen, indem sie die Entstehung einer gesunden, gut ausgebildeten Erwerbsbevölkerung fördern. Nicht alle diese Dienste müssen von der öffentlichen Hand erbracht werden. Aber der Staat sollte dafür Sorge tragen, dass alle Bürger einen gesicherten Zugang zu den Grundvoraussetzungen für die menschliche Entwicklung haben.

Eine Agenda für Entwicklung weist daher viele Facetten auf. Sie erweitert die den Armen zur Verfügung stehenden Güter, indem sie die staatlichen Ausgaben für Grunddienste erhöht. Sie verbessert die Funktionsweise des Staates und der gesellschaftlichen Institutionen, um sowohl Wachstum als auch Gerechtigkeit zu fördern. Sie reduziert die bürokratischen und gesellschaftlichen Einschränkungen der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und der sozialen Mobilität. Sie bezieht die Gemeinwesen in die Festlegung von Haushaltsprioritäten und ihre Verbreitung ein und zieht das Führungspersonal zur Rechenschaft.

Die Dynamik aufrechterhalten

Viele Länder des Südens haben sich als sehr erfolgreich erwiesen. Aber selbst in den Ländern mit hoher Leistungsfähigkeit sind künftige Erfolge nicht garantiert. Wie können die Fortschritte im Bereich der menschlichen Entwicklung weitergeführt werden, und wie lassen sie sich auf andere Länder ausweiten? Um dies zu unterstützen, schlägt der Bericht vier wichtige Aktionsbereiche vor: Stärkung der Gerechtigkeit; Ermöglichung von Mitsprache, Teilhabe und Rechenschaftspflicht; Bekämpfung von Umweltbelastungen und Bewältigung des demografischen Wandels. Ferner macht der Bericht die hohen Kosten politischer Untätigkeit deutlich und befürwortet eine ehrgeizigere Politik.

Stärkung der Gerechtigkeit

Mehr Gerechtigkeit, namentlich zwischen Männern und Frauen sowie zwischen anderen Gruppen, ist nicht nur an sich wichtig, sondern auch für die Förderung der menschlichen Entwicklung unverzichtbar. Eines der wirkungsvollsten Instrumente für diesen Zweck ist Bildung, die das Selbstvertrauen der Menschen stärkt und sie dazu befähigt, bessere Arbeitsplätze zu finden, an öffentlichen Debatten teilzunehmen und gegenüber staatlichen Stellen Ansprüche auf Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit und andere Leistungen geltend zu machen.

Bildung hat auch bemerkenswerte Auswirkungen auf die Gesundheit und die Mortalität. Für diesen Bericht in Auftrag gegebene Forschungsarbeiten zeigen, dass der Bildungsstand der Mutter für das Überleben ihrer Kinder wichtiger ist als die Höhe des Haushaltseinkommens. Die Hochrechnungen zeigen außerdem, dass bildungspolitische Maßnahmen in Ländern und Regionen mit einem niedrigeren Ausgangsniveau eine besonders starke Wirkung entfalten. Dies hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Politik und führt möglicherweise dazu, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung von Mädchen ein größeres Gewicht erhalten als Bemühungen um die Steigerung der Haushaltseinkommen.

Dieser Bericht spricht sich nachdrücklich für eine ehrgeizigere Politik aus. Bei einem Szenario beschleunigter Fortschritte könnten sich Länder mit niedrigem HDI dem Stand der menschlichen Entwicklung annähern, der von den Ländern mit hohem und sehr hohem HDI bereits erreicht wurde. Bis 2050 könnte der Gesamt-HDI in Afrika südlich der Sahara um 52 Prozent (von 0,402 auf 0,612) und in Südasien um 36 Prozent (von 0,527 auf 0,714) steigen. Solche Interventionen auf politischer Ebene werden sich auch positiv auf die Armutsbekämpfung auswirken. Dagegen werden die Kosten von Untätigkeit weiter steigen, insbesondere in den Ländern mit niedrigem HDI, die stärker gefährdet sind. Wenn es beispielsweise nicht gelingt, das ehrgeizige Ziel der Bildung für alle zu erreichen, wird sich dies in vielen wichtigen Bereichen der menschlichen Entwicklung nachteilig auf die künftigen Generationen auswirken.

Ermöglichung von Mitsprache, Teilhabe und Rechenschaftspflicht

Wenn die Menschen nicht in sinnvoller Weise an den Ereignissen und Prozessen teilhaben können, die ihr Leben bestimmen, werden die von den jeweiligen Ländern eingeschlagenen Pfade der menschlichen Entwicklung weder wünschenswert noch nachhaltig sein. Die Menschen sollten in der Lage sein, die Politikgestaltung und die erzielten Ergebnisse zu beeinflussen. Insbesondere junge Menschen sollten die Chance erhalten, stärker an der Wirtschaftstätigkeit und am politischen Leben teilzuhaben und Verantwortung zu übernehmen.

Im Norden wie im Süden wächst die Unzufriedenheit. Die Menschen fordern mehr Möglichkeiten, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen und die Politik zu beeinflussen, damit ein grundlegender sozialer Schutz und soziale Fortschritte gewährleistet werden. Am aktivsten in dieser Protestbewegung sind junge Menschen, zum Teil als Reaktion auf begrenzte Beschäftigungsmöglichkeiten für gut ausgebildete Jugendliche. Die Geschichte kennt zahllose Beispiele für Volksaufstände gegen uneinsichtige Regierungen. Wenn Investitionen und Wachstum durch Unruhen behindert werden und autokratische Regierungen Ressourcen umlenken, um Recht und Ordnung aufrecht-

Wenn die Menschen nicht in sinnvoller Weise an den Ereignissen und Prozessen teilhaben können, die ihr Leben bestimmen, werden die von den jeweiligen Ländern eingeschlagenen Pfade der menschlichen Entwicklung weder wünschenswert noch nachhaltig sein

zuerhalten, kann die menschliche Entwicklung aus dem Tritt geraten.

Es ist schwer vorherzusagen, wann eine Gesellschaft den Punkt erreicht, an dem die Lage umkippt. Zu Massenprotesten, vor allem seitens der Gebildeten, kommt es in der Regel dann, wenn die Menschen sich von der politischen Einflussnahme ausgeschlossen fühlen und schlechte wirtschaftliche Aussichten die Opportunitätskosten ihrer Teilnahme an solchen Protesten senken. Diese „anstrengungsintensiven Formen politischer Teilhabe" lassen sich dann durch die neuen Formen der Massenkommunikation leicht koordinieren.

Um die Zukunftsfähigkeit von Volkswirtschaften und Gesellschaften sicherzustellen, sind eine neue Politik und strukturelle Veränderungen erforderlich, die die Ziele der menschlichen Entwicklung und die Ziele des Klimaschutzes im Rahmen emissionsarmer, klimabewusster Strategien und innovativer öffentlich-privater Finanzierungsmechanismen aufeinander abstimmen

Auseinandersetzung mit Umweltproblemen

Von Umweltbedrohungen wie Klimawandel, Entwaldung, Luft- und Wasserverschmutzung und Naturkatastrophen ist jeder betroffen. Aber die armen Länder und armen Gemeinwesen leiden am stärksten darunter. Heute schon verschärft der Klimawandel die chronischen Umweltbedrohungen, und die Schädigung der Ökosysteme beeinträchtigt die Existenzgrundlagen insbesondere der ärmeren Menschen.

Obwohl die Länder mit niedrigem HDI am wenigsten zum weltweiten Klimawandel beitragen, müssen sie damit rechnen, von der Verringerung der jährlichen Regenfälle und der Zunahme ihrer Schwankungen am stärksten getroffen zu werden, mit katastrophalen Auswirkungen für die landwirtschaftliche Produktion und die Existenzgrundlagen der Menschen. Das Ausmaß solcher Verluste macht die Dringlichkeit von Anpassungsmaßnahmen deutlich.

Die Kosten für Untätigkeit werden aller Wahrscheinlichkeit nach hoch sein, und zwar desto höher, je länger die Untätigkeit andauert. Um die Zukunftsfähigkeit von Volkswirtschaften und Gesellschaften sicherzustellen, sind eine neue Politik und strukturelle Veränderungen erforderlich, die die Ziele der menschlichen Entwicklung und die Ziele des Klimaschutzes im Rahmen emissionsarmer, klimabewusster Strategien und innovativer öffentlich-privater Finanzierungsmechanismen aufeinander abstimmen.

Bewältigung der demografischen Veränderungen

Zwischen 1970 und 2011 stieg die Weltbevölkerung von 3,6 auf sieben Milliarden Menschen. Mit zunehmendem Bildungsstand wird sich die Wachstumsrate der Weltbevölkerung verlangsamen. Hinzu kommt, dass die Entwicklungsaussichten nicht nur durch die absoluten Zahlen der Bevölkerung, sondern auch durch ihre Altersstruktur beeinflusst werden. Ein zunehmend kritischer Aspekt ist der Abhängigkeitsquotient eines Landes, also die Anzahl der jüngeren und älteren Menschen, geteilt durch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren).

Einige ärmere Regionen könnten angesichts des steigenden Anteils der Erwerbsbevölkerung in den Genuss einer „demografischen Dividende"[3] kommen, aber nur dann, wenn die Politik entschlossen handelt. Ein entscheidender Faktor für eine mögliche demografische Dividende ist die Bildung von Mädchen. Gebildete Frauen haben in der Regel weniger und gesündere Kinder mit einer besseren Schulbildung; in vielen Ländern werden sie auch besser entlohnt als Arbeitnehmer ohne Ausbildung.

Dagegen sehen sich die reicheren Regionen des Südens mit einem ganz anderen Problem konfrontiert: Mit zunehmender Alterung der Gesamtbevölkerung geht der Anteil der Erwerbsbevölkerung zurück. Es kommt sehr darauf an, wie schnell dieser Alterungsprozess vor sich geht, denn die Entwicklungsländer werden den Bedürfnissen einer älter werdenden Bevölkerung nur mit Mühe gerecht werden können, solange sie arm sind. Viele Entwicklungsländer verfügen heute nur über ein kurzes Zeitfenster, um die demografische Dividende in vollem Umfang zu nutzen.

Demografische Trends sind jedoch kein unentrinnbares Schicksal. Sie können verändert werden, insbesondere durch bildungspolitische Maßnahmen. Dieser Bericht stellt für 2010 bis 2050 zwei Szenarien vor: ein Basisszenario, in dem sich die gegenwärtigen Bildungstrends fortsetzen, und ein beschleunigtes Szenario, in dem die Länder mit dem niedrigsten Ausgangsniveau ehrgeizige Bildungsziele anstreben. Für die Länder mit niedrigem HDI sinkt bei dem beschleunigten Szenario der Abhängigkeits-

quotient doppelt so schnell wie beim Basisszenario. Durch eine ehrgeizige Bildungspolitik kann es Ländern mit mittlerem und hohem HDI gelingen, den prognostizierten Anstieg ihres Abhängigkeitsquotienten zu bremsen, um so den demografischen Übergang zu einer alternden Bevölkerung zu erleichtern.

Voraussetzung für die Bewältigung dieser demografischen Herausforderungen ist die Anhebung des Bildungsstands bei gleichzeitiger Ausweitung der produktiven Beschäftigung durch Senkung der Arbeitslosigkeit, Förderung der Arbeitsproduktivität und Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen und älteren Arbeitnehmern.

Governance und Partnerschaften für ein neues Zeitalter

Der Aufstieg des Südens bietet mit Blick auf die gewaltigen Probleme unserer immer stärker vernetzten Welt sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Die Bewältigung des Klimawandels, die Nutzung globaler Güter und die Regulierung von Handel, Finanzen und Migration sind Probleme, die grenzüberschreitend gelöst werden müssen. Bestimmte Elemente der globalen öffentlichen Güter können auf regionaler Ebene bereitgestellt werden, aber in der Regel erfordert die wirksame Versorgung mit solchen Gütern ein erhebliches Maß an multilateraler Koordinierung und Zusammenarbeit. Weder der Norden noch der Süden mit seinem neu gewonnenen Einfluss können sich von den regionalen oder globalen Dialogen fernhalten, die notwendig sind, um zu Vereinbarungen über diese Fragen zu gelangen. Die Länder des Südens sind in der Lage, nicht nur Finanzmittel zur Stärkung der regionalen und multilateralen Prozesse beizutragen, sondern auch wichtige Erfahrungen einzubringen, die sie durch ihre Leistungen und ihre pragmatische Politik in vielen Bereichen der menschlichen Entwicklung gewonnen haben.

Der Süden hat neue Regelungen und Institutionen wie etwa bilaterale und regionale Handelsvereinbarungen und Finanzmechanismen gefördert. Infolgedessen bilden die heutigen Systeme der internationalen Governance ein Mosaik aus alten Strukturen und neuen Vereinbarungen. Diese Vielfalt könnte sogar noch zunehmen, denn es ist zu erwarten, dass durch internationale Zusammenarbeit ein immer komplexeres Netz bilateraler, regionaler und globaler Prozesse entstehen wird.

Viele der Institutionen und Grundsätze, die derzeit die internationale Governance prägen, wurden für eine Welt konzipiert, die ganz anders war als die heutige. Dies hat unter anderem zur Folge, dass der Süden unterrepräsentiert ist. Wenn die internationalen Institutionen überleben sollen, müssen sie repräsentativer, transparenter und rechenschaftspflichtiger werden. Tatsächlich könnte eine stärkere Beteiligung des Südens, der umfangreiche finanzielle, technologische und personelle Ressourcen sowie wertvolle Lösungen kritischer weltweiter Probleme beisteuern kann, alle zwischenstaatlichen Prozesse mit neuem Leben erfüllen.

In diesem Zusammenhang ist es verständlich, dass die Regierungen sich über die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität Sorgen machen. In manchen Fällen mag eine solche Sichtweise gerechtfertigt sein, aber sie könnte zu einem „Nullsummen-Denken“ ermuntern. Eine bessere Strategie wäre eine „verantwortliche Souveränität“, bei der die Staaten eine faire, regelgestützte und rechenschaftspflichtige internationale Zusammenarbeit praktizieren und sich zu kollektiven Anstrengungen zusammenfinden, die die globale Wohlfahrt verbessern. Eine verantwortliche Souveränität setzt auch voraus, dass die Staaten die Menschenrechte und die Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten. Von dieser Warte aus betrachtet, bedeutet Souveränität nicht nur ein Recht, sondern auch eine Verantwortung.

Die aktuelle Situation hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Bereitstellung öffentlicher Güter. Dabei verlangen die Bereiche, die mit Handel, Migration und Klimawandel zusammenhängen, vordringliche Aufmerksamkeit. In manchen Fällen können die öffentlichen Güter durch regionale Institutionen bereitgestellt werden, in denen sich die Polarisierungen vermeiden lassen, die manchmal in größeren, multilateralen Foren Fortschritte behindern. Eine stärkere regionale Zusammenarbeit könnte jedoch auch Nachteile haben, wenn einem ohnehin komplizierten, vielschichtigen und fragmentierten Gewebe von Institutionen

Eine stärkere Beteiligung des Südens, der umfangreiche finanzielle, technologische und personelle Ressourcen sowie wertvolle Lösungen kritischer weltweiter Probleme beisteuern kann, könnte alle zwischenstaatlichen Prozesse mit neuem Leben erfüllen

eine weitere Schicht hinzugefügt wird. Die Herausforderung besteht also darin, durch einen „kohärenten Pluralismus“ sicherzustellen, dass die Institutionen auf allen Ebenen in einer möglichst koordinierten Weise zusammenarbeiten.

Die Institutionen der internationalen Governance können nicht nur von ihren Mitgliedstaaten, sondern auch von der globalen Zivilgesellschaft zur Rechenschaft gezogen werden. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen nehmen bereits Einfluss auf die globale Transparenz und die Festlegung von Regeln in vielen Bereichen, von der Entwicklungshilfe über Verschuldung, Menschenrechte und Gesundheit bis zum Klimawandel. Die Netzwerke der Zivilgesellschaft nutzen heute die neuen Medien und die neuen Kommunikationstechnologien. Dennoch sehen sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen auch mit Fragen nach ihrer Legitimität und Rechenschaftspflicht konfrontiert und können sogar unerwünschte Formen annehmen. Auf jeden Fall wird die künftige Legitimität der internationalen Governance von der Fähigkeit der Institutionen abhängen, zivilgesellschaftliche Netzwerke und lokale Gemeinschaften in ihre Arbeit einzubeziehen.

Die beispiellose Akkumulierung von Finanzreserven sowohl im Norden als auch im Süden bietet die Chance zu schnelleren Fortschritten auf breiter Front

Prioritäten für ein neues Zeitalter

Für alle diese Aspekte gilt, dass den Grundprinzipien der menschlichen Entwicklung nach wie vor größte Bedeutung zukommt. Ihr Ziel ist es weiterhin, für alle Menschen, gleich wo sie leben, mehr Entscheidungsfreiheit zu erreichen und ihre Verwirklichungschancen auszuweiten. Viele Länder des Südens haben bereits gezeigt, was getan werden kann. Aber sie haben erst einen Teil des Weges zurückgelegt. Für die nächsten Jahre kommt dieser Bericht zu fünf allgemeinen Schlussfolgerungen:

Die zunehmende Wirtschaftskraft des Südens muss mit einem vollen Bekenntnis für die menschliche Entwicklung einhergehen

Investitionen in die menschliche Entwicklung sind nicht nur aus moralischen Gründen gerechtfertigt. Für sie spricht auch, dass in einer stärker wettbewerbsorientierten und dynamischen Weltwirtschaft bessere Gesundheit, Bildung und soziale Wohlfahrt ein Schlüssel zum Erfolg sind. Solche Investitionen sollten insbesondere die Armen in den Blick nehmen, indem sie ihre Marktanbindung fördern und ihre Chancen zur Existenzsicherung erhöhen. Armut ist ungerecht, und diese Ungerechtigkeit kann und muss durch entschlossenes Handeln beseitigt werden.

Gute Politikgestaltung bedeutet, den Schwerpunkt nicht nur auf die Ausweitung der individuellen Verwirklichungschancen, sondern auch auf die Stärkung der gesellschaftlichen Kapazitäten zu legen. Der einzelne Mensch agiert im Rahmen gesellschaftlicher Institutionen, die sein Entwicklungspotenzial einengen oder stärken können. Eine Politik, deren Ziel die Änderung einschränkender sozialer Normen ist, wie etwa Geschlechterdiskriminierung, Frühehen und Mitgiftforderungen, eröffnet allen Individuen die Chance, ihr menschliches Potenzial in vollem Umfang zu verwirklichen.

Weniger entwickelte Länder können aus den Erfolgen der aufstrebenden Volkswirtschaften des Südens lernen und davon profitieren

Die beispiellose Akkumulierung von Finanzreserven und Staatsfonds sowohl im Norden als auch im Süden bietet die Chance zu schnelleren Fortschritten auf breiter Front. Ein kleiner Teil dieser Mittel sollte gezielt für die menschliche Entwicklung und die Beseitigung der Armut eingesetzt werden. Gleichzeitig können Handels- und Investitionsströme zwischen den Ländern des Südens neue ausländische Märkte erschließen und so die Entwicklungsmöglichkeiten verbessern, beispielsweise durch die Beteiligung an regionalen und globalen Wertschöpfungsketten.

Insbesondere der sich entfaltende Süd-Süd-Handel und die damit einhergehenden Investitionen können die Grundlage dafür legen, dass industrielle Fertigungskapazitäten in andere weniger entwickelte Regionen und Länder verlagert werden. In jüngster Zeit zu beobachtende chinesische und indische Joint Ventures und Investitionen in Firmenneugründungen im verarbeitenden Gewerbe in Afrika könnten Vorboten einer starken Expansion sein. Internationale Produktionsnetze ermöglichen eine Beschleunigung der Entwicklung, indem sie die Länder in die Lage versetzen, Entwicklungsphasen zu überspringen und direkt zu komplexeren Produktionsformen überzugehen.

Neue Institutionen können die regionale Integration und die Süd-Süd-Beziehungen erleichtern

Neue Institutionen und Partnerschaften können den Ländern helfen, Wissen, Erkenntnisse und Technologie weiterzugeben. Damit einhergehen können neue und gestärkte Institutionen zur Förderung von Handel und Investitionen und zur Beschleunigung des Erfahrungsaustauschs im Süden. Ein möglicher Schritt wäre die Schaffung einer neuen Südkommission, die mit einer frischen Sichtweise an die Frage herangeht, wie die Vielfalt des Südens zu einer Triebkraft für Solidarität werden kann.

Durch eine bessere Repräsentation des Südens und der Zivilgesellschaft können schnellere Fortschritte bei wichtigen globalen Problemen erzielt werden

Der Aufstieg des Südens führt zu einer größeren Vielfalt der Akteure auf der globalen Bühne. Dies bietet die Chance, Governance-Institutionen aufzubauen, in denen alle maßgeblichen Gruppen umfassend vertreten sind und in denen diese Vielfalt in produktiver Weise zur Lösung der Weltprobleme eingesetzt wird.

Für die internationalen Organisationen sind neue Leitsätze erforderlich, die die Erfahrungen des Südens einbeziehen. Die Entstehung der Gruppe der Zwanzig (G20) ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, aber auch in den Bretton-Woods-Institutionen, in den Vereinten Nationen und in anderen internationalen Gremien muss eine ausgewogenere Vertretung der Länder des Südens erreicht werden.

Die aktive Zivilgesellschaft und die sozialen Bewegungen bedienen sich auf nationaler und transnationaler Ebene der Medien, um ihren Forderungen nach einer gerechten und fairen Governance stärker Gehör zu verschaffen. Die Ausbreitung dieser Bewegungen und die Zunahme der Plattformen zur Artikulierung wichtiger Botschaften und Forderungen stellen die Governance-Institutionen vor die Notwendigkeit, demokratischere und inklusivere Grundsätze einzuführen. Ganz allgemein muss eine gerechtere und weniger ungleiche Welt Raum bieten für eine Vielfalt von Stimmen und ein System des öffentlichen Diskurses.

Der Aufstieg des Südens bietet neue Möglichkeiten für die Vergrößerung des Angebots an öffentlichen Gütern

Eine nachhaltige Welt erfordert ein größeres Angebot an globalen öffentlichen Gütern. Anzahl und Dringlichkeit der globalen Probleme nehmen ständig zu, von der Eindämmung des Klimawandels und der internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Instabilität bis zur Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Kernwaffen. Diese Probleme erfordern eine globale Antwort. Dennoch ist in vielen Bereichen die internationale Zusammenarbeit immer noch langsam und zeitweise gefährlich zögerlich. Der Aufstieg des Südens bietet neue Chancen für eine wirksamere Versorgung mit globalen öffentlichen Gütern und für die Überwindung der aktuellen Pattsituationen bei zahlreichen globalen Fragen.

Die Eigenschaften „öffentlich“ oder „privat“ sind in den meisten Fällen keine ureigenen Attribute eines öffentlichen Gutes, sondern gesellschaftliche Konstrukte. Von daher sind sie Ergebnis einer politischen Entscheidung. Nationale Regierungen können sich einschalten, wenn auf einzelstaatlicher

Der Aufstieg des Südens bietet neue Chancen für eine wirksamere Versorgung mit globalen öffentlichen Gütern und für die Überwindung der aktuellen Pattsituationen bei zahlreichen globalen Fragen

Ebene eine Unterversorgung besteht, doch wenn sich globale Herausforderungen stellen, ist eine internationale Zusammenarbeit erforderlich und kann nur durch das freiwillige Handeln vieler Regierungen zustande kommen. Angesichts der Vielzahl drängender Probleme sind Fortschritte bei der Entscheidung darüber, was auf öffentlicher und was auf privater Ebene zu regeln ist, nur zu erreichen, wenn Personen und Institutionen eine starke und engagierte Führungsrolle übernehmen.

Auf globaler Ebene sind institutionelle Reformen und Innovationen erforderlich, um die globalen öffentlichen Güter zu schützen und solche Güter bereitzustellen

* * *

Dieser Bericht legt den aktuellen globalen Kontext dar und gibt Politikern und Bürgern Navigationshilfen an die Hand, damit sie angesichts der immer stärkeren Vernetzung der Welt Kurs halten und den wachsenden globalen Herausforderungen begegnen können. Er beschreibt, wie sich die Machtverhältnisse, die Mitsprachemöglichkeiten und der Wohlstand auf der Welt ändern, und er stellt neue politische Konzepte und Institutionen vor, die unverzichtbar sind, um den Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung zu tragen und eine menschliche Entwicklung zu fördern, die durch mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und soziale Integration geprägt ist. Um Fortschritte auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung zu erreichen, müssen auf globaler wie auf nationaler Ebene Maßnahmen ergriffen und Institutionen geschaffen werden. Auf globaler Ebene sind institutionelle Reformen und Innovationen erforderlich, um die globalen öffentlichen Güter zu schützen und solche Güter bereitzustellen. Auf nationaler Ebene ist das Engagement des Staates für soziale Gerechtigkeit wichtig, aber auch das Verständnis dafür, dass angesichts der Vielfalt landesspezifischer Gegebenheiten, Kulturen und institutioneller Bedingungen technokratische Einheitsrezepte weder realistisch noch effektiv sind. Dennoch zeichnen sich übergreifende Grundsätze ab, wie zum Beispiel gesellschaftlicher Zusammenhalt, staatliches Engagement für Bildung, Gesundheit und Sozialschutz sowie Offenheit für Handelsintegration, die die Navigation auf dem Weg zu einer nachhaltigen und ausgewogenen menschlichen Entwicklung erleichtern.

„Überall auf der Welt vereinen sich die Menschen zu einer gemeinsamen Anstregung: Sie wollen aktiv und frei an den Ereignissen und Vorgängen, die ihr Leben prägen, teilhaben.“

Mahbub ul Haq

Einleitung

Als in der Finanzkrise von 2008/2009 das Wachstum der entwickelten Volkswirtschaften zum Stillstand kam, während die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer weiter wuchsen, wurde das in der Welt aufmerksam registriert.[1] Der Aufstieg des Südens, der von der Entwicklungswelt als eine längst überfällige globale Neugewichtung betrachtet wird, ist seither ausführlich kommentiert worden. Allerdings hatte diese Diskussion in der Regel einen eingeengten Blickwinkel, der sich auf das BIP-Wachstum und die Ausweitung des Handels in einigen wenigen großen Ländern konzentrierte. Es sind jedoch erheblich umfangreichere dynamische Prozesse im Spiel, bei denen es um eine wesentlich größere Zahl von Ländern und um einschneidendere Trends geht, mit potenziell weitreichenden Folgen für das Leben der Menschen, für die soziale Gerechtigkeit und für die demokratische Governance auf lokaler und globaler Ebene. Wie dieser Bericht zeigt, ist der Aufstieg des Südens einerseits das Ergebnis kontinuierlicher Investitionen in die menschliche Entwicklung und dadurch erzielter Erfolge und andererseits eine Chance für noch größere Fortschritte, die allen Menschen auf der Welt zugutekommen. Um diese Fortschritte Realität werden zu lassen, bedarf es einer gut informierten und aufgeklärten Politik auf globaler und nationaler Ebene, die sich auf die politischen Erkenntnisse und Analysen dieses Berichts stützt.

Der Aufstieg des Südens hat sich in beispielloser Geschwindigkeit und in einem nie gekannten Ausmaß vollzogen. Nie zuvor in der Geschichte haben sich die Lebensbedingungen und die Zukunftsaussichten so vieler Menschen so dramatisch und so schnell verändert. In Großbritannien, wo die Industrielle Revolution ihren Ausgang nahm, dauerte es 150 Jahre, bis sich die Produktionsleistung pro Kopf verdoppelt hatte; die Vereinigten Staaten, deren Industrialisierung später einsetzte, benötigten dafür 50 Jahre.[2] In beiden Ländern lag zu Beginn ihrer Industrialisierung die Bevölkerungszahl unter zehn Millionen. Dagegen hatten China und Indien zu Beginn ihres gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwungs schon eine Bevölkerung von jeweils rund einer Milliarde Menschen. Die Produktionsleistung pro Kopf hat sich in beiden Ländern in weniger als 20 Jahren verdoppelt – ein grundlegender Wandel, von dem hundertmal mehr Menschen betroffen sind, als dies bei der Industriellen Revolution der Fall war.[3]

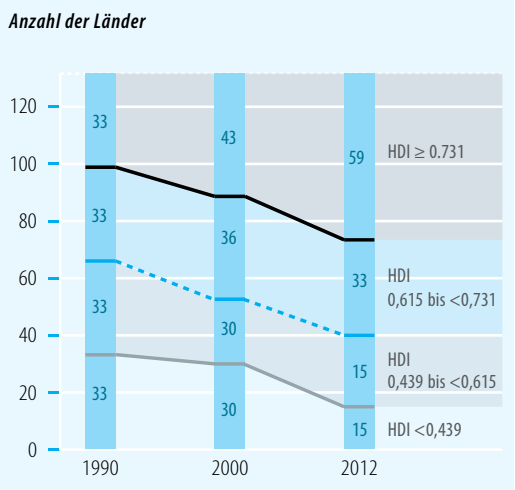
Der Aufstieg des Südens sollte verstanden werden als die Geschichte einer enormen Ausweitung der individuellen Verwirklichungschancen und nachhaltiger Fortschritte der menschlichen Entwicklung in Ländern, in denen die große Mehrheit der Weltbevölkerung lebt. Wenn Dutzende Länder und Milliarden Menschen auf der Entwicklungsleiter aufsteigen, wie dies heute der Fall ist, dann hat dies unmittelbare Auswirkungen auf die Schaffung von Wohlstand und die Ausweitung des menschlichen Fortschritts in allen Ländern und Regionen der Welt. Es bieten sich neue Chancen für ein Aufholen des Rückstands der weniger entwickelten Länder und für kreative politische Initiativen, die auch für die fortschrittlichsten Volkswirtschaften von Nutzen sein könnten.

Ein genauerer Blick auf die unterschiedlichen Wege, die von den erfolgreichen Entwicklungsländern eingeschlagen wurden, erweitert die Auswahl an Politikoptionen für alle Staaten und Regionen. Auch lassen sich Werte und Weltsichten erkennen, die als Informationsgrundlage für die künftige Entwicklungszusammenarbeit dienen und zu konstruktiven Antworten auf die größten globalen Herausforderungen führen können. Das Ziel besteht wie immer darin, beschleunigte Fortschritte auf breiter Basis zu erreichen, die in allen Ländern und Gemeinwesen zu höheren Standards und einer Ausweitung der Wahlmöglichkeiten der Menschen in allen Schlüsselbereichen der menschlichen Entwicklung führen, von der Gesundheit, der Bildung und den Existenzgrundlagen bis zu der Freiheit, die Kontrolle über das eigene Leben zu haben und es zu verbessern.

Der grundlegende Wandel im Süden erfordert auch Veränderungen der Regeln, die den globalen Beziehungen zugrunde liegen. Die meisten multilateralen Organisationen sind das Spiegelbild einer internationalen Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstan-

GRAFIK 1

Fortschritte beim Wachstum des HDI



Hinweis: Die Schwellenwerte sind das 25., 50. und 75. Perzentil der HDI-Werte von 1990 für 132 Länder.
Quelle: HDR-Büro.

Länder mit einem niedrigen Stand menschlicher Entwicklung verzeichneten bei Bildung, Gesundheit und Einkommen in den letzten zehn Jahren erheblich schnellere Fortschritte als in der Dekade davor

den war. Diese Weltsicht steht nicht mehr im Einklang mit der globalen „Neugewichtung" im Hinblick auf Demografie, Wohlstandsverteilung und geopolitischen Einfluss im 21. Jahrhundert. Der wachsende Einfluss des Südens auf die Politikgestaltung wird in der internationalen Reaktion auf die Finanzkrise von 2008 sichtbar. In der Vergangenheit wurden Finanzentscheidungen allein von den großen Industriemächten getroffen, wie etwa in dem Plaza-Abkommen von 1985. Dieses Mal spielte die erweiterte Gruppe der Zwanzig (G20), in der auch die größten Entwicklungsländer vertreten sind, eine Schlüsselrolle. Zunehmend werden auch in den seit Langem bestehenden internationalen Organisationen Führungspositionen durch Personen aus dem Süden besetzt.[4]

Dies sind lediglich erste Anzeichen für Veränderungen in den internationalen Institutionen, aber auch für die Möglichkeit, dass die neuen Akteure im Süden neue Anstrengungen unternehmen könnten, um bessere globale öffentliche Güter bereitzustellen. In der Tat müssen sich Regierungen und internationale Organisationen angesichts des Aufstiegs des Südens noch vordringlicher den Herausforderungen der Zukunft stellen, die wahrscheinlich enorm sein werden: Chancengerechtigkeit, Bürgerbeteiligung an staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen, ökologische Nachhaltigkeit und die Veränderung der Alterspyramide, um nur einige zu nennen. In den folgenden Abschnitten werden einige konkrete Merkmale des Aufstiegs des Südens näher erläutert.

Fortschritte auf breiter Basis

Die Transformation des Südens im 21. Jahrhundert ging mit großen Fortschritten auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit, der Bildung, des Verkehrs, der Telekommunikation und der Bürgerbeteiligung an der Regierungs- und Verwaltungsführung einher. Dies hatte tiefgehende Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung: Der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen, der 1990 noch 43,1 Prozent betragen hatte, ging bis 2008 auf 22,4 Prozent zurück; allein in China wurden mehr als 500 Millionen Menschen aus der Armut geführt.[5]

Länder mit einem niedrigen Stand menschlicher Entwicklung verzeichneten bei Bildung, Gesundheit und Einkommen in den letzten zehn Jahren erheblich schnellere Fortschritte als in der Dekade davor. Die Zahl der Länder, deren HDI-Wert 1990 unter dem 25. Perzentil lag, ging zwischen 1990 und 2000 von 33 auf 30 zurück – und halbierte sich zwischen 2000 und 2012 von 30 auf 15 (Grafik 1). Am oberen Ende der Skala stieg die Anzahl der Länder mit HDI-Werten über dem 75. Perzentil im Zeitraum 1990 bis 2000 von 33 auf 43 und im Zeitraum 2000 bis 2012 von 43 auf 59. In den mittleren HDI-Quartilen ergibt sich ein eher gemischtes Bild. Insgesamt hatte 2012 kein Land einen niedrigeren HDI-Wert als 2000, im Gegensatz zur vorhergehenden Dekade, in der im Jahr 2000 18 Länder einen niedrigeren HDI-Wert aufwiesen als 1990.

Zwischen 1990 und 2012 konnten fast alle Länder ihren Stand der menschlichen Entwicklung verbessern. Von 132 Ländern, für die eine komplette Datenreihe vorliegt, wiesen 2012 nur zwei einen niedrigeren HDI-Wert auf als 1990 (Lesotho und Simbabwe). Besonders schnelle Fortschritte erzielten mehr als 40 Länder des Südens, die innerhalb der Ländergruppe mit einem ähnlichen Ausgangsniveau im

Jahr 1990 ihren HDI-Wert erheblich stärker verbesserten als prognostiziert.[6] Dazu gehören so unterschiedliche Länder wie Ghana, Ruanda und Uganda in Afrika südlich der Sahara, Bangladesch und Indien in Südasien, Tunesien in den arabischen Staaten, China, die Demokratische Volksrepublik Laos und Vietnam in Ostasien und im Pazifik sowie Brasilien, Chile und Mexiko in Lateinamerika und der Karibik (Grafik 2).

Globale Neugewichtung

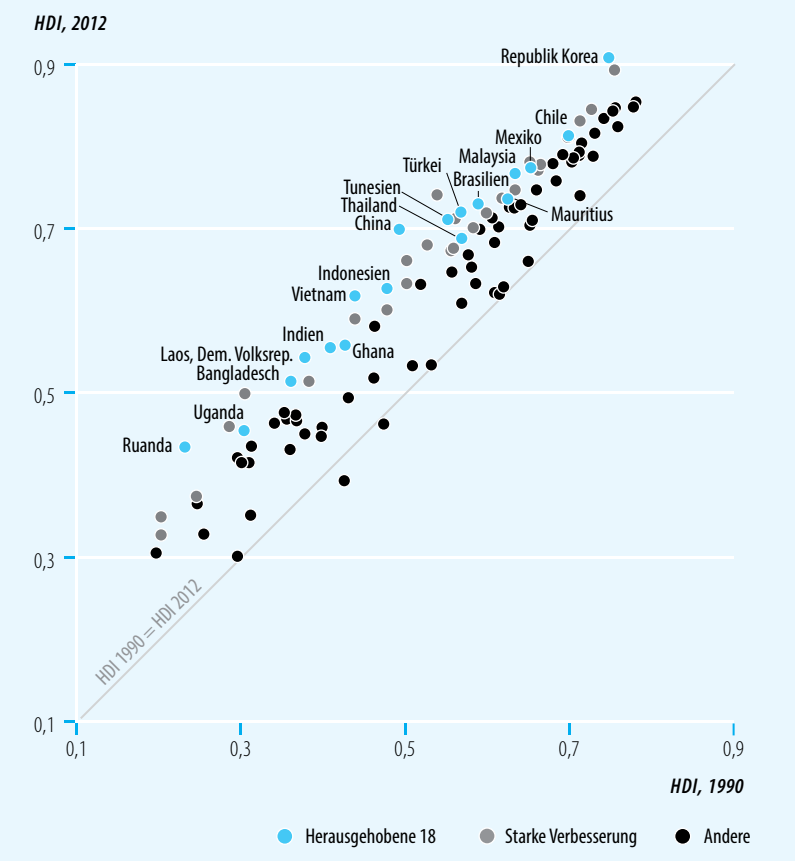
Zum ersten Mal seit 150 Jahren ist die wirtschaftliche Gesamtleistung der drei führenden Volkswirtschaften der Entwicklungswelt – Brasilien, China und Indien–in etwa gleich groß wie das Gesamt-BIP der traditionellen Industriemächte des Nordens: Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten.[7] Dies bedeutet eine dramatische Neugewichtung der weltweiten Wirtschaftskraft: 1950 hatten Brasilien, China und Indien zusammen nur einen Anteil von zehn Prozent an der Weltwirtschaft, während mehr als die Hälfte auf die genannten sechs traditionellen Wirtschaftsmächte des Nordens entfiel. Aus den in diesem Bericht vorgelegten Hochrechnungen geht hervor, dass Brasilien, China und Indien zusammen bis 2050 rund 40 Prozent der weltweiten Produktionsleistung aufbringen werden (Grafik 3) und damit die prognostizierte Gesamtproduktion der heutigen Gruppe der Sieben (G7) bei Weitem übertreffen werden.[8]

Während der Süden als Ganzes 1990 rund ein Drittel der weltweiten Wirtschaftleistung erbracht hatte, beträgt dieser Anteil heute in etwa die Hälfte. Das Gesamt-BIP von acht großen Entwicklungsländern – Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Südafrika und Türkei – ist heute gleich groß wie das BIP der Vereinigten Staaten, die immer noch mit Abstand größte nationalstaatliche Volkswirtschaft.[9] Noch im Jahr 2005 war das wirtschaftliche Gewicht der genannten acht Staaten zusammengenommen kaum halb so groß wie das der Vereinigten Staaten.

Diese enorme Steigerung des Anteils an der Wirtschaftsleistung hätte jedoch unter dem Aspekt der menschlichen Entwicklung nicht viel zu bedeuten, wenn nicht gleichzeitig in einem ebenso beispiellosen Ausmaß die Armut verringert und die menschlichen Verwirklichungschancen ausgeweitet worden wären. Das erste der Millenniums-Entwicklungsziele – die Halbierung des Anteils der mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag lebenden Menschen – wurde drei Jahre vor dem geplanten Datum erreicht. Der Hauptgrund dafür war, dass einige der bevölkerungsreichsten Länder die extreme Armut erfolgreich bekämpft haben. Brasilien, China und Indien haben den Anteil der in Einkommensarmut lebenden Menschen drastisch reduziert:

GRAFIK 2

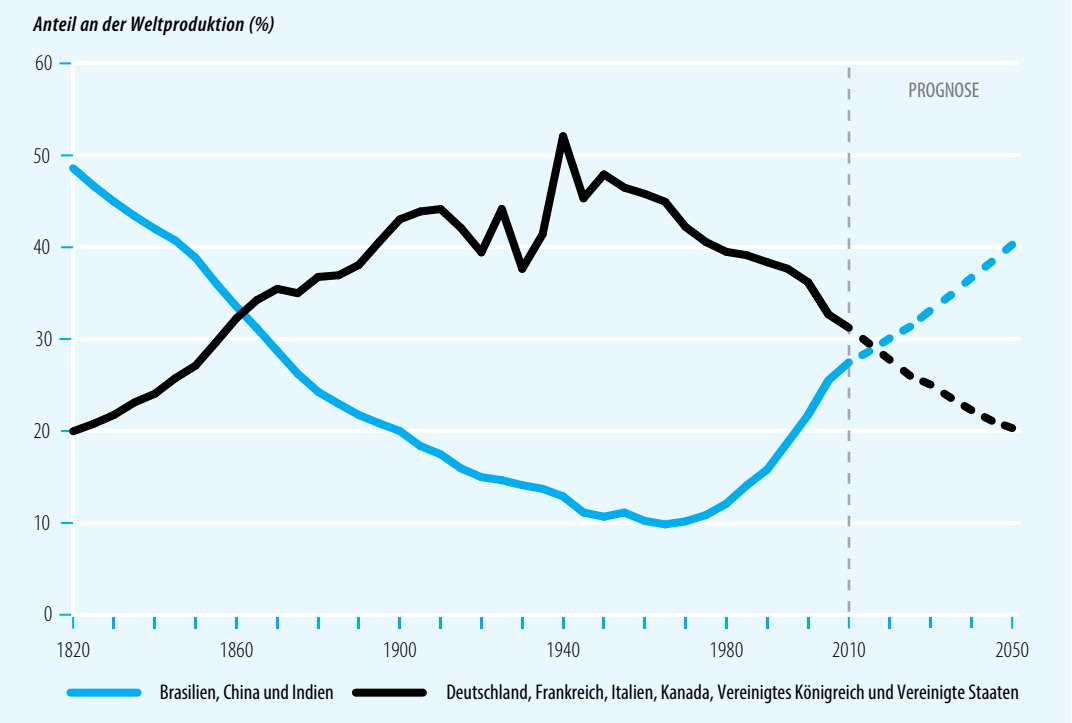
Mehr als 40 Länder des Südens erfuhren seit 1990 erheblich höhere Zuwächse beim HDI, als auf Grundlage der vorherigen Entwicklung ihres HDI prognostiziert worden wäre.



Hinweis: Länder oberhalb der 45-Grad-Linie hatten 2012 einen höheren HDI-Wert als 1990. Graue und blaue Punkte bezeichnen Länder, die ihre HDI-Werte zwischen 1990 und 2012 erheblich stärker gesteigert haben, als aufgrund ihrer Ausgangswerte von 1990 prognostiziert war. Diese Länder wurden auf der Grundlage von Residuen ermittelt, die mit einer Regression der Veränderung des Logarithmus des HDI zwischen 2012 und 1990 auf den Logarithmus des HDI im Jahr 1990 gewonnen wurden. Die namentlich aufgeführten Länder repräsentieren eine ausgewählte Gruppe von Ländern, die hohe HDI-Verbesserungen erzielt haben und die in Kapitel 3 ausführlicher behandelt werden.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

GRAFIK 3

Brasilien, China und Indien: Gesamtanteil an der Weltproduktion 1950 noch 10 Prozent, bis 2050 Anstieg auf 40 Prozent prognostiziert



Hinweis: Die Produktionsleistung wird in KKP-Dollar von 1990 gemessen.
Quelle: Interpolation historischer Daten von Maddison (2010) und Hochrechnungen auf der Grundlage von Pardee Center for International Futures (2012), durchgeführt durch das HDR-Büro.

Während der Süden als Ganzes 1990 rund ein Drittel der weltweiten Wirtschaftleistung erbracht hatte, beträgt dieser Anteil heute in etwa die Hälfte

In Brasilien ging ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 1990 und 2009 von 17,2 auf 6,1 Prozent zurück, in China zwischen 1990 und 2008 von 60,2 auf 13,1 Prozent und in Indien zwischen 1990 und 2010 von 49,4 auf 32,7 Prozent.[10]

Die allgemeineren Entwicklungsherausforderungen haben sich jedoch nicht verringert. Schätzungen zufolge leben in den für diesen Bericht untersuchten 104 Ländern über 30 Prozent der Bevölkerung, also fast 1,75 Milliarden Menschen, in mehrdimensionaler Armut.[11] Dies ist eine Messgröße für die Anzahl und die Intensität von einander überlappenden Formen von Deprivation in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Lebensstandard. In vielen der rasch wachsenden Ländern des Südens ist die in mehrdimensionaler Armut lebende Bevölkerung größer als diejenige, die von Einkommensarmut betroffen ist. Außerdem nimmt in vielen Ländern die Einkommensungleichheit zu. Die Berechnungen, die 2012 für den Ungleichheit einbeziehenden HDI für 132 Länder vorgenommen wurden, zeigen, dass fast ein Viertel des HDI-Werts, nämlich 23 Prozent, aufgrund von Ungleichheit verloren geht. Zwischen 1990 und 2005 lassen die für 66 Länder ermittelten Trends des Ungleichheit einbeziehenden HDI erkennen, dass die Ungleichheit insgesamt nur marginal zurückging, weil der Abbau der Ungleichheit bei Gesundheit und Bildung durch den Anstieg der Einkommensungleichheit wettgemacht wurde.[12] Entgegen dem allgemeinen globalen Trend verzeichnete Lateinamerika seit 2000 einen Rückgang der Einkommensungleichheit, aber dennoch ist dies immer noch die Region mit der ungleichsten Einkommensverteilung. In Afrika südlich der Sahara besteht die größte Ungleichheit auf dem Gebiet der Gesundheit, in Südasien dagegen auf dem Gebiet der Bildung.

Massive Ausweitung der Mittelschicht

Der Umfang, das Einkommen und die Erwartungen der Mittelschicht im Süden sind rasch gestiegen. Zwischen 1990 und 2010 wuchs der Anteil des Südens an der globalen Mittelschicht von 26 auf 58 Prozent. Prognosen zufolge werden 2030 mehr als 80 Prozent der Mittelschicht der Welt im Süden leben und über 70 Prozent der Konsumausgaben tätigen.[13] Auf die Region Asien und Pazifik werden 2030 rund zwei Drittel der Mittelschicht der Welt entfallen, auf Zentral- und Südamerika rund zehn Prozent und auf Afrika südlich der Sahara zwei Prozent (Grafik 4). Innerhalb Asiens werden mehr als 75 Prozent der Mittelschicht und der entsprechende Anteil am Gesamtkonsum auf Indien und China entfallen. Eine weitere Schätzung geht davon aus, dass der jährliche Konsum in den Schwellenländern, der 2010 noch mit zwölf Billionen Dollar beziffert wurde, bis 2025 auf 30 Billionen Dollar ansteigen wird, wobei drei Fünftel der eine Milliarde Haushalte, die über ein Einkommen von über 20.000 Dollar pro Jahr verfügen, im Süden leben werden.[14] Die anhaltende Expansion der Mittelschicht wird mit Sicherheit tiefgreifende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben.

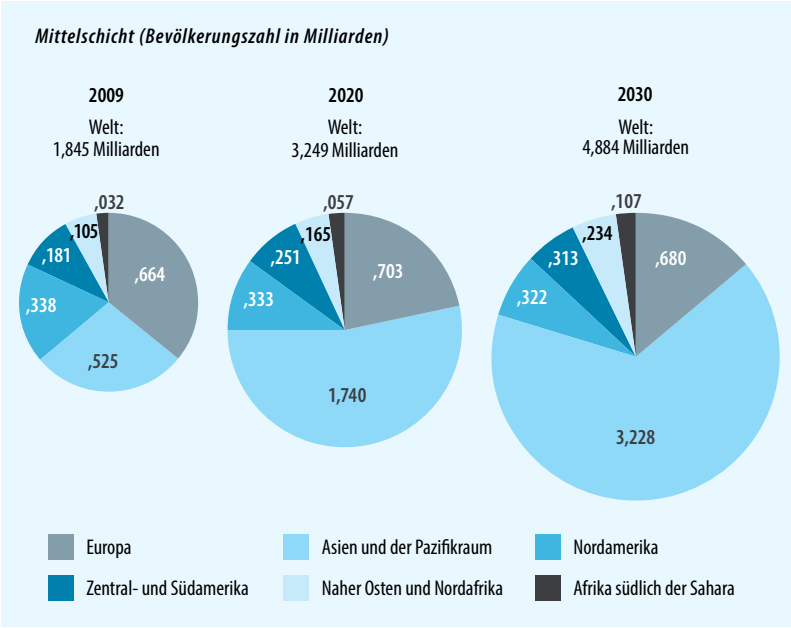
Die schiere Anzahl der im Süden lebenden Menschen – Milliarden von Verbrauchern und Bürgern – hat zur Folge, dass das Handeln von Regierungen, Unternehmen und internationalen Institutionen im Süden große Auswirkungen auf die weltweite menschliche Entwicklung hat. Zunehmend tritt der Süden an die Seite des Nordens als Nährboden für technische Innovation und kreatives Unternehmertum. Im Rahmen des Nord-Süd-Handels haben die Schwellenländer Kapazitäten für die effiziente Herstellung komplexer Produkte für die Märkte der entwickelten Länder geschaffen. Aber es war die Süd-Süd-Zusammenarbeit, die die Unternehmen im Süden dazu befähigte, durch Anpassung und Innovation Produkte und Verfahren zu entwickeln, die den lokalen Bedürfnissen besser entsprechen. Durch die Entwicklung von Produkten, die auch Konsumenten mit niedrigeren verfügbaren Einkommen erreichen, entstehen neue Geschäftsmodelle. Der Aufstieg des Südens führt auch zur Verbreitung von Technologie, indem neue Modelle in großer Stückzahl und mit geringen Gewinnspannen verkauft werden, die für Haushalte mit niedrigem Einkommen interessant sind und in Märkten mit schwacher Unterstützungsinfrastruktur eine große Zahl von Konsumenten erreichen können.

Auch der weltweite Bildungsstand verbessert sich. Unter der Annahme einer kräftigen Steigerung der Einschulungsquoten ist zu erwarten, dass die Anzahl der über 15-Jährigen, die keine formale Schulbildung erhalten haben, abnimmt: Ihr Anteil an der Weltbevölkerung wird sich von 2010 bis 2050 von zwölf auf drei Prozent verringern. Der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Sekundar- oder Tertiärbildung wird von 44 Prozent (2010) auf 64 Prozent im Jahr 2050 steigen. Hinzu kommt, dass sich die digitale Spaltung rasch verringert, sodass Menschen überall auf der Welt einen vergleichbaren Informationszugang erhalten, namentlich durch die immer erschwinglicheren mobilen Breitband-Internetzugänge.

Die schiere Anzahl der im Süden lebenden Menschen – Milliarden von Verbrauchern und Bürgern – hat zur Folge, dass das Handeln von Regierungen, Unternehmen und internationalen Institutionen im Süden große Auswirkungen auf die weltweite menschliche Entwicklung hat

GRAFIK 4

Die Mittelschicht im Süden wird Prognosen zufolge weiter wachsen



Hinweis: Die Mittelschicht umfasst Personen, die zwischen 10 und 100 Dollar pro Kopf und Tag verdienen oder ausgeben (KKP-Dollar von 2005).
Quelle: Brookings Institution (2012).

Angesichts des raschen Zuwachses gut ausgebildeter Menschen in vielen Ländern des Südens wird die Schaffung von Arbeitsplätzen in großem Maßstab immer vordringlicher

Angesichts des raschen Zuwachses gut ausgebildeter Menschen in vielen Ländern des Südens wird die Schaffung von Arbeitsplätzen in großem Maßstab immer vordringlicher. Die Länder des Südens, in denen die Abhängigkeiten in Zukunft abnehmen, können nur dann eine „demografische Dividende" schaffen, wenn die Zunahme der Erwerbsbevölkerung mit einer ebenso raschen Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten einhergeht. Gelingt es diesen Ländern nicht, angemessene Arbeitsplätze in ausreichender Zahl bereitzustellen, um diese demografisch bedingte höhere Nachfrage zu decken, könnten unter anderem wachsende innere Unruhen die Folge sein, wie die vor allem von Jugendlichen angeführten Aufstände des Arabischen Frühlings gezeigt haben.

Beispiellose Vernetzung

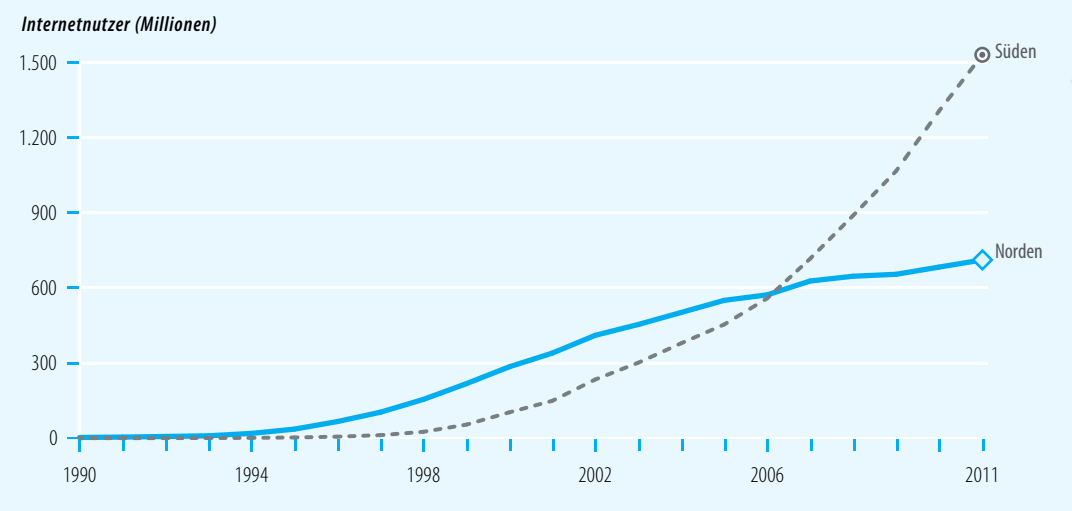
Handel, Reiseverkehr und Telekommunikation expandieren weltweit in beispielloser Geschwindigkeit. Mehr Menschen als je zuvor bewegen sich ständig zwischen verschiedenen Ländern hin und her, sei es als Geschäftsreisende, als Touristen oder als Migranten. 2010 machten Einwanderer in erster Generation fast drei Prozent der Weltbevölkerung, also mehr als 215 Millionen Menschen aus – eine Verdreifachung seit 1960.[15] Fast die Hälfte aller Rücküberweisungen von Migranten aus dem Süden in ihre Heimatländer stammen von Arbeitnehmern, die in anderen Entwicklungsländern tätig sind.

Mehr als je zuvor sind Länder des Südens auch Reiseziel von Touristen aus anderen Entwicklungsländern. Bis 2020 wird weltweit mit fast 1,6 Milliarden Einreisen von Touristen gerechnet, davon wahrscheinlich 75 Prozent aus der gleichen Region. Der Anteil des Süd-Süd-Handels am gesamten Welthandel hat sich während der letzten 30 Jahre fast verdreifacht und liegt jetzt bei 25 Prozent; Süd-Süd-Investitionen machen heute zwischen 30 und 60 Prozent aller Auslandsinvestitionen in den am wenigsten entwickelten Ländern aus.[16]

Die Zahl der Menschen im Süden mit Zugang zum World Wide Web (Internet) ist exponentiell gestiegen, am deutlichsten im letzten Jahrzehnt (Grafik 5). Zwischen 2000 und 2010 nahm die Internetnutzung in rund 60 Entwicklungsländern mit einer Bevölkerung von einer Million oder mehr im Durchschnitt um über 30 Prozent jährlich zu. Im September 2012 waren bei Facebook, dem sozialen Netzwerk im Internet, eine Milliarde monatlich aktiver Nutzer angemeldet, mit

GRAFIK 5

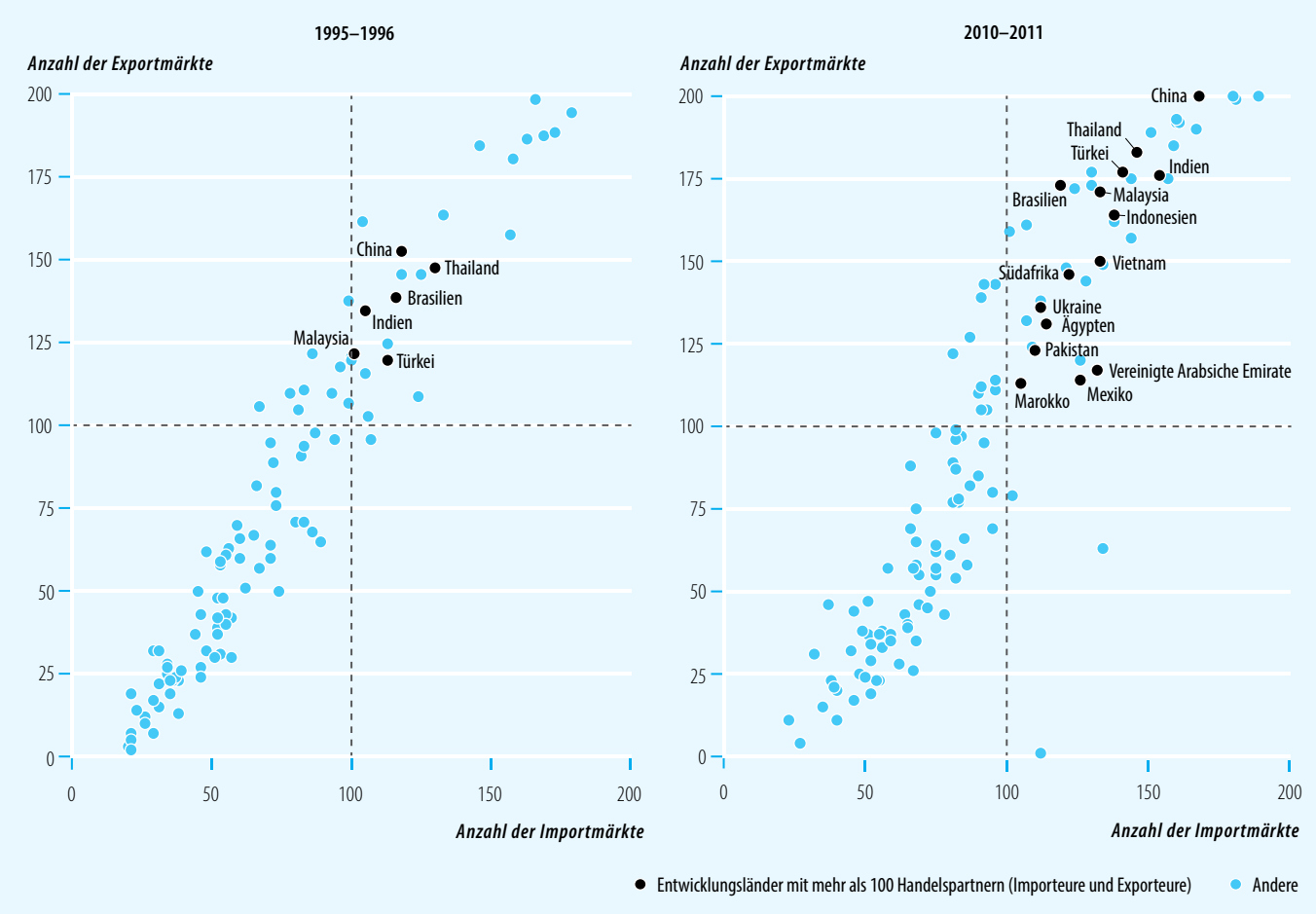
Der exponentielle Zuwachs der Internetnutzung im Süden war im letzten Jahrzehnt am deutlichsten



Quelle: World Bank 2012a.

GRAFIK 6

Mindestens 15 Entwicklungsländer unterhalten substanzielle Handelsbeziehungen mit mehr als 100 Handelspartnern, als Exporteure wie auch als Importeure



Hinweis: Durchschnittswerte für 1995/96 und für 2010/11. Berücksichtigt nur Länder, deren bilateraler Handel 1995/96 über 1,5 Millionen Dollar 2010/11 über zwei Millionen Dollar erreichte.
Quelle: UNSD 2012.

140,3 Milliarden Verbindungen zwischen „Freunden". Vier der fünf Länder mit der größten Zahl von Facebook-Nutzern liegen im Süden: Brasilien, Indien, Indonesien und Mexiko.[17]

Die Verflechtungen des Handels erlauben es mehr Menschen, auf dem globalen Marktplatz präsent zu sein, von ugandischen Bananenexporteuren bis zu Garnelenfarmern am Mekong. Die globale Außenhandelsquote, eine herkömmliche Messgröße für Handelsintegration, lag 1913 bei 22 Prozent – ein enormer Anstieg gegenüber geschätzten zwei Prozent im Jahr 1800.[18] Heute erreicht die Quote über 56 Prozent.[19] Mindestens 15 Entwicklungsländer unterhalten substanzielle Handelsbeziehungen mit mehr als 100 Handelspartnern, als Exporteure wie auch als Importeure, verglichen mit nur sechs im Jahr 1996 (Grafik 6). Vor 30 Jahren entfiel kaum ein Viertel der globalen Handelsströme auf den Süden, heute ist es fast die Hälfte. Diese wachsenden Handelsverbindungen intensivieren sich „horizontal", also auf der Süd-Süd-Ebene, noch schneller als auf der traditionellen Nord-Süd-Achse.

Ein substanzieller Teil des Süd-Süd-Handels wird weiterhin durch die Nachfrage aus dem Norden vorangetrieben, aber es gibt auch den umgekehrten Aspekt: Entwicklungsländer importieren in großem Umfang aus dem Norden. Beispielsweise stiegen nach 2007 die US-Aus-

fuhren in langjährige Partnerländer, die der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören, um 20 Prozent, nach Lateinamerika und der Karibik sowie nach China jedoch um mehr als 50 Prozent. Der Süden braucht den Norden, aber zunehmend braucht der Norden auch den Süden.

Die Länder des Südens werden immer mehr zu natürlichen Drehscheiben für die Übernahme von Technologie und die Entwicklung neuer Produkte. Durch den Technologietransfer aus dem Süden gibt es inzwischen ein höheres Potenzial für menschliche Entwicklung. Beim Transfer von Technologie aus dem Norden sind wegen der unterschiedlichen Absorptionskapazität häufig kostspielige Anpassungen erforderlich. Dagegen hat sich gezeigt, dass der Technologietransfer aus dem Süden für eine direkte Übernahme besser geeignet ist.[20] Außerdem haben die durch den Süden vorgenommenen technischen Anpassungen ihrerseits zu Innovationen geführt, die von unmittelbarem Nutzen für die menschliche Entwicklung sind. Ein Beispiel sind die Einsatzmöglichkeiten erschwinglicher, in Asien hergestellter Mobiltelefone in Afrika: Online-Banking per Handy oder Smartphone ist billiger und einfacher als die Eröffnung eines traditionellen Bankkontos; Landwirte können Wetterberichte abrufen und Getreidepreise nachprüfen; und Unternehmer können Dienstleistungen über Mobiltelefon-Kioske anbieten. Diese und andere grundlegende Veränderungen bieten den Menschen eine Vielzahl neuer Möglichkeiten für die Nutzung von Technologie: Teilhabe an Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen, rascher und kostengünstiger Zugang zu Informationen, Herstellung von billigeren Medikamenten (häufig Generika), besserem Saatgut und neuen Pflanzensorten sowie Schaffung neuer Beschäftigungs- und Exportmöglichkeiten. Diese neuen Technologien verbinden Menschen in früher isolierten und marginalisierten ländlichen Gemeinwesen und in armen städtischen Wohngebieten. Sie eröffnen ihnen auch den Zugang zu wertvollen Instrumenten, Ressourcen und Informationen und befähigen sie zu einer aktiveren gesellschaftlichen Teilhabe auf nationaler und sogar globaler Ebene.

Die neuen Technologien verbinden Menschen und eröffnen ihnen auch den Zugang zu wertvollen Instrumenten, Ressourcen und Informationen und befähigen sie zu einer aktiveren gesellschaftlichen Teilhabe auf nationaler und sogar globaler Ebene

Pragmatische entwicklungspolitische Maßnahmen

Der Aufstieg des Südens umfasst ganz unterschiedliche Ländererfahrungen, die zeigen, dass es vielfältige Wege gibt, menschliche Entwicklung zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Die Länder gingen pragmatisch vor und entschieden sich für politische Maßnahmen, die ihnen für ihre jeweilige Situation geeignet erschienen. So galten zwischen 1979 und 1989 nicht weniger als 40 Prozent der in China erlassenen innerstaatlichen Vorschriften als experimentell.[21] Es gab jedoch auch gemeinsame Ansätze, die sich viele Länder zu eigen machten. Die meisten der sich schnell entwickelnden Länder des Südens öffneten sich für Außenhandel, Investitionen und Technologien. Aber die Öffnung allein war noch keine Erfolgsgarantie. Diese Länder investierten auch in ihre eigenen Kapazitäten zur Förderung der menschlichen Entwicklung, stärkten ihre innerstaatlichen Institutionen und erwarben komparative Vorteile in neuen Bereichen. Durch diese entscheidende Kombination von externer Öffnung und interner Vorbereitung gelang es den Ländern, auf dem globalen Markt Erfolge zu erzielen, mit positiven Ergebnissen im Bereich der menschlichen Entwicklung, die der Bevölkerung insgesamt zugutekamen.

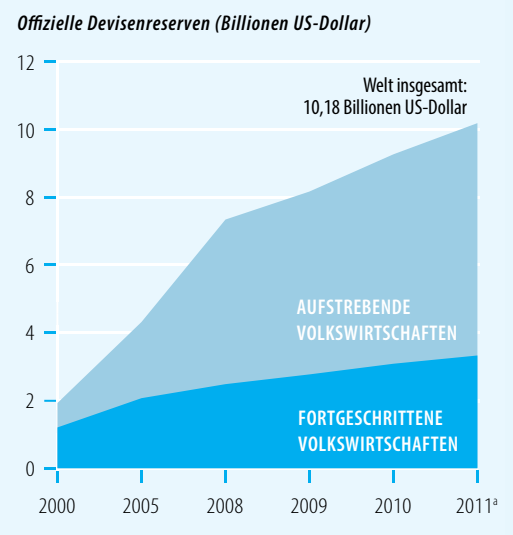
Die aktive Führungsrolle von Regierungen war für die Beschleunigung des wirtschaftlichen Fortschritts und die Eingrenzung sozialer Konflikte von entscheidender Bedeutung. Durch Wachstum wurde der nötige fiskalische Spielraum für Investitionen in Gesundheit und Bildung geschaffen und der Weg für eine positive Synergie zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik geebnet. Weithin bekannte innovative Programme in Brasilien, Indien und Mexiko – an Bedingungen geknüpfte Transferzahlungsprogramme sowie Programme für Arbeitsplatzgarantien in ländlichen Gebieten – sind Beispiele für das aktive Interesse an der Förderung einer gerechteren Verteilung der wirtschaftlichen und sozialen Chancen. China misst einem solchen Ansatz ebenfalls große Bedeutung bei, wie die dort verfolgte Strategie einer „harmonischen Gesellschaft“ erkennen lässt. Einzelne Elemente dieser Programme

wurden von zahlreichen anderen Ländern des Südens übernommen.

Ein gemeinsamer Schwerpunkt dieser sozialen Initiativen ist die Förderung von Gerechtigkeit und sozialer Integration. Diese Aspekte wurden in den Entwicklungsmodellen der Vergangenheit häufig unterschätzt; es hat sich jedoch erwiesen, dass sie wesentliche Elemente eines nachhaltigen Wegs sind, menschliche Fortschritte zu erreichen. Den herrschenden Eliten wird zunehmend bewusst, dass sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt starken Einfluss auf ihre eigene Legitimität haben kann. Investitionen in die soziale Wohlfahrt und in öffentliche Güter sind Bausteine einer langfristigen Entwicklung. Solche beispielhaften Initiativen – die innerhalb einer allgemeineren Agenda für Gerechtigkeit Teilhabe an Maßnahmen im Bereich der Gesundheits-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik kombinieren – machen deutlich, wie wichtig die Unterstützung der sozialen Gerechtigkeit ist, nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch als unverzichtbares Mittel zur Förderung der menschlichen Entwicklung.

GRAFIK 7

Offizielle Devisenreserven nach Ländergruppen



a. Vorläufige Daten des dritten Quartals.
Hinweis: Die Klassifizierung der Länder entspricht derjenigen des Internationalen Währungsfonds (IWF); berücksichtig sind 34 fortgeschrittene Volkswirtschaften und 110 aufstrebende und sich entwickelnde Volkswirtschaften, die ihre Daten an die Datenbank des IWF melden, in der die Währungszusammensetzung der offiziellen Devisenreserven verzeichnet wird.
Quelle: Grabel 2013.

Der Süden befindet sich heute in einer Position, in der er die alten Modelle der Entwicklungszusammenarbeit durch größere Finanzmittel und eigene Erkenntnisse und Erfahrungen beeinflussen oder sogar umgestalten kann

Neue Entwicklungspartner

Der Süden befindet sich heute in einer Position, in der er die alten Modelle der Entwicklungszusammenarbeit durch größere Finanzmittel und eigene Erkenntnisse und Erfahrungen beeinflussen oder sogar umgestalten kann. Aber er übt auch einen neuen Konkurrenzdruck auf andere Aspekte der bilateralen Zusammenarbeit aus. Der Aufstieg des Südens ist Ansporn für Innovationen bei bilateralen Partnerschaften und regionaler Zusammenarbeit, mit dem Ergebnis, dass innerhalb des Südens mehr Optionen für Finanzierung zu Vorzugsbedingungen, Infrastrukturinvestitionen und Technologietransfer zur Verfügung stehen. Die wachsende Hilfe, die durch den Süden gewährt wird, ist häufig nicht an explizite wirtschaftspolitische Bedingungen oder an eine bestimmte Regierungsführung geknüpft. Es waren beispielsweise die innerstaatlichen Erfahrungen und Erkenntnisse einiger Schwellenländer, die zur Wiederentdeckung der Bedeutung einer verbesserten Infrastruktur für die Entwicklung geführt haben. Während des letzten Jahrzehnts wurde nahezu die Hälfte der Infrastrukturfinanzierung in Afrika südlich der Sahara durch Regierungen und Regionalfonds aus anderen Teilen des Südens bereitgestellt.[22]

Hinzu kommt, dass durch den außerordentlichen Anstieg der Kapitalakkumulation in den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften des Südens – am deutlichsten abzulesen an den sprunghaft gestiegenen Devisenreserven – ein weitgehend unerschlossenes Reservoir von Entwicklungskapital zur Verfügung steht. Drei Viertel des Zuwachses der Devisenreserven zwischen 2000 und 2011 entfielen auf die Länder des Südens, die sich damit zum Teil gegen künftige finanzielle Einbrüche und Krisen absichern wollten (Grafik 7).

Schon 1995 benannte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) 23 Entwicklungsländer, denen in der Süd-Süd-Zusammenarbeit eine zentrale Bedeutung beigemessen wurde. Während des letzten Jahrzehnts haben diese Länder ihre Beziehungen mit anderen Entwicklungsländern immer schneller ausgeweitet.[23] Außerhalb der OECD

sind Brasilien, China und Indien die drei größten Geberländer.[24] Andere wie Malaysia, Thailand und die Türkei spielen in der Regionalentwicklung ebenfalls eine wichtige Rolle. Neue Entwicklungspartnerschaften, die sich an einem „win-win"-Modell orientieren, von dem alle Beteiligten profitieren, haben durch die Unterstützung von Entwicklungsanstrengungen und die Eröffnung von Möglichkeiten für bilateralen Handels- und Investitionsaustausch den Aufstieg des Südens gefestigt. Im Rahmen dieses Prozesses vollzieht sich eine Neuausrichtung internationaler Regime und Organisationen, um der Verschiebung in den globalen wirtschaftlichen Machtverhältnissen, die durch den Aufstieg des Südens bewirkt wurde, Rechnung zu tragen.

Neue Entwicklungspartnerschaften, die sich an einem „win-win"-Modell orientieren, haben durch erweiterte Möglichkeiten für bilateralen Handels- und Investitionsaustausch den Aufstieg des Südens gefestigt

* * *

Zahlreiche Aspekte des Aufstiegs des Südens und ihre Auswirkungen auf die menschliche Entwicklungwerden in diesem Bericht ausführlicher untersucht. Kapitel 1 nimmt eine Bestandsaufnahme der aktuellen menschlichen Entwicklung auf globaler und regionaler Ebene vor, mit besonderem Augenmerk auf Trends, Probleme und Fortschritte in miteinander verknüpften Schlüsselbereichen wie Armut, Ungleichheit, soziale Integration und menschliche Sicherheit. Kapitel 2 zeigt den Aufstieg der Länder des Südens zu wichtigen Akteuren der Weltwirtschaft, in der sie als Motor für Wachstum und als Katalysatoren für den Wandel in anderen Entwicklungsländern wirken, und es beschreibt einige der Probleme, die in diesem Zusammenhang auftreten. Kapitel 3 untersucht die politischen Modelle und Strategien, die die Fortschritte in verschiedenen besonders erfolgreichen Ländern des Südens gestützt haben. Kapitel 4 stellt zwei grundlegende Fragen: Kann dieser Fortschritt weiter aufrechterhalten werden, und mit welchen Herausforderungen ist mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Entwicklung zu rechnen? Kapitel 5 befasst sich mit der Aussicht, politische Maßnahmen und Grundsätze für ein neues Rahmenwerk einer globalen und regionalen Governance zu entwickeln, die den Aufstieg des Südens umfassend repräsentiert und berücksichtigt, und zwar im langfristigen Interesse sowohl des Südens wie des Nordens. Wie der Bericht zeigt, erfordern die zunehmend komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts neue Partnerschaften und neue Ansätze, die die Realitäten dieser sich rasch verändernden Welt widerspiegeln.

„Das politische Problem der Menschheit besteht darin, drei Dinge miteinander zu vereinen: ökonomische Effizienz, soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit.“

John Maynard Keynes

1.

Der Stand der menschlichen Entwicklung

Die größten Entwicklungsländer – von Brasilien über Südafrika und Indien bis China – sind zu wichtigen Stützen der Weltwirtschaft geworden. 2012 konnten sich jedoch selbst die dynamischsten Volkswirtschaften des Südens den negativen Auswirkungen der Finanzprobleme des Nordens nicht länger entziehen. In dem Bemühen, eine Schuldenkrise und große Haushaltsdefizite zu überwinden, führen viele entwickelte Länder strenge Sparprogramme ein, die nicht nur ihre eigenen Bürger extrem belasten, sondern auch die potenziellen Chancen von Millionen anderen Menschen weltweit auf mehr menschliche Entwicklung schmälern.

Der erste *Bericht über die menschliche Entwicklung* im Jahr 1990 präsentierte eine Vision von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt, bei der es im Wesentlichen darum geht, dass Menschen mehr Wahlmöglichkeiten und Verwirklichungschancen erhalten. Seitdem wurden substanzielle Fortschritte erzielt: Viele Entwicklungsländer verzeichnen weiterhin rasches Wachstum und verbessern den Stand der menschlichen Entwicklung. Der Aufstieg des Südens ist eines der Merkmale einer sich mit großer Geschwindigkeit verändernden Welt. Auf den Süden entfällt heute fast ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung[1] und des weltweiten Konsums.[2] Ohne das robuste Wachstum in diesen Volkswirtschaften, insbesondere in China und Indien, wäre die globale Rezession noch wesentlich tiefer ausgefallen.[3]

Unabhängig davon gibt es Anzeichen für einen Ansteckungseffekt und begründeten Anlass zur Sorge, dass in einer eng verflochtenen Welt die Krise im Norden den Fortschritt der Entwicklungsländer hemmen könnte. Von einigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, werden in Industrieländern harte Sparmaßnahmen eingeführt, die die Wohlfahrtsrolle der Regierung und die Staatsausgaben beschränken und die öffentlichen Dienstleistungen beschneiden,[4] was manche in finanzielle Not stürzt und wirtschaftliche Schrumpfungsprozesse verschärft. Der Lebensstandard vieler Menschen in der entwickelten Welt sinkt. In einer Reihe von Ländern kam es infolgedessen zu großen Demonstrationen in den Straßen sowie zu allgemeiner Enttäuschung über Politiker und die Wirtschaftsführung.

Ähnliche Krisen hat es schon früher gegeben: in Europa und den Vereinigten Staaten in den 1930er Jahren, in Lateinamerika in den 1980er Jahren und in Asien in den 1990er Jahren. Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts findet die Krise nun erneut mitten in Europa statt.

Weil sich Regierungen berechtigte Sorgen über die Tragfähigkeit der Staatsschulden machen, verabschieden sie Sparprogramme. Es besteht jedoch die Gefahr, dass kurzfristige Maßnahmen auf lange Sicht Schäden verursachen, die die menschliche Entwicklung und die Grundlagen der sozialen Wohlfahrt untergraben, die es erst möglich machen, dass Volkswirtschaften wachsen, Demokratien florieren und in Gesellschaften die Ungleichheit abnimmt und sie weniger anfällig für Schocks werden.[5]

Es gibt auch Belege dafür, dass die rasche Durchführung drastischer Sparprogramme Rezessionen vertiefen und verlängern kann. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen hatte bereits Auswirkungen, die die private inländische Nachfrage und das BIP schrumpfen ließen.[6] Gleichzeitig schwächte sie die ökonomischen Rahmenbedingungen und führte zu höherer Arbeitslosigkeit.[7] Kürzungen im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie bei anderen öffentlichen Dienstleistungen werden wahrscheinlich auf Jahre die Gesundheit der Bevölkerung, die Qualität der Arbeitskräfte sowie den Zustand von wissenschaftlicher Forschung und Innovation beeinträchtigen (Kasten 1.1). Dies könnte für eine gewisse Zeit geringere Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung bedeuten (Kasten 1.2). Außerdem verringert wirtschaftliche Stagnation die Steuereinnahmen, die Regierungen zur Finanzierung von sozialen Dienstleistungen und öffentlichen Gütern benötigen.

Ein Großteil dieser schädlichen Folgen ist vermeidbar. Erkenntnisse aus der Vergangenheit signalisieren, dass der beste Zeitpunkt für die Verringerung von Defiziten gekommen ist, wenn das wirtschaftliche Wachstum an Fahrt

KASTEN 1.1

Fairness, Makroökonomie und menschliche Entwicklung

Die steigende Einkommensungleichheit in den Vereinigten Staaten und manchen europäischen Ländern lenkt die Aufmerksamkeit auf Fairness in Bezug auf die Fragen, wie Einkommen verteilt sind und wem Wachstum nutzt. Sie finden Eingang in den öffentlichen politischen Diskurs in entwickelten Ländern, bislang allerdings mit begrenzten Auswirkungen auf politische Konzepte und Praxis. In entwickelten Ländern ist die Arbeitslosigkeit auf dem höchsten Stand seit Jahren, und ein großer Teil der Erwerbsbevölkerung hatte in den letzten Jahrzehnten keinen signifikanten Anstieg der Reallöhne. Gleichzeitig sind die Einkommen in den reichsten Dezilen beträchtlich gestiegen. Parallel zur Zunahme der Ungleichheit haben viele der Wohlhabenderen gefordert, dass der Staat sich zurücknehmen und eine restriktive Finanzpolitik verfolgen soll: Die Wohlhabenden haben nicht nur unverhältnismäßig von früherem Wachstum profitiert, sondern scheinen auch entschlossen, ihre Gewinne zu schützen. Es verwundert, dass in Demokratien Regierungsagenden trotz beträchtlichen Drucks von Seiten der Zivilgesellschaft von Sparprogrammen statt von Sozialschutzprogrammen beherrscht werden.

Die Forderung nach Sparmaßnahmen ist nicht auf Länder in der Eurozone begrenzt. Im Rahmen seines aktuellen Sparprogramms plant das Vereinigte Königreich, die Investitionen der öffentlichen Hand um etwa zwei Prozent des BIP zurückzufahren. Diese Forderungen nach Ausgabendisziplin erfolgen zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Investitionen der öffentlichen Hand auf einem historischen Tiefpunkt befinden. Beispielsweise belaufen sich die Nettoinvestitionen der öffentlichen Hand im Vereinigten Königreich für das Haushaltsjahr 2011/2012 auf weniger als zwei Prozent des BIP. Fortgesetztes Drängen auf weniger Staat und niedrigere Sozialausgaben könnte die Aussichten auf wirtschaftliche Erholung und Wachstum deutlich verschlechtern.

Makroökonomische Maßnahmen haben weitreichende Folgen für die menschliche Entwicklung. Die Kürzung von Sozialausgaben zur Verringerung der Schulden der öffentlichen Hand kann langfristige Auswirkungen haben. Wenn Volkswirtschaften immer weiter schrumpfen, werden auch aufeinander folgende Runden des Schuldenabbaus wenig dazu beitragen, die Tragfähigkeit der Schuldenlast zu verbessern. Ausgabenkürzungen verringern die Gesamtnachfrage, was es in Verbindung mit großer Einkommensungleichheit schwierig macht, die Wirtschaft wiederzubeleben und Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Bei den Bemühungen um Vollbeschäftigung muss eine verringerte Gesamtnachfrage kompensiert werden. In den Vereinigten Staaten (und anderen Industriestaaten) wurde dies durch niedrige Zinsen erreicht, was gemeinsam mit neuen Finanzinstrumenten und lascher Regulierung eine Blase verursachte, die schlussendlich zu der aktuellen Finanzkrise führte. Die Länder in der Eurozone, denen bezüglich der Nutzung von Politikinstrumenten Schranken auferlegt sind, können keine geldpolitischen Maßnahmen ergreifen, um sich durch eine Abwertung (oder Aufwertung) ihren Weg aus einer Krise zu bahnen.

Quelle: Atkinson 2011, 2012; Block 2012; HM Treasury 2010; Nayyar 2012a; Sen 2012; Stiglitz 2012.

KASTEN 1.2

Kurzfristige Kürzungen haben langfristige Folgen: steigende Fertilität in Afrika

Warum stieg zwischen 1970 und 1990 in vielen Ländern in Afrika südlich der Sahara die Fertilität, während sie in allen anderen Regionen rückläufig war? Die Entwicklung der Fertilität scheint mit Kürzungen der Sozialausgaben, insbesondere im Bildungsbereich, zusammenzuhängen, die als Teil struktureller Anpassungsprogramme in den 1980er Jahren vorgenommen wurden.

Kürzungen im Bildungsbereich beschränken nicht nur die menschlichen Fähigkeiten, sondern wirken sich aufgrund ihres Einflusses auf die Geburtsraten Jahre später auch auf die Altersstruktur der Bevölkerung aus. Länder mit niedrigeren Bildungsniveaus, vor allem Länder, in denen Mädchen keine Sekundarbildung erhalten, verzeichnen gewöhnlich höhere Fertilität. Fast allgemeingültig lässt sich feststellen, dass Frauen mit höherem Bildungsniveau weniger Kinder haben. Dieser Effekt ist besonders ausgeprägt in Ländern, die sich in einem frühen Stadium ihres demografischen Übergangs befinden und noch hohe Gesamtfertilität verzeichnen. Bildung senkt die Fertilität, weil sie den Informationsstand verbessert, die Anreize für bestimmte Verhaltensweisen verändert und Menschen in die Lage versetzt, ihre eigenen Präferenzen besser zu verfolgen.

In den 1980er Jahren kam es in Afrika südlich der Sahara zu einer partiellen Umkehrung der Fortschritte auf dem Weg zum demografischen Übergang. Parallel dazu sanken die realen Pro-Kopf-Bildungsausgaben im Durchschnitt um fast 50 Prozent. Zwischen 1980 und 1986 ging der Schulbesuch in der Grundschule in der Gesamtregion von 79 Prozent auf 73 Prozent zurück (sinkende Werte in 16 Ländern und steigende Werte in 17 Ländern). Die niedrigeren Bildungsausgaben hatten einen negativen Einfluss auf die Bildungsniveaus von Mädchen und Frauen und führten dazu, dass die durchschnittliche kombinierte Schulbesuchsquote für den Grundschul- und Sekundarbereich für Mädchen langsamer wuchs als in der Zeit vor den strukturellen Anpassungsprogrammen.

Quelle: Lutz und K.C. 2013; Rose 1995.

gewonnen hat.[8] John Maynard Keynes formulierte vor fast 75 Jahren kurz und treffend: *„The boom, not the slump, is the right time for austerity"*[9], was bedeutet, dass der Staat in guten Zeiten sparen soll und nicht in schlechten.

Es ist auch sehr wichtig, nicht nur die Höhe der Staatsausgaben zu berücksichtigen, sondern auch ihre Zusammensetzung und die Frage, wie diese verändert werden kann. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation könnten durch eine fiskalisch neutrale Veränderung der Zusammensetzung von Staatseinnahmen und -ausgaben zum Zweck der Beschäftigungsförderung und der Unterstützung menschlicher Entwicklung in 33 fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Lauf der nächsten ein bis zwei Jahre 1,8 bis 2,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden.[10]

Auch wenn sich die Möglichkeiten von Ländern zur Anpassung ihrer Ausgabenprioritäten unterscheiden, verfügen viele über großen Spielraum, Prioritäten neu festzulegen. Beispielsweise beliefen sich 2010 die weltweiten Militärausgaben auf mehr als 1,4 Billiarden US-Dollar – mehr als das BIP der 50 ärmsten Länder auf der Welt zusammengenommen. Selbst dort, wo die Konsolidierung der Staatsfinanzen notwendig ist, muss sie nicht mit Kürzungen von Wohlfahrtsleistungen einhergehen. Konsolidierung durch mehr Effizienz und weniger Subventionen beispielsweise für fossile Energieträger könnte dagegen die Sozialausgaben relativ unangetastet lassen.[11]

Die Länder des Südens haben sich in der aktuellen globalen Wirtschaftskrise als belastbarer erwiesen. Nach vorübergehenden Rückschlägen nach der Krise von 2008 sind afrikanische und lateinamerikanische Länder zu ihrem Aufwärtstrend in Bezug auf menschliche Entwicklung und Wachstum zurückgekehrt. Ein Grund hierfür war, dass sie sich pragmatischer verhalten haben: Sie ergriffen antizyklische Maßnahmen und verschoben den Schuldenabbau auf besser geeignete Zeiten. Die anhaltende Nachfrage aus dem Süden hat auch dazu beigetragen, die Exporte vieler Entwicklungsländer aufrechtzuerhalten, wodurch negative Auswirkungen der schwachen wirtschaftlichen Aktivität im Norden ausgeglichen werden konnten.[12]

Gleichzeitig investieren viele Entwicklungsländer weiterhin in die langfristige menschliche Entwicklung. Sie tragen einer klaren positiven Korrelation zwischen früheren Investitionen der öffentlichen Hand in soziale sowie physische Infrastruktur und Fortschritten im Index der menschlichen Entwicklung (HDI) Rechnung.[13] Regierungen im Süden haben auch verstanden, dass nachhaltiger Fortschritt auf sozialer Integration basieren muss. Brasilien und Indien beispielsweise haben in früheren Entwicklungsmodellen unterschätzte Aspekte der menschlichen Entwicklung unterstützt, indem sie Programme für Geldtransfers und „Recht auf Arbeit"-Programme eingeführt haben.

In der Gesamtbetrachtung haben in den letzten Jahrzehnten viele Länder des Südens substanzielle Fortschritte zur Verbesserung ihrer Bilanz in Bezug auf den HDI gemacht. Dabei haben sie nicht nur das Wirtschaftswachstum gesteigert und die Armut verringert, sondern auch große Zugewinne im Gesundheits- und Bildungsbereich erzielt (wie später in diesem Kapitel ausführlich gezeigt wird). Diese Errungenschaften auf breiter Basis sind bemerkenswert, weil Einkommenswachstum nicht zwangsläufig Zugewinne bei anderen Aspekten der menschlichen Entwicklung nach sich zieht. Wachstum kann die Mittel für Investitionen in Gesundheit und Bildung liefern, aber die Verknüpfung ist nicht automatisch. Außerdem kann Wachstum auch nur geringe Auswirkungen auf andere wichtige Prioritäten unter dem Gesichtspunkt der menschlichen Entwicklung wie Partizipation und Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln haben.

In der aktuellen Situation werden mehr denn je Indikatoren benötigt, mit denen sich diese Dimensionen und die ökologische Nachhaltigkeit von Entwicklungspfaden erfassen lassen.

Es gibt eine klare positive Korrelation zwischen früheren Investitionen der öffentlichen Hand in soziale sowie physische Infrastruktur und Fortschritten im Index der menschlichen Entwicklung (HDI)

Fortschritte auf der nationalen Ebene

In jedem *Bericht über die menschliche Entwicklung* wurde der menschliche Fortschritt überprüft, vor allem durch den HDI, ein zusammengesetztes Maß mit Indikatoren für drei Dimensionen: Lebensdauer, Bildungserfolg und Verfügungsgewalt über die Ressourcen, die dafür benötigt werden, ein menschenwürdiges Leben zu führen. In Bezug auf

KASTEN 1.3 *Amartya Sen, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften*

Was bedeutet es, ein Mensch zu sein?

Vor fast einem halben Jahrhundert veröffentlichte der Philosoph Thomas Nagel einen berühmten Aufsatz mit dem Titel *What is it like to be a bat?* (Wie ist es, eine Fledermaus zu sein?). Die Frage, die ich stellen möchte, lautet: Was bedeutet es, ein Mensch zu sein? Natürlich ging es bei Tom Nagels aufschlussreichem Aufsatz in der *Philosophical Review* in Wirklichkeit auch um Menschen und nur am Rande um Fledermäuse. Unter anderem äußerte sich Nagel sehr kritisch über das Ansinnen beobachtender Wissenschaftler, anhand der jeweiligen physischen Phänomene im Gehirn und in anderen Teilen des Körpers, die von außen leicht untersucht werden können, herauszufinden, was es bedeutet, eine Fledermaus – oder, in ähnlicher Weise, ein Mensch – zu sein. Die tiefere Bedeutung des Fledermaus- oder Menschseins wird sich kaum auf bestimmte Zuckungen im Gehirn und im Körper reduzieren lassen. Die Komplexität des ersten kann nicht durch die leichtere Ergründbarkeit des zweiten gelöst werden (auch wenn es verlockend sein mag, genau dies zu tun).

Der Erkenntniswert des Konzepts der menschlichen Entwicklung beruht ebenfalls auf einer Unterscheidung – aber von einer etwas anderen Art als Nagels grundlegende erkenntnistheoretische Gegenüberstellung. Das Konzept, für das Mahbub ul Haq durch die Reihe der *Berichte über die menschliche Entwicklung,* die 1990 begann, Pionierarbeit leistete, basiert auf der Gegenüberstellung zwischen dem schwierigen Problem der Bewertung der Reichhaltigkeit menschlichen Lebens einschließlich der Freiheiten, die Menschen zu Recht schätzen, auf der einen und der wesentlich leichteren Aufgabe, Einkommen und andere Ressourcen zu beobachten, über die Personen – oder Nationen – verfügen, auf der anderen Seite. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist viel leichter zu verfolgen und zu messen als die Lebensqualität von Menschen. Aber menschliches Wohlbefinden und Freiheit sowie ihre Verbindung mit Fairness und Ungerechtigkeit in der Welt können nicht einfach auf die Messung des BIP und der Wachstumsrate reduziert werden, auch wenn viele Menschen dieser Versuchung erliegen.

Es ist wichtig, die intrinsische Komplexität menschlicher Entwicklung anzuerkennen, unter anderem weil wir uns nicht dahingehend ablenken lassen sollten, die Ausgangsfrage zu verändern: Das war der entscheidende Punkt, der dem kühnen Ansinnen von Mahbub ul Haq zugrunde lag, das BIP zu ergänzen – und in einem gewissen Umfang zu ersetzen. Dies ging jedoch mit einem anderen schwierigen Punkt einher, der ebenfalls ein unvermeidlicher Teil dessen ist, was schlussendlich „das Konzept der menschlichen Entwicklung" genannt wurde. Wir können aus praktischen Gründen viele einfache Indikatoren der menschlichen Entwicklung wie den HDI auf der Grundlage von lediglich drei Variablen mit einer sehr einfachen Regel dafür verwenden, sie zu gewichten, aber das Unterfangen kann damit nicht enden. Wir sollten praktikable und nützliche Abkürzungen nicht verschmähen – der HDI mag uns viel mehr über die menschliche Lebensqualität mitteilen als das BIP –, aber genauso wenig sollten wir mit dem unmittelbaren Zugewinn vollends zufrieden sein, der sich mit diesen Abkürzungen in einer Welt kontinuierlicher Praxis erfassen lässt. Die Beurteilung der Lebensqualität ist eine wesentlich komplexere Aufgabe als das, was durch lediglich eine Zahl erfasst werden kann, unabhängig davon, wie umsichtig die zu berücksichtigenden Variablen und das Gewichtungsverfahren ausgewählt werden.

Die Anerkennung von Komplexität hat weitere wichtige Konsequenzen. Die wichtige Rolle des öffentlichen Vernunftgebrauchs, die im vorliegenden *Bericht über die menschliche Entwicklung* besonders hervorgehoben wird, leitet sich zum Teil aus der Anerkennung dieser Komplexität ab. Nur wer die Schuhe trägt, weiß, wo sie drücken, aber Maßnahmen mit dem Ziel, dass sie nicht mehr drücken, können nur wirksam sein, wenn den Menschen Mitspracherechte und umfangreiche Möglichkeiten für öffentliche Diskussion eingeräumt werden. Nur durch anhaltenden Dialog unter der Bevölkerung mit einem Einfluss auf die Politikgestaltung kann die Bedeutung verschiedener Elemente bei der Beurteilung des Wohlbefindens und der Freiheit der Menschen gewürdigt und eingeschätzt werden. Die politische Bedeutung solcher Initiativen wie des so genannten arabischen Frühlings und von Massenbewegungen in anderen Teilen der Welt ist nicht größer als das erkenntnistheoretische Gewicht des Umstands, dass Menschen im Dialog mit anderen zum Ausdruck bringen, was ihnen im Leben fehlt und welche Ungerechtigkeiten sie beseitigen möchten. Es gibt viel zu diskutieren – untereinander und mit den Staatsdienern, die Politik gestalten.

Wenn die Verpflichtungen in Bezug auf den Dialog in der Governance-Struktur angemessen wahrgenommen werden, zählt dazu auch, die Interessen der Menschen zu vertreten, die nicht anwesend sind, um ihre Anliegen selbst vorzutragen. Menschliche Entwicklung darf zukünftige Generationen nicht ignorieren, nur weil sie nicht da sind – noch nicht. Menschen haben jedoch die Fähigkeit, über andere und ihr Leben nachzudenken, und die Kunst verantwortungsvoller und pflichtbewusster Politik besteht darin, Dialoge von schmalspurigen selbstzentrierten Anliegen auf das allgemeinere soziale Verständnis der Bedeutung von Bedürfnissen und Freiheiten von Menschen sowohl in der Zukunft als auch heute zu erweitern. Dabei geht es nicht darum, einfach die Anliegen innerhalb eines einzigen Indikators zu berücksichtigen, beispielsweise durch Überfrachtung des bereits recht stark befrachteten HDI (der sowieso nur Wohlbefinden und Freiheit zum aktuellen Zeitpunkt erfasst). Gewiss muss sichergestellt werden, dass in den Diskussionen über menschliche Entwicklung auf jene anderen Anliegen eingegangen wird. *Die Berichte über die menschliche Entwicklung* können auch zukünftig zu dieser Erweiterung beitragen, indem sie erklären und Tabellen mit einschlägigen Informationen präsentieren.

Das Konzept der menschlichen Entwicklung ist ein großer Fortschritt bei der schwierigen Aufgabe, die Erfolge und Entbehrungen im menschlichen Leben zu verstehen, und ist auch ein wertvolles Instrument für Reflexion und Dialog. Es bringt auf diesem Weg Fairness und Gerechtigkeit in der Welt voran. Wir mögen insofern ein Gutteil mit Fledermäusen gemeinsam haben, weil es für den ungeduldigen beobachtenden Wissenschaftler genauso schwierig ist, uns zu messen. Aber wir können auch über die Vielseitigkeit unseres Lebens und desjenigen von anderen – heute und morgen – so nachdenken und sprechen, wie Fledermäuse es wohl nicht können. Ein Mensch zu sein bedeutet, einer Fledermaus sowohl zu gleichen als auch ganz anders zu sein als sie.

Ungleichheit, Armut und Gleichstellungsdefizite wurden andere Indizes entwickelt. Die HDI-Werte für 2012 finden sich in der statistischen Tabelle 1.

Der HDI lässt 2012 große Fortschritte erkennen. In den letzten Jahrzehnten rückten Länder auf der ganzen Welt enger zusammen und bewegten sich gleichzeitig in Richtung auf einen höheren Stand der menschlichen Entwicklung. Das Tempo der Fortschritte beim HDI war in den Ländern mit niedrigem und mittlerem HDI am höchsten. Dies ist eine gute Nachricht. Wirkliche Fortschritte erfordern jedoch mehr als eine durchschnittliche Verbesserung beim HDI. Es ist weder wünschenswert noch nachhaltig, wenn Zuwächse beim HDI mit größerer Einkommensungleichheit, dem Nachhaltigkeitsprinzip nicht gerecht werdenden Konsummustern, hohen Militärausgaben und geringem sozialem Zusammenhalt einhergehen (Kasten 1.3).

2012 belief sich der weltweite durchschnittliche HDI-Wert auf 0,694. Afrika südlich der Sahara verzeichnete den niedrigsten HDI-Wert (0,475), gefolgt von Südasien (0,558). Von den Entwicklungsregionen hatten Europa und Zentralasien den höchsten HDI (0,771), gefolgt von Lateinamerika und der Karibik (0,741).

Über HDI-Gruppen und Regionen bestehen große Unterschiede bei den Komponenten des HDI: Lebenserwartung, mittlere Schulbesuchsdauer in Jahren und Einkommen. Das durchschnittliche Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf in Ländern mit sehr hohem HDI beträgt mehr als das 20-Fache desjenigen in Ländern mit niedrigem HDI (Tabelle 1.1). Die Lebenserwartung ist in Ländern mit sehr hohem HDI ein Drittel höher als in Ländern mit niedrigem HDI, während die durchschnittliche Schulbesuchsdauer in Jahren bei Erwachsenen über 25 Jahren in Ländern mit sehr hohem HDI fast dreimal höher ist als in Ländern mit niedrigem HDI. Die voraussichtliche Schulbesuchsdauer in Jahren, die die sich verändernden Bildungsmöglichkeiten in Entwicklungsländern besser wiedergibt, vermittelt jedoch ein wesentlich hoffnungsvolleres Bild: Neu eingeschulte Grundschüler in einem Land mit niedrigem HDI werden durchschnittlich

Der HDI lässt 2012 große Fortschritte erkennen. In den letzten Jahrzehnten rückten Länder auf der ganzen Welt enger zusammen und bewegten sich gleichzeitig in Richtung auf einen höheren Stand der menschlichen Entwicklung

TABELLE 1.1

HDI und Komponenten nach Regionen und HDI-Gruppen, 2012

Region und HDI-Gruppe	HDI	Lebenserwartung bei der Geburt (Jahre)	Mittlere Schulbesuchsdauer (Jahre)	Erwartete Schulbesuchsdauer (Jahre)	Bruttonationaleinkommen pro Kopf (KKP-Dollar von 2005)
Regionen					
Arabische Staaten	0,652	71,0	6,0	10,6	8.317
Ostasien und der Pazifik	0,683	72,7	7,2	11,8	6.874
Europa und Zentralasien	0,771	71,5	10,4	13,7	12.243
Lateinamerika und die Karibik	0,741	74,7	7,8	13,7	10.300
Südasien	0,558	66,2	4,7	10,2	3.343
Afrika südlich der Sahara	0,475	54,9	4,7	9,3	2.010
HDI-Gruppierungen					
Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,905	80,1	11,5	16,3	33.391
Hohe menschliche Entwicklung	0,758	73,4	8,8	13,9	11.501
Mittlere menschliche Entwicklung	0,640	69,9	6,3	11,4	5.428
Niedrige menschliche Entwicklung	0,466	59,1	4,2	8,5	1.633
Welt	0,694	70,1	7,5	11,6	10.184

Hinweis: Die Daten sind nach Bevölkerung gewichtet und wurden auf der Grundlage von HDI-Werten für 187 Länder berechnet. KKP = Kaufkraftparität
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros. Siehe auch die statistische Tabelle 1.

wahrscheinlich 8,5 Jahre die Schule besuchen, was etwa dem aktuellen Wert für die Schulbesuchsdauer von Erwachsenen in Ländern mit hohem HDI (8,8 Jahre) entspricht. In der Gesamtbetrachtung haben die meisten Länder mit niedrigem HDI für alle Kinder den Besuch der Grundschule und für 50 Prozent der Kinder den Besuch der Sekundarschule verwirklicht oder sind auf dem Weg dazu.

Es bestehen große Unausgewogenheiten in Bezug auf die Errungenschaften innerhalb von Regionen und HDI-Gruppen. Eine Möglichkeit der Bewertung von Unterschieden innerhalb von Ländergruppen besteht darin, das Verhältnis zwischen dem höchsten und dem niedrigsten HDI-Wert von Ländern in der jeweiligen Gruppe zu vergleichen. Dieser Quotient ist am höchsten in Afrika südlich der Sahara, gefolgt von den arabischen Staaten, Südasien sowie Lateinamerika und der Karibik. In Afrika südlich der Sahara beruhen die Unausgewogenheiten größtenteils auf substanziellen Unterschieden des Pro-Kopf-Einkommens (mit einem Verhältnis von 70,1[14]) und der durchschnittlichen Schulbesuchsdauer in Jahren (mit einem Verhältnis von 7,8). In Südasien gehen die Unausgewogenheiten in erster Linie auf Unterschiede des Pro-Kopf-Einkommens mit einem Verhältnis von 10,7 und der durchschnittlichen Schulbesuchsdauer in Jahren mit einem Verhältnis von 4,0 zurück. In den arabischen Staaten sowie in geringerem Maß in Lateinamerika und der Karibik sind der wichtigste Faktor Unterschiede des Pro-Kopf-Einkommens.

Insgesamt haben sich die HDI-Werte im letzten Jahrzehnt angenähert, was unter anderem auf beschleunigte menschliche Entwicklung in Ländern mit niedrigerem HDI zurückzuführen ist. Alle HDI-Gruppen und Regionen verzeichneten beträchtliche Verbesserungen bei allen HDI-Komponenten, wobei Länder mit niedrigem und mittlerem HDI raschere Fortschritte erzielten. In Ostasien und dem Pazifik sowie in Südasien hielten die Fortschritte wie in früheren Jahrzehnten an, während in Afrika südlich der Sahara im letzten Jahrzehnt raschere Fortschritte gemacht wurden. Der Prozess der Konvergenz der HDI-Werte ist im letzten Jahrzehnt ausgeprägter geworden.

Eine der Hauptkomponenten des HDI ist die Lebenserwartung. 2012 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung 70,1 Jahre, wobei allerdings große Unterschiede zwischen HDI-Gruppen bestanden: 59,1 Jahre in Ländern mit niedrigem HDI und 80,1 Jahre in Ländern mit sehr hohem HDI. Die länderübergreifenden Unterschiede sind noch größer: Schlusslicht ist Sierra Leone mit 48,1 Jahren, und an der Spitze liegt Japan mit 83,6 Jahren. In Afrika südlich der Sahara stagnierte die Lebenserwartung infolge der HIV- und Aids-Pandemie zwischen 1990 und 2000 bei 49,5 Jahren. Zwischen 2000 und 2012 stieg sie jedoch um 5,5 Jahre.

Ein weiterer wichtiger Einfluss auf den HDI und einer der empfindlichsten Indikatoren für menschliches Wohlbefinden sind die Überlebenschancen von Kindern. 2010 betrug die globale Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren 55 Sterbefälle pro 1.000 Lebendgeburten; sie war jedoch über die HDI-Gruppen ungleich verteilt. Länder mit niedrigem HDI verzeichneten die höchste Rate (110 Sterbefälle pro 1.000 Lebendgeburten), gefolgt von Ländern mit mittlerem HDI (42), Ländern mit hohem HDI (18) und Ländern mit sehr hohem HDI (6). Ein schlechter Gesundheitszustand im Kindesalter kann die kognitive Entwicklung eines Kindes dauerhaft beeinträchtigen und einen negativen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität im Erwachsenenalter haben.

HDI-Vergleiche werden gewöhnlich zwischen Ländern im Norden und im Süden angestellt, und auf dieser Grundlage nimmt die Ungleichheit in der Welt ab. Unabhängig davon verschleiern nationale Durchschnittswerte, dass sich die menschlichen Erfahrungen stark unterscheiden, und es bestehen weiterhin große Unausgewogenheiten innerhalb von Ländern sowohl des Nordens als auch des Südens. Die Vereinigten Staaten beispielsweise hatten 2012 einen HDI-Wert von 0,94 und standen damit an dritter Stelle weltweit. Der HDI für aus Lateinamerika stammende Einwohner betrug fast 0,75, während sich der HDI-Wert für Afroamerikaner 2010/2011 auf knapp 0,70 belief.[15] Der durchschnittliche HDI-Wert für Afroamerikaner in Louisiana war jedoch 0,47.[16] Ähnliche ethnische Unausgewogenheiten bei den HDI-Errungenschaften in Ländern

HDI-Vergleiche werden gewöhnlich zwischen Ländern im Norden und im Süden angestellt, und auf dieser Grundlage nimmt die Ungleichheit in der Welt ab

mit sehr hohem HDI lassen sich auch in Bezug auf die Roma-Bevölkerungen im südlichen Europa beobachten.

In manchen Entwicklungsländern ist die Spanne der menschlichen Entwicklung ebenfalls sehr breit. In Brasilien beispielsweise wurden im Jahr 2000, dem letzten Jahr, für das subnationale Daten verfügbar sind, der höchste HDI-Wert in São Caetano do Sul im Bundesstaat São Paulo (0,92) und der niedrigste in Manari im Bundesstaat Pernambuco (0,47) verzeichnet. In China finden sich ähnliche, wenngleich weniger stark ausgeprägte Unterschiede zwischen den Provinzen: Shanghai liegt an der Spitze (0,91) und Tibet am Ende (0,63).[17]

Einkommen und menschliche Entwicklung

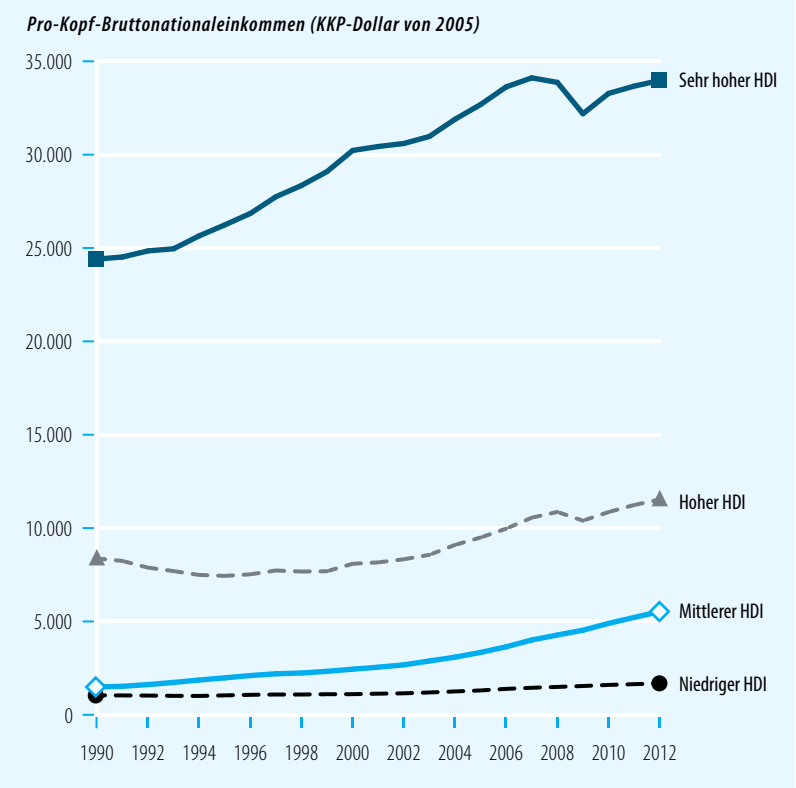
Eine weitere grundlegende Komponente menschlicher Entwicklung und des HDI ist die Verfügungsgewalt über Ressourcen, gemessen anhand des Einkommens pro Kopf. Zwischen 1990 und 2012 stieg das Einkommen pro Kopf in allen vier HDI-Gruppen, wenngleich in unterschiedlichem Maß (Grafik 1.1). Das höchste durchschnittliche jährliche Wachstum des Einkommens pro Kopf wurde mit jeweils über neun Prozent in China und Äquatorialguinea verzeichnet. Nur zwölf Länder übertrafen beim Pro-Kopf-Einkommenswachstum die vier-Prozent-Marke, während das Einkommen pro Kopf in 19 Ländern sank.

Eines der eindrucksvollsten Beispiele für eine positive Bilanz bietet Afrika südlich der Sahara. Von 2003 bis 2008 – den fünf Jahren, die der globalen Finanzkrise vorausgingen – wuchs das Pro-Kopf-Einkommen in der Region um fünf Prozent jährlich, mehr als doppelt so stark wie in den 1990er Jahren (Grafik 1.2).[18] Ausschlaggebend für diesen Aufwärtstrend waren ressourcenreiche Länder, die dank starker Nachfrage aus dem Süden, vor allem aus China, von Preisanstiegen bei den wichtigsten Rohstoffexportgütern Afrikas profitierten – in erster Linie Erdgas, Erdöl, Mineralien und Agrarprodukte.

Wachstum wurde jedoch verbreitet auch in anderen Ländern verzeichnet, wobei stärker diversifizierte und agrarisch ausgerichtete Volkswirtschaften am besten abschnitten. Trotz Rohstoffpreisanstiegen wuchsen viele Länder

GRAFIK 1.1

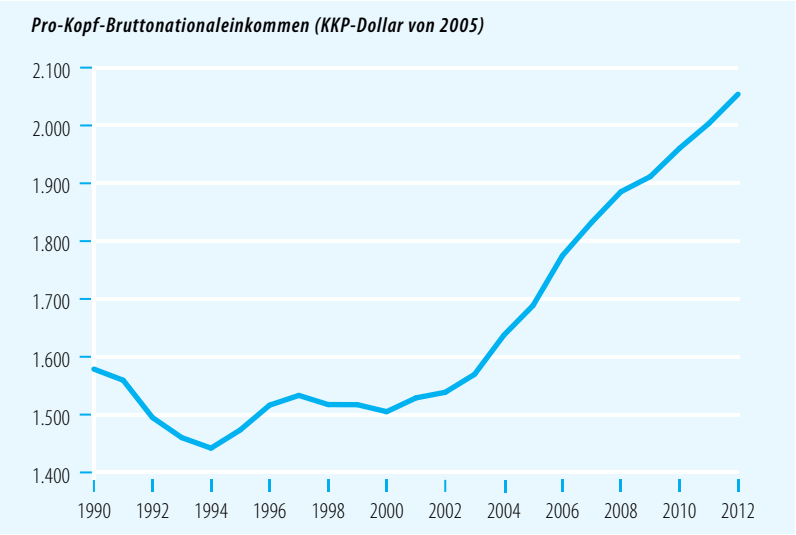
Das Einkommen pro Kopf steigt in allen vier HDI-Gruppen in unterschiedlichem Maß



Hinweis: KKP = Kaufkraftparität.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage eines Panels derselben 161 Länder und Territorien.

GRAFIK 1.2

Afrika südlich der Sahara verzeichnete im letzten Jahrzehnt dauerhaftes Einkommenswachstum



Hinweis: KKP = Kaufkraftparität.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

TABELLE 1.2

Die führenden fünf Länder, deren HDI-Rang 2012 höher war als ihr Rang beim Bruttonationaleinkommen pro Kopf

HDI-Gruppe und Land	HDI-Wert	Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf, (KKP-Dollar von 2005)	BNE-Rang minus HDI-Rang
Sehr hohe menschliche Entwicklung			
Neuseeland	0,919	24.358	26
Irland	0,916	28.671	19
Australien	0,938	34.340	15
Republik Korea	0,909	28.231	15
Israel[a]	0,900	26.244	13
Hohe menschliche Entwicklung			
Kuba	0,780	5.539	44
Georgien	0,745	5.005	37
Montenegro	0,791	10.471	24
Albanien	0,749	7.822	21
Grenada	0,770	9.257	21
Mittlere menschliche Entwicklung			
Samoa	0,703	3.928	28
Tonga	0,710	4.153	26
Fidschi	0,702	4.087	24
Kirgisistan	0,622	2.009	24
Ghana	0,558	1.684	22
Niedrige menschliche Entwicklung			
Madagaskar	0,483	828	28
Togo	0,459	928	16
Kenia	0,519	1.541	15
Simbabwe	0,397	424	14
Nepal[b]	0,463	1.137	11

a. Der Unterschied zwischen dem BNE-Rang und dem HDI-Rang beträgt ebenfalls 13 für Chile, Estland und Griechenland, alles Länder mit sehr hohem HDI.
b. Der Unterschied zwischen dem BNE-Rang und dem HDI-Rang beträgt ebenfalls 11 für Liberia, ein Land mit niedrigem HDI.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros

wie Äthiopien, Ruanda und Uganda, die Nettorohstoffimporteure sind, weiterhin rasch. Die Volkswirtschaften in Afrika südlich der Sahara waren durch die stärkere regionale Integration, insbesondere in Ostafrika, auch teilweise gegen globale Schocks abgeschirmt.

Wie in den meisten *Berichten über die menschliche Entwicklung* hervorgehoben wurde, spielt jedoch nicht nur die Höhe des Einkommens eine Rolle, sondern auch, wie es verwendet wird. Eine Gesellschaft kann ihr Einkommen für Bildung oder für Kriegswaffen ausgeben. Personen können ihr Einkommen für Grundnahrungsmittel oder für Drogen ausgeben. Sowohl für Gesellschaften als auch für Personen ist nicht der Prozess der Wohlstandsmaximierung entscheidend, sondern die Art und Weise, wie sie Einkommen in menschliche Entwicklung umsetzen. Tabelle 1.2 zeigt erfolgreiche Länder in dieser Beziehung, gemessen anhand des größten Unterschieds zwischen dem Pro-Kopf-BNE und dem HDI-Rang.[19] Bei den Ländern mit sehr hoher menschlicher Entwicklung steht Neuseeland an der Spitze und bei den Ländern mit hoher menschlicher Entwicklung Kuba.

Armut

Eine der vorrangigsten Prioritäten auf der Welt ist die Beseitigung von Armut und Hunger. Dies ist das erste der acht Millenniums-Entwicklungsziele. Die diesbezügliche Zielvorgabe für 2015 war, im Vergleich zu 1990 den Anteil der Menschen zu halbieren, deren Einkommen weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag beträgt. Dieses Ziel wurde drei Jahre vor dem angestrebten Datum erreicht, vor allem aufgrund des Erfolgs einiger bevölkerungsreicher Länder: Brasilien (wo der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag (KKP-Dollar von 2005) von 17,2 auf 6,1 Prozent zurückging), China (von 60,2 auf 13,1 Prozent) und Indien (von 49,4 auf 32,7 Prozent).[20] Infolgedessen ist die Zahl der Armen stark gesunken: Beispielsweise konnte alleine China zwischen 1990 und 2008 bemerkenswerte 510 Millionen Menschen von Armut befreien.[21]

Armen Menschen fehlt nicht nur Einkommen. Armut hat viele Dimensionen und drückt sich beispielsweise in Defiziten in Bezug auf Gesundheit und Bildung aus. Außerdem sind schätzungsweise zehn Prozent der Weltbevölkerung von irgendeiner Form von Behinderung betroffen, die unabhängig vom Einkommen ihren Lebensstandard potenziell begrenzt.[22]

Anfang und Mitte des 20. Jahrhunderts verringerten europäische Länder die Armut nicht nur durch höhere Einkommen, sondern auch indem sie öffentliche Güter wie Gesundheits-

versorgung und Bildung bereitstellten.[23] Bei der Untersuchung relativer Armutsniveaus müssen auch das soziale und politische Umfeld betrachtet werden, einschließlich der Frage, ob die Armen „in der Öffentlichkeit erscheinen können, ohne sich zu schämen".[24] Ob Einkommen in ei-

KASTEN 1.4

Subjektive Indikatoren des Wohlbefindens: verbesserte Akzeptanz in Wissenschaft und Politik

In den letzten Jahren ist das Interesse an der Verwendung subjektiver Daten zur Messung von Wohlbefinden und menschlichem Fortschritt sowie als Grundlage politischer Handlungskonzepte gewachsen.[1] Im Vereinigten Königreich hat sich die Regierung verpflichtet, wie von Stiglitz, Sen und Fitoussi (2009) empfohlen, die Verwendung subjektiver Indikatoren des Wohlbefindens zu untersuchen. In Bhutan wurden die Subindikatoren, aus denen sich der Index des Bruttonationalglücks zusammensetzt, in alle politischen Maßnahmen integriert. Solche Daten können objektive Daten ergänzen, aber nicht ersetzen.

Kahneman und Krueger (2006) stützen die analytische Grundlage für die Messung subjektiven Wohlbefindens auf den Umstand, dass Menschen häufig von den Verhaltensnormen des „rational handelnden Homo oeconomicus" abweichen. Uneinheitliche Entscheidungen zu treffen, Überzeugungen angesichts neuer Informationen nicht zu ändern, nützliche Austauschprozesse zu unterlassen: Solches Handeln verstößt gegen die Annahme von Rationalität, die der Umsetzung beobachteten Verhaltens in eine Theorie offenbarter Präferenzen in den Wirtschaftswissenschaften zugrunde liegt. Wenn die angenommene Verknüpfung zwischen beobachteten Daten und tatsächlichen Präferenzen schwach ist, wird das Argument dafür, sich ausschließlich auf objektive Daten zu stützen, geschwächt, und die Argumente dafür, auch subjektive Daten zu verwenden, nehmen zu.

Stiglitz, Sen und Fitoussi (2009) verwenden subjektives Wohlbefinden als einen ihrer drei konzeptionellen Ansätze zur Messung der Lebensqualität. Sie weisen darauf hin, dass der Ansatz enge Verknüpfungen zur utilitaristischen Tradition hat, aber auch darüber hinaus nützlich ist. Subjektive Maße der Lebensqualität haben jedoch keine objektiven Pendants. Beispielsweise gibt es kein Maß für beobachtetes Glück, wohingegen Inflation als entweder tatsächliche oder wahrgenommene Inflation gemessen werden kann. Sie machen auch darauf aufmerksam, dass subjektive Ansätze eine Unterscheidung zwischen Dimensionen der Lebensqualität und den objektiven Faktoren ermöglichen, die für diese bestimmend sind.

Subjektive Maße sind nicht unproblematisch. Sie sind ordinal skaliert und gewöhnlich nicht länder- oder kulturenübergreifend vergleichbar oder zuverlässig im Zeitverlauf. Folglich kann es irreführend sein, subjektive Indikatoren wie Glück als das einzige oder hauptsächliche Kriterium für politisches Handeln zu verwenden. Diese Indikatoren können jedoch, wenn sie in geeigneter Weise gemessen und sorgfältig verwendet werden, objektive Daten als Information für die Politik, insbesondere auf der nationalen Ebene, in wertvoller Weise ergänzen.

Ein wichtiger subjektiver Indikator des Wohlbefindens, der aus Umfragen gewonnen werden kann, ist die allgemeine Lebenszufriedenheit, beurteilt auf einer Skala von 0 bis 10. Daten für 149 Länder ergeben eine durchschnittliche Lebenszufriedenheit von 5,3 weltweit (siehe Tabelle), wobei der niedrigste Wert mit 2,8 in Togo und der höchste mit 7,8 in Dänemark verzeichnet wird (siehe statistische Tabelle 9). Erwartungsgemäß ist die Lebenszufriedenheit in Ländern mit höherer menschlicher Entwicklung im Allgemeinen höher.

Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit Bildung sowie Gesundheitsversorgung

HDI Gruppe und Region	Allgemeine Lebenszufriedenheit, 2007-2011[a] (0, geringste Zufriedenheit, 10 größte Zufriedenheit)	Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung, 2007-2009[a] (% der Auskunftgebenden, die mit „ja" antworteten)	Zufriedenheit mit der Bildungsqualität, 2011 (% der Auskunftgebenden, die mit „ja" antworteten)
HDI Gruppe			
Sehr hoher HDI	6,7	61,9	61,3
Hoher HDI	5,9	55,2[b]	58,0
Mittlerer HDI	4,9	68,7[b]	69,2
Niedriger HDI	4,5	50,0	56,5
Region			
Arabische Staaten	4,8	54,3[b]	50,0
Ostasien und der Pazifik	5,1[b]	79,5[b]	68,2[b]
Europa und Zentralasien	5,3	44,8	51,8
Lateinamerika und die Karibik	6,5	56,7	61,4[b]
Südasien	4,7	64,8	73,3
Afrika südlich der Sahara	4,4	50,1[b]	52,0
Welt	5,3	61,0[b]	64,2

a. Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
b. Wert ist in den statistischen Tabellen nicht dargestellt, weil keine Daten für mindestens die Hälfte der Länder, die mindestens zwei Drittel der Bevölkerung dieser Gruppe umfassen, vorliegen.

KASTEN 1.4 (FORTSETZUNG)

Weitere wichtige subjektive Indikatoren des menschlichen Wohlbefindens sind die Zufriedenheit mit der Qualität der Gesundheitsversorgung und die Zufriedenheit mit der Bildungsqualität. Umfrageergebnisse zeigen, dass Gesundheitsversorgung und Bildung guter Qualität von Ländern mit sehr unterschiedlichen Niveaus des Einkommens und der menschlichen Entwicklung verwirklicht werden können. Die durchschnittliche weltweite Zufriedenheit mit der Qualität der Gesundheitsversorgung betrug 61 Prozent mit dem niedrigsten Wert von 19 Prozent in Äthiopien und dem höchsten von 90 Prozent in Luxemburg (siehe statistische Tabelle 7). Die durchschnittliche weltweite Zufriedenheit mit der Bildungsqualität betrug 64 Prozent mit dem niedrigsten Wert von 35 Prozent in Mali und dem höchsten von 94 Prozent in Kambodscha (siehe statistische Tabelle 8).

In Südasien bekundeten 65 Prozent der Auskunftgebenden Zufriedenheit mit der Qualität der Gesundheitsversorgung, mit Werten von 41 Prozent in Pakistan und 83 Prozent in Sri Lanka. Das letztgenannte Beispiel zeigt, dass selbst auf einem vergleichsweise niedrigen Einkommensniveau die sozialen Wahrnehmungen über die Gemeinschaft und den Staat verstärkt werden können. Im Gegensatz dazu beträgt die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung in Europa und Zentralasien 45 Prozent.

1. Dolan, Layard und Metcalfe (2011). Bei Krueger und Schkade (2008) findet sich der Hinweis, dass im Zeitraum von 2000 bis 2006 in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur 157 Artikel und zahlreiche Bücher veröffentlicht wurden, in denen Daten zur Lebenszufriedenheit oder zum subjektiven Wohlbefinden verwendet wurden.
Quelle: Kahneman und Krueger 2006; Stiglitz, Sen und Fitoussi 2009; Dolan, Layard und Metcalfe 2011; Stewart 2013.

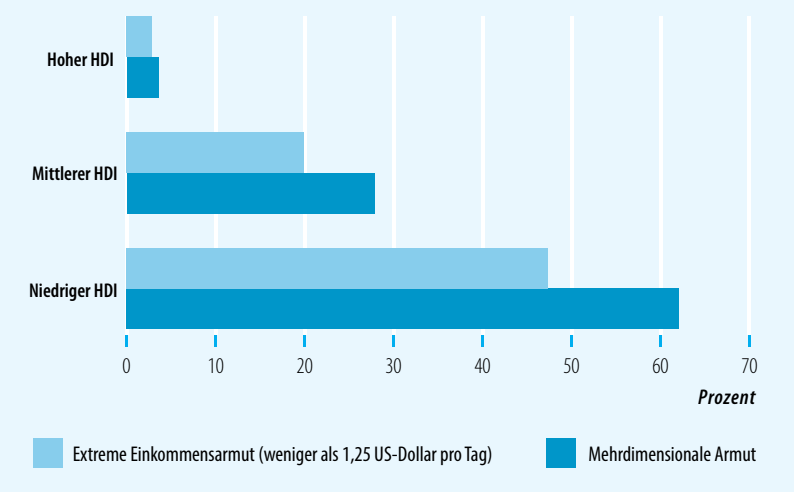
nen menschenwürdigen Lebensstandard umgesetzt werden kann, hängt von einer Reihe von Aktiva und Fähigkeiten ab. Bei der gesamten Thematik kommt dem Staat die wichtige Aufgabe zu, den Zugang zu Gesundheit, Bildung sowie öffentlicher und persönlicher Sicherheit zu erleichtern (Kasten 1.4). Wie Einkommen in Wohlbefinden umgesetzt wird, insbesondere für die Armen, hängt auch von den Umweltbedingungen ab.[25]

Armut kann umfassender unter Verwendung des Indexes der mehrdimensionalen Armut (*Multidimensional Poverty Index – MPI*) gemessen werden, mit dem sich überlappende Formen von Deprivation in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Lebensstandard erfassen lassen. Der MPI ist das Produkt der Zahl der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen (des Anteils der Menschen, die in Bezug auf mehrere Dimensionen arm sind) und der durchschnittlichen Zahl der Formen von Deprivation, die sich in jedem von multidimensionaler Armut betroffenem Haushalt finden (der Armutsintensität). Durch die Berücksichtigung der Armutsintensität zeichnet der MPI ein vollständigeres Bild von Armut innerhalb eines Landes oder einer Gemeinschaft, als es die Zahl der von Armut Betroffenen allein vermittelt. In den 104 Ländern, für die der MPI berechnet wurde, sind Schätzungen zufolge etwa 1,56 Milliarden Menschen – oder mehr als 30 Prozent ihrer Bevölkerung – von mehrdimensionaler Armut betroffen.[26] Dies sind mehr als die schätzungsweise 1,14 Milliarden Menschen in diesen Ländern mit einem Einkommen von weniger als 1,25 US-Dollar, jedoch weniger als der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 2 US-Dollar pro Tag.[27] Das Muster gilt für alle vier HDI-Gruppen, obwohl der Unterschied in Ländern mit niedrigem HDI größer ist als in Ländern mit mittlerem oder hohem HDI (Grafik 1.3). Dies gilt auch für viele der rasch wachsenden Länder des Südens (Grafik 1.4).

Die Länder mit den höchsten prozentualen Anteilen von von mehrdimensionaler Armut Betroffenen auf der Grundlage des MPI fin-

GRAFIK 1.3

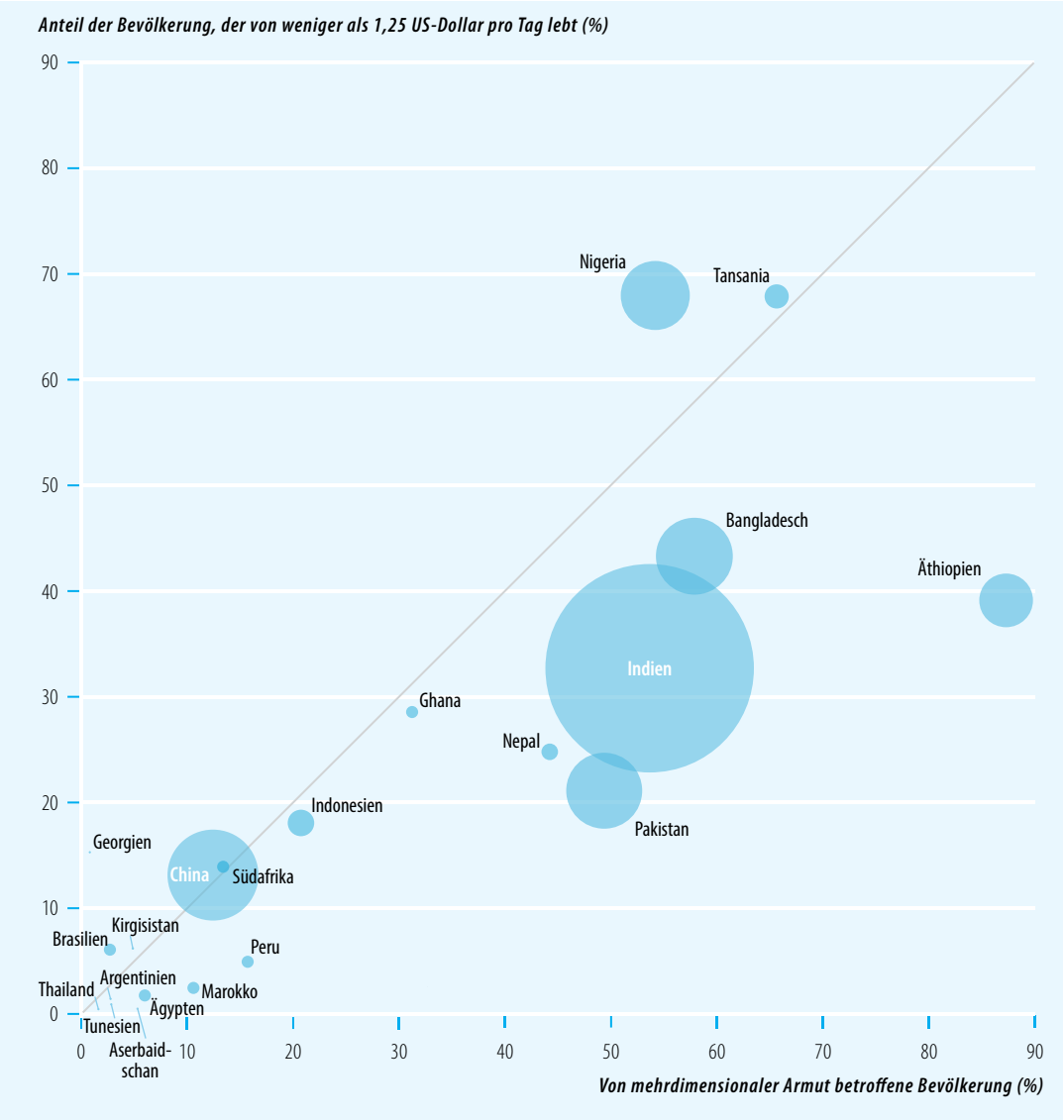
Je niedriger der HDI, desto größer der Unterschied zwischen Einkommensarmut und mehrdimensionaler Armut



Hinweis: Die Daten beziehen sich auf den Zeitraum von 2002 bis 2011. Die nach Bevölkerung gewichteten Durchschnitte basieren für die Gruppe mit hohem HDI auf 22 Ländern und für die Gruppe mit mittlerem sowie die Gruppe mit niedrigem HDI auf jeweils 36 Ländern.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

GRAFIK 1.4

Was den Unterschied zwischen Einkommensarmut und mehrdimensionaler Armut betrifft, weichen Länder recht stark voneinander ab



Hinweis: Die Daten beziehen sich auf den Zeitraum von 2002 bis 2011. Die Größe der blauen Kreise veranschaulicht die Zahl der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen. Die diagonale Linie zeigt an, wo der Bevölkerungsanteil, der von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag lebt, dem Anteil der Bevölkerung in mehrdimensionaler Armut entspricht.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

den sich in Afrika: Äthiopien (87 Prozent), Liberia (84 Prozent), Mosambik (79 Prozent) und Sierra Leone (77 Prozent; siehe statistische Tabelle 5). Die Länder mit der höchsten Armutsintensität (Deprivation bei mindestens 33 Prozent der gewichteten Indikatoren) sind Äthiopien und Mosambik (mit jeweils etwa 65 Prozent im Zeitraum von 2007 bis 2011), gefolgt von Burkina Faso (64 Prozent), dem Senegal (59 Prozent) und Liberia (58 Prozent). Obwohl in Mosambik ein kleinerer Anteil der Bevölkerung von mehrdimensionaler Armut betroffen ist (niedrigere Zahl) als in Liberia, verzeichnet das Land einen höheren MPI-Wert (0,512), weil es unter den Ländern, für die Daten verfügbar sind, die höchste Deprivationsintensität aufweist.

In Südasien ergibt sich der höchste MPI für Bangladesch (0,292 mit Daten für 2007), gefolgt von Pakistan (0,264 mit Daten für 2007)

und Nepal (0,217 mit Daten für 2011). Der Anteil der von mehrdimensionaler Armut betroffenen Bevölkerung beträgt 58 Prozent in Bangladesch, 49 Prozent in Pakistan sowie 44 Prozent in Nepal, und die Deprivationsintensität beläuft sich auf 50 Prozent in Bangladesch, 53 Prozent in Pakistan und 49 Prozent in Nepal. Obwohl in Bangladesch ein höherer Anteil der Bevölkerung (mehr Personen) von mehrdimensionaler Armut betroffen ist als in Pakistan, ist die Deprivationsintensität in Pakistan höher. Außerdem ist in Bangladesch und Nepal der Beitrag der Dimension Lebensstandard höher als die Beiträge der Dimensionen Gesundheit und Bildung, während in Pakistan der Beitrag der Dimension Gesundheit höher ist als die Beiträge der anderen beiden Dimensionen.

Chancengerechtigkeit und menschliche Entwicklung

Ein wichtiger Teil menschlicher Entwicklung ist Chancengerechtigkeit. Jede Person hat das Recht, entsprechend ihren eigenen Wert- und Zielvorstellungen ein erfüllendes Leben zu führen. Niemand sollte zu einem kurzen oder elendiglichen Leben verdammt sein, weil er oder sie zufällig der „falschen" Klasse, ethnischen Gruppe oder Rasse, dem „falschen" Geschlecht angehört oder aus dem „falschen" Land stammt.

Ungleichheit

Ungleichheit verringert das Tempo menschlicher Entwicklung und kann sie in manchen Fällen sogar ganz verhindern. Dies gilt am ausgeprägtesten für Ungleichheit in den Bereichen Bildung und Gesundheit und in weniger hohem Maß für Ungleichheit in Bezug auf das Einkommen – diesbezüglich sind die Auswirkungen in Ländern mit hohem und sehr hohem HDI schwerwiegender. Eine Analyse von 132 entwickelten Ländern und Entwicklungsländern für diesen Bericht ergab eine reziproke Beziehung zwischen Ungleichheit und menschlicher Entwicklung (Kasten 1.5), was die Schlussfolgerungen mehrerer Studien zu entwickelten Ländern bekräftigt.[28]

Die Auswirkungen von Ungleichheit auf die menschliche Entwicklung können mit dem Ungleichheit einbeziehenden Index der menschlichen Entwicklung (*Inequality-adjusted Human Development Index – IHDI*) erfasst werden, der das durchschnittliche Niveau menschlicher Entwicklung und ihre Verteilung über die Dimensionen Lebenserwartung, Bildungsniveau und Verfügungsgewalt über Ressourcen untersucht. Wenn es keine Ungleichheit gibt, ist der IHDI gleich dem HDI. Ein Unterschied zwischen den beiden signalisiert Ungleichheit; je größer der Unterschied ist, desto größer ist die Ungleichheit.[29]

Auf der Grundlage von Berechnungen des IHDI für 132 Länder im Jahr 2012 wird fast ein Viertel des HDI-Werts, oder 23 Prozent, durch Ungleichheit eingebüßt (siehe statistische Tabelle 3). Länder mit niedrigem HDI sind am stärksten betroffen, weil bei ihnen gewöhnlich mehr Ungleichheit in mehr Dimensionen beobachtet werden kann. Länder mit niedrigem HDI verzeichnen einen Abzug von einem Drittel des HDI aufgrund von Ungleichheit, wohingegen Länder mit sehr hohem HDI nur elf Prozent einbüßen.

KASTEN 1.5

Ungleichheit hemmt die menschliche Entwicklung

Untersuchungen des HDR-Büros unter Verwendung von Daten zum Index der menschlichen Entwicklung (HDI) liefern robuste Ergebnisse in Bezug auf eine reziproke Beziehung zwischen Ungleichheit und der Verbesserung der menschlichen Entwicklung in der Folgezeit, wobei die wichtigsten Faktoren Ungleichheit in den Bereichen Gesundheit und Bildung sind; Einkommensungleichheit ist weniger wichtig.

Unter Verwendung von Daten zu 132 Ländern für 2012 zeigte eine Regressionsanalyse die Auswirkungen mehrdimensionaler Ungleichheit (gemessen als der Abzug beim Ungleichheit einbeziehenden Index für menschliche Entwicklung im Vergleich zum HDI) auf den HDI und jede seiner Komponenten (Gesundheit, Bildung und Einkommen) aufgrund von vier erklärenden Variablen: Ungleichheit bei der menschlichen Entwicklung insgesamt, Ungleichheit bei der Lebenserwartung, Ungleichheit beim Bildungserfolg und Ungleichheit beim Pro-Kopf-Einkommen. Für jede erklärende Variable wurde eine unterschiedliche Regression verwendet, und alle Regressionen umfassten Dummy-Variablen zur Berücksichtigung des Stands der menschlichen Entwicklung (niedrig, mittel, hoch und sehr hoch). In Bezug auf Ungleichheit bei der menschlichen Entwicklung insgesamt, Ungleichheit bei der Lebenserwartung und Ungleichheit beim Bildungserfolg ergab sich eine im hohen Maße statistisch signifikante (auf dem Ein-Prozent-Niveau) negative Korrelation, während sich in Bezug auf Ungleichheit beim Pro-Kopf-Einkommen keine Korrelation ergab. Die Ergebnisse erwiesen sich als robust gegenüber unterschiedlichen Spezifikationen einschließlich der Gruppierung von Ländern mit niedriger und mittlerer menschlicher Entwicklung auf der einen und Ländern mit hoher und sehr hoher menschlicher Entwicklung auf der anderen Seite.

Quelle: HDR-Büro.

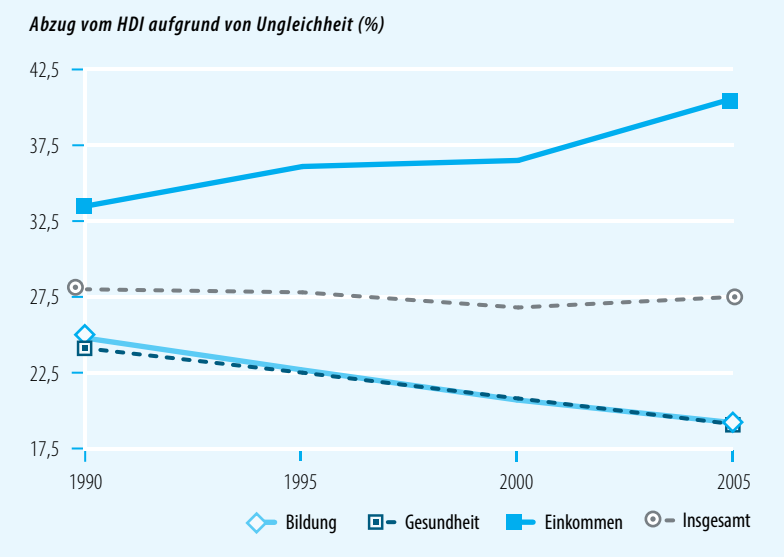
Weltweit konnte in den letzten zwei Jahrzehnten die Ungleichheit in Bezug auf Gesundheit und Bildung wesentlich stärker verringert werden als in Bezug auf das Einkommen.[30] Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die verwendeten Maße – Lebenserwartung und durchschnittliche Schulbesuchsdauer in Jahren – Obergrenzen haben, auf die alle Länder letztlich zulaufen. Für das Einkommen gibt es dagegen keine Obergrenze. So gut wie alle Studien stimmen darin überein, dass die globale Einkommensungleichheit hoch ist, wenngleich kein Konsens über jüngere Trends besteht.[31] Eine Studie integriert die Einkommensverteilung von 138 Ländern über den Zeitraum von 1970 bis 2000. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass trotz eines Anstiegs des arithmetischen Mittels des Pro-Kopf-Einkommens die Ungleichheit nicht zugenommen hat.[32] Andere Studien kommen zum gegenteiligen Ergebnis.[33] Wieder andere stellen gar keine Veränderung fest.[34]

IHDI-Trends für 66 Länder über den Zeitraum von 1990 bis 2005 zeigen, dass die Ungleichheit insgesamt nur marginal abgenommen hat, weil rückläufige Ungleichheit in Bezug auf Gesundheit und Bildung durch Anstiege der Einkommensungleichheit aufgewogen wurden (Grafik 1.5). Die meisten Regionen verzeichnen zunehmende Einkommensungleichheit und rückläufige Ungleichheit in Bezug auf Gesundheit und Bildung (Grafik 1.6). In Lateinamerika ist die Einkommensungleichheit seit 2000 gesunken; die Ungleichheit in Bezug auf die Verteilung ist jedoch immer noch am größten von allen Regionen. In Afrika südlich der Sahara ist die Ungleichheit in Bezug auf die Gesundheit am größten, während dies in Südasien für die Ungleichheit in Bezug auf Bildung gilt.

Weltweit wurden große Fortschritte bei der Verringerung der Ungleichheit in Bezug auf den Bildungserfolg erzielt, was sowohl die Einschulungsquoten als auch die voraussichtliche Schulbesuchsdauer in Jahren über den Zeitraum von 1990 bis 2010 betrifft, insbesondere in Europa und Zentralasien (Verringerung des Abzugs aufgrund von Ungleichheit in Bezug auf Bildung um fast 68 Prozent), in Ostasien und dem Pazifik (34 Prozent) sowie in Lateinamerika und der Karibik (32 Prozent). Sowohl in entwickelten als auch in Entwicklungsländern beträgt die durchschnittliche Einschulungsquote für die Grundschulbildung nahezu 100 Prozent. Und mehr Kinder schließen die Schulbildung ab.

GRAFIK 1.5

Verluste aufgrund von Ungleichheit beim HDI und seinen Komponenten



Hinweis: Auf der Grundlage eines nach Bevölkerung gewichteten Panels von 66 Ländern.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros unter Verwendung von Daten aus Milanovic (2012).

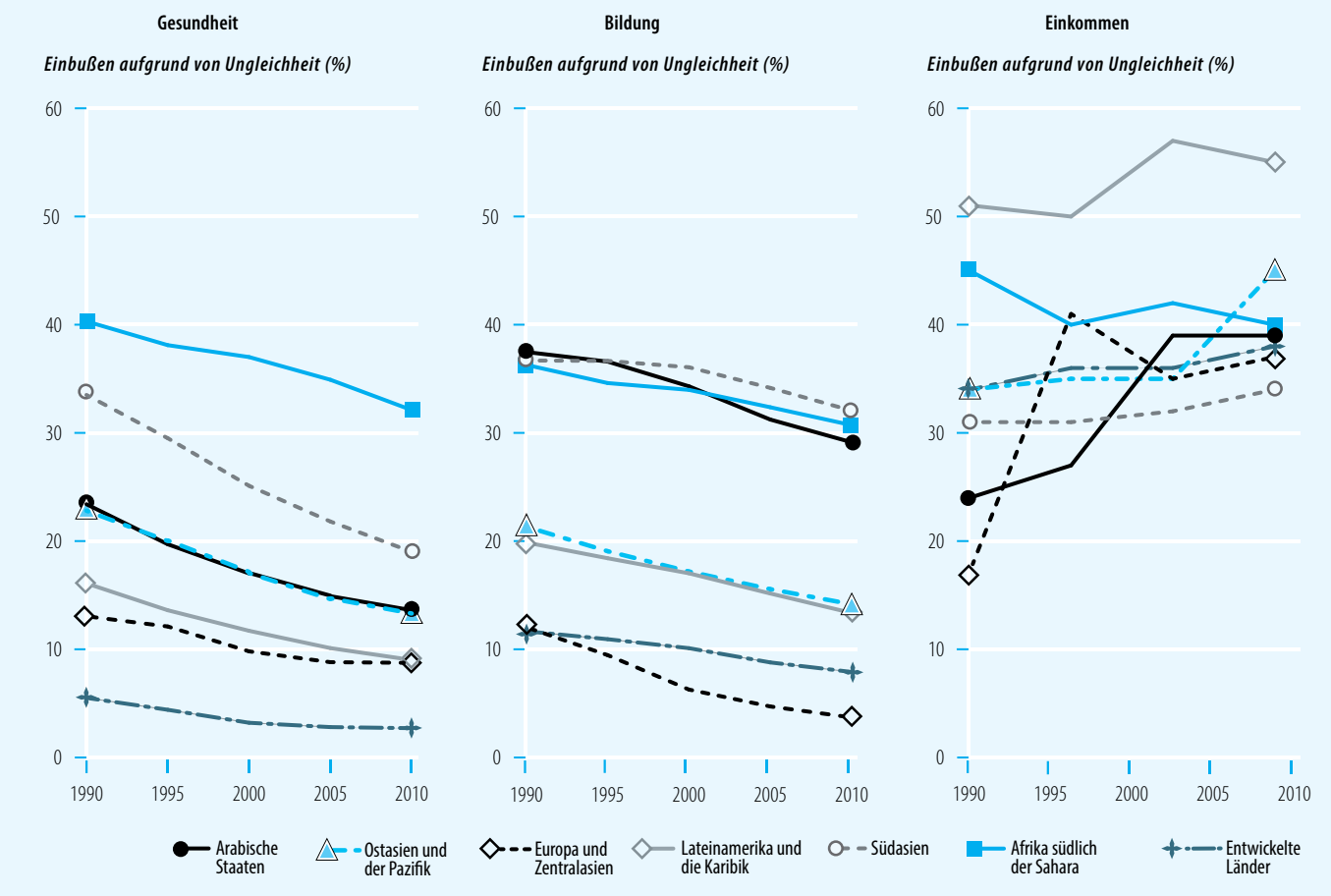
Abnehmende Ungleichheit in Bezug auf sowohl Gesundheit als auch Bildung können entsprechende staatliche Prioritäten und Innovationen im Bereich der Sozialpolitik widerspiegeln. Es besteht auch eine Verknüpfung zwischen Gesundheit und Bildung. Bessere Bildung für Frauen resultiert beispielsweise gewöhnlich in besseren gesundheitlichen Ergebnissen für sie selbst und für die nächste Generation. Fortschritte bei der Lebenserwartung und beim Bildungserfolg können also parallel zueinander stattfinden. Der größte Teil der Ungleichheit in Bezug auf den Bildungserfolg geht heute auf qualitative Unterschiede zurück (Kasten 1.6): Viele Entwicklungsländer haben zweigleisige Systeme, wobei die Kinder von Wohlhabenden gute Schulen und Hochschulen besuchen, die überwiegend privat finanziert werden, und die Armen unzureichende, überwiegend von der öffentlichen Hand finanzierte Einrichtungen.[35]

Zunehmende Ungleichheit, insbesondere zwischen Gruppen, kann zu sozialer Instabilität führen, die auf lange Sicht Fortschritte bei

IHDI-Trends für 66 Länder über den Zeitraum von 1990 bis 2005 zeigen, dass die Ungleichheit insgesamt nur marginal abgenommen hat, weil rückläufige Ungleichheit in Bezug auf Gesundheit und Bildung durch Anstiege der Einkommensungleichheit aufgewogen wurden

GRAFIK 1.6

Die meisten Regionen verzeichnen zunehmende Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und rückläufige Ungleichheit in Bezug auf Gesundheit und Bildung



Hinweis: Auf der Grundlage eines nach Bevölkerung gewichteten Panels von 182 Ländern für die Einbußen aufgrund von Ungleichheit in Bezug auf Gesundheit, 144 Ländern für die Einbußen aufgrund von Ungleichheit in Bezug auf Bildung und 66 Ländern für die Einbußen aufgrund von Einkommensungleichheit. Daten zur Einkommensungleichheit aus Milanovic 2010 sind verfügbar bis einschließlich 2005.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros unter Verwendung von Gesundheitsdaten aus Sterbetafeln der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen, Bildungsdaten aus Barro und Lee (2010) und Daten zur Einkommensungleichheit aus Milanovic (2010).

der menschlichen Entwicklung untergraben kann. Persistierende Ungleichheiten resultieren häufig in fehlender sozialer Mobilität zwischen Generationen, was auch zu sozialen Unruhen führen kann.

In der zunehmenden Einkommensungleichheit kommt zu einem gewissen Grad ein Versagen von nationalen Fiskalsystemen und insbesondere von Steuersystemen zum Ausdruck. Dies kann durch Sozialschutz ausgeglichen werden. In Lateinamerika beispielsweise hat die Einkommensungleichheit infolge von Transferzahlungsprogrammen abgenommen.

Geschlechtergleichstellung und der Status von Frauen

Die Geschlechtergleichstellung ist sowohl ein Kernanliegen als auch ein unentbehrlicher Teil von menschlicher Entwicklung. Nur zu häufig werden Frauen in Bezug auf Gesundheit, Bildung und den Arbeitsmarkt diskriminiert, was ihre Freiheiten beschränkt. Das Ausmaß von Diskriminierung kann mit dem Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit (*Gender Inequality Index* – GII) gemessen werden, der wegen geschlechtsspezifischer Ungleichheit nicht erzielte Fortschritte in drei Dimensionen erfasst: reproduktive Gesundheit, Teilhabe und

Erwerbsbeteiligung. Je höher der GII-Wert ist, desto größer ist die Diskriminierung. Auf der Grundlage von Daten aus dem Jahr 2012 für 148 Länder weist der GII große länderübergreifende Unterschiede auf: Die Werte reichen von 0,045 (in den Niederlanden) bis 0,747 (im Jemen), wobei der Durchschnitt 0,463 beträgt (siehe statistische Tabelle 4).

Große geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen weiterhin in Südasien (0,568), Afrika südlich der Sahara (0,577) und den arabischen Staaten (0,555). In Südasien sind die drei wichtigsten Faktoren niedrige parlamentarische Vertretung von Frauen (18,5 Prozent), Unausgewogenheiten zwischen den Geschlechtern in Bezug auf den Bildungserfolg (28 Prozent der Frauen haben mindestens die Sekundarbildung abgeschlossen, verglichen mit 50 Prozent der Männer) und eine niedrige Erwerbsbeteiligung (31 Prozent der Frauen sind erwerbstätig, verglichen mit 81 Prozent der Männer).

Zwischen 2000 und 2012 waren die Fortschritte bei der Verringerung des GII so gut wie universell, aber ungleichmäßig.[36] Länder in der Gruppe mit sehr hoher menschlicher Entwicklung übertreffen diejenigen in anderen Gruppen der menschlichen Entwicklung und zeichnen sich durch eine größere Angleichung von Frauen und Männern in Bezug auf den Bildungserfolg und die Erwerbsbeteiligung aus. Doch selbst in dieser Gruppe bestehen in mehreren Ländern sehr große geschlechtsspezifische Unterschiede bei der parlamentarischen Vertretung. Italien beispielsweise konnte die Vertretung von Frauen um mehr als 50 Prozent steigern, aber immer noch haben Frauen nur etwa ein Fünftel aller Sitze (20,7 Prozent) inne. In Irland bleibt die parlamentarische Vertretung von Frauen weiterhin unterhalb der 20-Prozent-Marke, während in Ruanda Frauen Männer bei der parlamentarischen Vertretung überholt haben (52 Prozent im Vergleich zu 48 Prozent).

Wenngleich viele Länder in Afrika südlich der Sahara zwischen 2000 und 2012 ihren GII-Wert verbessern konnten, schneiden sie immer noch schlechter ab als Länder in anderen Regionen, vor allem aufgrund höherer Müttersterblichkeit und Geburtenhäufigkeit im Jugendalter sowie sehr großer Unterschiede in Bezug auf den Bildungserfolg.

KASTEN 1.6

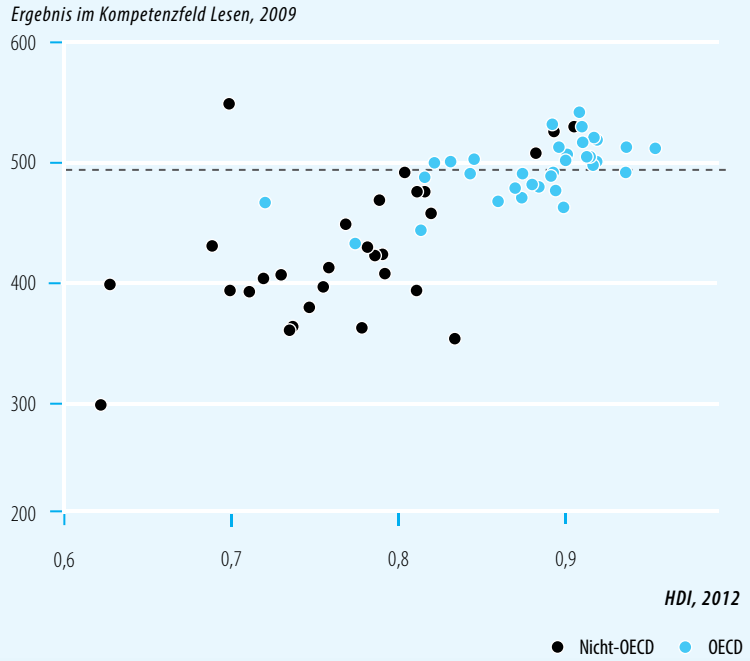
Bildungsqualität: Fortschritte gemäß dem Programme for International Student Assessment (PISA)

Die Bildungskomponente des Indexes der menschlichen Entwicklung hat zwei Indikatoren: mittlere Schulbesuchsdauer in Jahren und voraussichtliche Schulbesuchsdauer in Jahren. Mehr noch als die Schulbesuchsdauer in Jahren ist jedoch die Bildungsqualität ein wichtiger Faktor für die Erweiterung der menschlichen Möglichkeiten.

Das *Programme for International Student Assessment* (PISA) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sammelt international vergleichbare Daten zum Bildungserfolg von Schülern und ermöglicht einen länderübergreifenden Vergleich des durchschnittlichen Lernerfolgs, des Anteils der Schulen, die schlecht abschneiden und der Einheitlichkeit der qualitätsbezogenen Ergebnisse. Beispielsweise scheinen die Vorteile einer gut gebildeten Erwerbsbevölkerung, die Länder wie die Vereinigten Staaten traditionell genossen, kleiner zu werden, wenn junge Kohorten in anderen Ländern (wie Irland, Japan und der Republik Korea) die in den Vereinigten Staaten anzutreffenden Qualifikationen erreichen und übertreffen.

Bei der jüngsten PISA-Untersuchung, die 2009 in 63 Ländern und Territorien durchgeführt wurde, ergaben sich für viele Länder beeindruckende Fortschritte bei der Qualität der Lernergebnisse. Schüler aus Shanghai, China, übertrafen Schüler aus 62 Ländern bei der Kompetenz in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Ihnen folgten Schüler aus der Republik Korea, Finnland und Hongkong, bei der Lesekompetenz; aus Singapur, Hongkong, und der Republik Korea im Kompetenzfeld Mathematik; und aus Finnland, Hongkong, China (SAR), und Singapur im Kompetenzfeld Naturwissenschaften. Die Ergebnisse der Vereinigten Staaten waren wie folgt: Unterdurchschnittlich im Kompetenzfeld Mathematik, in dem sie sich den 29. Platz mit Irland und Portugal teilten; leicht überdurchschnittlich im Kompetenzfeld Naturwissenschaften auf dem 21. Platz; und überdurchschnittlich im Kompetenzfeld Lesen, in dem sie sich den 15. Platz mit Island und Polen teilten. Brasilien, Chile, Indonesien und Peru verzeichneten beeindruckende Fortschritte und holten ausgehend von sehr niedrigen Leistungsniveaus stark auf. Investitionen mancher Länder in die Bildungsqualität werden sich wahrscheinlich zukünftig in einer stärker wissensbestimmten globalisierten Welt auszahlen.

Die PISA-Ergebnisse im Kompetenzfeld Lesen korrelieren positiv mit dem Index der menschlichen Entwicklung



Quelle: HDI-Werte, Berechnungen des HDR-Büros; Ergebnisse des Programme for International Student Assessment, OECD (2010b).

Einer der beunruhigendsten Trends betrifft das Geschlechterverhältnis bei der Geburt, das sich in einigen rasch wachsenden Ländern verschlechtert. Das natürliche Verhältnis für Kinder zwischen null und vier Jahren beträgt 1,05 (oder 105 Jungen auf 100 Mädchen). Aber in den 175 Ländern, für die Daten aus dem Jahr 2012 verfügbar sind, belief sich der Durchschnitt auf 1,07, und 13 Länder hatten ein Verhältnis von 1,08 bis 1,18.[37]

Standardkonzepte und -maßnahmen zur Steigerung des Einkommens von Frauen berücksichtigen nicht die Unterschiede zwischen den Geschlechtern innerhalb von Haushalten, die stärkere Belastung von Frauen durch unbezahlte Arbeit und die Geschlechtersegregation von Arbeit durch kulturelle Normen

In manchen Ländern verändern geschlechtsselektive Abtreibungen und Säuglingstötungen künstlich die demografische Struktur und führen zu einem Mangel an Mädchen und Frauen. Dies ist nicht nur beunruhigend in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung; es hat auch wichtige Auswirkungen auf die Demokratie und könnte in soziale Gewalt münden.

Dass mehr männliche als weibliche Kinder geboren werden, spiegelt den Status von Frauen in der Gesellschaft sowie persistierende patriarchalische Sitten und Vorurteile wider, die ein Aspekt tiefverwurzelter soziokultureller Überzeugungen, sich verändernder Erwartungen städtisch und ländlich geprägter Gesellschaften und des Mitgiftsystems in manchen Ländern sind.[38] Durch die Verbreitung und den Missbrauch von Ultraschalltechnologien, die Eltern ermöglichen, uralte Präferenzen für Jungen durchzusetzen, wurde das Problem in den letzten Jahren verschärft. Hauptfaktor ist jedoch die Kombination von patriarchalischen Sitten und dem größeren wirtschaftlichen Wert von Jungen in einem Mitgiftsystem. Ist Letzteres nicht vorhanden, beispielsweise in afrikanischen Ländern, schlagen sich patriarchalische Vorurteile allein nicht in einem hohen Anteil von Jungen an allen Geburten nieder.

Um dieses Ungleichgewicht zu bekämpfen, werden viele soziale Normen geändert werden müssen, einschließlich derjenigen, die Einfluss auf die wirtschaftlichen Anreize des Haushalts haben, Jungen Mädchen vorzuziehen. Dies würde auch umfassen, das ausbeuterische Mitgiftsystem[39] tatsächlich zu beenden und die wirtschaftlichen Chancen von Frauen zu verbessern, Frauen zu ermöglichen, in höherem Maß selbst über ihr Leben zu bestimmen, sowie ihre politische Teilhabe und ihre Möglichkeiten, im Haushalt Entscheidungen zu treffen, zu verbessern.

Es wurde häufig behauptet, dass die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten von Frauen dazu beiträgt, ihren Gesundheits- und Ernährungsstatus zu verbessern und die Fertilität zu senken.[40] Zusätzlich zu ihrem intrinsischen Wert der Erweiterung der Wahlmöglichkeiten von Frauen hat Bildung folglich auch einen instrumentellen Wert, indem sie die Gesundheits- und Fertilitätsergebnisse von Frauen und Kindern verbessert. Diesbezüglich müssen die Länder mit niedrigem und mittlerem HDI noch weiter vorankommen. Von 1970 bis 2010 bestand auch in Ländern mit hohem und sehr hohem HDI bei den bildungsfernen Teilen der Bevölkerung ein Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern, obwohl in diesen Ländern das Verhältnis zwischen den Geschlechtern auf allen Bildungsebenen für Mädchen und junge Frauen, die derzeit im Schulbesuchsalter sind, wesentlich ausgeglichener war.

Wie wichtig Bildung und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen auch sind, sie reichen nicht aus. Standardkonzepte und -maßnahmen zur Steigerung des Einkommens von Frauen berücksichtigen nicht die Unterschiede zwischen den Geschlechtern innerhalb von Haushalten, die stärkere Belastung von Frauen durch unbezahlte Arbeit und die Geschlechtersegregation von Arbeit durch kulturelle Normen. Konzepte und Maßnahmen auf der Grundlage ökonomischer Theorie, die diese Faktoren nicht berücksichtigt, können negative Auswirkungen auf Frauen haben, selbst wenn sie zu mehr wirtschaftlichem Wohlstand führen.[41] Voraussetzung für die Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit sind politische und soziale Reformen, die die Menschenrechte von Frauen einschließlich Freiheit, Würde, Teilhabe, Autonomie und kollektiver Handlungsmöglichkeiten erweitern.[42]

Chancengerechtigkeit und Nachhaltigkeit zwischen den Generationen

Wenn eine Krise der anderen folgt, kann man leicht wichtige Langzeitfolgen aktuellen Handelns aus den Augen verlieren. Es ist folglich von Bedeutung, nicht zu ver-

gessen, dass heutige Entscheidungen großen und bisweilen maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidungsmöglichkeiten haben, die Menschen in zukünftigen Jahrzehnten zur Verfügung stehen werden. Nachhaltige menschliche Entwicklung bedeutet, die Verknüpfungen zwischen zeitbezogenen Entscheidungen unterschiedlicher Generationen zu verstehen und sowohl heutigen als auch zukünftigen Generationen Rechte zuzuweisen.

Zweifellos ist ein Gleichgewicht notwendig. Die Möglichkeiten von Menschen heute zu verbessern, insbesondere die Möglichkeiten derjenigen, die arm sind oder von mehrfacher Deprivation betroffen sind, ist eine wichtige Frage von Grundrechten und Teil der Universalität von Lebensansprüchen.[43] Außerdem haben die Armut und das Elend von heute negative Folgen für die Zukunft. Chancengerechtigkeit sowohl innerhalb als auch zwischen Generationen sollte deshalb das Ziel sein.

Heute in Menschen zu investieren, erfordert ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schulden, die heute gemacht werden, und den Verpflichtungen, die sie zukünftigen Generationen auferlegen. Im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 1994 wurde hervorgehoben: „Alle aufgeschobenen Schulden sind eine Hypothek für die Nachhaltigkeit, seien es wirtschaftliche Schulden, soziale Schulden oder ökologische Schulden."[44] Die jüngste Wirtschaftskrise lenkte den Blick auf die Nachhaltigkeit wirtschaftlicher Schulden des öffentlichen und des privaten Sektors, wenn Volkswirtschaften nicht wachsen. Gleichzeitig besteht die Tendenz, dass sie von den wichtigen Fragen sozialer und ökologischer Schulden ablenkt. Im Umweltbereich gibt es bereits umfassende Belege für schwere Schäden an Ökosystemen aufgrund der Entscheidungen früherer und heutiger Generationen. Arme Länder können und sollten die Produktions- und Konsummuster reicher Länder nicht nachahmen. Außerdem müssen reiche Länder ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern, weil ihr Pro-Kopf-Konsum und ihre Produktion bei einer globalen Betrachtungsweise nicht nachhaltig sind.

Besonders besorgniserregend sind heute die globalen Herausforderungen des Klimawandels und fragiler Ökosysteme. Eine einflussreiche Studie kam zu dem Ergebnis: „Die Menschheit hat bereits mindestens drei Grenzen des Planeten überschritten"[45], ein Punkt, der im Bericht der vom UN-Generalsekretär einberufenen Hochrangigen Gruppe für globale Nachhaltigkeit für 2012 aufgegriffen wurde.[46] Wenige Länder folgen heute einem ökologisch nachhaltigen Pfad, was die Notwendigkeit von technologischen Innovationen und Veränderungen des Konsums unterstreicht, die den Übergang zu nachhaltiger menschlicher Entwicklung unterstützen können.[47]

Grafik 1.7 stellt den ökologischen Fußabdruck des Konsums von 151 Ländern ihrem HDI im Jahr 2012 gegenüber.[48] Sehr wenige Länder verfügen sowohl über einen hohen HDI-Wert als auch über einen ökologischen Fußabdruck unter der weltweiten durchschnittlichen Biokapazität (1,79 globale Hektar im Jahr 2008). Das verheißt für die Welt nichts Gutes. Im Lauf der Zeit verschärft sich die Situation. Auch wenn manche Länder mit hohem HDI einen ökologischen Fußabdruck unter dem weltweiten Durchschnitt haben, ist ihr Fußabdruck im Lauf der Zeit größer geworden.

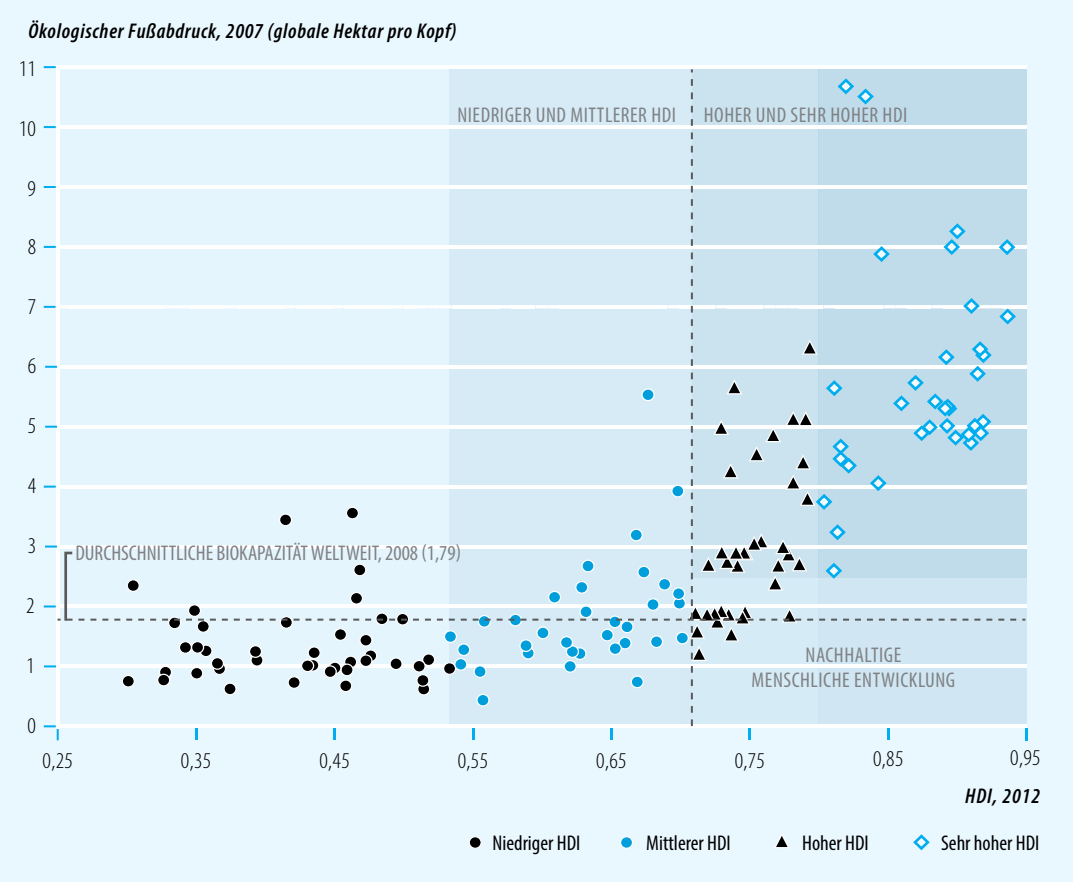
Menschen machen sich nicht nur Gedanken über die Wahlmöglichkeiten, die ihnen offenstehen, sondern auch darüber, wie diese Möglichkeiten gesichert werden, durch wen und auf wessen Kosten. Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung, die in nachhaltiger Weise erzielt werden, sind solchen überlegen, die zu Lasten zukünftiger Generationen gehen. Ein korrektes Bilanzierungssystem für nachhaltige menschliche Entwicklung würde in der Tat sowohl zukünftige menschliche Entwicklung als auch aktuelle Fortschritte berücksichtigen.

Auch bedarf es besserer Methoden zur Überwachung der ökologischen Nachhaltigkeit. Die UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung von 2012 forderte Maße, die die Verbindungen zwischen derzeitigen und zukünftigen Wahlmöglichkeiten berücksichtigen. Solche Maße sollten dazu dienen, die Anhäufung wirtschaftlicher und ökologischer Schulden auf der Grundlage zu überwachen, dass jeder Bürger auf dem Planeten unabhängig davon, ob er heute lebt oder noch gar nicht geboren ist, ein gleiches Recht auf ein angenehmes, erfüllendes Leben hat. Diese Maße sollten auch die Grenzen des Planeten oder „kritische Schwellen" hervor-

Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung, die in nachhaltiger Weise erzielt werden, sind solchen überlegen, die zu Lasten zukünftiger Generationen gehen

GRAFIK 1.7

Wenige Länder verfügen sowohl über einen hohen HDI als auch über einen niedrigen ökologischen Fußabdruck, was eine Voraussetzung für nachhaltige menschliche Entwicklung ist



Hinweis: Der ökologische Fußabdruck ist eine Einheit zur Angabe der Biokapazität der Erde und der Inanspruchnahme von Biokapazität. Er hängt von der durchschnittlichen Produktivität von biologisch produktivem Land und Wasser in einem gegebenen Jahr ab.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros und Global Footprint Network (2011).

heben und berücksichtigen, dass beispielsweise der Klimawandel bereits beträchtliche Kostenbelastungen verursacht, die zum Großteil von armen Ländern und armen Gemeinschaften getragen werden müssen.

Soziale Integration

Menschliche Entwicklung umfasst, die Befähigungen von Individuen zu erweitern. Diese Individuen sind jedoch auch mit anderen verbunden. Deshalb ist die Frage, in welcher Beziehung Individuen zueinander stehen, für den Aufbau von Gesellschaften wichtig, die sich durch Zusammenhalt und Dauerhaftigkeit auszeichnen. Die Integration unterschiedlicher Gruppen kann für das Wohlbefinden und die soziale Stabilität genauso wichtig sein wie wirtschaftlicher Erfolg. Benachteiligung und Ausgrenzung sind soziale Ungerechtigkeiten, die menschliche Freiheiten grundlegend schwächen.

Eine integrierte Gesellschaft stützt sich auf wirksame soziale Institutionen, die Menschen dazu befähigen, kollektiv zu handeln, was das Vertrauen und die Solidarität zwischen Gruppen verbessert. Zu diesen Institutionen zählen formelle nichtstaatliche Organisationen, informelle Vereinigungen und Genossenschaften sowie Normen und Verhaltensregeln. Sie beeinflussen die individuellen Ergebnisse in Bezug auf die menschliche Entwicklung, den sozialen Zusammenhalt und die soziale Stabi-

lität. Um sie von individuellen Möglichkeiten zu unterscheiden, können die Funktionsweise dieser Institutionen und ihre Auswirkungen auf Menschen als „soziale Kompetenzen" beschrieben werden (Kasten 1.7). Inwieweit soziale Kompetenzen Gesellschaften mit besserem Zusammenhalt fördern, kann daran gemessen werden, wie erfolgreich sie bei der Verwirklichung sozialer Inklusion und sozialer Stabilität sind.

Manche Entwicklungsländer haben versucht, soziale Exklusion zu bekämpfen, indem sie den Nutzen von Wachstum verfeinern und mit einer Umverteilungsstrategie gleichmäßiger verteilen. Aber diese bedarfsorientierte Sichtweise von inklusivem Wachstum trägt wenig dazu bei, die wirtschaftliche und soziale Diskriminierung zu beseitigen, die in vielen Fällen uralte historische und kulturelle Wurzeln hat. Diskriminierung solcher Art kann sogar in Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen weitverbreitet sein. Unstreitig kann Einkommenswachstum allein keinen sozialen Zusammenhalt herbeiführen; dafür muss aktiv gehandelt werden.

Die Auswirkungen von Benachteiligung können über Generationen anhalten. Beispielsweise kam eine Studie zu acht entwickelten Ländern zu dem Ergebnis, dass sich Länder, in denen ein höherer Grad an Ungleichheit beobachtet wird, durch geringere soziale Mobilität auszeichneten.[49] Insbesondere im Vereinigten Königsreich verringerte sich bei zunehmender Ungleichheit die Mobilität zwischen den Generationen.

Im *Bericht über die menschliche Entwicklung für Lateinamerika und die Karibik* von 2010 wurde auf die Verknüpfung zwischen fehlender sozialer Mobilität und anhaltender Ungleichheit eingegangen.[50] In Brasilien ist mindestens ein Viertel der Ungleichheit in Bezug auf den Verdienst auf Haushaltsumstände wie Bildungserfolg, Rasse oder Ethnizität oder Geburtsort der Eltern zurückzuführen.[51] Eine solche Persistenz der Muster der Einkommensverteilung über Generationen zeigt sich auch in Chile und in Mexiko, wenngleich in Mexiko die Mobilität zwischen den Generationen in den letzten Jahren zugenommen hat.[52] Generell ist die soziale Mobilität in Lateinamerika niedrig, was die Möglichkeiten für Personen am unteren Ende der Einkommensverteilung, deren Abschneiden in der Gesellschaft weitgehend durch Hintergrundmerkmale außerhalb ihrer Kontrolle bestimmt wird, beschränkt. Das Problem ist besonders schwer in heterogenen Gesellschaften zu lösen, weil es für Angehörige von Deprivation betroffener Gruppen besonders schwierig ist, aufzusteigen.

Benachteiligung und Ausgrenzung halten sich besonders hartnäckig, wenn es den Ausgegrenzten und denjenigen an den unteren Enden der Verteilung an politischer Teilhabe mangelt, um daran etwas zu ändern. Gesellschaften mit mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit, die für zufriedenstellenden und dauerhaften menschlichen Fortschritt unentbehrlich sind, erfordern folglich mehr Mitspracherecht und politische Teilhabe sowie verantwortlichere Regierungen (Kasten 1.8).

Selbst in der Europäischen Union, in der ein großer Teil der Bevölkerung steigenden Wohl-

Benachteiligung und Ausgrenzung halten sich besonders hartnäckig, wenn es den Ausgegrenzten und denjenigen an den unteren Enden der Verteilung an politischer Teilhabe mangelt, um daran etwas zu ändern

TABELLE 1.3

Ungleichheit und Zufriedenheit mit der Wahlfreiheit sowie der Gemeinschaft

HDI-Gruppe und Region	Gesamtabzug vom HDI aufgrund von Ungleichheit, 2012	Zufriedenheit mit der Wahlfreiheit, 2007– 2011[a] (% der Ja-Antworten)	Zufriedenheit mit der Gemeinschaft[b], 2007–2011[a] (% der Ja-Antworten)
HDI-Gruppen			
Sehr hoher HDI	10,8	81,5	85,9
Hoher HDI	20,6	66,3	76,1
Mittlerer HDI	24,2	77,8	79,9
Niedriger HDI	33,5	61,8	72,2
Regionen			
Arabische Staaten	25,4	54,6	67,6
Ostasien und der Pazifik	21,3	78,7	80,1
Europa und Zentralasien	12,9	58,5	76,5
Lateinamerika und die Karibik	25,7	77,9	79
Südasien	29,1	72,9	83,2
Afrika südlich der Sahara	35,0	69,1	65,2
Welt	23,3	73,9	79,0

a. Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
b. Auf der Grundlage der Frage zur Gesamtzufriedenheit mit dem Wohnort in der Gallup-Umfrage.
c. Wert ist in den statistischen Tabellen nicht dargestellt, weil für mindestens die Hälfte der Länder, die mindestens zwei Drittel der Bevölkerung umfassen, keine Daten verfügbar sind.
Quelle: Gesamtabzug vom Index der menschlichen Entwicklung: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage des Ungleichheit einbeziehenden HDI; Zufriedenheit mit der Wahlfreiheit und mit der Gemeinschaft: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Gallup (2012).

KASTEN 1.7

Soziale Kompetenzen: menschliche Entwicklung jenseits des Individuums

Menschen können nicht alleine gedeihen; sie können alleine nicht einmal funktionieren. Das Konzept der menschlichen Entwicklung war jedoch im Wesentlichen individualistisch, weil es von der Annahme ausging, dass Entwicklung die Erweiterung der Verwirklichungschancen oder Freiheiten von Individuen ist. Es gibt jedoch Aspekte von Gesellschaften, die sich auf Individuen auswirken, aber nicht auf der Ebene des Individuums beurteilt werden können, weil sie auf Beziehungen basieren. Dazu zählt beispielsweise die Frage, wie gut Familien oder Gemeinschaften funktionieren, für die Gesamtgesellschaft zusammengefasst in den Ideen des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Inklusion. Menschen sind mit anderen verbunden. Soziale Institutionen haben Einfluss auf die Identitäten und Entscheidungen von Menschen. Mitglied einer gesunden Gesellschaft zu sein, ist ein wesentlicher Teil einer gedeihlichen Existenz.

Eine Aufgabe des Konzepts der menschlichen Entwicklung besteht deshalb darin, das Wesen sozialer Institutionen zu untersuchen, die menschliches Gedeihen begünstigen. Entwicklung muss dann nicht nur in Bezug auf die kurzfristigen Auswirkungen auf die individuellen Verwirklichungschancen beurteilt werden, sondern auch unter der Fragestellung, ob die Gesellschaft sich in einer Weise entwickelt, die menschliches Gedeihen unterstützt. Soziale Bedingungen beeinflussen nicht nur die Erfolge von Menschen in einer bestimmten Gesellschaft heute, sondern auch diejenigen zukünftiger Generationen.

Soziale Institutionen sind alle Institutionen, in denen Menschen kollektiv handeln (das heißt, sie umfassen mehr als eine Person), abgesehen von gewinnorientierten Marktinstitutionen und dem Staat. Dazu zählen formelle nichtstaatliche Organisationen, informelle Vereinigungen, Genossenschaften, Erzeugerverbände, Nachbarschaftsvereine, Sportvereine, Sparvereine und viele weitere mehr. Sie bestehen auch aus Normen und Verhaltensregeln mit einem Einfluss auf die Ergebnisse in Bezug auf die menschliche Entwicklung. Beispielsweise beeinflussen Einstellungen gegenüber Beschäftigung das materielle Wohlbefinden, und Normen in Bezug auf Hierarchien und Diskriminierung haben einen Einfluss auf Ungleichheit, Diskriminierung, Teilhabe, politische Freiheit und so weiter. Um zu beschreiben, was diese Institutionen sein und tun können, und um zu verstehen, welchen Einfluss sie auf Personen haben, können wir den Begriff soziale Kompetenzen verwenden.

Ein zentraler Aspekt des Blickwinkels der menschlichen Entwicklung ist, dass gesellschaftliche Normen einen Einfluss auf die Entscheidungen von Menschen und ihre Verhaltensweisen gegenüber anderen haben und sich auf diese Weise auf die Ergebnisse in der gesamten Gemeinschaft auswirken. Unter dem Gesichtspunkt der menschlichen Entwicklung können Gemeinschaftsnormen und -verhaltensweisen die Entscheidungsfreiheit in schädlicher Weise beschränken, indem sie beispielsweise diejenigen, die Entscheidungen treffen, die zu sozialen Regeln im Widerspruch stehen, ächten oder in extremen Fällen töten. Familien, die durch informelle Normen, die eine Frühverheiratung und Mitgiftverpflichtungen unterstützen, in Armut gefangen sind, würden Änderungen an solchen sich hartnäckig haltenden Normen vielleicht ablehnen. Soziale Institutionen ändern sich im Lauf der Zeit, und solche Veränderungen können soziale Spannungen auslösen, wenn sie den Interessen mancher Gruppen schaden, denjenigen anderer aber nützen.

Politikänderungen sind das Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung, in der unterschiedliche Gruppen (und Personen) bestimmte Veränderungen unterstützen oder bekämpfen. In dieser Auseinandersetzung sind unorganisierte Individuen im Allgemeinen machtlos, können aber durch den Zusammenschluss mit anderen Kollektivmacht erlangen. Soziales Handeln zugunsten menschlicher Entwicklung (wie Maßnahmen zur Ausweitung von Bildung, progressiver Besteuerung und Mindestlöhnen) geschieht nicht spontan, sondern weil es Gruppen wie Erzeugergemeinschaften, Arbeitnehmerverbände, Sozialbewegungen und politische Parteien gibt, die wirksam dabei sind, den Wandel zu unterstützen. Diese Organisationen sind besonders wichtig für ärmere Menschen, wie ein Zusammenschluss von Sex-Arbeiterinnen in Kolkata und Frauen in einer informellen Siedlungsgemeinschaft in Kapstadt gezeigt haben, die ihre Lebensbedingungen verbesserten und ihre Selbstachtung steigerten, indem sie sich zusammenschlossen und kollektiv Druck ausübten.

Gesellschaften unterscheiden sich stark im Hinblick auf die Zahl, die Funktionen, die Wirksamkeit und die Konsequenzen ihrer sozialen Kompetenzen. Institutionen und Normen können unterteilt werden in solche, die die menschliche Entwicklung fördern, die in Bezug darauf neutral sind oder die sie untergraben. Es ist von grundlegender Bedeutung, diejenigen zu ermitteln und zu ermutigen, die wertvolle Verwirklichungschancen und Beziehungen unter und zwischen Individuen und Institutionen fördern. Manche soziale Institutionen (einschließlich Normen) können die menschliche Entwicklung in bestimmten Beziehungen unterstützen, aber nicht in anderen: Beispielsweise können enge Familienbande Personen während Unruhen Unterstützung bieten, beschränken jedoch vielleicht die individuellen Wahlmöglichkeiten und Chancen.

Ganz allgemein weisen Institutionen, die den sozialen Zusammenhalt und die menschliche Entwicklung fördern, ein geringes Maß an Unterschiedlichkeit zwischen Gruppen (beispielsweise ethnischen oder religiösen Gruppen oder den Geschlechtern) und ein hohes Maß an Interaktion und Vertrauen zwischen Menschen und Gruppen auf, was in Solidarität und der Abwesenheit von gewaltsamen Konflikten resultiert. Es ist kein Zufall, dass fünf der zehn friedlichsten Länder auf der Welt 2012 gemäß dem Globalen Friedensindex auch zu denjenigen zählen, deren Gesellschaften sich durch ein hohes Maß an Gleichheit auszeichnen, gemessen anhand des Abzugs vom Wert des Indexes der menschlichen Entwicklung aufgrund von Ungleichheit. Sie zeichnen sich auch durch die Abwesenheit von Diskriminierung und geringer Marginalisierung aus. In manchen Fällen können Antidiskriminierungsmaßnahmen die Last der Marginalisierung verringern und die schlimmsten Folgen von Ausgrenzung teilweise abschwächen. Beispielsweise schwächt in den Vereinigten Staaten ein Gesetz, das Krankenhäuser zu Notaufnahmen verpflichtet und alle Patienten unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit zu behandeln, teilweise die negativen Konsequenzen eines teuren Gesundheitsversorgungssystems mit eingeschränkter Deckung ab, und positive Diskriminierung in einer Reihe von Ländern (einschließlich Brasilien, Malaysia, Südafrika und den Vereinigten Staaten) hat die Situation von Gruppen verbessert, die von Deprivation betroffen sind, und zu sozialer Stabilität beigetragen.

Die Untersuchung sozialer Institutionen und sozialer Kompetenzen muss einen grundlegenden Teil des Konzepts der menschlichen Entwicklung bilden – einschließlich der Gruppenbildung; der Interaktionen zwischen Gruppen und Personen; der Anreize für kollektives Handeln und seiner Grenzen; der Beziehung zwischen Gruppen und Politik sowie den Ergebnissen von Politik; der Rolle von Normen bei der Einflussnahme auf Verhaltensweisen; und der Frage, wie Normen gebildet und verändert werden.

Quelle: Stewart 2013; Institute for Economics and Peace 2012.

stand verzeichnen konnte, wurden manche Gruppen zurückgelassen. Die Roma beispielsweise sind seit mehr als tausend Jahren Teil der europäischen Zivilisation. Mit schätzungsweise sieben bis neun Millionen Menschen bilden sie Europas größte ethnische Minderheit, die in allen 27 EU-Mitgliedstaaten vertreten ist. Die meisten sind EU-Bürger, aber weiterhin von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung betroffen. Wie in zwei regionalen Berichten über die menschliche Entwicklung beschrieben wurde, sind die Roma oft in einem Teufelskreis der

KASTEN 1.8

Strukturelle Dimensionen der Armut

Die traditionellen Agenden für die Verringerung der Armut erkennen ihre strukturellen Quellen, tragen ihnen aber ungenügend Rechnung. Zeitgenössische Interventionen zur Förderung von inklusivem Wachstum haben sich im Allgemeinen auf die Ergebnisse von Entwicklung durch die Ausweitung und die Stärkung sozialer Sicherheitsnetze konzentriert. Solche öffentlichen Initiativen sind zwar zu begrüßen, sie bekämpfen jedoch die Symptome von Armut, nicht ihre Ursachen.

Die Ergebnisse solch restriktiver Interventionen sind die Verringerung der Einkommensarmut in unterschiedlichem Maß und gewisse Verbesserungen bei der menschlichen Entwicklung. Aber in weiten Teilen des Südens haben die Einkommensungleichheiten zugenommen, die sozialen Unterschiede sind größer geworden, und Ungerechtigkeit bleibt allgegenwärtig, während die strukturellen Ursachen von Armut fortbestehen. Jede glaubwürdige Agenda zur Beendigung der Armut muss die strukturellen Ungerechtigkeiten beseitigen, die sie verstetigen.

Ungleicher Zugang zu Aktiva

Ungleich verteilter Zugang zu Wohlstand und Wissen hindert die Ausgegrenzten an der Teilnahme am Wettbewerb im Markt. Armut in ländlichen Gebieten beispielsweise beruht auf dem unzureichenden Zugang zu Land und Wasser für weniger privilegierte Segmente der Gesellschaft im ländlichen Raum. Landbesitz war nicht nur eine Quelle wirtschaftlicher Privilegierung, sondern auch eine Quelle sozialer und politischer Autorität. Die vorherrschenden Strukturen des Landbesitzes bleiben schädlich für eine funktionierende demokratische Ordnung. In ähnlicher Weise lässt fehlender Zugang zu Kapital und Eigentum die Armut in Städten fortbestehen.

Ungleiche Partizipation am Markt

Bei den vorherrschenden Eigentumsstrukturen der Gesellschaft bleiben diejenigen, die arm an Ressourcen sind, von dynamischeren Marktsektoren ausgeschlossen. Die primären produktiven Akteure sind im Allgemeinen die Angehörigen der städtischen Elite, denen die Firmenvermögen gehören, die rascher wachsende Wirtschaftssektoren vorantreiben. Im Gegensatz dazu nehmen die Ausgegrenzten nur als Primärerzeuger und Arbeitnehmer am untersten Ende der Produktions- und Vermarktungsketten teil, sodass sie wenig Chancen haben, die marktwirtschaftlichen Möglichkeiten ebenfalls zu nutzen und die Wertschöpfung ihrer Arbeit zu erhöhen.

Die Kapitalmärkte haben es versäumt, den Ausgegrenzten ausreichend Kredit einzuräumen, obwohl diese ihre Kreditwürdigkeit durch niedrige Ausfallraten im Mikrokreditmarkt unter Beweis gestellt haben. Und formelle Kapitalmärkte haben keine Finanzinstrumente bereitgestellt, um die Ersparnisse der Ausgegrenzten anzuziehen und sie in Anlagevermögen im rascher wachsenden Unternehmenssektor umzuwandeln.

Ungerechte Governance

Dieses gegen die Prinzipien der Chancengleichheit und der Gerechtigkeit verstoßende soziale und wirtschaftliche Universum kann durch ungerechte Governance verschlimmert werden. Häufig bleiben die Ausgegrenzten in den Institutionen der Governance ohne Mitspracherecht und sind deshalb von Unterversorgung vonseiten öffentlicher Institutionen betroffen. Die Institutionen der Demokratie gehen nicht auf die Bedürfnisse der Ausgegrenzten ein, sowohl was die Gestaltung von Politikagenden als auch die Auswahl von Kandidaten bei Wahlen betrifft. Repräsentative Institutionen fallen deshalb im Allgemeinen ausschließlich in die Hände der Wohlhabenden und sozial Mächtigen, die dann das Amt nutzen, um ihren Reichtum zu mehren und den Umstand zu zementieren, dass sie die Macht innehaben.

Strukturellen Wandel fördern

Um diese strukturellen Ungerechtigkeiten zu korrigieren, müssen politische Agenden inklusiver gemacht werden, indem die Kapazität der Ausgegrenzten dafür gestärkt wird, unter Bedingungen von mehr Chancengleichheit an der Markwirtschaft und dem demokratischen Gemeinwesen teilzunehmen. Solche Agenden sollten den Ausgegrenzten innerhalb der Prozesse von Produktion, Verteilung und Governance einen neuen Platz zuweisen. Der Produktionsprozess muss die Position der Ausgegrenzten verbessern, sodass sie ihr Leben nicht mehr ausschließlich als abhängig Beschäftigte und Pachtbauern bestreiten müssen, indem er sie befähigt, Eigentümer von Produktionsmitteln zu werden. Der Verteilungsprozess muss die Position der Ausgegrenzten verbessern, indem er sie über ihre ererbte Rolle als Primärerzeuger hebt und sie zu diesem Zweck in die Lage versetzt, durch mehr Gelegenheiten zur Teilnahme an der Wertschöpfung durch kollektives Handeln sich höheren Marktsegmenten zuzuwenden. Der Zugang zu Aktiva und Märkten muss durch den chancengerechten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung hoher Qualität unterstützt werden, einem integralen Bestandteil davon, die Teilhabe der Ausgegrenzten zu verbessern.

Der Governance-Prozess muss die aktive Partizipation der Ausgegrenzten in repräsentativen Institutionen verbessern, die wichtig dafür ist, ihr Mitspracherecht bei Entscheidungsprozessen zu verbessern und ihnen Zugang zu den Governance-Institutionen zu verschaffen.

Quelle: Sobhan, R. 2010. *Challenging the Injustice of Poverty.*

sozialen Ausgrenzung gefangen, der sich von einer Generation zur nächsten fortsetzt.[53]

Wo Ungleichheiten anzutreffen sind, können sie sich negativ auf die sozialen Interaktionen auswirken und die Wahlfreiheit beschränken. Subjektive Daten können Erkenntnisse über den Grad der sozialen Integration innerhalb eines Landes oder einer Gemeinschaft liefern. Die verfügbaren Belege lassen auf eine kleine negative Korrelation zwischen nicht erzielten Fortschritten aufgrund von Ungleichheit, Zufriedenheit mit der Wahlfreiheit sowie der Gemeinschaft schließen. Andere Belege lassen auch darauf schließen, dass Menschen in Gesellschaften mit einem hohen HDI im Allgemeinen mit ihrer Wahlfreiheit und mit der Gemeinschaft zufriedener sind. Diese Zusammenhänge zu untersuchen, kann Ländern wichtige politische Einsichten eröffnen (Tabelle 1.3).

Menschliche Sicherheit

Im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 1994 wurde argumentiert, dass die grundlegende Ausrichtung des Sicherheitskonzepts geändert werden muss: von dem Gedanken einer militaristischen Sicherung von Staatsgrenzen hin zur Verringerung von Unsicherheit im Alltagsleben von Menschen (oder menschlicher Unsicherheit).[54] In jeder Gesellschaft wird menschliche Sicherheit durch eine Vielzahl von Bedrohungen einschließlich Hunger, Krankheit, Verbrechen, Arbeitslosigkeit, Verstößen gegen die Menschenrechte und Umweltproblemen untergraben. Die Intensität dieser Bedrohungen unterscheidet sich in der Welt, aber menschliche Sicherheit bleibt ein universelles Streben nach Freiheit von Not und Furcht.

Als Beispiel sei die wirtschaftliche Unsicherheit angeführt. In den Ländern des Nordens können jetzt Millionen junger Menschen keinen Arbeitsplatz finden. Und im Süden waren Millionen Bauern nicht in der Lage, eine menschenwürdige Existenz zu sichern. Sie wurden in die Migration gezwungen, was mit vielen negativen Auswirkungen verbunden ist, insbesondere für Frauen. Eng verwandt mit Unsicherheit in Bezug auf den Lebensunterhalt sind Nahrungsmittel- und Ernährungsunsicherheit. Viele Haushalte in Entwicklungsländern sind mit hohen Nahrungsmittelpreisen konfrontiert und können sich keine zwei vollwertigen Mahlzeiten am Tag leisten, was Fortschritte bei der Ernährung der Kinder untergräbt. Eine weitere wichtige Ursache von Verarmung in vielen Ländern, reichen und armen, ist ungleicher Zugang zu erschwinglicher Gesundheitsversorgung. Schlechte Gesundheit im Haushalt (insbesondere des Haushaltsvorstands) ist eine der häufigsten Ursachen von Verarmung, weil Einkommen nicht erwirtschaftet wird und medizinische Ausgaben anfallen.

Die Art und Weise, wie Sicherheit verstanden wird, muss sich ändern von einem falsch gesetzten Schwerpunkt auf militärische Stärke zu einer ganzheitlichen Sichtweise, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Fortschritte in dieser Beziehung können zum Teil aus Statistiken über Verbrechen, insbesondere Morde, und Militärausgaben abgelesen werden.

Verbrechen

Freiheit von Furcht sollte sich in niedrigen Verbrechensraten und insbesondere in niedrigen Mordraten widerspiegeln. In einigen Studien wurden Mordraten auch verwendet, um bürgerschaftliches Engagement und Vertrauen zu beurteilen.[55] Im *Bericht über die menschliche Entwicklung für die Karibik* 2012 beispielsweise wird argumentiert, dass Gewaltverbrechen das Vertrauen in zukünftige Entwicklungsaussichten erschüttern, die Wettbewerbsfähigkeit von Industriezweigen und des Dienstleistungssektors verringern, indem sie zu belastenden Sicherheitsausgaben zwingen, und dem Investitionsklima schaden. Verbrechen können auch zur Abwanderung von Fachkräften aus dem Land oder betroffenen Kommunen führen. Und der Einsatz von Ressourcen zur Verbrechensbekämpfung verringert die verfügbaren Mittel für Investitionen in Gesundheitsversorgung und Bildung, wodurch die soziale Integration verlangsamt und die Entwicklung gehemmt wird.[56]

In den letzten Jahren betrug die weltweite durchschnittliche Mordrate für 189 Länder, für die Daten vorliegen, 6,9 pro 100.000 Einwohner,[57] wobei der niedrigste Wert mit 0 in Monaco und der höchste mit 91,6 in Honduras

registriert wurde (siehe statistische Tabelle 9). Es besteht eine relativ schwache negative Korrelation zwischen Mordraten und HDI-Werten, wobei der Wert für Länder mit niedrigem HDI 14,6 pro 100.000 Einwohner, für Länder mit hohem HDI 13,0 und für Länder mit sehr hohem HDI 2,1 beträgt.

Die Mordrate ist am höchsten in Lateinamerika und der Karibik (22,2 pro 100.000 Einwohner), gefolgt von Afrika südlich der Sahara (20,4), Europa und Zentralasien (5,5), den arabischen Staaten (4,5), Südasien (3,7) sowie Ostasien und dem Pazifik (2,8).

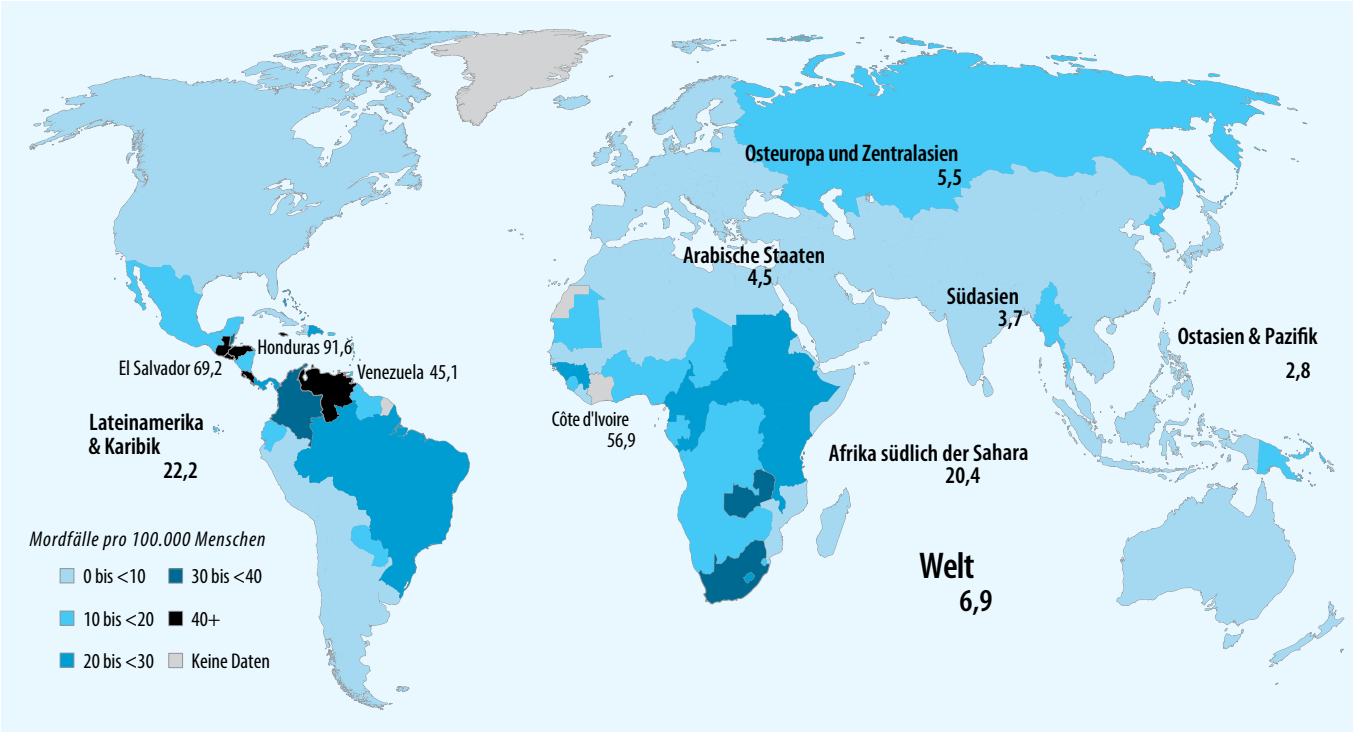
Es kann auch erkenntnisreich sein, die Mordraten für Großstädte zu betrachten. Im Gegensatz zu der verbreiteten Wahrnehmung ist die Verbrechensrate in ärmeren Städten nicht generell höher. Amartya Sen weist darauf hin, dass Kolkata „nicht nur eine der ärmsten Städte in Indien und sogar auf der Welt ist, sondern auch die niedrigste Gewaltverbrechensrate aller indischen Großstädte aufweist".[58] Dies gilt auch für Morde: Die durchschnittliche Mordhäufigkeit von 0,3 pro 100.000 Einwohner in Kolkata ist niedriger als in den wesentlich wohlhabenderen Großstädten London (2,4) und New York (5,0).[59]

Sen behauptet, dass Kolkata seine lange Geschichte als eine „gemischte" Stadt ohne Segregation nach ethnischer Herkunft oder Einkommen zwischen Stadtvierteln zugutegekommen ist. Über mehrere Jahrzehnte hatte die Stadt auch ein System grundlegender öffentlicher Dienste einschließlich staatlicher Krankenhäuser, Schulen, Hochschulen und eines billigen öffentlichen Verkehrssystems, wodurch die Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Ausgrenzung abgefedert wurden. Nahverkehrszüge nutzen arme Händler gewöhnlich Seite an Seite mit Lohnarbeitern und Angestellten.

Wenn Menschen jedoch keinen Zugang zu solchen Dienstleistungen haben, können sie leichter zu Verbrechern werden. In einer Studie zu Wiederholungsstraftätern aus dem Vereinigten Königreich wurde beispielsweise festgestellt, dass viele Strafgefangene von lebenslanger sozialer Ausgrenzung betroffen

KARTE 1.1

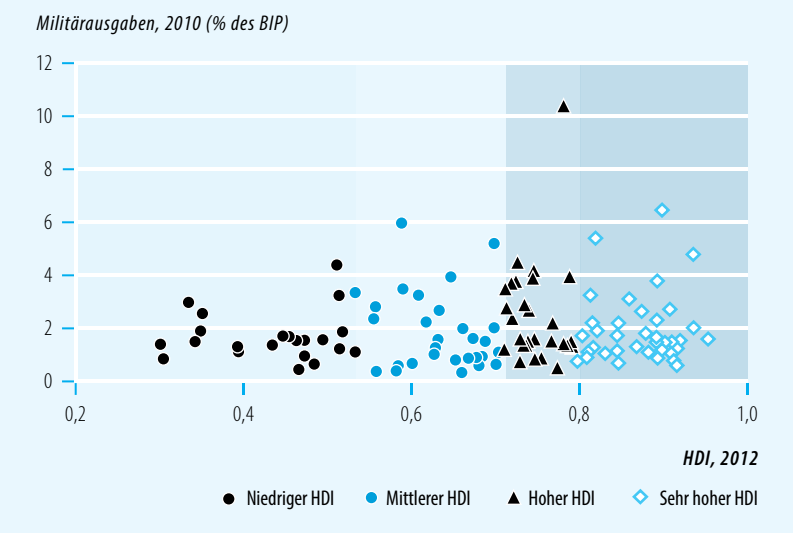
Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara haben die höchsten Mordraten



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von UNODC 2012.

GRAFIK 1.8

Entwicklung geht nicht immer mit einem Anstieg der Militärausgaben einher



Quelle: Daten zu Militärausgaben: Stockholmer Internationales Friedensforschungsinstitut (SIPRI); HDI: Berechnungen des HDR-Büros.

waren[60] und de facto vom Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen ausgeschlossen sind.[61]

Militärausgaben

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat gemessen am Anteil der Militärausgaben am BIP insgesamt keine Intensivierung der Militarisierung stattgefunden. Ein Grund hierfür waren auch Veränderungen der Bedrohungen für die nationale Sicherheit. Während zwischenstaatliche Konflikte seit den frühen 1990er Jahren zurückzugehen scheinen, hat die Zahl innerstaatlicher Konflikte seit der Mitte des 20. Jahrhunderts zugenommen.

Heute geht die Mehrheit der Sicherheitsbedrohungen nicht auf andere Länder, sondern auf Aufstände, Terrorismus und andere zivile Konflikte zurück.[62] Konflikten in der Zeit nach dem Kalten Krieg sind mehr als fünf Millionen Menschen zum Opfer gefallen, 95 Prozent von ihnen Zivilisten.[63]

Beispielsweise sind in allen neun Ländern Südasiens in den letzten zwei Jahrzehnten Binnenkonflikte ausgebrochen, denen mehr Menschenleben zum Opfer fielen als in zwischenstaatlichen Konflikten.[64] Außerdem fand seit 2001 ein höherer Anteil der Konflikte in den ärmeren Regionen dieser Länder statt.[65]

2010 beliefen sich die weltweiten Militärausgaben für die 104 Länder mit verfügbaren Daten auf mehr als 1,4 Billiarden US-Dollar oder 2,6 Prozent des weltweiten BIP. Der größte Teil der Ausgaben wurde von Ländern mit sehr hohem HDI getätigt. In dem Maß, in dem die Volkswirtschaften anderer Länder, insbesondere Länder mit mittlerem HDI, gewachsen sind, sind auch ihre Militärausgaben gestiegen. Zwischen 1990 und 2010 haben sich die Militärausgaben von Ländern mit mittlerem HDI mehr als verdreifacht, während sie in Ländern mit niedrigem HDI um fast 50 Prozent sowie in Ländern mit sehr hohem HDI um 22 Prozent stiegen und in Ländern mit hohem HDI um fast 47 Prozent zurückgingen. In den drei HDI-Gruppen, in denen die Gesamtmilitärausgaben stiegen, war der Anstieg gleichwohl langsamer als das BIP-Wachstum. Diese Gesamtwerte verdecken beträchtliche Vielfalt. In Europa und Zentralasien gingen die Militärausgaben zwischen 1990 und 2010 um 69 Prozent zurück, während sie in Südasien, Ostasien und dem Pazifik sowie den arabischen Staaten um 43 bis 388 Prozent stiegen.[66]

Wenngleich Entwicklung häufig mit einem Anstieg der Militärausgaben einhergeht, ist dies nicht immer der Fall (Grafik 1.8). Die höchsten Anteile der Militärausgaben am BIP finden sich in Ländern mit sehr hohem und hohem HDI. Einige Länder mit sehr hohem HDI haben aber auch einen Anteil unter ein Prozent des BIP, darunter Irland, Island, Luxemburg und Österreich.

Dies ist von besonderer Bedeutung für die aufsteigenden Länder des Südens. Costa Rica beispielsweise hatte seit 1948 keine Armee.[67] Das Land tätigt keine Militärausgaben und konnte deshalb mehr Mittel für Sozialprogramme und soziale Investitionen bereitstellen.[68] 2009 investierte es 6,3 Prozent des BIP in das Bildungs- und sieben Prozent in das Gesundheitswesen. Solche Entscheidungen trugen zu seinem Fortschritt beim HDI von 0,621 im Jahr 1980 auf 0,773 im Jahr 2012 bei.

Heute haben etwa 20 Länder kleine oder gar keine Streitkräfte. Sie verfügen im Allgemeinen über kleine Territorien, und viele von ihnen

stützen sich, was die nationale Sicherheit betrifft, auf externe Mächte. Nicht in allen Ländern sind die Voraussetzungen für eine vollständige Entmilitarisierung günstig, aber viele haben Spielraum für eine substanzielle Verlangsamung ihrer Militärausgaben. Insbesondere in Bezug auf Binnenkonflikte hat Indien gezeigt, dass Umverteilung und Gesamtentwicklung mittelfristig bessere Strategien sind, um zivile Unruhen zu verhindern und einzudämmen, auch wenn auf kurze Sicht der Einsatz der Polizei wirksamer sein mag, um Gewalt Einhalt zu gebieten.[69]

* * *

Diese Analyse des Stands der menschlichen Entwicklung ist positiv und gibt Anlass zur Hoffnung. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Fast jedes Land muss Herausforderungen bewältigen. Fast jedem Land bieten sich aber auch Möglichkeiten für weitere Fortschritte. Besonders besorgniserregend ist, dass manche entwickelte Länder als Reaktion auf die Schuldenkrise eine Sparpolitik verfolgen, die zukünftige Wahlmöglichkeiten und Optionen für Menschen im Süden verhindern oder beschränken könnte.

Der einzige zukunftsträchtige Weg zu höherer menschlicher Entwicklung führt über aktive Investitionen in mehr Befähigung und mehr Möglichkeiten. Im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 1991 wurde das so formuliert: „Menschen, die gesünder, zuversichtlich und qualifiziert sind, werden wesentlich besser in der Lage sein, mit einem sich rasch verändernden Umfeld zurechtzukommen sowie die technologischen und kompetitiven Anforderungen des internationalen Marktes zu erfüllen."[70]

Das nächste Kapitel dokumentiert, inwieweit viele Länder des Südens de facto diesem Weg folgen konnten, und die globale Wirkung, die sie erzielen. In den darauffolgenden Kapiteln wird beschrieben, wie sie das gemacht haben, und es wird die Konsequenz des Aufstiegs des Südens für die internationale Governance und für die Neugestaltung globaler Machtbeziehungen untersucht.

Nicht in allen Ländern sind die Voraussetzungen für eine vollständige Entmilitarisierung günstig, aber viele haben Spielraum für eine substanzielle Verlangsamung ihrer Militärausgaben

„Wenn andere Musik spielt, kommt auch ein neuer Tanz.“

Afrikanisches Sprichwort

„Ich möchte nicht, dass mein Haus von allen Seiten eingemauert und meine Fenster zugestopft werden. Ich möchte, dass sich die Kulturen aller Länder so frei wie möglich um mein Haus bewegen können. Aber ich möchte von keiner Kultur weggeblasen werden.“

Mahatma Gandhi

2.

Ein globalerer Süden

Ein markantes Merkmal des Weltgeschehens in den letzten Jahren ist die Transformation vieler Entwicklungsländer in dynamische Volkswirtschaften, die Erfolge bei Wirtschaftswachstum und Handel vorweisen und rasche Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung erzielen. In diesen unsicheren Zeiten sind sie es, die kollektiv das weltweite Wirtschaftswachstum stärken, den Volkswirtschaften anderer Entwicklungsländer Auftrieb geben und in großem Umfang Armut verringern und Reichtum mehren.Sie stehen auch weiterhin vor gewaltigen Herausforderungen und sind Heimat vieler Menschen, die weltweit von Armut betroffen sind.[1] Aber sie haben gezeigt, dass durch pragmatische Politik und eine starke Konzentration auf die menschliche Entwicklung das Potenzial, das in ihren Volkswirtschaften schlummert, begünstigt durch Globalisierung, geweckt werden kann.

Kennzeichnend für den Aufstieg des Südens ist seine Vielfalt. Zu dieser aufstrebenden Gruppe von Staaten gehören Länder, die in ihren Gegebenheiten, ihrer gesellschaftlichen Struktur, Geografie und Geschichte ausgesprochen unterschiedlich sind, zum Beispiel Algerien und Argentinien, Brasilien und Bangladesch, China und Chile, Ghana und Guyana, Indien und Indonesien sowie Malaysia und Mosambik. Diese Länder veranschaulichen, dass eine rasante, auf den Menschen konzentrierte Entwicklung in einer Vielzahl von Kontexten verankert werden kann. Ihre Erfahrungen und ihr Know-how bieten einen wachsenden Fundus an bewährten Verfahrensweisen, die andere Entwicklungsländer dazu befähigen sollten, ihrerseits aufzuschließen.

Die rasch wachsenden Beziehungen zwischen diesen Ländern führen auch zu einer ausgewogeneren Form der Globalisierung. Neue Handelswege florieren: So verschiedenartige Länder wie Marokko, Südafrika, Thailand, die Türkei und Vietnam pflegen umfangreiche Import- und Exportbeziehungen mit jeweils über 100 Volkswirtschaften.[2] Neue und verbesserte Technologien, die an lokale Bedingungen angepasst sind, erhöhen die Produktivität der Menschen und schaffen die Möglichkeit von grenzübergreifender Produktion.

All dies geschieht in einer Zeit, in der Menschen und Kontinente in einem bislang nicht vorstellbaren Maß miteinander verbunden sind. Mehr als zwei Milliarden Menschen benutzen das Internet, und über eine Milliarde Menschen reisen pro Jahr auf internationaler Ebene.[3]

Dieser Wandel hat Auswirkungen auf die Dynamik regionaler und globaler Beziehungen. Bei der Bewältigung der Finanzkrise im Jahr 2008 spielten die führenden Länder des Südens eine wichtige Rolle. Der Dialog über die angemessene Bereitstellung globaler öffentlicher Güter, wie etwa die Eindämmung des Klimawandels, die Entwicklung von Regelwerken für stabile Finanzmärkte, das Voranbringen von multilateralen Handelsabkommen und die Vereinbarung von Mechanismen zur Finanzierung und Produktion mit umweltfreundlichen Technologien, wird intensiver geführt. Es mag den Anschein haben, dass eine größere Anzahl von Gesprächspartnern die Erzielung eines weltweiten Konsenses erschwere. Aber der Aufstieg des Südens könnte dabei helfen, einige der heute festgefahrenen globalen Streitfragen aufzubrechen und zu entwicklungsfreundlicheren globalen Abkommen zu gelangen.

Neugewichtung: eine globalere Welt, ein globalerer Süden

Die Weltproduktion erfährt derzeit eine Neugewichtung wie seit 150 Jahren nicht mehr. Der grenzüberschreitende Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Ideen ist spürbar angestiegen. Im Jahr 1800 machte der Anteil des Handels an der weltweiten Wirtschaftsleistung zwei Prozent aus.[4] Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg war er weiterhin klein, und bis zum Jahr 1960 lag er noch immer bei unter 25 Prozent. Bis zum Jahr 2011 lag er jedoch bereits bei fast 60 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung.[5] Diese Zunahme des Handels ist weit verbreitet, und mindestens 89 Entwicklungsländer haben ihre Außenhandels-

KASTEN 2.1

Die Integration des Südens in die Weltwirtschaft und die menschliche Entwicklung

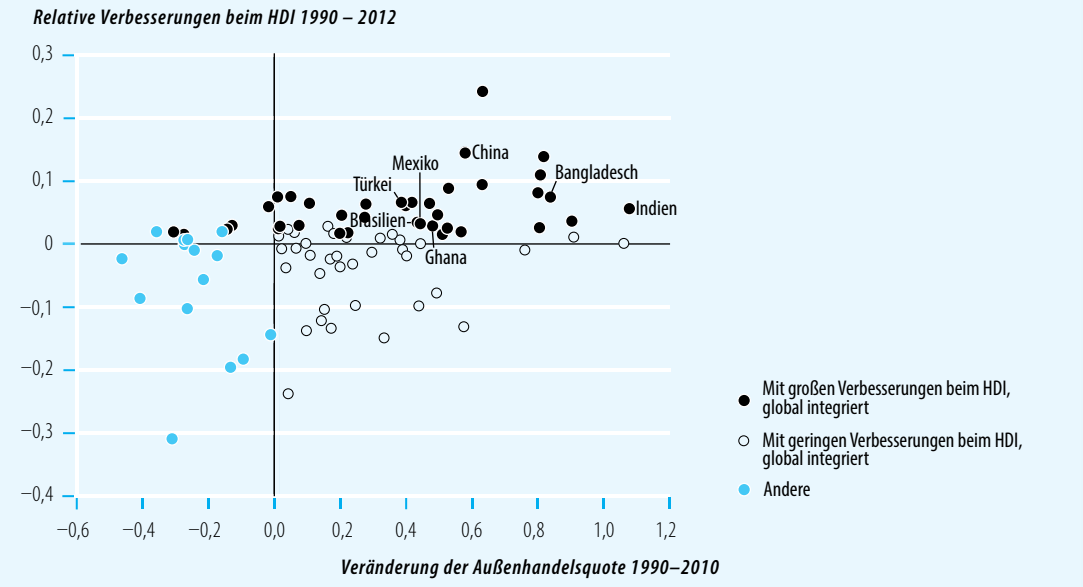
Eine Stichprobe von 107 Entwicklungsländern über den Zeitraum 1990 bis 2010 ergab, dass ca. 87 Prozent als global integriert eingestuft werden können: Sie haben ihre Außenhandelsquote gesteigert, unterhalten viele solide Handelspartnerschaften,[1] und ihre Außenhandelsquote ist auch in Relation zu Ländern mit vergleichbarem Einkommensniveau hoch.[2] All diese Entwicklungsländer sind sowohl untereinander als auch mit der Welt stärker verbunden. Der Gebrauch des Internets hat sich zwischen 2000 und 2010 mit einem mittleren jährlichen Wachstum von über 30 Prozent, bezogen auf die Anzahl von Benutzern, rasant verbreitet.

Obwohl nicht alle global integriert sind, haben Entwicklungsländer rasche Fortschritte in Bezug auf den Index der menschlichen Entwicklung (HDI) gemacht, und das trifft auch im Umkehrschluss zu. Nahezu alle Entwicklungsländer, die die größte Verbesserung beim HDI in Bezug auf die Länder ihrer Vergleichsgruppe zwischen 1990 und 2012 erreicht haben (mindestens 45 in dieser Stichprobe), haben sich während der vergangenen beiden Jahrzehnte mit einem durchschnittlichen Zuwachs bei der Außenhandelsquote, der ca. dreizehn Prozentpunkte höher liegt als bei der Gruppe von Entwicklungsländern, die einen bescheideneren Fortschritt beim HDI gemacht haben, auch besser in die Weltwirtschaft integriert. Dies stimmt mit früheren Erkenntnissen, dass sich Länder mit steigender Entwicklung tendenziell mehr öffnen, überein.[3]

Zu den zunehmend integrierten Ländern mit wesentlicher Verbesserung beim HDI gehören nicht nur die Großen, die die Schlagzeilen beherrschen, sondern auch Dutzende kleinerer und am wenigsten entwickelte Länder. So bilden sie eine größere und vielfältigere Gruppe als die Schwellenländer, die oft durch Abkürzungen gekennzeichnet werden, wie BRICS (Brasilien, die Russische Föderation, Indien, China und Südafrika), IBSA (Indien, Brasilien und Südafrika), CIVETS (Kolumbien, Indonesien, Vietnam, Ägypten, die Türkei und Südafrika) und MIST (Mexiko, Indonesien, Südkorea [Republik Korea] und die Türkei).

Die Grafik unten stellt die Verbesserung beim HDI[4] den Veränderungen bei der Außenhandelsquote, einem Indikator für die Intensivität der Teilnahme an globalen Märkten, gegenüber. Mehr als vier Fünftel dieser Entwicklungsländer haben ihre Außenhandelsquote zwischen 1990 und 2012 gesteigert. Zu den Ausnahmen in der Untergruppe, die ebenfalls eine wesentliche Verbesserung beim HDI erreicht haben, gehören Indonesien, Pakistan und Venezuela, drei große Länder, die Global Players auf den Weltmärkten sind und mit mindestens 80 Volkswirtschaften Import- und Exportgeschäfte betreiben. Zwei kleinere Länder, deren Außenhandelsquote gesunken ist (Mauritius und Panama), betreiben immer noch Handel in einem größeren Umfang, als von Ländern mit einem vergleichbaren Einkommensniveau zu erwarten wäre. All jene Länder, die eine deutliche Verbesserung beim HDI verzeichnen und ihre Außenhandelsquote im Zeitraum 1990 bis 2012 gesteigert haben, sind im oberen rechten Quadranten der Grafik hervorgehoben. Die Länder im unteren rechten Quadranten (darunter Kenia, die Philippinen und Südafrika) haben zwar ihre Außenhandelsquote erhöht, aber beim HDI bescheidenere Fortschritte gemacht.

Menschlicher Fortschritt und Ausweitung des Handels im Süden



1. Bilateraler Handel, der 2010/2011 zwei Millionen US-Dollar überschreitet.
2. Basierend auf Ergebnissen einer länderübergreifenden Regression von Außenhandelsquote zu Pro-Kopf-Einkommen unter Berücksichtigung von Bevölkerungszahl und Binnenländern.
3. Siehe Rodrik (2001).
4. Relative Verbesserungen beim HDI werden mit Residuen aus einer Regression der Veränderungen des Logarithmus des HDI zwischen 1990 und 2012 zum Logarithmus aus dem Basis-HDI von 1990 errechnet. Die fünf Länder mit schwarzen Punkten im linken oberen Quadranten verzeichneten zwischen 1990 und 2010 großen Fortschritt beim HDI bei fallender Außenhandelsquote; dennoch unterhielten sie entweder weltweit umfangreiche Handelsbeziehungen, oder ihr Handel war größer als bei Ländern mit vergleichbarem Pro-Kopf-Einkommen. Länder mit offenem Kreis im oberen und unteren rechten Quadranten haben zwischen 1990 und 2012 nur eine leichte relative Verbesserung beim HDI erzielt, aber entweder ihre Außenhandelsquote gesteigert oder eine große Zahl umfangreicher Handelsbeziehungen unterhalten.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros; Außenhandelsquoten von World Bank (2012a).

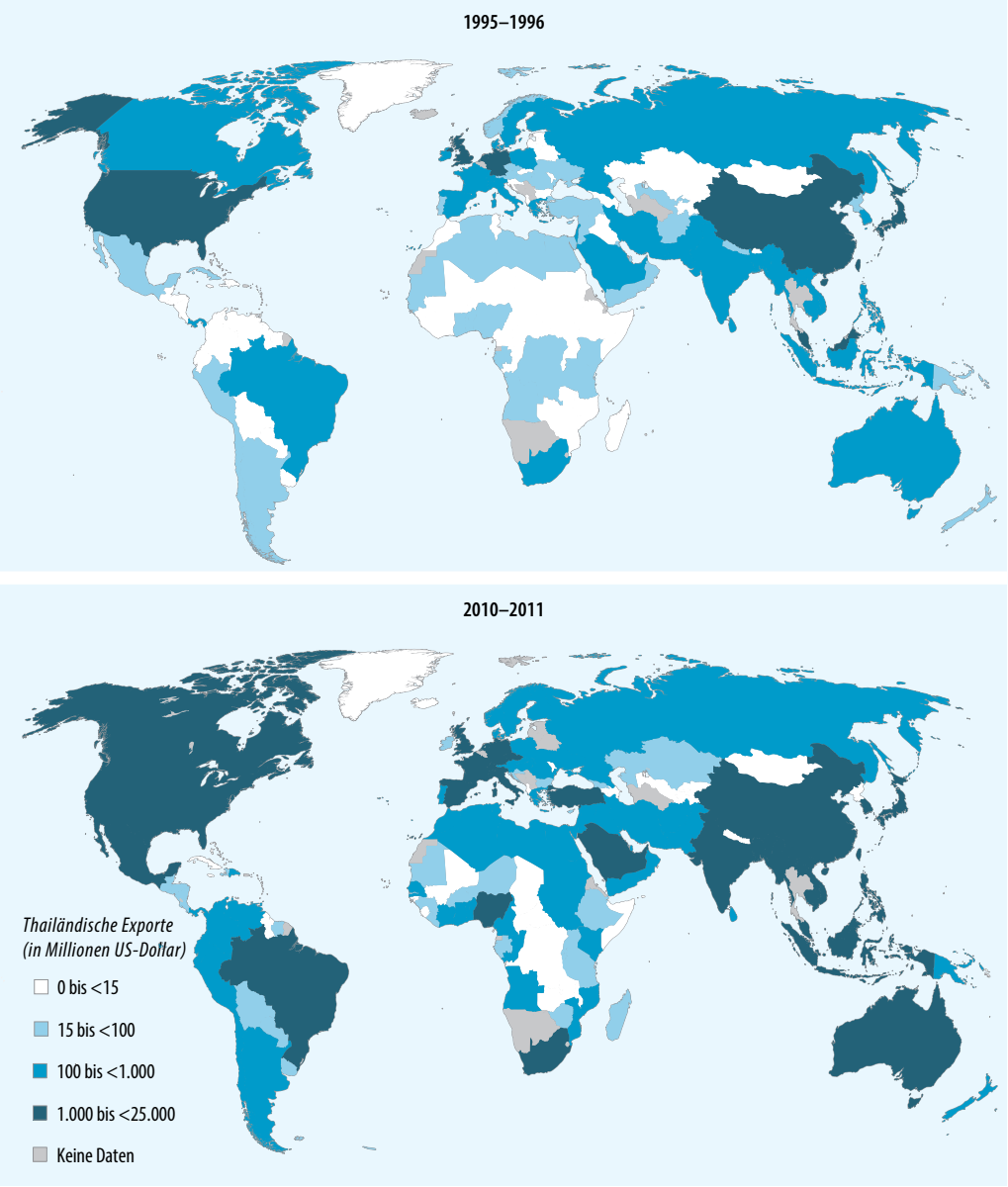
quote in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten erhöht (Kasten 2.1).[6]

Heute ist die Produktion von Fertigerzeugnissen infolge von niedrigeren Handelsbarrieren und gesunkenen Transportkosten grenzüberschreitend fragmentiert, wobei viele Länder mit Zwischenerzeugnissen handeln.[7] Veränderungen bei der Informationstechnologie haben dazu geführt, dass Dienstleistungen leichter handelbar sind. Dies hat zu einem stark angestiegenen Handel innerhalb der Industrie und Unternehmen geführt.

Insbesondere in Asien haben Entwicklungsländer diese Verschiebungen zu ihrem Vorteil genutzt. Zwischen 1980 und 2010 erhöhten sie ihren Anteil am Weltwarenhandel von ca. 25 auf 47 Prozent[8] und ihren Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung von 33 auf 45 Prozent. Heute findet ein Drittel der Wertschöpfung der Weltproduktion von Fer-

KARTE 2.1

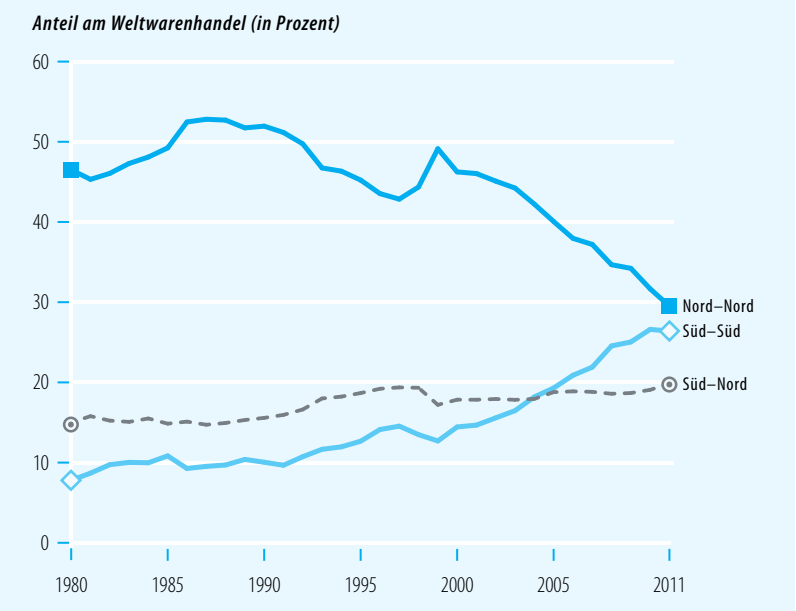
Thailands Zuwächse beim Export, 1995–2011



Hinweis: Daten sind Durchschnittswerte für die Jahre 1995 und 1996 sowie 2010 und 2011.
Quelle: UNSD 2012.

GRAFIK 2.1

Der Süd-Süd-Handel als Anteil am Weltwarenhandel hat sich im Zeitraum 1980 bis 2011 mehr als verdreifacht, während der Nord-Nord-Handel zurückging



Hinweis: 1980 umfasst der Norden Australien, Kanada, Japan, Neuseeland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Westeuropa.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf Basis von Daten von UNSD (2012).

TABELLE 2.1

Handel der am wenigsten entwickelten Länder mit China, 2000/2001 und 2010/2011 (in Millionen US-Dollar zum jeweiligen Wechselkurs)

	Importe aus China		Exporte nach China	
Branche	**2000–2001**	**2010–2011**	**2000–2001**	**2010–2011**
Landwirtschaftliche Grunderzeugnisse	16	105	243	1.965
Nahrungsmittel und Getränke	164	1.089	378	841
Brennstoffe, Erze und Metalle	42	323	3.126	44.244
Chemikalien	232	2.178	1	93
Textilien und Leder	1.323	8.974	14	138
Eisen und Stahl	61	1.642	0	1
Andere Erzeugnisse auf Basis von Materialien	236	3.132	44	540
Industriemaschinen	400	4.415	1	1
Elektronik	382	3.806	3	7
Straßenfahrzeuge und Ausstattungen	266	6.691	0	1
Bekleidung und Schuhwaren	266	2.577	4	129
Professionelle Ausrüstung und Zubehör	147	2.291	1	34

Hinweis: Exportwerte im Durchschnitt für 2000 und 2001 und für 2010 und 2011 angegeben und auf die nächstgrößte ganze Zahl wie von China angegeben aufgerundet; Importwerte beinhalten Kosten, Versicherung und Fracht.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf Basis von Daten von UNSD (2012).

tigerzeugnissen in Entwicklungsländern statt.[9] Zwischen 1990 und 2010 stiegen die Warenexporte von acht Entwicklungsländern der G20 um das Fünfzehnfache – von ca. 200 Milliarden auf drei Billionen US-Dollar.[10] Aber auch der Handel vieler anderer Länder hat sich erhöht. 2010 war die Warenausfuhr pro Kopf aus Ländern südlich der Sahara mehr als doppelt so hoch wie die Indiens.[11] 1995/96 hatte Thailand rund zehn Handelspartner, in die es Waren im Wert von über einer Milliarde US-Dollar exportierte; nur 15 Jahre später waren es dreimal so viele, die über die ganze Welt verteilt sind (Karte 2.1).[12]

Die globale Neuausrichtung geht mit einer Vernetzung von Entwicklungsregionen in bisher nicht gekanntem Maße einher. Zwischen 1980 und 2011 stieg der Süd-Süd-Handel als Anteil am Weltwarenhandelvon 8,1 auf 26,7 Prozent, wobei insbesondere in den 2000er Jahren ein spürbares Wachstum festzustellen war (Grafik 2.1). Im gleichen Zeitraum sank der Anteil des Nord-Nord-Handels von ca. 46 auf unter 30 Prozent. Diese Trends halten auch dann an, wenn die Im- und Exporte von natürlichen Ressourcen nicht berücksichtigt werden.[13] Der Süd-Süd-Handel hat sich während der letzten Rezession als bedeutender Wachstumsimpuls erwiesen. Länder des Südens exportieren mehr Waren (und Fertigerzeugnisse) untereinander als in die Länder des Nordens, und diese Exporte sind wissens- und technologieintensiver.[14]

Afrika südlich der Sahara hat sich zu einem wichtigen neuen Ausgangs- und Zielpunkt für den Süd-Süd-Handel entwickelt. Zwischen 1992 und 2011 stieg Chinas Handel mit Afrika südlich der Sahara von einer Milliarde auf über 140 Milliarden US-Dollar. Indische Unternehmen investieren in verschiedene Branchen Afrikas, von Infrastruktur über Gastronomiewesen zu Telekommunikation, während brasilianische Firmen zu den größten Arbeitgebern in Angola zählen.[15]

Handel mit Investitionsgütern und Dienstleistungen

Der Süd-Süd-Handel bietet Entwicklungsländern Zugang zu erschwinglichen Investitionsgütern, die oft besser auf ihre Bedürfnisse zuge-

schnitten sind, als Investitionsgüter aus reicheren Ländern, und die deshalb eher gekauft, angenommen und imitiert werden.[16] Sogar Indien hat daraus Nutzen gezogen. 2010 importierte Indien aus China hauptsächlich Investitionsgüter wie elektrische Maschinen, Kernreaktoren und Kessel (60 Prozent) zu Kosten, die schätzungsweise 30 Prozent unter denen lagen, die ein Bezug aus reicheren Ländern verursacht hätte.[17] Dies gibt jedoch nicht die volle Dynamik eines solchen Austausches wieder. So hat sich Ming Yang, Chinas viertgrößter Turbinenhersteller, vor Kurzem einen Anteil von 55 Prozent an Indiens Global Wind Power erworben und verfolgt das Ziel, in Indien eine Kapazität von 2,5 Gigawatt mit Wind- und Solarenergie aufzubauen.[18]

2010/2011 umfasste beinahe die Hälfte der Importe der am wenigsten entwickelten Länder aus China wichtige Produktionsfaktoren zur Steigerung von Produktionskapazität und zum Ausbau der Infrastruktur – Straßenfahrzeuge und Ausstattungen, Industriemaschinen, professionelle Ausrüstung und Zubehör, Chemikalien sowie Eisen und Stahl (Tabelle 2.1). Die größte Einfuhrkategorie war Textilien und Leder, einschließlich Garne und Stoffe, die die am wenigsten entwickelten Länder als Materialien zur Herstellung ihrer Bekleidungsexporte für Märkte im Norden verwenden. Weniger als 20 Prozent der Importe der am wenigsten entwickelten Länder aus China entfiel auf Unterhaltungselektronik, Bekleidung und Schuhwaren.

Entwicklungsländer haben auch Chancen ergriffen, um mit Dienstleistungen zu handeln. Fortschritte im Bereich der Informationstechnologie haben den Dienstleistungsverkehr auf verschiedenen Qualifikationsstufen vereinfacht: gering qualifizierte Arbeit wie in Callcentern und bei der Datenerfassung; Arbeiten auf mittlerem Qualifikationsniveau im Backoffice wie Buchhaltung, Programmierung, Ticketing und Fakturierung; und hochqualifizierte Arbeit wie architektonische Gestaltung, digitale Animation, medizinische Tests und Softwareentwicklung. Dieser Trend wird sich voraussichtlich noch verstärken, wenn Entwicklungsländer ihre eigenen wachsenden Verbrauchermärkte bedienen und von Skaleneffekten profitieren können.

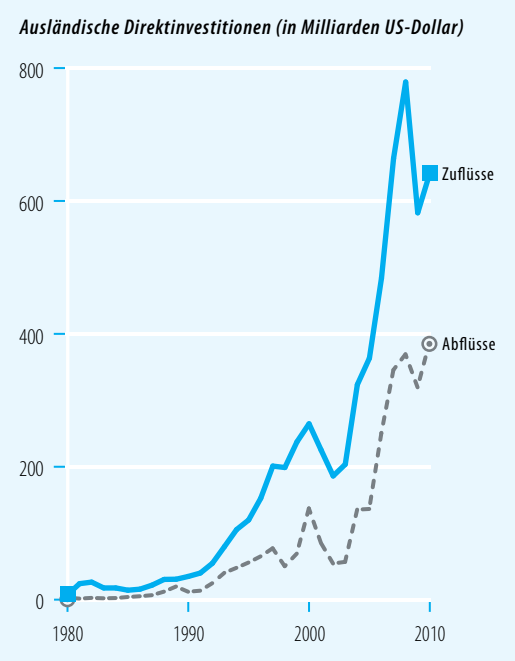
Zu den größten international gehandelten Dienstleistungen gehört der Tourismus, dessen Anteil an den weltweiten Exporten von kommerziellen Dienstleistungen bei 30 Prozent liegt.[19] Touristen gaben im Jahr 2010 ca. eine Billion US-Dollar aus; zu den beliebtesten Reisezielen gehörten China (mit über 57 Millionen Ankünften) sowie Ägypten, Malaysia, Mexiko, Thailand und die Türkei. Die UN-Weltorganisation für Tourismus (UNWTO) rechnet damit, dass bis 2020 drei Viertel der über 1,5 Milliarden Touristenankünfte innerhalb derselben geografischen Region stattfinden werden.

Ausländische Direktinvestitionen

In vielen Entwicklungsländern wurde die Steigerung der Produktion und des Handels zwischen 1980 und 2010 durch große Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investments, FDI) gefördert, und die Länder des Südens steigerten ihren Anteil an den globalen FDI von 20 auf 50 Prozent.[20] Ausländische Direktinvestitionsströme in

GRAFIK 2.2

Ausländische Direktinvestitionen in und aus dem Süden steigen seit den 1990ern rasch an



Hinweis: Der Süden umfasst Entwicklungs- und Schwellenländer nach Definition der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD). Daten sind in US-Dollar zu aktuellen Wechselkursen umgerechnet.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf Basis von UNCTAD (2011a)

KASTEN 2.2

Übernahmen von Marken aus dem Norden durch den Süden

2011 waren 61 der größten Aktiengesellschaften der Welt in der Fortune 500-Liste chinesische, acht waren indische und sieben waren brasilianische Unternehmen. Nur fünf Jahre zuvor hatte China 16 Unternehmen auf der Liste, Indien fünf und Brasilien drei. Der Süden globalisiert sich, indem er durch Fusionen und Übernahmen im Ausland investiert. Die Übernahme beliebter Marken aus dem Norden durch Unternehmen in Ländern mit unterem oder oberem mittlerem Einkommen ist ein Zeichen für den Aufstieg des Südens. 2005 kaufte das chinesische Unternehmen Lenovo die Laptop-Sparte von IBM für 1,25 Milliarden US-Dollar und übernahm 500 Millionen US-Dollar seiner Schulden. Im Jahr 2010 kaufte Zhejiang Geely die schwedische Automobilfirma Volvo. Allein im Jahr 2011 gaben chinesische Firmen 42,9 Milliarden US-Dollar für einen vielfältigen Mix von mehr als 200 Übernahmen aus. Sany Heavy Industry Co. übernahm Putzmeister, Deutschlands größten Hersteller von Betonpumpen. Liugong Machinery Co. Ltd. kaufte den polnischen Baumaschinenhersteller Huta Stalowa Wola und die Shandong Schwerindustriegruppe kaufte einen Anteil von 75 Prozent an der italienischen Ferretti-Gruppe, einem Hersteller von Luxusjachten.

Die indische Tata-Gruppe kaufte 2007 die anglo-niederländische Stahlfirma Corus für 13,3 Milliarden US-Dollar und 2008 Jaguar Land Rover für 2,6 Milliarden US-Dollar. Die Aditya Birla-Gruppe kaufte 2007 eine US-amerikanische Aluminium-Firma, Novelis, und 2011 Columbian Chemicals. Mahindra und Mahindra kauften SsangYong, einen bankrotten koreanischen Autobauer. Brasilianische Lebensmittelfirmen waren ebenfalls aktiv: Im Jahr 2007 kaufte JBS Friboi den US-amerikanischen Rivalen Swift, um sich den Einstieg auf dem US-amerikanischen Markt zu erleichtern. 2011 schlossen türkische Unternehmen 25 Geschäfte im Wert von fast drei Milliarden US-Dollar ab. Eine der berühmtesten Übernahmen der Türkei ist Godiva, ein belgischer Schokoladenhersteller, den die Yildiz Holding für 850 Millionen US-Dollar kaufte. Es gibt unzählige weniger bekannte Aufkäufe kleinerer Marken aus dem Norden durch Unternehmen in Südostasien und den arabischen Staaten. (Viele große Käufe finden auch innerhalb des Südens statt. 2010 kaufte die indische Firma Bharti Airtel das Afrikageschäft von Zain für 10,7 Milliarden US-Dollar, und China gab 9,8 Milliarden US-Dollar für 27 Geschäfte in Brasilien, Indien, der Russischen Föderation und Südafrika aus.)

Süd-Nord-Übernahmen werden oft patriotisch interpretiert. Es ist nicht klar, ob die Geschäfte kurzfristig die Rentabilität und Wertschöpfung erhöhen. Langfristig jedoch scheint es bei den strategischen Motiven (außerhalb des Rohstoffsektors) darum zu gehen, sich geschütztes Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen anzueignen, die den Firmen bei der Expansion im In- und Ausland helfen werden. Der Kauf einer etablierten, wenngleich mit Schwierigkeiten kämpfenden Marke im Norden verschafft Unternehmen aus dem Süden ein Standbein in entwickelten Märkten. Die Unternehmen, die andere Unternehmen kaufen, verringern ihre Kostenbasis, indem sie ihre Wertschöpfungsketten diversifizieren und globalisieren und indem sie sich Technologien und implizites Know-how aneignen (wie Risikomanagement oder Bonitätsbewertung im Falle von Finanzinstitutionen), um ihre betrieblichen Fähigkeiten zu verbessern.

Quelle: HDRO; China Daily 2012; The Economist 2011a,b, 2012a; Deloitte 2012a,b; Luedi 2008.

Entwicklungsländer waren Vorläufer von Direktinvestitionsströmen aus Entwicklungsländern. Die Zuwachsrate der Zu- und Abflüsse von FDI in oder aus dem Süden stieg in den 1990er und frühen bis mittleren 2000er Jahren stark an (Grafik 2.2). Im Zeitraum 1996 bis 2009 wuchsen die FDI aus dem Süden, die in andere Länder des Südens flossen, um jährlich 20 Prozent.[21] Ein beträchtlicher Anteil der FDI, die in die am wenigsten entwickelten Länder strömen, stammt mittlerweile aus anderen Entwicklungsländern, insbesondere von den schnell wachsenden multinationalen Unternehmen mit Sitz im Süden.

Im Allgemeinen ziehen diese Investitionen Verbindungen zu örtlichen Unternehmen und Technologietransfers nach sich, die die Arbeitskraft und die lokale Wertschöpfung intensiv nutzen. Es gibt einige Anzeichen dafür, dass die Süd-Süd-FDI eine große regionale Bedeutung haben, da die meisten Investitionen in Länder derselben Region, häufig Nachbarländer oder Länder mit einer gemeinsamen Sprache, getätigt werden.[22] Mit einem Investitionsbestand von 1,2 Billionen US-Dollar ist China der größte Investor aus dem Süden.[23]

1990 waren auf der Liste der weltweit umsatzstärksten Unternehmen der Welt (Fortune Global 500) lediglich vier Prozent der Unternehmen aus dem Süden; 2011 waren es schon 22 Prozent. Heute ist jedes vierte transnationale Unternehmen im Süden ansässig. Die Unternehmen mögen kleiner sein, sind jedoch zahlreich: Es gibt nun mehr koreanische als japanische multinationale Firmen, und mehr chinesische als US-amerikanische. Unternehmen aus dem Süden engagieren sich früher international, als dies Firmen aus entwickelten Ländern in einem vergleichbaren Entwicklungsstadium getan haben.[24] Sie steigern ihre Wettbewerbsfähigkeit, indem sie strategische Vermögenswerte wie Marken, Technologie und Vertriebsnetze erwerben (Kasten 2.2).

Produktionsnetzwerke

Insbesondere in Asien ist der Anstieg des Handels und der Investitionen von multinationalen Unternehmen und anderen mit einer Ausweitung internationaler Produktionsnetzwerke verbunden. Vergleichbar einer dritten industriellen Revolution[25] teilen diese Netzwerke Produktionsprozesse in mehrere Arbeitsschritte auf, die über die nationalen Grenzen hinweg erfolgen. Dadurch konnten Entwicklungsländer ihre industriellen Strukturen diversifizieren und in komplexe Produktionsprozesse einbezogen werden. Zunächst übernehmen Entwicklungsländer die arbeitsintensiven Teilbereiche, klassischerweise die Montage von Produkten, und qualifizieren sich dann bis zur Herstellung von Bauteilen und zum Anlagenbau. Zwischenzeitlich wird die weniger komplexe Produktion in Nachbarländer verlagert, die noch nicht so weit fortgeschritten sind. Gleichzeitig entsteht durch diese Produktionsanlagen eine Nachfrage nach Materialinput und Produktionsdienstleistungen von inländischen Firmen. Auf diese Art und Weise haben sich die Einstiegschancen für neue Marktteilnehmer an der internationalen Produktion vergrößert – wie für Malaysia in den 1970ern, Thailand in den 1980ern, China in den 1990ern und heute für Vietnam.

Der Norden hat beim Aufstieg des Südens eine wichtige Rolle gespielt, so, wie der Süden seinen Beitrag dazu geleistet hat, dass sich der Norden von der konjunkturellen Abschwächung erholt (Kasten 2.3). Internationale Produktionsnetzwerke werden hauptsächlich von der Endnachfrage im Norden angetrieben. Allein in Asien sorgte der starke Anstieg von integrierten Produktionsnetzwerken zwischen 1995 und 2005 für einen Exportboom von Hochtechnologie im Wert von knapp 320 Milliarden US-Dollar.[26]

Der Anstieg des Handels und der Investitionen von multinationalen Unternehmen kommt einer dritten industriellen Revolution gleich

Persönliche Netzwerke

Viele länderübergreifende Geschäftschancen, sowohl beim Handel als auch bei Investitionen, eröffnen sich über persönliche Beziehungen. Diese bestehen häufig zwischen internationalen Migranten und ihren Herkunftsländern. 2010 waren nach Schätzungen drei Prozent der Welt-

KASTEN 2.3

Was sie verbindet: die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Nord und Süd

Ein wesentlicher Anteil des Süd-Süd-Handels, insbesondere der Handel mit gefertigten Bauteilen und Komponenten, wird durch die Nachfrage aus dem Norden vorangetrieben. Das macht die Länder des Südens anfällig für Krisen im Norden. Nach der globalen Finanzkrise von 2008 gingen zum Beispiel zwischen 2008 und 2009 die Exporte aus Südostasien nach Japan, in die Europäische Union und in die Vereinigten Staaten um 20 Prozent zurück. Der prozentuale Rückgang der chinesischen Exporte in diese Volkswirtschaften lag ebenfalls im zweistelligen Bereich.

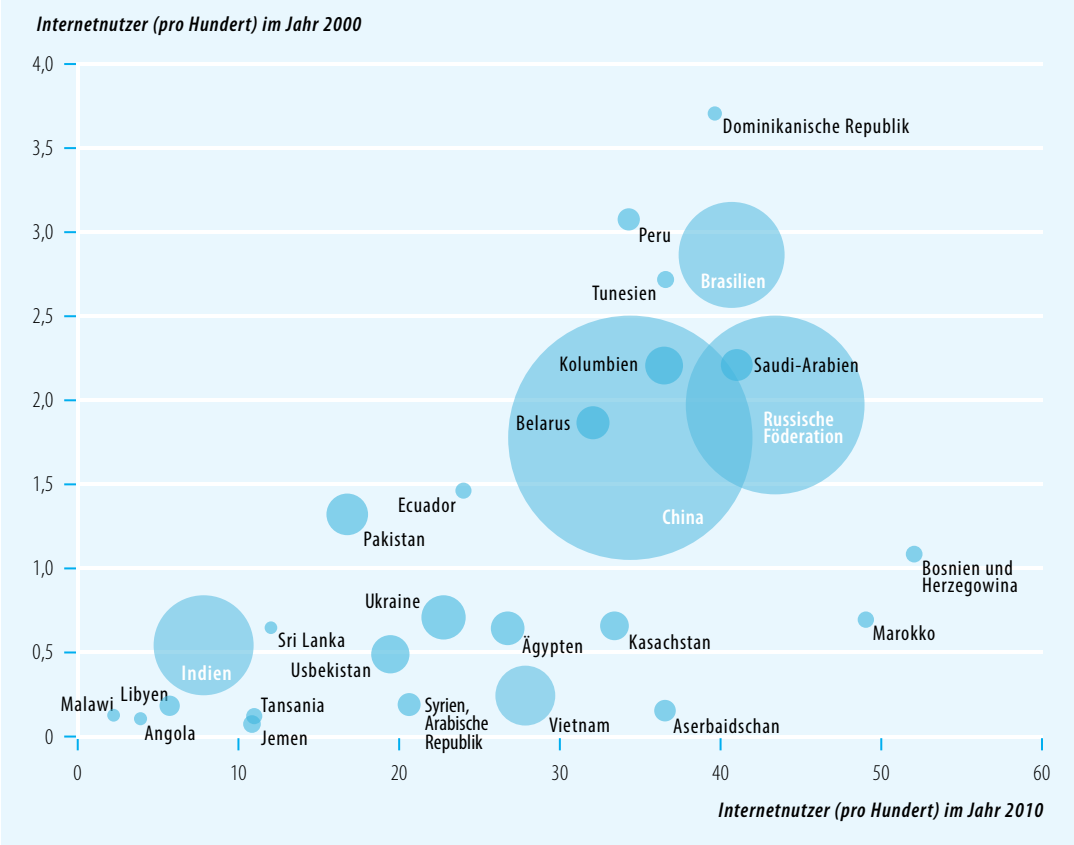
Auch verlässt sich der Norden zunehmend auf den Süden, um seine Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Seit 2007 nahmen die US-amerikanischen Exporte nach China sowie Lateinamerika und die Karibik zweieinhalb Mal schneller zu als US-amerikanische Exporte in traditionelle Märkte im Norden. Die Ausweitung der US-amerikanischen Exporte war durch einen schwachen Dollar und steigende Kaufkraft im Süden gestützt und umfasste nicht nur traditionelle Sektoren wie Flugzeuge, Maschinen, Software und Hollywoodfilme, sondern auch neue, hochwertige Dienstleistungen wie Architektur, Ingenieurleistungen und Finanzen. Hinter Shanghais boomenden Architekturwundern (einschließlich der Shanghai Towers, die 2015 das höchste Gebäude im Land sein werden) stehen US-amerikanische Designer und Bauingenieure, die einen immer höheren Anteil an Honoraren und Lizenzgebühren aus Dienstleistungsexporten nach Brasilien, China und Indien beziehen.

Außerdem beschäftigt die wachsende „App-Wirtschaft" mit Unterstützung von Unternehmen wie Apple, Facebook und Google mehr als 300.000 Menschen, deren Kreationen sich leicht über Grenzen hinweg exportieren lassen. Zynga, ein großer Produzent von Online-Spielen und Handy-Anwendungen, verzeichnete im Jahr 2011 Einnahmen in Höhe von 1,1 Milliarden US-Dollar, ein Drittel davon von Spielern außerhalb der Vereinigten Staaten. Was eine wachsende Konsumentenschicht im Süden bewirkt, ist nicht nur im Dienstleistungssektor spürbar, sondern auch in der verarbeitenden Industrie und im Rohstoffsektor. Ein Drittel der US-amerikanischen Exporte entfällt mittlerweile auf Firmen mit weniger als 500 Mitarbeitern. Durch neue Technologien wie dreidimensionalen Druck erobern viele von ihnen die einst durch Importe verlorenen Märkte zurück. Die neu entstehenden Märkte haben auch die Rolle der Vereinigten Staaten als Rohstoffproduzent wiederbelebt (zum Beispiel von Getreide). Diese sich verändernden Handelsstrukturen deuten darauf hin, dass eine wirtschaftliche Abschwächung im Süden das Wachstum der neuen dynamischen Exporte aus dem Norden beeinträchtigen würde, ebenso wie die Rezession im Norden den Süden getroffen hat.

Quelle: HDR-Büro; **The Economist 2012b.**

GRAFIK 2.3

Zwischen 2000 und 2010 betrug in 60 Entwicklungsländern der jährliche Zuwachs der Internetnutzung über 30 Prozent



Hinweis: Die Größe der Kreise ist proportional zur Anzahl der gesamten Internetanschlüssen des Landes im Jahr 2010 (z. B. 320.000 in Angola und 6,7 Millionen in Vietnam). Gezeigt sind nur Entwicklungsländer, die den 75. Perzentil des geometrischen Durchschnitts (39,8 Prozent) überschritten haben.
Quelle: ITU (2012) und World Bank (2012a)

bevölkerung, also 215 Millionen, Immigranten der ersten Generation,[27] und etwa die Hälfte davon lebte in Entwicklungsländern.[28] Fast 80 Prozent der Süd-Süd-Migration findet zwischen benachbarten Ländern statt.[29]

Diasporagemeinschaften von Migranten sind eine riesige Devisenquelle. Im Jahr 2005 entfielen schätzungsweise 30 bis 45 Prozent der Rücküberweisungen weltweit auf Süd-Süd-Transfers.[30] Diasporagemeinschaften sind auch eine Informationsquelle für Marktchancen. Diasporas können mit steigendem bilateralem Handel und FDI verbunden sein.[31] So sind beispielsweise multinationale US-Firmen mit einem hohen Mitarbeiteranteil aus bestimmten Ländern weniger auf Joint-Venture-Partner in solchen Ländern angewiesen, mit denen ihre Angestellten kulturell verbunden sind.[32]

Beziehungen können sich auch dann vertiefen, wenn Migranten in ihre Heimat zurückkehren. Zum Beispiel nehmen viele Fachleute für Informationstechnologie des Silicon Valley in Kalifornien ihre Ideen, Kapital und Netzwerke mit, wenn sie in ihr Herkunftsland heimkehren. Andere Rückkehrer schaffen eine neue Infrastruktur, Universitäten, Krankenhäuser und Unternehmen. Heimkehrende Unternehmer bleiben mit früheren Kollegen in Verbindung und vereinfachen die Verbreitung von Geschäftsinformationen. Bei grenzüberschreitender wissenschaftlicher Zusammenarbeit sind überproportional häufig Wissenschaftler mit Verbindungen zu Diasporas vertreten. [33]

Weitere Informationsflüsse werden dank der zunehmenden Verbreitung des Internets und neuer sozialer Medien möglich. Zwischen 2000 und 2010 war der jährliche durchschnittliche Zuwachs an Internetanschlüssen in 60 Entwicklungsländern außergewöhnlich hoch (Grafik 2.3).[34] Sechs der zehn Länder mit den meisten Usern von sozialen Netzwerken im Internet, z. B. Facebook, sind Länder des Südens.[35] Diese Vergleichszahlen geben auch teilweise das geringe Ausgangsniveau von 2000 wieder, jedoch haben die Verbreitung und die Einführung neuer Medien viele Bereiche in zahlreichen Ländern revolutioniert (Kasten 2.4).

Impulse durch menschliche Entwicklung

Erfolge in den Bereichen Handel, Investitionen und internationale Produktion hängen auch vom steigenden Niveau menschlicher Entwicklung ab. Das zeigt der Zusammenhang zwischen hohen Exporteinnahmen pro Kopf und Errungenschaften bei der Bildung und Gesundheit (Grafik 2.4). Die erfolgreicheren Länder im oberen rechten Quadranten der Grafik bieten tendenziell auch bessere wirtschaftliche Chancen für Frauen. Mehr Handel zieht auf dem Arbeitsmarkt neue Arbeitskräfte – und oft Frauen – an und erweitert ihre Wahlmöglichkeiten. Diese neuen Arbeitskräfte profitieren

KASTEN 2.4

Mobiltelefone und der Palapa-Ring: Indonesien verbinden

Indonesien nutzte Telekommunikationstechnologien, um seine vielen weit verstreuten Inseln miteinander zu verbinden und das Land gegenüber der Außenwelt zu öffnen – auf eine Art und Weise, die noch vor einer Generation unvorstellbar gewesen wäre. Dieser grundlegende Wandel geschah nicht spontan: Er erforderte umfangreiche private und öffentliche Investitionen und weise vorausschauende politische Anleitung durch den staatlichen Rat für Informations- und Kommunikationstechnologien (Dewan Teknologi Informasi dan Komunikasi Nasional – DETIKNAS). Mit seiner Bevölkerungsvielfalt, die sich über einen riesigen Archipel von fast eintausend bewohnten Inseln erstreckt, stand Indonesien bei seinem Übergang ins digitale Zeitalter vor enormen Hindernissen. Die Kommunikation zwischen den Inseln war begrenzt. Es gab nur wenige Festnetztelefone, die der Mehrheit der normalen indonesischen Bevölkerung nur in den großen Städten und nur zu hohen Kosten zur Verfügung standen.

2010 waren in dem Land mit 240 Millionen Menschen aber bereits 220 Millionen Mobiltelefone registriert. Geschätzte 85 Prozent der Erwachsenen besaßen Telefone, weil staatliche Förderung und marktwirtschaftlicher Wettbewerb die Preise von Geräten und Telefondiensten gleichermaßen drückten. Die Zahl der indonesischen Internetnutzer ist ebenfalls exponentiell gestiegen. Noch 2008 hatten erst geschätzte 13 Millionen Menschen regelmäßigen Internetzugang. Ende 2011 hatten nach Branchenerhebungen bereits mehr als 55 Millionen Menschen Zugang. Die Mehrzahl der jungen Indonesierinnen und Indonesier in städtischen Gebieten kommt jetzt in den Genuss des Internetzugangs, meistens über Mobiltelefone, aber auch in den 260.000 Internetcafés (warnets) des Landes.

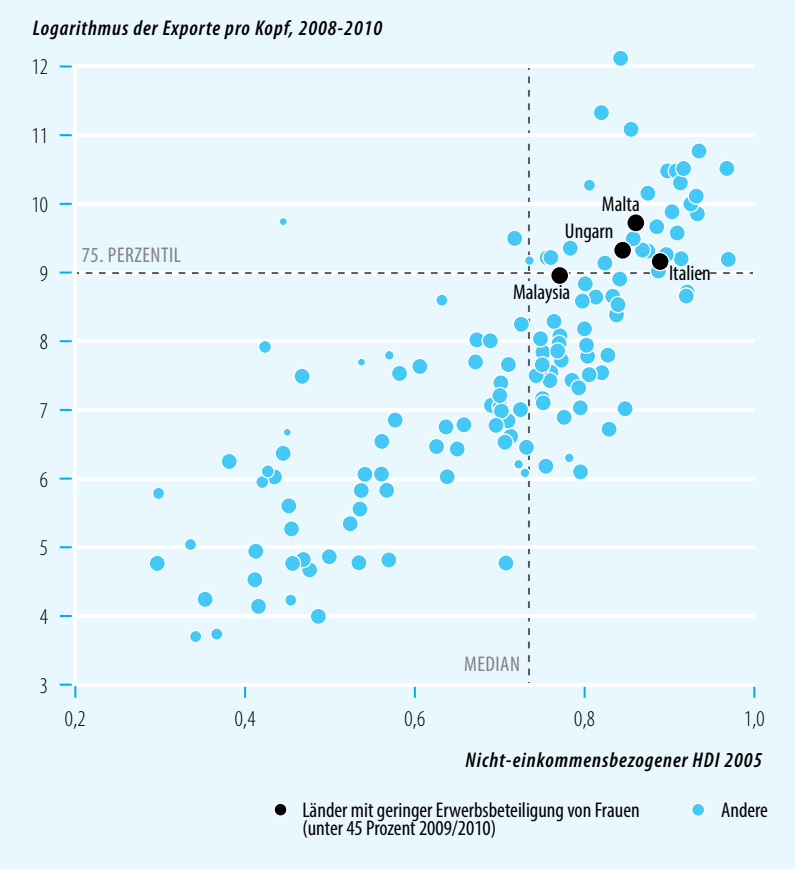
Durch DETIKNAS hat die Regierung den Internetzugang zu einer nationalen Priorität gemacht und einen so genannten „Palapa-Ring" aus Glasfaserkabeln im gesamten Archipel verlegt. Sie kommt ihrem Ziel immer näher, Schulen in eintausend abgelegenen Dörfern mit dem Internet zu verbinden und hat die elektronische Haushaltsplanung und elektronische Beschaffungssysteme für den eigenen Geschäftsbetrieb eingeführt. Besonders überraschend ist wohl die Explosion der sozialen Medien. Im Juli 2012 gab es 7,4 Millionen registrierte Facebook-Nutzerinnen und Nutzer allein im Großraum Jakarta. Nach Bangkok mit 8,7 Millionen ist das die zweitgrößte Anzahl in irgendeiner Stadt der Welt. In ganz Indonesien gab es 44 Millionen Facebook-Konten — fast so viele wie in Indien, wo es 49 Millionen sind. Indonesien ist zu einem Land geworden, in dem Kabinettsmitglieder täglich Tweets an ihre Wählerschaft verschicken. Es hat die drittgrößte Anzahl an Twitter-Abonnenten weltweit und Umweltschützer nutzen Online-Datenbanken und Kartierungstools von Google Earth, um Informationen über die Abholzung bekannt zu machen.

Die Vorteile dieser digitalen Revolution für die menschliche Entwicklung sind offensichtlich, sagen indonesische Analysten. Mobiltelefone verschaffen den ländlichen Gemeinschaften Zugang zu Informationen über öffentliche Gesundheit, Dienstleistungen im Bankwesen und Information über die Agrarmärkte. Das bürgerschaftliche Engagement hat davon profitiert und die online angebotenen öffentlichen Informationsdienste expandieren, seit 2010 ein weitreichendes Gesetz über den Zugang zu Informationen verabschiedet wurde. Die Volkswirtschaft profitiert ebenfalls davon. In einer Studie von Deloitte Access Economics vom Dezember 2011 wurde berechnet, dass die Internetwirtschaft bereits 1,6 Prozent des indonesischen Bruttoinlandsprodukts ausmacht, mehr als den Wert der Erdgasexporte und vergleichbar mit dem Anteil in Brasilien (1,5 Prozent) und der russischen Föderation (1,6 Prozent), jedoch bislang noch niedriger als in China (2,6 Prozent) und Indien (3,2 Prozent). Deloitte sagt einen Anstieg auf mindestens 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in fünf Jahren voraus. Damit leistet der Sektor einen wesentlichen Beitrag zur Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von sechs bis sieben Prozent pro Jahr, die der Internationale Währungsfonds für Indonesien bis 2016 vorhersagt.

Quelle: Karimuddin 2011; Deloitte 2011.

GRAFIK 2.4

Ausfuhreinnahmen pro Kopf und menschliche Entwicklung stehen in einem direkten Zusammenhang



Hinweis: Kreisgrößen proportional nach dem nicht zum primären Sektor zählenden Anteil an der Produktion.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros und World Bank (2012a).

nicht immer von guten Arbeitsbedingungen. Im Bemühen, die Kosten niedrig zu halten, entsteht unter Umständen Druck auf die Löhne und auf das Arbeitsumfeld. Einige Regierungen zögern, die Arbeiterrechte auszuweiten, wenn sie meinen, dass dadurch die Produktionskosten steigen könnten und die Wettbewerbsfähigkeit sinken würde (Kasten 2.5).[36]

Die Kapazitäten von Menschen und Institutionen haben auch Einfluss auf den Nutzen, den ausländische Direktinvestitionen mit sich bringen. Die Empfängerländer müssen in die Kapazitäten ihrer Menschen investieren, damit sie das nützliche Wissen, das in ausländischem Kapital und Ideen liegt, identifizieren, aufnehmen und entwickeln können.[37] In der Tat ist eine ausgebildete und gesunde Arbeiterschaft oft ein Schlüsselfaktor, der die Standortentscheidungen ausländischer Investoren beeinflusst. In einer Stichprobe aus 137 Ländern ist dieser positive Zusammenhang zwischen dem Zustrom ausländischer Direktinvestitionen und den Errungenschaften in den Bereichen Gesundheit und Bildung offensichtlich (Grafik 2.5).[38]

Diese Zusammenhänge zwischen einer qualifizierten Bevölkerung und dem Zufluss ausländischer Investitionen tendieren dazu, sich gegenseitig zu verstärken. Doch gibt es Ausreißer. Ausländische Direktinvestitionen können immer noch in Länder mit bescheidenen Leistungen bei der menschlichen Entwicklung fließen, sofern diese außergewöhnlich reich an natürlichen Ressourcen sind. Zwischen 2003 und 2009 hatten zum Beispiel viele der ressourcenreichen afrikanischen Länder, in denen ausländische Direktinvestitionen wesentlich zum wirtschaftlichen Wachstum beitrugen, einige der niedrigsten Werte bei den nicht-einkommensbezogenen Dimensionen des HDI.[39] Wenn solche Investitionen auf Enklaven beschränkt und vom Rest der Volkswirtschaft abgekoppelt sind, sind die Entwicklungswirkungen jedoch begrenzt. Der Zusatznutzen ausländischer Direktinvestitionen wird wahrscheinlich nicht breit gestreut sein, wenn man nicht dauerhaft in die Verwirklichungschancen der Menschen investiert. In dieser Hinsicht sind relativ ressourcenarme Länder wie Äthiopien und Tansania für ihre großen Verbesserungen bei den nicht-einkommensbezogenen Dimensionen des HDI zwischen 2000 und 2010 und ihre überdurchschnittlich vielen ausländische Direktinvestitionen im gleichen Zeitraum erwähnenswert.

Menschliche Entwicklung ist auch entscheidend für die Beteiligung an globalen Wertschöpfungsketten. Im Gegensatz zur allgemeinen Auffassung reicht eine große Zahl niedrig bezahlter, gering qualifizierter Arbeitskräfte nicht aus. Selbst die Montage anderswo hergestellter Bauteile kann komplex sein und erfordert individuelle Qualifikationen und soziale Kompetenzen bei der Koordination und Organisation im großen Stil. Mit einer angemessenen Bildung, Ausbildung und mit politischer Unterstützung können sich die Menschen solche Qualifikationen aneignen. Außerdem sind grundlegende menschliche Verwirklichungs-

KASTEN 2.5

Menschenwürdige Arbeit in einer von Konkurrenz geprägten Welt

Das Vorhandensein menschenwürdiger, gut bezahlter Arbeitsplätze bedeutet wirtschaftliche Teilhabe, insbesondere für Frauen. Doch durch das heutige, von Konkurrenz geprägte globale Umfeld entsteht Druck auf die Arbeiterinnen und Arbeiter, in kürzerer Zeit zu niedrigeren Löhnen mehr zu schaffen. Sowohl aus der Sicht menschlicher Entwicklung als auch aus Sicht der Wirtschaft lässt sich Wettbewerbsfähigkeit am besten erreichen, indem man die Arbeitsproduktivität erhöht. Erzwingt man Wettbewerbsfähigkeit durch niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten, so ist das nicht nachhaltig. Arbeitsflexibilität sollte nicht bedeuten, dass man an Praktiken festhält, durch die menschenwürdige Arbeitsbedingungen auf's Spiel gesetzt werden. Mindestens 150 Länder haben zentrale Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu Standards in Bezug auf Themen wie Versammlungsfreiheit und Diskriminierung am Arbeitsplatz unterzeichnet. Die Arbeitsgesetze zu Mindestlöhnen, Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, sozialer Sicherheit und Vertragsformen zielen alle darauf ab, Ungleichheit, Unsicherheit und soziale Konflikte zu reduzieren. Sie bieten auch Anreize für Unternehmen, ethische Managementstrategien zu verfolgen. Die Sichtweise, dass mehr Regulierung immer schlecht für das Geschäft ist, wurde entkräftet. Einer der von der Weltbankgruppe entwickelten „Doing Business"-Kernindikatoren zur Beschäftigung von Arbeitskräften, nach dem die Länder in Bezug auf die Lockerung von Maßnahmen zum Heuern und Feuern von Mitarbeitern in eine Rangfolge gebracht wurden, wurde nicht weitergeführt, weil er fälschlicherweise nahelegte, dass weniger Regulierung immer zu bevorzugen wäre.

Internationale Einzelhändler und Beschaffungsagenturen sind mit dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass die Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferfirmen internationale Standards erfüllen. Betrachten wir den aktuellen Fall von Apple, einem der teuersten Unternehmen der Welt, und seinem Lieferanten Foxconn. Nach einer Reihe von Medienberichten, in denen die schrecklichen Arbeitsbedingungen in Foxconn-Fabriken dokumentiert wurden, bat Apple eine Monitoring-Gruppe, die Fair Labor Association, der Sache nachzugehen. Als diese ihre Ergebnisse zu niedriger Bezahlung, langen Arbeitszeiten und gefährlichen Arbeitsbedingungen veröffentlichte, ließ Foxconn sich auf substanzielle Reformen ein und reduzierte schließlich, wie es das chinesische Gesetz verlangt, die durchschnittliche Arbeitswoche auf 49 Stunden. Als Chinas größter Arbeitgeber im Privatsektor hatte Foxconn die Macht, die Arbeitsbedingungen von Millionen Menschen direkt zu verbessern oder indirekt zu beeinflussen. In diesem Fall war es bemerkenswert, dass die öffentliche Meinung (US-amerikanische Medien und Advocacy-Gruppen) in einem Land des Nordens Druck auf ein Unternehmen mit dortigem Hauptsitz ausübten, um einen Geschäftspartner in einem Land des Südens anzustoßen, die in diesem Land gültigen Arbeitsstandards zu achten. Dieses Ergebnis war nur in einer Ära möglich, in der Handel, Geschäftspraktiken und Ethik sowie die Universalität grundlegender Menschenrechte zu einer globalen Norm zusammenfließen.

Quelle: HDR-Büro; Berg und Cazes 2007; Duhigg und Greenhouse 2012; Heller 2013.

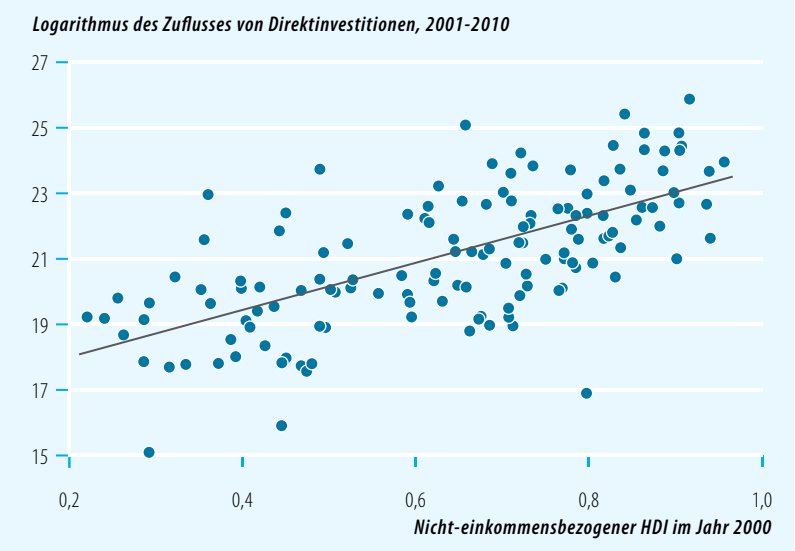
chancen von entscheidender Bedeutung.[40] China, Malaysia, die Philippinen und Thailand in Ostasien, Brasilien, Costa Rica und Mexiko in Lateinamerika und der Karibik sowie Marokko und Tunesien in den arabischen Staaten haben einige der höchsten Anteile am Handel mit Bauteilen und Komponenten. Ein breit gestreuter Nutzen entsteht nur, wenn die Aktivitäten weiterentwickelt werden (Kasten 2.6). Es sollte jedoch auch festgestellt werden, dass im Handel mit Bauteilen und Komponenten der Wertschöpfungsanteil jedes einzelnen Landes in der Regel gering ist. In Ländern, in denen die Produktion fast ausschließlich in mit ausländischen Wertschöpfungsketten verbundenen Enklaven stattfindet und kaum mit der einheimischen Wirtschaft verflochten ist, ist der Nutzen für den Rest der Volkswirtschaft begrenzt.[41]

Anderen Ländern beim Aufholen helfen

Noch partizipieren nicht alle Entwicklungsländer vollständig am Aufstieg des Südens. Zum

GRAFIK 2.5

Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen den aktuellen Auslandsinvestitionen und den Errungenschaften bei Gesundheit und Bildung in früheren Jahren



Hinweis: FDI-Zufluss (in Millionen US-Dollar) als Mittelwert der Jahre 2001 bis 2010. Nigerias nichteinkommensbezogener HDI bezieht sich auf 2005.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros und UNCTAD (2011a).

KASTEN 2.6

Bei der Endmontage geht es um mehr als um Niedriglöhne

Das iPhone und das iPad, zwei beliebte Technologieprodukte, werden in einer Firma in Shenzen, China, montiert und weltweit zu Einzelhandelspreisen von mehreren hundert US-Dollar verkauft. Der Wert der Arbeit, die in China für weniger als zehn US-Dollar verrichtet wird, macht weniger als zwei Prozent der Kosten eines iPads aus. Nur 3,6 Prozent der Großhandelskosten eines iPhones gingen an chinesische Arbeiter. Den restlichen Wert verdienen die Zulieferer von Bauteilen und Komponenten, die ihre Hauptsitze in Deutschland, Japan, der Republik Korea und den Vereinigten Staaten haben. Die koreanischen Firmen LG und Samsung stellen die Displays und Speicherchips her. Apple behält das Produktdesign, die Softwareentwicklung und Marketingaufgaben in den Vereinigten Staaten, und die Firma, die die Geräte montiert, ist in taiwanesischer Hand.

Der niedrige Wertanteil, der auf die Arbeiterinnen und Arbeiter in China entfällt, könnte den Eindruck vermitteln, dass die Montage nicht sehr anspruchsvoll sei. Das ist irreführend. Zwar ist Asien aufgrund der billigeren Löhne, insbesondere für angelernte Arbeitskräfte, attraktiv, doch eine größere Herausforderung der Technologiefirmen besteht im Management globaler Wertschöpfungsketten, in denen Bauteile und Komponenten von mehreren hundert Unternehmen bezogen werden. Das erfordert eine seltene Kombination von branchentypischen Qualifikationen, Flexibilität, Geschwindigkeit und Sorgfalt sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene. Ein Apple-Manager sagte zum Beispiel der New York Times, dass „die USA keine Leute mit den erforderlichen Qualifikationen mehr ausbilden".

Betrachten wir das Ereignis Mitte 2007, als Apple in Eile das Glas für den iPhone-Bildschirm neu entwarf. Die erste Lieferung einer neuen Ladung verstärkter, kratzfreier Gläser kam mitten in der Nacht in der Foxconn-Fabrik an und es wurde sofort mit der Arbeit begonnen. Innerhalb von drei Monaten hatte Apple eine Million iPhones verkauft. Man brauchte 15 Tage, um 8.700 Wirtschaftsingenieure einzustellen, die die 200.000 Fließbandarbeiter beaufsichtigten, die schließlich an der Montage der iPhones beteiligt waren. Nach Apples interner Schätzung hätte man für eine ähnlich große Leistung in den Vereinigten Staaten neun Monate gebraucht.

Quelle: HDR-Büro; Kraemer, Linden und Dedrick 2011; Xing und Detert 2010; Duhigg und Bradsher 2012.

Beispiel ist das Tempo der Veränderungen in den meisten der 49 am wenigsten entwickelten Länder langsamer, insbesondere in Ländern, die keinen Zugang zum Meer haben oder die von den Weltmärkten weit entfernt sind. Es gibt mehr und mehr Hinweise darauf, dass viele dieser Länder begonnen haben, vom Süd-Süd-Handel, von Investitionen, Finanzierung und Technologietransfer zu profitieren.

In einer aktuellen Trendstudie für den Zeitraum 1988 bis 2007 wurde herausgefunden, dass es positive Wachstumseffekte gibt, die von China auf andere Entwicklungsländer ausstrahlen, insbesondere auf enge Handelspartner.[42] Diese vorteilhaften Effekte haben zu einem gewissen Teil die nachlassende Nachfrage aus entwickelten Ländern ausgeglichen. Das Wachstum in den Ländern mit niedrigem Einkommen wäre 2007 bis 2010 um geschätzte 0,3 bis 1,1 Prozentpunkte niedriger gewesen, wenn das Wachstum in China und Indien genauso zurückgegangen wäre wie in den entwickelten Volkswirtschaften.[43] Den ausländischen Direktinvestitionen aus einem einzelnen Herkunftsland – China – wurde ein wesentlicher Beitrag zu den Wachstumsraten in mehreren afrikanischen Ländern zugeschrieben, unter anderem 2008/2009, als andere Wachstumsimpulse sich verflüchtigten. Zwischen 2003 und 2009 bewegte sich Chinas geschätzter Wachstumsbeitrag durch Direktinvestitionen zwischen 0,04 Prozentpunkten in Südafrika und 1,9 Prozentpunkten in Sambia. Auch in der Demokratischen Republik Kongo (1,0 Prozentpunkte), in Nigeria (0,9), Madagaskar (0,5), Niger (0,5) und im Sudan (0,3) war der Beitrag hoch.[44]

Rohstoffproduzenten in Afrika südlich der Sahara und anderswo profitieren von einem andauernden Rohstoffboom in Ost- und Südasien. Billige Importe erhöhen auch die Kaufkraft von Konsumenten mit niedrigem Einkommen und die Wettbewerbsfähigkeit exportorientierter Produzenten. Hemmnisse kann es in einigen afrikanischen Ländern jedoch durch den Enklavencharakter des Rohstoffsektors geben, denn der mindert die potenziellen Gewinne aus dem Süd-Süd-Handel und setzt die Volkswirtschaften dem Risiko der „Holländischen Krankheit" aus. Nichtsdestoweniger kann der primäre Sektor erhebliche Vorwärts- und Rückwärtsverflechtungen generieren, wie Brasilien, Chile, Indonesien, Malaysia und Trinidad und Tobago gezeigt haben. Die Möglichkeiten beinhalten zum Beispiel die Agrarindustrie und die Logistikinfrastruktur sowie die Nachfrage nach Dienstleistungen (in der Lebensmittelverarbeitung und im Vertrieb, im

Bausektor, bei Reparaturen und Wartung), die alle Arbeitsplätze, Einkommen, und Lernmöglichkeiten schaffen und Unternehmer in die Lage versetzen können, neue Innovations- und Investitionszyklen zu beginnen.

Es gibt offensichtlich mehrere ermutigende Anzeichen. In jüngster Zeit zeigen die Investitionen aus Ost- und Südasien im afrikanischen Rohstoffsektor weniger Enklavenmerkmale, und viele Regierungen im Süden agieren pragmatischer. Sie führen solide makroökonomische Handlungskonzepte ein, stärken Institutionen und öffnen sich stärker und betreiben zugleich aktive Strukturpolitik und fördern Unternehmertum, Bildung, Ausbildung und technologische Weiterentwicklung. Indem sie Industriecluster und Wirtschaftszonen unterstützen und den regionalen Handel und Investitionen ausweiten, schaffen sie auch Finanzierungs- und Kreditlinien für kleine und mittelständische Unternehmen. Solide wirtschaftspolitische Maßnahmen helfen, die Risiken großer Devisenzuflüsse zu managen, während eine smarte Strukturpolitik die Wirtschaftsverflechtungen im Inland stärkt und die marktwirtschaftlichen Multiplikatoreffekte erhöht.

Viele Länder haben auch von Technologietransfers und ausländischen Direktinvestitionen in Sektoren, die zur menschlichen Entwicklung beitragen, profitiert. Indische Firmen liefern zum Beispiel erschwingliche Medikamente, medizinische Geräte und Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie in afrikanische Länder. Brasilianische und südafrikanische Unternehmen tun das Gleiche in ihren regionalen Märkten. Mit asiatischen Direktinvestitionen in Afrika wurde auch die Infrastruktur der Versorgungsbetriebe und des Telekommunikationssektors erweitert.

Steigender Wettbewerbsdruck

Exporte aus größeren Ländern können auch mit Nachteilen verbunden sein. Große Länder erzeugen in kleineren Ländern einen Wettbewerbsdruck, der die wirtschaftliche Diversifizierung und Industrialisierung hemmen kann. Die Beispiele dafür reichen von der Elektroindustrie in Sambia über die Bekleidungsindustrie in Kenia und im Senegal bis hin zu Textilien in Südafrika.[45] Gäbe es nicht die Handelspräferenzen und liberalen Herkunftsregeln im Rahmen des US-amerikanischen Gesetzes zur Förderung von Wachstum und Chancen in Afrika und der „Alles außer Waffen"-Initiative der Europäischen Union, so würden Bekleidungsexporteure aus Afrika darum kämpfen müssen, ihren Marktanteil im Handel mit wichtigen Absatzmärkten zu halten.[46]

Selbst größere Länder sind gegen Wettbewerbsdruck nicht immun. Chinesische Exporte beeinträchtigen die brasilianische verarbeitende Industrie durch den Import billigerer Fertigwaren und indirekt durch die Konkurrenz auf Drittmärkten.[47] Als indirekte Reaktion darauf unterbreitete Brasilien der Welthandelsorganisation im September 2011 einen formellen Vorschlag, handelspolitische Abhilfen zum Ausgleich von Wechselkursschwankungen, die zu Importwellen führen, zu untersuchen.[48] Indien bemüht sich schon seit Langem für seine Autos um einen gegenseitigen Marktzugang in China.

Um die negativen Folgen seiner zunehmenden Exporte für einige seiner Partner einzudämmen, stellt China Vorzugskredite bereit und bringt Ausbildungsprogramme auf den Weg, um den Bekleidungs- und Textilsektor in afrikanischen Ländern zu modernisieren.[49] China ermuntert seine Akteure in ausgereiften Wirtschaftszweigen, wie zum Beispiel die Lederverarbeitung, sich stärker der afrikanischen Wertschöpfungskette anzunähern, und regt seine modernen Firmen in der Telekommunikation, in der pharmazeutischen Industrie, in der Elektroindustrie und im Bausektor dazu an, Joint Ventures mit afrikanischen Unternehmen einzugehen.[50]

Außerdem gibt es Beispiele, in denen auf Wettbewerbsschocks eine industrielle Wiederbelebung folgte. Die äthiopische Schuhindustrie wurde zum Beispiel zunächst durch billige ostasiatische Importe verdrängt, was zu großen Entlassungswellen und vielen Geschäftsaufgaben führte, insbesondere im unteren Marktsegment, das traditionell von äthiopischen Kleinstunternehmen bedient wurde. Doch die Industrie erholte sich bald und fand sogar ihren Weg auf den internationalen Markt.[51] In einer Erhebung wurde festgestellt, dass 78

Große Länder erzeugen in kleineren Ländern einen Wettbewerbsdruck, der die wirtschaftliche Diversifizierung und Industrialisierung hemmen kann

der 96 äthiopischen Firmen, die im Jahr 2006 angegeben hatten, von der Konkurrenz durch Importe hart getroffen worden zu sein, sich angepasst hatten und innerhalb weniger Jahre konkurrenzfähig geworden waren. Nigerias Kunststoffindustrie hat eine ähnliche Wiederbelebung erlebt.[52]

Eine weitere Sorge ist, dass die gegenwärtigen Nachfragemuster anderer Länder des Südens die chronische Spezialisierung vieler afrikanischer Volkswirtschaften auf primäre Rohstoffe verstärken könnten. Die Erfahrungen der am wenigsten entwickelten Länder, von denen 33 in Afrika liegen, scheint diese Sorge zu bestätigen (siehe Tabelle 2.1). Im Jahr 2011 machten landwirtschaftliche Grunderzeugnisse und Brennstoffe, Metalle und Erze mehr als 96 Prozent der Exporte der am wenigsten entwickelten Länder nach China aus. Die gesamten Fertigwarenexporte der am wenigsten entwickelten Länder nach China betrugen weniger als eine Milliarde US-Dollar; die Fertigwarenimporte aus China beliefen sich auf mehr als 38 Milliarden US-Dollar.

Die gesamten Fertigwarenexporte der am wenigsten entwickelten Länder nach China betrugen weniger als eine Milliarde US-Dollar; die Fertigwarenimporte aus China beliefen sich auf mehr als 38 Milliarden US-Dollar

Längerfristig könnte jedoch die Süd-Süd-Kooperation dieses Muster aufheben, indem sie über den Rohstoffsektor hinaus fortlaufende Investitionen in die Landwirtschaft und in die verarbeitende Industrie sowie in Dienstleistungssektoren wie das Finanzwesen und die Telekommunikation fördert. Nachdem die Infrastruktur in Afrika von Regierungen und traditionellen Gebern jahrelang vernachlässigt wurde, hat sie nun wieder Priorität bekommen. Dabei wird auf die Erfahrungen und die Unterstützung der neuen Entwicklungspartner in der Region zurückgegriffen. Einige Länder haben sogar einmalige Kreditarrangements genutzt, um abgesichert durch Rohstofflieferungen Infrastruktur zu finanzieren.[53]

Weder lassen sich die Interaktionen zwischen Ländern des Südens ausreichend erklären, indem man sie als sich gegenseitig ergänzend ansieht, noch indem man sie als Konkurrenzverhältnis betrachtet. Denn aus der Rolle eines Konkurrenten von heute kann morgen leicht eine komplementäre Rolle werden. Diese Bezeichnungen sollten daher nicht rigide angewendet werden. Der Schritt von der Konkurrenz zur Kooperation scheint von politischen Handlungskonzepten zum Umgang mit neuen Herausforderungen abzuhängen. Pessimistischere Erklärungen, dass es in Afrika südlich der Sahara keine Hoffnung auf Industrialisierung gäbe, wurden von der Realität an der Basis überholt, die zeigt, dass es möglich ist, trotz oder vielleicht auch wegen der Konkurrenz Fortschritte zu machen. In dieser Hinsicht sind sich afrikanische Schriftsteller wie Dambisa Moyo sicher, dass die Rolle der neuen Akteure auf dem Kontinent von beiderseitigem Nutzen ist.[54]

Die Verschiebung von traditionellen zu neu entstehenden Märkten betrifft Länder auch auf eine Weise, die sich schwierig voraussagen lässt. Nehmen wir die Holzindustrie in Afrika, die sich von der Belieferung eines vorwiegend europäischen Marktes neu Richtung China orientiert hat.[55] Rein dem Volumen nach ist China der wichtigste Markt, sodass es gut ist, die Geschäfte darauf auszurichten. Der Katalog technischer Standards, den China von Exporteuren fordert, ist jedoch weniger anspruchsvoll als die Anforderungen der Europäischen Union. Die Standards reichen von Produktspezifikationen über die Zulassung von Zertifizierungssystemen Dritter für nachhaltige Forstwirtschaft bis hin zu Gesundheitsrichtlinien zur Regelung von Formaldehydemissionen. Es gibt bislang keine Hinweise darauf, dass sich mit der Verschiebung in Richtung Schwellenländermärkte auch die geforderten technischen Standards verschärfen – was eine Weiterentwicklung der Qualifikationen und Fähigkeiten der Arbeiter erfordert hätte.[56]

Innovationen und Unternehmertum im Süden

Im Nord-Süd-Handel entwickelten die Schwellenländer Fähigkeiten zur effizienten Fertigung komplexer Produkte für die Märkte der entwickelten Länder. Doch die Süd-Süd-Interaktionen haben Unternehmen im Süden in die Lage versetzt, sich anzupassen und auf verschiedenen, für Entwicklungsländer besser geeigneten Wegen innovativ zu sein. Das beinhaltet neue Geschäftsmodelle, mit denen Unternehmen Produkte für eine große Anzahl von Kunden mit niedrigem Einkommen entwickeln – oft mit niedrigen Gewinnspannen.

Die Länder des Südens sind auch natürliche Standorte für Experimente mit neuen Technologien und Produkten, wie denjenigen auf der Basis des GSM-Standards für volldigitale Mobilfunknetze (Global Systems for Mobile Communications). Im Rahmen der GSM-Schwellenländerinitiative 2005 haben Hersteller die Preise von Handys radikal um mehr als die Hälfte gesenkt und die Zahl der GSM-Teilnehmer um 100 Millionen Anschlüsse pro Jahr erhöht. Das wiederum förderte Investitionen: Im Jahr 2007 kündigten Mobiltelefonanbieter, darunter MTN aus Südafrika und Zain aus Kuwait, einen Fünfjahresplan an, um zusätzliche 50 Milliarden US-Dollar in Afrika südlich der Sahara zur Verbesserung der Mobilfunkabdeckung zu investieren und diese auf 90 Prozent der Bevölkerung auszuweiten. In der Tat wurde die spektakuläre Zunahme der Telefonverbindungen in Afrika fast vollständig durch Unternehmen vorangetrieben, die ihren Sitz in Indien, Südafrika oder den Vereinigten Arabischen Emiraten haben.[57]

Die Hersteller von Mobiltelefonen haben Produkte auch entsprechend dem Bedarf von Konsumenten mit niedrigem Einkommen umgearbeitet. Zum Beispiel entwarf TI Indien, ein Forschungs- und Entwicklungszentrum von Texas Instruments in Bengaluru, im Jahr 2004 einen Ein-Chip-Prototyp zur Verwendung in preisgünstigen, qualitativ hochwertigen Mobiltelefonen. Im Jahr 2005 begann Nokia in Zusammenarbeit mit TI, die in Indien hergestellten Ein-Chip-Geräte in Indien und Afrika zu vermarkten und verkaufte mehr als 20 Millionen Stück. Ein- Chip-Designs entstanden auch für andere Geräte, darunter erschwingliche Monitore mit digitalem Display und medizinische Ultraschallgeräte. Intel hat ein Handgerät für Bankgeschäfte auf dem Lande entwickelt, und Wipro hat einen energiesparenden Desktop-Computer für einfache Internetanbindung auf den Markt gebracht. 2008 kündigte Tata das ultra-kostengünstige Auto „Nano“ an, das sich als Bausatz exportieren lässt und von Technikern vor Ort montiert werden kann.

Die Verbreitung von Technologien durch Süd-Süd-Investitionen setzt auch Unternehmergeist frei, insbesondere in Afrika. Die Menschen organisieren oft selbst, schaffen Verbindungen zwischen Verkäufern und Käufern und werden zu Unternehmern, um in spontan entstehenden Märkten einen ungedeckten Bedarf zu decken. Das zeigt sich offensichtlich in der Art und Weise, wie Afrikaner erschwingliche, in Asien hergestellte Handys nutzen: Bankgeschäfte über Handy sind zum Bespiel billiger und einfacher als die Eröffnung eines Bankkontos. Bauern können den Wetterbericht abrufen und die Preise für ihre Erzeugnisse ermitteln, und Unternehmer können geschäftliche Dienstleistungen durch Mobiltelefon-Kioske anbieten. Die Nutzung von Handys in Niger hat zum Beispiel die Leistungsfähigkeit des Getreidemarktes verbessert, und Bauern in Uganda nutzen Mobiltelefone, um höhere Preise für ihre Bananen zu erzielen.

Diese und andere grundlegende Veränderungen vervielfachen die Anwendungsmöglichkeiten von Technologien. Die Menschen können sich an Entscheidungen beteiligen, die ihr Leben betreffen. Sie können schnellen, kostengünstigen Zugang zu Wissen erhalten. Sie können billigere, oft generische Medikamente, besseres Saatgut und neue Anbausorten erzeugen und sie können neue Arbeitsplätze und Exportchancen schaffen. Diese Möglichkeiten bestehen einkommensklassenübergreifend bis nach unten.

Um auf die sich verändernden Bedürfnisse von Konsumenten aus der Mittelschicht einzugehen, gehen Unternehmen, die im Süden erfolgreich sind, tendenziell langfristige Risiken ein und sind agil in der Anpassung und Innovation von Produkten für eine lokale Käuferschaft. Die Konsumentinnen und Konsumenten im Süden sind tendenziell jünger, kaufen moderne Geräte oft zum ersten Mal, haben ihre eigenen Einkaufsgewohnheiten und sind generell Marken gegenüber aufgeschlossener. Unternehmen in Schwellenländern haben den Vorteil, dass ihre Managementansätze sich von den dominanten Ansätzen im Norden unterscheiden: Mehrheitseigner haben mehr Macht und setzen Mittel schneller wieder ein als Mehrheitseigner in Unternehmen im Norden.[58]

Einige dieser Entwicklungen basieren auf Interaktionen zwischen Institutionen im Bereich Forschung und Entwicklung, Unternehmen und Interessengruppen in den Gemeinschaften. Auf diese Weise verbreiten sich Innovationen und deren Nutzen und führen zu schnelleren

Unternehmen, die im Süden erfolgreich sind, gehen tendenziell langfristige Risiken ein und sind agil in der Anpassung und Innovation von Produkten für eine lokale Käuferschaft

Veränderungen. Es gibt eine höhere Wertschätzung für die weitergehende Rolle des Staates bei der Förderung von Forschung und Entwicklung und bei der Entwicklung von Synergien aus Kooperationen zwischen privaten, universitären und öffentlichen Forschungsinstitutionen. Zum Beispiel haben viele afrikanische Länder dem frühen Erfolg von Mauritius bei der Anziehung ostasiatischer Direktinvestitionen durch Schaffung von Freihandelszonen (export processing zones) nachgeeifert. Malaysias politische Konzepte zur Förderung von Investitionen sind ebenfalls häufig kopiert worden.

Statt eines aus Industrieländern bestehenden Zentrums und einer Peripherie weniger entwickelter Länder besteht nun ein komplexeres und dynamischeres Umfeld

Der zunehmend wichtigste Wachstumsmotor für die Länder des Südens ist wahrscheinlich ihr Binnenmarkt. Die Mittelschicht wächst, sowohl was ihre Größe als auch was ihr Einkommen angeht. Es wird vorhergesagt, dass 2030 bereits 80 Prozent der globalen Mittelschicht im Süden leben werden. Allein auf die Länder in Südasien sowie Ostasien und dem Pazifik werden 60 Prozent der Mittelschicht und 45 Prozent der gesamten Konsumausgaben entfallen.[59] Eine weitere Schätzung ergibt, dass im Jahr 2025 die Mehrheit der eine Milliarde Haushalte, die mehr als 20.000 US-Dollar im Jahr verdient, im Süden leben wird.[60]

Seit 2008 verlagern chinesische, indische und türkische Bekleidungsfirmen ihre Produktion von den schrumpfenden Weltmärkten auf die wachsenden Binnenmärkte. Sich stärker auf die Binnenmärkte zu verlassen, wird die interne Dynamik fördern und zu einem inklusiveren Wachstum beitragen. Angesichts der aktuellen Trends werden die Konsumenten in Afrika weiter vom zunehmenden Import erschwinglicher Produkte profitieren. Florierende lokale Märkte werden wahrscheinlich lokale Unternehmer hervorbringen und mehr Investitionen in der Rohstoffindustrie sowie in den Bereichen Infrastruktur und Telekommunikation, im Finanzwesen, im Tourismus und in der verarbeitenden Industrie anziehen – insbesondere in verarbeitenden Leichtindustrien, wo afrikanische Länder latente komparative Vorteile haben. In diesem Szenario, das im vergangenen Jahrzehnt und in anderen Regionen bereits angefangen hat, Realität zu werden, machen die Volkswirtschaften der Empfängerländer strukturelle Veränderungen durch. Die einheimische Wirtschaft reagiert auf den Wettbewerbsdruck durch Importe und Investitionszuflüsse, indem sie die Produktion weiterentwickelt. Doch dieser Prozess erweist sich in den Ländern als schwierig, in denen die technologischen Fähigkeiten und die Infrastruktur weniger gut entwickelt sind.

Eine solche Expansion der Binnenmärkte wird dadurch behindert werden, dass es in großen Entwicklungsländern große Gebiete gibt, in denen viele Menschen unter Entbehrungen leiden, und Regionen, die in ihrer Entwicklung hinterherhinken. Obwohl in Südasien zum Beispiel der Anteil der Bevölkerung, die (nach Kaufkraftparitäten 2005) mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen muss, von 61 Prozent im Jahr 1981 auf 36 Prozent im Jahr 2008 verringert wurde, blieben dort mehr als eine halbe Milliarde Menschen extrem arm.[61]

Diese Disparitäten untergraben die Nachhaltigkeit der Fortschritte, denn sie erzeugen gesellschaftliche und politische Spannungen. In Indien sind die maoistischen Rebellen in großen Landstrichen des Hinterlands aktiv. Im Nachbarland Nepal entwickelten sich die Maoisten innerhalb von zwölf Jahren von einer schlecht ausgestatteten Miliz zur größten politischen Partei des Landes.

Neue Formen der Kooperation

Viele Entwicklungsländer entwickeln sich als Wachstumszentren und Antriebsfaktoren für Verbundenheit und neue Beziehungen. Dies eröffnet Chancen für weniger entwickelte Länder des Südens, aufzuholen, und führt zu einer Welt, die besser im Gleichgewicht ist. Statt eines aus Industrieländern bestehenden Zentrums und einer Peripherie weniger entwickelter Länder besteht nun ein komplexeres und dynamischeres Umfeld. Länder des Südens gestalten die globalen Regeln und Praktiken im Handel, im Finanzwesen und in Bezug auf intellektuelles Eigentum neu und etablieren neue Gefüge, Institutionen und Partnerschaften.

Entwicklungszusammenarbeit

Der Aufstieg des Südens beeinflusst die Entwicklungszusammenarbeit auf bilateraler, regionaler und globaler Ebene. Bilateral sind die

Länder durch Partnerschaften innovativ, in denen Investitionen, Handel, Technologien, konzessionäre Finanzierung und technische Zusammenarbeit gebündelt werden. Auf regionaler Ebene verbreiten sich handels- und geldpolitische Maßnahmen rasch in allen sich entwickelnden Regionen und es gibt pionierhafte Bemühungen, regionale öffentliche Güter bereitzustellen. Auf globaler Ebene beteiligen sich die Entwicklungsländer an multilateralen Foren – an den G20, den Bretton Woods-Institutionen und anderen – und geben Anstöße für Reformen globaler Regeln und Praktiken.

Eine zunehmende Zahl von Entwicklungsländern leistet bilateral und durch regionale Entwicklungsfonds Entwicklungshilfe. Oft beinhaltet dies, die konventionelle Entwicklungszusammenarbeit mit Handel, Krediten, Technologieaustausch und Direktinvestitionen zu verflechten, um Wirtschaftswachstum mit einem gewissen Grad an Eigenständigkeit fördern. Die Länder des Südens leisten Entwicklungshilfe in Form von Zuschüssen zwar in geringerem Umfang als traditionelle Geber, doch sie leisten Entwicklungszusammenarbeit auch in anderer Form, oft ohne explizite Bedingungen hinsichtlich der Wirtschaftspolitik oder in Bezug auf Staats- und Regierungsführung.[62] Bei der projektbasierten Kreditvergabe sind sie vielleicht nicht immer sehr transparent, aber sie legen größere Priorität auf den Bedarf, der von den Empfängerländern identifiziert wurde und stellen einen höheren Grad an nationaler Verantwortung sicher (Tabelle 2.2).

Brasilien, China und Indien sind wichtige Geber der Entwicklungszusammenarbeit. Das ist für afrikanische Länder südlich der Sahara von großer Bedeutung.[63] Brasilien hat seinen afrikanischen Partnern sein erfolgreiches Schulstipendienprogramm und sein Programm zur Bekämpfung des Analphabetismus übertragen. Im Jahr 2011 hatte Brasilien mit 22 afrikanischen Ländern 53 bilaterale Abkommen im Gesundheitsbereich.[64] China hat seine Investitionsströme und Handelsarrangements um die finanzielle und technische Zusammenarbeit zum Bau technischer Infrastruktur ergänzt. Im Juli 2012 sagte China für die nächsten drei Jahre eine Verdoppelung der konzessionären Kredite auf 20 Milliarden US-Dollar zu.[65] Die indische Export-Import-Bank hat afrikanischen Ländern südlich der Sahara Kreditlinien in Höhe von 2,9 Milliarden US-Dollar gewährt und zugesagt, im Laufe der nächsten fünf Jahre weitere fünf Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen.[66] Zwischen 2001 und 2008 deckten Länder und Institutionen aus dem Süden in Afrika südlich der Sahara 47 Prozent der öffentlichen Infrastrukturfinanzierung ab.[67]

TABELLE 2.2

Verschiedene Modelle von Entwicklungspartnerschaften

Grundsätze der Pariser Erklärung	Traditionelle Geber	Neue Entwicklungspartner
Eigenverantwortung	Nationale Entwicklungsstrategien bilden den Rahmen für die Prioritäten der Geber	Nationale Führung äußert Bedarf an spezifischen Projekten
Harmonisierung	Gemeinsame Verfahren zur Minimierung der Belastung der Empfänger	Weniger Bürokratie zur Minimierung der Belastung der Empfänger
Ergebnisorientiertes Management	Leistungsbewertungspraktiken unter Führung des Empfängers	Konzentration auf schnelle und kostengünstige Hilfe
Gegenseitige Rechenschaftspflicht	Größere Rechenschaftspflicht aufgrund von Zielvereinbarungen und Indikatoren	Gegenseitige Respektierung der Hoheitsrechte; Meidung politischer Auflagen

Quelle: Überarbeitet, von Park (2011).

Die neuen Entwicklungspartner aus dem Süden folgen ihrem eigenen Modell bilateraler Kooperation (Kasten 2.7). Der Umfang ihrer finanziellen Hilfe zusammen mit ihrem Ansatz zu Konditionalitäten kann die politische Autonomie der weniger entwickelten Länder stärken.[68] Um entwicklungspolitische Unterstützung zu bekommen, können weniger entwickelte Länder sich nun an mehr neue Partner wenden.[69] Das erweitert ihre Wahlmöglichkeiten, da ausländische Mächte um Einfluss, um den Zugang zu lokalen Konsumenten und um günstige Investitionsbedingungen konkurrieren.

Die regionale Architektur der Entwicklungszusammenarbeit entwickelt sich auch durch die regionalen Entwicklungsbanken: die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB), die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB). Die regionalen Entwicklungsbanken spielen eine antizyklische Rolle und leisteten im Jahr 2009 zusammen 18,4 Prozent (3,4 Milliarden

KASTEN 2.7

Brasilien, China und Indien sind in Sambia aktiv

Das von neuen Entwicklungspartnern im Süden praktizierte Modell bilateraler Kooperation verändert sich rasch. Bis vor Kurzem war der Beitrag der neuen Partner zu Sambias gesamter Entwicklungsfinanzierung noch klein. An den insgesamt drei Milliarden US-Dollar Zuschüssen und Krediten, die Sambia zwischen 2006 und 2009 erhielt, hatten die Zahlungen aus Brasilien, China und Indien nur einen Anteil von weniger als drei Prozent.

Im November 2009 kündigten China und Sambia an, dass China Sambia zur Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen konzessionäre Kredite in Höhe von einer Milliarde US-Dollar in Tranchen gewähren würde. Das entspricht 40 Prozent der gesamten Auslandsschulden Sambias. Im Jahr 2010 gewährte die chinesische Export-Import Bank Sambia einen Kredit in Höhe von 57,8 Millionen US-Dollar, um neun mobile Krankenhäuser anzuschaffen. Ebenfalls im Jahr 2010 kündigte Indien eine Kreditlinie von 75 Millionen US-Dollar an, gefolgt von einer weiteren Kreditlinie von 50 Millionen US-Dollar für die Finanzierung eines Wasserkraftprojekts. Brasilien hatte stark in Bergbauausrüstung in den Konkola-Kupferminen in der nordwestlichen Provinz Sambias investiert (die von einer indischen Firma gemanagt werden). Die große brasilianische Bergbaufirma Vale ist an einem Joint Venture mit dem südafrikanischen Unternehmen Rainbow an der Suche nach Kupfervorkommen und am Abbau in Sambia beteiligt, mit einer Anfangsinvestition von etwa 400 Millionen US-Dollar. Brasilien und Sambia haben zudem Vereinbarungen über technische Zusammenarbeit in den Bereichen Viehhaltung und Gesundheit unterzeichnet.

Source: HDR-Büro; Kragelund 2012.

US-Dollar) der Entwicklungshilfe aller multilateralen Institutionen – was einen Anstieg um 42 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 bedeutet. Die Entwicklungszusammenarbeit der arabischen Staaten hat auch wichtige Beiträge geleistet. Sie stieg im Jahr 2008 auf sechs Milliarden US-Dollar.[70] Einige der größten Finanziers von Infrastruktur in Afrika südlich der Sahara zwischen 2001 und 2008 waren Regionalbanken und Fonds mit Sitz in den arabischen Staaten.[71] Die Entwicklungszusammenarbeit regionaler Entwicklungsbanken könnte für Länder mit niedrigem Einkommen in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen (ebenso wie die Süd-Süd-Entwicklungszusammenarbeit), wenn politische Entscheidungsträger in wohlhabenden Ländern aufgrund wirtschaftlicher und politischer Herausforderungen in ihren eigenen Ländern ihre Entwicklungshilfezusagen kappen.[72]

Die Entwicklungspartner im Süden haben nicht versucht, sich auf die Regeln der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit einzulassen oder sie aufzuheben. Doch sie haben angefangen, auf die traditionellen Geber indirekt Wettbewerbsdruck auszuüben und sie angeregt, den Bedürfnissen und Anliegen der Entwicklungsländer größere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Gegensatz zu vielen traditionellen Gebern, die den Schwerpunkt auf die sozialen Sektoren legten, haben neue Partner in den letzten Jahren in Ländern mit niedrigem Einkommen stark in neue Infrastruktur investiert. Das führte zum Beispiel zu einer 35-prozentigen Verbesserung bei der Stromversorgung, einer zehnprozentigen Erhöhung der Eisenbahnkapazitäten und der Reduzierung der Preise von Telekommunikationsdiensten.[73]

Übereinkommen zum Handel und Finanzwesen

Afrika, Asien und Lateinamerika haben eine Ausweitung der Handelsabkommen erlebt – auf bilateraler Ebene, in Regionen und Teilregionen. In Südasien haben diese regionalen Übereinkommen über politische Differenzen triumphiert. In Ostafrika hat eine größere regionale Integration geholfen, die Volkswirtschaften vor globalen Schocks zu schützen.[74] Es gibt Spielraum, regionale Integrationsarrangements durch praktische Maßnahmen zu stärken, wie zum Beispiel den Transitverkehr, das Verkehrswesen und Zollprozeduren zu modernisieren und nationale Regelwerke zu harmonisieren. Es gibt auch Spielraum, die Zölle auf Endprodukte des Süd-Süd-Handels, die höher sind als die Zölle im Nord-Süd-Handel, zu senken.[75]

Nach der asiatischen Finanzkrise von 1997 entwickelte eine Reihe von Ländern des Südens neue geldpolitische Arrangements, die die Finanzarchitektur grundlegend verändern und den Ländern den Spielraum schaffen, ihre eigenen politischen Handlungskonzepte zu entwerfen. Die neuen Kreditvergabearrangements betonen Pragmatismus statt Ideologien und Konditionalitäten.

Außerdem wird die globale Finanzarchitektur durch die riesigen finanziellen Reserven des aufsteigenden Südens gestaltet. Eine Reihe von Ländern, nicht nur Brasilien, China und Indien, sondern auch Indonesien, die Republik Korea, Malaysia, Mexiko, Thailand und andere haben Pools an Devisenreserven als Selbst-Versicherung gegen zukünftige finanzielle Abschwünge und Krisen angehäuft (Grafik 2.6). Zwischen 2000 und dem dritten Quartal 2011

stiegen die globalen Devisenreserven von 1,9 Billionen auf 10,1 Billionen US-Dollar. Ein großer Teil davon wurde von Entwicklungs- und Schwellenländern angehäuft, deren Reserven sich auf insgesamt 6,8 Billionen US-Dollar beliefen.[76] Einige dieser Länder nutzten ihre Reserven, um nach der globalen Finanzkrise von 2008 das Wachstum wieder anzukurbeln. In einer Umkehr der Rollenverteilung wurden diese Gelder vom Internationalen Währungsfonds als Hilfe bei der Finanzkrise in Europa erbeten.

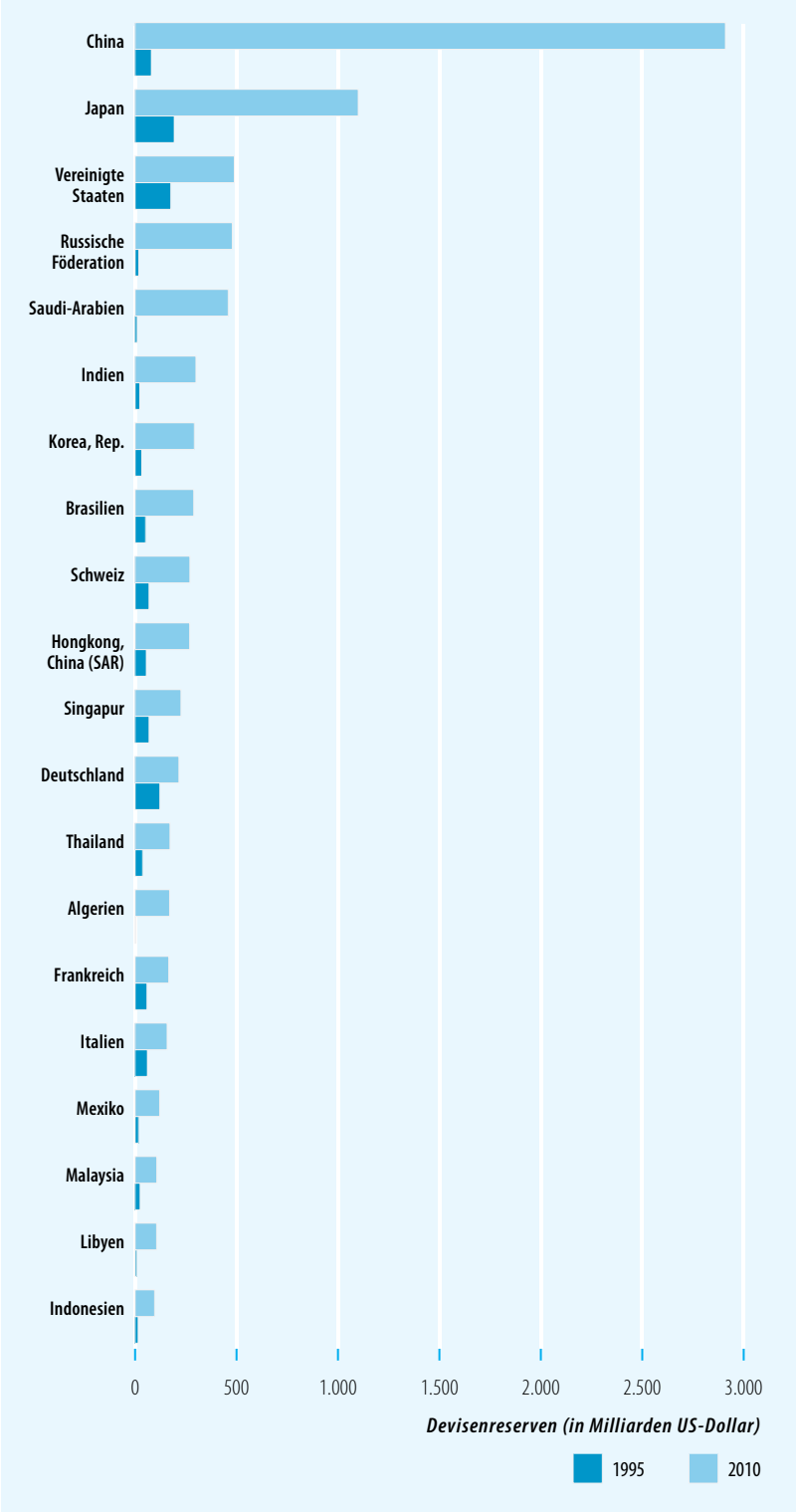
Entwicklungsländer, die große Reserven halten, transferieren im Allgemeinen einen Teil davon in Staatsfonds. Nach Daten des Sovereign Wealth Fund Institute belief sich das Vermögen dieser Fonds Ende 2010 auf geschätzte 4,3 Billionen US-Dollar, wobei 3,5 Billionen US-Dollar von Entwicklungs- und Schwellenländern gehalten wurden, 800 Milliarden US-Dollar allein in Ostasien.[77] Im März 2011 hielten die Entwicklungs- und Schwellenländer 41 Staatsfonds, zehn davon mit einem Vermögen von 100 bis 627 Milliarden US-Dollar.

Hohe Devisenreserven und Staatsfonds sind nicht die effizienteste Versicherung gegen finanzielle Schocks. Diese noch nie dagewesene Akkumulation von Devisen ist mit Opportunitätskosten verbunden, sowohl für die Länder, die die Reserven halten, als auch für andere Entwicklungsländer.[78] Die Mittel könnten auf produktivere Weise eingesetzt werden, um die Bereitstellung öffentlicher Güter zu unterstützen, um Kapital für Projekte verfügbar zu machen, die die Produktionskapazitäten und die wirtschaftliche und menschliche Entwicklung fördern, und um die finanzielle Stabilität in Regionen und Teilregionen zu fördern, indem man die Mittel regionaler Institutionen erhöht.

Insgesamt entstehen im globalen Finanzsystem durch den Aufstieg des Südens neue Muster der Mittelakkumulation sowie eine dichtere, vielschichtige und heterogenere Finanzarchitektur für den Süden. Diese Gefüge ersetzen manchmal die Bretton Woods-Institutionen, doch in den meisten Fällen bilden die entstehenden Institutionen und Gefüge eine Ergänzung zur globalen Finanzarchitektur. Die sich verändernde Finanzlandschaft im Süden kann potenziell finanzielle Stabilität und Widerstandsfähigkeit fördern, die Entwicklung lang-

GRAFIK 2.6

Schwellenländer haben seit 1995 hohe Devisenreserven aufgebaut



Hinweis: Einschließlich der Goldbestände.
Quelle: World Bank 2012a.

fristiger produktiver Kapazitäten unterstützen, Ziele voranbringen, die mit der menschlichen Entwicklung in Einklang stehen, und den nationalen politischen Spielraum erweitern. Außerdem haben die Schwellenländer transformierende Wirkungen, indem sie Druck auf die Bretton Woods-Institutionen ausüben, um auf Anliegen bezüglich Repräsentation, Governance-Prinzipien und der Nutzung von Konditionalitäten zu reagieren.

Der Aufstieg des Südens spiegelt sich auch in einer Reihe bilateraler Regelungen zum Umgang mit dem Klimawandel wider

Die G20 hat ihre Beteiligung an globalen Schlüsselinstitutionen der Finanzarchitektur, wie dem Finanzstabilitätsrat, ausgeweitet. Dieser hat die Aufgabe, in den Institutionen, die internationale Finanzstandards festlegen, eine größere Rechenschaftspflicht sicherzustellen. Gleichermaßen sind jetzt unter anderem alle Länder der G20 im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und in der Internationalen Organisation der Wertpapier-Aufsichtsbehörden vertreten. Auch im IWF gewinnt der Süden an Einfluss. China besetzt im IWF den neu geschaffenen Posten des stellvertretenden leitenden Direktors und schickt sich an, der drittgrößte Anteilseigner zu werden.[79] In der Weltbank stieg die Abstimmungsmacht von Entwicklungs- und Übergangsländern im Jahr 2010 um 3,13 Prozentpunkte auf 47,19 Prozent.[80]

Migrationspolitik

Regionale Organisationen wie der Verband Südostasiatischer Nationen, die Afrikanische Union und der Gemeinsame Markt des Südens haben das Thema Migration auf die Agenda gesetzt. Einige ihrer Aktivitäten finden durch regionale Konsultationen statt. Es sind informelle, nicht verbindliche Prozesse, die helfen sollen, unter den Ländern eine gemeinsame Basis zu finden. Viele dieser Prozesse sind interregional und umspannen Herkunfts- und Zielregionen auf eine Art und Weise, die Kompetenzerwerb, technische Standardisierung und Vereinbarungen zu Themen wie Rückübernahmen ermöglichen soll. Diese Prozesse haben die Kommunikationsbarrieren gesenkt und ein Forum für die Länder geschaffen, um zusammenzukommen, die jeweils anderen Perspektiven zu verstehen und gemeinsame Lösungen zu identifizieren.

Diesen Dialogen kann positiv angerechnet werden, dass sie darauf folgenden erfolgreichen Bemühungen um das Thema Migration den Weg geebnet haben. Die ehrgeizigsten waren die Berner Initiative 2001 bis 2005, der Hochrangige Dialog über Internationale Migration und Entwicklung 2006 (ausgerichtet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen) und die darauf folgende Schaffung des Globalen Forums für Migration und Entwicklung.[81] Wie der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2009 anregte, könnten solche Bemühungen die Ergebnisse für Migranten und für die sie aufnehmenden Gemeinschaften verbessern, indem sie die Kanäle, durch die die Menschen sich im Ausland Arbeit suchen können, liberalisieren und vereinfachen, indem sie die Grundrechte von Migrantinnen und Migranten wahren, indem sie die Transaktionskosten der Migration senken, indem sie die Vorteile der Binnenmobilität zur Geltung bringen und indem sie die Mobilität zu einem integralen Bestandteil nationaler Entwicklungsstrategien machen.[82]

Umweltschutz

Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro zeigte, wie vielversprechend regionale Regelungen sind. Regierungen aus dem Süden haben gezeigt, wie sie sich zusammentun, um ihre gemeinsamen Ressourcen zu managen. Mit einer Initiative, die von Regierungen in der Region Asien-Pazifik ausgehandelt wurde, wird das Korallendreieck geschützt – das reichste Korallenriff der Welt, das sich von Malaysia und Indonesien bis zu den Solomonen erstreckt und das mehr als 100 Millionen Menschen Nahrung und Lebensunterhalt bietet. In der Flussebene des Kongo arbeiten die Länder bei der Bekämpfung des illegalen Holzhandels zusammen, um den zweitgrößten Regenwald der Welt zu erhalten.[83] Auf dem Rio+20-Gipfel kündigte eine Gruppe regionaler Entwicklungsbanken eine mit 175 Milliarden US-Dollar veranschlagte Initiative zur Förderung des öffentlichen Personenverkehrs und des Radwegenetzes in einigen der größten Städte der Welt an.[84]

Der Aufstieg des Südens spiegelt sich auch in einer Reihe bilateraler Regelungen zum

Umgang mit dem Klimawandel wider. Durch klimabedingte Naturkatastrophen und steigende Meeresspiegel, die die Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung zu untergraben drohen, erkennen die Länder, dass sie kaum eine Wahl haben: Sie müssen politische Handlungskonzepte formulieren, um sich jetzt an den Klimawandel anzupassen und um für die Zukunft das Klima zu schützen. Die Länder vereinbaren zum Beispiel Kooperationen im Bereich der Technologieentwicklung und die Schaffung eines regionalspezifischen Emissionshandels. In einer Partnerschaft zwischen China und Großbritannien sollen fortgeschrittene Technologien zur Kohleverbrennung getestet werden, während die Vereinigten Staaten und Indien eine Partnerschaft zur Entwicklung der Atomenergie in Indien geschlossen haben.[85]

Länder des Südens entwickeln auch neue klimafreundliche Technologien und tauschen sie aus. China, im Jahr 2008 der viertgrößte Produzent von Windenergie, ist der weltgrößte Produzent von Solarmodulen und Windturbinen.[86] Im Jahr 2011 half Indiens Nationale Solarmission, bei den Investitionen in die Solarenergie einen Zuwachs von 62 Prozent auf zwölf Milliarden US-Dollar anzustoßen – die schnellste Erhöhung des Investitionsvolumens in einem der großen Märkte für erneuerbare Energien. Brasilien erhöhte seine Investitionen in Technologien für erneuerbare Energie um acht Prozent auf sieben Milliarden US-Dollar.[87]

Regionale, bilaterale und nationale Initiativen zum Klimaschutz und zum Schutz von Umweltressourcen im Süden sind positive Schritte. Doch der Klimawandel und die Umwelt sind von Natur aus globale Themen, die globale Lösungen durch multilaterale Übereinkommen erfordern. Die Kooperation und Beteiligung der aufsteigenden Volkswirtschaften des Südens an solchen Übereinkommen ist entscheidend für ihren Erfolg. Eine regionale Zusammenarbeit und Einigung könnte ein Schritt in diese Richtung sein und echtes Interesse an der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels signalisieren.

In unsicheren Zeiten Fortschritte aufrechterhalten

Der Aufstieg des Südens wurde durch eine historische globale Expansion von Handel und Investitionen erleichtert. Mehr als 100 Entwicklungsländer verzeichneten im Jahr 2007 mehr als drei Prozent Einkommenswachstum pro Kopf. In jüngster Zeit hat die Verlangsamung der Wirtschaftsaktivität in den entwickelten Ländern den Süden angeregt, die regionale Nachfrage mehr zu beachten.[88] Die Entwicklungsländer treiben schon heute mehr Handel untereinander als mit dem Norden und dieser Trend kann noch sehr viel weitergehen. Die Süd-Süd-Handelsblöcke bleiben mit nichttarifären Handelsbarrieren durchsetzt, die den Umfang der Handelsmöglichkeiten beschränken. Große Devisenreserven bleiben unangetastet, wenn es größere Renditen und sicherere Möglichkeiten für Süd-Süd-Investitionen gibt. Es besteht Potenzial zum Ausbau von Entwicklungspartnerschaften und der regionalen und interregionalen Zusammenarbeit.

Die Entwicklungsländer treiben schon heute mehr Handel untereinander als mit dem Norden und dieser Trend kann noch sehr viel weitergehen

Der Aufstieg des Südens hat ein rasches Wirtschaftswachstum in Afrika südlich der Sahara untermauert und dort die Möglichkeiten für Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung erweitert. Viele der in diesem Jahrhundert am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften rangieren bei der menschlichen Entwicklung im unteren Bereich. Zwar haben einige Länder Fortschritte bei den nicht-einkommensbezogenen Indikatoren gemacht, andere jedoch nicht. Die Regierungen sollten die Wachstumsimpulse nutzen und sich politische Handlungskonzepte zu eigen machen, durch die steigende Einkommen in menschliche Entwicklung umgesetzt werden. Politische Handlungskonzepte, durch die menschliche Fähigkeiten und einheimische Produktivkapazitäten aufgebaut werden, werden Länder in die Lage versetzen, die „Rohstoff-Falle“ zu vermeiden und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu diversifizieren. Süd-Süd-Kooperationen können helfen, das Potenzial zur Aneignung und Verbreitung von Wissen in den Bereichen Handel, Investitionen und Kooperationen in allen Wirtschaftszweigen hervorzubringen, selbst im Rohstoffsektor. Süd-Süd-Partnerschaften können durch ausländische Direktinvestitionen

und Joint Ventures die industrielle Diversifizierung und den Austausch von Technologien erleichtern, indem man von Ländern in ähnlicher Situation lernt. Außerdem können sie helfen, mit erschwinglichen Produkten und innovativen Anwendungen den Bedarf der sich entwickelnden Unternehmerschicht zu decken. Diese Kooperation findet bereits statt und kann in den folgenden Jahren noch wesentlich ausgeweitet werden.

Multiplizieren wir jede Geschichte mit der Anzahl der Menschen in Entwicklungsländern, so ist das gebündelte Potenzial für einen aufsteigenden Süden über alle Regionen hinweg verblüffend

Letzten Endes war der Aufstieg des Südens drastisch, doch er befindet sich immer noch am Anfang. Die Entwicklungsländer sind heute in sozialer, wirtschaftlicher, technologischer und unternehmerischer Hinsicht so stark wie nie miteinander verbunden. Die täglichen Schlagzeilen liefern wohl bedrückende Nachrichten über globale Ereignisse. Doch zwischen diesen entmutigenden Nachrichten gibt es immer wieder Kurzmeldungen über unternehmerische Vorhaben und vernünftige Anwendungen neuer Technologien durch geschäftstüchtige Menschen an unerwarteten Orten.

Multiplizieren wir jede Geschichte mit der Anzahl der Menschen in Entwicklungsländern, so ist das gebündelte Potenzial für einen aufsteigenden Süden über alle Regionen hinweg verblüffend. In Kapitel 3 wird dieses Potenzial untersucht. Es werden einige der zentralen Triebkräfte identifiziert, die führende Länder im Süden in die Lage versetzt haben, rasche Fortschritte zu machen, und die anderen Ländern, die folgen könnten, Inspirationen bieten.

Die globalen Aussichten sind unsicher und die volkswirtschaftliche Rezession im Norden beeinträchtigt auch den Süden. Mit den richtigen Reformen, einschließlich einer Verschiebung der politischen Orientierung,[89] ist jedoch das Versprechen anhaltender menschlicher Fortschritte stärker. Es ist das Ergebnis der Verschiebungen in der Weltwirtschaft, die der Aufstieg des Südens mit sich gebracht hat.

„Wir sollten nicht erwarten, dass sich alle Nationen wie Systeme anpassen lassen, denn Systemzwang ist der Kerkermeister von Freiheit und der Feind von Wachstum.“

John F. Kennedy

„Weisheit liegt weder im Beharren noch im Wandel, sondern in der Dialektik zwischen beiden.“

Octavio Paz

3.

Triebkräfte der Entwicklung

Wie haben es so viele Länder im Süden geschafft, ihre Aussichten auf menschliche Entwicklung grundlegend zu verändern? Angesichts ihrer gesellschaftlichen und politischen Vielfalt und ihrer höchst unterschiedlichen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen klafften ihre Entwicklungsverläufe oft auseinander. Einige grundlegende Aspekte stimmten jedoch überein. In diesem Kapitel geht es um die Erfahrungen einiger der erfolgreicheren Länder und um drei Triebkräfte, die sie gemeinsam haben: einen proaktiven Entwicklungsstaat, ihre Fähigkeiten, sich globale Märkte zu erschließen, und einen Fokus auf sozialpolitische Innovationen.

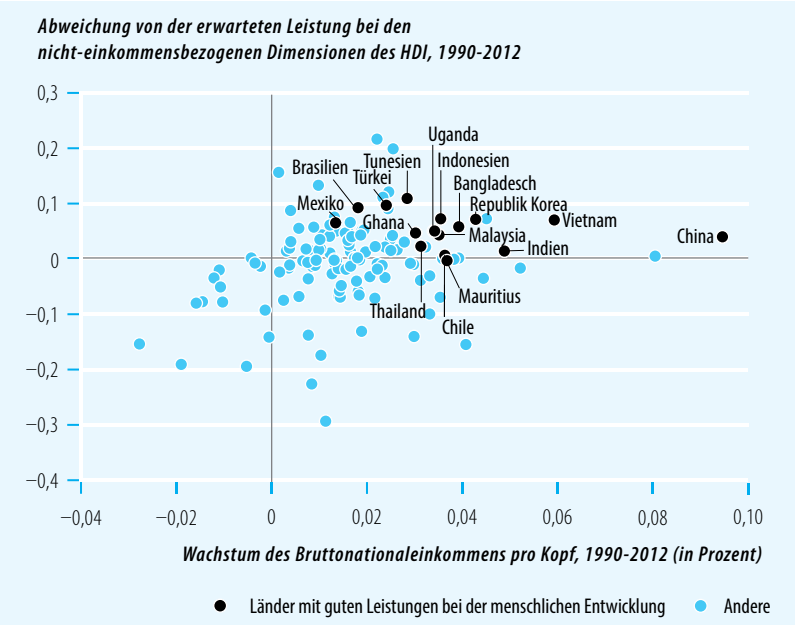
Viele Länder haben im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte bedeutende Fortschritte gemacht: Der Aufstieg des Südens war recht breit angelegt. Einige besonders starke Länder haben nicht nur das Nationaleinkommen enorm gesteigert, sondern auch bei sozialen Indikatoren wie Gesundheit und Bildung überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Eine Möglichkeit, solche „Überflieger" zu identifizieren, besteht darin, sich die Länder anzuschauen, die im Verhältnis zu anderen mit vergleichbarem Entwicklungsniveau ein positives Einkommenswachstum und gute Leistungen bei Messgrößen für Gesundheit und Bildung erzielt haben. Dazu gehören einige der größten Länder – Brasilien, China und Indien –, aber auch kleinere wie Bangladesch, Chile, Ghana, Indonesien, die Republik Korea, Malaysia, Mauritius, Mexiko, Thailand, Tunesien, die Türkei, Uganda und Vietnam (Grafik 3.1).

Dieses Kapitel analysiert die Leistungen einer Reihe von Ländern, die sich seit 1990 sowohl beim Einkommenswachstum als auch bei nicht-einkommensbezogenen Dimensionen menschlicher Entwicklung, und zwar Gesundheit und Bildung, deutlich verbessert haben. Einige Länder waren in einem Bereich erfolgreicher als im anderen: Brasilien und die Türkei waren bei den nicht einkommensbezogenen Komponenten des Index der menschlichen Entwicklung (HDI) erfolgreicher, während die Leistungen in China von 1990 bis 2010 vom Einkommenswachstum dominiert sind (zum Teil deshalb, weil China zu Beginn der Reformen Ende der 1970er Jahre in den Bereichen Gesundheit und Bildung schon viel erreicht hatte).[1] Wie in Kapitel 1 erwähnt, gehören zu der Gruppe von Ländern, die im Verhältnis zu vergleichbaren Ländern zwischen 1990 und 2012 herausragende Verbesserungen beim HDI erzielt haben, außerdem auch am wenigsten entwickelte Länder wie die Demokratische Volksrepublik Laos, Mali, Mosambik, Ruanda und Uganda.

Eine weitere Möglichkeit, Länder zu identifizieren, die bei der menschlichen Entwicklung viel erreicht haben, besteht darin, nach den Ländern zu suchen, die erfolgreicher darin waren, die „Kluft bei der menschlichen Entwicklung" zu schließen – gemessen an der Verringerung ihres HDI-Defizits (dem Abstand vom maximalen HDI-Wert).[2] Tabelle 3.1 listet 25 Länder auf, die entweder unter den besten 15 Entwicklungsländern waren, die ihre Defizite beim HDI im Zeitraum 1990 bis 2012 am

GRAFIK 3.1

Mehrere Länder haben sowohl bei den nicht-einkommensbezogenen als auch bei den Einkommensdimensionen des HDI gut abgeschnitten



Hinweis: Basis ist eine ausgewogene Auswahl von 92 Ländern.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

TABELLE 3.1

Ausgewählte Entwicklungsländer mit großer Verringerung des HDI-Defizits oder hohen Wachstumsraten des Bruttonationaleinkommens pro Kopf, 1990–2012

	HDI		Verringerung des HDI-Defizits[a]		Durchschnittliches jährliches Wachstum des BNE pro Kopf	
			(%)	Rang	(%)	Rang
Land	**1990**	**2012**	**1990–2012**		**1990–2012**	
Korea (Republik)	0,749	0,909	63,6	1	4,2	8
Iran (Islamische Republik)	0,540	0,742	43,9	2	2,5	32
China	0,495	0,699	40,5	3	9,4	1
Chile	0,702	0,819	39,4	4	3,8	13
Saudi-Arabien	0,653	0,782	37,3	5	0,4	77
Argentinien	0,701	0,811	36,9	6	3,5	18
Malaysia	0,635	0,769	36,6	7	3,6	17
Katar	0,553	0,712	35,6	8	2,9	29
Tunesien	0,569	0,722	35,5	9	2,5	33
Türkei	0,743	0,834	35,3	10	3,2	22
Mexiko	0,654	0,775	35,0	11	1,3	58
Algerien	0,562	0,713	34,4	12	1,0	69
Brasilien	0,666	0,780	34,3	13	3,9	11
Panama	0,590	0,730	34,1	14	1,7	50
Brunei Darussalam	0,782	0,855	33,4	15	–0,4	87
Vietnam	0,439	0,617	31,8	21	5,9	3
Mauritius	0,626	0,737	29,8	25	3,6	14
Dominikanische Republik	0,584	0,702	28,3	28	3,9	12
Myanmar	0,305	0,498	27,8	30	7,9	2
Sri Lanka	0,608	0,715	27,3	31	4,4	7
DVR Laos	0,502	0,636	26,7	36	5,3	4
Guyana	0,379	0,543	26,5	39	4,4	6
Indien	0,410	0,554	24,5	45	4,7	5
Bangladesch	0,361	0,515	24,1	47	3,9	10
Trinidad und Tobago	0,685	0,760	23,9	49	3,6	15
Mozambik	0,202	0,327	15,6	72	4,1	9

a, Verringerung des Abstands vom maximalen HDI-Wert.
Hinweis: basierend auf einer ausgewogenen Zusammenstellung von 96 Entwicklungsländern.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

stärksten reduziert haben,[3] oder die besten 15, die im gleichen Zeitraum beim Pro-Kopf-Einkommen die höchsten jährlichen Wachstumsraten erzielt haben.

Die erste Reihe von Ländern ergänzte erfolgreich ein schnelles Wirtschaftswachstum um eine Sozialpolitik, die breiteren Teilen der Gesellschaft und insbesondere den Armen zugutekommt. Zum Beispiel hat China sein Defizit beim HDI stärker reduziert als alle anderen Länder mit Ausnahme des Iran und der Republik Korea. Obwohl ihr Wirtschaftswachstum geringer war als das Chinas, hat die Republik Korea die größten Zuwächse beim HDI-Wert verzeichnet. Vietnam schnitt auch gut ab und rangierte beim Einkommenswachstum an dritter Stelle und bei Verbesserungen beim HDI unter den besten 20. Auch Sri Lanka verzeichnete trotz des jahrelangen internen Konflikts ein hohes Einkommenswachstum sowie eine beachtliche Verringerung beim HDI-Defizit.[4]

Indiens wirtschaftliche Leistungen waren ebenfalls beeindruckend. Das jährliche Einkommenswachstum lag im Zeitraum 1990 bis 2012 im Durchschnitt bei fast fünf Prozent. Dennoch ist Indiens Pro-Kopf-Einkommen mit rund 3.400 US-Dollar im Jahr 2012 noch immer niedrig. Um den Lebensstandard zu erhöhen, braucht es weiteres Wachstum, denn es ist schwierig, bei einem niedrigen Einkommen die Armut allein durch Umverteilung wesentlich zu reduzieren. Indiens Leistungen bei der Beschleunigung der menschlichen Entwicklung sind jedoch weniger beeindruckend als sein Wirtschaftswachstum. Tatsächlich schneidet Bangladesch mit seinem sehr viel langsameren Wirtschaftswachstum und einem halb so hohen Pro-Kopf-Einkommen wie Indien bei einigen Indikatoren fast genauso gut oder besser ab.

Algerien, Brasilien und Mexiko gehören in Bezug auf die Verringerung des HDI-Defizits zu den besten 15 Ländern, obwohl im Zeitraum 1990 bis 2012 ihr Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt nur zwischen ein und zwei Prozent pro Jahr zunahm. Ihre Erfahrungen weisen auf die zweite allgemeine Strategie hin, die sich für die menschliche Entwicklung ausgezahlt hat: staatlichen Investitionen in die Verwirklichungschancen der Menschen Vorrang zu geben, insbesondere in Gesundheit, Bildung und Ernährung, und die Gesellschaften widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche, ökologische und andere Gefahren und Schocks zu machen.

Hieraus lässt sich etwas lernen: Die Länder können sich nicht allein auf das Wachstum verlassen. Wie die *Berichte über die menschliche Entwicklung* 1993 und 1996 aufzeigten, besteht kein automatischer Zusammenhang zwischen Wachstum und menschlicher Entwicklung.[5] Er muss durch gezielte politische Handlungskonzepte zugunsten der Armen befördert werden, indem man gleichzeitig in Gesundheit und Bildung investiert, das Angebot an angemessenen Arbeitsplätzen ausweitet, und den Raubbau an natürlichen Ressourcen verhindert, das Geschlechtergleichgewicht und eine ausgewogene Einkommensverteilung sicherstellt und die unnötige Verdrängung von Gemeinschaften vermeidet.

Das soll nicht heißen, dass Wirtschaftswachstum keine Rolle spielt. Arme Länder mit vielen armen Menschen brauchen höhere Einkommen. Auf nationaler Ebene kann ein schnelleres Wachstum die Länder in die Lage versetzen, Schulden und Defizite zu reduzieren und zusätzliche öffentliche Einnahmen zu generieren, um stärker in die Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu investieren, insbesondere in Gesundheit und Bildung. In den Haushalten hilft das Einkommenswachstum Grundbedürfnisse zu decken, den Lebensstandard zu verbessern und die Lebensqualität zu erhöhen.

Dennoch sorgen höhere Einkommen nicht automatisch für entsprechende Verbesserungen beim menschlichen Wohlergehen. Zum Beispiel haben die Einwohner großer Städte in der Regel ein hohes Pro-Kopf-Einkommen, doch es gibt dort auch eine hohe Kriminalität, Umweltverschmutzung und Verkehrsstaus. In ländlichen Regionen steigt vielleicht das Einkommen der bäuerlichen Haushalte, doch es gibt unter Umständen noch immer keine Dorf-

KASTEN 3.1

Die Geschichte und die Ausgangsbedingungen spielen eine Rolle, doch sie werden nicht zum Verhängnis

Die „Ausgangsbedingungen" haben tiefgreifende Auswirkungen, denn bestimmte Merkmale sind nicht nur schwierig zu ändern, sie werden oft auch durch Institutionen und politische Systeme verewigt. In Gesellschaften, in denen es zu Beginn starke Ungleichheit gab, können Eliten rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, die ihren Einfluss festschreiben, was sie wiederum in die Lage versetzt, die starke Ungleichheit zu ihrem Vorteil aufrechtzuerhalten. Nehmen wir zum Beispiel den amerikanischen Kontinent, wo im 18. Jahrhundert drei unterschiedliche Typen von Kolonien entstanden – in Abhängigkeit von den Ausgangsbedingungen Bodenbeschaffenheit, Klima und dort lebende einheimische Bevölkerung.

In der Karibik entstanden durch den Boden und das Klima Kolonien, die für die Produktion lukrativer Agrarprodukte im großen Stil geeignet waren. Die Verteilung von Wohlstand und Humankapital war extrem ungleich und bevorteilte die Elite, die in der Lage war, große Kompanien von Sklaven aufzubauen. Im spanischen Amerika, das reich an Mineralien und einheimischer Bevölkerung war, verteilten die Machthaber das Land an die spanischen Kolonialisten. Die Eliten dienten der spanischen Krone und erhielten ihren Status nach der Unabhängigkeit aufrecht. Die Einkommensungleichheit bestand entlang ethnischer Trennlinien, das Eigentum großer Ländereien war eine Voraussetzung für die Staatsangehörigkeit. Im heutigen Peru, wie in vielen anderen Ländern, bestehen starke horizontale Ungleichheiten zwischen indigenen Bevölkerungsgruppen und Gruppen europäischer Abstammung. (In den nördlichen Teilen Amerikas gab es keine große einheimische Bevölkerung, und Boden und Klima boten sich nicht dafür an, durch Massenproduktion Kosten zu sparen. Somit verließ man sich auf Arbeitskräfte europäischer Abstammung, mit hohem Humankapital und eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. Mit reichlich Land und wenig Kapitalbedarf arbeiteten die meisten Männer als unabhängige Geschäftsinhaber.

Haiti ist heute das ärmste Land in der westlichen Hemisphäre. Kurz vor seiner Revolution im Jahr 1790 war es wohl das reichste Land in der Neuen Welt. Die Briten debattierten nach dem Siebenjährigen Krieg zwischen Briten und Franzosen (1756 bis 1763), ob sie die Karibikinsel Guadeloupe oder Kanada als Reparation nehmen sollten. Kanada erwies sich mehrere Jahrhunderte später als erfolgreicher als andere Volkswirtschaften in der Hemisphäre.

Doch Geschichte und Ausgangsbedingungen sind keine unüberwindbaren Hindernisse. Etwa die Hälfte der durch den HDI gemessenen Entwicklungsfortschritte im Laufe der vergangenen 30 Jahre lässt sich durch den ursprünglichen HDI-Wert von 1980 nicht erklären. Länder, die von einem ähnlichen Niveau ausgegangen waren, wie zum Beispiel Indien und Pakistan, Chile und Venezuela, Malaysia und die Philippinen oder Liberia und der Senegal haben schließlich unterschiedliche Ergebnisse erzielt. Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2010 zeigte: Wenn Länder mit ähnlichen Ausgangspunkten auseinandergehende Entwicklungsverläufe erleben, die globalen durchschnittlichen Errungenschaften sich aber nicht verändert haben, können wir daraus schließen, dass es nationale Kräfte, politische Handlungskonzepte, Institutionen, der soziale Kontext und idiosynkratische Schocks sind, die die nationalen Entwicklungsergebnisse vorantreiben. Kein Land bleibt lange ein Gefangener seiner Geschichte, wenn es ausbrechen will.

Quelle: Engerman und Sokoloff 2002, Hoff 2003, Thorp und Paredes 2011,UNDP 2010a.

In diesem Kapitel werden drei Triebkräfte der Entwicklung herausgehoben: ein proaktiver Entwicklungsstaat, die Erschließung globaler Märkte sowie entschlossene sozialpolitische Innovationen

schule oder kein Gesundheitszentrum. Die Ausgangsbedingungen haben wesentlichen Einfluss auf das Tempo der aktuellen und zukünftigen Entwicklung der Länder. Doch auch andere Dinge spielen eine Rolle (Kasten 3.1).

In der Tat sind die Verbindungen zwischen Wirtschaftswachstum und menschlicher Entwicklung mehrmals gerissen. Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 1996 identifizierte sechs unerwünschte Arten von Wachstum: Wachstum ohne Arbeitsplätze, durch das sich die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht verbessern; Wachstum ohne Skrupel, das mit zunehmender Ungleichheit einhergeht; Wachstum ohne Mitsprache, das besonders verletzlichen Gemeinschaften die Beteiligung verweigert; Wachstum ohne Wurzeln, das unpassende Modelle verwendet, die von woanders übertragen wurden; und Wachstum ohne Zukunft, das auf die ungezügelte Ausbeutung der Umweltressourcen setzt.[6]

Welche Faktoren spielen eine Rolle, damit die Wirtschaft stärker wächst und sich das Wachstum auch in menschliche Entwicklung umsetzt? Was lässt sich aus der Vielfalt an Erfahrungen, die diese Länder in Bezug auf menschliche Entwicklung gemacht haben, für die Politik lernen? Was sind die Triebkräfte für grundlegende Veränderungen? In diesem Kapitel werden drei herausgehoben:

- Ein proaktiver Entwicklungsstaat.
- Die Erschließung globaler Märkte.
- Entschlossene sozialpolitische Innovationen.

Diese Triebkräfte leiten sich nicht aus abstrakten Vorstellungen davon, wie Entwicklung funktionieren sollte, ab. Vielmehr zeigen sie sich an den Erfahrungen, die viele Länder des Südens mit sich verändernden Entwicklungen gemacht haben. In der Tat stellen sie vorgefasste und präskriptive Ansätze infrage: Einerseits verzichten sie auf eine Reihe kollektivistischer, zentral gemanagter Vorschriften; andererseits weichen sie von der vollständigen Liberalisierung ab, die der Konsens von Washington vorsieht.

Diese Triebkräfte deuten eine Entwicklung hin zu einem neuen Ansatz an. Demnach ist der Staat ein notwendiger Katalysator, der seine Politik und seine Maßnahmen entsprechend der neuen Realitäten und Herausforderungen der globalen Märkte pragmatisch anpasst.

Diese neue Perspektive erkennt an, dass Entwicklung nicht automatisch stattfindet und dass Transformationsprozesse nicht allein den Märkten überlassen werden können. Stattdessen muss der Staat durch politische Konzepte und Institutionen, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranbringen können, die Gesellschaft aktiv mobilisieren. Das ist jedoch kein allgemeingültiges Rezept. Die Art und Weise, wie diese drei Elemente in politisches Handeln umgesetzt werden, ist kontextspezifisch und hängt von den Merkmalen des jeweiligen Landes, von den Kapazitäten der Regierung und von den Beziehungen zum Rest der Welt ab.

Triebkraft 1: Ein proaktiver Entwicklungsstaat

Bei Entwicklung geht es darum, eine Gesellschaft so zu verändern, dass sich das Wohlergehen der Menschen über Generationen verbessert, dass sich ihre Wahlmöglichkeiten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Einkommen erweitern und dass sich ihre Freiheiten und ihre Chancen für sinnvolle gesellschaftliche Beteiligung ausweiten.

Ein gemeinsames Merkmal der Länder, die einen solchen grundlegenden Wandel geschafft haben, ist ein starker, proaktiver Staat, der auch als „Entwicklungsstaat" bezeichnet wird. Der Begriff bezieht sich auf einen Staat mit einer aktiven Regierung und einer oft apolitischen Elite, die eine rasche wirtschaftliche Entwicklung als ihr oberstes Ziel ansieht. Einige gehen weiter und fügen noch ein weiteres Merkmal hinzu: Es ist ein Staat, der seiner Bürokratie die Macht und Autorität verleiht, politische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Hohe Wachstumsraten und Verbesserungen beim Lebensstandard verleihen wiederum dem Staatsapparat und den herrschenden Eliten ihre Legitimität.[7]

In einigen beachtenswerten Fällen werden Entwicklungsfortschritte von einer langfristigen Vision und gemeinsamen Normen und Werten sowie von Regeln und Institutionen, die Vertrauen und Zusammenhalt schaffen, geleitet. Wenn man Entwicklung als Transformationsprozess ansieht, erfordert dies die Berück-

KASTEN 3.2

Was ist ein Entwicklungsstaat? Muss er autoritär sein?

Die aktuelle Literatur zu Entwicklungsstaaten entstand aus den Erfahrungen der ostasiatischen Wirtschafts„wunder"länder: Japan vor dem Zweiten Weltkrieg und Hongkong/China (Sonderverwaltungszone), die Republik Korea, Singapur und Taiwan (Provinz von China) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In jüngster Zeit können China und Vietnam (sowie die Demokratische Volksrepublik Laos und Kambodscha) als Entwicklungsstaaten angesehen werden. Zu den gemeinsamen Merkmalen gehört, dass man wirtschaftliche Entwicklung fördert, indem man bestimmte Sektoren ausdrücklich bevorzugt; über kompetente Bürokratien verfügt; robuste, kompetente öffentliche Institutionen ins Zentrum von Entwicklungsstrategien stellt; gesellschaftliche und wirtschaftliche Ziele klar artikuliert und politische Legitimität aus Entwicklungsleistungen ableitet.

Dass einige Entwicklungsstaaten Ostasiens keine Demokratien waren, hat viele dazu gebracht, anzunehmen, das Modell des Entwicklungsstaates sei auch autokratisch. Doch die Anhaltspunkte für das Verhältnis zwischen autoritären Regierungssystemen und Entwicklung sind gemischt. Demokratische Länder wie Japan und die Vereinigten Staaten haben als Entwicklungsstaaten funktioniert. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann Frankreich mit Planungen durch das Commissariat Général du Plan (die Planungskommission), mit einer von Elite-Bürokraten angeführten sektoralen Strukturpolitik und der aggressiven Nutzung von Unternehmen in staatlicher Hand. Seit den 1950er Jahren handelten auch die skandinavischen Länder als eine Art Entwicklungsstaaten, wo politische Legitimität statt aus raschem Wachstum aus dem Wohlfahrtsstaat und Vollbeschäftigung abgeleitet wird. Der schwedische Staat entwickelte mit Public-private-Partnerships strategische Sektoren (Eisen und Stahl, das Eisenbahnwesen, Telegrafie und Telefonie sowie Wasserkraft). Um die Entwicklung der Schwerindustrie zu unterstützen, bot er auch gezielten Schutz und förderte Forschung und Entwicklung. Die schwedische Wohlfahrtspolitik war eng in Strategien zur Förderung von Strukturwandel zugunsten von Sektoren mit höherer Produktivität eingebunden.

Die Vereinigten Staaten haben eine lange Geschichte als Entwicklungsstaat, die bis in die frühen Tage der Republik zurückreicht. Alexander Hamilton, der erste Finanzminister der USA, gilt allgemein als Vater und Erfinder des „infant industry"-Arguments. Zwischen 1830 und 1945 errichteten die Vereinigten Staaten einige der höchsten Handelsbarrieren weltweit. Im selben Zeitraum investierten sie massiv in Infrastruktur (die pazifische Eisenbahn, Kanäle im Mittleren Westen und landwirtschaftliche Infrastruktur), höhere Bildung sowie Forschung und Entwicklung. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Vereinigten Staaten eine industrielle Vormachtstellung erreicht hatten, und trotz des Aufstiegs des Marktfundamentalismus überlebte der Entwicklungsstaat.

Block (2008) argumentiert, dass der Staat sich darauf konzentriert habe, durch Kooperation innerhalb eines Netzwerks von Technologie-Experten aus staatlichen Institutionen, der Wirtschaft, Universitäten und Forschungsinstituten den neusten Stand der technologischen Forschung in kommerzielle Nutzung umzusetzen. Die Developmentalismus-Theorie lebte im Schatten der US-amerikanischen Politik, denn die Anerkennung der zentralen Rolle des Staates bei der Förderung des technologischen Wandels lässt sich nicht mit der Behauptung vereinbaren, dass der Privatsektor sich selbst überlassen bleiben sollte, um eigenständig auf Marktsignale zu reagieren. Doch obwohl der Entwicklungsstaat Vereinigte Staaten mangels Legitimität und wegen der instabilen Finanzierung und anderen Einschränkungen aufgrund der Tatsache, dass er „verborgen" war, eine begrenzte Reichweite hatte, war er recht erfolgreich. In vielen Sektoren haben die Vereinigten Staaten durch die öffentliche Finanzierung von Forschung und Entwicklung und durch das staatliche Beschaffungswesen in den Bereichen Verteidigung (Computer, Flugzeuge, Internet) und Gesundheit (Medikamente, Genmanipulation) internationale Wettbewerbsfähigkeit entwickelt.

Quelle: Evans 2010; Chang 2010; Edigheji 2010; Block 2008.

sichtigung dieser immateriellen Faktoren sowie ein Verständnis davon, wie sie die Organisation der Gesellschaft beeinflussen und mit einzelnen politischen Maßnahmen und Reformen interagieren.

Die Eigenverantwortung (ownership) der Länder für ihre Entwicklungsstrategie, eine sehr kompetente Verwaltung und geeignete politische Konzepte sind essenzielle Elemente, die zusammen den Transformationsprozess gestalten.[8] Diese Konzepte müssen darauf ausgerichtet sein, grundlegende Veränderungen zu befördern, indem man Hemmnisse sowie potenzielle Katalysatoren für Veränderungen identifiziert. In diesem Prozess müssen Institutionen, Gesellschaften und Einzelpersonen ihre eigenen Ziele festlegen und Strategien und politische Handlungskonzepte identifizieren, mit denen diese sich erreichen lassen. Obwohl Partizipation nicht überall angestrebt wird, ist eine breite Beteiligung der Bevölkerung insofern, dass auf sie gehört wird, dass ihre Meinung in Entscheidungsprozessen berücksichtigt wird und dass sie an der Festlegung der Agenda aktiv beteiligt ist, einer langfristigen, nachhaltigen Entwicklung förderlich. Genauso förderlich wie eine beständige politische Führung, die, unterstützt von starken technokratischen Teams, ein institutionelles Gedächtnis und politische Kontinuität sicherstellen kann (Kasten 3.2).[9]

Es gibt kein einfaches Rezept für die Verknüpfung von menschlicher Entwicklung und Wirtschaftswachstum oder die Beschleunigung des Wachstums.[10] In einer Studie unter

Es gibt kein einfaches Rezept für die Verknüpfung von menschlicher Entwicklung und Wirtschaftswachstum oder die Beschleunigung des Wachstums

Verwendung von Daten aus verschiedenen Ländern für den Zeitraum 1950 bis 2005 wurde festgestellt, dass die große Mehrheit der Durchstarter beim Wachstum nicht durch bedeutende Wirtschaftsreformen entsteht und dass die meisten substanziellen Wirtschaftsreformen keine Wachstumsschübe bringen.[11] Erfolgreiche Länder haben ein schnelles Wachstum erreicht, indem sie nach und nach hinderliche Fortschrittshemmnisse beseitigt haben, und nicht indem sie eine lange Liste politischer Handlungskonzepte und Reformen umgesetzt haben. Der Staat spielt dabei eine kritische Rolle. Die Länder, die erfolgreich ein anhaltendes Wachstum angestoßen haben, waren mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Sie haben unterschiedliche politische Maßnahmen zur Marktregulierung, Exportförderung, industriellen Entwicklung, technologischen Anpassung und für technologischen Fortschritt ergriffen.[12] Wenn ein Land bereits ein schnelles Wachstum verzeichnet, besteht die Herausforderung darin, zukünftige Hemmnisse zu beseitigen oder es vorherzusehen, wenn sie tatsächlich oder potenziell behindern. Positive Aspekte von Handelskrisen, wie der jüngste Boom auf den Rohstoffmärkten infolge des Aufstiegs des Südens, können einen Wachstumsschub zwar anstoßen, aber nicht längerfristig aufrechterhalten. Zielgerichtete wirtschaftliche und institutionelle Reformen scheinen jedoch statistisch und quantitativ signifikante Auswirkungen darauf zu haben, wie anhaltend ein sich beschleunigendes Wachstum ist.[13]

Ein weiteres Merkmal von Entwicklungsstaaten ist, dass sie eine Strukturpolitik verfolgen, die darauf abzielt, bei Koordinationsproblemen und Externalitäten Abhilfe zu schaffen, indem sie komparative Vorteile „managen"

In vielen Entwicklungsländern mit guten Leistungen arbeitet der Staat anders als ein konventioneller Wohlfahrtsstaat, der darauf abzielt, Marktversagen zu korrigieren und soziale Sicherheitsnetze aufzubauen und gleichzeitig ein von den Märkten angetriebenes Wachstum fördert. Stattdessen sind Entwicklungsstaaten proaktiv: Sie initiieren und beobachten grundlegende Veränderungen im Leben der Menschen.[14] Statt einfach nur wirtschaftsfreundlich zu sein, sind diese Staaten entwicklungsfreundlich. Diejenigen mit überzeugenden, innovativen sozialen Programmen sind oft auch menschenfreundlich – ein notwendiger Fortschritt auf dem Weg von der Fokussierung des Wachstums hin zu menschlicher Entwicklung.

Ein weiteres Merkmal von Entwicklungsstaaten ist, dass sie eine Strukturpolitik verfolgen, die darauf abzielt, bei Koordinationsproblemen und Externalitäten Abhilfe zu schaffen, indem sie komparative Vorteile „managen".[15] Zum Beispiel kann der Staat Wirtschaftszweige fördern, von denen er glaubt, sie hätten einen latenten komparativen Vorteil, oder er kann versuchen, den Stellenwert von Wirtschaftszweigen zu erhöhen, deren statischer komparativer Vorteil sie nicht vorankommen lässt. Im Ergebnis waren viele Wirtschaftszweige, die vom Schutz durch hohe Zölle profitierten, danach auf den Weltmärkten erfolgreich.[16] Nichtsdestoweniger kann es unter Umständen schwierig sein, den Erfolg oder Misserfolg eines bestimmten Wirtschaftszweigs auf eine bestimmte Handelspolitik zurückzuführen, denn Maßnahmen der Regierung sind von einer Vielzahl an Motivationen geleitet, angefangen von Steuereinnahmen bis hin zum Schutz von Partikularinteressen. Die Anhaltspunkte aus länderübergreifenden Studien zum Nutzen des Wirtschaftsprotektionismus ergeben kein klares Bild. Es wird jedoch unterschieden zwischen einer allgemein wünschenswerten „weichen" Strukturpolitik, wie die Verbesserung der Infrastruktur und technologische Anpassung, und einer „harten" Strukturpolitik, wie direkte Steuern und Subventionsmaßnahmen, die bestimmte Wirtschaftszweige begünstigen und deren Wirksamkeit von bestimmten Bedingungen in den einzelnen Ländern abhängig ist. Es gibt jedoch kein globales Rezept: Was in Ostasien funktioniert hat, funktioniert in Lateinamerika unter Umständen nicht.

- *Japan.* Japan hat lange als ein Staat agiert, der Entwicklung begünstigt hat. In den 1870er Jahren gab es bereits eine Gruppe „gut ausgebildeter, patriotischer Geschäftsleute und Händler und eine Regierung, die sich auf die Modernisierung der Wirtschaft konzentrierte".[17] Später schafften viele Reformen die Infrastruktur eines modernen Landes, darunter eine einheitliche Währung, das Eisenbahnwesen, öffentliche Bildung und Gesetze für das Bankwesen. Die Regierung errichtete und betrieb staatliche Fabriken und Industrien, von der Baumwolle bis hin zum Schiffsbau. Sie förderte auch die einheimische Produktion, indem sie die Einfuhrzölle

KASTEN 3.3 *Akihiko Tanaka, Präsident der Japanischen Internationalen Kooperationsagentur*

Japan und die Dreieckskooperation

Ermutigt durch die bemerkenswerten wirtschaftlichen Leistungen der Schwellenländer haben die Süd-Süd-Kooperation und die Dreieckskooperation in den letzten Jahren rasch zugenommen. Sie sind aus ihrer traditionellen Rolle als Ergänzungen zur Nord-Süd-Kooperation herausgewachsen und für viele Entwicklungsländer jetzt eine unverzichtbare Quelle für Wissensaustausch und Innovationen.

Es gibt vier Vorteile und Verdienste der Süd-Süd- und der Dreieckskooperation: Der Nutzen, der sich aus dem gleichberechtigten Austausch von Wissen und Erfahrungen unter Ländern in ähnlicher Situation ergibt, um effektivere Lösungen zu finden, der Austausch angepasster Technologie und Erfahrungen, der die Konvergenz mit Zielen der Nord-Süd-Zusammenarbeit fördern kann, der Respekt für wirkliche Verantwortung mit dem Süden am Ruder sowie die potenziell rasche Entwicklung von Entwicklungsländern zu neuen Gebern.

Bereits 1975 erkannte Japan den Wert der Süd-Süd- und Dreieckskooperation und begann ein großes Trainingsprogramm. Japan hatte einen Entwicklungsverlauf erlebt, der dem einiger Schwellenländer heute ähnelt. Es war erst ein Nettoempfänger von ausländischer Hilfe, spielte dann für einige Jahre eine Doppelrolle als Hilfsempfänger und sich entwickelnder Geber, bevor es schließlich als erstes asiatisches Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1964 nur noch Geber wurde.

Dieser Entwicklungsweg überzeugte Japan, dass der Austausch von entwicklungsbezogenen Erfahrungen, Wissen und angepassten Technologien unter Entwicklungsländern in der Entwicklungszusammenarbeit eine sehr nützliche Rolle spielen kann und es damit verdient, von Gebern unterstützt zu werden.

Ein herausragendes Beispiel ist die Kooperation zwischen Brasilien, Japan und Mosambik. Japan half Brasilien, seine tropische Savannenregion zu entwickeln, die als Cerrado bekannt ist. Brasilien wurde dadurch zum führenden Erzeuger von Sojabohnen und anderen Agrarprodukten. Die beiden Länder unterstützen nun gemeinsam Mosambik bei der Entwicklung der riesigen Savanne des Landes.

Eine neu entstehende Herausforderung besteht nun im Ausbau der Süd-Süd- und Dreieckskooperation als zentraler Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit bei gleichzeitiger Vermeidung einer übermäßigen Fragmentierung der Hilfe unter einer zunehmenden Zahl entwicklungspolitischer Akteure.

auf viele Industrieprodukte anhob. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat Japan einen grundlegenden Wandel von einem Entwicklungshilfe-Empfänger zu einem Geber erlebt (siehe Kasten 3.3).

- *Republik Korea.* Zwischen 1960 und 1980 hat die Republik Korea bedeutende Erfolge verzeichnet. Nach 1961 erlangte die Regierung durch eine Reihe von Reformen eine herrschende Stellung über ihre Geschäftswelt. Dazu zählten Maßnahmen, die die institutionelle Kohärenz des Staates verbesserten, wie zum Beispiel die Einrichtung eines Wirtschaftsplanungsausschusses, sich aber auf die Kontrolle über die Finanzen konzentrierten. Die Regierung vermied auch staatliche Subventionskonzepte. In der Folge war sie in der Lage, eine Verschiebung weg von der Importsubstitution hin zur Exportförderung anzuleiten.[18]

Andere aufstrebende Länder des Südens haben eine ähnliche Politik verfolgt. Regierungen sind Partnerschaften mit dem Privatsektor eingegangen, um komparative Vorteile in den vielversprechendsten Sektoren zu entwickeln. Gleichzeitig stellten sie ein effektives makroökonomisches Management sicher und förderten Innovationen. Sie haben auch besondere Aufmerksamkeit darauf gelegt, gesellschaftliche Chancen auszuweiten, indem sie politische Prioritäten setzten, ausgewählte Wirtschaftszweige förderten, Komplementaritäten zwischen Staat und Wirtschaft unterstützten, sich zu langfristigen Reformen verpflichteten, eine starke politische Führung hatten, durch Handeln lernten und staatliche Investitionen ankurbelten.

Politische Prioritäten setzen

Wichtiger als Preise richtig festzulegen, ist es für einen Entwicklungsstaat, die politischen Prioritäten richtig zu setzen. Die Politik sollte die Menschen in den Mittelpunkt stellen und Chancen fördern, während sie gleichzeitig Schutz vor nachteiligen Risiken bietet. Die politischen Konzepte und Prioritäten richtig festzulegen, stellt den Staat vor die ebenso wichtige Herausforderung, den Prozess der Politikgestaltung richtig zu bewerkstelligen. Die regierenden Institutionen und die politischen Handlungskonzepte hängen hochgradig und untrennbar miteinander zusammen; eins kann ohne das andere keinen Erfolg haben. Es ist daher wichtig, dass politische Prozesse von engagierten Menschen in effektiven und reak-

Wichtiger als Preise richtig festzulegen, ist es für einen Entwicklungsstaat, die politischen Prioritäten richtig zu setzen. Die Politik sollte die Menschen in den Mittelpunkt stellen und Chancen fördern, während sie gleichzeitig Schutz vor nachteiligen Risiken bietet

KASTEN 3.4

Investitionen in die Landwirtschaft

Strategische Investitionen in die Landwirtschaft können grundlegende Veränderungen bewirken. Höhere Ernteerträge bedeuten nicht nur Verbesserungen des Lebensunterhalts der Bauern, sondern erhöhen auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in ländlichen Gebieten, was neue Chancen für wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Sie könnten auch zu niedrigeren Lebensmittelpreisen führen, den Lebensmittelkostenanteil an den Haushaltsausgaben verringern und Märkte für andere Wirtschaftssektoren schaffen.

Die Agrarforschung ist ein öffentliches Gut und wird von der Privatwirtschaft tendenziell nicht ausreichend betrieben. Deshalb können Regierungen in diesem Bereich nützliche Beiträge leisten. Aktuelle Studien zu mehreren afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern zeigen, dass mehr öffentliche Ausgaben in der Landwirtschaft besonders gut sind, um Wachstum zu fördern. Disaggregiert man die Ausgaben für die Landwirtschaft in Forschungsausgaben und nicht-forschungsbezogene Ausgaben, so zeigt sich, dass die Forschungsausgaben besonders wirkungsvoll sind. Die Bereitstellung anderer öffentlicher Güter, wie Beratungsleistungen in der Landwirtschaft oder Bewässerungssysteme, ist ebenfalls von Nutzen.

China hat das größte landwirtschaftliche Forschungs- und Entwicklungssystem der Welt. Seine Forschung ist in der Chinesischen Akademie für Agrarwissenschaften, in Universitäten und in der Chinesischen Wissenschaftsakademie angesiedelt, die zusammen mehr als 1.100 Forschungsinstitute umfassen. China wird führend in der Süd-Süd-Kooperation mit afrikanischen Ländern, von denen nun viele von der chinesischen Forschung profitieren.

Die Agrartechnologie war auch eine der Stärken Brasiliens. 2006 wurden schätzungsweise 41 Prozent der Gesamtausgaben für Agrarforschung in Lateinamerika in Brasilien getätigt. Das System für Agrarforschung und Innovation (SRPA) hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Effizienz pro Arbeiter in der Landwirtschaft sich fast vervierfacht hat. Das brasilianische Agarforschungsinstitut, ein staatliches Unternehmen, spielte eine entscheidende Rolle bei der Ausweitung der für den Anbau geeigneten Landfläche. In ähnlicher Weise wurden viele der Programme in der brasilianischen Landwirtschaft unter Einbeziehung von Nachhaltigkeitsüberlegungen entwickelt. Um sich zum Beispiel für gestützte Preise und für Kreditprogramme zu qualifizieren, müssen die Bauern Zonierungsgesetze achten. Ein weiteres Programm, Moderagro, gibt Bauern Kredite, damit sie ihre landwirtschaftlichen Vorgehensweisen verbessern und natürliche Ressourcen schützen können. Auch Produsa gibt Kredite für den Anbau auf landwirtschaftlichen Flächen mit degradierten Böden, während Propflora Kredite nutzt, um Bäume zu pflanzen (insbesondere für Palmöl).

Quelle: OECD 2006a, 2011a; Fan und Saurkar 2006; Fan, Nestorova und Olofinbiyi 2010; Stads und Beintema 2009; World Bank 2012a.

tionsfähigen Regierungsstrukturen gemanagt werden. Politische Konzepte verändern sich auch mit den unterschiedlichen Entwicklungsstadien: In frühen Stadien legen viele Länder zum Beispiel die Prioritäten auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Minderung der Armut.

- *Indonesien.* Mit Unterstützung der Einnahmen durch den neu entdeckten Ölreichtum ergänzte Indonesien seit Mitte der 1970er Jahre seine Importe substituierende Industrialisierung um einen größeren Vorstoß in der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung (zum Thema Transformationspotenzial strategischer Investitionen in die Landwirtschaft siehe Kasten 3.4). Diese Strategie eines ausgewogenen Wachstums steigerte die Nachfrage nach Arbeitskräften und verringerte so die Arbeitslosigkeit und erhöhte die Reallöhne.[19] Als dann Mitte der 1980er Jahre die Öl-Einnahmen abzunehmen begannen, wechselte Indonesien von der Importsubstitution zu einer nach außen gerichteten Industrialisierung. Dazu wurden überzählige Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgezogen. Sie sollten nun im verarbeitenden Sektor arbeiten, der höhere Löhne bot. Anfang der 1990er Jahre, als der Arbeitskräfteüberschuss aufgezehrt war, wurde die Armut vor allem durch steigende Löhne weiter verringert. Jede Phase beinhaltete somit einen Ansatz, bei dem die Menschen im Mittelpunkt standen, und die Wachstumsstrategie wurde auf die sich verändernden Bedingungen hin modifiziert.

Steigerung des öffentlichen Investitionsvolumens

Im traditionellen wirtschafts- und sozialpolitischen Denken, wie es vom Konsens von Washington betont wird, wurde der Schwerpunkt darauf gelegt, als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum die richtigen wirtschaftlichen Grundlagen richtig zu schaffen. Es wurde argumentiert, dass andere Verbesserungen bei der menschlichen Entwicklung folgen würden. Ein Ansatz menschlicher Entwicklung fordert

dagegen, dass Verbesserungen im Leben der Armen nicht aufgeschoben werden dürfen. Menschenfreundliche Entwicklungsstaaten sind also diejenigen, die die Dienstleistungen in einer Reihe von Bereichen der sozialen Grundversorgung ausbauen (Kasten 3.5).[20] So gesehen sind Investitionen in die menschlichen Verwirklichungschancen – durch Gesundheit, Bildung und andere öffentliche Dienste – keine Anhängsel des Wachstumsprozesses, sondern ein integraler Bestandteil davon.

Abgesehen vom Umfang der öffentlichen Ausgaben beeinflussen auch die Zusammensetzung und die Effizienz, mit der diese Ausgaben getätigt werden, die effektive Bereitstellung öffentlicher Dienste und die Erweiterung von Verwirklichungschancen. Die Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben unterscheidet sich von Land zu Land. Eine globale, länderübergreifende Analyse zeigt eine positive Korrelation zwischen früheren Pro-Kopf-Ausgaben des öffentlichen Sektors im Gesundheits- und Bildungswesen und den aktuellen Ergebnissen bei der menschlichen Entwicklung (Grafik 3.2). Auch gibt es einen Zusammenhang zwischen höheren früheren Pro-Kopf-Ausgaben des Staates im Gesundheitswesen und besseren Überlebensquoten bei Kindern und einer niedrigeren Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren (Grafik 3.3). Solche Ergebnisse hängen natürlich vom Entwicklungsstand eines Landes ab, und davon, wie gut das Geld ausgegeben wird. Die Länder sollten Mechanismen für eine gegenseitige Kontrolle einführen, um unbesonnene Schuldenaufnahmen und eine verschwenderische Ausgabenpolitik zu verhindern.

Es ist viel darüber diskutiert worden, ob öffentliche Investitionen private Investitionen anziehen oder verdrängen. Betrachtet man die Heterogenität, mit der öffentliche Gelder in Entwicklungsländern eingesetzt werden, sind beide Ergebnisse möglich. Angesichts des niedrigen Bildungs- und Gesundheitsniveaus und der schwachen Entwicklung der Infrastruktur in Südasien und Afrika südlich der Sahara, verglichen mit den Hochleistungsländern in

Investitionen in die menschlichen Verwirklichungschancen – durch Gesundheit, Bildung und andere öffentliche Dienste – sind keine Anhängsel des Wachstumsprozesses, sondern ein integraler Bestandteil davon

KASTEN 3.5

Osteuropa und Zentralasien: wo Norden und Süden zusammentreffen

Der sich grundlegend verändernde Osten verbindet den Norden und den aufsteigenden Süden. Auf Osteuropa und Zentralasien entfallen fünf Prozent der Weltbevölkerung und der Produktion. Die dortigen Erfahrungen im Management eines schnellen Übergangs von zentralen Planwirtschaften zu Marktwirtschaften können für Entwicklungsländer in anderen Teilen der Welt lehrreich sein. Die erste Transformationsphase begann mit einem starken Rückgang des Lebensstandards und der menschlichen Entwicklung. Zwar schaffte es jedes Land, sich daraufhin unter unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen wieder zu erholen, doch die insgesamt gemachten Erfahrungen unterstreichen die Bedeutung sozialer Inklusion und einer verantwortungsvollen Rolle des Staates.

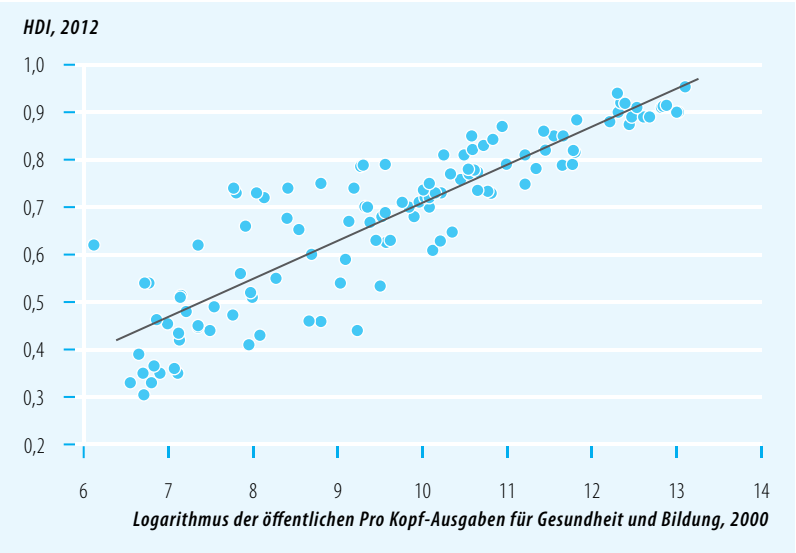
Der regionale Bericht über die menschliche Entwicklung für Europa und die Gemeinschaft unabhängiger Staaten 2011 zeigte eine negative Korrelation zwischen dem HDI und Messgrößen sozialer Ausgrenzung in Osteuropa und Zentralasien. Der Bericht stellte fest, dass wirtschaftliche Variablen für weniger als ein Drittel der Risiken verantwortlich sind, die zur individuellen Ausgrenzung beitragen. Informelle Arbeit, Korruption und langatmige Prozeduren für Unternehmensneugründungen wurden mit starker sozialer Ausgrenzung in Zusammenhang gebracht. Da Beschäftigung Inklusion erleichtert, wurde auch festgestellt, dass arbeitsfähige und gut zugängliche Institutionen des Arbeitsmarktes von Bedeutung sind. Eine wichtige Lektion aus zwei Übergangsjahrzehnten ist, dass der Staat eine entscheidende Rolle zu spielen hat, um das Umfeld für inklusives Wachstum und inklusive Gesellschaften zu schaffen. Gibt man Bereiche staatlicher Verantwortung abrupt auf oder besteht auf der schnellen Privatisierung von in staatlicher Hand befindlichen Unternehmen, so könnte sich das für die Gesellschaften langfristig als sehr kostspielig erweisen. Doch zugleich bedeutet die Aufrechterhaltung dieser Verantwortlichkeiten nicht, dass man die früheren Strukturen beibehält. Im Gegenteil, man braucht Reformen zur Erhöhung der Transparenz und Rechenschaftspflicht nationaler Institutionen und zur Eindämmung der Korruption, um die Qualität der Staats- und Regierungsführung und die Leistungsfähigkeit von Regierungen zu verbessern.

Viele Länder der Region sind jetzt aktive Mitglieder der Europäischen Union. Auch entwickeln sich diese Länder zusammen mit Kroatien, Kasachstan, der Russischen Föderation und der Türkei zu Geberländern. Ihre Hilfsleistungen betrugen 2011 mehr als vier Milliarden US-Dollar. Die sich entwickelnden Geberländer sind auch im bilateralen oder trilateralen Wissensaustausch mit Ländern aktiv, mit denen sie geschichtlich verbunden sind – und darüber hinaus. In den letzten Jahren hat Rumänien seine Erfahrungen bei der Durchführung von Wahlen an Ägypten und Tunesien weitergegeben. Polen hat dem Irak bei der Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen geholfen, die Tschechische Republik hat mit Aserbaidschan bei Umweltverträglichkeitsprüfungen kooperiert und die Slowakei hat Moldau und Montenegro beim Management öffentlicher Gelder geholfen.

Quelle: HDR-Büro; UNDP 2011b.

GRAFIK 3.2

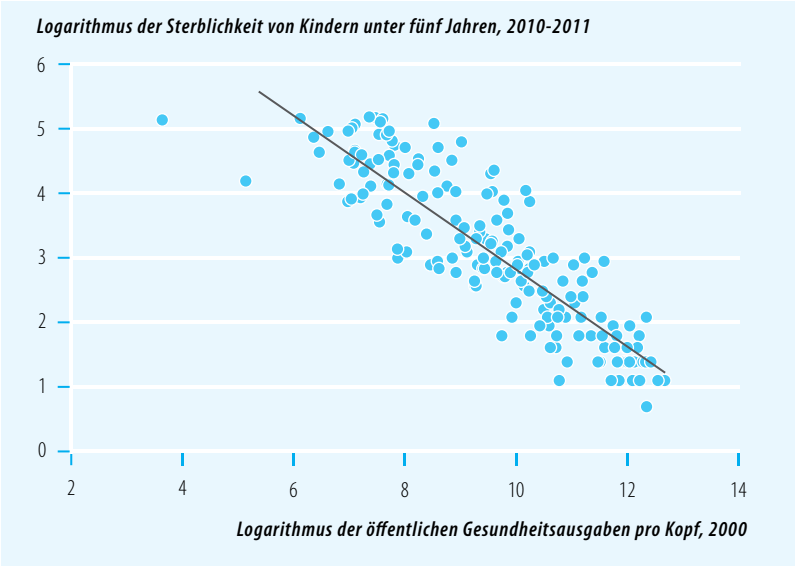
Zwischen dem aktuellen HDI und früheren öffentlichen Ausgaben gibt es eine positive Korrelation…



Quelle: HDR-Büro und World Bank (2012a).

GRAFIK 3.3

… ebenso wie zwischen den aktuellen Überlebensquoten von Kindern und früheren öffentlichen Gesundheitsausgaben



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf World Bank (2012a).

Ost- und Südostasien, lässt sich darauf schließen, dass staatliche Investitionen sowie deren Zusammensetzung eine kritische Rolle spielen.

- *Bangladesch.* Bangladesch hat sein Wachstum zum Teil dadurch aufrechterhalten, dass es die öffentliche Investitionsquote mit der Zeit erhöht und Haushaltsdefizite vermieden hat, die den Rest der Region geplagt haben.
- *Indien.* Indien erhöhte die Ausgaben der Zentralregierung für soziale Dienste und ländliche Entwicklung von 13,4 Prozent 2006/2007 auf 18,5 Prozent 2011/2012.[21] Der Anteil für soziale Dienste an den Gesamtausgaben stieg von 21,6 Prozent 2006/2007 auf 24,1 Prozent 2009/2010 und auf 25 Prozent 2011/2012.

Förderung ausgewählter Wirtschaftszweige

Regierungen können einen Privatsektor mit Marktdisziplin fördern, indem sie sich eine dynamische Sichtweise in Bezug auf komparative Vorteile aneignen und Sektoren fördern, die sich aufgrund unvollständiger Märkte andernfalls nicht entwickeln würden.[22] Zwar sind damit einige politische Risiken verbunden, wie das Abschöpfen von zusätzlichem Einkommen durch Einflussnahme von Marktakteuren auf die Staatsgewalt oder Vetternwirtschaft, doch wurden so mehrere Länder des Südens in die Lage versetzt, zuvor als ineffizient verlachte Industrien, die nicht in der Lage waren, gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu bestehen, zu frühen Antriebskräften für Exporterfolge zu machen, nachdem ihre Volkswirtschaften erst einmal offener geworden waren.

- *Indien.* Nach seiner Unabhängigkeit 1947 verfolgte Indien jahrzehntelang eine Strategie der staatlich geleiteten, Importe substituierenden Industrialisierung. Diese Strategie behinderte den Privatsektor, während sie den Technokraten, die den Handel und die Investitionen kontrollierten, weitreichende Macht darüber verlieh, ein System zu schaffen, das mehr und mehr mit bürokratischen Hürden überladen wurde („Lizenzherrschaft").[23] In dieser Zeit gab es jedoch das gut überlegte politische Konzept zum Aufbau menschlicher Fähigkeiten und zur Investition in eine Hochschulausbildung von Weltklasse, wenngleich dabei vielleicht die Grundschulausbildung vernachlässigt wurde. Infolge der Reformen der 1990er Jahre zahlten sich diese Investitionen aus, als Indien dann unerwartet in der Lage war, aus seiner qualifizierten Arbeiterschaft in sich neu entwickelnden,

durch Informationstechnologien gestützten Wirtschaftszweigen Kapital zu schlagen. 2011/2012 erzielten diese Sektoren bereits Exporterlöse in Höhe von 70 Milliarden US-Dollar. Eine weitere Branche, die in den nach innen orientierten Jahren aufgebaut wurde, war die pharmazeutische Industrie. Indien hatte keine Patente auf Produkte, sondern nur auf Prozesse vergeben. Das ermutigte Firmen zum Nachbau und machte sie bei generischen Medikamenten weltweit zu Marktführern.[24] Ähnliche Geschichten über den Auf- und Ausbau von Kapazitäten lassen sich über die indische Automobilindustrie, die chemische Industrie und den Dienstleistungssektor erzählen, die alle nun energisch die Weltmärkte erschließen.

- *Brasilien.* Über lange Strecken hat auch Brasilien mit nach innen orientierten wirtschaftspolitischen Strategien experimentiert. Während dieser Zeiträume wurden einzelne Firmen, die von großen Binnenmärkten profitierten, nicht ermutigt zu exportieren und global in Wettbewerb zu treten. Doch als sie dies taten, konnten sie sich auf über Jahrzehnte aufgebaute Kapazitäten stützen. Embraer ist heute zum Beispiel der weltweit führende Hersteller von Regionaljets mit bis zu 120 Sitzen.[25] Auch die Stahl- und Schuhindustrie des Landes wuchsen im Besitz der öffentlicher Hand und die Bereiche Forschung und Entwicklung verbesserten die einheimischen Innovationsfähigkeiten.

Der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang geben

Pragmatische politische Maßnahmen, die darauf abzielen, sichere und lukrative Arbeitsplätze zu schaffen, werden wahrscheinlich eine starke Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und menschlicher Entwicklung fördern. Anhaltspunkte aus Asien deuten darauf hin, dass Länder, die gleichzeitig hohe Wachstumsraten verzeichneten und die Armut verringerten, ebenfalls rasch die Beschäftigung ausgeweitet haben. Das galt für Malaysia und Thailand in den 1970er Jahren, für China und Indonesien in den 1980er Jahren und für Indien und Vietnam in den 1990er Jahren.[26] Die erste Generation der schnell wachsenden asiatischen Volkswirtschaften – Hongkong/China (Sonderverwaltungszone), die Republik Korea, Singapur und Taiwan (Provinz von China) – weitete vor den 1990er Jahren die Beschäftigung um zwei bis sechs Prozent pro Jahr aus und erhöhte gleichzeitig die Produktivität und die Löhne. Solche Wachstumsmuster wurden oft, wie zum Beispiel in Taiwan (Provinz von China), von der kleinbäuerlichen Landwirtschaft angeführt, und in Hongkong/China (Sonderverwaltungszone), in der Republik Korea und in Singapur durch eine arbeitsintensive, exportorientierte verarbeitende Industrie.[27]

Für weniger entwickelte Volkswirtschaften, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, ist der Erfolg einiger asiatischer Länder, wie der Republik Korea und später Thailand, lehrreich, weil sie einen zwei bis drei Mal schnelleren Beschäftigungszuwachs erreichten, als sie auf einem vergleichbaren Entwicklungsniveau waren. Während sich zum Beispiel in Afrika in den vergangenen zehn Jahren das Arbeitskräftepotenzial um 91 Millionen Menschen erhöht hat, kamen aber nur 37 Millionen Arbeitsplätze in Löhne zahlenden Sektoren hinzu.[28] Es wird vorausgesagt, dass Afrika mit einer proaktiven Regierungspolitik in arbeitsintensiven Subsektoren der verarbeitenden Industrie und Landwirtschaft sowie im Einzelhandel, in der Hotellerie und Gastronomie und im Bausektor bis 2020 bis zu 72 Millionen Arbeitsplätze schaffen wird, d.h. 18 Millionen mehr im Vergleich zum gegenwärtigen Wachstumsniveau.[29] Hierfür sind jedoch nicht nur Investitionen in die Schul- und Berufsausbildung junger Menschen nötig, sondern auch Verbesserungen der Infrastruktur, die auf wirtschaftliche Diversifizierung abzielen, sowie die Beseitigung von Hemmnissen für privates Unternehmertum, wie den Mangel an Finanzierung und lästige Bestimmungen.[30]

- *Mauritius.* Die Möglichkeiten, ein arbeitsintensives Wachstum zu erreichen, sind besser, wenn die Länder sich auf einer niedrigen Stufe der Industrialisierung befinden. In einer Studie, in der die Leistungen von Mauritius im Laufe von zwei Jahrzehnten analysiert werden,[31] wurde herausgefunden, dass in der ersten Dekade (1982 bis 1990) 80 Prozent des jährlichen Wirtschaftswachstums auf neue Arbeitsplätze und Kapitalakkumulati-

Anhaltspunkte aus Asien deuten darauf hin, dass Länder, die gleichzeitig hohe Wachstumsraten verzeichneten und die Armut verringerten, ebenfalls rasch die Beschäftigung ausgeweitet haben

on entfallen. Die Arbeitslosigkeit ging von 20 Prozent auf unter drei Prozent zurück, mit einem Zuwachs an Arbeitsplätzen von 5,2 Prozent im Jahr. Das Wirtschaftswachstum im folgenden Jahrzehnt (1991 bis 1999) wurde jedoch weniger durch die Akkumulation von Kapital angetrieben, sondern mehr durch die wachsende Produktivität der Arbeiterschaft – ein Ergebnis von Investitionen in die Fähigkeiten der Menschen.[32]

- *Bangladesch.* Die raschere Minderung der Armut in den 1990er Jahren im Vergleich zu den 1980er Jahren[33] wurde sowohl auf die Ausweitung arbeitsintensiver Exporte (wie Kleidung und Fischerei) als auch auf eine Zunahme der Beschäftigung im ländlichen, nicht-landwirtschaftlichen Sektor (bestehend aus Klein- und Heimarbeitsproduktion, dem Bausektor und anderen nicht handelbaren Dienstleistungen) zurückgeführt. Der Schub entstand jedoch weniger durch Produktivitätsverbesserungen innerhalb dieses Sektors als durch die zunehmende Nachfrage, die durch einen Anstieg der Ernteerträge, eingehende Geldüberweisungen aus dem Ausland und ein wachsendes Exportvolumen gestützt wurde.[34]
- *Ruanda.* Die Ausweitung des Arbeitsplatzangebots kommt nicht immer notwendigerweise aus der exportorientierten verarbeitenden Industrie. In Ruanda entstanden im Laufe des vergangenen Jahrzehnts viele Arbeitsplätze in der Tourismusbranche. Die Exporterlöse in diesem Sektor übertrafen die von Kaffee und Tee, und der Tourismus beschäftigte fast 75.000 Menschen.[35]
- *Uganda.* Auf ähnliche Weise minderte das starke Wachstum in Uganda in den 1990er Jahren die Armut aufgrund des Einkommenswachstums in der Landwirtschaft durch Beschäftigung einer großen Zahl von Arbeitskräften, insbesondere im kommerziellen Anbau, der durch die Weltmarktpreise und die Verbesserung der Terms of Trade in der Landwirtschaft Auftrieb bekam.[36]
- *Thailand.* Entwicklungsländer, die über fruchtbares Land verfügen, können in der Landwirtschaft weiterhin stabile Arbeitsplätze schaffen, obwohl im Lauf der Zeit der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtproduktion typischerweise abnimmt. Das ist in Thailand der Fall, wo die Beschäftigungsstruktur in den 1960er Jahren mit der heutigen Beschäftigungsstruktur vieler afrikanischer Länder südlich der Sahara vergleichbar ist. Thailand ist seitdem ein mächtiges Zentrum der verarbeitenden Industrie geworden, doch es werden auch weiterhin Millionen stabile Arbeitsplätze in anderen Sektoren wie dem Einzelhandel, der Hotellerie und Gastronomie und dem Bausektor sowie in der kommerziellen Landwirtschaft geschaffen: Die Anzahl der stabilen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft nahm von 519.000 im Jahr 1960 auf fast drei Millionen im Jahr 2008 zu. Insgesamt hat Thailand allein in den 1990er Jahren seinen Anteil an stabilen Arbeitsplätzen um elf Prozentpunkte erhöht (wie auch Brasilien zwischen 1970 und 1988).[37]
- *Indonesien.* Vor der asiatischen Finanzkrise 1997 fiel Indonesien durch ein Wachstum bedingt durch hohe Arbeitsintensität auf. Die Reallöhne stiegen in den zwei Jahrzehnten vor der Krise im Durchschnitt um fünf Prozent jährlich. Allein zwischen 1990 und 1996 stieg der Anteil der formellen nicht-landwirtschaftlichen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung von 28,1 Prozent auf 37,9 Prozent. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten sank von 55,1 Prozent auf 43,5 Prozent.[38] Nach der Krise, als einige der Entwicklungsfortschritte zunichte gemacht worden waren, hat die Armut bei Arbeitskräften in der Landwirtschaft proportional am wenigsten zugenommen.[39]

Wie die oben genannten Beispiele andeuten, kommen Wachstumsmuster selten über aufeinanderfolgende Jahrzehnte gleichbleibend gezielt den Armen zugute. Das liegt daran, dass grundlegende entwicklungsbezogene Veränderungen synonym mit Veränderungen der Produktionsstrukturen sind und dass die einzelnen Sektoren sich in ihren Arbeitsbeschaffungskapazitäten unterscheiden. Qualifizierte und unqualifizierte Arbeitsplätze erfordern zum Beispiel einen unterschiedlichen Mix komplementärer Inputs, wie etwa formelle Bildung und branchenspezifische Ausbildungen. Der wesentlichere Punkt ist, dass an menschlicher Entwicklung orientierte politische Konzepte beides erfordern: Wachstum und eine verteilungsgerechte Ausweitung von Chancen. Ent-

Entwicklungsstaaten müssen sich der Tatsache bewusst sein, dass die Art des Wachstums (und die Arbeitsintensität in den wachstumsfördernden Sektoren) sich mit grundlegenden Veränderungen der Volkswirtschaft weiterentwickelt, und dass sie darauf dann mit entsprechenden Investitionen in die Qualifizierung der Menschen reagieren müssen

wicklungsstaaten müssen sich also der Tatsache bewusst sein, dass die Art des Wachstums (und die Arbeitsintensität in den wachstumsfördernden Sektoren) sich mit grundlegenden Veränderungen der Volkswirtschaft weiterentwickelt und dass sie darauf dann mit entsprechenden Investitionen in die Qualifizierung der Menschen reagieren müssen.

Förderung von Komplementaritäten zwischen Staat und Marktwirtschaft

Sowohl Märkte als auch Regierungen können versagen, doch wenn sie zusammenarbeiten, gibt es Synergien. Entwicklungsfortschritte können nicht allein den Märkten überlassen werden. Einige Märkte funktionieren nicht nur einfach nicht, sondern existieren in frühen Entwicklungsstadien unter Umständen gar nicht. Die meisten der erfolgreichen Entwicklungsstaaten haben strukturpolitische und verwandte Handlungskonzepte eingeführt, durch die der Privatsektor insbesondere durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen Sektoren potenziell stärker zur menschlichen Entwicklung beitragen kann.

- *Türkei.* In der Türkei hat der Staat günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen, durch die der Bausektor und die Herstellung von Möbeln, Textilien, Lebensmitteln und Autos gefördert wurden – alles Wirtschaftszweige mit hohen Beschäftigungskapazitäten. Die Exportstruktur der Türkei hat sich seitdem dahingehend verändert, dass die Produkte stärker weiterverarbeitet sind, einen höheren Technologieanteil enthalten und den Einsatz qualifizierterer Arbeitskräfte erfordern.[40]
- *Tunesien.* Seit den frühen 1970er Jahren war Tunesien auf finanzielle und fiskalische Anreize angewiesen, um in exportorientierten Wirtschaftszweigen, insbesondere zur Herstellung von Bekleidung, in- und ausländisches Kapital anzuziehen.[41] Verschiedene Formen von Beziehungen zwischen Wirtschaft und Regierung haben die industrielle Weiterentwicklung und Branchencluster gefördert. Heute gehört Tunesien zu den fünf wichtigsten Exporteuren von Bekleidung in die Europäische Union.[42] Das Land hat auch das Potenzial, Dienstleistungen im Gesundheitssektor zu exportieren, indem es Besucher aus Nachbarländern behandelt – bis zu einem Umfang, der einem Viertel der Wirtschaftsleistung des privaten tunesischen Gesundheitssektors entspricht.[43]
- *Chile.* Nach seiner Rückkehr zur Demokratie in den 1990er Jahren förderte Chile Investitionen und technologische Verbesserungen in Sektoren, in denen das Land komparative Vorteile hatte. Es subventionierte die Gründung und den Betrieb innovationsbasierter Konsortien zwischen privaten Firmen und Universitäten und beteiligte sich an weiteren Aktivitäten, durch die Innovationen gefördert wurden.[44]

Verpflichtung auf langfristige Entwicklung und Reformen

Dauerhafte grundlegende Veränderungen zu erreichen, ist ein langfristiger Prozess, der von den Ländern verlangt, einen konsistenten und ausgewogenen Entwicklungsansatz festzulegen. Einige technische oder managementbasierte Lösungen könnten als schnelle Lösungen attraktiv erscheinen, doch sind sie im Allgemeinen unzureichend.

- *China.* Seit China Ende der 1970er Jahre marktorientierte Reformen eingeführt hat, hat das Land eine „Reihe komplexer und ineinandergreifender Veränderungen" erfahren: „von der Kommando- zur Markwirtschaft; von ländlichen zu städtischen Strukturen; von der Landwirtschaft zur verarbeitenden Industrie und zu Dienstleistungen; von informellen zu formellen Wirtschaftsaktivitäten; von einer Reihe fragmentierter, recht autarker Provinzökonomien zu einer stärker integrierten Wirtschaft; und von einer von der Welt recht abgeschotteten Volkswirtschaft zu einem mächtigen internationalen Handelszentrum."[45] Das Ausmaß dieser Veränderungen erforderte einen engagierten Staat, der eine langfristige Vision verfolgte, um die nötigen Institutionen und Kapazitäten auf- und auszubauen. Die Staats- und Regierungsführung ersetzte ganz bewusst die alte Garde, von der man Widerstände gegen den Wandel hätte erwarten können, durch einen jüngeren, offeneren und besser ausgebildeten Beamtenapparat. 1988 waren

Sowohl Märkte als auch Regierungen können versagen, doch wenn sie zusammenarbeiten, gibt es Synergien. Entwicklungsfortschritte können nicht allein den Märkten überlassen werden

bemerkenswerte 90 Prozent der Beamten oberhalb der Bezirksebene erst nach 1982 eingesetzt worden.[46] Die Weiterentwicklung der Kapazitäten hat noch immer Priorität und das Bildungsniveau der Beamten ist kontinuierlich gestiegen. Die chinesische Bürokratie wurde stark ergebnisorientiert geplant. Die Karriere-Entwicklung wurde an die Erreichung zentraler Ziele in Bezug auf Modernisierung und wirtschaftlichen Fortschritt gekoppelt.[47]

Menschenfreundliche Entwicklungsstaaten brauchen eine starke politische Führung, die der Verteilungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit verpflichtet ist

Menschenfreundliche Entwicklungsstaaten brauchen eine starke politische Führung, die der Verteilungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Eine leistungsfähige Führung stimmt die langfristigen Ziele der politischen Entscheidungsträger ab. Sie ermöglicht der Wählerschaft, die Arbeit des Staates zur Förderung individueller Fähigkeiten und zur gesellschaftlichen Integration für menschliche Entwicklung wertzuschätzen. Das erfordert einen ausgewogenen Entwicklungsansatz und die Fähigkeit, Krisen als Chancen zu nutzen, um breit angelegte Wirtschaftsreformen einzuführen.

- *Brasilien.* Als der Wandel Brasiliens hin zu einem Entwicklungsstaat ca. 1994 begann, hatte die Regierung makroökonomische Reformen umgesetzt, um durch den „Plano Real“ die Hyperinflation zu kontrollieren. Sie schloss die Handelsliberalisierungen ab, die 1988 mit der Senkung von Zöllen und der Beseitigung weiterer Restriktionen begonnen hatte.[48] Es folgten Offenheit für den Handel, eine umsichtige Geld- und Fiskalpolitik und auch innovative Sozialprogramme, die die Armut und die Einkommensungleichheit minderten.

In großen und komplexen Gesellschaften sind die Ergebnisse jeglicher politischer Maßnahmen zwangsläufig ungewiss. Entwicklungsstaaten müssen daher pragmatisch vorgehen und eine Reihe verschiedener Ansätze ausprobieren.

- *China.* Die Reformen und die Öffnung Chinas resultierten aus einer bewussten Entscheidung, die Ende der 1970er Jahre getroffen wurde, um die Beschränkungen der Bürgerbeteiligung an wirtschaftlichen Entscheidungen zu lockern. Die institutionellen Innovationen, die fortgesetzt wurden, um den Wandel in China zu untermauern, ähnelten jedoch Deng Xiaopings Ansatz, „den Fluss zu überqueren, indem man die Steine fühlt“.[49] Zwischen 1979 und 1989 galten nicht weniger als 40 Prozent der nationalen Bestimmungen in China als experimentell. Die erste Reihe von Agrarreformen erlaubte es den Bauern, Land zu pachten, einen Teil der Ernte zu festen Preisen an den Staat abzugeben und den Überschuss zu verkaufen. Als Nächstes kam die Ausweitung von Stadtteil- und Dorfunternehmen.[50] Das schrittweise Vorgehen spiegelte den Pragmatismus der chinesischen Führung wider. Ein weiterer Grund für diesen Pragmatismus war die Erkenntnis, dass der Übergang sich unmöglich planen ließ. Durch die Ernüchterung in Bezug auf das gesamte planwirtschaftliche System wurde er noch verstärkt.

Triebkraft 2: Erschließung globaler Märkte

Ein gemeinsames Merkmal der sich schnell entwickelnden Länder des Südens besteht darin, dass sie die Fähigkeiten der Menschen und die Kompetenzen der Firmen stärken, während sie sich auf die Weltmärkte einlassen. Das hat sie in die Lage versetzt, direkte Inputs und Kapitalgüter zu konkurrenzfähigen Weltmarktpreisen zu beziehen, und ausländisches Know-how und Technologien zu übernehmen und zu nutzen, um auf den Weltmärkten zu verkaufen.[51] Alle Schwellenländer haben die Strategie verfolgt, „zu importieren, was der Rest der Welt weiß, und zu exportieren, was er haben will“.[52] In der Tat haben sich nur wenige Länder dadurch erfolgreich entwickelt, dass sie den internationalen Handel oder langfristige Kapitalströme mieden. Sehr wenige konnten ein anhaltendes Wachstum verzeichnen, ohne den Anteil des Außenhandels an der Produktion zu erhöhen, und es gibt keine Hinweise darauf, dass sich in der Nachkriegszeit die nach innen orientierten Volkswirtschaften systematisch schneller entwickelt hätten als offenere.[53]

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Länder das Wachstum einfach durch den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen ankurbeln können. In den 1990er Jahren meinten

einige einflussreiche länderübergreifende Studien zu zeigen, dass eine rasche Öffnung automatisch zu hohem Wirtschaftswachstum führen würde. Doch in der Folge fand man heraus, dass diese Studien signifikanten methodischen Einschränkungen unterlagen.[54] Insbesondere kann man Wachstum nicht ausreichend anhand durchschnittlicher tarifärer und nicht tarifärer Hemmnisse erklären.[55]

Tatsächliche Erfahrungen in Bezug auf Entwicklung im Süden haben stärker nuancierte Übereinstimmungen deutlich gemacht.[56] So gesehen sind erfolgreiche und anhaltende Fortschritte mit größerer Wahrscheinlichkeit das Ergebnis einer schrittweisen, aufeinanderfolgenden Integration in die Weltwirtschaft, entsprechend den nationalen Bedingungen, und begleitet von Investitionen in Menschen, Institutionen und Infrastruktur.[57] Studien auf Länderebene bestätigen, dass ein Gesamtpaket mit einem Zusammenspiel von handelspolitischen, wechselkurspolitischen, fiskalischen, geldpolitischen und institutionellen Reformen erforderlich ist.[58] In einer aktuellen Studie wird festgestellt, dass sich aus einer Handelsliberalisierung, die in breitere Reformen eingebettet ist, entscheidende Vorteile ergeben: Zwischen 1950 und 1998, in der Zeit nach der Liberalisierung, verzeichneten Länder, von denen es hieß, sie hätten solche Reformen umgesetzt, um 1,5 Prozentpunkte höhere Wachstumsraten, um 1,5 bis zwei Prozentpunkte höhere Investitionsraten und eine um fünf Prozentpunkte höhere Außenhandelsquote an der Produktion.[59]

Wenn sich Länder entwickeln, tendieren sie dazu, Handelshemmnisse abzubauen und offener zu werden.[60] Eine Analyse des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung über den Zusammenhang zwischen Veränderungen der Offenheit für den Handel und relativen Verbesserungen des HDI-Wertes zwischen 1990 und 2010 stützt diese Schlussfolgerung (siehe Kasten 2.1 in Kapitel 2). Nicht alle Länder, die offener für den Handel geworden sind, erzielten im Verhältnis zu vergleichbaren Ländern auch beim HDI große Verbesserungen. Doch diejenigen, die sich beim HDI deutlich verbesserten, haben typischerweise ihre Außenhandelsquote an der Produktion erhöht oder ein globales Netz von Handelsbeziehungen von beträchtlichem bilateralem Wert etabliert. In einer Stichprobe von 95 Entwicklungs- und Reformländern lag die durchschnittliche Erhöhung der Außenhandelsquote an der Produktion in Ländern, die zwischen 1990 und 2012 als rasche Aufsteiger beim HDI gelten, etwa 13 Prozentpunkte höher als in Ländern mit weniger raschen Verbesserungen.

Wie in Kasten 2.1 diskutiert wird, haben fast alle Länder, die im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte signifikante Verbesserungen beim HDI verzeichnet haben, sich auch stärker in die Weltwirtschaft integriert. Tabelle 3.2 bestätigt dies für eine in diesem Kapitel diskutierte ausgewählte Gruppe von Ländern mit hoher menschlicher Entwicklung, die die Chancen der Globalisierung rigoros nutzten, indem sie zwischen 1990 und 2010 den Weltmarktanteil ihrer Exporte erhöhten. Die einzige Ausnahme in dieser Gruppe ist Mauritius, eines der ersten Länder des Südens, das eine exportorientierte Entwicklungsstrategie verfolgte und dessen Anteil an den Weltexporten 2001 einen Spitzenwert erreichte.[61] Die bevölkerungsreicheren Länder vertiefen ihre Integration in die Weltwirtschaft und beschleunigen gleichzeitig

TABELLE 3.2

Anteil der Weltexporte von Gütern und Dienstleistungen der Länder, die einen hohen Grad an menschlicher Entwicklung erreicht haben, 1985 bis 1990 und 2005 bis 2010 (in Prozent)

Land	1985–1990	2000–2010
Bangladesch	0,042	0,089
Brasilien	0,946	1,123
Chile	0,232	0,420
China	1,267	8,132
Ghana	0,029	0,041
Indien	0,519	1,609
Indonesien	0,624	0,803
Malaysia	0,685	1,197
Mauritius	0,038	0,027
Thailand	0,565	1,095
Tunesien	0,116	0,118
Türkei	0,449	0,852

Hinweis: Die Werte sind Durchschnittswerte für die Zeiträume 1985 bis 1990 und 2005 bis 2010.
Quelle: World Bank 2012a.

Wenn sich Länder entwickeln, tendieren sie dazu, Handelshemmnisse abzubauen und offener zu werden

die strukturelle Diversifizierung in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor. Außerdem haben sie die Produktivität in der Landwirtschaft wesentlich erhöht und so in wenigen Jahrzehnten dazu beigetragen, hunderte Millionen Menschen aus der Armut herauszuholen.

Schrittweise und aufeinanderfolgende Integration

Mehrere Länder haben in Zeiten von Importsubstitution industrielle Kompetenzen aufgebaut, die sie in der Folge genutzt haben, um ausländische Märkte zu beliefern

Wie es die Situation erforderte, haben einige der erfolgreicheren Länder, statt sich plötzlich für den Weltmarkt zu öffnen, die Öffnung schrittweise vollzogen.

- *China.* Bei einer raschen Öffnung in China wären staatliche Unternehmen stillgelegt worden, ohne dass neue industrielle Aktivitäten geschaffen worden wären. Deshalb führte der Staat schrittweise Reformen durch. Um ausländische Direktinvestitionen (FDI) ins Land zu holen, Arbeitsplätze zu schaffen und Exporte zu fördern, etablierte der Staat Sonderwirtschaftszonen, die oft in weniger bebauten Gegenden angesiedelt wurden.[62] Gleichzeitig erhöhte China die Kompetenzen seiner Arbeiterschaft und seiner Unternehmen, indem es von ausländischen Firmen verlangte, Joint Ventures einzugehen, Technologien zu transferieren oder hohe Anforderungen in Bezug auf den nationalen Mindestanteil an der Wertschöpfung zu erfüllen. Anfang der 1990er Jahre war China so weit, seine externen Interaktionen auszuweiten. Dabei baute es auf seinen in den 1960er und 1970er Jahren getätigten Investitionen in Gesundheit und Bildung und auf den neu erworbenen Kompetenzen der Bauern und Unternehmen auf. Zwischen 1993 und 1996 gingen bereits mehr als zehn Prozent der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen nach China.[63] Die Außenhandelsquote am Bruttoinlandsprodukt verdoppelte sich fast, von 21,7 Prozent im Jahr 1980 auf fast 42 Prozent 1993/1994. Im Jahr 2011 war China bereits zehn Jahre Mitglied der Welthandelsorganisation und hatte Deutschland als zweitgrößter Exporteur von Gütern und Dienstleistungen überholt.[64]
- *Indien.* Indien begann mit seinen nationalen Reformen Mitte der 1980er Jahre und weitete sie infolge der Krise 1990/1991 aus, als das Land angesichts geschrumpfter Devisenreserven zahlungsunfähig war. Vor den Reformen hatte Indien Importquoten und hohe Zölle auf Fertigerzeugnisse und verbot den Import von fabrikmäßig hergestellten Konsumgütern.[65] Anfangs wurde bei den Reformen der Schwerpunkt auf die Abschaffung des Lizenzsystems für industrielle Aktivitäten und auf die Beendigung der Investitionsbeschränkungen gelegt.[66] Die quantitativen Beschränkungen für fabrikmäßig hergestellte Produktionsgüter wurden 1993 abgeschafft. Die Zölle auf Fertigerzeugnisse wurden rasch gesenkt, von 76,3 Prozent im Jahr 1990 auf 42,9 Prozent 1992. Weitere Zollsenkungen verteilten sich auf die folgenden zwei Jahrzehnte, sodass die Zölle im Jahr 2009 bei etwa acht Prozent lagen. Die Beschränkungen auf fabrikmäßig hergestellte Konsumgüter wurden schrittweise aufgehoben und bis 2001 langsam abgeschafft, zehn Jahre nach Beginn der Reformen.[67] 2010 betrug Indiens Außenhandelsquote an der Produktion 46,3 Prozent. Sie war von nur 15,7 Prozent 1990 angestiegen. Die ausländischen Direktinvestitionen erreichten im Jahr 2008 einen Spitzenwert von 3,6 Prozent (anteilig am BIP), nachdem es 1990 noch weniger als 0,1 Prozent gewesen waren.[68]

Aufbau industrieller Kompetenzen für globale Märkte

Mehrere Länder haben in Zeiten von Importsubstitution industrielle Kompetenzen aufgebaut, die sie in der Folge genutzt haben, um ausländische Märkte zu beliefern.

- *Türkei.* In der Türkei stützten sich ab den 1980er Jahren die Leistungen im Handel auf Produktionskapazitäten, die in der Ära der auf Importsubstitution abzielenden Industrialisierung vor 1980 aufgebaut worden waren.[69] Zwischen 1990 und 2010 stieg die türkische Außenhandelsquote am BIP von 32 auf 48 Prozent – ein bedeutender Sprung für ein Land mit mittlerem Einkommen und einem großen Binnenmarkt. 2011 stammten die wichtigsten Exportgüter – Autos, Eisen und Stahl, Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik – alle aus Wirtschaftszwei-

gen, die unter dem Handelsprotektionismus gewachsen waren.

- *Republik Korea.* Als die Republik Korea und einige andere ostasiatischen Volkswirtschaften eine Phase der moderaten Importsubstitution bei Konsumgütern durchliefen, schützten sie ihre einheimischen Produzenten von Produktionsgütern nicht.[70] Selbst als sie sich in Bezug auf die Rolle ausländischer Direktinvestitionen in den 1980er Jahren unschlüssig waren, entschieden sie, Technologien unter Lizenzvereinbarungen zu importieren und Beziehungen zu multinationalen Firmen herzustellen. Das Ziel war, ausländische Technologien auszuleihen und zu integrieren, um langfristig einheimische Kompetenzen aufzubauen.
- *Thailand.* Durch die Beteiligung an internationalen Produktionsnetzwerken stärkt Thailand weiter seine Fähigkeiten in der verarbeitenden Industrie. 2009/2010 wurden die thailändischen Exporte von Bauteilen und Komponenten – vor allem in der Automobil- und Elektronikindustrie – auf 48 Milliarden US-Dollar bewertet. Das entspricht einem Viertel der thailändischen Warenexporte. Die Regierung ist darauf aus, Thailand als „Detroit Asiens" zu etablieren, nicht nur als Verbund für Logistik, sondern auch als Hightech-Drehscheibe, die in der Forschung die Zusammenarbeit zwischen Firmen, Universitäten und dem öffentlichen Sektor fördert.[71]
- *Malaysia.* Malaysias Vormachtstellung in der Elektronikindustrie begann in den Anfangszeiten der internationalen Arbeitsteilung mit dem Anwerben multinationaler Unternehmen aus Ländern des Nordens. Freihandelszonen wurden in erster Linie zur Fertigung von Elektronikprodukten eingerichtet,[72] was dem Land half, sich zwischen den 1970er und den 1990er Jahren schnell zu entwickeln. Heute jedoch sieht man Malaysias Wirtschaft in einer „Falle mittleren Einkommens". Das Land ist nicht mehr in der Lage, mit der kostengünstigen Produktion in den Nachbarländern zu konkurrieren, ihm fehlen die Fertigkeiten für anspruchsvolle Aufgaben in globalen Produktionsnetzwerken.[73] Der Beirat der Regierung hat Sorge, dass ein Nachlassen der Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen Malaysias Aussichten, zu einem Land mit hohem Einkommen aufzusteigen, beeinträchtigen könnte.[74] Malaysias gute Leistungen im Bereich der Sekundarbildung scheinen keine ausreichend stabile Basis für eine von Innovationen angetriebene Wirtschaft geschaffen zu haben: Zukünftige Fortschritte in Malaysia werden erschwert durch unzureichende Kapazitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie durch einen Mangel an Konstrukteuren und Verfahrenstechnikern sowie an Mitarbeitern in der Technik und Produktion.[75]
- *Indonesien.* Um die hohen Kosten zu vermeiden, die der Protektionismus zum Teil verursacht, haben Indonesien und einige ostasiatische Länder in den 1990er Jahren in freien Exportzonen (sogenannte „Export Processing Zones") Freilager und Rückerstattungssysteme für Zollabgaben geschaffen – alles Dinge, die eine kompetente Bürokratie erfordern. Als die Länder feststellten, dass ihnen die entsprechenden Kompetenzen fehlten, griffen sie auf unkonventionelle Ansätze zurück. Für gewisse Zeit privatisierte Indonesien sogar seine Zollverwaltung.[76] Nachdem Indonesien die asiatische Finanzkrise 1997 überstanden hat, zeichnet sich das Land heute durch das effektive Management seiner Rohstoffexporte aus.[77]

Nachdem Indonesien die asiatische Finanzkrise 1997 überstanden hat, zeichnet sich das Land heute durch das effektive Management seiner Rohstoffexporte aus

„Huckepack"-Konstellationen bei Nischenprodukten

Eine Option für kleinere Volkswirtschaften besteht darin, sich die Weltmärkte für Nischenprodukte zu erschließen. Die Auswahl erfolgreicher Produkte ist kein Zufall: Sie ist oft das Ergebnis jahrelanger staatlicher Unterstützung und Förderung, die auf bestehenden Kompetenzen oder auf der Bildung neuer Kompetenzen aufbaut.

- *Chile.* Mit aktiver staatlicher Unterstützung hatten chilenische Firmen großen Erfolg bei der Ausweitung der Exporte verarbeiteter landwirtschaftlicher Lebensmittel und Getränke sowie von Forst- und Fischereiprodukten. Zum Beispiel gab es in den 1960er Jahren eine bedeutende öffentliche Forschung und Entwicklung zum Anbau von Trauben für die Herstellung von Wein. Es

gab auch eine lange Geschichte subventionierter Plantagen in der Forstwirtschaft, und der Staat hat bedeutende Anstrengungen unternommen, um aus der Holz-, Zellstoff-, Papier- und Möbelproduktion eine wichtige Exportindustrie zu machen.[78] Auf ähnliche Weise hat die gemeinnützige Gesellschaft Fundación Chile geholfen, die kommerzielle Lachszucht des Landes zu einer der produktivsten weltweit zu machen.[79]

- *Bangladesch.* Bangladesch nutzte die Marktverzerrungen im Welthandel mit Bekleidung.[80] Doch ohne die Initiative seiner Unternehmer hätte es sich diese Gelegenheit leicht entgehen lassen können. Im Jahr 1978 unterschrieb die Firma Desh eine auf fünf Jahre angelegte Kooperationsvereinbarung mit Daewoo, einem koreanischen Unternehmen, das Bangladesch mit internationalen Standards und einem Netzwerk von Käufern von Bekleidung zusammenbrachte. Daewoo bildete in der Republik Korea Angestellte der Firma Desh in der Produktion und im Marketing aus. Innerhalb eines Jahres hatten 115 der 130 Auszubildenden Desh verlassen, um ihre eigenen Textilexportfirmen zu gründen.[81] Bis 2010 war der Anteil Bangladeschs an den globalen Bekleidungsexporten von etwa 0,8 Prozent im Jahr 1990 auf 4,8 Prozent gestiegen.[82]
- *Mauritius.* Mit einer begrenzten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, einer wachsenden Bevölkerung und einer übermäßigen Abhängigkeit von nur einem Rohstoff (Zucker), musste Mauritius einen größeren, ausländischen Markt finden. Das Land zog asiatische Bekleidungsexporteure an, die Beschränkungen durch Quoten unterlagen. Bis in die 1990er Jahre war Mauritius eine der am stärksten geschützten Volkswirtschaften, doch es bot zollfreien Zugang zu importierten Halbfertigwaren, Steueranreize und flexible Arbeitsmarktbedingungen, einschließlich der Unterstützung von Frauen in ihrem Zugang zu arbeitsintensiven Bereichen in den Freihandelszonen.[83]
- *Ghana.* Der Kakao stand jahrzehntelang im Mittelpunkt der ghanaischen Wirtschaft. In den 1970er und frühen 1980er Jahren stand der Sektor jedoch kurz vor dem Kollaps. Ghana stellte ab 1983 seine internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen wieder her, insbesondere indem es die Währung abwertete, die Kapazitäten des Privatsektors bei der Beschaffung und im Marketing erhöhte und den Bauern einen sehr viel höheren Anteil an den Erlösen überließ. Zwischen 1983 und 2006 verdoppelte das Land seine Kakaoproduktion pro Hektar, und heute sichert der Sektor den Lebensunterhalt von 700.000 Menschen.[84] Im Laufe der vergangenen zehn Jahre hat Ghana auch in den Dienstleistungssektor diversifiziert. Der schnell wachsende Telekommunikationssektor verbessert die Möglichkeiten der Bauern, sich Quellen für marktbezogene Informationen zu erschließen. In einer aktuellen Umfrage wurde herausgefunden, dass rund 61 Prozent der Kakaobauern Mobiltelefone besitzen.[85]

Ein gemeinsames Merkmal, das die in wesentlichem Umfang mit der Welt verbundenen Volkswirtschaften teilen, sind ihre Investitionen in die Menschen. Zollreformen im eigenen Land oder in Partnerländern könnten eine unerwartete Öffnung für die Exportmärkte ermöglichen. Einige Länder profitieren unter Umständen von unverhofften Gewinnen aus dem Abbau von Rohstoffen oder reiten auf einer kurzfristigen Erfolgswelle, indem sie andere nachahmen. Die Lektion, die sich daraus lernen lässt, ist jedoch, dass Entwicklung sich nicht aufrechterhalten lässt, wenn man nicht angemessen in die Qualifikationen der Menschen investiert, um die Qualität der Produkte und Produktionstechnologien kontinuierlich zu verbessern. Die Länder, um die es hier geht, gingen von unterschiedlichen Ausgangsbedingungen aus und sind versiert darin geworden, nationale Stärken, die sie entwickelt haben, so anzupassen, dass sie von den externen Chancen, die die Weltmärkte bieten, profitieren können.

Ein gemeinsames Merkmal, das die in wesentlichem Umfang mit der Welt verbundenen Volkswirtschaften teilen, sind ihre Investitionen in die Menschen

Triebkraft 3: entschlossene sozialpolitische Innovationen

Es deutet vieles darauf hin, dass umfangreiche öffentliche Investitionen, die nicht nur wirkungsvoll in die Infrastruktur fließen, sondern auch in Gesundheit und Bildung, von zentraler Bedeutung sind, um menschliche Ent-

wicklung zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Entwicklungsstrategien können keinen Erfolg haben, wenn sie nicht der Chancengleichheit verpflichtet sind, die allen eine faire Chance gibt, die Früchte des Wachstums zu genießen. In der Tat gibt es überzeugende Hinweise aus mehreren Ländern, dass die stärkere Förderung menschlicher Entwicklung hilft, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen.[86]

Wenn man betrachtet, wie entschlossen eine Regierung Bildung, insbesondere für Mädchen, sicherstellt, lässt sich leicht feststellen, wie sehr sie sich für Chancengleichheit einsetzt. Die Länder, die langfristig ein hohes Wachstum aufrechterhalten haben, haben im Allgemeinen bedeutende Anstrengungen in Bezug auf die Bildung ihrer Bürgerinnen und Bürger und auf die Verbesserung des Humankapitals unternommen.[87] Es ist wichtig, in Bildung zu investieren, um die kognitiven Fähigkeiten zu verbessern, die sich anhand der Leistungen der Schüler in Tests in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften messen lassen.[88] Der Nutzen ergibt sich jedoch nicht so sehr aus Investitionen in die Entwicklung spezieller Fähigkeiten, sondern aus denen in „Bildung für alle".[89] In ähnlicher Weise tragen Verbesserungen der öffentlichen Gesundheit zum Wachstum bei, indem sie die Arbeitsproduktivität erhöhen.[90]

Wachstum, das von starker oder zunehmender Ungleichheit begleitet ist, ist im Allgemeinen mit langsameren Fortschritten bei der menschlichen Entwicklung, einem schlechten sozialen Zusammenhalt und einer langsamen Verringerung der Armut verbunden. Außerdem gilt es in der Regel als nicht nachhaltig.[91] Das Ziel sollte also sein, positive Kreisläufe zu schaffen, in denen sich Wachstum und sozialpolitische Handlungskonzepte gegenseitig verstärken. In Ländern mit geringer Einkommensungleichheit trug das Wachstum häufig sehr viel effektiver zur Minderung der Armut bei als in Ländern mit hoher Ungleichheit. Das Wachstum ist zur Minderung der Armut auch dann weniger effektiv, wenn die Verteilung des Einkommens im Laufe der Zeit ungleicher wird.[92]

Die Ausnahmen scheinen China und Brasilien zu sein. Dank sehr hoher Wachstumsraten hat China im Laufe der vergangenen 30 Jahre trotz zunehmender Einkommensungleichheit die Armut verringert. Brasilien ergriff Anfang der 2000er Jahre gezielt politische Maßnahmen. um trotz hoher Einkommensungleichheit die Armut zu mindern – wenngleich die Einkommensverteilung im Laufe dieser Zeit ausgewogener wurde.

Der Förderung von Verteilungsgerechtigkeit, insbesondere zwischen Gruppen (horizontale Verteilungsgerechtigkeit), hilft auch, soziale Konflikte zu verringern. Die Länder mit den schärfsten Wachstumseinbrüchen nach 1975 waren diejenigen mit gespaltenen Gesellschaften (gemessen anhand von Indikatoren für Ungleichheit und ethnische Fragmentierung). Sie litten auch unter schwachen Institutionen im Management von Konflikten, denn sie hatten qualitativ schwache Regierungsinstitutionen, die über weniger Kapazitäten verfügten, um Rechtsstaatlichkeit, demokratische Rechte und soziale Sicherheitsnetze sicherzustellen.[93]

Bildung, Gesundheitsversorgung, soziale Absicherung, rechtliche Besserstellung und soziale Organisation versetzen arme Menschen in die Lage, am Wachstum teilzuhaben. Doch selbst diese grundlegenden politischen Instrumente werden entrechtete Gruppen unter Umständen nicht stärken. Die Armen am Rand der Gesellschaft kämpfen darum, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen, und Regierungen überprüfen nicht immer, ob Dienstleistungen, die jeden erreichen sollen, auch wirklich allen zugutekommen.[94] Oft werden die Probleme durch externe Schocks verschärft, doch in vielen Fällen werden politische Konzepte mit zu geringen lokalen institutionellen Kapazitäten und zu geringer Beteiligung der Gemeinschaften umgesetzt.

- *Uganda.* Nach dem Konflikt in Uganda ebnete 1997 eine Reihe makroökonomischer Reformen – angefangen bei der Lockerung der Preiskontrollen und Wechselkurse bis hin zu Veränderungen bei Staatsunternehmen und in der öffentlichen Verwaltung – den Weg für einen weitreichenden Plan zur Minderung der Armut. Uganda machte sich auf, eines der wenigen afrikanischen Länder südlich der Sahara zu werden, die die extreme Armut vor Ablauf der 2015-Frist der Millenniums-Entwicklungsziele halbiert haben, von 56,4 Prozent 1992/1993 auf 24,5 Prozent 2009/2010. Die zunehmende Ungleichver-

Entwicklungsstrategien können keinen Erfolg haben, wenn sie nicht der Chancengleichheit verpflichtet sind, die allen eine faire Chance gibt, die Früchte des Wachstums zu genießen

teilung der Einkommen hat jedoch dazu beigetragen, das Tempo der Armutsminderung abzuschwächen.[95] Alles in allem zeigt der wirtschaftliche Erfolg dieser Bemühungen, dass Programme wirkungsvoller sind, wenn die nationale Führung sich dafür engagiert, die Armut zu verringern, insbesondere indem sie dafür sorgt, dass sich die Ziele und Ansätze der verschiedenen Regierungsstellen nicht widersprechen.96 Solche Fortschritte können wiederum wesentlichen Einfluss auf die Legitimität von Staats- und Regierungschefs und ihren Regierungen haben.

Durch die Bereitstellung öffentlicher Dienste, die dazu beitragen, eine gesunde, gebildete Arbeiterschaft zu schaffen, können die Staaten das Wirtschaftswachstum langfristig stützen. Das hilft auch bei der Herstellung nationaler Stabilität, verringert die Wahrscheinlichkeit politischer Unruhen und stärkt die Legitimität von Regierungen

Förderung von Inklusion

Alle Länder haben mehr oder weniger multireligiöse, multikulturelle, pluralistische Gesellschaften, und die verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben oft einen unterschiedlichen Grad menschlicher Entwicklung. Selbst in weit entwickelten Ländern werden bestimmte ethnische Gruppen auf den Arbeitsmärkten weiter diskriminiert.[97] Nicht-marktbezogene Diskriminierung kann ebenso schlimm und destabilisierend sein. Außerdem hat historische Diskriminierung lang anhaltende Folgen. Zur Aufrechterhaltung politischer und gesellschaftlicher Stabilität wird es immer entscheidender, Nicht-Diskriminierung und Gleichbehandlung sicherzustellen – auch indem besondere Programme für benachteiligte Gruppen bereitgestellt werden.

Auch im Süden hat das unterschiedliche Entwicklungsniveau oft historische bzw. koloniale Ursachen – zum Beispiel in Indien zwischen höheren und niederen Kasten und in Malaysia zwischen Bumiputras (Malayen), Chinesen und Indern. Wirtschaftlicher Wohlstand allein kann die zu horizontaler Ungleichverteilung führende Diskriminierung einzelner Gruppen nicht beenden. Um Ungleichheit zu überwinden und historische Benachteiligungen zu korrigieren, haben sowohl Indien als auch Malaysia gezielt politische Maßnahmen wie zum Beispiel die aktive Förderung benachteiligter Gruppen ergriffen.

Bereitstellung der sozialen Grundversorgung

Indem sie öffentliche Dienste bereitstellen, die dazu beitragen, eine gesunde, gebildete Arbeiterschaft zu schaffen, können die Staaten das Wirtschaftswachstum langfristig stützen. Das hilft auch bei der Herstellung nationaler Stabilität, verringert die Wahrscheinlichkeit politischer Unruhen und stärkt die Legitimität von Regierungen.

Entwicklungsländern wird zuweilen nahegelegt, ihre öffentlichen Ausgaben für die Grundversorgung als Luxus anzusehen, den sie sich nicht leisten können. Langfristig gesehen zahlen sich die Investitionen jedoch aus. Nicht alle Dienste müssen von staatlicher Hand bereitgestellt werden. Der Staat muss jedoch sicherstellen, dass alle Bürger sicheren Zugang zu den grundlegenden Voraussetzungen für menschliche Entwicklung haben, ob von öffentlichen oder staatlichen Anbietern, um ein allgemeines Mindestniveau an medizinischer Grundversorgung, Bildung und sozialer Sicherheit erreichen zu können. Die öffentliche, obligatorische Grund- und Sekundarschulbildung hat eine entscheidende Rolle bei der menschlichen Entwicklung in Europa sowie in einigen Entwicklungsländern, wie zum Beispiel in Costa Rica, gespielt.

Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung

Ein steigender HDI-Wert hängt mit zunehmenden öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen zusammen. Im Durchschnitt haben Staaten mit hohen Regierungsausgaben in den Bereichen Gesundheit und Bildung starke Verbesserungen bei der menschlichen Entwicklung erreicht, wenngleich lokale Unterschiede bestehen bleiben.

- *Indonesien.* In den Jahren des indonesischen Wirtschaftsbooms (ab 1973) finanzierte die Regierung den Bau von Schulen für die Grundbildung durch Entwicklungsprogramme, und im folgenden Jahrzehnt wurden die öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen mehr als verdoppelt.
- *Indien.* Infolge einer Verfassungsänderung, mit der Bildung für jedes Kind zu einem

Grundrecht gemacht wurde, hat Indien progressive Schritte unternommen, um die Diskriminierung im indischen Schulsystem zu beenden (Kasten 3.6).

- *Ghana.* Eine der ersten Initiativen im unabhängigen Ghana war 1951 der Plan für eine beschleunigte Entwicklung des Bildungswesens, der auf eine massive Ausweitung der Grund- und Mittelschulbildung abzielte. Mit dem Bildungsgesetz von 1961 wurden die Grundschulgebühren abgeschafft, sodass die Haushalte nur einen bescheidenen Betrag für Schulbücher bezahlen mussten. Im Laufe der folgenden sechs Jahre verdoppelte sich die Zahl der Einschulungen in öffentlichen Grundschulen. Zwischen 1966 und 1970 bewegte sich der öffentliche Diskurs über Bildung von Fragen des Zugangs hin zu Fragen der Qualität. In den frühen 1970er Jahren wurde der Schwerpunkt wieder auf den Zugang gelegt, diesmal im Bereich der Sekundarbildung. Die nächste wesentliche Reformrunde fand im Jahr 1987 statt. Der bedeutendste Aspekt der Lehrplanreform bestand darin, den Kindern das Lesen und Schreiben in drei Sprachen – zwei ghanaischen Sprachen und Englisch – sowie moderne landwirtschaftliche Kompetenzen, berufliche Qualifikationen und praktische Mathematik beizubringen.
- *Mauritius.* Die Regierung entwickelte einen nationalen Konsens, um Grund-, Sekundar-, und Tertiärbildung von guter Qualität kostenlos anzubieten.
- *Bangladesch.* Mit dem Ziel, die Grundschulbildung allgemein zugänglich zu machen und geschlechts- und armutsbedingte Lücken in der Grundschulbildung zu schließen, richtete Bangladesch im Jahr 1992 das Ministerium für Grund- und Volksbildung ein. Durch Maßnahmen auf der Nachfrageseite, wie ein Sekundarschul-Förderprogramm für Mädchen und das Programm „Essen für Bildung", wurde der Kreis der erreichten Personen erweitert, insbesondere um Mädchen.

KASTEN 3.6

Indiens oberstes Gericht fällt ein progressives Urteil: Pflichtplätze für benachteiligte Kinder in Privatschulen

Die meisten Schulen in Entwicklungsländern werden vom Staat betrieben, jedoch steigt die Nachfrage nach Privatschulen als Reaktion auf die Mängel im staatlichen Schulwesen: schlechte Infrastruktur, überfüllte Klassenzimmer, schlechter Zugang, Lehrermangel und -abwesenheit. Eltern mit genug Geld schicken ihre Kinder auf Privatschulen So werden die Kinder in öffentliche und private Schulen aufgeteilt, was in vielen Ländern zu einer gespaltenen Gesellschaft führt.

Indien hat die Bildung für Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren kostenlos und obligatorisch gemacht. Die große Mehrheit der Kinder geht auf öffentliche Schulen, insbesondere in ländlichen Gebieten. Die meisten Elitehaushalte, einschließlich der Reichen, der politischen Klasse, der Regierungsbeamten und der wachsenden Mittelschicht, schicken ihre Kinder auf Privatschulen. In vielen Fällen werden die Jungen auf Privatschulen geschickt, die Mädchen auf kostenlose öffentliche Schulen.

Um diese Trends zur Segregation abzuschwächen, verabschiedete Indien im Jahr 2009 das Gesetz zum Recht der Kinder auf freie und obligatorische Bildung. Es verlangt von Privatschulen, dass sie mindestens 25 Prozent Schüler aus sozial benachteiligten Haushalten und aus Haushalten mit niedrigem Einkommen aufnehmen. Im Gegenzug wird den Privatschulen entweder das Schulgeld erstattet oder die Ausgaben pro Schülerin bzw. Schüler an öffentlichen Schulen – je nachdem, welcher Betrag der niedrigere ist. Das Gesetz basierte auf folgender Argumentation: Schulen müssen Stätten der sozialen Integration sein; Privatschulen existieren nicht unabhängig vom Staat, der ihnen Land und andere Leistungen zur Verfügung stellt; Privatschulen können nicht aus ihrer gesellschaftliche Verpflichtung entlassen werden, nur weil sie behaupten, dass nur Kinder, deren Eltern ihre Gebühren bezahlen, das Recht haben, auf diese Schulen zu gehen; und die Anforderung, mindestens 25 Prozent der Schüler aus benachteiligten Gruppen aufzunehmen, ist fair, angesichts der Tatsache, dass diese Gruppen rund 25 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

In einem richtungweisenden Urteil vom 12. April 2012 hielt der oberste Gerichtshof in Indien die verfassungsmäßige Gültigkeit des Gesetzes aufrecht und stützte seine Entscheidungen mit folgenden zwei Punkten:

Da das Gesetz den Staat verpflichtet, freie und obligatorische Bildung für alle Kinder zwischen sechs und 14 Jahren anzubieten, hat der Staat die Freiheit zu entscheiden, ob er seiner Verpflichtung durch seine eigenen Schulen nachkommt, durch geförderte Schulen oder nicht geförderte Schulen. Das Gesetz von 2009 ist „kinderzentriert", nicht „institutionenzentriert".

Das Recht auf Bildung „sieht eine gegenseitige Vereinbarung zwischen dem Staat und den Eltern vor, und es erlegt die Last aktiver Fördermaßnahmen allen Interessengruppen in unserer Zivilgesellschaft auf." Private, nicht geförderte Schulen ergänzen die primäre Pflicht des Staates, der spezifizierten Schüler-Kategorie eine kostenlose und obligatorische Bildung zu bieten.

Quelle: Government of India 2009; Supreme Court of India 2012.

- *China.* Der nationale Volkskongress in China verabschiedete 1986 ein Gesetz, das die Bereitstellung einer neunjährigen Grundschulbildung unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft oder Rasse verpflichtend machte. Von 1990 bis 2000 stieg die durchschnittliche Anzahl der Schulbesuchsjahre bei über 15-Jährigen in ländlichen Gebieten von 4,7 auf 6,8 Jahre.
- *Uganda.* Uganda schaffte 1997 die Grundschulgebühren ab, um die Grundschulbildung allgemein zugänglich zu machen. Anfangs war dies eine Belastung für die Bildungsinfrastruktur.[98] Um die Qualität zu verbessern, legte das Bildungsministerium den Schwerpunkt auf fünf Bereiche: die Entwicklung der Lehrpläne, grundlegende Lernmaterialien, die Ausbildung von Lehrkräften, die Unterrichtssprache und Qualitätsstandards. Nachdem Qualität und die Abschlussquoten zu Anfang abgenommen hatten, hat sich diese Entwicklung seitdem umgekehrt und die Fortschritte wurden stabilisiert und ausgeweitet.
- *Brasilien.* In Brasilien haben staatlich gesteuerte Investitionen ins Bildungswesen die Entwicklungsergebnisse enorm verbessert. Die grundlegenden Veränderungen im Bildungswesen begannen mit der gleichmäßigeren Finanzierung in den Regionen, Bundesstaaten und Gemeinden. Der nationale Entwicklungsfonds für Grundschulbildung, der 1996 eingerichtet wurde, garantierte nationale Mindestausgaben pro Grundschülerin oder -schüler. Dadurch erhöhten sich die Mittel in den Bundesstaaten im Nordosten, Norden und mittleren Westen, insbesondere in von den Gemeinden betriebenen Schulen. Die Finanzierung „folgte den Schülern" und bot einen bedeutenden Anreiz für das Schulsystem, die Einschulungsquoten zu verbessern. In ähnlicher Weise wurde von den Bundesstaaten gefordert, die Mittel so auf die Gemeinden zu verteilen, dass alle staatlichen und kommunalen Schulen die Ausgabenschwelle pro Schülerin bzw. Schüler erreichen konnten. Als ein Ergebnis dieser Investitionen stieg zwischen 2000 und 2009 das brasilianische Mathematik-Ergebnis im Programm zur internationalen Schülerbewertung (PISA) um 52 Punkte – der drittgrößte je verzeichnete Sprung.

Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung

Gesundheitsanliegen voranzubringen erfordert mehr als nur eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung. Viele Länder stellen fest, dass sie gleichzeitig Maßnahmen an verschiedenen Fronten benötigen

Gesundheitsanliegen voranzubringen erfordert mehr als nur eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung. Frühere *Berichte über die menschliche Entwicklung* haben gezeigt, dass menschliche Armut mehrdimensional ist. Viele Länder stellen fest, dass sie gleichzeitig Maßnahmen an verschiedenen Fronten benötigen. Zum Beispiel haben Algerien, Marokko und Tunesien in den vergangenen 40 Jahren bemerkenswerte Fortschritte bei der Lebenserwartung gemacht. Zu den möglichen Erklärungen gehören Verbesserungen bei Medikamente- und Gesundheitstechnologien, breit angelegte Impfungen, Fortschritte bei den Informationstechnologien, ein besserer Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung, eine verbesserte Energieversorgung und öffentliche sowie private Investitionen im Gesundheitswesen.

- *Bangladesch.* Um die Überlebensquoten von Kindern zu erhöhen, fährt Bangladesch einen multisektoralen Ansatz: Ausweitung der Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen; Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen; Verbesserung der politischen Beteiligung, der gesellschaftliche Mobilisierung und der Beteiligung der Gemeinschaften; Verbreitung von Wissen über öffentliche Gesundheit; und Bereitstellung effektiver, gemeindebasierter, grundlegender Gesundheitsdienste (Kasten 3.7).

In der Gesundheitsversorgung bestand eine starke Schieflage zugunsten der Wohlhabenderen. Sie hatten mit größerer Wahrscheinlichkeit einen guten Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung und zahlten für private Dienstleistungen. Den besten Zugang zu medizinischer Versorgung haben die Angestellten im formellen Sektor, die ihren Bedarf durch jährliche Beiträge teilweise finanziert haben. Arbeitskräfte im informellen Sektor sind schwieriger zu versorgen. In Indien gibt es zum Beispiel keine klar identifizierten regulären Arbeitgeber, die für die geschätzten 93 Prozent der Arbeiterschaft im informellen Sektor Beiträge leisten können.[99]

KASTEN 3.7

Bangladesch macht dramatische Fortschritte bei den Überlebensquoten von Kindern

1990 war die Säuglingssterblichkeitsrate in Bangladesch mit 97 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten um 16 Prozent höher als die in Indien mit 81. 2004 hatte sich die Situation umgekehrt: Die Säuglingssterblichkeitsrate in Bangladesch war mit 38 um 21 Prozent niedriger als in Indien mit 48. Drei Hauptfaktoren scheinen die enormen Verbesserungen zu erklären.

Erstens hat die wirtschaftliche Stärkung der Frauen durch die Beschäftigung in der Bekleidungsindustrie und durch ihren Zugang zu Mikrokrediten ihre Situation grundlegend verändert. Mehr als 95 Prozent der Frauen in der Bekleidungsindustrie sind Migrantinnen aus ländlichen Gebieten. Diese zuvor noch nie dagewesenen Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Frauen haben die geschlechtsbezogene Kluft bei der Beschäftigung und beim Einkommen verringert. Auch die Verbreitung von Mikrokrediten hat zur Stärkung von Frauen beigetragen. Allein die Grameen Bank hat 5,72 Milliarden US-Dollar an 6,7 Millionen Darlehensnehmer ausgezahlt, 97 Prozent davon Frauen. Nach aktuellen Schätzungen haben diese Kleinkredite es mehr als der Hälfte der Haushalte, die Darlehen aufgenommen haben, ermöglicht, die Armutsgrenze zu überwinden. Durch den einfacheren Zugang zu Mikrokrediten haben sich unter anderem neue wirtschaftliche Chancen eröffnet. Das Aufschieben von Ehe und Mutterschaft, ebenso wie die Auswirkungen auf die Überlebensquoten von Kindern, sind direkte Folgen der gestärkten Rolle von Frauen.

Zweitens geschah die gesellschaftliche und politische Stärkung von Frauen durch regelmäßige Treffen von Frauengruppen, die von Nichtregierungsorganisationen organisiert wurden. Zum Beispiel hat das Grameen-System Darlehensnehmerinnen mit Wahlverfahren vertraut gemacht, da die Mitglieder sich jedes Jahr an den Wahlen von Vorsitzenden und Sekretären, Leitern der Zentralen sowie deren Stellvertretern und alle drei Jahre an den Wahlen der Vorstandsmitglieder beteiligen. Diese Erfahrungen haben viele Frauen darauf vorbereitet, sich für öffentliche Ämter zur Wahl zu stellen. Auch durch ihre Beteiligung an den Banken wurden Frauen gesellschaftlich gestärkt. Eine aktuelle Analyse weist darauf hin, dass das Wissen zu Gesundheitsfragen bei Teilnehmerinnen am Kreditforum sehr viel besser ist als bei Frauen, die nicht daran teilnahmen.

Drittens wurde durch Nichtregierungsorganisationen eine höhere Beteiligung von Mädchen in der formalen Bildung erreicht. Von der Nichtregierungsorganisation BRAC betriebene informelle Schulen bieten für vier Jahre eine beschleunigte Primarschulbildung für Jugendliche, die nie zur Schule gegangen waren. Die Verbleibquoten liegen bei über 98 Prozent. Nach ihrem Abschluss können die Schüler ins formale Schulsystem überwechseln, was die meisten auch tun. Monatliche Unterrichtsstunden zu reproduktiver Gesundheit sind in den regulären Lehrplan integriert und behandeln Themen wie Pubertät, Reproduktion und Menstruation, Ehe und Schwangerschaft, Familienplanung und Verhütung, Rauchen und Missbrauch von Suchtmitteln sowie Fragen der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Heute sind mehr Mädchen als Jungen eingeschult (vor 15 Jahren waren nur 40 Prozent der Schüler, die zur Schule gingen, Mädchen).

Die Stärkung der Rolle der Frauen ging Hand in Hand mit signifikanten Verbesserungen der Gesundheitsdienste und der Gesundheitsförderung. Mit injizierbaren Verhütungsmitteln hat die Verwendung von Kontrazeptiva enorm zugenommen. Fast 60 Prozent der verheirateten Frauen verwenden nun Verhütungsmittel, die oft von Sozialarbeitern in den Gemeinschaften angeboten werden. BRAC gab auch mehr als 13 Millionen Frauen in den Gemeinschaften Anleitung für Rehydrationsmaßnahmen für Kinder, die unter Durchfall leiden. Heute hat Bangladesch weltweit die höchste Quote an oral eingenommenen Rehydrationsmitteln und Durchfälle sind nicht mehr eine der Haupttodesursachen von Kindern. Fast 95 Prozent der Kinder in Bangladesch sind vollständig gegen Tuberkulose immunisiert, verglichen mit nur 73 Prozent in Indien. Selbst Erwachsenen geht es bei Tuberkulosefällen in Bangladesch besser. BRAC finanzierte freiwillige Helfer in den Gemeinschaften, die mehr als 90 Prozent aller Fälle behandeln. Indien dagegen müht sich ab, durch das formelle Gesundheitssystem 70 Prozent zu erreichen.

Quelle: BRAC 2012; Grameen Bank 2012.

Alle Menschen sollten Anspruch auf die gleiche Qualität der medizinischen Versorgung haben und mehrere Länder haben versucht, eine allgemeine Gesundheitsversorgung anzubieten und zu finanzieren. Einige haben dies durch eine öffentliche Gesundheitsversorgung gezielt für die Armen getan. Doch das ist weder wünschenswert noch effizient, denn im Allgemeinen entsteht so ein Gesundheitssystem, in dem die Armen oft in öffentlichen Einrichtungen Dienstleistungen von schlechter Qualität bekommen, während die Nicht-Armen eine bessere Gesundheitsversorgung im privaten Sektor bekommen. Eine Gesundheitsversorgung, die auf die Armen ausgerichtet ist, bleibt im Allgemeinen unterfinanziert. Das liegt zum Teil daran, dass die mächtigeren Nicht-Armen kein Interesse daran haben, das System zu verbessern. Auch haben spezielle Versicherungssysteme für die Armen den Nachteil, dass sie nicht die Risiken der Gesamtbevölkerung abdecken. Sie sind somit wahrscheinlich finanziell nicht überlebensfähig. Oft werden Mittel von der Präventiv- und Grundversorgung für die teurere tertiäre Versorgung abgezweigt.

Regierungen versuchen auch, die Gesundheitsversorgung durch Nutzungsgebühren zu finanzieren. Es gibt jetzt jedoch einen fast einhelligen Konsens, dass solche Gebühren negative Konsequenzen haben, insbesondere für die Armen. Sie schrecken die Armen ab, Dienstleis-

tungen in Anspruch zu nehmen, und in der Regel werden dadurch kaum Mittel generiert.[100]

Aus den globalen Erfahrungen lässt sich lernen, dass Steuermittel Hauptfinanzierungsquelle für die allgemeine Gesundheitsversorgung sein sollten. Zum Beispiel haben sich die meisten Länder in Südostasien diese Idee zu eigen gemacht. Regierungen haben versucht, die privaten Barausgaben zu reduzieren, die gepoolte Gesundheitsfinanzierung zu erhöhen und die Reichweite und Qualität der Gesundheitsversorgung zu verbessern – wenngleich auch in unterschiedlichem Umfang.[101] Es bleibt eine Herausforderung, die Armen zu identifizieren und zu erreichen. Ressourcenarme Entwicklungsländer wie die DVR Laos und Vietnam haben sich stark auf von Gebern unterstützte Sozialfonds im Gesundheitswesen verlassen.

- *Thailand.* In Thailand sah der National Health Security Act von 2002 vor, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in den Genuss einer umfassenden medizinischen Versorgung kommen sollte. 2009 waren etwa 48 Millionen Menschen bzw. 76 Prozent der Bevölkerung im System für universelle Gesundheitsversorgung registriert, das kostenlose ambulante und stationäre Behandlung von Patienten, Geburtsvor- und Nachsorge, zahnärztliche Versorgung und Notfallversorgung bietet. Das System wird mit einem Gesamtbudget von 34 Millionen US-Dollar im Jahr 2011 (70 US-Dollar für jede versicherte Person) vollständig von der Regierung finanziert. Das macht 5,9 Prozent des nationalen Haushalts aus.[102]
- *Mexiko.* 2003 autorisierte der mexikanische Staat das „Seguro Popular", ein öffentliches Versicherungssystem, das armen, zuvor von der traditionellen sozialen Sicherung ausgeschlossenen Haushalten Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung bietet. Die öffentlichen Mittel für das Gesundheitswesen wurden erhöht und werden fairer verteilt. Der Zugang zu und die Nutzung von Gesundheitsdienstleistungen wurden ausgeweitet. Die Indikatoren für finanzielle Absicherung haben sich verbessert. Ende 2007 profitierten bereits 20 Millionen arme Menschen von diesem System.[103] Mexiko hat unter den Ländern, die sich durch Einführung eines innovativen Finanzierungsmechanismus rasch in Richtung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung bewegen, eine Führungsrolle.
- *Ruanda.* Der Zugang zu Gesundheitsleistungen wurde durch Einführung einer gemeindebasierten Krankenversicherung ausgeweitet. Für Anbieter im Gesundheitswesen wurden Anreize geschaffen, indem die Mittel an die Leistungen gekoppelt wurden. Dadurch wurde die Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten erschwinglicher. Es gab sichtbare Verbesserungen bei den Ergebnissen im Gesundheitsbereich. Die Sterblichkeit der Unter-Fünfjährigen fiel von 196 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten im Jahr 2000 auf 103 im Jahr 2007 und die Müttersterblichkeit sank im Zeitraum 2000 bis 2008 um mehr als 12 Prozent pro Jahr. Ruanda ist auf Kurs, um das Millenniums-Entwicklungsziel zu Müttergesundheit zu erreichen.

In einer Reihe von Ländern besteht die Sorge, dass sich eine zweigleisige Versorgung entwickelt. Selbst wenn die öffentliche Versorgung im Prinzip universell ist, sind die Qualität und der Zugang dazu unter Umständen schlecht, was die Menschen zu teuren privaten Anbietern treibt.

In einer Reihe von Ländern besteht die Sorge, dass sich eine zweigleisige Versorgung entwickelt. Selbst wenn die öffentliche Versorgung im Prinzip universell ist, sind die Qualität und der Zugang dazu unter Umständen schlecht, was die Menschen zu teuren privaten Anbietern treibt

- *China.* Ein großer Teil der Erfolge im chinesischen Gesundheitswesen war zwischen 1950 und 1980 zu verzeichnen, als die Regierung ein dreigliedriges System etablierte. In ländlichen Gebieten gehörten dazu Dorfkliniken, kommunale Gesundheitszentren und Kreiskrankenhäuser, und in urbanen Gemeinschaften Gesundheitszentren und Distriktkrankenhäuser. Seit den 1980er Jahren wird der Gesundheitssektor jedoch von einem System bestimmt, in dem die Leistungen kostenpflichtig sind. Im Ergebnis hat sich in China die Gesundheitssituation insgesamt zwar weiter verbessert, doch die Disparitäten zwischen den östlichen und den westlichen Provinzen und zwischen ländlichen und städtischen Gebieten haben zugenommen. In vielen Teilen des Landes sind qualitativ hochwertige Gesundheitsdienste für die Armen unerschwinglich geworden.
- *Chile.* Bis 1980 wurde das chilenische Gesundheitssystem durch soziale Sicherungssysteme und mit staatlichen Mitteln im

Wesentlichen öffentlich finanziert. Nach der Gesundheitsreform von 1981 wurde jedoch die Risikoversicherung eingeführt und Marktmechanismen begannen den Grad der Absicherung zu regeln. Ab 2006 gab es dann ein duales Versorgungssystem. Der nationale Gesundheitsfonds (FONASA), der durch Steuereinnahmen der chilenischen Bundesregierung und durch Beiträge von Nutznießern finanziert wurde, erreichte 69 Prozent der Bevölkerung. Aufgrund der beschränkten Mittel ließ sich zeitnahe Versorgung von guter Qualität nicht sicherstellen. Private Krankenversicherungsunternehmen erreichen 17 Prozent der Bevölkerung. FONASA bietet einen umfassenden Gesundheitsschutzplan. Es gibt Kritik an diesem dualen System, weil darin Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen, die hohen Risiken ausgesetzt sind, hauptsächlich im öffentlichen System behandelt werden, das über wenig Mittel verfügt und somit tendenziell schlechtere Dienstleistungen anbietet. Da der Staat sich der Risiken bewusst war, führte er 2004 den Plan de Acceso Universal de Garantías Explícitas ein, der einen Katalog an medizinischer Grundversorgung garantiert. Er besteht aus einer mit Prioritäten versehenen Liste von Diagnosen und Behandlungen für 56 Krankheiten sowie der allgemeinen Absicherung für alle Bürger.

Um eine allgemeine Gesundheitsversorgung und mindestens neun Jahre Schulpflicht anzubieten, braucht es über lange Zeit großes staatliches Engagement, Beteiligung und Beständigkeit. Die Herausforderung für Länder des Südens besteht darin, Zugangsgerechtigkeit im Gesundheits- und Bildungswesen sowie grundlegende Qualitätsstandards sicherzustellen, um eine zweigleisige Dienstleistungswirtschaft zu verhindern, in der den Armen öffentliche Dienstleistungen von geringer Qualität (oder gar keine) angeboten werden, den Reichen dagegen private Dienstleistungen von hoher Qualität.

Politische Konzepte für ein allgemeines öffentliches Gesundheits- und Bildungswesen können so entwickelt und umgesetzt werden, dass nicht Qualität geopfert wird, um mehr Menschen zu erreichen. Arme Menschen haben keine Alternativen zum öffentlichen System, doch die Reichen können kostenpflichtige private Dienstleister bezahlen. Solche Dynamiken vertiefen Ungleichheiten, verringern die gesellschaftliche Integration und untergraben eine nachhaltige menschliche Entwicklung. Neue Programme wie in China, Mexiko und Thailand veranschaulichen, welche Möglichkeiten es gibt, um sicherzustellen, dass die Grundversorgung allgemein zugänglich und von angemessener Qualität ist. Wenn finanzielle Mittel in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden, müssen öffentliche Dienstleistungen nicht schlechter sein als private.

Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch eine breiter angelegte Entwicklung

Entwicklung grundlegend zu verändern erfordert von allen Bürgern, dass sie sich den breiteren Zielen der Gesellschaft verpflichtet fühlen, anderen Menschen Respekt und Mitgefühl entgegenbringen und sich dafür einsetzen, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen. Dies erfordert, dass Staaten und Bürger verstehen, dass es bei der menschlichen Entwicklung um mehr geht, als nur um die Erweiterung individueller Verwirklichungschancen. Individuelle Verwirklichungschancen sind in ein umfassendes gesellschaftliches System eingebettet, dessen Wohlergehen erhöhte soziale Kompetenzen erfordert (siehe Kasten 1.7 in Kapitel 1).

Auch sind effektive soziale Sicherungssysteme nötig, um Einzelpersonen und Gemeinschaften beim Management von Risiken, die ihre Wohlfahrt gefährden, zu helfen. Die Globalisierung hat dazu beigetragen, dass einige Elemente der sozialen Sicherung und Sozialversicherung abgebaut wurden, insbesondere bei Systemen, die sich auf eine allgemeine Versorgung und hohe Regierungsausgaben stützten. Gleichzeitig hat sich durch die Globalisierung der Bedarf an sozialer Sicherung erhöht, da Schwankungen der Wirtschaftsaktivitäten immer häufiger auftreten. Um die menschliche Entwicklung voranzubringen, werden sozialpolitische Konzepte somit genauso wichtig wie wirtschaftspolitische. Tatsächlich lassen sich Sozial- und Wirtschaftspolitik kaum trennen, denn sie verfolgen analoge Ziele mit analogen Instrumenten.[104]

Politische Konzepte für ein allgemeines öffentliches Gesundheits- und Bildungswesen können so entwickelt und umgesetzt werden, dass nicht Qualität geopfert wird, um mehr Menschen zu erreichen

KASTEN 3.8 *Cevdet Yılmaz, Entwicklungsminister der Türkei*

Stärkung der sozialen Sicherung in der Türkei

Noch im Jahr 2002 lebten in der Türkei schätzungsweise 30 Prozent der Menschen unterhalb der von der Regierung festgelegten Armutsschwelle von 4,30 US-Dollar am Tag. Die Regierungsausgaben für die soziale Sicherung machten nur zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, weniger als die Hälfte des Durchschnitts in der EU, der bei 25 Prozent liegt. Und die Ausgaben für Sozialhilfe für die Armen machten nur 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Dies führte zu der Kritik, dass die sozialen Unterstützungssysteme der Türkei fragmentiert und unzureichend seien.

Im Laufe der vergangenen zehn Jahre haben jedoch die starken wirtschaftlichen Leistungen der Türkei, ein sozialpolitischer Ansatz, der den Armen gezielt zugute kommt, und gezielte Unterstützung mit mehr Mitteln dazu beigetragen, die Armut schneller zu verringern. Zu den zentralen politischen Änderungen gehören die systematische Stärkung von Sozialhilfeprogrammen, an Bedingungen geknüpfte Transferzahlungen, Reformen der sozialen Sicherheit sowie ambitionierte grundlegende Veränderungen im nationalen öffentlichen Gesundheitssystem. Allein im Rahmen des an Bedingungen geknüpften Transferzahlungsprogramms, das 2003 auf den Weg gebracht wurde, erhielten mehr als eine Million Kinder Unterstützung bei ihrer Gesundheitsversorgung und etwa 2,2 Millionen profitierten von Hilfen im Bildungswesen. Seit 2003 haben Schulkinder im Rahmen eines neuen Programms für kostenlose Schulbücher mehr als 1,3 Milliarden Schulbücher erhalten und fast eine Million Schulkinder werden jetzt kostenlos zur Schule gebracht.

Als ein Ergebnis dieser und anderer Initiativen ist der Anteil der Menschen, die mit weniger als 4,30 US-Dollar pro Tag auskommen müssen, radikal zurückgegangen, auf 3,7 Prozent im Jahr 2010. Der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der zur Unterstützung der Armen und für ähnliche soziale Dienste aufgewendet wird, hat sich auf 1,2 Prozent fast verdreifacht.

Der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt der Türkei ist noch immer niedriger als im EU-Durchschnitt und die Sozialhilfeprogramme hatten noch nicht die gewünschten Wirkungen auf das Armutsniveau. Um sie effektiver zu machen, arbeitet die Regierung an neuen Methoden zur Armutsmessung und sozialen Sicherung, an neuen Ansätzen für Sach- und Geldleistungen sowie an stärkeren Verflechtungen mit Beschäftigungsmöglichkeiten und sie setzt die Konsultationen mit den betroffenen Gemeinschaften und Haushalten fort.

Ähnlich hatte die Ausweitung und Modernisierung des Gesundheitswesens direkte, messbare Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit gehabt. Krankenversicherungen sind jetzt für die gesamte Bevölkerung verfügbar. Unter dem Programm für grundlegende Reformen im Gesundheitswesen, das 2003 auf den Weg gebracht wurde, wurden den Familien Hausärzte zugeteilt, um durch kostenlos bereitgestellte primäre Gesundheits- und Notfallversorgung die Grundversorgung im Gesundheitswesen zu stärken. Es gab rasche und ermutigende Ergebnisse. Erstmals werden fast alle Kinder kostenlos regelmäßig geimpft. Sieben Millionen Schulkinder bekommen jeden Tag kostenlos Milch. Eisen- und Vitamin D-Zusätze werden für Mütter und Kinder kostenlos bereitgestellt. Nach Daten der Regierung ist die Säuglingssterblichkeitsrate stark gesunken, von 29 Todesfällen bei 1.000 Lebendgeburten 2003 auf zehn im Jahr 2010. Dieser Rückgang von zwei Dritteln in acht Jahren geht sehr viel weiter als die Vorgabe der Millenniums-Entwicklungsziele.

Eine kinderfreundliche Politik geht über die Gesundheitsversorgung und Bildung hinaus und umfasst weitergehende Unterstützung für die Gemeinschaften, in denen die Kinder leben. Die Regierung führte 2008 ein neues Sozialunterstützungsprogramm (SODES) ein, um sozialen Zusammenhalt zu schaffen und soziale Integration sicherzustellen, insbesondere für die weniger entwickelten östlichen Regionen des Landes. SODES-Projekte zielen auf eine zunehmende Beteiligung benachteiligter, durch Armut und soziale Ausgrenzung marginalisierter Menschen am nationalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ab. Die Ziele mehrerer Tausend SODES-Projekte gehen über die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Regionen mit niedrigem Einkommen hinaus und umfassen Unterstützung für junge Menschen und Frauen, damit sie sich durch kulturelle, künstlerische und sportliche Leistungen ausdrücken können.

Wichtiger ist jedoch, was diese Verbesserungen für das Leben normaler türkischer Familien bedeuten. Im ganzen Land können nun Eltern wie Kinder sich auf ein gesünderes, sichereres, erfüllteres Leben freuen – das grundlegende Ziel und zentrale Prinzip menschlicher Entwicklung.

In vielen Teilen des Südens haben die Staaten soziale Sicherungsprogramme eingeführt, um die Armen in die neue Wirtschaft zu integrieren. Transferzahlungsprogramme waren und sind bei Umverteilungsmaßnahmen zur Minderung von Armut und Einkommensungleichheit besonders wichtig. Doch Transferzahlungen sind kein Ersatz für die öffentliche Bereitstellung wesentlicher Güter und Dienstleistungen (Kasten 3.8). Bestenfalls können sie die Mittel der Armen ergänzen. Wenn es einen erheblichen Mangel an qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung gibt, wird es wahrscheinlich nicht funktionieren, den Haushalten Bargeld anzubieten, damit sie sich die Gesundheitsversorgung ihrer Wahl kaufen können. Und es wird den Armen wahrscheinlich nicht helfen, wenn man den Haushalten Bargeld gibt, damit sie sich ihre Schulen selbst aussuchen können, wenn nur wenige Schulen über gute Bildungsangebote verfügen. Auch sind Transferzahlungen kein Ersatz für Erwerbseinkommen durch menschenwürdige Arbeit.

- *Indien.* Indiens nationales Gesetz zur Garantie von ländlicher Beschäftigung sichert den dazu berechtigten ländlichen Armen bis zu 100 Tage Hilfsarbeit in der Landwirtschaft zum gesetzlich vorgeschriebenen Mindest-

lohn. Diese Initiative ist vielversprechend, denn sie bietet den Armen einen Zugang zu Einkommen und eine gewisse Absicherung gegen die Launen der Saisonarbeit und sie stärkt die Menschen und ermöglicht ihnen den mit der Arbeit zusammenhängenden Selbstrespekt.[105] Außerdem zielt das Gesetz darauf ab, durch Entwicklung der Infrastruktur in ländlichen Gegenden die Wirtschaft aufzubauen. Das System verfügt über innovative Gestaltungsmerkmale wie Sozialaudits und fortschrittliche Monitoring- und Informationssysteme.

- *China.* Das System zur Sicherung des Mindestlebensunterhaltes ist die wichtigste Antwort der chinesischen Regierung auf die neuen Herausforderungen im Bereich soziale Absicherung, die sich aus der zunehmenden Privatisierung und dem Engagement auf dem Weltmarkt ergeben. In städtischen Gebieten garantiert es ein Mindesteinkommen, indem es die Lücke zwischen dem tatsächlichen Einkommen und einer lokal festgelegten Armutsgrenze schließt. So gibt es trotz wachsender Einkommensungleichverteilung in China die Möglichkeit, dass verteilungspolitische Maßnahmen die Armut mindern und die Ernährungssicherheit verbessern können. Auch kann die Ausweitung solcher Rechte auf Migranten in den Städten entscheidende Auswirkungen darauf haben, dass sie in der Lage sind, vergleichbare soziale Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.
- *Brasilien.* Obwohl das Wirtschaftswachstum in Brasilien langsamer war als in China und Indien, hat das Land die Ungleichheit verringert, indem es ein Programm zur Minderung der Armut einführte, Bildungsangebo-

KASTEN 3.9

An Bedingungen geknüpfte Transferzahlungsprogramme und Mexikos Oportunidades-Programm

An Bedingungen geknüpfte Transferzahlungsprogramme sind so gestaltet, dass sie das Einkommen der Nutznießer und ihren Zugang zu Gesundheit und Bildung erhöhen sollen, indem sie Transferzahlungen an Bedingungen, wie zum Bespiel Klinikbesuche oder den Schulbesuch knüpfen. Sie zielen auf bestimmte Nutznießer ab (typischerweise Personen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen oder aus benachteiligten Haushalten), bieten Unterstützung in Form von Bargeld statt Sachleistungen, und die Transferleistungen sind an Bedingungen in Bezug auf Aktivitäten in den Bereichen Gesundheit und Bildung geknüpft. Auch lässt sich das Programm so gestalten, dass rigorose Wirkungsevaluierungen möglich sind. Zum Beispiel konnte gezeigt werden, dass das Tekopora-Programm in Paraguay positive Auswirkungen auf die Ernährung, Gesundheit, Bildung und die Minderung der Armut hatte, aber keine negativen Auswirkungen auf das Angebot an Arbeitskräften.

Das Oportunidades-Programm in Mexiko ist ein an Bedingungen geknüpftes Transferzahlungsprogramm, das auf arme Haushalte abzielt. Es ist abhängig vom Schulbesuch der Kinder, von medizinischen Untersuchungen und von der Teilnahme an Treffen in der Gemeinschaft, wo Informationen zu persönlicher Gesundheit und Hygiene erteilt werden. Dadurch soll verhindert werden, dass die Armut von einer Generation an die nächste weitergegeben wird. Das Programm hieß ursprünglich Progresa. Es zielt darauf ab, die heutige und zukünftige Armut zu mindern, indem es den Eltern finanzielle Anreize (Bargeld) bietet, um in die Gesundheit und Bildung ihrer Kinder zu investieren. Das Programm, das 1997 begann, ist eines der größten an Bedingungen geknüpften Transferzahlungsprogramme weltweit. Im Jahr 2012 zahlte es rund drei Milliarden US-Dollar an etwa fünf Millionen Haushalte aus.

Die Oportunidades-Transferzahlungen, die zweimonatlich an weibliche Haushaltsvorstände ausgezahlt werden, bestehen aus zwei Teilen. Der erste, den alle teilnehmenden Haushalte bekommen, ist ein fester Lebensmittelzuschuss. Er ist an die Bedingung geknüpft, dass die Familienmitglieder präventive medizinische Versorgung in Anspruch nehmen und soll den Familien helfen, ihr Geld für eine umfassendere und bessere Ernährung auszugeben. Der zweite Teil sind Bildungsstipendien. Sie sind an die Bedingung geknüpft, dass die Kinder mindestens 85 Prozent der Zeit zur Schule gehen und keine Klasse mehr als zweimal wiederholen. Die Bildungsstipendien, die jedes Kind unter 18 Jahren bekommt, das in einer Schule zwischen der dritten Grundschulklasse und der dritten (letzten) Klasse der Mittelstufe eingeschult ist, variieren nach Schuljahr und Geschlecht. Sie sind nach Abschluss der Grundschule deutlich höher und in der Sekundar- und Oberschule für Mädchen höher als für Jungen. Kinder, die von dem Programm profitieren, bekommen zudem einmal im Jahr Geld für Schulbedarf.

An Bedingungen geknüpfte Transferzahlungsprogramme kosten weniger als traditionelle Sozialhilfemaßnahmen in Form von Sachleistungen. Das brasilianische Bolsa Familia und Mexikos Oportunidades, die beiden größten Programme in Lateinamerika, kosten weniger als ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In einigen Fällen werden sie als Instrumente angesehen, die Zugang zu allgemeinen Grundrechten wie Gesundheit und Bildung ermöglichen, doch in anderen Fällen haben sie aufgrund der nur unzureichend bereitgestellten Dienstleistungen dazu geführt, dass einige Orte ausgeschlossen wurden.

Quelle: Hailu und Veras Soares 2008; Ribas, Veras Soares und Hirata 2008.

KASTEN 3.10 *Michael Bloomberg, Bürgermeister, New York City*

Warum New York City sich im Süden politischen Rat für eine Anti-Armutspolitik geholt hat

In New York City arbeiten wir auf verschiedene Weise daran, das Leben unserer Einwohner zu verbessern. Wir bringen die Qualität der Bildung in unseren Schulen weiter voran. Wir haben die Gesundheit der New Yorker verbessert, indem wir das Rauchen und die Fettleibigkeit reduziert haben. Und wir haben die städtische Landschaft attraktiver gemacht, indem wir Fahrradwege eingerichtet und hunderttausende Bäume gepflanzt haben.

Wir haben uns auch bemüht, die Armut zu verringern, indem wir neue und bessere Wege gefunden haben, um wirtschaftliche Unabhängigkeit zu fördern und um für unsere jungen Menschen die Voraussetzungen für eine gute Zukunft zu schaffen. Als wichtigsten Teil dieser Bemühungen gründeten wir das Zentrum für wirtschaftliche Chancen. Dessen Aufgabe besteht darin, Strategien zu identifizieren, um mit innovativen Bildungs-, Gesundheits- und Beschäftigungsinitiativen den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen.

Im Laufe der vergangenen sechs Jahre hat das Zentrum in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit städtischen Einrichtungen und hunderten von Gemeindeorganisationen mehr als 50 Pilotprogramme auf den Weg gebracht. Es hat für jedes dieser Pilotprogramme eine darauf zugeschnittene Evaluierungsstrategie entwickelt, durch die dessen Leistungen überwacht werden, die Ergebnisse verglichen werden und festgestellt wird, welche Strategien bei der Minderung der Armut und der Erweiterung von Chancen die erfolgreichsten sind. Erfolgreiche Programme werden mit neuen öffentlichen und privaten Mitteln weiter gefördert. Nicht erfolgreiche Programme werden nicht weitergeführt und die Mittel werden in neue Strategien investiert. Die Erkenntnisse des Zentrums werden dann weitergegeben an Regierungsstellen, politische Entscheidungsträger, Partner in Nichtregierungsorganisationen und private Geber sowie an Kollegen im ganzen Land und weltweit, die ebenfalls nach neuen Wegen suchen, um den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen.

In New York haben wir das Glück, dass wir einige der hellsten Köpfe der Welt haben, die in unseren Unternehmen und Universitäten arbeiten, doch wir erkennen an, dass sich viel von Programmen lernen lässt, die anderswo entwickelt wurden. Deshalb begann das Zentrum seine Arbeit mit der Durchführung einer nationalen und internationalen Erhebung vielversprechender Strategien gegen die Armut.

Im Jahr 2007 brachte das Zentrum „Opportunity NYC: Family Rewards", das erste an Bedingungen geknüpfte Transferzahlungsprogramm in den Vereinigten Staaten, auf den Weg. Basierend auf ähnlichen Programmen in mehr als 20 anderen Ländern mindert Family Rewards die Armut, indem es den Haushalten Anreize für Gesundheitsvorsorge, Bildung und Ausbildung bietet. Bei der Gestaltung von Family Rewards haben wir auf Erfahrungen aus Mexiko, Brasilien und dutzenden anderer Länder zurückgegriffen. Zum Ende der dreijährigen Laufzeit unseres Pilotprogramms hatten wir gelernt, welche Programmelemente in New York City funktionierten und welche nicht. Diese Informationen sind jetzt für eine neue Generation von Programmen weltweit hilfreich.

Bevor wir das Opportunity NYC: Family Rewards-Programm auf den Weg brachten, besuchte ich Toluca, Mexiko, um mir Oportunidades, das erfolgreiche, an Bedingungen geknüpfte Transferzahlungsprogramm der mexikanischen Regierung, direkt vor Ort anzuschauen. Wir nahmen auch an einem Nord-Süd-Lernaustausch teil, der von den Vereinten Nationen ausgerichtet wurde. Wir arbeiteten mit der Rockefeller-Stiftung, der Weltbank, der Organisation amerikanischer Staaten und anderen Institutionen und internationalen politischen Entscheidungsträgern zusammen, um Erfahrungen mit an Bedingungen geknüpften Transferzahlungsprogrammen in Lateinamerika sowie in Indonesien, Südafrika und der Türkei auszutauschen.

Unsere internationalen Lernaustauschprogramme sind nicht auf diese Transferzahlungsinitiativen beschränkt. Sie beinhalten auch innovative Ansätze im städtischen Verkehrswesen, neue Bildungsinitiativen und andere Programme.

Niemand hat ein Monopol auf gute Ideen. Deshalb wird New York weiter von den besten Vorgehensweisen anderer Städte und Länder lernen. Und während wir in unserer eigenen Stadt neue Programme übernehmen, anpassen und auswerten, engagieren wir uns weiter dafür, etwas zurückzugeben und in Gemeinschaften weltweit bleibende Veränderungen zu bewirken

te ausweitete und die Mindestlöhne anhob. Sein an Bedingungen geknüpftes Transferleistungsprogramm Bolsa Escola, das 2001 auf den Weg gebracht wurde, übernahm die konzeptionellen Grundlagen anderer solcher Programme in Lateinamerika, wie Progresa in Mexiko (das heute Oportunidades heißt; Kasten 3.9). 2003 wurde Bolsa Escola zu Bolsa Familia ausgeweitet, indem mehrere andere Geld- und Sachleistungsprogramme in einem einheitlichen, zielgerichteten System unter einer gestrafften Verwaltung zusammengefasst wurden. 2009 erreichte Bolsa Familia bereits mehr als 12 Millionen Haushalte im ganzen Land bzw. 97,3 Prozent der Bevölkerung, auf die es abzielt. Diese Programme waren auch in Hinblick auf die Programmverwaltung und die Stärkung der Rolle von Frauen wegweisend. Es wurden innovative Distributionskanäle entwickelt, wie zum Beispiel Geldautomatenkarten für Mütter mit niedrigem Einkommen, die kein Bankkonto haben. Das Ergebnis war eine wesentliche Minderung der Armut und der extremen Armut sowie eine Verringerung der Ungleichheit.[106]

- *Chile.* Als eine Reaktion auf Erkenntnisse, dass staatliche Subventionen die Ärmsten der Armen nicht erreichen, wurde 2002 Chile Solidario auf den Weg gebracht, um die extrem Armen mit einer Kombination aus Hilfe und Qualifizierung zu erreichen. Das Pro-

gramm legt den Schwerpunkt auf Hilfen für die Haushalte. Es wird davon ausgegangen, dass die extreme Armut mehrdimensional ist und über Einkommensaspekte hinausgeht. Sie beinhaltet mangelndes Human- und Sozialkapital und erfordert eine Verringerung der Anfälligkeit für Ereignisse wie Krankheiten, Unfälle und Arbeitslosigkeit, die jeden treffen können. In Kombination mit anderen sozialpolitischen Maßnahmen hat das Programm in Boomzeiten die Nutzung von Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen erhöht. In Rezessionszeiten dagegen spielt es eine antizyklische Rolle, indem es den Armen ein dringend benötigtes Sicherheitsnetz bietet.

Der aufsteigende Süden entwickelt also eine breiter angelegte, soziale und auf Armutsminderung ausgerichtete Agenda, auf der politische Handlungskonzepte zum Umgang mit Ungleichheiten, institutionellem Versagen, gesellschaftlichen Hemmnissen und persönlichen Anfälligkeiten eine so zentrale Bedeutung erlangt haben wie die Förderung des Wirtschaftswachstums. Dies folgt aus der wachsenden Erkenntnis, dass soziale Herausforderungen über Einkommensarmut hinausgehen. Zu ihnen gehören auch mangelnder Zugang zu Bildung, schlechte Gesundheit, soziale Ungleichheiten und ein geringer Grad an gesellschaftlicher Integration (Kasten 3.10).

* * *

Eine Agenda für einen grundlegenden entwicklungspolitischen Wandel, der die menschliche Entwicklung fördert, hat viele Facetten. Sie erweitert das Vermögen der Menschen, indem sie den Zugang zur sozialen Grundversorgung universalisiert, Kredite auf die Bevölkerung ausweitet (insbesondere auf die Armen), gemeinsame Ressourcen schützt und, sofern relevant, Landreformen auf den Weg bringt. Sie verbessert die Funktionsfähigkeit des Staates und sozialer Institutionen zur Förderung eines verteilungsgerechten Wachstums, dessen Nutzen breit gestreut ist. Sie legt den Schwerpunkt auf ein rasches Beschäftigungswachstum und arbeitet daran, sicherzustellen, dass die Arbeitsplätze gut sind. Sie reduziert bürokratische und gesellschaftliche Beschränkungen des wirtschaftlichen Handelns und der gesellschaftlichen Mobilität. Sie zieht die Staats- und Regierungsführung zur Rechenschaft. Sie bezieht die gesellschaftlichen Gruppen darin ein, haushaltspolitische Prioritäten festzulegen und Informationen zu verbreiten. Und sie legt den Schwerpunkt auf gesellschaftliche Prioritäten.

Viele Länder des Südens haben gezeigt, was sich in einem Entwicklungsstaat erreichen lässt. Doch selbst in Ländern, die besser abschneiden, sind zukünftige Erfolge nicht garantiert. Überall auf der Welt stehen die Länder vor einer Reihe von Herausforderungen, angefangen mit zunehmender Ungleichheit bis hin zu Umweltschäden. Im nächsten Kapitel geht es um diese Bedrohungen und es wird betrachtet, was nötig ist, um zukünftige Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung aufrechtzuerhalten.

„Jede Generation wird ernten, was die Generation vor ihr gesät hat.“

Chinesisches Sprichwort

„Wir müssen die eine Hälfte der Menschheit, die Frauen, befreien, sodass sie helfen können, auch die andere Hälfte zu befreien.“

Emmeline Pankhurst

4.

Die Dynamik aufrechterhalten

In den vergangenen Jahrzehnten hat es viele positive Nachrichten über die Entwicklungsländer gegeben, insbesondere über ihre guten Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung. Aber wie sieht die Zukunft aus? Können diese Länder weiterhin so rasche Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung machen und können andere Länder im Süden ebenfalls davon profitieren? Mit der richtigen Politik sicherlich. Mögliche politische Maßnahmen bestehen unter anderem darin, Gerechtigkeit zu fördern, Mitsprache und Teilhabe zu ermöglichen, Umweltbelastungen entgegenzuwirken und den demografischen Wandel zu bewältigen. Politische Entscheidungsträger werden sich um größeren politischen Ehrgeiz bemühen und verstehen müssen, dass durch politische Untätigkeit große Kosten entstehen werden.

In den kommenden Jahren müssen die Entscheidungsträger in den Entwicklungsländern eine ehrgeizige Tagesordnung abarbeiten, um auf die schwierigen globalen Bedingungen zu reagieren. Dies gilt insbesondere für den wirtschaftlichen Konjunkturrückgang, der zu einer geringeren Nachfrage im Norden führt. Gleichzeitig müssen sie sich um ihre eigenen dringlichen politischen Prioritäten kümmern.

Politische Prioritäten für die Entwicklungsländer

Für die Entwicklungsländer zeichnen sich für die kommenden Jahre vier politische Prioritäten ab, wenn sie weiterhin so gute Resultate wie in den vergangenen Jahrzehnten erzielen wollen und der Nutzen auf Länder ausgeweitet werden soll, die noch hinterherhinken:

- *Gerechtigkeit fördern.* Gleiche Chancen und soziale Gerechtigkeit, die ja bereits für sich betrachtet wertvoll sind, sind auch wichtig, um die Verwirklichungsmöglichkeiten zu erweitern.[1] Angesichts zunehmender oder andauernder Ungleichheit können Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung nur sehr schwer dauerhaft erzielt werden.[2] Ungleichheit im Hinblick auf spezielle Verwirklichungschancen beispielsweise – ermittelt und gemessen anhand von Ungleichheiten bei Gesundheit und Bildung sowie beim Einkommen – behindert ebenfalls den Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung, auch wenn die Auswirkungen vielleicht weniger ausgeprägt sind. Bei diesen negativen Wechselbeziehungen ist die geschlechtsspezifische Ungleichheit ein zentraler Faktor: Gesundheit und Bildung von Frauen sind entscheidend, wenn man die demografischen und andere Herausforderungen im Hinblick auf die menschliche Entwicklung bewältigen will. Obwohl einige Länder in Lateinamerika und anderswo die Einkommensungleichheit stark verringern konnten, haben nicht alle Länder erkannt, wie wichtig es ist, Ungleichheiten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Einkommen zu beseitigen.[3]
- *Mitsprache und Teilhabe ermöglichen.* Wenn das Bildungsniveau steigt und der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien ausgeweitet wird, verlangt die Bevölkerung mehr Teilhabe an politischen Prozessen und fordert von den Entscheidungsträgern mehr Rechenschaftspflicht und mehr Gelegenheit zu offenem öffentlichen Diskurs. Wenn es in einer Zeit steigender Arbeitslosenzahlen und der Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Teilhabe an politischen Prozessen gibt, kann dies zu öffentlichen Unruhen führen. Durch erweiterte Möglichkeiten der politischen Teilhabe und eine verstärkte Rechenschaftslegung der Regierung, durch die sichergestellt wird, dass die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt werden, können die menschlichen Freiheiten gefördert und die menschliche Entwicklung aufrechterhalten werden. Wenn die sozial relativ Benachteiligten politisch stärker eingebunden werden, kann dies zu einem wichtigen Impuls für die Unterstützung eines politischen Wandels hin zu einer menschlichen Entwicklung werden.
- *Umweltbelastungen entgegenwirken.* Klimawandel und lokaler Druck auf natürliche

Ressourcen und Ökosysteme führen in fast allen Ländern, unabhängig von ihrem Entwicklungsstand, zu immer stärkeren Umweltbelastungen. Wenn nicht sofortige Maßnahmen ergriffen werden, ist der künftige Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung bedroht. Auf der Grundlage von Szenarien, die für den *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2011 entwickelt wurden, setzt sich der vorliegende Bericht für ein energisches Handeln auf nationaler und internationaler Ebene ein, damit diese Herausforderungen bewältigt werden können.

- *Den demografischen Wandel bewältigen*. In einigen Entwicklungsländern, hauptsächlich in Afrika südlich der Sahara, drängen geburtenstarke Jahrgänge junger Menschen auf den Arbeitsmarkt. In anderen Ländern, insbesondere in Ostasien, nimmt der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung ab, und der Anteil älterer Menschen nimmt zu. Neue po-

KASTEN 4.1

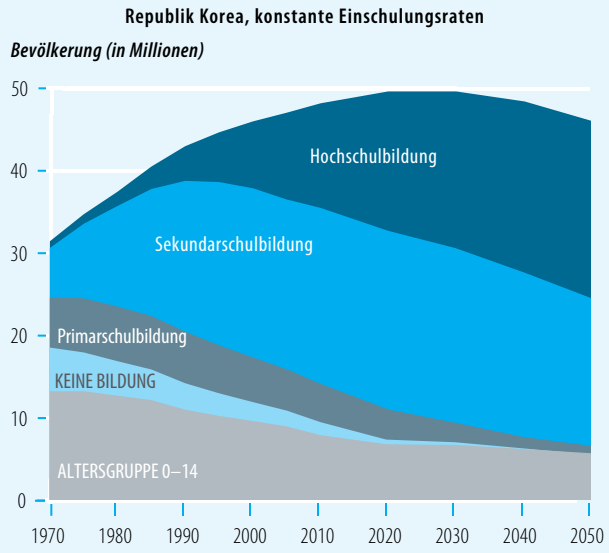
Warum die Bevölkerungsentwicklung in der Republik Korea und in Indien voraussichtlich unterschiedlich verlaufen wird

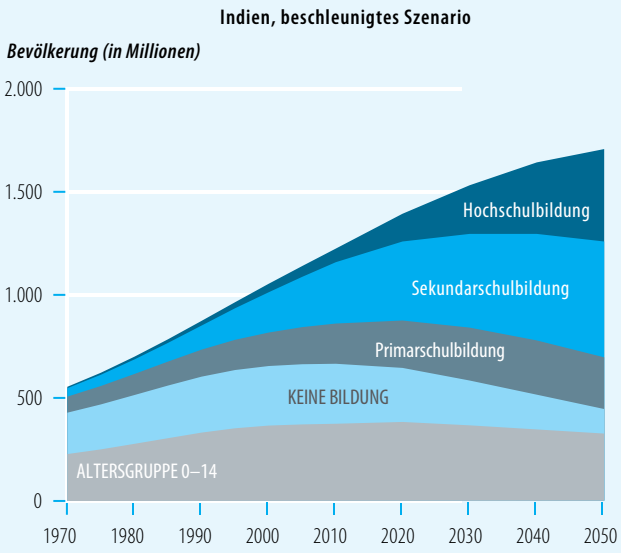
Die Bildungserfolge in der Republik Korea sind stark gestiegen. In den 1950er Jahren erhielt ein großer Prozentsatz von Kindern im Grundschulalter keine Schulbildung. Heutzutage gehören junge koreanische Frauen zu den am besten ausgebildeten Frauen der Welt; mehr als die Hälfte von ihnen hat einen Hochschulabschluss. Eine Folge davon ist, dass ältere Koreaner und Koreanerinnen in Zukunft besser ausgebildet sein werden als die älteren Koreaner und Koreanerinnen heutzutage (siehe Grafik). Aufgrund des positiven Zusammenhangs zwischen Bildung und Gesundheit werden sie außerdem voraussichtlich gesünder sein.

Angenommen, die Einschulungsraten (die hoch sind) bleiben konstant, wird der Anteil der Bevölkerung unter 14 Jahren von 16 Prozent im Jahr 2010 auf 13 Prozent im Jahr 2050 sinken. Es wird auch eine deutliche Verschiebung der Bildungszusammensetzung der Bevölkerung geben, dabei wird der Anteil derer, die eine Hochschulausbildung haben, voraussichtlich von 26 Prozent auf 47 Prozent steigen.

In Indien stellt sich die Lage völlig anders dar. Vor 2000 hatte mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung keine formelle Schulbildung. Trotz der jüngsten Ausweitung der Grundschulbildung und trotz eines beeindruckenden Anstiegs der Anzahl besser ausgebildeter Inder (unzweifelhaft ein wesentlicher Faktor für Indiens Wirtschaftswachstum in jüngster Zeit) wird der Anteil der erwachsenen Bevölkerung ohne Schulbildung nur langsam sinken. Teilweise aufgrund dieses niedrigeren Bildungsniveaus, insbesondere bei Frauen, geht man davon aus, dass die Bevölkerung in Indien rasch zunehmen und Indien China als das bevölkerungsreichste Land überholen wird. Selbst bei einem optimistischen beschleunigten Szenario, bei dem von einer Ausweitung der Bildung ähnlich wie in Korea ausgegangen wird, wird die Bildung in Indien 2050 immer noch höchst ungleich verteilt sein, mit einem beträchtlichen Anteil ungebildeter (meist älterer) Erwachsener. Durch den raschen Anstieg der Hochschulbildung bei diesem Szenario wird jedoch eine sehr gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung aus jungen Erwachsenen entstehen.

Vergleich der künftigen Entwicklung in den Bereichen Bevölkerung und Bildung in der Republik Korea und in Indien





Quelle: Lutz und K.C. 2013.

litische Maßnahmen sind erforderlich, um einerseits ausreichend produktive Beschäftigung zu schaffen und andererseits den steigenden Bedarf an Sozialschutz zu befriedigen.

Es wird auch noch andere Herausforderungen für die menschliche Entwicklung geben, beispielsweise schwankende Rohstoffpreise, insbesondere für Nahrungsmittel und Brennstoffe. In einer immer stärker globalisierten Welt werden diese und andere Probleme zu einem komplexen Umfeld mit den damit verbundenen Risiken führen, dabei werden Fortschritte wieder rückgängig gemacht, und Unsicherheit und Ungleichheit werden zunehmen. In einem so komplexen Umfeld gestalten sich Vorhersagen schwierig, denn es kann sein, dass in Modellen zentrale Variablen nicht miterfasst werden, wie beispielsweise der technologische Fortschritt, durch den sich sowohl die Produktion als auch die persönlichen Möglichkeiten dramatisch verändern können. Modellszenarien sind trotzdem hilfreich, um politische Entscheidungsmöglichkeiten und ihre Implikationen zu veranschaulichen.

Gerechtigkeit fördern

Mehr Gerechtigkeit, beispielsweise zwischen Männern und Frauen und verschiedenen Gruppen (z. B. religiösen Gemeinschaften, Rassen und andere), ist nicht nur für sich betrachtet wertvoll, sondern auch unentbehrlich für die Förderung menschlicher Entwicklung. Bildung gehört zu den wirkungsvollsten Instrumenten zur Förderung von Gerechtigkeit und menschlicher Entwicklung. Sie sorgt dafür, dass Menschen ihre Fähigkeiten entwickeln und dass ihre Entscheidungsfreiheit erweitert wird. Bildung steigert das Selbstbewusstsein der Menschen und erleichtert ihnen, einen besseren Arbeitsplatz zu finden und sich in öffentlichen Debatten einzubringen. Ebenso lernen sie, Forderungen an die Regierung im Hinblick auf Gesundheitsfürsorge, soziale Sicherheit und andere Ansprüche zu richten.

Bildung hat auch erstaunlich positive Auswirkungen auf Gesundheit und Sterblichkeit (siehe Kasten 4.1 zu Unterschieden bei der künftigen Entwicklung der Bildung in der Republik Korea und in Indien). Weltweit gibt es Belege dafür, dass bei einer besseren Ausbildung der Eltern, insbesondere der Mütter, die Überlebenschancen der Kinder größer sind. Hinzu kommt, dass arbeitende Frauen mit besserer Ausbildung (die in der Regel erst die Schule abschließen, bevor sie Kinder bekommen) normalerweise weniger Kinder zur Welt bringen.[4] Gebildete Mütter haben auch gesündere Kinder mit höheren Überlebenschancen (Tabelle 4.1), sodass ein geringerer Anreiz zu einer größeren Familie besteht.[5] Gebildete Frauen haben auch besseren Zugang zu Verhütungsmitteln und nutzen sie wirkungsvoller.[6]

Das Bildungsniveau der Mütter ist für die Überlebenschancen ihrer Kinder wichtiger als Haushaltseinkommen oder Reichtum

Für Untersuchungen im Rahmen des vorliegenden Berichts wurden Erhebungen zur Bevölkerungsentwicklung und Gesundheit (Demographic and Health Surveys) und Erhebungen auf Mikroebene herangezogen. Diese Untersuchungen bestärken die obigen Argumente und ergaben, dass das Bildungsniveau der Mütter für die Überlebenschancen ihrer Kinder wichtiger ist als Haushaltseinkommen oder Reichtum. Daraus ergeben sich weitreichende Implikationen für die Politik: Möglicherweise muss eine Abkehr von Bemühungen zur Steigerung des Haushaltseinkommens hin zu Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung für Mädchen erfolgen.

Dieser Zusammenhang kann durch Daten über Kindersterblichkeit veranschaulicht werden (Tabelle 4.1). Viele afrikanische Länder, insbesondere Mali und Niger, verzeichnen eine hohe Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren. In jedem Land ist die Sterblichkeitsrate jedoch bei gebildeteren Müttern niedriger. In einigen Ländern, wie beispielsweise in Nigeria, gibt es einen Zusammenhang zwischen niedrigeren Kindersterblichkeitsraten und Grundschulbildung; in anderen Ländern wie beispielsweise in Liberia und Uganda hängt der entscheidende Unterschied mit Sekundarschulbildung zusammen.

In einer Modellstudie für den vorliegenden Bericht wurden die Auswirkungen unterschiedlicher Bildungsniveaus auf die Kindersterblichkeit in den Jahren 2010 bis 2050 unter Annahme zweier Szenarien hochgerechnet. Beim „Basisszenario“ wird davon ausgegangen, dass sich der gegenwärtige Trend beim Bildungsniveau auf nationaler Ebene ohne zusätzliche substanzielle neue Finanzierungszusagen oder politi-

TABELLE 4.1

Sterblichkeitsrate bei unter Fünfjährigen und Gesamtfruchtbarkeitsrate in ausgewählten Ländern, gemessen am Bildungsniveau der Mütter
In ausgewählten Länder, im aktuellsten Jahr nach 2005

		Sterblichkeitsrate bei unter Fünfjährigen (pro 1.000 Lebendgeburten)				Gesamtfruchtbarkeitsrate (Geburten pro Frau)			
Land	**Erhebungs-jahr**	**Ohne Bildung**	**Primar-stufe**	**Sekundar-stufe oder höher**	**Insgesamt**	**Ohne Bildung**	**Primar-stufe**	**Sekundar-stufe oder höher**	**Insgesamt**
Ägypten	2008	44	38	26	33	3,4	3,2	3,0	3,0
Äthiopien	2005	139	111	54	132	6,1	5,1	2,0	5,4
Bangladesch	2007	93	73	52	74	3,0	2,9	2,5	2,7
Ghana	2008	103	88	67	85	6,0	4,9	3,0	4,0
Indien	2005/2006	106	78	49	85	3,6	2,6	2,1	2,7
Indonesien	2007	94	60	38	51	2,4	2,8	2,6	2,6
Liberia	2009	164	162	131	158	7,1	6,2	3,9	5,9
Mali	2006	223	176	102	215	7,0	6,3	3,8	6,6
Niger	2006	222	209	92	218	7,2	7,0	4,8	7,0
Nigeria	2008	210	159	107	171	7,3	6,5	4,2	5,7
Ruanda	2007/2008	174	127	43	135	6,1	5,7	3,8	5,5
Sambia	2007	144	146	105	137	8,2	7,1	3,9	6,2
Uganda	2006	164	145	91	144	7,7	7,2	4,4	6,7

Hinweis: Die Daten beziehen sich auf den Zeitraum von zehn Jahren vor der Erhebung.
Quelle: Lutz und KC 2013.

sche Initiativen fortsetzt. Bei dieser Annahme bliebe der Anteil jeder Gruppe von Kindern, die die nächste Bildungsstufe erreichen – eingeteilt nach Alter und Geschlecht – konstant (siehe Technische Erläuterungen im Anhang).

Beim „beschleunigten" Szenario wird von viel ehrgeizigeren bildungspolitischen Zielen ausgegangen, wie sie beispielsweise in den vergangenen Jahrzehnten in der Republik Korea erreicht wurden. Dort ist der Anteil an Schulkindern, die die nächsthöhere Bildungsstufe erreichten, im Laufe der Jahre ständig gestiegen. Dieses beschleunigte Szenario weist im Ergebnis entscheidende Verbesserungen bei der Kindersterblichkeit im Zusammenhang mit der Schulbildung der Mütter auf. Wenn Fortschritten im Bildungsbereich höhere Priorität eingeräumt würde, so lässt sich anhand des Modells zeigen, würden die Todesfälle bei Kindern in allen Ländern und Regionen infolge einer besseren Schulbildung von Mädchen substanziell und kontinuierlich reduziert (Tabelle 4.2).

Indien weist die meisten geschätzten Todesfälle bei Kindern in den Jahren 2010 bis 2015 auf: fast 7,9 Millionen, was etwa der Hälfte aller Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren in Asien entspricht.[7] Für den letzten Projektionszeitraum von 2045 bis 2050 wird prognostiziert, dass beim Basisszenario fast 6,1 Millionen Kinder sterben werden, beim beschleunigten Szenario jedoch nur halb so viele (3,1 Millionen).

In China leben mehr Menschen als in Indien, man schätzt jedoch, dass auf China von 2010 bis 2015 nur weniger als ein Viertel (1,7 Millionen) der Todesfälle bei Kindern entfallen wird. Und da China im Bildungsbereich Fortschritte gemacht hat, sind die Prognosen für China bei beiden Szenarien optimistisch. Wenn sich die Situation in China entsprechend dem beschleunigten Szenario entwickelt, was wahrscheinlich ist, werden sich die Todesfälle bei Kindern 2045 bis 2050 auf etwa eine halbe Million verringern. Das

ist weniger als ein Drittel des gegenwärtigen Niveaus.

Für einige andere Länder sind die Prognosen nicht so optimistisch. In Kenia beispielsweise werden die Todesfälle bei Kindern von etwa 582.000 in den Jahren 2010 bis 2015 auf etwa 1,6 Millionen in den Jahren 2045 bis 2050 ansteigen. Beim beschleunigten Szenario würde die Zahl der Todesfälle von 2045 bis 2050 auf 371.000 sinken. Das ist zwar viel besser, liegt jedoch nicht weit unter dem Niveau von 2010. bis 2015.

Der prognostizierte Rückgang der Todesfälle bei Kindern spiegelt die Kombination der Faktoren wider, dass Frauen mit besserer Bildung weniger Kinder bekommen, und dass von diesen Kindern weniger sterben. Die Prognosen zeigen auch, dass politische Maßnahmen größere Wirkung zeigen, wenn die Bildungsergebnisse zunächst schlechter waren.

Diese Ergebnisse unterstreichen, wie wichtig es ist, die geschlechtsspezifische Ungleichheit zu verringern, insbesondere im Bildungsbereich und in Ländern mit niedrigem Index der Menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI). Geschlechterungleichheit ist besonders tragisch, weil sie nicht nur Frauen von grundlegenden sozialen Chancen ausschließt, sondern auch die Lebensperspektiven künftiger Generationen stark beeinträchtigt.

Mitsprache, Teilhabe und Rechenschaftslegung ermöglichen

Mahbub ul Haq betonte im Bericht über die menschliche Entwicklung 1995: „Nur wenn die Menschen sinnvoll an Ereignissen und Prozessen, die ihr Leben gestalten, mitwirken können, werden Wege menschlicher Entwick-

Der prognostizierte Rückgang der Todesfälle bei Kindern spiegelt die Kombination der Faktoren wider, dass Frauen mit besserer Bildung weniger Kinder bekommen, und dass von diesen Kindern weniger sterben

TABELLE 4.2

Geschätzte Anzahl von Todesfällen bei Kindern unter fünf Jahren, je nach Bildungsszenario, 2010 bis 2015, 2025 bis 2030, 2045 bis 2050 (in Tausenden)

	2010–2015	2025–2030		2045–2050	
Land oder Region	**Basisszenario**	**Basisszenario**	**Beschleunigtes Szenario**	**Basisszenario**	**Beschleunigtes Szenario**
Land					
Brasilien	328	224	177	161	102
China	1.716	897	871	625	526
Indien	7.872	6.707	4.806	6.096	3.064
Kenia	582	920	482	1.552	371
Korea, Rep.	9	8	9	7	7
Mali	488	519	318	541	150
Pakistan	1.927	1.641	1.225	1.676	773
Südafrika	288	198	165	134	93
Region					
Afrika	16.552	18.964	12.095	24.185	7.495
Asien	15.029	11.715	8.924	10.561	5.681
Europa	276	209	204	196	187
Lateinamerika und Karibik	1.192	963	704	950	413
Nordamerika	162	160	155	165	152
Ozeanien	11	11	11	12	10

Hinweis: In den Technischen Erläuterungen werden das Basis- und beschleunigte Szenario genauer erläutert.
Quelle: Lutz und KC 2013.

lung auf nationaler Ebene wünschenswert und nachhaltig sein."[8] Für eine gerechte und nachhaltige menschliche Entwicklung sind Systeme öffentlichen Diskurses erforderlich, die die Bürger ermutigen, sich am politischen Prozess zu beteiligen und ihre Ansichten und Bedenken zu äußern. Die Bevölkerung sollte in der Lage sein, politische Entscheidungen und Ergebnisse zu beeinflussen, und junge Menschen sollten sich auf mehr wirtschaftliche Chancen und politische Rechenschaftslegung freuen können. Wenn die Menschen aus diesem Prozess ausgeschlossen sind, haben sie nur eingeschränkt die Möglichkeit, ihre Bedenken zu äußern, und dies kann zu einem Fortbestehen der Ungerechtigkeiten führen.

Die Unzufriedenheit im Norden wie im Süden nimmt zu, weil die Menschen mehr Gelegenheiten fordern, ihre Bedenken zu äußern und auf die Politik einzuwirken, insbesondere im Hinblick auf grundlegenden Sozialschutz

Autokratische Regime verhängen Restriktionen, die durch die Verweigerung wichtiger Freiheiten der menschlichen Entwicklung direkt entgegenstehen. Selbst in Demokratien haben arme Menschen und arme Bevölkerungsschichten jedoch nur eingeschränkt Zugang zu Informationen, Mitsprachemöglichkeiten oder öffentlicher Beteiligung. Arme Menschen müssen zusammenarbeiten, um ihr politisches Stimmrecht wirksam auszuüben. In vielen Ländern werden jedoch Organisationen, die die Armen vertreten, nicht unterstützt, sondern entmutigt. In Demokratien kann die Rechenschaftslegung auch von einem oft sehr eng begrenzten Kreis von Eliten auf alle Bürger ausgeweitet werden, insbesondere auf diejenigen, die bisher in den öffentlichen Debatten unterrepräsentiert waren, wie Frauen, Jugendliche und Arme.

Regierungen, die nicht auf die Bedürfnisse der Bürger eingehen oder die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe nicht erweitern, riskieren, ihre Legitimierung zu verlieren. Die Unzufriedenheit im Norden wie im Süden nimmt zu, weil die Menschen mehr Gelegenheiten fordern, ihre Bedenken zu äußern und auf die Politik einzuwirken, insbesondere im Hinblick auf grundlegenden Sozialschutz. Einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge stieg die Unzufriedenheit mit den Regierungen gemessen im Index für soziale Unruhen von 2010 bis 2011 in 57 von 106 Ländern. Der größte Anstieg war in den Ländern des Nordens zu verzeichnen, gefolgt von den arabischen Staaten und Afrika südlich der Sahara.[9]

Die Bevölkerung im Norden protestiert gegen Sparmaßnahmen, Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und die Streichung von Arbeitsplätzen, beispielsweise in Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien und im Vereinigten Königreich. Bürger fordern von den Regierungen, sich um die sozialen Folgen ihrer Politik zu kümmern, und sie weisen darauf hin, dass die Last der Sparmaßnahmen in unverhältnismäßiger Art und Weise den Armen und sozial Benachteiligten aufgebürdet wird.[10] Andere Unruhen bezogen sich schwerpunktmäßig auf Nahrungsmittelpreise, Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung:

- *Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln.* Im Jahr 2008 wurde durch Unruhen als Reaktion auf die hohen Nahrungsmittelpreise die Stabilität in mehr als 30 Ländern in Afrika und den arabischen Staaten bedroht.[11]
- *Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne.* Arbeitnehmer fordern von den Regierungen, dass sie auf ihre Bedürfnisse eingehen. In vielen Ländern bringen die Arbeitslosen ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck.[12] In Vietnam gab es im Jahr 2011 doppelt so viele Streiks, weil Arbeitnehmer darum kämpften, angesichts der Inflation höhere Löhne zu erhalten.[13]
- *Umweltverschmutzung.* Auch Massenproteste gegen Umweltverschmutzung sind stark verbreitet. In Shanghai in China beispielsweise kämpften Demonstranten gegen den Bau einer Abwasserleitung,[14] und in Malaysia wehren sich Anwohner gegen den Bau einer Raffinerie für Seltene Erden in ihrem Wohngebiet.[15]

Viele der aktiven Demonstranten sind Jugendliche, was teilweise auf den Mangel an Arbeitsplätzen und ein eingeschränktes Arbeitsplatzangebot für gut ausgebildete junge Leute zurückzuführen ist. Bei einer Stichprobe von 48 Ländern lag die Jugendarbeitslosigkeit 2011 bei mehr als 20 Prozent, also weit über der Gesamtrate von 9,6 Prozent.[16] Unzufriedenheit unter Jugendlichen als Reaktion auf die steigende Arbeitslosigkeit findet sich besonders häufig in Gebieten mit gebildeter Bevölkerung.[17] Bildung verändert die Erwartungen, die Menschen an die Regierung haben, und vermittelt politische Kompetenz und Fähigkeiten und Fertigkeiten, die erforderlich sind, um die Entscheidungen der Regierung infrage zu stellen.

Das heißt nicht, dass Gebildete mehr Rechte haben. Wenn Regierungen jedoch der Schaffung von Arbeitsplätzen nicht höhere Priorität einräumen, müssen sie sich mit steigender Unzufriedenheit bei Jugendlichen auseinandersetzen, wenn das Bildungsangebot erweitert wird (Grafik 4.1).[18]

Gleichzeitig erschließen das mobile Breitband-Internet und andere moderne Technologien neue Kanäle, über die Bürger, insbesondere junge Leute, Rechenschaft einfordern können. Dadurch wird auch Menschen in verschiedenen Ländern ermöglicht, Werte und Erfahrungen auszutauschen, weil sie einander näher gebracht werden.

Durch das Internet und Social Media als „kostengünstige Aggregatoren" der öffentlichen Meinung kann sich die Bevölkerung stärker äußern. In China beispielsweise ist die Nach-1990er-Generation sehr gut ausgebildet, hat politisches Bewusstsein und äußert sich offen in den Social Media.[19] In weniger als einer Woche nach dem Unfall des Hochgeschwindigkeitszuges im Juli 2011 in Wenzhou wurden in den beiden wichtigsten Microblogs *(weibos)* in China 26 Millionen Kommentare zu dem Unfall gepostet, in denen Bedenken über die Sicherheit geäußert wurden.[20]

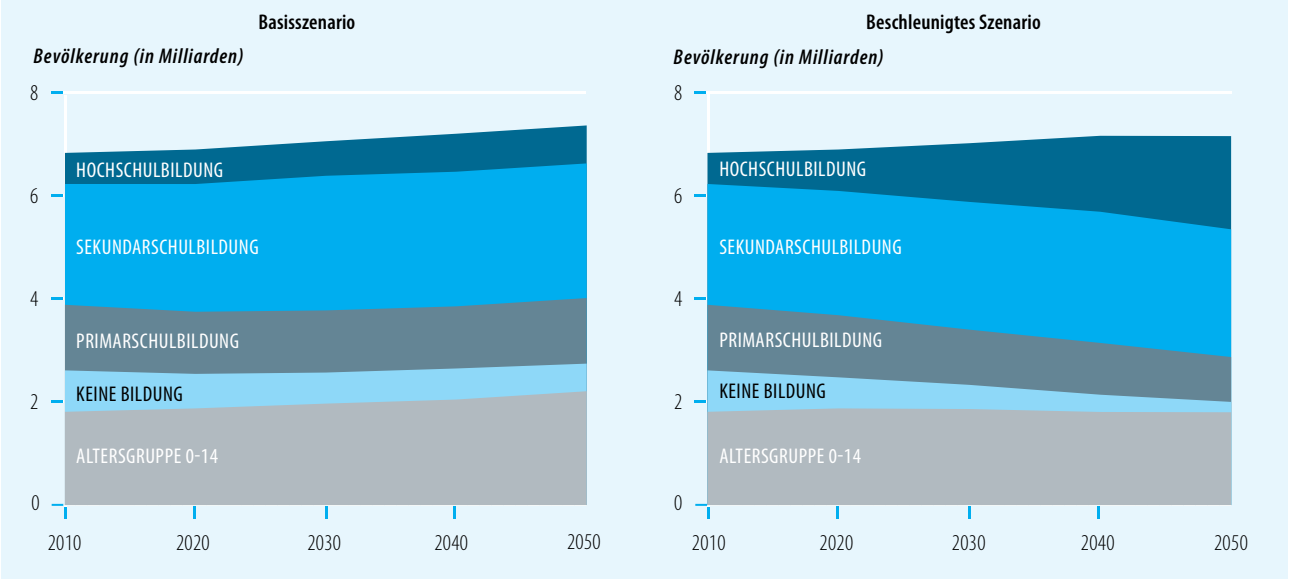
Soziale Bewegungen und Medien lenken die Aufmerksamkeit auf spezielle Themen, dies führt jedoch nicht immer zu politischen Veränderungen, von denen die Gesellschaft insgesamt profitiert. In Indien beispielsweise erzeugte die Anna Hazare-Bewegung Druck gegen Korruption, um Veränderungen zu bewirken. Kritiker weisen jedoch darauf hin, dass solche Bewegungen sich für politische Maßnahmen einsetzen können, die von der breiten Wählerschaft eventuell nicht unterstützt werden. Daher ist es wichtig, partizipatorische Prozesse zu institutionalisieren, die das politische Gleichgewicht wiederherstellen, indem sie ausgegrenzten Bürgern eine Plattform bieten, Rechenschaft zu verlangen und Ungerechtigkeiten zu beseitigen – von systemischer Diskriminierung bis hin zu unfairer, ungerechter Ausgrenzung.[21]

Partizipation und Inklusivität, die schon für sich betrachtet wertvoll sind, verbessern auch die Qualität politischer Maßnahmen und ihre Umsetzung und verringern das Risiko künftiger Unruhen. Wenn es nicht gelingt, ein Gemeinwesen aufzubauen, das auf Rechenschaftslegung basiert und sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, kann es zu Unzufriedenheit und innenpolitischen Unruhen kommen. Die menschliche Entwicklung kann

Partizipation und Inklusivität, die schon für sich betrachtet wertvoll sind, verbessern auch die Qualität politischer Maßnahmen und ihre Umsetzung und verringern das Risiko künftiger Unruhen

GRAFIK 4.1

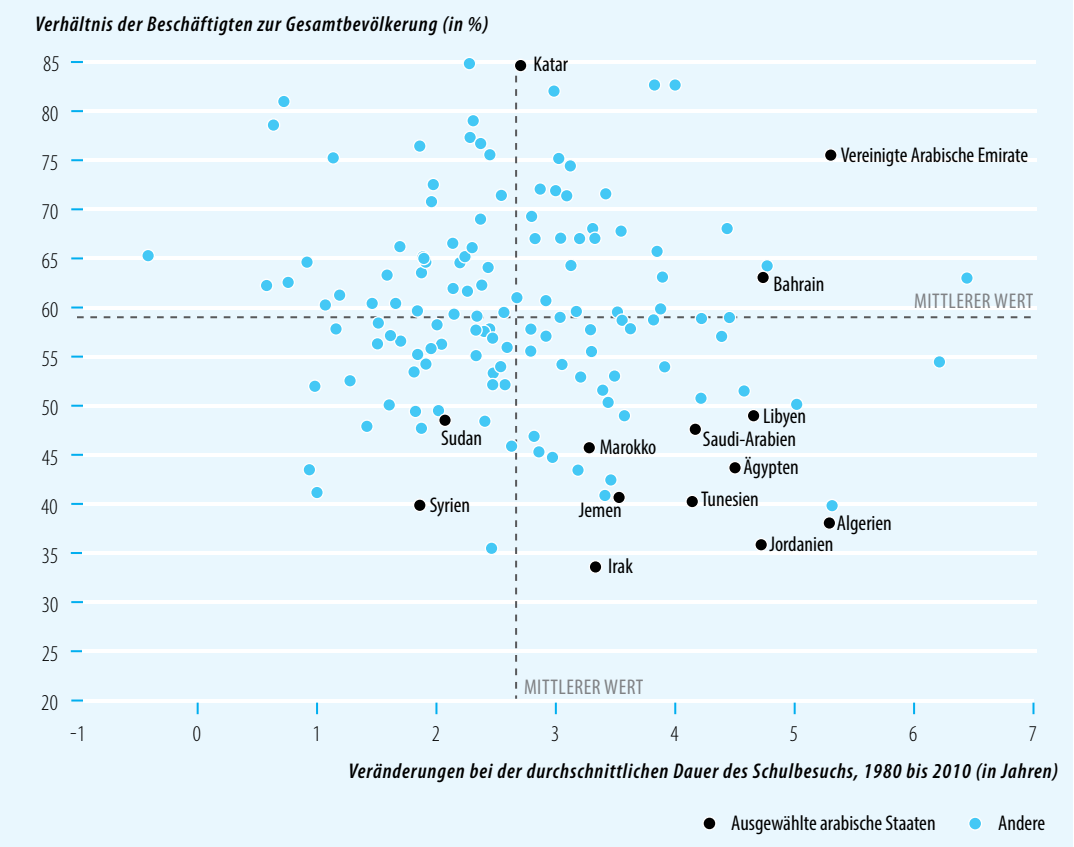
Beim beschleunigten Szenario werden die Bildungsergebnisse gefördert



Hinweis: Siehe Technische Erläuterungen für eine Diskussion über „Basisszenario" und „Beschleunigtes Szenario".
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Lutz und K.C. (2012).

GRAFIK 4.2

In den meisten Ländern hat das Arbeitsplatzangebot nicht mit dem gestiegenen Bildungsniveau Schritt gehalten



Hinweis: Die Analyse bezieht sich auf 141 Länder. Die Beschäftigungsquote im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bezieht sich auf das aktuellste verfügbare Jahr im Zeitraum von 2006 bis 2010.
Quelle: Übernommen aus Campante und Chor (2012) unter Verwendung aktualisierter Daten.

Die Geschichte ist voller Beispiele für Volksaufstände gegen Regierungen, die die Erwartungen ihrer Bürger ignorieren

daran scheitern. Die Geschichte ist voller Beispiele für Volksaufstände gegen Regierungen, die die Erwartungen ihrer Bürger ignorieren. Unruhen verhindern Investitionen und behindern das Wachstum, und Regierungen müssen Mittel bereitstellen, um Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten.

In den vergangenen Jahren gab es in Ländern im Norden wie im Süden eskalierende Legitimationskrisen, die dazu geführt haben, dass Bürger gegen ihre Institutionen Sturm liefen. Millionen Menschen in den arabischen Staaten haben sich erhoben, haben Chancen, Respekt und Würde gefordert und mehr Bürgerrechte sowie einen neuen Gesellschaftsvertrag mit denjenigen, die in ihrem Namen regieren. Als Konsequenz wurden die autokratischen Regierungen in Ägypten, Libyen und Tunesien abgelöst, im Jemen wird die Strategie eines politischen Übergangs durch internationale Vermittlung verfolgt. In Jordanien und Marokko wurden politische Reformen eingeleitet, und Syrien steckt mitten im Bürgerkrieg.

Eine Möglichkeit, friedliche Veränderungen zu fördern, ist, der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, durch offene, transparente Praktiken reifer zu werden. Ägypten und Tunesien hatten selbst unter autokratischen Regierungen recht gut entwickelte Vereinsstrukturen und politische Oppositionsbewegungen mit Selbstdisziplin. Libyen dagegen konnte nicht auf solche Erfahrungen zurückgreifen, was zu einem totalen Bürgerkrieg führte. In Ländern, die keine Tradition der Bürgerbeteiligung haben, ist es schwierig, nach Konflikten einen politi-

schen Zusammenhalt herzustellen. Verschiedene Erfahrungen zeigen, dass Veränderungen in politischen Regimen nicht automatisch zu mehr Mitsprache, Beteiligung, Inklusion oder Rechenschaftslegung führen oder dass Staaten dann effektiver arbeiten.

Rechenschaftspflicht und Inklusion sind nicht nur auf politischer Ebene entscheidend, sondern auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, wo die Schaffung von Arbeitsplätzen und die soziale Inklusion gefördert werden, insbesondere in Gesellschaften mit einem großen, wachsenden Anteil gebildeter Menschen. Dafür sind effektive Vermittlungsinstitutionen erforderlich, anderenfalls kann sich Modernisierung destabilisierend auswirken.[22] Dies soll nicht heißen, dass Menschen nur gut ausgebildet sein sollen, wenn es Arbeitsplätze für sie gibt; im Paradigma der menschlichen Entwicklung ist der Zugang zu Wissen und Bildung bereits ein Ziel an sich. Soziale Unruhen in jüngster Vergangenheit zeigen jedoch, dass ein Missverhältnis zwischen Bildung und wirtschaftlichen Chancen insbesondere bei jungen Leuten zu Entfremdung und Hoffnungslosigkeit führen kann.

Unter den 20 Ländern mit dem größten Zuwachs bei der durchschnittlichen Dauer der Schullaufbahn in den Jahren 1980 bis 2010 waren acht arabische Staaten (Grafik 4.2). In den meisten dieser Länder konnte das Arbeitsplatzangebot nicht mit der gestiegenen Bildung Schritt halten. Die meisten Länder, die an den jüngsten Unruhen in den arabischen Staaten beteiligt waren, befinden sich im unteren rechten Quadranten der Grafik 4.2, weil sie große Gewinne beim Bildungsstand aufweisen, die Beschäftigungsquote (das Verhältnis der Beschäftigten zur Gesamtbevölkerung) jedoch unterhalb des Durchschnitts liegt.[23]

Wann Gesellschaften einen kritischen Punkt erreichen werden, ist schwer vorherzusagen. Forderungen nach Veränderungen werden durch viele Faktoren ausgelöst. Wenn gut ausgebildete junge Menschen keine Arbeit finden, sind sie tendenziell verärgert. Die durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs ist in den vergangenen 30 Jahren in allen Ländern, von den Daten verfügbar waren, gestiegen.[24] Verärgerung allein löst jedoch keine Unruhen aus. Die Öffentlichkeit mag zwar verärgert sein, wenn die Menschen jedoch glauben, dass es sich nicht lohnt, Zeit zu investieren und sich um politische Veränderungen zu bemühen, weil es höchst unwahrscheinlich ist, dass sich tatsächlich etwas ändert, werden sie vermutlich nicht handeln.[25] Massenproteste, insbesondere von gebildeten Menschen, brechen in der Regel aus, wenn düstere Aussichten auf ökonomische Chancen die Opportunitätskosten eines politischen Engagements verringern. Solche „aufwendigen Formen politischer Partizipation“[26] können dann sehr einfach durch neue Formen der Massenkommunikation koordiniert werden.

Überall auf der Welt fordert die Bevölkerung von den Regierungen, den Bürgern gegenüber mehr Rechenschaft abzulegen und die Möglichkeiten für die Öffentlichkeit, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, zu erweitern. Ein solcher Wandel hat bereits in der Vergangenheit stattgefunden. Karl Polanyi beispielsweise dokumentierte die „Great Transformation“ von 1944, bei der die Regierungen im Norden auf die Forderungen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften reagierten, den Markt zu regulieren und den Sozialschutz auszuweiten, damit der Markt der Gesellschaft diente und nicht die Gesellschaft dem Markt.[27] Viele Regierungen erließen Verordnungen, um die Aktivitäten von Firmen einzuschränken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Gleichzeitig wurden soziale Dienstleistungen und Sozialschutz ausgeweitet. Regierungen übernahmen auch Verantwortung für die makroökonomische Politik und führten einige Restriktionen für den internationalen Handel ein. Vielleicht ist die Zeit jetzt wieder reif für eine Umgestaltung, die für die Probleme und Bedingungen des 21. Jahrhunderts angemessen ist.[28]

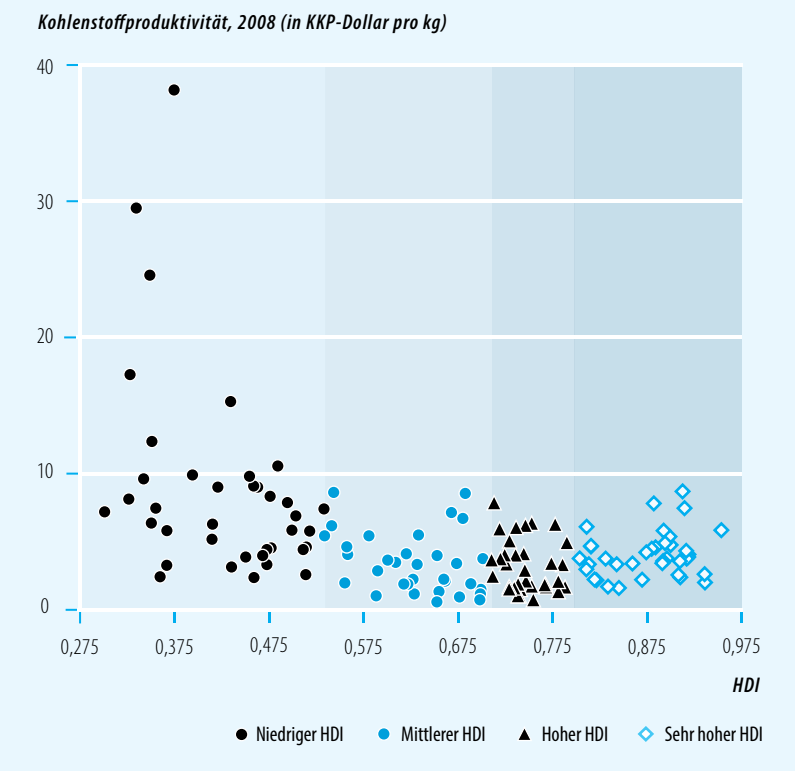
Rechenschaftspflicht und Inklusion sind nicht nur auf politischer Ebene entscheidend, sondern auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, wo die Schaffung von Arbeitsplätzen und die soziale Inklusion gefördert werden

Umweltbelastungen entgegenwirken

Eine der größten Herausforderungen für die Welt ist die Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Man hätte zwar erwartet, dass die Kohlenstoffproduktivität (BIP pro Einheit Kohlendioxid) im Zuge der menschlichen Entwicklung zunehmen würde, der Zusammenhang ist tatsächlich jedoch relativ gering (Grafik 4.3). Auf jedem Niveau des HDI haben

GRAFIK 4.3

Auf jedem Niveau des Index' der menschlichen Entwicklung haben einige Länder eine höhere Kohlenstoffproduktivität als andere



Hinweis: Kohlenstoffproduktivität ist das BIP pro Einheit Kohlendioxid. KKP = Kaufkraftparität.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf World Bank (2012a).

einige Länder eine größere Kohlenstoffproduktivität als andere.

Betrachten wir einmal Länder mit mittlerem HDI wie Guatemala und Marokko, die fast identische HDI-Werte aufweisen. Die Kohlenstoffproduktivität in Guatemala (5,00 KKP-Dollar pro Kilogramm) ist fast zweimal so hoch wie in Marokko (2,60 KKP-Dollar). Ebenso große Unterschiede kann es zwischen Provinzen oder Staaten innerhalb von Ländern geben, wie beispielsweise in China.[29] Diese Erkenntnisse bekräftigen das Argument, dass Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung nicht bedeuten, dass die Nutzung von Kohlenstoff zunimmt und dass die menschliche Entwicklung mit Verbesserungen bei der Umweltpolitik einhergehen kann.

Damit Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung aufrechterhalten werden können, muss dem Einwirken des Menschen auf die Umwelt wesentlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ziel ist eine hohe Stufe menschlicher Entwicklung und gleichzeitig ein möglichst geringer ökologischer Fußabdruck (der untere rechte Quadrant in Grafik 1.7 in Kapitel 1). Nur wenige Länder kommen einem so hohen, global reproduzierbaren Niveau menschlicher Entwicklung nahe, ohne einen nicht-nachhaltigen Druck auf die ökologischen Ressourcen unseres Planeten auszuüben. Um diese Herausforderung auf globaler Ebene zu meistern, müssen alle Länder ihren eingeschlagenen Weg der Entwicklung anpassen: Die entwickelten Länder werden ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren müssen, während die Entwicklungsländer ihren HDI-Wert steigern müssen, ohne ihren ökologischen Fußabdruck zu vergrößern. Innovative, saubere Technologien werden dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Umweltbedrohungen wie Klimawandel, Entwaldung, Luft- und Wasserverschmutzung und Naturkatastrophen wirken sich auf alle Menschen aus, arme Länder und arme Gemeinschaften sind jedoch am stärksten betroffen. Der Klimawandel verschärft bereits chronische Umweltbelastungen, und der Verlust von Ökosystemen schränkt insbesondere für arme Menschen die Möglichkeiten ein, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Eine saubere, sichere Umwelt sollte als Recht betrachtet werden und nicht als Privileg. Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2011 hob hervor, dass Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit untrennbar miteinander verbunden sind. Nachhaltige Gesellschaften erfordern politische Maßnahmen und strukturelle Veränderungen, mithilfe derer menschliche Entwicklung und Ziele im Hinblick auf den Klimawandel aufeinander abgestimmt werden können – durch geringe Emissionen, Strategien, die das Klima schonen und innovative öffentlich-private Finanzierungsmechanismen.[30]

Die meisten benachteiligten Menschen tragen kaum zur globalen Umweltzerstörung bei. Sie müssen jedoch oft die Hauptlast ihrer Folgen tragen.[31] Ein Beispiel: Obwohl Länder mit niedrigem HDI am wenigsten zum globalen Klimawandel beitragen, müssen sie in der Regel die größten Verluste und die immer häufiger auftretenden Schwankungen im Hin-

blick auf die jährlichen Niederschlagsmengen hinnehmen, was gravierende Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion und den Lebensunterhalt hat. Die Größenordnung solcher Verluste unterstreicht die Dringlichkeit, Bewältigungsstrategien zu verabschieden, um die Bevölkerung im Hinblick auf den globalen Klimawandel widerstandsfähig beziehungsweise belastbar zu machen.[32]

Naturkatastrophen, deren Häufigkeit und Intensität zunehmen, verursachen ungeheure Zerstörungen und Verluste menschlicher Verwirklichungschancen. Allein im Jahr 2011 führten Naturkatastrophen, die mit Erdbeben einhergingen (Tsunamis, Erdrutsche und Bodensenkungen), zu mehr als 20.000 Todesfällen und zu Schäden von insgesamt 365 Milliarden US-Dollar, und etwa eine Million Menschen verloren ihre Unterkunft.[33] Für kleine Inselentwicklungsländer waren die Auswirkungen besonders gravierend. Einige von ihnen mussten Verluste in Höhe von einem Prozent des BIP hinnehmen, manche sogar acht Prozent oder sogar ein Vielfaches ihres BIP. St. Lucia beispielsweise verlor 1988 durch Hurrikan Gilbert fast das Vierfache des BIP, und Grenada verlor 2004 durch Hurrikan Iwan das Zweifache des BIP.[34]

Im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2011 wurden verschiedene Umweltszenarien untersucht. Beim „Szenario der Umweltprobleme" wurden die voraussichtlichen negativen Folgen der Erderwärmung auf die landwirtschaftliche Produktion, den Zugang zu sauberem Wasser und einer verbesserten Sanitärversorgung sowie die Umweltverschmutzung berücksichtigt. Bei diesem Szenario wäre der globale HDI 2050 um acht Prozent niedriger als beim „Basisszenario", bei dem eine Fortsetzung, jedoch keine Verschlimmerung der gegenwärtigen Umwelttrends angenommen wird. Besonders dramatisch ist, dass die durchschnittlichen regionalen HDI-Werte sowohl in Südasien als auch in Afrika südlich der Sahara beim „Szenario der Umweltprobleme" zwölf Prozent niedriger wären als beim „Basisszenario". Beim noch schlimmeren „Umweltkatastrophen-Szenario" würde der globale HDI-Wert 2050 15 Prozent unter den des „Basisszenarios" sinken, in Südasien 22 Prozent und in Afrika südlich der Sahara 24 Prozent. In beiden Regionen würden Jahrzehnte des Fortschritts bei der menschlichen Entwicklung zum Stillstand kommen oder komplett rückgängig gemacht.

Der vorliegende Bericht beschäftigt sich genauer mit den Auswirkungen dieser Umweltszenarien auf die Anzahl der Menschen, die in extremer Einkommensarmut leben (Grafik 4.4). Beim Umweltkatastrophen-Szenario im Vergleich zum Szenario mit beschleunigten Fortschritten würden 2050 etwa 3,1 Milliarden Menschen unter extremer Einkommensarmut leiden (Tabelle 4.3). Beim Basisszenario dagegen würde die Zahl der Menschen mit extremer Einkommensarmut bis 2050 sinken.

Beim Umweltkatastrophen-Szenario würden 2,7 Milliarden Menschen mehr in extremer Einkommensarmut leben als beim Basisszenario. Dies ist die Konsequenz aus zwei miteinander zusammenhängenden Faktoren. Erstens zeigt das Modell einen Anstieg um 1,9 Milliarden Menschen in extremer Einkommensarmut aufgrund von Umweltzerstörung. Zweitens würden Umweltkatastrophen dazu führen, dass sich 800 Millionen arme Menschen nicht aus ihrer extremen Einkommensarmut befreien könnten, was sie sonst beim Basisszenario geschafft hätten (siehe Technische Erläuterungen im Anhang).

Diese Ergebnisse unterstreichen eine zentrale Botschaft des vorliegenden Berichts: Umweltbedrohungen zählen zu den größten Hindernissen für die weitere menschliche Entwicklung, und sie werden voraussichtlich schwerwiegende Folgen für die armen Menschen haben. Je länger entsprechende Maßnahmen hinausgezögert werden, desto höher werden die Kosten sein.

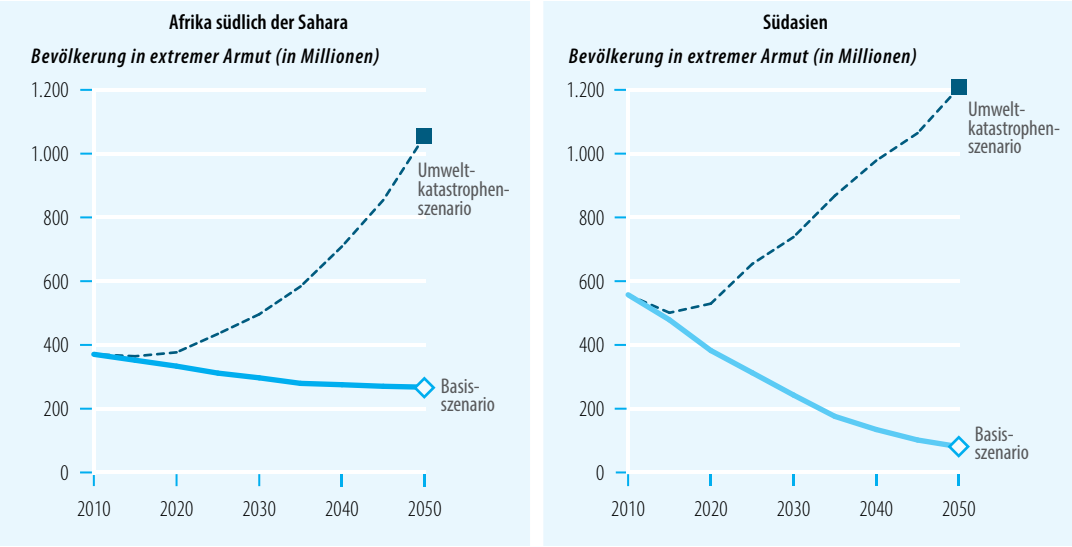
Umweltbedrohungen zählen zu den größten Hindernissen für die weitere menschliche Entwicklung, und sie werden voraussichtlich schwerwiegende Folgen für die armen Menschen haben

Den demografischen Wandel bewältigen

Von 1970 bis 2011 wuchs die Weltbevölkerung von 3,6 Milliarden auf sieben Milliarden. Die Entwicklungsperspektiven werden sowohl durch die Altersstruktur der Bevölkerung als auch durch die Bevölkerungsgröße beeinflusst.[35] Sinkende Fruchtbarkeitsraten und ein Wandel der Altersstrukturen können beträchtliche Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben.[36] In den Jahren 1970 bis 2010 sank der Abhängigkeitsquotient (der Anteil junger

GRAFIK 4.4

Unterschiedliche Umweltszenarien haben unterschiedliche Auswirkungen auf die extreme Armut



Die beispiellose Akkumulierung von Finanzreserven sowohl im Norden als auch im Süden bietet die Chance zu schnelleren Fortschritten auf breiter Front

Hinweis: Die Grenze für extreme Armut liegt bei 1,25 US-Dollar pro Tag in Kaufkraftparität. In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario genauer erläutert.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Pardee Center for International Futures (2012).

TABELLE 4.3

Veränderungen der extremen Einkommensarmut beim Umweltkatastrophenszenario nach Regionen, 2010 bis 2050 (in Millionen Menschen)

Region	2010	2020	2030	2040	2050	Zunahme der extremen Ein-kommens-armut 2010–2050	Abweichung	
							Im Vergleich zum Basis-szenario 2050	Im Vergleich zum Szenario mit beschleu-nigten Fort-schritten, 2050
Afrika südlich der Sahara	371	377	496	709	1.055	685	788	995
Arabische Staaten	25	25	39	73	145	120	128	144
Europa und Zentralasien	14	6	17	32	45	30	41	44
Lateinamerika und Karibik	34	50	90	138	167	134	135	155
Ostasien und Pazifik	211	142	211	363	530	319	501	522
Südasien	557	530	738	978	1.207	650	1.126	1.194
Welt insgesamt	**1.212**	**1.129**	**1.592**	**2.293**	**3.150**	**1.938**	**2.720**	**3.054**

Hinweis: Extreme Einkommensarmut wird definiert als 1,25 US-Dollar pro Tag in Kaufkraftparität. In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario genauer erläutert.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Pardee Center for International Futures (2012).

und alter Menschen im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d.h. in der Altersgruppe von 15 bis 64 Jahren) in den meisten Regionen stark. Besonders stark sank er in Ostasien und im pazifischen Raum, nämlich um 39,5 Prozent, gefolgt von Lateinamerika und der Karibik und den arabischen Staaten, wo er um 34 Prozent sank.

Von 2010 bis 2050 wird der Abhängigkeitsquotient in den Ländern mit mittlerem, hohem und sehr hohem HDI jedoch voraussichtlich steigen, insbesondere in den entwickelten

Ländern und in Ostasien und dem pazifischen Raum. In ärmeren Regionen, wie beispielsweise in Südasien und in Afrika südlich der Sahara, wird der Abhängigkeitsquotient weiterhin sinken, jedoch langsamer.

Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahrzehnten weitreichende Folgen für die meisten Länder im Süden haben, jedoch auf sehr unterschiedliche Art und Weise. Einige ärmere Länder werden von der demografischen Dividende profitieren, weil der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung steigen wird.[37] Reichere Regionen im Süden werden jedoch mit der Herausforderung konfrontiert sein, dass der Abhängigkeitsquotient steigt, die Bevölkerung immer älter wird und alle Kinder die Schule besuchen, was sich in einem sinkenden Anteil von Erwerbstätigen in der Bevölkerung widerspiegelt.

Langfristig können beide demografischen Herausforderungen durch eine höhere Bildungserfolgsquote entschärft werden. Erstens führt mehr Bildung zu einer Verringerung der Fruchtbarkeitsraten in Ländern, wo sie noch hoch sind. Zweitens kann Bildung die Arbeitsproduktivität in den reicheren Ländern mit einer relativ geringeren Zahl an Arbeitskräften steigern. Gleichzeitig werden die Regierungen die Schaffung von Arbeitsplätzen aktiver fördern müssen, um die Chancen auf eine produktive Beschäftigung für jüngere und ältere Arbeitnehmer gleichermaßen zu verbessern.

Wenn wirtschaftliche Chancen und Produktivität nicht mit dem beschriebenen demografischen Wandel Schritt halten können, können die Länder keine demografische Dividende erzielen und die soziale Stabilität kann ebenfalls in Gefahr geraten, wie man in den vergangenen Jahren in vielen Ländern beobachten konnte.

Modelle von Demografie und Bildung

Demografische Trends sind allerdings nicht deterministisch. Sie können, zumindest indirekt, durch Bildungspolitik und manchmal durch Migrationspolitik verändert werden.[38] Durch die modellhafte Darstellung demografischer und bildungspolitischer Trends können wirksame politische Optionen identifiziert werden.[39] Anhand zweier Szenarien für 2010 bis 2050 können die Auswirkungen verschiedener politischer Reaktionen veranschaulicht werden: Beim Basisszenario bleiben die Einschulungsraten auf jeder Bildungsebene konstant, und beim beschleunigten Szenario setzen sich Länder mit ursprünglich sehr niedrigem Bildungsniveau ehrgeizige Bildungsziele.[40]

Der Abhängigkeitsquotient eines Landes wird zu einem immer größeren Problem. Ein hoher Abhängigkeitsquotient in einem Land kann zu Verarmung und zu Rückschritten bei der menschlichen Entwicklung führen. Beim Basisszenario wird für Länder mit niedrigem HDI von 2010 bis 2050 ein Sinken des Abhängigkeitsquotienten um 9,7 Prozentpunkte prognostiziert, für Länder mit mittlerem HDI eine Steigerung um neun Prozentpunkte, für Länder mit hohem HDI eine Steigerung um 15,2 Prozentpunkte und für Länder mit sehr hohem HDI eine Steigerung um 28,7 Prozentpunkte (Grafik 4.5). Beim beschleunigten Szenario sinkt der Abhängigkeitsquotient bei Ländern mit niedrigem HDI in den Jahren 2010 bis 2050 um 21,1 Prozentpunkte – das ist mehr als doppelt so viel wie beim Basisszenario. Bei Ländern mit mittlerem HDI steigt der Abhängigkeitsquotient beim beschleunigten Szenario langsamer als beim Basisszenario (um 6,1 Prozentpunkte), ebenso bei Ländern mit hohem HDI (um 4,9 Prozentpunkte). Dieser Anstieg ist bei Ländern mit sehr hohem HDI jedoch weniger ausgeprägt.

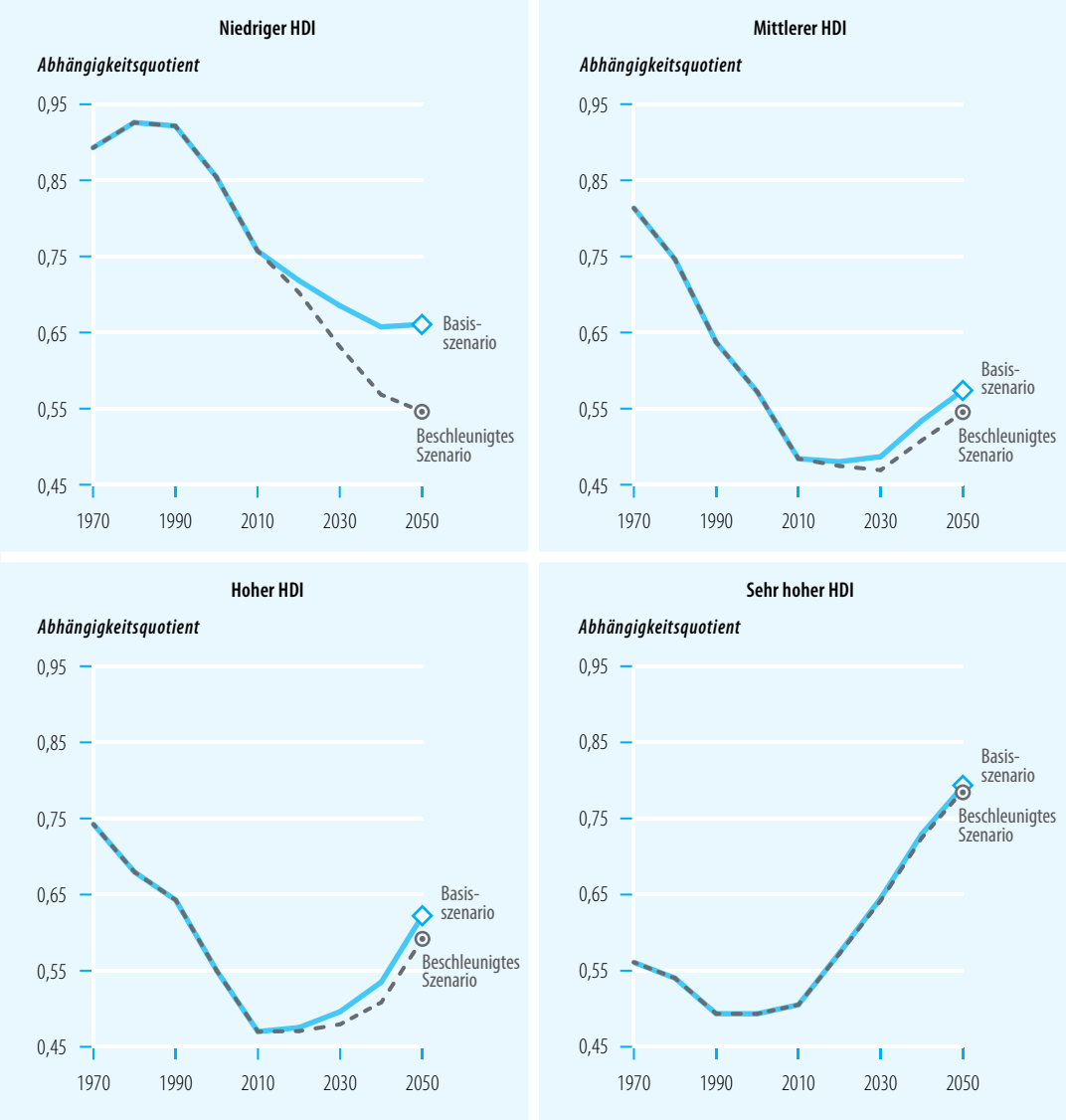
Beim Basisszenario steigt der Anteil der älteren Bevölkerung in allen HDI-Gruppen: um 3,9 Prozentpunkte bei Ländern mit niedrigem HDI, um 17,7 Prozentpunkte bei Ländern mit mittlerem HDI, um 20,2 Prozentpunkte bei Ländern mit hohem HDI und um 22,3 Prozentpunkte bei Ländern mit sehr hohem HDI.[41] Es wird prognostiziert, dass von 2010 bis 2050 der Anteil der jungen Bevölkerung in allen HDI-Gruppen sinken wird. Bei Ländern mit niedrigem HDI wird der Abhängigkeitsquotient sinken, weil der Anteil der jungen Menschen schneller abnehmen wird als der Anteil der älteren Bevölkerung zunimmt.

Für die arabischen Staaten, Südasien und Afrika südlich der Sahara wird prognostiziert, dass der Abhängigkeitsquotient beim Basisszenario sinken wird, beim beschleunigten Szenario sogar noch schneller. In Afrika südlich der

Demografische Trends sind allerdings nicht deterministisch. Sie können, zumindest indirekt, durch Bildungspolitik und manchmal durch Migrationspolitik verändert werden

GRAFIK 4.5

Bildungspolitische Maßnahmen können den Abhängigkeitsquotienten verändern



Hinweis: In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario genauer erläutert.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Lutz und K. C. (2013).

Prognosen für Ostasien und den pazifischen Raum, Europa und Zentralasien und für Lateinamerika und die Karibik gehen davon aus, dass der Abhängigkeitsquotient steigen wird

Sahara beispielsweise sinkt der Abhängigkeitsquotient beim Basisszenario um 11,8 Prozentpunkte und um 25,7 Prozentpunkte beim beschleunigten Szenario.

Prognosen für Ostasien und den pazifischen Raum, Europa und Zentralasien und für Lateinamerika und die Karibik gehen davon aus, dass der Abhängigkeitsquotient steigen wird. In Ostasien und dem pazifischen Raum wird es einen erstaunlichen Anstieg beim Anteil der älteren Bevölkerung geben – bis zu 25,8 Prozentpunkte, was sogar eine noch größere Zunahme als in den Ländern mit sehr hohem HDI bedeutet.

Anhand der Beispiele Brasilien und Chile lässt sich das Potenzial für eine ehrgeizige Bildungspolitik zur Veränderung des Abhängigkeitsquotienten aufzeigen. In Brasilien steigt der Abhängigkeitsquotient beim Basisszenario um 15,6 Prozentpunkte, beim beschleunigten Szenario jedoch nur um 10,8 Prozentpunkte (Tabelle 4.4). In Chile ergäbe sich ein ähnlicher Anstieg, nämlich um 20,2 beziehungsweise 17,3 Prozentpunkte.

Die Herausforderungen für die einzelnen Länder sind bei den beiden Szenarien sehr unterschiedlich. Beim Basisszenario würde sich für China ein schnellerer Anstieg (um 27,3 Prozentpunkte) ergeben als beispielsweise für Thailand (um 23,9 Prozentpunkte) oder Indonesien (um 8,7 Prozentpunkte) – Länder, in denen selbst eine ehrgeizigere Bildungspolitik nur begrenzte Auswirkungen auf ihren jeweiligen Abhängigkeitsquotienten hätte, weil das Bildungsniveau bereits hoch ist.

Länder können auf eine Abnahme der werktätigen Bevölkerung auf verschiedene Art und Weise reagieren. Sie können die Arbeitslosigkeit verringern, die Arbeitsproduktivität steigern und die Erwerbsbeteiligung fördern, insbesondere bei Frauen und älteren Arbeitnehmern. Sie können auch Arbeit in Offshore-Produktionsstandorte verlagern und Migranten aus dem Ausland anwerben.[42]

Ohne geeignete politische Maßnahmen kann die demografische Dynamik zu einem kurzfristigen Anstieg der Ungleichheit führen, wenn man davon ausgeht, dass reichere Haushalte vorübergehend von der unterschiedlichen Geschwindigkeit des demografischen Wandels profitieren. Sinkende Fruchtbarkeitsraten und Verschiebungen in der Altersstruktur können sich auf das Wirtschaftswachstum auswirken.[43] Eine kürzlich erschienene Studie bestätigt die für den vorliegenden Bericht durchgeführte länderübergreifende Analyse. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der Jugendquotient in ärmeren Haushalten tendenziell höher ist und bei reicheren geringer, insbesondere in Lateinamerika und in Afrika südlich der Sahara, und dass Unterschiede beim Jugendquotienten bei reichen und armen Familien mit der Zeit verschwinden.[44] Während eines demografischen Übergangs sinkt tendenziell insbesondere bei den Reichen die Fruchtbarkeitsrate, was zu ei-

Ohne geeignete politische Maßnahmen kann die demografische Dynamik zu einem kurzfristigen Anstieg der Ungleichheit führen

TABELLE 4.4

Trends beim Abhängigkeitsquotienten in ausgewählten Ländern, 1970 bis 2050

Land	1970	1980	1990	2000	2010	Szenario	2020	2030	2040	2050
Bangladesch	0,929	0,946	0,859	0,704	0,560	Basisszenario	0,462	0,434	0,433	0,481
						beschleunigt	0,457	0,422	0,418	0,465
Brasilien	0,846	0,724	0,656	0,540	0,480	Basisszenario	0,443	0,484	0,540	0,637
						beschleunigt	0,437	0,460	0,499	0,589
Chile	0,811	0,629	0,564	0,540	0,457	Basisszenario	0,471	0,549	0,609	0,659
						beschleunigt	0,467	0,531	0,582	0,630
China	0,773	0,685	0,514	0,481	0,382	Basisszenario	0,408	0,450	0,587	0,655
						beschleunigt	0,404	0,434	0,562	0,628
Ghana	0,934	0,946	0,887	0,799	0,736	Basisszenario	0,704	0,656	0,643	0,645
						beschleunigt	0,686	0,595	0,548	0,532
Indien	0,796	0,759	0,717	0,638	0,551	Basisszenario	0,518	0,496	0,491	0,511
						beschleunigt	0,510	0,474	0,463	0,480
Indonesien	0,868	0,807	0,673	0,547	0,483	Basisszenario	0,452	0,457	0,504	0,571
						beschleunigt	0,451	0,454	0,501	0,567
Thailand	0,904	0,756	0,532	0,447	0,417	Basisszenario	0,426	0,488	0,576	0,656
						beschleunigt	0,425	0,484	0,570	0,650
Türkei	0,850	0,787	0,671	0,560	0,478	Basisszenario	0,458	0,467	0,504	0,585
						beschleunigt	0,450	0,443	0,473	0,547

Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Lutz und K.C. (2013). In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario genauer erläutert.

KASTEN 4.2

China und Ghana: Wer profitiert von der demografischen Dividende?

Der globale Trend zu langsamerem Bevölkerungswachstum und alternder Bevölkerung wird teilweise von China, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, das einen demografischen Wandel durchmacht, bestimmt. In Afrika südlich der Sahara könnte eine schneller wirkende Bildungspolitik mit einer schrittweisen Steigerung der Einschulungsraten den demografischen Wandel beschleunigen und eine demografische Dividende für die Region erzeugen. Anhand der Beispiele China und Ghana lässt sich verdeutlichen, was geschehen kann.

China

1970 stellten Jugendliche den größten Anteil der chinesischen Bevölkerung, was zu einem hohen Abhängigkeitsquotienten von 0,77 führte. Dabei kamen bei Kindern im Alter von 0 bis 4 Jahren 1,08 Jungen auf jedes Mädchen (Grafik 1). 2010 sah die Bevölkerungspyramide in China völlig anders aus. Da die Fruchtbarkeitsraten sanken, stieg der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung schneller als der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung, wodurch der Abhängigkeitsquotient auf 0,382 sank. Das Ungleichgewicht der Geschlechter trat bei Kleinkindern deutlicher zutage: Auf jedes Mädchen kamen 1,18 Jungen. Die Bevölkerung im produktiven Alter – die Altersgruppe von 35 bis 50 und gegenwärtig der größte Anteil der Bevölkerung – wird das Rentenalter in 15 bis 25 Jahren erreichen. 2030 wird China daher der Herausforderung einer alternden Bevölkerung, die mehr Druck auf den sozialen Sektor erzeugt und den Abhängigkeitsquotienten steigen lässt, gegenüberstehen. Im Rentenalter wird diese Kohorte ein höheres Bildungsniveau aufweisen als ihre Vorgänger vor 40 Jahren.

Beim beschleunigten Szenario mit einer intensiven Bildungspolitik wird sich die Altersstruktur in China bis 2050 verändert haben. Die Bevölkerung im Alter von 60 bis 64 Jahren stellt dann die größte Kohorte. Das Bildungsniveau der Gruppe im erwerbsfähigen Alter wird beträchtlich steigen und dazu beitragen, dass die erwerbstätige Bevölkerung produktiver wird. Eine fachlich kompetentere, produktivere Erwerbsbevölkerung könnte einige der negativen Folgen auffangen, die sich aus dem hohen Abhängigkeitsquotienten und dem großen Anteil älterer Menschen ergeben. Bei diesem Szenario wird der Anteil von Jungen im Vergleich zu Mädchen auf 1,06 sinken, was fast dem globalen Durchschnitt entspricht.

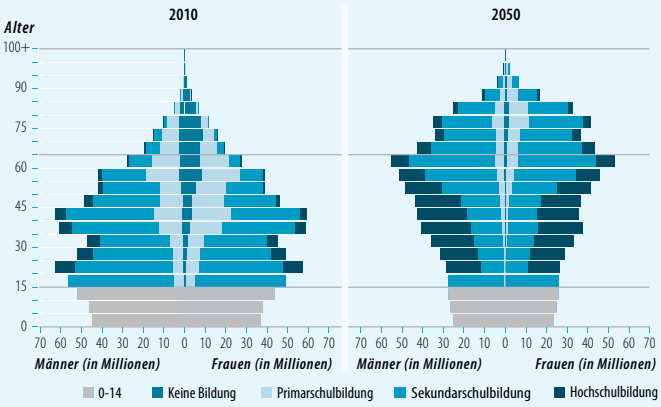
Ghana

1970 hatte Ghana eine Bevölkerung von 8,7 Millionen. Den größten Anteil der Bevölkerung stellten junge Menschen, was zu einem hohen Abhängigkeitsquotienten führte (0,934). Auch der Anteil der Bevölkerung ohne formelle Schulbildung war hoch, insbesondere bei Frauen. 2010 hatte sich die Bevölkerung in Ghana beinahe verdreifacht – auf 24,4 Millionen. Die Altersstruktur hatte sich kaum verändert, obwohl Verbesserungen bei der Lebenserwartung die Mitte der Pyramide abrundeten. Der Anteil der jugendlichen Bevölkerung war zwar kleiner geworden als im Jahr 1970, war jedoch immer noch groß, und der Abhängigkeitsquotient blieb weiterhin hoch und lag bei 0,736. Das Bildungsniveau hatte sich allerdings beträchtlich verbessert, und der Anteil der Menschen mit Primar- und Sekundarschulbildung war gestiegen.

Bei den beiden bildungspolitischen Szenarien sind die Prognosen für Ghana im Jahr 2050 deutlich verschieden. Beim Basisszenario, in dem von 2010 bis 2050 von konstanten Einschulungsraten ausgegangen wird, würde die Bevölkerungspyramide in Ghana ein Dreieck bleiben, mit einem großen Anteil junger Menschen und einem hohen Abhängigkeitsquotienten (0,645; Grafik 2). Beim Basisszenario wird prognostiziert, dass die Bevölkerung auf 65,6 Millionen anwachsen wird, beim beschleunigten Szenario jedoch nur auf 48,2 Millionen.

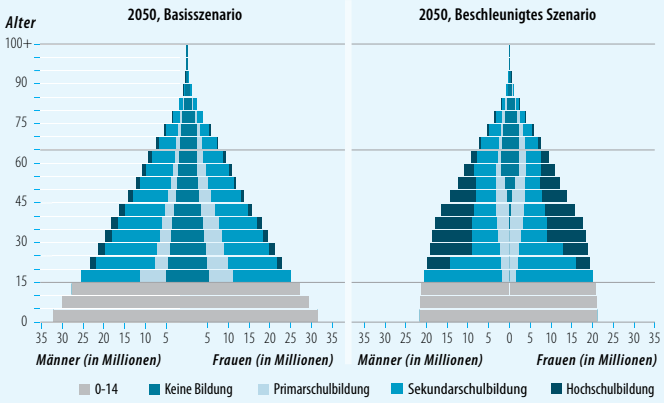
Beim beschleunigten Szenario würden sich die Bevölkerungsperspektiven beträchtlich verändern, da sinkende Fruchtbarkeitsraten den Abhängigkeitsquotienten auf 0,532 senken würden, vor allem wegen des sinkenden Anteils Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung Ghanas. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ohne Bildung würde ebenfalls sinken, was zu einem Anstieg der Produktivität führen würde. Es gäbe auch bessere Chancen, von der demografischen Dividende zu profitieren, vorausgesetzt, die Schaffung von Arbeitsplätzen würde mit dem Arbeitskräfteangebot dieser neuen Kohorten Schritt halten.

Grafik 1. Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in China



Quelle: Lutz und K.C. 2013. In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario diskutiert.

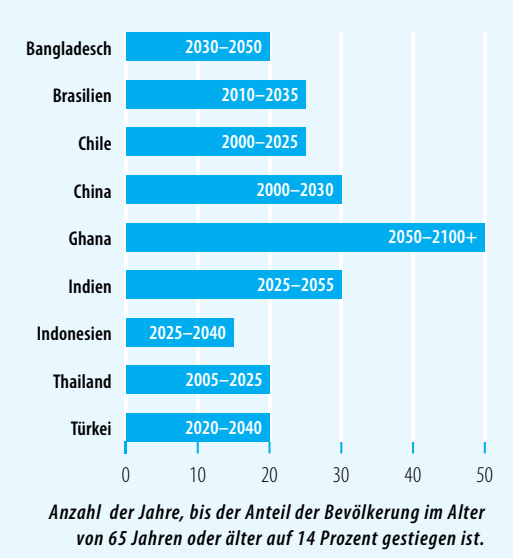
Grafik 2. Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Ghana



Quelle: Lutz und K.C. 2013. In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario diskutiert.

GRAFIK 4.6

Der Alterungsprozess der Bevölkerung geht in Entwicklungsländern rascher vonstatten



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Lutz und K.C. (2013). In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario genauer erläutert.

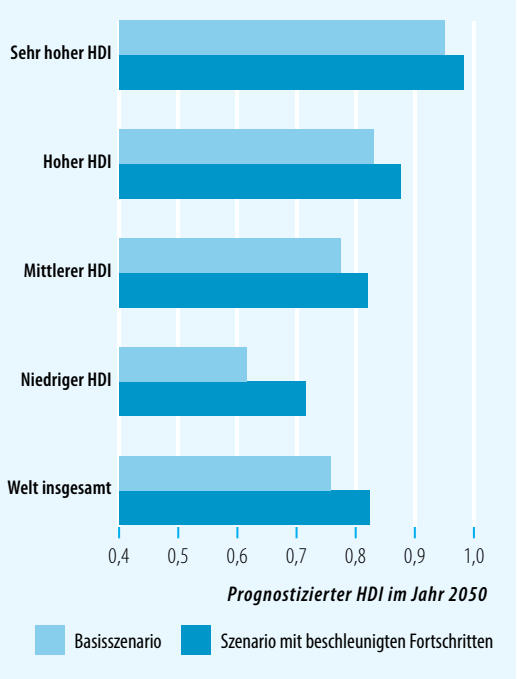
nem kurzfristigen Anstieg der Ungleichverteilung des Einkommens führt, da die Reichen zuerst vom demografischen Wandel profitieren. Dann holt die Mittelklasse auf, da sie ihren Töchtern eine bessere Bildung ermöglicht und Familienplanung nutzt, gefolgt von der armen Bevölkerung. Irgendwann ist dann die Fruchtbarkeitsrate bei allen Einkommensgruppen gesunken, und der wirtschaftliche Gewinn, der sich aus der demografischen Dividende ergibt, ist gleichmäßiger verteilt.[45] Auch kürzlich durchgeführte Studien zu Lateinamerika und Afrika[46] kommen zu diesem Ergebnis.

Eine solch kurzfristige Zunahme der Ungleichheit ist jedoch nicht unvermeidbar und kann durch politische Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Bildung und reproduktive Gesundheit, beeinflusst werden, die ermöglichen, dass die Vorteile des demografischen Wandels allen Einkommensgruppen gleichzeitig zugutekommen. Betrachten wir einmal die drei Länder mit dem größten Rückgang des Kinderquotienten: Côte d'Ivoire (mit einem BIP pro Kopf von 1.800 US-Dollar im Jahr 2011), Namibia (6.800 US-Dollar) und Peru (10.300 US-Dollar). In Côte d'Ivoire sank der Abhängigkeitsquotient bei den Reichen am stärksten und bei den Armen am wenigsten. In Namibia sank er im mittleren Einkommensbereich am stärksten, und in Peru in allen Einkommensgruppen etwa gleich stark.[47] In Kasten 4.2 wird die Verteilung der Vorteile, die sich aus der demografischen Dividende in China und Ghana ergeben, ausführlich dargestellt.

In 13 von 18 Ländern konnte von 1970 bis 2010 ein sinkender Abhängigkeitsquotient und eine Zunahme der Bildung bei Frauen beobachtet werden, ebenso eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Jahren 1980 bis 2008 und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2010. In diesen Ländern übertraf in den Jahren 2000 bis 2004 und von 2005 bis 2010 die Erwerbsbeteiligung von Frauen die Zunahme der Erwerbsbeteiligung insgesamt, was auf ein größeres Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt schließen lässt. Das Arbeitsplatzangebot wurde jedoch bei steigendem Bildungsniveau nicht

GRAFIK 4.7

Die Aussichten für die menschliche Entwicklung im Jahr 2050 sind beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten besser, insbesondere für Länder mit niedrigem HDI



Hinweis: In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario genauer erläutert.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Pardee Center for International Futures (2012).

unbedingt besser. In einigen Ländern kam es für besser ausgebildete weibliche Arbeitskräfte sogar zu Engpässen auf dem Arbeitsmarkt. Es bedarf zusätzlicher politischer Maßnahmen, um Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu fördern, die mehr und besser qualifizierten Arbeitskräften Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

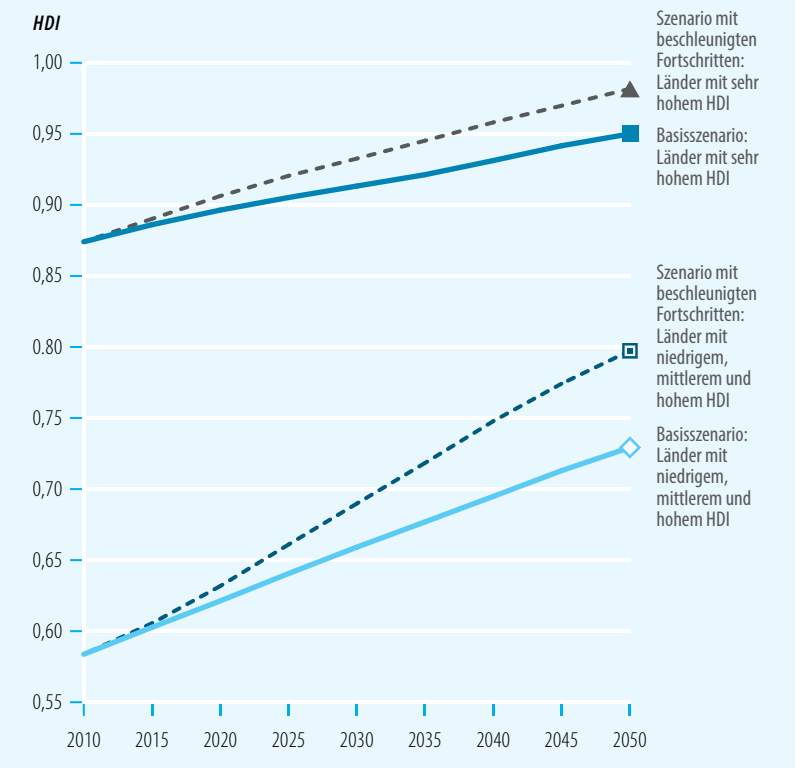
Auswirkungen einer älter werdenden Bevölkerung

Die Bevölkerung altert schneller als in der Vergangenheit, da die Fruchtbarkeitsraten sinken und die Lebenserwartung steigt.[48] Zum Beispiel dauerte es in Frankreich mehr als ein Jahrhundert (von 1865 bis 1980) bis sich der Anteil der älteren Bevölkerung von sieben auf 14 Prozent verdoppelt hatte. In Schweden waren es 85 Jahre, in Australien 83 und in den Vereinigten Staaten 69 Jahre. In den Entwicklungsländern geht der Alterungsprozess immer noch schneller vonstatten. Man schätzt, dass in acht von neun untersuchten Entwicklungsländern der Anteil der älteren Bevölkerung in 30 oder weniger Jahren auf 14 Prozent gestiegen sein wird (Grafik 4.6). Die einzige Ausnahme ist Ghana, wo die Prognosen auf 50 oder mehr Jahre lauten.

Der Anteil der alternden Bevölkerung spielt vor allem eine Rolle, wenn Entwicklungsländer nach dem demografischen Übergang immer noch arm sind. Sie werden sich dann anstrengen müssen, um die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung zu befriedigen. In vielen Entwicklungsländern gibt es nur eine kleine, eher geringe Chance, die gesamten Vorteile der demografischen Dividende einer Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auszuschöpfen.[49]

GRAFIK 4.8

Die Erfolge bei der menschlichen Entwicklung bis 2050 sind beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten größer



Hinweis: In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario definiert.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Pardee Center for International Futures (2012).

Eine ehrgeizige Politik ist erforderlich

Um den Entwicklungsprozess zu beschleunigen und nachhaltig zu gestalten, müssen die Länder ehrgeizige politische Maßnahmen im Hinblick auf eine bessere Bildung für Frauen verabschieden, die sektorübergreifende Vorteile für die menschliche Entwicklung mit sich bringen. Der richtige Zeitpunkt ist entscheidend. Länder, die sofort handeln, um Vorteile aus der demografischen Dividende zu ziehen und weitere Umweltschäden zu vermeiden, können beachtliche Gewinne erzielen. Wenn sie dies nicht tun, könnten hohe Kosten auf sie zukommen, die im Laufe der Zeit noch steigen würden.

Wie wichtig mutiges, umgehendes politisches Handeln ist, kann anhand zweier weiterer Szenarien demonstriert werden, die die Auswirkungen verschiedener politischer Maßnahmen auf den prognostizierten HDI und seine Komponenten im Jahr 2050 zeigen. Beim Basisszenario wird eine Fortsetzung der historischen Trends und der Politik der vergangenen Jahrzehnte angenommen. Beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten werden einige der Optionen und Zielvorgaben – zusammen mit zwölf politischen Dimensionen – im Hinblick auf entschiedene, jedoch sinnvolle Interventionen zur Verringerung der Armut, zum Ausbau der Infrastruktur und zur Verbesserung der Regierungs-

führung festgelegt. Hier einige Beispiele für ehrgeizige Ziele: Verdoppelung der Darlehen von internationalen Finanzinstitutionen für einen Zeitraum von zehn Jahren, eine 50prozentige Steigerung der Migration in den nächsten 20 Jahren,[50] eine 20prozentige Steigerung der Ausgaben im Gesundheitswesen für einen Zeitraum von zehn Jahren, ein 20prozentiger Ausbau der Infrastruktur in den nächsten 30 Jahren und eine 20prozentige Verbesserung der Regierungsführung in den nächsten zehn Jahren.

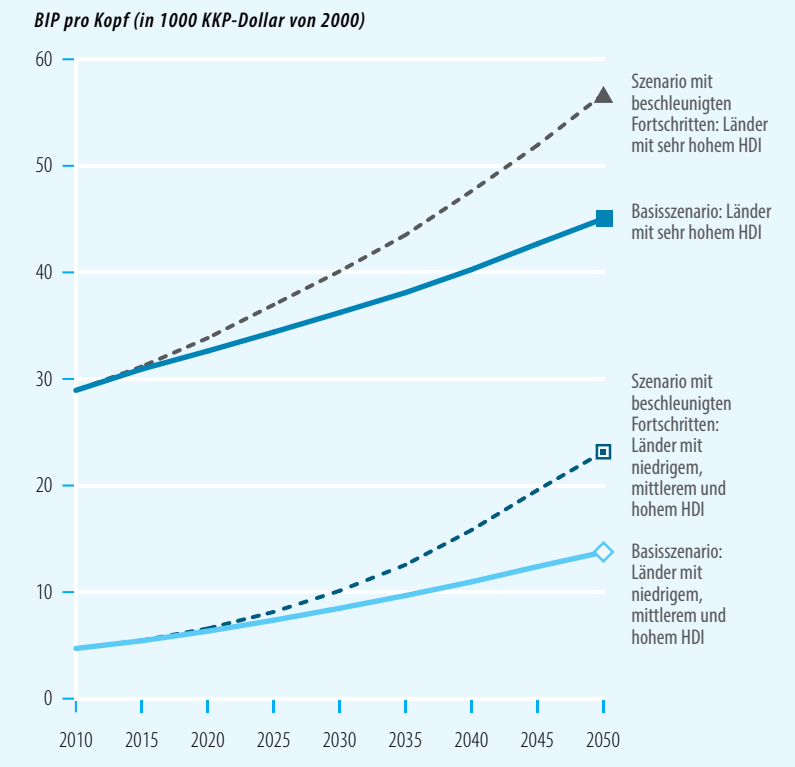
Die Prognosen beim Basisszenario sind insofern ziemlich optimistisch, als sie die Dynamik der Fortschritte in den vergangenen Jahrzehnten fortschreiben, also auch die enormen Verbesserungen bei der menschlichen Entwicklung. Beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten schneiden die Länder viel besser ab. Die größten Fortschritte sind in Ländern mit niedrigem HDI zu verzeichnen (Grafik 4.7). Der Gesamt-HDI steigt in Afrika südlich der Sahara um 52 Prozent (von 0,402 auf 0,612) und in Südasien um 36 Prozent (von 0,527 auf 0,714). Länder mit niedrigem HDI nähern sich demnach dem Niveau menschlicher Entwicklung an, das Länder mit hohem und sehr hohem HDI erreicht haben.

Ehrgeizige, gut aufeinander abgestimmte politische Maßnahmen können daher Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung stark beeinflussen (Grafik 4.8). In Afrika südlich der Sahara und Südasien sind die Auswirkungen am stärksten. Es folgen die arabischen Staaten sowie Lateinamerika und die Karibik. In Europa und Zentralasien sowie in Ostasien und dem pazifischen Raum sind die Auswirkungen schwächer.

In allen Regionen haben politische Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Bildung die stärksten Auswirkungen. In Afrika südlich der Sahara beispielsweise steigt der HDI-Wert durch ehrgeizige politische Maßnahmen 2050 von 0,612 im Basisszenario auf 0,651. Die zweitgrößten Auswirkungen hat in den meisten Regionen eine Stärkung der Regierungsführung – durch Fortschritte bei der Verringerung der Korruption, der Stärkung demokratischer Institutionen und der Stellung von Frauen. In Südasien und Afrika südlich der Sahara sind jedoch Investitionen in die Infrastruktur sogar noch wichtiger.

GRAFIK 4.9

Beim BIP pro Kopf gibt es beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten bis 2050 besonders große Fortschritte



Hinweis: In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario definiert.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Pardee Center for International Futures (2012).

Die beiden Szenarien weisen außerdem bemerkenswerte Unterschiede bei den individuellen Dimensionen des HDI auf. In Afrika südlich der Sahara steigt die Lebenserwartung beim Basisszenario von 53,7 Jahren im Jahr 2010 auf 69,4 Jahre im Jahr 2050, teilweise aufgrund nachhaltiger Fortschritte bei der Bekämpfung von HIV/AIDS und anderen ansteckenden Krankheiten. Beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten steigt die Lebenserwartung sogar auf 72,9 Jahre. Im selben Zeitraum steigt beim Basisszenario der Schulbesuch in Afrika südlich der Sahara von durchschnittlich 4,3 Jahren auf 6,7 Jahre. Beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten sind es sogar 8,1 Jahre.

Das BIP pro Kopf nimmt beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten sogar noch stärker zu (Grafik 4.9). Dies gilt für alle HDI-Gruppen, wobei es bei beiden Szenarien beträchtliche Unterschiede gibt. Das BIP pro Kopf würde beim Basisszenario weltweit von

In allen Regionen haben politische Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Bildung die stärksten Auswirkungen

TABELLE 4.5

Anzahl der Menschen in extremer Armut nach Region und in ausgewählten Ländern, beim Basisszenario und beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten, 2010 bis 2050 (in Milllionen)

Region oder Land	2010	2020	2030	2040	2050, Basis-szenario	2050, Szenario mit beschleu-nigten Fort-schritten
Arabische Staaten	25	19	17	16	17	1
Ostasien und Pazifik	211	74	42	29	29	9
China	94	13	5	1	1	0
Europa und Zentralasien	14	2	3	3	4	1
Lateinamerika und Karibik	34	29	26	27	32	13
Südasien	557	382	243	135	81	13
Indien	416	270	134	53	21	2
Afrika südlich der Sahara	371	333	297	275	267	60
Welt insgesamt	1.212	841	627	485	430	96

Hinweis: Die Grenze für extreme Armut liegt bei 1,25 US-Dollar pro Tag in Kaufkraftparität. In den *Technischen Erläuterungen* werden das Basis- und beschleunigte Szenario genauer erläutert.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Pardee Center for International Futures (2012).

Für einen beschleunigten Fortschritt sind koordinierte politische Maßnahmen auf allen Gebieten der Entwicklung erforderlich. Eines der wichtigsten Gebiete ist Gerechtigkeit, denn gerechtere Gesellschaften schneiden bei allen Aspekten des Wohlergehens besser ab und sind nachhaltiger

8.770 US-Dollar im Jahr 2010 auf 17.873 US-Dollar im Jahr 2050 steigen, beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten auf 27.995 US-Dollar. Die größten Unterschiede bei der Zunahme des BIP gäbe es in Afrika südlich der Sahara und in Südasien. In Afrika südlich der Sahara würde das BIP pro Kopf beim Basisszenario von 1.769 US-Dollar im Jahr 2010 auf 5.730 US-Dollar im Jahr 2050 steigen. Beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten wären es beeindruckende 13.210 US-Dollar – mehr als das Doppelte als beim Basisszenario. Beim Szenario mit beschleunigten Fortschritten gäbe es in Südasien einen verblüffenden Anstieg von 2.871 US-Dollar auf 23.661 US-Dollar.

Der unterschiedliche Anstieg bei den Einkommen beeinflusst unmittelbar die Verringerung der Einkommensarmut. Beim Basisszenario verschwindet die Einkommensarmut in China fast ganz, in Afrika südlich der Sahara dagegen verringert sie sich nur unwesentlich, da die Bevölkerung weiter wächst. In Indien bleibt die Einkommensarmut auf hohem Niveau. Dort wird es 2030 immer noch mehr als 130 Millionen arme Menschen geben. Beim Szenario mit beschleunigtem Fortschritt sinkt die Anzahl armer Menschen viel schneller und verschwindet in einigen Ländern und Regionen fast vollständig (Tabelle 4.5).

Die Armut kann bis 2050 nur dann wesentlich verringert werden, wenn ehrgeizige politische Maßnahmen ergriffen werden. Die Armutsbekämpfung würde stark beeinträchtigt, wenn beispielsweise nicht entschlossen reagiert wird, um ein Umweltkatastrophen-Szenario zu verhindern.

Die Gelegenheit nutzen

Größere Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung sind nicht nur möglich, sondern auch dringend geboten. Für einen beschleunigten Fortschritt sind koordinierte politische Maßnahmen auf allen Gebieten der Entwicklung erforderlich. Eines der wichtigsten Gebiete ist Gerechtigkeit, denn gerechtere Gesellschaften schneiden bei allen Aspekten des Wohlergehens besser ab und sind nachhaltiger. Ein weiteres Feld ist die Reduzierung der Kindersterblichkeit: In allen Ländern sind hier durch Bildung, insbesondere bei Frauen, rapide Fortschritte möglich.

Die Politik muss auch andere Kräfte berücksichtigen, die die Entwicklung beeinflussen,

insbesondere die sinnvolle Teilhabe der Bevölkerung an Prozessen, die ihr Leben gestalten. Wenn die Menschen gebildeter und besser vernetzt sind, fordern sie eine stärkere Teilhabe. Weitere wichtige Themen sind der ökologische und demografische Wandel; Länder sollten schon bei der kleinsten Gelegenheit handeln, um hohe Kosten durch entgangene menschliche Entwicklung zu vermeiden.

Nationale Regierungen haben es großenteils in der Hand, die Dynamik bei der menschlichen Entwicklung aufrechtzuerhalten und sogar noch zu beschleunigen. In einer immer stärker globalisierten Welt handeln Regierungen jedoch nicht allein. Im Schlusskapitel wird das komplexe Netz internationaler Abkommen betrachtet, in dem sich die nationalen Regierungen engagieren sollten. Außerdem wird dargelegt, wie regionale und globale Institutionen wirksamer für eine nachhaltige menschliche Entwicklung arbeiten können.

„Lasst uns einander die Hände reichen, um eine friedvolle Welt zu schaffen, in der wir in Sicherheit schlafen und voll Freude aufwachen können.“

Aung San Suu Kyi

„Die Kräfte, die uns verbinden, liegen in uns selbst und sind mächtiger als die uns übergestülpten Beeinflussungen, die uns auseinanderbringen wollen.“

Kwame Nkrumah

5.

Governance und Partnerschaften für ein neues Zeitalter

Die heutigen Systeme der internationalen Entwicklung und Global Governance sind ein Mosaik aus alten Strukturen und neuen Übereinkommen. Diese Systeme werden sich durch den Aufstieg des Südens immer vielfältiger gestalten: Die internationale Zusammenarbeit wird voraussichtlich noch weit komplexere Verflechtungen bilateraler, regionaler und globaler Prozesse mit sich bringen. Doch werden diese ganzen Strukturen in besserem Einklang zusammenwirken müssen – insbesondere bei der Bereitstellung öffentlicher Güter. Wenn Doppelarbeit verrichtet wird und es nicht gelingt, sich auf gemeinsame Normen und Ziele zu einigen, ist dies nicht nur ineffizient, sondern unter Umständen auch kontraproduktiv und hemmend für den Fortschritt der Menschheit. Daher ist von entscheidender Bedeutung, dass globale wie auch regionale Organisationen gestärkt werden und dass eine größere Gruppe von Staaten und Anspruchsträgern repräsentiert wird und Mitverantwortung übernimmt, um dem Aufkommen dieser neuen Kräfte Rechnung zu tragen. In diesem Kapitel werden Optionen für dieses neue Zeitalter der Partnerschaftlichkeit betrachtet und ein Fazit gezogen.

Die Länder des Südens haben sich sehr rasch weiterentwickelt; viele von ihnen treten im internationalen Kontext nun wesentlich aktiver auf. Dabei haben sie ihre individuellen und kollektiven Interessen über die verschiedensten Kanäle verfolgt, insbesondere regionale Übereinkommen und bilaterale Partnerschaften, die es ihnen ermöglichen, sich mit von ihnen selbst gewählten Fragestellungen zu befassen, und zwar häufig nach ihren eigenen Vorgaben. Brasilien, China, Indien und weitere Schwellenländer haben tiefer gehende und feste wirtschaftliche Beziehungen mit ihren Nachbarstaaten und quer durch alle Entwicklungsländer aufgebaut, sie expandieren rasch in die globalen Märkte und steigern ihre Produktion, sie haben innovative Ergänzungen zu den Bretton-Woods-Finanzinstitutionen vorgestellt, sie gewinnen immer mehr Einfluss auf die weltweite Steuerung von Handel, Geld und Finanzen, und sie prägen Bereiche wie Kultur, Wissenschaft, Umwelt, Frieden und Sicherheit mit.

Die vom Süden vorangetriebenen neuen Übereinkommen und der Pluralismus, den diese für bestehende Institutionen und Prozesse in den traditionellen Bereichen Multilateralismus, Finanzen, Handel, Investitionen und Gesundheit mit sich bringen, stellen – mal direkt, mal indirekt über alternative regionale und subregionale Systeme – eine Herausforderung dar. Die weltweite und regionale Governance entwickelt sich zu einem Mosaik von neuen Übereinkommen und alten Strukturen, die in vielfältiger Weise kollektiver Pflege bedürfen. Reformen globaler Institutionen müssen durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen und in manchen Fällen auch durch erweiterte Zuständigkeiten für diese regionalen Institutionen vervollständigt werden. Die Rechenschaftspflicht von Organisationen muss auf einen größeren Kreis von Nationalstaaten, aber auch auf einen größeren Kreis von Anspruchsträgern ausgeweitet werden. In mancher Hinsicht ist Fortschritt schwieriger geworden. Die Ländergruppen sind im Fluss, ihre Koordinierungsmechanismen sind immer schwerfälliger geworden und in vielen Fällen ist das Gespräch innerhalb der einzelnen Gruppen beinahe zum Stillstand gekommen.[1] Die zunehmende Stimmenvielfalt in der internationalen Governance bringt daher sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die menschliche Entwicklung mit sich.

Gleichzeitig gibt es Anzeichen für eine vielfältigere globale Zivilgesellschaft.[2] Aus dem Süden erheben sich neue Stimmen, die nach mehr Verantwortlichkeit und breiterer Vertretung rufen. Organisationen der Zivilgesellschaft haben bereits die globale Transparenz mitgeprägt und bei der Erstellung von Regeln in den Bereichen Entwicklungshilfe, Verschuldung, Menschenrechte, Gesundheit und Klimawandel mitgewirkt. Inzwischen können zivilgesellschaftliche Netzwerke sich auch die neuen Medien und neue Kommunikationstechnologien zunutze machen, die die Verbindungsaufnahme

zwischen lokalen und transnationalen Aktivisten erleichtern und es den Menschen ermöglichen, Ideen und Anliegen auszutauschen und in einem globalen öffentlichen Raum gemeinsame Perspektiven zu entwickeln.

In unserer vernetzten Welt hat das Handeln jedes einzelnen Landes Auswirkungen auf seine Nachbarn und letztendlich auf die Menschen überall, heute und in Zukunft. Eine verantwortliche Souveränität erfordert die sorgfältige und gewissenhafte Mitberücksichtigung globaler und regionaler Konsequenzen, die sich aus nationalem Verhalten ergeben.

Manche größere Herausforderungen – dazu zählen regionale Handels- und Sicherheitsfragen – können durchaus auf einer regionalen oder gar bilateralen Ebene konstruktiv angegangen werden. Diese Anliegen bedürfen jedoch auch längerfristiger internationaler Lösungen. Der anhaltende Stillstand bei den Verhandlungen in der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) hemmt Fortschritte in Richtung auf landwirtschaftliche Autarkie und die Beseitigung von Armut und Hunger in Afrika und anderswo in den Entwicklungsländern. Und weitere drängende Probleme wie beispielsweise der Klimawandel lassen sich nur global lösen und werden in Zukunft noch dringlicher und kostenträchtiger werden, wenn man es heute unterlässt, gemeinsam zu handeln.

Eine neue globale Sichtweise öffentlicher Güter

Dieser Wandel in unserer Welt hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Bereitstellung öffentlicher Güter wie zum Beispiel sauberer Luft

KASTEN 5.1

Die fließende Grenze zwischen öffentlich und privat im Verkehrswesen

Ob der Massenverkehr aus öffentlicher oder privater Hand erbracht wird, wirkt sich bedeutend auf die gemeinsamen Entwicklungsziele der Nachhaltigkeit und des erschwinglichen Zugangs aus. Von einer Gesellschaft, die stärker auf Chancengleichheit bedacht ist, ist eher zu erwarten, dass sie öffentliche Verkehrsmittel in größerem Umfang zur Verfügung stellt. Kostenersparnisse aufgrund von Größenvorteilen werden in Form von vergleichsweise kostengünstigem Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln an die Bevölkerung weitergegeben. In egalitäreren Gesellschaften ist damit zu rechnen, dass einkommensschwache Gruppen, wie beispielsweise Schüler, Studenten, ältere und behinderte Menschen, weitere Ermäßigungen und Zuschüsse erhalten. Ziel ist es, die Ausschließbarkeit von Verkehrsdienstleistungen zu verringern.

Durch öffentliche Massenverkehrsmittel lassen sich die traditionell mit dem Individualverkehr einhergehende Verkehrsbelastung und der Kohlendioxidausstoß von Fahrzeugen auf ein Mindestmaß reduzieren. Dort, wo bereits ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrssystem existiert, ist man der zügigen Einführung umweltfreundlicherer Technologien meist eher aufgeschlossen. Zum Beispiel schreibt Neu-Delhi vor, dass öffentliche Busse mit komprimiertem Erdgas fahren, was ein weit umweltfreundlicherer Kraftstoff ist als Benzin (die Busse werden sowohl vom öffentlichen wie auch vom privaten Sektor betrieben).

Umweltbewusste Gesellschaften sind geneigt, Anreize für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel anstelle privater zu schaffen, indem sie Staugebühren und Kohlenstoffsteuern auf Privatfahrzeuge erheben; dies wird bereits in Singapur, Mailand und London praktiziert (und auch von San Francisco erwägt). Öffentliche Verkehrsmittel für jeden bezahlbar zu machen, ist nicht die einzige Schwierigkeit dabei. Da wohlhabendere Leute meist private Verkehrsmittel bevorzugen, wird es auch darauf ankommen, das Ansehen des öffentlichen Nahverkehrs durch verbesserte Sicherheit, Effizienz und Zuverlässigkeit aufzuwerten.

Öffentlich-private Partnerschaften könnten ein möglicher Ausweg sein. Sie führen meist zu dem Ergebnis, dass die Konzeption und Durchführung von Projekten effizienter verläuft. Der öffentliche Partner gewährleistet Eigentumsrechte, stellt den regulatorischen Rahmen bereit und setzt gelegentlich auch Subventionen ein, um die Lücke zwischen privater und sozialer Rendite zu schließen.

Die meisten Eisenbahnprojekte in Lateinamerika und der Karibik sind durch öffentlich-private Partnerschaften umgesetzt worden. Indien hat eines der am stärksten expandierenden Programme für öffentlich-private Partnerschaften im Verkehrswesen; zwischen 1995 und 2006 wurden dort rund 230 Projekte im Gesamtwert von 15,8 Milliarden US-Dollar von öffentlich-privaten Partnerschaften durchgeführt. China hat bei der Errichtung von Mautstraßen und anderer Infrastruktur durch öffentlich-private Partnerschaften ausgiebig Gebrauch vom BOT-Betreibermodell (BOT=build-operate-transfer) gemacht, vermehrt seit der Jahrtausendwende.

Es erscheint wahrscheinlich, dass die steigenden Benzinpreise Privatunternehmen dazu anspornen werden, auf eigene Rechnung Forschung bezüglich umweltfreundlicher Kraftstoffe und Technologien zu betreiben. Allerdings werden zur Sicherstellung von optimaler Sozialverträglichkeit der Forschung über umweltfreundlichere Kraftstoffe und Technologien auch öffentliche Mittel und Anreize benötigt. Fraglos zählen „grüne" technologische Durchbrüche zu den unentbehrlichsten globalen öffentlichen Gütern und müssen daher für jedermann frei zugänglich bleiben.

Quelle: World Bank 2003; Cheng, Hu und Zhao 2009.

und anderer gemeinschaftlich genutzter Ressourcen, die der Markt allein nur unzureichend oder überhaupt nicht produziert oder zur Verfügung stellt, weshalb staatliche Mechanismen für sie unerlässlich sind.[3] Zu den erstrebenswerten globalen öffentlichen Gütern zählen ein beständiges Klima und ein intaktes globales Gemeingut. Sie erfordern Regeln für stabilere Finanzmärkte, Fortschritte bei Handelsreformen (wie denen, die bei der Doha-Runde der Handelsgespräche anstehen) sowie Mechanismen zur Finanzierung und Herstellung umweltfreundlicher Technologien.

Hierfür ist ein Umdenken nötig darüber, was öffentlich und was privat ist, was am besten unilateral bereitgestellt wird und was multilateral, und, noch wichtiger, wie sich bei einem gemeinsamen Handeln unsere jeweiligen Verantwortlichkeiten gestalten sollen. Die öffentliche Bereitstellung von Gütern auf der nationalen und globalen Ebene ist wichtig, doch lässt sich nicht vermeiden, dass Öffentliches und Privates nebeneinander bestehen (Kasten 5.1). Daher sind Regierungen beispielsweise angesichts des Klimawandels und der Erschöpfung von natürlichen Ressourcen wie Kohle, Erdöl und Wasser Partnerschaften mit dem privatwirtschaftlichen Bereich eingegangen, um in die Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen zu investieren.

Zu den Belangen der globalen internationalen Zusammenarbeit, die dringend der Beachtung und Kooperation bedürfen, gehören die Bereiche Handel, Migration, Klimawandel und Entwicklung. Durch den Aufstieg des Südens hat sich jeder dieser Bereiche mit der dazugehörigen Governance erheblich verändert. Gleichzeitig eröffnet die neue Stellung des Südens Chancen für eine Einigung und verbesserte Zusammenarbeit.

Handel

Alle Länder des Südens würden davon profitieren, wenn die weitreichenden internationalen Handelsvereinbarungen, die von der Doha-Entwicklungsrunde der WTO angestrebt waren, zum Abschluss kommen würden. Die Doha-Runde steckt jedoch weiterhin in einer Sackgasse, während sich inzwischen ein zunehmend komplexes Gefüge bilateraler und regionaler Handelsübereinkommen entwickelt hat. Diese Übereinkommen, an denen eine geringere Anzahl von manchmal stärker homogenen Akteuren mitwirken, können unterschiedliche Interessen zur Deckung bringen und gegenseitige Vorteile für die Beteiligten bewirken, ohne wie auf der multilateralen Ebene steckenzubleiben.

Subregionale Handels- und Investitionsvereinigungen wie die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten und der Gemeinsame Markt des Südens haben ein Mehr an wirtschaftlicher Interaktion und politischer Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen, von Sicherheitsfragen bis hin zum Wasserressourcenmanagement, begünstigt. Diese bilateralen und regionalen Übereinkommen bieten Möglichkeiten für eine weitere wirtschaftliche Integration auf der Süd-Süd-Schiene und dienen als Übungsfeld zum Ausbau von Wettbewerbsstärken.[4]

Trotz der Vorteile von bilateralen und regionalen Handelsvereinbarungen entstehen aber ohne bessere globale Handelsregeln und Koordinierungsmechanismen beträchtliche Effizienzkosten. Handelsblöcke fördern zwar einen freieren Handel zwischen ihren Mitgliedern, haben aber die Tendenz, Barrieren für den Handel mit anderen zu errichten und so letztlich die globale Wohlfahrt zu mindern.[5] Andere Effizienzverluste können sich aus der größeren Marktmacht ergeben, die Länder erhalten, indem sie sich zu Handelsblöcken zusammenschließen.[6] Wie die für diesen Bericht betriebene Forschung gezeigt hat, können freiere und fairere Handelsregeln die menschliche Entwicklung forcieren, wenn laufende öffentliche Investitionen in menschliche Fähigkeiten – einschließlich Gesundheit, Bildung und anderer sozialer Dienste – und in eine grundlegende Infrastruktur wie beispielsweise moderne Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen daran gekoppelt sind.

Bei vielen Aspekten eines freieren, nichtdiskriminierenden Handelsregimes wäre es am besten, wenn diese mittels eines stärkeren, mit neuem Leben gefüllten multilateralen Bündels von Vereinbarungen überwacht würden, doch da der Regionalismus wohl weiter Bestand haben wird, wäre ein möglicher Ausweg, schrittweise „den Regionalismus zu multilateralisie-

Zu den Belangen der globalen internationalen Zusammenarbeit, die dringend der Beachtung bedürfen, gehören die Bereiche Handel, Migration, Klimawandel und Entwicklung. Durch den Aufstieg des Südens hat sich jeder dieser Bereiche mit der dazugehörigen Governance erheblich verändert

ren". Dazu würde gehören, dass von Seiten der WTO Vorschläge für unverbindliche „Softlaw"-Maßnahmen wie das Aushandeln freiwilliger Leitlinien für die beste Vorgehensweise bei neuen regionalen Handelsabkommen und Änderungen an bestehenden Abkommen gemacht werden: Die WTO könnte beispielsweise eine Hierarchie von Leitlinien für regionale Handelsvereinbarungen – Nord-Nord, Nord-Süd und Süd-Süd – erstellen.[7]

Mit dem Aufstieg des Südens wandeln sich auch die Migrationsmuster. Fast die Hälfte der Auslandsüberweisungen in die Heimatländer des Südens stammt von Arbeitnehmern, die in anderen Entwicklungsländern als Gastarbeiter leben

Migration

Im Jahr 2010 verzeichneten mindestens 25 Volkswirtschaften des Südens Geldüberweisungen von Migranten aus dem Ausland, die über zehn Prozent des BIP ausmachten. Doch die Governance bezüglich der Migration wird überwiegend einseitig durch Zielländer oder bilateral betrieben. Es sind nur wenige Mechanismen einer multilateralen Koordinierung vorhanden.[8] Echte Anliegen der menschlichen Entwicklung stehen hier auf dem Spiel, vor allen Dingen die Rechte der Migranten. Zwar stellen die Auslandsüberweisungen eine Einkommensquelle für arme Haushalte dar, doch mit einer Migration in großem Maßstab gehen auch soziale Brüche und Verwerfungen einher. Multilaterale Mechanismen könnten Kanäle, die den Menschen die Arbeitssuche im Ausland ermöglichen, liberalisieren und vereinfachen, die grundlegenden Rechte der Migranten sicherstellen, die mit der Migration verbundenen Transaktionskosten verringern und die Ergebnisse sowohl für Migranten als auch für die aufnehmenden Gemeinden verbessern.[9]

Mit dem Aufstieg des Südens wandeln sich auch die Migrationsmuster. Fast die Hälfte der Auslandsüberweisungen in die Heimatländer des Südens stammt von Arbeitnehmern, die in anderen Entwicklungsländern als Gastarbeiter leben. In den letzten Jahren haben regionale Organisationen und wirtschaftliche Integrationsprozesse, darunter der Verband Südostasiatischer Nationen, die Afrikanische Union, der Gemeinsame Markt des Südens und die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika, die Migration neu auf ihre Agenden gesetzt.[10] Im Jahr 2012 fanden beim Globalen Forum für Migration und Entwicklung erstmals auch Diskussionen über die Süd-Süd-Migration statt.

Zwar ist die Governance der Migration nicht zwangsläufig oder ausschließlich eine multilaterale Angelegenheit, doch internationale Koordinierungsmechanismen könnten als Stützgerüst für die neu entstehenden Netzwerke regionaler und bilateraler Vereinbarungen dienen. Die positive Wirkung dieser Dialoge könnte durch globale Initiativen zu Migrationsfragen vervielfacht werden.

Aufgrund der ständigen Zunahme der jährlichen weltweiten Migration – von geschätzten 70 Millionen vor vier Jahrzehnten auf heute über 200 Millionen, die zumeist aus dem Süden stammen – besteht ein wachsender Bedarf an Regeln, um die Rechte von Migranten zu schützen und anerkannte internationale Normen für den Strom von Migranten zwischen den Herkunfts- und den Aufnahmeländern zu schaffen.[11] Derartige Regeln würden allen Beteiligten sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht nutzen, wohingegen durch Untätigkeit immer höhere Kosten entstehen. Dabei sind diese Kosten nicht ausschließlich, ja noch nicht einmal vorwiegend finanzieller Art: Sie beinhalten auch die tiefgreifenden menschlichen Kosten der erzwungenen längeren Trennung von der Familie, der nur allzu häufigen schlechten Behandlung am Arbeitsplatz und der unnötigen und unentschuldbaren Herabsetzung der Menschenwürde, wenn ausländischen „Gastarbeitern" keine gesetzlichen Grundrechte zugestanden werden.

Klimawandel

Der Klimawandel ist vielleicht die allgemein anerkannteste Frage, die nach weltweiter Zusammenarbeit mittels multilateraler Vereinbarungen ruft. Der Süden geht über bilaterale Ansätze hinaus, indem er Möglichkeiten zur Bewältigung des Klimawandels auch in nationale Entwicklungsstrategien einbezieht. China hat sich dazu verpflichtet, seine Kohlendioxid-Emissionsintensität (Kohlendioxidausstoß pro BIP-Einheit) bis 2020 gegenüber 2005 um 40 bis 45 Prozent zu reduzieren.[12] Im Jahr 2010 gab Indien freiwillige Zielvorgaben für eine Senkung der Kohlenstoffintensität um 20 bis 25 Prozent bekannt.[13] In Südkorea stimmte der Gesetzgeber im März 2012 einem nationalen Emissionshandelsprogramm zu, mit dem

die Emissionen von Industriebetrieben und Kraftwerken reduziert werden sollen.[14] Bei der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, die 2012 in Rio de Janeiro stattfand, hat außerdem Mosambik einen neuen Fahrplan für eine Grüne Wirtschaft angekündigt; Mexiko wiederum hat vor Kurzem das erste umfassende Klimawandelgesetz der Welt erlassen, das darauf abzielt, Emissionen zu senken und den Sektor der erneuerbaren Energien auszubauen.[15]

Der Klimaschutz verlangt jedoch nach echtem Multilateralismus. Um beispielsweise die weltweiten Treibhausgasemissionen im erforderlichen Umfang reduzieren zu können, müssen der Norden und der Süden zu einer für alle Seiten annehmbaren und fairen Einigung darüber kommen, wie sie sich die Verantwortung dafür teilen; dabei ist jedoch sicherzustellen, dass den legitimen Entwicklungsbestrebungen des Südens Rechnung getragen wird.

Rio+20 hat Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und Bündnisbildung zwischen Gruppen von Reichen und Armen, öffentlichen und privaten Einrichtungen und bürgerlichen, unternehmerischen und staatlichen Gremien geschaffen. Beispielsweise haben sich 20 große multinationale Konzerne, darunter Unilever, Coca-Cola und Walmart, über das Consumer Goods Forum – ein Netzwerk der Konsumgüterindustrie – dazu verpflichtet, die Entwaldung aus ihren Lieferketten zu eliminieren.[16] Microsoft hat zugesagt, bis 2012 CO_2-neutral zu werden. Und FEMSA, ein lateinamerikanisches Abfüllunternehmen für Erfrischungsgetränke, hat angekündigt, künftig 85 Prozent seines Energiebedarfs in Mexiko aus erneuerbaren Ressourcen beziehen zu wollen.[17] Trotz zahlreicher vielversprechender Initiativen besteht weiterhin eine breite Kluft zwischen einerseits den benötigten Emissionsreduktionen und andererseits den bescheidenen Senkungen, die zugesagt wurden.

Entwicklungszusammenarbeit

Wesentlicher Bestandteil einer mehr auf Inklusion ausgerichteten internationalen Governance sollten inklusivere und wirksamere Formen der Entwicklungszusammenarbeit sein. In zunehmendem Maße erbringen die Entwicklungsländer auf bilateraler und regionaler Basis Entwicklungshilfe und Investitionen, und zwar mittels neuer Finanzierungsübereinkommen sowie durch technische Zusammenarbeit. Damit bieten sie Alternativen zu den Herangehensweisen traditioneller Geber oder ergänzen diese und stärken so die Wahlmöglichkeiten für die Hilfeempfänger.

Im Jahr 2011 billigten Entwicklungsländer und Organisationen der Zivilgesellschaft auf dem Vierten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Hilfe im südkoreanischen Busan die „Partnerschaft von Busan für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit". Eigenverantwortung, Ergebnisorientierung, inklusive Entwicklungspartnerschaften, gegenseitige Rechenschaftspflicht und Transparenz wurden zu den wichtigsten Stützpfeilern eines neuen globalen Überwachungsrahmens bestimmt. Ein größeres Gewicht wurde auf die Systeme einzelner Länder als Geschäftsgrundlage gelegt, gekoppelt mit der Forderung der Partnerländer, Abweichungen davon zu erklären. Traditionelle Geber aus der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben erkannt, dass eine veränderte Governance-Struktur erforderlich wäre, um eine breiter angelegte Partnerschaft zu tragen und den Bedürfnissen der Schwellenländer gerecht zu werden.[18] Auf der Grundlage der Kernprinzipien von nationaler Eigenverantwortung und Selbsthilfe soll dann diese Partnerschaft einen internationalen Steuerungsmechanismus einrichten und Indikatoren für die Fortschrittsbewertung erarbeiten.

Neben den traditionellen Gebern haben auch die neuen Entwicklungspartner, darunter Brasilien, China und Indien, die Grundsätze der nationalen Eigenverantwortung und der Hilfe zur Selbsthilfe gutgeheißen. Allerdings wurde in der Busan-Erklärung auch darauf hingewiesen, dass diese Partner sich auch Entwicklungsherausforderungen im eigenen Land gegenübersehen sowie über etablierte Methoden verfügen, was die Zusammenarbeit mit dem Ausland betrifft. Dies schlug sich im Wortlaut der Erklärung nieder, in der es heißt, dass für diese Länder die „in Busan vereinbarten Grundsätze, Verpflichtungen und Maßnahmen der Maßstab für Süd-Süd-Partnerschaften auf freiwilliger Basis sind".[19] Im weiteren Ver-

Der Klimaschutz verlangt nach echtem Multilateralismus

lauf sollen der Entwicklungshilfeausschuss der OECD und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen gemeinsam die Globale Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit durch das UN-Forum für Entwicklungszusammenarbeit unterstützen. Die Unterzeichner der Erklärung haben sich zwar zur Transparenz verpflichtet, das Abschlussdokument enthält aber keine weiteren zeitgebundenen messbaren Verpflichtungen oder Zielvorgaben, für die die Bürger von ihnen Rechenschaft verlangen könnten.

Die Architektur der Entwicklungszusammenarbeit nach Busan muss noch Gestalt annehmen. Doch einige mittelfristige Prioritäten haben sich bereits herauskristallisiert. Eine davon ist, dass die traditionellen Geber ihren Verpflichtungen zur Erhöhung der Entwicklungshilfe aus dem Gipfel der Gruppe der Acht 2005 in Gleneagles nachkommen und ihre Zusage einer besseren Koordinierung und Abstimmung einlösen müssen.[20] Traditionelle Geber können auch mit neu entstehenden Gebern zusammenarbeiten, die wiederum Wissen und Erfahrungen aus der Perspektive eines Entwicklungslandes beitragen können. Die Vereinten Nationen, in der ja fast alle Staaten vertreten sind, sind über das UN-Forum für Entwicklungszusammenarbeit gut aufgestellt für die Einbindung der Partner aus dem Süden in eine derartige trilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Dabei wird es eine der Hauptaufgaben sein, die Nord-Süd- und die Süd-Süd-Entwicklungszusammenarbeit besser auf die globalen Normen auszurichten.

Das Busan-Abkommen ist ein erster Schritt hin zu einer Neuordnung der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, diese effektiver zu gestalten und das Potenzial der Schwellenländer besser zu nutzen. Wie bei anderen globalen öffentlichen Gütern kann, sobald auf globaler Ebene eine Verständigung erzielt wurde, die Operationalisierung der Grundsätze dann in den meisten Fällen unter Nutzung des vereinbarten gemeinsamen politischen Rahmens dezentralisiert und auf nationale Regierungen übertragen werden. Man nehme als Beispiel die Millenniumserklärung vom September 2000 und die weltweite Einigung über die Millennium-Entwicklungsziele, die sich schließlich daraus entwickelte. Die Einigung auf diese Ziele gab den Anstoß für eine breite Palette von Maßnahmen und Institutionen, indem sie eine ganz einfache Wahrheit aufzeigte, nämlich dass die Erweiterung der Möglichkeiten des Einzelnen und die Förderung der Entwicklung aller Gesellschaften wichtige globale öffentliche Güter sind.[21] Die gegenwärtigen Fortschritte bei der Erreichung dieser Ziele erfolgen weitgehend auf der einzelstaatlichen Ebene durch nationale Initiativen und die Übernahme von Eigenverantwortung durch die einzelnen Länder.

Um der zunehmenden Stimmenvielfalt und Machtverteilung Rechnung zu tragen und den Entwicklungsfortschritt langfristig aufrechterhalten zu können, gilt es, die gegenwärtigen Institutionen und Grundsätze der internationalen Governance zu überdenken oder zumindest neu auszurichten

Bessere Repräsentation des Südens

Um der zunehmenden Stimmenvielfalt und Machtverteilung Rechnung zu tragen und den Entwicklungsfortschritt langfristig aufrechterhalten zu können, gilt es, die gegenwärtigen Institutionen und Grundsätze der internationalen Governance zu überdenken oder zumindest neu auszurichten. Viele davon waren weit vor dem Aufstieg des Südens für eine Nachkriegsordnung konzipiert worden, die nicht mehr mit der heutigen Realität übereinstimmt.

Dies hatte zur Folge, dass der Süden in diesen Institutionen stark unterrepräsentiert ist. Obwohl die weltwirtschaftlichen Realitäten sich gewandelt haben, besteht bei der Verteilung der Stimmrechte in den Bretton-Woods-Institutionen immer noch ein Ungleichgewicht zugunsten der Länder des Nordens. So hatte zum Beispiel China, das die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ist und über Devisenreserven von mehr als drei Billionen US-Dollar verfügt, bislang einen kleineren Stimmenanteil bei der Weltbank als Frankreich und das Vereinigte Königreich zusammen.

In vergleichbarer Weise fasst der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seine Beschlüsse über den Frieden und die Sicherheit der Welt mit ständigen Mitgliedern, deren Zusammensetzung die geopolitische Konstellation des Jahres 1945 widerspiegelt. Bei der Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2012 in New York verliehen etliche Regierungschefs aus dem Süden nochmals ihrer seit Langem bestehenden Forderung Ausdruck, dass Afrika, Lateinamerika und noch nicht repräsentierte mächtige Entwicklungsländer wie

Indien je einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhalten sollen.[22]

Die mächtigen internationalen Institutionen müssen repräsentativer, transparenter und stärker rechenschaftspflichtig werden. Die Bretton-Woods-Institutionen, die regionalen Entwicklungsbanken und selbst das UN-System laufen sämtlich Gefahr, an Bedeutung zu verlieren, wenn sie nicht alle Mitgliedstaaten und deren Bevölkerung angemessen vertreten. Für diese Gremien gilt es, die Erfahrungen sowohl des Südens als auch des Nordens zu respektieren und konstruktiv daran anzuknüpfen sowie gerechte und zukunftsfähige Ergebnisse für heutige wie auch für künftige Generationen anzustreben.

Gleichzeitig muss der aufstrebende Süden entsprechend seiner zunehmenden Wirtschaftskraft und seinem wachsenden politischen Einfluss mehr Verantwortung im internationalen Kontext übernehmen; dazu gehört auch, dass er einen größeren Beitrag zur Finanzierung multilateraler Organisationen leistet.[23] Der Süden muss sowohl auf der regionalen als auch auf der globalen Ebene eine größere Führungsrolle einnehmen. Durch mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht von globalen Institutionen, was ja schon an und für sich erstrebenswert ist, wird außerdem eine weitere derartige Partizipation des Südens erleichtert werden.

Es hat bereits einige positive Schritte in diese Richtung gegeben. Die Entwicklungsländer spielen aufgrund der Gipfeltreffen der Staatschefs der Gruppe der Zwanzig (G-20) schon jetzt eine größere Rolle in den Bretton-Woods-Institutionen und in globalen Dialogen. Die OECD erwägt, die Mitgliedschaft auf einige Entwicklungsländer auszudehnen. Den Industrieländern sollten diese Veränderungen willkommen sein, da der Erfolg des Südens auch dem Norden Vorteile verschafft und den Wohlstand aller steigen lässt.

In der Tat würde eine größere Partizipation des Südens, der beträchtliche finanzielle, technische und personelle Ressourcen einbringen kann, einige zwischenstaatliche Prozesse neu beleben. Die Schwellenländer könnten bei der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele, bei Innovationen, die zum Klimaschutz beitragen, und beim Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde voranschreiten.

Globale Organisationen, die repräsentativer für die Länder der Welt sind, wären im Prinzip über die nationalen Regierungen rechenschaftspflichtig gegenüber der Weltbevölkerung. Doch staatliche Vermittlung allein reicht nicht aus. Über globale Bewegungen und länderübergreifende Aktivistennetzwerke prägen eine Vielzahl von Stimmen und Akteuren in zunehmendem Maße die internationale Governance mit. Sicherlich ist dies vor allem der Initiative der Antiglobalisierungsbewegungen zu verdanken, die sich selber manchmal als „globale Demokratiebewegungen" bezeichnen; sie befassen sich mit einer breiten Palette unterschiedlicher Fragestellungen, bringen verschiedenartigste Anliegen zur Sprache und machen sich eine schier endlose Vielfalt von politischen Botschaften zu eigen, doch allen gemeinsam ist ein Grundanliegen: Sie wollen erreichen, dass übernationale Macht und Governance rechenschaftspflichtig gegenüber der Zivilgesellschaft wird.

Über globale Bewegungen und länderübergreifende Aktivistennetzwerke prägen eine Vielzahl von Stimmen und Akteuren in zunehmendem Maße die internationale Governance mit

Zu diesem Zweck sind die multilateralen Institutionen von heute dazu aufgerufen, in folgenden Bereichen ihre Repräsentationsprinzipien und Leitsätze neu auszurichten:

- *Mitsprache:* Die Wirkungskreise von Anspruchs- und Entscheidungsträgern zur Deckung bringen, sodass alle in globalen Angelegenheiten, die sie betreffen, ein wirksames Mitspracherecht erhalten.
- *Öffentliche Güter:* Über organisatorische Trennlinien hinweg Brücken bauen, um eine sektorenübergreifende Produktionsweise mit einer Vielzahl von Akteuren auf verschiedenen Ebenen zu ermöglichen, wie sie für viele globale öffentliche Güter erforderlich ist.
- *Führung:* Auf führende globale Persönlichkeiten – sowohl staatliche als auch nichtstaatliche – einwirken, dass sie als Einzelne oder gemeinsam ihr Gewicht in die Waagschale werfen, um der internationalen Staatengemeinschaft bei globalen Anliegen, die in eine politische Sackgasse geraten sind, und Problemen, die drohen, sich zu Krisen auszuwachsen, zu helfen.
- *Zusammenführen:* Bestehende Organisationen wieder in Einklang bringen, um den sich wandelnden weltweiten wirtschaftlichen und politischen Realitäten Rechnung zu tragen, und sie mit den Befugnissen und Fachkompetenzen auszustatten, die sie brauchen, um

wirksam zwischen Anspruchsträgern mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen vermitteln zu können.

- *Information und Ressourcen:* Den ärmeren Ländern im Süden helfen, über einen besseren Zugang zu Informationen, technischer Hilfe und Finanzierung wirksamer an der Global Governance partizipieren zu können.
- *Bürgerbeteiligung:* Die Fülle von Ideen und Ansichten nutzen, die aus Bürgernetzwerken und von Beteiligten, die bislang vom globalen Diskurs ausgeschlossen waren, herangetragen werden.

Internationale Organisationen werden immer inklusiver und aufgeschlossener gegenüber den Anforderungen einer sich rasch verändernden Welt. So hat zum Beispiel der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen das Forum für Entwicklungszusammenarbeit ins Leben gerufen, um eine breiter angelegte Debatte der Entwicklungshilfe zu fördern. Es gibt noch viel Raum für einen erneuerten Multilateralismus. Doch beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank haben bisher nur bescheidene Governance-Reformen stattgefunden. Trotz einer jahrzehntelangen Debatte hat sich an der grundlegenden Struktur des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nichts geändert. Es bedarf entschlossener Reformen, damit multilaterale Institutionen es ermöglichen, dass eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei festgefahrenen globalen Anliegen in einer Weise erfolgt, die von allen Ländern als fair und gerecht erachtet wird.

Die globale Zivilgesellschaft

Internationale Governance-Institutionen können nicht allein durch ihre Mitgliedstaaten, sondern auch durch die globale Zivilgesellschaft zur Rechenschaft gezogen werden. Dies kann die Art und Weise, wie Macht ausgeübt wird, prägen und als Regulativ für Staaten und Märkte wirken. Freiwillige Zusammenschlüsse jeglicher Couleur, darunter Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen, Aktionsbündnisse, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen, nutzen in vielen führenden Ländern des Südens, darunter Ägypten, Brasilien, Indien und Südafrika – um nur einige wenige Beispiele zu nennen – schon jetzt Kanäle wie Wahlen, Lobbyarbeit, die Medien und Öffentlichkeitskampagnen, um den gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben. Im indischen Bundesstaat Kerala hat eine reiche Tradition von bürgerlichem Engagement bewirkt, dass die Regierung umfassenden sozialen Rechten Priorität einräumt und eine Politik betreibt, die nach mehr Gerechtigkeit strebt. In Brasilien spielte die Sanitarista-Bewegung von Angehörigen der Gesundheitsberufe eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitssystems des Landes und der Ausweitung des Leistungsangebots auf die Armen.[24]

Zivilgesellschaftliche Gruppen in den einzelnen Ländern nutzen zunehmend ihre Erfahrungen aus dem Umgang mit nationalen Regierungen dazu, unabhängige Netzwerke zu erschließen, die den Nord-Süd- und Süd-Süd-Dialog außerhalb der konventionellen, offiziellen Kanäle der internationalen Governance betreiben. Diese übernationalen Netzwerke schaffen die Grundlagen dafür, dass sich eine globale Zivilgesellschaft herausbilden kann, deren Aktionsspektrum vom Klimawandel über die Migrationspolitik bis hin zu den Menschenrechten reicht.

Zivilgesellschaftliche Gruppen in den einzelnen Ländern nutzen zunehmend ihre Erfahrungen aus dem Umgang mit nationalen Regierungen dazu, unabhängige Netzwerke zu erschließen, die den Nord-Süd- und Süd-Süd-Dialog außerhalb der konventionellen, offiziellen Kanäle der internationalen Governance betreiben

Durch die Internetrevolution hat die globale Zivilgesellschaft nun erheblich größere Möglichkeiten, Einfluss auf den Entscheidungsprozess in kritischen globalen Fragen zu nehmen. Sie sorgt für die hochgradige Vernetzung ganz unterschiedlicher Gruppen und bietet Plattformen für die rasche Verbreitung von Ideen und Anliegen unter Bürgern auf der ganzen Welt. Menschen können dadurch mit anderen Menschen sprechen und Gruppierungen von Wissenschaftlern und Angehörigen anderer Berufe können Ideen austauschen, ohne dass die Staatsmacht oder die Märkte zwischen ihnen stehen. Diese neue Leichtigkeit der globalen Kommunikation lässt kreative Partnerschaften entstehen, stärkt die Fähigkeiten Einzelner wie auch sozialer Organisationen, erzeugt neue Formen von Solidarität und ermöglicht es Menschen, international zu interagieren und ihren Werten Ausdruck zu verleihen.

Die Ereignisse in mehreren Ländern der arabischen Staaten, wo komplexe historische Entwicklungen jüngst in Aufständen kulminierten, haben gezeigt, dass Regierende überall

auf der Welt und globale Institutionen gut daran tun, die Macht der sozialen Medien nicht zu unterschätzen. Die rasche Verbreitung des Videofilms Kony 2012 über den wegen Kriegsverbrechen angeklagten Anführer der „Lord's Resistance Army", Joseph Kony, und die starke Resonanz darauf zeigen eindrucksvoll, wie die sozialen Medien innerhalb weniger Tage viele Millionen Menschen für die Debatte wichtiger Themen mobilisieren können.[25] Was die Legitimität bestimmter Anliegen und Plattformen angeht, mögen zwar die Meinungen auseinandergehen, doch der rasante Informationsaustausch mittels sozialer Netzwerke beeinflusst ganz klar die öffentliche Meinung zu Themen, die den Bürgern dieser Welt wichtig sind, und wirkt sich letztendlich auf die internationale Governance aus.

In der Tat ist eines der wertvollsten Instrumente der globalen Zivilgesellschaft ihre Fähigkeit zur Verbreitung neuer Normen, die das Verhalten staatlicher und privater Akteure grundlegend verändern. Indem sie Belange ansprechen, einen Rahmen dafür bilden und Druck auf Staaten ausüben, können zivilgesellschaftliche Netzwerke neue Themen auf die Tagesordnung setzen und bei Regierungen und der internationalen Staatengemeinschaft auf neue Abkommen, striktere Durchsetzungsmechanismen oder gar direktes Eingreifen drängen. Zu den klassischen Beispielen für den Einfluss der Zivilgesellschaft auf globale Normen zählen die weltweite Ausbreitung der Frauenwahlrechtsbewegung, der Antisklavereibewegung und der Rotkreuz-Bewegung, die zum Entstehen der Genfer Konventionen und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften führte. In jüngerer Zeit haben globale zivilgesellschaftliche Netzwerke auf die Verabschiedung von Gesetzen zum Verbot von Landminen, einen offeneren Zugang zu AIDS-Medikamenten und Kampagnen gegen Gewalt an Frauen hingewirkt.

Wenngleich sich der globalen Zivilgesellschaft viele Möglichkeiten eröffnen, internationale Governance-Normen zu beeinflussen und am Entscheidungsprozess mitzuwirken, sollte der zu erwartende Beitrag von Organisationen der Zivilgesellschaft und übernationalen Netzwerken nüchtern eingeschätzt werden. Weiterhin führen höhere Mittelzuweisungen dazu, dass die internationalen Nichtregierungsorganisationen des Nordens im Bereich der globalen Zivilgesellschaft über unverhältnismäßig hohen Einfluss verfügen.[26] Das internationale Menschenrechtsregime zum Beispiel betont häufig bürgerliche und politische Rechte, die ein besonderes Anliegen der Zivilgesellschaft in Osteuropa sind, mehr als soziale Rechte, die in den Forderungen der Volksbewegungen im Süden eine zentralere Rolle spielen. Einschränkungen des Freiraums der Bürger und sonstige Einschränkungen können die Funktionsfähigkeit von Organisationen der Zivilgesellschaft beeinträchtigen.[27] Weiter zu bedenken ist die Frage der Transparenz, da unklar sein kann, in welchem Maße zivilgesellschaftliche Gruppen autonom vom Staat und den Marktkräften sind. Wenn Organisationen der Zivilgesellschaft zum verlängerten Arm von staatlicher Macht, wirtschaftlichem Einfluss oder traditioneller Autorität werden, kann zivilgesellschaftliche Tätigkeit Ungleichheiten und Instabilität eher noch vergrößern als diese zu verringern.[28]

Eines der wertvollsten Instrumente der globalen Zivilgesellschaft ist ihre Fähigkeit zur Verbreitung neuer Normen, die das Verhalten staatlicher und privater Akteure grundlegend verändern

In Zukunft wird die Legitimität internationaler Governance davon abhängen, inwieweit es Institutionen gelingt, sich mit Bürgernetzwerken und Gemeinwesen zu verzahnen – das heißt, ihre Anliegen zu verstehen und Anleihen bei ihren Ideen und Ansätzen zu machen, um ihre eigenen Bemühungen und Energien in die richtige Richtung lenken zu können. Ein derartiges Ineinandergreifen würde die Legitimität ihres Handelns maximieren und Verantwortlichkeit gegenüber den Bürgern der Mitgliedstaaten sicherstellen (Kasten 5.2). Die Idee einer ökologischen Staatsbürgerschaft stellt beispielsweise eine vielversprechende Möglichkeit dar, die weltweite öffentliche Meinung über die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter von Grund auf neu zu gestalten.[29]

Um effektiv zu sein, müssen internationale Organisationen produktive Partnerschaften mit Social-Media-Gemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen im Süden wie im Norden eingehen. Sie sollten sich mit Bürgergruppen verbünden, um einen Politikwandel und den Übergang zu gerechteren Grundsätzen und Institutionen der internationalen Governance zu fördern. So musste zum Beispiel die Weltgesundheitsorganisation behutsam

KASTEN 5.2 *Jo Leinen, Mitglied des Europäischen Parlament*

Globale Demokratie durch ein Weltparlament?

Bei der Governance von globalen Fragestellungen sind zwar Legitimität und die Repräsentation der gesamten Weltbevölkerung im globalen Entscheidungsprozess unerlässlich, doch verfügen die globalen Entscheidungsorgane über keine institutionellen Mechanismen für eine wirksame und maßgebliche Bürgerbeteiligung. In einer Zeit, in der sich die Grenzen zwischenstaatlicher Entscheidungsfindung gezeigt haben, verlangen das Bemühen um Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie die Dringlichkeit, mit der entscheidende Herausforderungen für unseren Planeten angegangen werden müssen, nach Einbeziehung der Bürger weltweit.

Ein Weltparlament würde die Generalversammlung der Vereinten Nationen ergänzen, und zwar entweder formell in das UN-System eingebunden oder als gesondertes Organ. Diese Idee ist zwar nicht neu, doch je mehr sie heranreift, desto mehr Unterstützung findet sie bei Akteuren der Zivilgesellschaft und regionalen Parlamenten (darunter das Europäische, das Lateinamerikanische und das Afrikanische Parlament) und wurde unlängst auch in dem von einer multinationalen Gruppe von Intellektuellen vorgelegten „Manifest für globale Demokratie" hervorgehoben.[1]

Ein Weltparlament würde aus Delegierten der nationalen Parlamente bestehen, die verschiedene politische Parteien aus jedem Land repräsentieren. Da die große Mehrheit der nationalen Parlamente demokratisch gewählt wurde, würde ein derartiges Organ ein hohes Maß an Repräsentativität und politischer Verantwortlichkeit besitzen. Ein Weltparlament würde als Bindeglied zwischen nationaler Politikgestaltung und globaler Entscheidungsfindung dienen, den Parlamenten und Regierungen der einzelnen Länder Anstöße geben, damit sie die Konsequenzen bedenken, die ihre Entscheidungen über nationale Grenzen hinaus haben können, sowie Wissen und Erfahrung über beherrschende globale Themen an die nationalen Parlamente weitergeben.

Dieses Organ könnte eine längere Jahresversammlung abhalten, die Empfehlungen aussprechen, Tagesordnungspunkte auf die UN-Generalversammlung setzen und – mit einer qualifizierten Stimmenmehrheit – dem UN-Sicherheitsrat Punkte zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen. Ihre Beratungen würden eine hohe moralische und politische Autorität besitzen, wenn auch die Entscheidungsgewalt im Endeffekt bei den Regierungen der einzelnen Staaten verbleiben würde. Die Zusammensetzung der einzelnen nationalen Delegationen könnte entweder durch die nationalen Parlamente festgelegt werden oder auch mittels gesonderter Wahlen, in denen die Bürger ihre Vertreter für das Weltparlament wählen können. Die Delegationsgröße würde im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der einzelnen Länder stehen – ein Ansatz, der sich erheblich von anderen internationalen Organen unterscheidet, bei denen die Zahl der Stimmrechte an die Höhe des finanziellen Beitrags geknüpft ist.

1. Beeston 2012.

mit den staatlichen Interessen umgehen und sich darauf einstellen, dass seit den 1980er Jahren die Privatisierung des Gesundheitswesen immer mehr in den Vordergrund gerückt ist. Aufgrund ihrer zentralen Verpflichtungen der öffentlichen Gesundheit gegenüber und ihrer Verknüpfungen mit der Zivilgesellschaft war es ihr jedoch möglich, weiterhin eine Politik zu verfolgen, die nachdrücklich einen rechtebasierten Ansatz im Gesundheitswesen betont.[30]

Auf dem Weg zu einem kohärenten Pluralismus

Die Herausforderung, der sich das multilaterale System angesichts des Aufstiegs des Südens gegenübersieht, ist nicht etwa, dass man, wie fälschlich angenommen werden könnte, sich zwischen dem Globalismus und dem Regionalismus oder zwischen älteren Strukturen, die von den traditionellen Mächten des Nordens ersonnen und gelenkt wurden, und neueren Regelungen, die den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht werden, entscheiden müsste. Vielmehr besteht sie in der Integration, Koordinierung und in manchen Fällen auch der Reform dieser Institutionen, damit sie alle effektiver zusammenarbeiten können. Vielfalt und Flexibilität bei globalen Governance-Mechanismen können sich unter dem Strich positiv auf das internationale System auswirken, doch sie können das globale Streben nach Lösungen für Probleme, die ihrem Wesen nach eindeutig globaler Natur sind, nicht ersetzen. Die sowohl regional als auch international tätigen politischen Entscheidungsträger sollten sich um einen kohärenteren Pluralismus bei der multilateralen Governance bemühen, mit gemeinsamen Normen und Zielen, die regionale und globale Entwicklungsinitiativen fördern, die einander bei aller Unterschiedlichkeit ergänzen.

Wie die jüngste Erfahrung in großen Teilen des Südens gezeigt hat, können manche öffentliche Güter wirksam auf einer regionalen Ebene bereitgestellt werden. In Kapitel 2 wurde bereits ausgeführt, dass es regionalen Institutio-

nen manchmal möglich ist, schneller und wirkungsvoller auf regionale Bedürfnisse zu reagieren als globale Foren, zum Beispiel Programme zur Ausrottung endemischer Krankheiten, zum Schutz gemeinsamer Ökosysteme und zur Beseitigung von intraregionalen Handelshemmnissen dies könnten. In Fällen wie diesen ist es sicherlich sinnvoll, dass gleichgesinnte Nachbarländer die Herausforderungen gemeinsam in Angriff nehmen, aber – wenn nötig – auch globale Maßnahmen verfolgen, um diesen Problemen zu begegnen.

Eine zunehmende regionale Zusammenarbeit kann aber auch Nachteile mit sich bringen – denn dadurch wird das vielschichtige Gefüge multilateraler Institutionen noch komplexer als es jetzt ohnehin schon ist, mit all den damit verbundenen Risiken wie Exklusion, Doppelarbeit und der Konkurrenz zwischen Institutionen. In vielen Bereichen haben regionale Institutionen das Potenzial, globale Strukturen zu ergänzen, auch wenn diese Art von Koordinierung heute noch selten ist oder nicht ausreichend aufeinander abgestimmt erscheint.

Übereinkommen der Global Governance müssen die Mischstrategien respektieren, für die einzelne Länder sich entscheiden. Es liegt auf der Hand, dass Entwicklungs- und Schwellenländer unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit wählen, ob bilateral, regional oder international. Im Verlauf der Zeit haben die einzelnen Länder immer neue Formen von Governance entwickelt, um mit Problemkonstellationen umzugehen, die sich neu ergeben haben. Im Bereich der Finanzen bemühen sich die Länder beispielsweise um die Diversifizierung der Risiken, denen sie ausgesetzt sind, wie auch der „Versicherungspolicen", mit denen sie sich davor zu schützen suchen. Dazu nutzen sie einen Maßnahmenmix aus nationalen Reserven, bilateralen Kreditlinien, regionalen Übereinkommen und dem IWF. Das internationale Ordnungssystem muss pluralistisch sein und gleichzeitig gewährleisten, dass die Zusammenarbeit auf der regionalen oder subregionalen Ebene mit den Mechanismen und Regelwerken vereinbar ist, die auf der internationalen Ebene gelten.

Letztlich soll dieser „kohärente Pluralismus" sicherstellen, dass Institutionen auf allen Ebenen in koordinierter Weise zusammenarbeiten, um globale öffentliche Güter bereitzustellen. Die Komplementarität nicht allein zwischen globalen und regionalen Institutionen, sondern auch quer durch öffentliche, private und zivilgesellschaftliche Organisationen kann sich durchaus konstruktiv gestalten, auch wenn sie gegenwärtig noch unausgegoren und unzulänglich erscheinen mag. Wenn neue Übereinkommen und neue Partnerschaften entstehen, um die Lücken zu füllen, die bisherige Übereinkommen hinterlassen haben, sollten diese gefördert werden, wobei soweit wie möglich Doppelarbeit zu vermeiden wäre. Neue Übereinkommen auf allen Ebenen müssen einvernehmlich zusammenwirken und im Einklang mit bestehenden multilateralen Organisationen stehen; dabei sollten ein Interessenabgleich vorgenommen und die Verantwortung geteilt werden.

Zwar sind Pluralismus und größere Vielfalt willkommene Entwicklungen, doch eine zu große Fülle neuer Organisationen kann auch zu Replikation und Ineffizienz führen. Bei der Schaffung einer kohärenteren Struktur werden daher einige Organisationen beibehalten werden, andere wird man hingegen für überflüssig befinden.

Eine auf anhaltende Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung gerichtete Governance der globalen öffentlichen Güter bedarf eines wirkungsvollen Multilateralismus. Internationale Institutionen können außerdem Orientierungshilfen bezüglich der Menschenrechte und anderer allgemeingültiger Prinzipien bieten und auf Gebieten wie dem Völkerrecht als Schlichter auftreten. Dennoch muss der Multilateralismus flexibler im Umgang mit neuen Herausforderungen und geopolitischen Realitäten werden. In einem kohärenteren pluralistischen System können internationale Institutionen als Koordinierungsorgane fungieren und so eine Katalysatorfunktion für alle Anspruchsträger übernehmen oder diese zusammenführen. Um dies leisten zu können, brauchen sie sowohl den Auftrag dafür als auch ausreichende Fachkompetenzen und Ressourcen, um zwischen oft auseinanderlaufenden Interessen vermitteln und schlichten, diese analysieren und darauf eingehen sowie praktikable und für beide Seiten vorteilhafte Ergebnisse vorschlagen zu können. Um den Süden voll

Eine auf anhaltende Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung gerichtete Governance der globalen öffentlichen Güter bedarf eines wirkungsvollen Multilateralismus

KASTEN 5.3

Regionale Finanzierung in Asien: die Chiang-Mai-Initiative Multilateralization und die Asiatische Entwicklungsbank

Die derzeitige Finanzkrise hat den Anstoß zur Erweiterung des Geltungsbereiches der Chiang-Mai-Initiative gegeben, einer regionalen Vereinbarung zwischen den Mitgliedern des Verbands Südostasiatischer Nationen zuzüglich China, Japan und der Republik Korea (ASEAN+3). Anfang 2009 wurde die Initiative multilateralisiert und in Chiang-Mai-Initiative Multilateralization umbenannt. Zu jenem Zeitpunkt wurde bei einer Auszahlung von über 20 Prozent der Kredite, die einem Land zur Verfügung standen, verlangt, dass das Kreditnehmerland unter einem Überwachungsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) steht; damit sollte der schwierigen Aufgabe, eine regionale Überwachung zu konzipieren und umzusetzen, begegnet werden.

Die Mitglieder von ASEAN+3 haben die Chiang-Mai-Initiative Multilateralization weiter vertieft. Im Mai 2012 wurde die Kapitalausstattung des Währungsswap-Gemeinschaftsfonds auf 240 Milliarden US-Dollar verdoppelt. Für 2012/2013 wird das Erfordernis, unter einem IWF-Programm zu stehen, nicht in Kraft gesetzt, bis die in Anspruch genommenen Swaps 30 Prozent der für das Land geltenden Höchstgrenze erreicht haben (2014 dann 40 Prozent, vorbehaltlich des Ausgangs der gegenwärtigen Beratungen). Die Laufzeit der Swaps, sowohl der mit als auch der ohne IWF-Einbindung, wurde verlängert. Und erstmals wurde auch vorsorglich eine Kreditlinienfazilität eingeführt, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, Swaps nach einer auf der Ländergröße basierenden Formel in Anspruch zu nehmen. (Die Asian Bond Market Initiative wurde im Mai 2012 ebenfalls ausgeweitet.)

Am 30. Januar 2012 wurde das Büro für Makroökonomische Forschung (Office for Macroeconomic Research) von ASEAN+3 eröffnet, um die Überwachung der Mitgliedstaaten gemäß IWF Artikel IV durchzuführen. Es beschreibt sich selbst als die „regionale Überwachungsstelle der Chiang-Mai-Initiative Multilateralization" und hat die Aufgabe, die regionalen Volkswirtschaften zu überwachen und zu analysieren sowie bei der Früherkennung von Risiken, der Durchführung von Gegenmaßnahmen und der wirksamen Entscheidungsfindung durch die Initiative mitzuwirken. Einige Beobachter haben festgestellt, dass es Spannungen bezüglich der Zuständigkeit gibt und man sich in Asien weiter mit Kritik an der Politik regionaler Nachbarn zurückhält und dass deshalb Hindernisse für die Durchführung einer strengen Überwachung bestehen.

Auch schon vor der weltweiten Finanzkrise gewährte die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) mehr Kredite in der Region als die Weltbank. Durch die Krise hat sich dieser Trend noch beschleunigt. In einigen Fällen hat die ADB schneller und mit größeren Krediten reagiert als es IWF und Weltbank getan haben, und neue Typen von befristeten Schnellfinanzierungsprogrammen und so genannten antizyklische Kreditfazilitäten zur konjunkturellen Gegensteuerung eingeführt, um Entwicklungsländer und Länder mit niedrigem Einkommen zu unterstützen. Im April 2009 machte Indonesien den Vorschlag, einen Teil der neuen Finanzierung des IWF auf die ADB zu übertragen. Mit der Rückendeckung der Gruppe der Zwanzig richtete die ADB die Countercyclical Support Facility ein, die den von der Krise betroffenen Volkswirtschaften in Asien bis zu drei Milliarden US-Dollar an Krediten zur Verfügung stellte.

Zwischen 2008 und 2009 nahmen die Kreditzusagen der ADB um 42 Prozent und ihre Auszahlungen um 33 Prozent zu. Andere regionale Entwicklungsbanken folgten rasch dem Beispiel der ADB und erhielten einen Teil der dem IWF neu zugesagten Mittel für die Einrichtung neuer regionaler Kreditfazilitäten zur Förderung einer raschen Konjunkturstabilisierung in der Region.

Quelle: Woods 2010; Chin 2010, 2012; Ocampo et al. 2010; ADB 2009; Ciorciari 2011; AMRO 2012.

einbeziehen zu können, müssten viele internationale Organisationen auf den neuesten Stand gebracht und umgestaltet werden. Der Süden wiederum wird multilaterale Institutionen voraussichtlich eher nutzen und voll mittragen, wenn sie aus seiner Sicht genauso im Interesse des Südens wie im Interesse der Industrieländer handeln.

Finanzarchitektur: Umgestaltung für den aufstrebenden Süden

Der Aufstieg des Südens erzeugt neue Muster der Ressourcenakkumulation, die möglicherweise zu einer dichteren, vielschichtigeren und heterogeneren Finanzarchitektur führen könnten. Dies könnte die finanzielle Stabilität und Belastbarkeit fördern, die Produktionsleistung auf lange Sicht sichern, die menschliche Entwicklung voranbringen und mehr Spielraum für die nationale Politik schaffen.

In manchen Fällen könnten diese neu entstehenden Institutionen und Übereinkommen einige der Funktionen der Bretton-Woods-Institutionen übernehmen, doch in den meisten Fällen ergänzen sie die bereits vorhandene globale Finanzarchitektur. Darüber hinaus könnten neu entstehende Institutionen sich als transformativ erweisen, indem sie den Bretton-Woods-Institutionen den Anstoß geben, auf Bedenken hinsichtlich Repräsentation, Governance-Grundsätzen und der Verwendung von Konditionalitäten einzugehen.

Der Süden hat bereits einige alternative Institutionen und Ansätzen entwickelt, darunter regionale Währungs- und Unterstützungsübereinkommen:

- Die Chiang-Mai-Initiative wurde nach der Asienkrise 1997 in Form einer Reihe von Swap-Vereinbarungen zwischen den asiatischen Ländern ins Leben gerufen. Daraus entstand später die Chiang-Mai-Initiative Multilateralization, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, die multilaterale Swap-Fazilität in Anspruch zu nehmen, um Schwierigkeiten hinsichtlich der Zahlungsbilanz und kurzfristigen Liquidität begegnen zu können.
- Der 1976 von den 22 Mitgliedstaaten der Arabischen Liga gegründete Arabische Währungsfonds verfügt über rund 2,7 Milliarden US-Dollar, um eine Notfallfinanzierung für Mitgliedstaaten sowie eine breiter angelegte Währungszusammenarbeit zu stützen. Es bestehen außerdem Bestrebungen, eine arabische Einheitswährung zu schaffen.[31]
- Die *Reserve Bank of India,* die indische Zentralbank, hat vor Kurzem eine Swap-Fazilität von zwei Milliarden US-Dollar für die Mitgliedstaaten der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation bekanntgegeben.[32]
- Der Lateinamerikanische Reservefonds, der über eine Kapitalausstattung von rund 2,3 Milliarden US-Dollar verfügt, bietet seinen Mitgliedern an, deren Zahlungsbilanz zu stützen. Des Weiteren sichert er Drittkredite ab und erleichtert Reserveinvestitionen und die regionale Koordinierung der Geldpolitik. Das Potenzial des Fonds wird dadurch eingeschränkt, dass er nur einen Teil der Länder der Region einschließt; Brasilien etwa, die größte Volkswirtschaft der Region, beteiligt sich nicht daran.[33]
- Die Entwicklungsgesellschaft für die Andenregion macht dadurch auf sich aufmerksam, dass sich die Summe der von ihr gewährten Kredite im Zeitraum 1991 bis 2007 vervierfacht hat und dass sie nahezu vollständig in der Eigenverantwortung ihrer Mitgliedstaaten steht, die ganz überwiegend Entwicklungsländer sind (außer Portugal und Spanien).[34]

Derartige regionale Übereinkommen müssen jedoch nicht unbedingt bedeuten, dass der IWF eine geringere Rolle spielt. Denn bei größeren Auszahlungen aus den Fonds kann verlangt werden, dass das Kreditnehmerland unter einem Überwachungsprogramm des IWF steht, so wie es bei der Chiang-Mai-Initiative Multilateralization der Fall ist (Kasten 5.3).

Die entstehende regionale Finanzarchitektur, die von den Ländern des Südens vorangetrieben wird, schafft erneut Raum für eine eher pragmatisch als ideologisch ausgerichtete Politik und stellt sicher, dass die Konditionalität eng umgrenzt und dem Land angemessen ist (Kasten 5.4).[35] Regionale Institutionen, die ihre Kredite in einem geografisch näheren Bezug vergeben, werden wahrscheinlich eher Programme entwickeln, die stärker Rücksicht auf politische Anliegen nehmen und wirtschaftlich angemessen sind und bei denen die Überwachung lockerer gehandhabt und weniger strikte Auflagen für die Kreditvergabe gemacht werden.

Manche Institutionen wie zum Beispiel die im Entstehen begriffene Bank des Südens[36], lehnen Konditionalität rundweg ab. Andere, darunter die Chiang-Mai-Initiative Multilateralization und der Arabische Währungsfonds, wenden Konditionalität nur unter ganz bestimmten Umständen an, und auch dort ist dies weiter ein Streitpunkt unter den Mitgliedern. Wiederum andere, wie der Lateinamerikanische Reservefonds, führen eine Überwachung durch, wobei sie allerdings nicht den Top-down-Ansatz des IWF anwenden, sondern stattdessen kooperativ mit den Regierungen der Kreditnehmerländer zusammenarbeiten.

Die entstehende regionale Finanzarchitektur, die von den Ländern des Südens vorangetrieben wird, schafft erneut Raum für eine eher pragmatisch als ideologisch ausgerichtete Politik und stellt sicher, dass die Konditionalität eng umgrenzt und dem Land angemessen ist

Regionale Handelsvereinbarungen

Auch wenn die Doha-Runde globaler Handelsgespräche in einer Sackgasse steckt, konnten regionale und subregionale Handelsübereinkommen in Afrika, Asien und Lateinamerika erweitert und vertieft werden. Vereinbarungen zur Erschließung des Süd-Süd-Handels bergen ein enormes Potenzial und bringen einen mindestens ebenso großen Nutzen wie solche, die einen besseren Zugang zu den Märkten im Norden schaffen. Schätzungen der OECD zufolge würde dem Süden ein Wohlfahrtsgewinn von 59 Milliarden US-Dollar entstehen, wenn die Süd-Süd-Zölle auf das Niveau der Nord-Süd-Zölle abgesenkt würden.[37] Selbst innerhalb von Afrika besteht – geeignete institutionelle Übereinkommen für einen offeneren Agrarhandel vorausgesetzt – ein gewaltiges Potenzial für

KASTEN 5.4

Enrique García, Präsident, CAF

Die CAF: eine lateinamerikanische Entwicklungsbank

Gründungsmitglieder der multilateralen Bank CAF im Jahr 1970 waren fünf Staaten der Andenregion – Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela. Heute zählen 18 Länder aus Lateinamerika, der Karibik und Europa sowie 14 Privatbanken zu ihren Anteilseignern und sie beschafft einen Großteil ihrer Gelder auf den globalen Finanzmärkten. Die CAF fördert durch Kreditgeschäfte, Zuschüsse und technische Unterstützung die nachhaltige Entwicklung und regionale Integration und bietet die Strukturierung von Finanzierungen für Projekte des öffentlichen und privaten Sektors in Lateinamerika an. Sie hat ihren Sitz in Caracas und unterhält Büros in Asunción, Bogotá, Brasilia, Buenos Aires, La Paz, Lima, Madrid, Montevideo, Panama City und Quito. Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat Lateinamerika dank günstiger äußerer Bedingungen ein rasches Wirtschaftswachstum erlebt, das zu einem Anstieg der Rohstoffpreise, einem stabilen makroökonomischen Umfeld und stärkerer Inlandsnachfrage aufgrund von Armutsreduzierung und gestiegenen Einkommen geführt hat. Die CAF hat ihren Mitgliedstaaten durch eine umfassende Entwicklungsagenda dabei geholfen, diese günstigen wirtschaftlichen Bedingungen zu nutzen. Dazu gehörten Projekte und Programme, die darauf abzielen, die produktive Umgestaltung der Region und ihre Teilnahme am weltwirtschaftlichen Wettbewerb zu unterstützen, die Qualität von Institutionen zu verbessern und den Umweltschutz zu fördern. Die CAF hat zu Zeiten, als die Märkte „trocken" waren und andere internationale Finanzanstalten strenge Auflagen über ihre Finanzierung verhängt hatten, beträchtliche Finanzmittel bereitgestellt.

Zu den Gründen für den Erfolg der CAF in der Region zählen ihre starke Verwurzelung in Lateinamerika, das große politische und finanzielle Engagement ihrer Mitgliedstaaten, das Beibehalten einer umsichtigen Finanzpolitik (gerade auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten) und ihre Politik, keine Auflagen bei der Kreditvergabe zu machen. Heute ist die CAF eine der wichtigsten Quellen multilateraler Finanzierung für Infrastruktur und Energie in der Region; ihre Kreditzusagen betrugen Ende 2011 über zehn Milliarden US-Dollar oder rund 30 Prozent der gesamten multilateralen Kredite für Lateinamerika (verglichen mit 12,4 Milliarden US-Dollar bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank und 13,9 Milliarden US-Dollar bei der Weltbank; siehe Ocampo und Titelman, 2012). Die konjunkturstabilisierende Rolle der CAF in Zeiten großer wirtschaftlicher Unruhe auf den internationalen Märkten sowie die Unterstützung für ihre Anteilseigner, als die Finanzierungsmittel knapp geworden waren, waren besonders wertvoll. Die CAF hat Finanzmittel von den internationalen Märkten in die Region geleitet, welche hauptsächlich für Infrastrukturprojekte bestimmt waren, und darüber hinaus gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten eine ambitionierte Agenda von Programmen und Projekten zur Bewältigung einiger der größten Wachstumshemmnisse in Lateinamerika entworfen und umgesetzt, die durch Zuschüsse gestützt wurden.

Die Kreditaufnahme der CAF auf den internationalen Kapitalmärkten erfolgt mittels einer Strategie, die auf eine Diversifizierung der Finanzierungsquellen abzielt. Damit sollen Zins- und Währungsrisiken abgemildert und gleichzeitig die durchschnittliche Laufzeit ihrer Aktiva und Passiva aufeinander abgestimmt werden, um eine ausreichende Liquidität in ihrem Portfolio zu behalten. Die CAF erhielt 1993 ihre ersten Bonitätsbewertungen von den drei großen Ratingagenturen; seither hat sich ihr Rating ständig verbessert, und das selbst im Verlauf von Wirtschaftskrisen in der Region. Inzwischen ist die CAF der am höchsten bewertete häufige Emittent von Anleihen in Lateinamerika. Seit 1993 hat die CAF durch die Ausgabe von 87 Anleihen über 13,9 Milliarden US-Dollar auf den wichtigsten internationalen Kapitalmärkten in Asien, Europa, Lateinamerika und den Vereinigten Staaten aufgenommen. Ihre vorausblickende Finanzpolitik hat die CAF zu einem gewinnbringenden Unternehmen gemacht, das durch Zuschüsse und technische Zusammenarbeit in Programme und Projekte zur Unterstützung seiner Mitgliedstaaten reinvestiert.

Ihr hervorragendes Abschneiden verdankt die CAF ihrer Fähigkeit, sich an ein Umfeld anzupassen, das sich ständig ändert und viele Herausforderungen birgt. Von besonderer Bedeutung war dabei ihre Governance-Struktur. Seit der Gründung der CAF haben ihre Anteilseigner der Institution die Autonomie gelassen, ihre operativen Maßnahmen ohne politischen Druck zu konzipieren und umzusetzen. Die Mitgliedstaaten haben die Institution stets unterstützt. Niemals in der Geschichte der CAF ist ein Mitgliedsstaat seiner Zahlungsverpflichtung nicht nachgekommen, auch nicht während Wirtschaftskrisen. Da sie fast ausschließlich in der Eigenverantwortung Lateinamerikas steht (Spanien und Portugal sind aufgrund ihrer historischen Verbindungen mit der Region als Minderheitsanteilseigner beteiligt), ist es der CAF gelungen, die Konflikte zu vermeiden, die in anderen multilateralen Institutionen, wo Geber und Empfänger nicht immer gemeinsame Zielsetzungen verfolgen, auftreten können. In dieser Hinsicht wird die CAF als Institution angesehen, die von Lateinamerika für Lateinamerika betrieben wird und damit ein zweckdienliches Beispiel für eine pragmatische finanzielle Integration darstellt.

einen verstärkten Handel mit den vielen und vielfältigen Feldfrüchten der Region.

Ein Beispiel für ein erfolgreiches regionales Übereinkommen ist die Sao-Paulo-Runde, die 2010 stattfand und bei der sich 22 Entwicklungsländer darauf verständigten, bei rund 70 Prozent des Handels, den sie untereinander betreiben, die Zölle um mindestens 20 Prozent zu senken. Diese Senkungen wurden im Rahmen des Globalen Systems von Handelspräferenzen ausgehandelt, das 1989 eingerichtet worden war, um von der Ermächtigungsklausel der Vereinbarungen der Welthandelsorganisation Gebrauch zu machen – diese Klausel erlaubt es den Entwicklungsländern, einander Konzessionen zu erteilen, ohne ihre Verpflichtungen, die sich aus der Meistbegünstigtenklausel ergeben, in Gefahr zu bringen.

Bilaterale Übereinkommen können Handelsströme ermöglichen, wenn multilaterale

Verhandlungen nicht vorankommen. Weitere Optionen wie präferenzielle Handelsabkommen zur Förderung der Zielsetzung eines freieren, nicht diskriminierenden Handels könnten unter die Aufsicht einer globalen multilateralen Institution wie der WTO oder der regionalen Körperschaften gestellt werden.

Man nehme zum Beispiel die Verhandlungen, die zum Ziel haben, die massiven Produktions- und Exportsubventionen im Bereich der Landwirtschaft, die hauptsächlich durch die Industrieländer gewährt werden, abzubauen. Diese Subventionen führen zu einer Verzerrung des Welthandels und setzen Landwirte in den Entwicklungsländern einem unlauteren Wettbewerb aus. Es ist jedoch fast unmöglich, dieses Problem in einem bilateralen oder regionalen Zusammenhang zufriedenstellend zu regeln, sondern hier bedarf es multilateraler Absprachen, über die nur bei der WTO verhandelt werden kann. Die meisten Länder akzeptieren die Notwendigkeit eines starken multilateralen Organs, das als Schiedsrichter die Einhaltung der Regeln des Welthandels überwacht, wenngleich sie wissen, dass der Regionalismus weiter Bestand haben wird; ein möglicher Ausweg wäre, schrittweise „den Regionalismus zu multilateralisieren".[38]

Verantwortliche Souveränität

Die meisten Regierungen tragen zwar die Grundsätze des Multilateralismus mit, sind aber verständlicherweise auch auf die Wahrung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Ein übermäßig striktes Festhalten am Primat der nationalen Souveränität kann grenzüberschreitende Rivalitäten und ein Nullsummendenken begünstigen. Wenn Länder auf sich selber gestellt sind, sind sie weniger in der Lage, sich vor den Ansteckungseffekten von Finanzkrisen oder den negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung zu schützen. Einzelstaatliches Handeln gewährleistet nicht, dass die Bürger des jeweiligen Staats Zugang zu globalen öffentlichen Gütern erhalten. Manche Regierungen sind nicht dazu fähig, die Menschenrechte ihrer Bürgerschaft ausreichend zu wahren. Eine bessere Strategie ist die „verantwortliche Souveränität" – das heißt, bei der Ausgestaltung der nationalen Politik auch den langfristigen Interessen der Welt als Ganzes Rechnung zu tragen.

Ein Großteil der globalen öffentlichen Güter hängen von einem wirksamen Management der grenzüberschreitenden Folgen und der adäquaten Bereitstellung nationaler und regionaler öffentlicher Güter ab und somit auch von der in dem jeweiligen Land vorhandenen institutionellen Kapazität und der Bereitschaft, regional und global zusammenzuarbeiten. Die einzelnen Länder müssen bei der Bereitstellung öffentlicher Güter auch ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und vermeiden, das Gemeinwohl und das Wohlergehen anderer Länder zu unterminieren, beispielsweise durch Umweltverschmutzung oder andere Formen des Missbrauchs von globalem oder regionalem Gemeingut. Zu einer verantwortungsvollen Souveränität gehören Schritte hin zu gemeinsamen Bemühungen wie zum Beispiel der Liberalisierung des Handels und dem Klimaschutz, die, wenn sie effektiv gestaltet sind, das globale Gemeinwohl erheblich steigern könnten.

In einer hoch vernetzten Welt kann eine wirksame Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene nicht isoliert von regionaler und globaler Politik erfolgen. Politische Maßnahmen von Einzelstaaten haben regionale und globale Auswirkungen; als Beispiele dafür wären protektionistische nationale Reaktionen auf einen internationalen Wirtschaftsabschwung oder auch die Unfähigkeit, eine Regelung gegen die Überfischung und Verschmutzung der Weltmeere zu finden, zu nennen. Gleichzeitig liefert die regionale und globale Politik einen Kontext für die politische Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene. Die einzelnen Staaten sowie regionale und multilaterale Organisationen müssen zusammenkommen und ihre nationale Politik auf gemeinsame internationale Ziele ausrichten. In einer immer stärker globalisierten und vernetzten Welt ist dies eine Frage des wohlverstandenen Eigeninteresses, denn Entscheidungen, die heute auf einzelstaatlicher Ebene getroffen werden, können sich über Generationen hinaus auf die Menschen in allen Ländern auswirken.

Wenn es den Führern eines Landes nicht gelingt, über eng definierte unmittelbare nationale Interessen hinauszuschauen, werden die potenziellen Errungenschaften der Zusammenarbeit verloren gehen und die Kosten der Untä-

Eine gute Strategie ist die „verantwortliche Souveränität" – das heißt, bei der Ausgestaltung der nationalen Politik auch den langfristigen Interessen der Welt als Ganzes Rechnung zu tragen

tigkeit zunehmen. Auf diese Weise werden die nationalen Politikmaßnahmen sich gegenseitig untergraben statt einander zu verstärken und zu ergänzen. Beispiele dafür wären die Staatsausgaben und die Wirtschaftsförderung im Gefolge der globalen Finanzkrise: Das koordinierte Zusammenwirken von Zentralbanken auf der ganzen Welt zur Senkung der Zinssätze hat geholfen zu verhindern, dass sich die weltweite Rezession noch weiter vertiefen konnte.

Der Aufstieg des Südens bietet sowohl global als auch regional Möglichkeiten für innovative neue Strukturen von Entwicklungspartnerschaften und neue Herangehensweisen an die Entwicklungspolitik

Aufgrund seiner zunehmend stärkeren wirtschaftlichen Stellung und seines gestiegenen politischen Einflusses wird der Süden zu einem immer wichtigeren Partner im globalen Entscheidungsprozess. Durch den Aufstieg des Südens, der einherging mit stärkeren Verbindungen über Grenzen hinweg, ist die Entscheidungsfindung so stark ineinander verflochten wie noch nie zuvor. Der Norden und der Süden müssen nun einen gemeinsamen Nenner finden, um bei den heutigen drängenden globalen Problemen messbare Fortschritte verbuchen zu können.

Verantwortungsvolle Souveränität bedeutet auch, dass Staaten die anerkannten allgemeinen Menschenrechte der in ihrem Staatsgebiet lebenden Menschen wahren, ihren Verpflichtungen ihnen gegenüber nachkommen und ihre Sicherheit und Geborgenheit gewährleisten sollten. Die Initiative „Schutzverantwortung" (Responsibility to Protect) beispielsweise ist der Versuch, eine neue internationale Sicherheits- und Menschenrechtsnorm zu entwickeln, mit der dem bisherigen Unvermögen der internationalen Staatengemeinschaft, Völkermorde, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern und zu unterbinden, begegnet werden kann. Bei dieser Sichtweise wird Souveränität nicht nur als Recht, sondern auch als Verantwortung betrachtet.

Diese Initiative ist zwar als positiver Schritt in Richtung auf das Aufstellen von Leitsätzen zur Global Governance bei der menschlichen Sicherheit zu werten, es mangelt ihr jedoch noch an Verfahrensweisen, um sicherzustellen, dass diese Grundsätze eingehalten werden.[39] Bislang wurden keine Schwellen vereinbart, die im Falle von Rechtsverletzungen oder Gräueltaten automatisch ein internationales Eingreifen auslösen würden. Diese Diskrepanz zwischen Grundsätzen und Verfahrensweisen macht deutlich, wie wichtig es ist, internationale Governance-Systeme auf- und auszubauen, um Regierungen und politische Systeme rechenschaftspflichtig gegenüber den von ihnen repräsentierten Menschen zu machen. Ohne verbindliche Mechanismen für eine Rechenschaftspflicht der Staaten gegenüber ihren Bürgern wird die Legitimität von Institutionen wie dem UN-Sicherheitsrat infrage gestellt. Doch zu einer baldigen Einigung auf einen Grundsatz der verantwortlichen und sich gegenseitig unterstützenden Souveränität wird es nur kommen können, wenn die Voraussetzungen der globalen Fairness und Gerechtigkeit erfüllt sind.

Neue Institutionen, neue Mechanismen

Der Aufstieg des Südens bietet sowohl global als auch regional Möglichkeiten für innovative neue Strukturen von Entwicklungspartnerschaften und neue Herangehensweisen an die Entwicklungspolitik. Die beträchtlichen Devisenreserven, die von den führenden Volkswirtschaften des Südens angehäuft wurden, könnten zum Beispiel für die Entwicklungsfinanzierung in weniger entwickelten Ländern genutzt werden. Neue Mechanismen für Hilfe, Handel und Technologieaustausch innerhalb der Regionen der Entwicklungsländer könnten parallel zu bestehenden Übereinkommen diese sinnvoll ergänzen. Die Nationen des Südens könnten im globalen Politikdialog über den dringendsten internationalen Entwicklungsbedarf und die wirksamsten Möglichkeiten, wie man diesen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnet, selber größere Führungsrollen übernehmen.

Infrastruktur-Entwicklungsbanken

Der Aufstieg des Südens schafft außerdem neue Möglichkeiten zur Finanzierung einer gerechten und nachhaltigen menschlichen Entwicklung. So haben zum Beispiel die BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – eine eigene Entwicklungsbank vorgeschlagen, die bei der Finanzierung von

Projekten in Entwicklungsländern auf die beträchtlichen Reserven dieser Staaten zurückgreifen könnte.[40] Wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung könnte eine derartige Bank eine Palette verschiedener Instrumente anbieten, darunter Darlehen, Kapitalbeteiligungen und Garantien. Neben der Finanzierung produktiver Projekte würde dieser Mittelzufluss auch zur Wiederherstellung des weltweiten finanziellen Gleichgewichts beitragen.

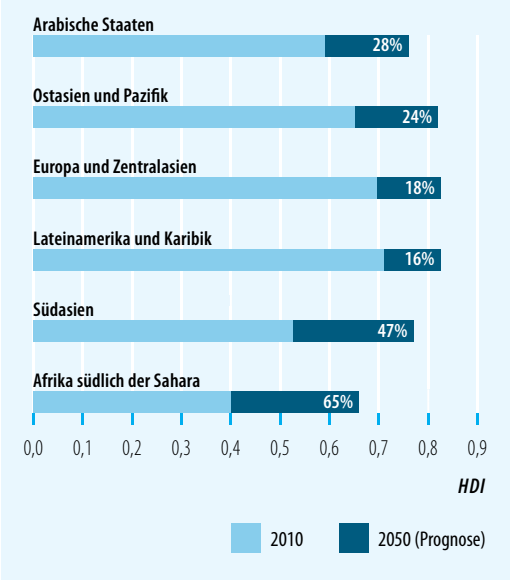
Ein wichtiger Verwendungszweck für diese Reserven wäre der Auf- und Ausbau der Infrastruktur. Um den dringenden Bedarf zu decken, müssten die Infrastrukturausgaben in den Entwicklungsländern bis 2020 eine Größenordnung von 1,8 bis 2,3 Billionen US-Dollar im Jahr oder rund sechs bis acht Prozent des BIP erreicht haben – gegenwärtig sind es nur 0,8 bis 0,9 Billionen US-Dollar im Jahr oder rund drei Prozent des BIP.[41] Derartige Investitionen könnten durch eine Entwicklungsbank für Infrastruktur und nachhaltige Entwicklung ermöglicht und erleichtert werden. Davon wäre eine vermehrte Kreditaufnahme der Entwicklungsländer zur Finanzierung einer wirtschaftlich produktiven Infrastruktur zu erwarten.

Da die Kreditnehmer sich zu Recht Sorgen bezüglich der Tragfähigkeit ihrer Schuldenlast machen, werden Bemühungen nötig sein, um über die inländische Kreditvergabe durch den Staat hinaus noch andere Formen von finanzieller Hilfe zum Einsatz zu bringen. Eine neue Institution könnte mittels Garantien und anderer Instrumente die richtige Art von Kapital anziehen.[42] Neue Institutionen werden effektiver sein, wenn sie im Einklang mit bestehenden regionalen und globalen Institutionen arbeiten, um Finanzierungs- und Investitionslücken zu schließen.

In Kapitel 4 wurde ein Szenario für beschleunigten Fortschritt präsentiert, in dem das ehrgeizige Ziel gesetzt wurde, durch eine Reihe von Initiativen für öffentliche Ausgaben den Index der menschlichen Entwicklung (HDI) bis zum Jahr 2050 in allen Regionen zu erhöhen. Dieses Szenario geht von folgenden Annahmen aus: etwa 20 Prozent Verbesserung bei der Infrastruktur bis 2050, allgemeiner Zugang zur Stromversorgung bis 2030, Abschaffung von Festbrennstoffen als Hauptenergiequelle für das Heizen und Kochen in Haushalten bis 2030, 50 Prozent höhere Produktion von erneuerbaren Energien über der Basisvariante bis 2050 und allgemeiner Zugang zu mobiler Telefonie und Breitband bis 2030.

GRAFIK 5.1

Gemäß dem Szenario eines beschleunigten Fortschritts werden die größten Steigerungen beim Index der menschlichen Entwicklung für Afrika südlich der Sahara und Südasien prognostiziert



Hinweis: Eine Erörterung des Szenarios eines beschleunigten Fortschritts findet sich in Kapitel 4
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Pardee Center for International Futures 2012.

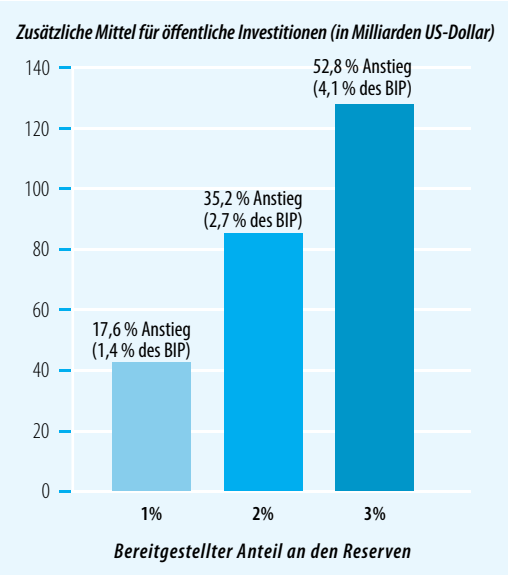
Die größten Steigerungen beim HDI-Wert werden gemäß diesem Szenario für Afrika südlich der Sahara (65 Prozent) und Südasien (47 Prozent; Grafik 5.1) prognostiziert. Derzeit betragen die öffentlichen Investitionen in Afrika südlich der Sahara und in Südasien durchschnittlich etwa 7,7 Prozent des BIP.[43]

Würde man einen kleinen Bruchteil der internationalen Reserven der neun G20-Länder des Südens bereitstellen, so würde dies beträchtliche zusätzliche Mittel für Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand in Afrika südlich der Sahara und Südasien bedeuten (Grafik 5.2). Je nachdem, wieviel von den Reserven bereitgestellt würde, würden die öffentlichen Investitionen um 17,6 bis 52,8 Prozent zunehmen. Schon eine Bereitstellung von nur drei Prozent der liquiden internationalen Reserven der neun G20-Länder des Südens würde den Anteil öf-

Würde man einen kleinen Bruchteil der internationalen Reserven der neun G20-Länder des Südens bereitstellen, so würde dies beträchtliche zusätzliche Mittel für Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand in Afrika südlich der Sahara und Südasien bedeuten

GRAFIK 5.2

Würde man einen kleinen Bruchteil der internationalen Reserven der neun G20-Länder des Südens bereitstellen, so würde dies beträchtliche zusätzliche Mittel für Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand in Afrika südlich der Sahara und Südasien bedeuten



Hinweis: Die Zahlen in Klammern sind der Anstieg der öffentlichen Investitionen als Anteil am BIP.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von World Bank (2012a).

fentlicher Investitionen in diesen Ländern um 4,1 Prozent auf 11,7 Prozent des BIP erhöhen. Damit wäre schon beinahe das durchschnittliche Niveau der öffentlichen Investitionen für alle Entwicklungsländer erreicht.[44]

Für Länder, die über Reserven verfügen, sowie für deren Staatsfonds sind Investitionen in den Entwicklungsländern finanziell attraktiv, da sie ihnen ermöglichen zu diversifizieren und gleichzeitig ohne zusätzliches Risiko höhere Gewinne einzufahren.[45] Staatsfonds weisen lange Investitionshorizonte und ein geringes Rückzahlungsrisiko auf und sind deshalb in der Lage, langfristig Gelder anzulegen. Da viele der sozialen Rendite den Vorrang gegenüber der privaten Rendite einräumen, können sie auch sozialverträgliche Standpunkte einnehmen. Beispielsweise hat Norwegen die Kriterien globaler Nachhaltigkeit auf die Investitionen seines Staatsfonds durch die Vermögensverwaltung der Norges Bank angewandt, sich auf die Normen des Globalen Pakts der Vereinten Nationen verpflichtet und in Initiativen zur Eindämmung der Entwaldung in Guyana, Indonesien und Tansania investiert.[46] Die Herausforderung für Governance ist hier, sozialverträgliche Investitionen zu operationalisieren, geeignete Bezugsgrößen festzulegen und einen leichteren Zugang für Staatsfonds zu Investitionen mit starken Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung zu gewähren.[47]

Die Institutionen des Südens, von der BRICS-Bank über die Chiang-Mai-Initiative Multilateralization bis hin zur Afrikanischen Union, verfügen über ein erhebliches Potenzial, auf internationale Governance einzuwirken. Gemeinsames Handeln bedarf einer gemeinsamen Perspektive. Die Prämisse dieser Vision darf nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Die Weiterverbreitung regionaler und anderer Übereinkommen zeigt jedoch, dass Regierungen den Nutzen kollektiver Entwicklung erkennen und ein Bekenntnis dazu abgeben.

Eine neue Südkommission?

Im Jahr 1987 gründeten führende Mitglieder der Bewegung der blockfreien Staaten die Südkommission, um Grundsatzoptionen und mögliche Bereiche der Zusammenarbeit für die Länder des Südens zu erkunden. Ihr 1990 erschienener Abschlussbericht, *The Challenge to the South,* der unter der Führung von Julius Nyerere, dem damaligen Präsidenten von Tansania, und dem Volkswirt Manmohan Singh, dem späteren Premierminister von Indien, erstellt wurde, war eine bahnbrechende und vorausschauende Analyse.[48] Der Bericht benannte den Klimawandel als Priorität und hob weitere Herausforderungen hervor, die sich auch heute noch hartnäckig gehalten haben, wie Armut, soziale Exklusion und die sich immer weiter öffnende Kluft zwischen Reich und Arm.[49] Ebenso wichtig war, dass die Südkommission die damals neu entstehenden Möglichkeiten einer stärkeren Süd-Süd-Zusammenarbeit bezüglich Hilfe, Handel und anderen Aspekten internationaler Politikgestaltung einer genauen Betrachtung unterzog.

Die Welt und mit ihr der Süden haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten von Grund auf gewandelt. Der Süden des 21. Jahrhunderts wird von rasch wachsenden Volkswirtschaften angeführt, die über Devisenreserven in Billio-

nen-Dollar-Höhe verfügen sowie über weitere Billionen, die sie im Ausland investieren. Einige Unternehmen des Südens zählen zu den größten der Welt. Nie gab es mehr Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln, doch darf nicht davon ausgegangen werden, dass man sich darüber einig ist. Die Institutionen der Süd-Süd-Zusammenarbeit – die Gruppe der 77, die Bewegung der blockfreien Staaten und die Südgipfel – wurden im Schmelztiegel der Entkolonialisierung geformt; dies ließ starke politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bindungen zwischen den Schwellenländern unter den Entwicklungsländern entstehen. Diese prägende Erfahrung wird der gegenwärtigen Generation zunehmend fremder, und die Verpflichtung des Südens zur Solidarität, die der älteren Generation als selbstverständlich erschien, weicht nun in vielen Fällen der Verfolgung rein nationaler Interessen.

Die neuen Realitäten des 21. Jahrhunderts machen es erforderlich, diese Problematik und auch die von den Ländern des Südens geführten Institutionen neu anzugehen. Eine neue Südkommission, die an das Vermächtnis der ersten Kommission anknüpft, aber auch die Stärken und Bedürfnisse des heutigen Südens widerspiegelt, könnte eine neue Sichtweise bieten, die auf der Erkenntnis beruht, wie die Vielfalt des Südens eine treibende Kraft sein kann für eine neue Art von Solidarität, die danach strebt, den Fortschritt der menschlichen Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus zu beschleunigen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb des Südens und die gegenseitigen Vorteile einer Kooperation werden vermutlich weitere Anreize für die Einrichtung eines solchen Gremiums bieten.

Fazit: Partner in einem neuen Zeitalter

Der Aufstieg des Südens hat die Welt in gewissem Maße unvorbereitet getroffen. Zuvor herrschte die – wiewohl unausgesprochene – Annahme, dass die Entwicklungsländer sich zwar laufend den Standards der menschlichen Entwicklung in den Industriestaaten annähern würden (man bezeichnet das als „Konvergenz“), dass aber die Industrieländer in einer starken, führenden Position bleiben würden. In vielerlei Hinsicht ist das immer noch der Fall: Die durchschnittlichen HDI-Werte sind in vielen Ländern des Südens erheblich niedriger. Womit die Welt jedoch nicht gerechnet hatte, ist, dass die Länder des Südens selbst auf einem geringeren Niveau der menschlichen Entwicklung inzwischen zu gewichtigen Akteuren auf der Weltbühne geworden sind, die über die finanziellen Mittel und die politische Schlagkraft verfügen, um die internationale Entscheidungsfindung beeinflussen zu können.

Dies hatte sich bereits zu Beginn des 21. Jahrhunderts abgezeichnet, als China und andere Schwellenländer riesige Reserven anhäuften, die sie in US-Staatsanleihen anlegten und damit im Grunde den US-Dollar stützten. Doch nach 2008, im Gefolge der Bankenkrise und der darauffolgenden wirtschaftlichen Erschütterungen, die etliche der reicheren Länder in die Rezession stürzten und eine der wichtigsten Währungen der Welt in ihrem Überleben bedrohten, spitzte sich die Situation erst recht zu. Nun sind es die Länder des Nordens, die auf die Länder des Südens bauen, dass diese die Weltwirtschaft am Laufen halten.

Im Endeffekt braucht jede der beiden Ländergruppen die andere mehr denn je. Der Norden braucht die hochdynamischen Länder des Südens, um die Nachfrage nach exportierten Waren und Dienstleistungen aufrechtzuerhalten, besonders da eine ganze Reihe seiner eigenen Volkswirtschaften und Gesellschaften durch harte Sparprogramme geschwächt sind. Der Süden wiederum braucht den Norden nicht nur als einen reifen Markt, sondern auch als Quelle von Innovationen und komplexen Technologien.

Am Aufstieg des Südens lässt sich erkennen, dass die Welt heute weitläufiger ist und viel mehr Querverbindungen bestehen. Eine Folge davon ist, dass die Entwicklungsländer nicht mehr im Norden nach Inspiration für angemessene Entwicklungsmodelle suchen, sondern eher bei ihresgleichen im Süden. Dort bekommen sie kein steriles Menü von ideologischen Wahlmöglichkeiten vorgesetzt, sondern sie können sich genau anschauen, was sich unter welchen Umständen als praktikabel erwiesen hat, und dann die Instrumente auswählen, die als am besten geeignet erscheinen. In Kapitel 3

Die Entwicklungsländer suchen nicht mehr im Norden nach Inspiration für angemessene Entwicklungsmodelle, sondern eher bei ihresgleichen im Süden

wurden Beispiele für Programme und politische Maßnahmen aufgeführt, mit denen es gelungen ist, die menschliche Entwicklung in Schwellenländern des Südens zu verbessern, von Investitionen in öffentliche Gesundheit und Bildung bis hin zu an Bedingungen geknüpfte Transferzahlungsprogramme an Arme. Durch derartige Beispiele können ähnliche Maßnahmen in anderen Ländern angeregt werden, jedoch nur, wenn ein Verständnis der spezifischen nationalen Gegebenheiten, Institutionen und Bedürfnisse vorhanden ist.

Die Länder des Südens haben ihre eigenen Ideen und Energien genutzt, um neuen Schwung in die menschliche Entwicklung zu bringen

Dieser Bericht hat kurz einige der Faktoren dargestellt, die die Entwicklung am wirkungsvollsten vorantreiben: einen proaktiven Entwicklungsstaat, die Fähigkeit, globale Märkte zu erschließen sowie die Propagierung von sozialer Inklusion und einer breit angelegten menschlichen Entwicklung. Jeder einzelne dieser Faktoren beinhaltet zahlreiche Wahlmöglichkeiten, doch Patentrezepte gibt es nicht. Was in einem Land funktioniert hat, hätte vielleicht in einem anderen kaum eine Chance auf Erfolg.

Gleichwohl haben die erfolgreichsten Länder gezeigt, dass innovative und manchmal auch zunächst widersinnig erscheinende Optionen praktikabel sein können. Es mag unnötig erscheinen, Eltern dafür zu bezahlen, dass sie ihre Kinder in Gesundheitskliniken bringen, doch wie das Beispiel Mexiko veranschaulicht, kann es dadurch gelingen, die Gesundheit von Kindern zu verbessern; die an Bedingungen geknüpften Transferzahlungsprogramme des Landes sind auf der ganzen Welt mit Interesse aufgenommen worden. In ähnlicher Weise ist es alles andere als abwegig, dass Menschen in Kenia und den Philippinen, die noch nie zuvor ein eigenes Bankkonto hatten und oft weit weg von der nächsten Bankfiliale leben, ein Mobiltelefon für ihre Bankgeschäfte nutzen.

Somit haben die Länder des Südens ihre eigenen Ideen und Energien genutzt, um neuen Schwung in die menschliche Entwicklung zu bringen. In einem in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hochkomplexen globalen Umfeld ist es allerdings denkbar, dass diese Dynamik doch keine nachhaltigen Ergebnisse liefert. Schon jetzt gibt es Anzeichen zunehmender Ungleichheit und enttäuschter Erwartungen, die zu einem gewaltsamen sozialen Konflikt führen könnten. Und es bestehen ernste Sorgen, dass der Raubbau an den globalen Ressourcen in Verbindung mit den Auswirkungen des Klimawandels die Erde für künftige Generationen unbewohnbar machen könnte.

Deshalb hat dieser Bericht auch das Hauptaugenmerk auf die Dinge gelegt, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die menschliche Entwicklung in einer sowohl produktiven als auch nachhaltigen Weise voranschreitet. Dazu gehören Maßnahmen, die auf mehr Gerechtigkeit durch Mitbestimmung und Partizipation, die Eindämmung von Umweltbelastungen und die Steuerung des demografischen Wandels abzielen.

Die Bewältigung dieser Probleme wird sowohl den Regierungen der einzelnen Staaten als auch der Zivilgesellschaft einiges an Geschick und Engagement abverlangen. Wie in diesem Kapitel erörtert wurde, wird sie auch eine sehr viel fruchtbarere globale Kooperation zwischen nationalen Regierungen, internationalen Organisationen und einer im Entstehen begriffenen globalen Zivilgesellschaft erfordern, während diese sich zu neuen Modellen von gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit vorantasten. Einige dieser Modelle werden die Umgestaltung bestehender Institutionen beinhalten, um dem neuen globalen Kräftegleichgewicht gerecht zu werden. Andere können alle möglichen neuen institutionellen Formen annehmen.

All dies kann die Grundprinzipien der menschlichen Entwicklung nicht erschüttern. Wie stets ist das Ziel, Wahlmöglichkeiten und Kompetenzen für alle zu erweitern, gleich wo sie leben. Viele Länder des Südens haben bereits gezeigt, was getan werden kann, doch sie sind erst einen Teil des Weges gegangen. Für die nächsten Jahre kommt dieser Bericht zu fünf allgemeinen Schlussfolgerungen.

Die zunehmende Wirtschaftskraft des Südens muss mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zur menschlichen Entwicklung einhergehen

Investitionen in die menschliche Entwicklung sind nicht nur aus moralischen Gründen gerechtfertigt. Für sie spricht auch, dass in einer

stärker wettbewerbsorientierten und dynamischen Weltwirtschaft bessere Gesundheit, Bildung und soziale Wohlfahrt ein Schlüssel zum Erfolg sind. Solche Investitionen sollten insbesondere die Armen in den Blick nehmen, indem sie ihre Marktanbindung fördern und ihre Chancen zur Existenzsicherung erhöhen. Armut ist ungerecht, und diese Ungerechtigkeit kann und muss durch entschlossenes Handeln beseitigt werden. Es sind ausreichend globale Ressourcen vorhanden, um dieses Ziel erreichen zu können – wenn sie nur zu diesem Zweck eingesetzt würden.

Gute Politikgestaltung bedeutet, den Schwerpunkt nicht nur auf die Ausweitung der individuellen Verwirklichungschancen, sondern auch auf die Stärkung der gesellschaftlichen Kapazitäten zu legen. Der einzelne Mensch agiert im Rahmen gesellschaftlicher Institutionen, die sein Entwicklungspotenzial einengen oder stärken können. Eine Politik, deren Ziel die Änderung einschränkender sozialer Normen ist, wie etwa Geschlechterdiskriminierung, Frühehen und Mitgiftforderungen, eröffnet allen Individuen die Chance, ihr menschliches Potenzial in vollem Umfang zu verwirklichen. Wie dieser Bericht herausstreicht, ist eine Konsequenz aus dem Aufstieg des Südens, dass die meisten Länder inzwischen mehr politischen und finanziellen Spielraum haben, um sich kühne Ziele setzen zu können – die Armut zu beseitigen, für ein Bekenntnis zur Vollbeschäftigung einzutreten und Neuerungen im Sinne eines kohlenstoffarmen Entwicklungsweges einzuführen. Eine größere Zahl von Ländern ist inzwischen frei von Belastungen durch die Konditionalitäten, die oft an internationale Hilfe und Ressourcentransfers gekoppelt sind, und der jüngste Anstieg der Rohstoffpreise hat den langen Rückgang der Terms of Trade, dem sich viele Primärgüterproduzenten gegenübersahen, umgekehrt.[50] Das so entstehende Ressourcenpolster kann von Regierungen, die entschlossen sind, dem „Ressourcenfluch" zu entgehen, in einer Weise eingesetzt werden, die der nationalen menschlichen Entwicklung förderlich ist.

Die in Kapitel 4 vorgestellten Prognosen untermauern diese Aussage. Sie zeigen, dass es mittels eines klaren Bekenntnisses zur menschlichen Entwicklung und einer umsichtigen makroökonomischen Politik möglich ist, die Armut in Afrika südlich der Sahara drastisch zu reduzieren – in einer Region, in der laut Basisszenarien künftig die Zahl der Armen wahrscheinlich noch weiter ansteigen wird, da das Wirtschaftswachstum nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten kann.

Weniger entwickelte Länder können aus den Erfolgen der aufstrebenden Volkswirtschaften des Südens lernen und davon profitieren

Die beispiellose Akkumulation von Finanzreserven und Staatsfonds sowohl im Süden (6,8 Billionen US-Dollar) als auch im Norden (3,3 Billionen US-Dollar) bietet die Gelegenheit, breit angelegte Fortschritte zu forcieren. Schon ein kleiner Teil dieser Mittel könnte eine große Wirkung erzielen, wenn er für die menschliche Entwicklung und die Beseitigung der Armut zur Verfügung gestellt würde. Wie bereits erwähnt, könnten die öffentlichen Investitionen in Südasien und Afrika südlich der Sahara auf 11,7 Prozent des BIP gesteigert werden, wenn einige der größten Volkswirtschaften im Süden nur drei Prozent ihrer internationalen Reserven einsetzen würden.

Gleichzeitig können der Süd-Süd-Handel und Investitionsströme die Auslandsmärkte auf neue Weise nutzbar machen, wie beispielsweise durch die Einbeziehung in regionale und globale Wertschöpfungsketten, was die Verbreitung von Ideen und Technologien erleichtern würde. Insbesondere der boomende Süd-Süd-Handel und Investitionen können die Grundlage für eine Verlagerung von Fertigungskapazitäten in andere, weniger entwickelte Regionen und Länder schaffen. Die jüngsten chinesischen und indischen Joint Ventures und Investitionen in Startup-Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Afrika bilden womöglich nur den Auftakt zu einer breiter angelegten Investitionsoffensive. Das Potenzial dafür ist jedenfalls vorhanden, und um es in vollem Umfang nutzen zu können, können neue und innovative Institutionen vonnöten sein. Internationale Produktionsnetzwerke eröffnen Chancen zur Beschleunigung des Entwicklungsprozesses, indem sie den Ländern ermöglichen, nach Bedarf auf weiter entwickelte Fertigungsstandorte zurückzugreifen und gleichzeitig als zusätzlichen

Gute Politikgestaltung bedeutet, den Schwerpunkt nicht nur auf die Ausweitung der individuellen Verwirklichungschancen, sondern auch auf die Stärkung der gesellschaftlichen Kapazitäten zu legen

Vorteil Schutz gegen die Unwägbarkeiten von Wechselkursschwankungen bieten.

Auch die Entwicklungszusammenarbeit und der Technologietransfer zwischen den Ländern des Südens bergen ein riesiges Potenzial zur Förderung der menschlichen Entwicklung. Bei Technologietransfers aus dem Norden sind aufgrund der unterschiedlich hohen Absorptionsfähigkeit meist aufwendige Anpassungen erforderlich, während Technologietransfers der südlichen Länder untereinander eher nur geringe Anpassungen nötig machen, da sie angepasstere Technologien und Produkte beinhalten. Die wachsenden Märkte in den Entwicklungsländern eröffnen Unternehmen im Süden die Möglichkeit zur Massenvermarktung innovativer und bezahlbarer Versionen von Standardprodukten wie beispielsweise Nahrungsmitteln, Bekleidung, Haushaltsgeräten und Kraftfahrzeugen. Zudem könnte der rasante Preisverfall von Kapitalgütern, der durch den von China und Indien angeführten intensiven globalen Konkurrenzkampf verursacht wird, in vielen Entwicklungsländern durchaus dazu führen, dass mehr Produktionskapazitäten im verarbeitenden Gewerbe geschaffen werden. Eine derartige Produktion könnte an das Einkommensniveau und den Geschmack der lokalen Verbraucher angepasst werden. Diese Dynamik birgt die Chance, dass Arme Zugang zu Konsumgütern erhalten, während Innovatoren Arbeitsplätze schaffen und Produktionskompetenzen entwickeln.

Die Grundlagen für starke regionale Institutionen sind bereits vorhanden, es kann aber noch mehr getan werden, um diese Beziehungen zu forcieren und zu vertiefen und ihre Inklusivität zu gewährleisten

Neue Institutionen und neue Partnerschaften können die regionale Integration und die Süd-Süd-Beziehungen begünstigen

Neue Institutionen und Partnerschaften können Ländern dabei helfen, Wissen, Erfahrungen und Technologie miteinander auszutauschen.

In den Bereichen Finanzierung und Entwicklungshilfe bemüht sich der Süden bereits aktiv um die Einrichtung regionaler Governance-Institutionen. Regionale Alternativen zum IWF wie zum Beispiel die Chiang-Mai-Initiative Multilateralization und der Lateinamerikanische Reservefonds haben einen politischen Spielraum geschaffen, durch den die betroffenen Länder ihren Problemen mit der Zahlungsbilanz und kurzfristigen Liquiditätsschwierigkeiten begegnen, gleichzeitig aber auch ihre nationalen Prioritäten wahren können.

Die Grundlagen für starke regionale Institutionen sind bereits vorhanden, es kann aber noch mehr getan werden, um diese Beziehungen zu forcieren und zu vertiefen und ihre Inklusivität zu gewährleisten. Da die wohlhabenden Länder ihre Hilfen gekürzt haben, um die Probleme im eigenen Land anzugehen, verschaffen regionale Entwicklungsbanken und bilaterale Hilfebeziehungen zusätzliche Mittelquellen für Entwicklungsprojekte. Diese neuen Hilfemechanismen sind außerdem eher pragmatisch als ideologisch orientiert. Infrastruktur-Entwicklungsbanken zum Beispiel bieten neue Möglichkeiten der Entwicklungsfinanzierung. Die BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – haben eine eigene Entwicklungsbank vorgeschlagen, um ihre beträchtlichen Reserven zur Finanzierung von Projekten quer durch alle Entwicklungsländer zu mobilisieren. Ein wichtiger Verwendungszweck für derartige Reserven wäre der Auf- und Ausbau von Infrastruktur.

Der Handel mit anderen Entwicklungsländern macht inzwischen den Großteil der Exporte von Waren und Industrieerzeugnissen aus Entwicklungsländern aus, und diese Exporte werden immer qualifikations- und technologieintensiver. Es werden nun tragfähigere Institutionen benötigt, um diesen Süd-Süd-Handel und Investitionsverbindungen zu erleichtern. Ein verstärkter Süd-Süd-Handel im Verbund mit Investitionen kann die Anfälligkeit gegenüber Wirtschaftsabschwüngen im Norden verringern und Möglichkeiten eröffnen, die Auslandsmärkte auf neue Weise nutzbar zu machen.

Die regionalen Handels- und Investitionsbeziehungen könnten weiterhin gestärkt werden, indem man Transit-, Transport- und Zollverfahren strafft, Regulierungssysteme harmonisiert, in die regionale Verkehrsinfrastruktur investiert und die Zölle im Süd-Süd-Handel mit Endprodukten senkt. Schätzungen zufolge ließen sich durch die Senkung dieser Zölle kollektive Zugewinne in Höhe von 59 Milliarden US-Dollar für die Volkswirtschaften des Südens erzielen.[51]

Eine neue Südkommission für das frühe 21. Jahrhundert könnte dazu beitragen, eine neue Sichtweise auf die Frage zu erhalten, wie die Stärke und Vielfalt des Südens zu einer globalen Kraft für solidarische Entwicklung werden kann. Die wichtigsten Voraussetzungen dafür sind gegeben: Unterschiedliche Vermögensverhältnisse bieten eine Grundlage für verstärkten Austausch, vielfältige Erfahrungen sind reif, mitgeteilt zu werden; neue grenzüberschreitende Partnerschaften können auf den Weltmärkten konkurrieren und vor allem kann die Anerkennung und Umsetzung von Win-Win-Strategien neue Formen der Süd-Süd-Zusammenarbeit anregen.

Durch eine bessere Repräsentation des Südens und der Zivilgesellschaft können schnellere Fortschritte bei wichtigen globalen Problemen erzielt werden

Der Aufstieg des Südens führt zu einer größeren Vielfalt der Akteure auf der globalen Bühne. Dies bietet die Chance, Governance-Institutionen aufzubauen, in denen alle maßgeblichen Gruppen umfassend vertreten sind und in denen diese Vielfalt in produktiver Weise zur Lösung der Weltprobleme eingesetzt wird. Die internationalen Organisationen brauchen neue Leitsätze, die die Erfahrungen des Südens mit einbeziehen. Von den G-20 werden ihre Erfahrungen bereits einbezogen, doch die Länder des Südens müssen darüber hinaus gleichberechtigter in den Bretton-Woods-Institutionen, den Vereinten Nationen und anderen internationalen Institutionen vertreten sein.

Die aktive Zivilgesellschaft und die sozialen Bewegungen bedienen sich auf nationaler und transnationaler Ebene der Medien, um ihren Forderungen nach einer gerechten und fairen Governance stärker Gehör zu verschaffen. Die Ausbreitung dieser Bewegungen und die Zunahme der Plattformen zur Artikulierung wichtiger Botschaften und Forderungen stellen die Governance-Institutionen vor die Notwendigkeit, demokratischere und inklusivere Grundsätze einzuführen. Ganz allgemein muss eine gerechtere und weniger ungleiche Welt Raum bieten für eine Vielfalt von Stimmen und ein System des öffentlichen Diskurses.

Der Aufstieg des Südens bietet neue Möglichkeiten für die Vergrößerung des Angebots an öffentlichen Gütern

Eine zukunftsfähige Welt braucht eine bessere Governance, aber auch eine höhere Verfügbarkeit globaler öffentlicher Güter. Anzahl und Dringlichkeit der globalen Probleme nehmen ständig zu, von der Eindämmung des Klimawandels und der internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Instabilität bis zur Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Kernwaffen. Diese Probleme erfordern eine globale Antwort. Dennoch ist in vielen Bereichen die internationale Zusammenarbeit immer noch langsam und zeitweise gefährlich zögerlich. Der Aufstieg des Südens bietet neue Chancen für eine wirksamere Versorgung mit globalen öffentlichen Gütern und für die Überwindung der aktuellen Pattsituationen bei zahlreichen globalen Fragen.

Die Eigenschaften „öffentlich“ oder „privat“ sind in den meisten Fällen keine ureigenen Attribute eines öffentlichen Gutes, sondern gesellschaftliche Konstrukte. Von daher sind sie Ergebnis einer politischen Entscheidung. Nationale Regierungen können sich einschalten, wenn auf einzelstaatlicher Ebene eine Unterversorgung besteht, doch wenn sich globale Herausforderungen stellen, ist eine internationale Zusammenarbeit erforderlich und kann nur durch das freiwillige Handeln vieler Regierungen zustande kommen. Angesichts der Vielzahl drängender Probleme sind Fortschritte bei der Entscheidung darüber, was auf öffentlicher und was auf privater Ebene zu regeln ist, nur zu erreichen, wenn Personen und Institutionen eine starke und engagierte Führungsrolle übernehmen.

* * *

Der Aufstieg des Südens ist im Grunde genommen die Geschichte des raschen Wandels, den die Entwicklungsländer durchgemacht haben, und der tiefgreifenden Auswirkungen, die er auf vielfältige Facetten der menschlichen Entwicklung hat. Globale Diskussionen dieses Phänomens haben bislang fast ausschließlich das Wirtschaftswachstum in den größten Entwicklungsländern in den

Ganz allgemein muss eine gerechtere und weniger ungleiche Welt Raum bieten für eine Vielfalt von Stimmen und ein System des öffentlichen Diskurses

Mittelpunkt gestellt. Dieser Bericht blickt durch die Brille der menschlichen Entwicklung, um eine breitere Perspektive zu gewinnen. Er zeigt auf, dass die Auswirkungen breit gefächert sind, sowohl aufgrund der großen Zahl von Entwicklungsländern, die davon betroffen sind, als auch deshalb, weil die ständig zunehmenden globalen Herausforderungen und Möglichkeiten – von ökologischer Nachhaltigkeit und Fairness bis hin zur Beseitigung der Armut und der Reform globaler Institutionen – stark miteinander verflochten sind. Der Wandel – angetrieben durch das Zusammenspiel mit der übrigen Welt, das durch Handel, Reisen und Telekommunikation in einer Weise erfolgt, wie es früher nicht möglich war – vollzieht sich in einem nie gekannten Tempo und Ausmaß.

Die sich rasch weiterentwickelnden Entwicklungsländer beschreiten eigenständige, deutlich unterscheidbare Entwicklungspfade. Sie haben jedoch wichtige Merkmale gemeinsam, darunter die klare Führungsrolle der Regierungen, offene Verflechtungen mit der Weltwirtschaft und eine innovative Sozialpolitik, die den Erfordernissen der menschlichen Entwicklung im eigenen Land begegnet. Sie sehen sich auch vielfach den gleichen Herausforderungen gegenüber, von sozialen Ungleichheiten bis hin zu Umweltgefahren. Und sie haben mit zunehmender Autonomie ihre eigenen innenpolitischen Ansätze entwickelt, aus ihren eigenen souveränen nationalen Gründen, ohne die Einschränkungen, die mit einer erzwungenen Konditionalität oder von außen aufoktroyierten Modellen verbunden sind.

Der Fortschritt des Südens wird durch gegenseitige Verbindungen mit Industrieländern und immer stärker auch mit anderen Entwicklungsländern vorangetrieben. Es ist sogar so, dass der wirtschaftliche Austausch sich rascher „horizontal“ – auf einer Süd-Süd-Basis – ausbreitet als auf der traditionellen Nord-Süd-Schiene. Die Menschen tauschen sich durch neue Kommunikationskanäle über ihre Ideen und Erfahrungen aus und nehmen Regierungen, aber auch internationale Institutionen verstärkt in die Verantwortung. Erstmals seit Jahrhunderten kurbelt der Süden als Ganzes das globale Wirtschaftswachstum und den gesellschaftlichen Wandel an. Der Süden braucht zwar immer noch den Norden, doch der Norden braucht zunehmend auch den Süden.

Erstmals seit Jahrhunderten kurbelt der Süden als Ganzes das globale Wirtschaftswachstum und den gesellschaftlichen Wandel an. Der Süden braucht zwar immer noch den Norden, doch der Norden braucht zunehmend auch den Süden

Endnoten

Überblick

1 Atsmon und andere 2012.
2 Samake und Yang 2011.
3 Die demografische Dividende gilt als Zeitfenster für zusätzliches Wirtschaftswachstum aufgrund des steigenden Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Sinkt im Rahmen des demografischen Übergangs die Fertilität, geht die Zahl der Kinder zurück, während der Anteil der Erwerbsbevölkerung zunimmt, mit dem Ergebnis eines niedrigeren Abhängigkeitsquotienten. Das betreffende Land kann sich dann die Vorteile der mit einem niedrigeren Anteil abhängiger Personen verbundenen höheren Produktionskapazität zunutze machen. Bei anhaltendem Rückgang der Fertilität steigt der Abhängigkeitsquotient jedoch schließlich wieder an, weil der Anteil der Arbeitnehmer im Ruhestand steigt.

Einführung

1 Laut Weltbank (2012a) betrug 2009 die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BIP in den Hocheinkommensländern, die der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angehören, -3,9 Prozent, verglichen mit 7,5 Prozent in Ostasien und Pazifik, 7,4 Prozent in Südasien, 3,6 Prozent im Nahen Osten und Nordafrika und 2,1 Prozent in Afrika südlich der Sahara.
2 Nach Maddison (2010) stieg das BIP pro Kopf (in internationalen Dollar) im Vereinigten Königreich zwischen 1700 und 1850 von 1250 auf 2330 Dollar, in den Vereinigten Staaten zwischen 1820 und 1870 von 1257 auf 2445 Dollar.
3 Atsmon und andere 2012.
4 Neben höheren Stimmanteilen und der Besetzung hochrangiger Posten in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds übernahm der Süden in den letzten Jahren Führungspositionen in der Welthandelsorganisation, der Weltorganisation für geistiges Eigentum, der Internationalen Arbeitsorganisation und der Weltgesundheitsorganisation.
5 Chen und Ravallion (2012), unter Verwendung der Armutsgrenze von 1,25 Dollar pro Tag.
6 1990 lag beispielsweise der HDI Ugandas bei 0,306 und damit ähnlich hoch wie der HDI von Benin, Gambia und der Zentralafrikanischen Republik. Bis 2012 stieg der HDI-Wert Ugandas auf 0,456, ein substanzieller Fortschritt im Vergleich zu den anderen Ländern der Ausgangsgruppe (und mit 95 Prozent statistisch signifikant). Benin verzeichnete einen Anstieg von 0,314 auf 0,436, Gambia von 0,323 auf 0,439 und die Zentralafrikanische Republik von 0,312 auf 0,352.
7 Gemessen in Kaufkraftparitäten, der Standardmethode zur Berechnung von BIP und BNE in den *Berichten über die menschliche Entwicklung*.
8 Japan wurde in den historischen Langzeitvergleich zwischen den anderen G7-Volkswirtschaften und Brasilien, China und Indien nicht einbezogen, weil seine Industrialisierung erst im späten 19. Jahrhundert einsetzte und das Land erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als wirtschaftliche Großmacht auftrat.
9 In laufenden US-Dollar.
10 Anteil der Bevölkerung, die laut Weltbank (2012a) im Jahr 2005 mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag (in Kaufkraftparitäten) lebte.
11 Die Schätzungen beziehen sich auf die Jahre zwischen 2002 und 2011.
12 Für die verwendeten Messgrößen – Lebenserwartung und durchschnittliche Schulbesuchsdauer – bestehen Obergrenzen, denen sich die Entwicklungsländer tendenziell annähern. Für das Einkommen gibt es keine obere Konvergenzschwelle.
13 Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Brookings Institution (2012). Die Mittelschicht umfasst Personen, die pro Tag 10 bis 100 Dollar (in Kaufkraftparitäten von 2005) verdienen oder ausgeben.
14 Dobbs und andere 2012. Ali und Dadush (2012), die den Besitz eines Autos stellvertretend für die Zugehörigkeit zur Mittelschicht heranziehen, gehen davon aus, dass die Mittelschicht in den der G20 angehörenden Entwicklungsländern bis zu 600 Millionen Menschen umfasst. Diese Zahl liegt um fast 50 Prozent höher als die frühere Schätzung von Milanovic und Yitzhaki (2002), die als Kriterium für die Zugehörigkeit zur Mittelschicht einen Verdienst zwischen 10 und 50 Dollar pro Tag (gemessen in Kaufkraftparitäten) ansetzten.
15 UNDP 2009; World Bank 2010a.
16 UNCTAD 2010.
17 Zuckerberg 2012.
18 Estevadeordal, Frantz und Taylor (2003); die Außenhandelsquote ist die Summe der Ausfuhren und Einfuhren von Gütern und Dienstleistungen geteilt durch die wirtschaftliche Gesamtleistung.
19 Die aktuelle Handelsquote ist ein Fünfjahresdurchschnitt des Zeitraums 2006 bis 2010, bereitgestellt durch die Weltbank (2012a).
20 Hamdani 2012.
21 Heilmann 2008.
22 United Nations 2012a.
23 United Nations 2012a.
24 Auf der Grundlage von Daten für 2005 bis 2008 von Kharas, Makino und Jung (2011) und einer Extrapolation für die Zeit danach.

Kapitel 1

1 Bei Betrachtung des Nominalwerts. Gemessen in Kaufkraftparitäten beträgt der Anteil etwa 46 Prozent.
2 IMF 2011b.
3 Iley und Lewis (2011); siehe auch IMF (2011b).
4 Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu allgemeinen Staatsausgaben für Sozialschutz, die zeigen, dass manche Industrieländer einschließlich Australien, Dänemark, Norwegen und Österreich zwischen 2007 und 2010 die Sozialschutzausgaben erhöhten.
5 In manchen Ländern mit einem hohen Schuldenstand (wie Griechenland, Italien und Japan) verschärfte sich die Krise am Hypothekenmarkt zu einer Staatsschuldenkrise, die wenig finanzpolitischen Spielraum lässt, die Konsolidierung der Staatsfinanzen hinauszuschieben. Holland und Portes (2012) vermuten, dass unter den gegenwärtigen Umständen in der Europäischen Union die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die in normalen Zeiten die Schuldenquoten senken würde, 2013 in der Region mit Ausnahme von Irland wahrscheinlich zu höheren Schuldenquoten führen wird.
6 Guajardo, Leigh und Pescatori 2011.
7 ILO 2012.
8 Sen 2012.
9 Keynes 1937.
10 ILO 2012.
11 Während der gesamten Krise wurden in Bezug auf die ergriffenen Maßnahmen (wie Konsolidierung der Staatsfinanzen und gelockerte Geldpolitik) ihre beschränkte Wirkung, ihre Sekundäreffekte und ihr Übergangscharakter kritisiert. In manchen Ländern haben diese Maßnahmen zu einer Schrumpfung der Wirtschaft geführt, in anderen die kurzfristigen Zinsen in die Nähe von null Prozent gedrückt. Sie bergen die Gefahr, neue Wertpapierblasen entstehen zu lassen und Inflationsdruck in die Länder des Südens zu exportieren. Weitere Ausführungen hierzute 11-12).
12 Der IWF weist darauf hin, dass „gemessen in Kaufkraftparitäten auf Schwellenländer und Entwicklungsländer etwa die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung und zwei Drittel des globalen Wachstums entfallen". IMF (2011b, Seite 29). Er behauptet des Weiteren, dass der Anteil der Schwellenländer und der Entwicklungsländer (gemessen nicht wie das BIP in Kaufkraftparitäten, sondern als Konsum in konstanten US-Dollar) groß genug ist, um zusammen mit dem Konsum in den Vereinigten Staaten (oder in Europa) den niedrigeren Konsumbeitrag der fortgeschrittenen Volkswirtschaften auszugleichen, auch wenn er für sich genommen dazu noch nicht ausreicht.
13 Berechnungen des HDR-Büros zeigen, dass staatliche Investitionen in Gesundheit und Bildung für so unterschiedliche Länder wie China und die Vereinigten Staaten auf lange Sicht von Nutzen waren (siehe Kapitel 3 für nähere Details).
14 Konkret das Verhältnis zwischen dem BNE pro Kopf der Seychellen (22.615 US-Dollar) und der Demokratischen Republik Kongo (319 US-Dollar).
15 Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Burd, Sharp und Lewis (2010).
16 Diese Unausgewogenheiten haben die gleiche Größenordnung wie die Unausgewogenheit der HDI-Werte von beispielsweise Mexiko (0,78) oder Ecuador (0,72) auf der einen und Nigeria, dem Senegal oder Mauretanien (0,47) auf der anderen Seite. Subnationale HDI-Werte sind nicht unmittelbar mit nationalen HDI-Werten vergleichbar, weil ihnen unterschiedliche Indikatoren und Jahre zugrunde liegen.
17 Diese Unausgewogenheiten haben eine ähnliche Größenordnung wie die Unausgewogenheit zwischen den HDI-Werten von Belgien (0,90) auf der einen und Honduras oder Kiribati (0,63) auf der anderen Seite.
18 Auf der Grundlage eines Vergleichs von Daten aus einem balancierten Panel und Daten aus World Bank (2012a).

19 Weil Einkommen eine Stromgröße ist und Bildungs- sowie Gesundheitsergebnisse Bestandsgrößen sind, kann bisweilen eine positive Differenz zwischen dem Pro-Kopf-BNE und dem HDI-Rang auftreten, wenn ein Land Entwicklungsfortschritte erzielt hat, aber sein Einkommen kurzfristig sinkt (wie in Simbabwe).
20 United Nations 2012a.
21 World Bank 2012a.
22 United Nations Enable 2012.
23 Sen 2007.
24 Smith 1776.
25 UNDP 2011a.
26 Die Schätzungen beziehen sich auf Jahre zwischen 2002 und 2011.
27 World Bank 2012b.
28 Siehe beispielsweise Wilkinson und Pickett (2009).
29 Ungleichheit bei den Komponenten des HDI wird gemessen mit dem Index der Ungleichheit von Atkinson, der Ungleichheit in Bezug auf die Verteilung innerhalb von Gruppen und gruppenübergreifend einheitlich berücksichtigt. Außerdem wird dabei größeres Gewicht auf das untere Ende der Verteilung gelegt, sodass Kindersterblichkeit, Analphabetentum und Einkommensarmut besser berücksichtigt werden als beim Gini-Koeffizienten.
30 In OECD (2011b) wird gezeigt, dass im Kontext von Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Bereitstellung von Gesundheitsversorgung, Bildung, und akzeptablen Lebensstandards wichtige direkte und indirekte Umverteilungseffekte hat, insbesondere zugunsten von Bevölkerungsgruppen mit hohem Armutsrisiko. Aus einer Reihe von öffentlichen Dienstleistungen tragen Gesundheit und Bildung bei Weitem am meisten zur Verringerung von Ungleichheit bei.
31 Anand und Segal 2008.
32 Sala-i-Martin 2006. Er verwendet das nach Bevölkerung gewichtete Pro-Kopf-BIP zur Berechnung des Mittelwerts von Verteilungen auf der Landesebene und erhält die Streuung um jeden Mittelwert aus Mikroerhebungen. Nach Schätzungen einer Einkommensverteilung für jedes Land und Jahr errechnet er die Einkommensverteilung auf der Welt durch Integration aller Landesverteilungen.
33 Milanovic 2009.
34 Bourguignon und Morrisson 2002.
35 Der Oberste Gerichtshof in Indien bestätigte kürzlich eine Anordnung der Regierung dahingehend, dass private Schulen ein Viertel ihrer Plätze unterprivilegierten Kindern anbieten müssen – eine Maßnahme mit dem Potenzial, die wirtschaftliche Segregation beim Zugang zu Bildung substanziell zu verringern.
36 Auf der Grundlage von 78 Ländern, für die der GII verfügbar ist.
37 China (1,18), Aserbaidschan (1,15), Armenien (1,14), Georgien (1,11), Republik Korea (1,10), Salomonen (1,09), Indien (1,08), ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (1,08), Montenegro (1,08), Papua-Neuguinea (1,08), Samoa (1,08), Serbien (1,08) und Suriname (1,08).
38 „Mitgift" bezieht sich hier auf die Übergabe von Geld und Geschenken durch die Familie einer Frau an die Familie ihres Ehemanns zum Zeitpunkt der Heirat. In vielen Ländern gibt es Mitgiftsysteme, bei denen kleine oder mittelteure Geschenke angemessen sind, aber in manchen Ländern wie Indien können bei Hochzeiten exorbitante Beträge als Mitgift von der Familie der Braut „abgeschöpft" werden.
39 Beispielsweise macht das Mitgiftverbotsgesetz von 1961 die Übergabe und die Annahme von Mitgiften in Indien illegal. Die Praxis wird jedoch beibehalten und ist gelegentlich der Grund für sowohl die Tötung neugeborener Mädchen als auch von Mitgiftmorden oder -selbstmorden seit Kurzem verheirateter Frauen.
40 Cleland 2002, Drèze und Murthi 1999, Martin und Juarez 1995.
41 Elson, 2002
42 Fukuda-Parr, 2003
43 Wie im Bericht über die menschliche Entwicklung 1994 beschrieben, bedeutet die Universalität von Lebensansprüchen Chancengleichheit, nicht Einkommensgleichheit – wenngleich in einer zivilisierten Gesellschaft jedem ein Mindestgrundeinkommen garantiert werden sollte.
44 UNDP 1994, Seite18.
45 Rockström et al. 2009, Seite 32.
46 United Nations Secretary-General's High Level Panel on Global Sustainability 2012.
47 Global Footprint Network 2011.
48 Der ökologische Fußabdruck ist ein Maß für die Inanspruchnahme der Natur durch den Menschen. Er misst die Landmenge und die Wasserfläche, die ein Land nutzt, um alles bereitzustellen, was es der Natur entnimmt. Dies schließt die Flächen für die Produktion der Ressourcen ein, die es verbraucht, den Platz, den seine Gebäude und Straßen einnehmen, und die Ökosysteme für die Aufnahme seiner Schadstoffemissionen wie Kohlendioxid (Global Footprint Network, 2011).
49 Blandenet al. (2005); Wilkinson und Pickett (2012).
50 UNDP 2010b.
51 Bourguignon, Ferreira und Menéndez 2007.
52 De Hoyos, Martinez de la Calle undSzékely 2009.
53 Ivanov et al. 2003; 2006.
54 UNDP 1994.
55 Rosenfeld, Messner und Baumer (2001) stellten die Hypothese auf, dass bürgerschaftliches Engagement und Vertrauen – Kernelemente sozialer Integration– mit stabiler sozialer Organisation zusammenhängen und deshalb Indikatoren für niedrige kriminelle Gewalt sind.
56 UNDP 2012.
57 Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr zwischen 2005 und 2012. Unter anderem wirken sich Meldefehler in den *Supplementary Homicide Reports* und die Uneinheitlichkeit von Meldesystemen auf der Landesebene negativ auf Daten zu Morden aus.
58 Sen 2008, Seite 106.
59 Die durchschnittliche Mordhäufigkeit beträgt 2,7 pro 100.000 Einwohner für alle indischen Städte und 2,9 für Delhi. Vergleichswerte sind 2,4 für London, 5,0 für New York, 8,8 für Los Angeles, 21,5 für Johannesburg, 24,0 für São Paulo und erstaunliche 34,9 für Rio de Janeiro.
60 Vereinigtes Königreich, Office of the Deputy Prime Minister, Social Exclusion Unit, 2002. Viele Strafgefangene wurden während ihres gesamten Lebens sozial ausgegrenzt. Im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung ist bei Strafgefangenen die Wahrscheinlichkeit wesentlich höher, dass sie als Kind unter staatlicher Fürsorge standen (13-mal so hoch), arbeitslos waren (13-mal so hoch), eines ihrer Familienmitglieder wegen einer Straftat verurteilt wurde (2,5-mal so hoch), sie HIV-positiv sind (15-mal so hoch).
61 Viele Strafgefangene waren de facto vom Zugang zu Dienstleistungen ausgeschlossen. Schätzungsweise 50 Prozent der Strafgefangenen hatten keinen Hausarzt, bevor sie in Gewahrsam kamen; bei Strafgefangenen ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie von der Schule ausgeschlossen waren, 20-mal höher als bei der allgemeinen Bevölkerung; und mindestens in einem Fall erhielten 80 Prozent von ihnen nie eine Drogentherapie, obwohl 70 Prozent der Personen, die in ein Gefängnis eingeliefert wurden, ein Drogenmissbrauchsproblem hatten (Vereinigtes Königreich, Office of the Deputy Prime Minister, Social Exclusion Unit, 2002).
62 Pinker 2011; Center for Systemic Peace 2012.
63 Branczik 2004.
64 Dahal et al. 2003.
65 Iyer 2009.
66 Weil es sich bei vielen Beteiligten an Binnenkonflikten um nichtstaatliche Akteure handelt, gibt es auch keine amtlichen Unterlagen über ihre Ausgaben für Bewaffnung. Daten zu Militärausgaben beziehen sich ausschließlich auf die Ausgaben von Regierungen und nicht auf die Ausgaben nichtstaatlicher Akteure.
67 Bird 1981.
68 Green 2010.
69 Justino 2008
70 UNDP 1991, Seite 37.

Kapitel 2

1 Drei Viertel der 1,6 Milliarden Menschen, die von multidimensionaler Armut betroffenen sind, leben in Ländern des Südens mit mittlerem Einkommen.
2 Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf UNSD (2012).
3 Internetbezogene Daten von der Weltbank (2012a); Touristikdaten von UNWTO (2011).
4 Estevadeordal, Frantz und Taylor 2003.
5 Weltbank (2012a). Diese Relationen basieren auf Bruttowerten, nicht auf Wertschöpfung durch Exporte und Importe, für die noch keine international vergleichbaren Daten vorhanden sind. Die Welthandelsorganisation (WTO) führt derzeit die Initiative "Made in the World" durch, um Mehrwert durch Handel zu messen und zu analysieren.
6 Auf der Basis einer ausgewogen zusammengesetzten Gruppe von 127 Entwicklungsländern. Auf der Basis von Berechnungen des HDR-Büros,worin die Außenhandelsquote so angepasst wurde, dass sie sich nur auf den Handel mit dem Süden bezieht, haben 141 von 144 Volkswirtschafen (für die Daten vorhanden sind) den Handel mit dem Süden zwischen 1990/91 und 2010/11 ausgeweitet (Ausnahmen bildeten die kleinen Volkswirtschaften Dominica, die Malediven und Tuvalu); demgegenüber sank in 92 Volkswirtschaften der Handel mit dem Norden.
7 World Bank (2008). Im Gegensatz zur allgemeinen Wahrnehmung haben sich die realen Preise für Luft- und Seetransport seit 1970 nicht sehr verändert, jedoch wurden zeitkritische Güter wie Mode, verarbeitete Lebensmittel und Elektronik durch die sinkende Wert-Gewicht-Relation

internationaler Lieferungen und den vermehrten Lufttransport begünstigt.

8 Berechnungen des HDR-Büros auf Basis von UNSD (2012).

9 World Bank 2012a.

10 Die acht Länder sind Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Südafrika und die Türkei. Jedoch lag der Zuwachs bei den am wenigsten entwickelten Ländern bei nur etwa dem Achtfachen, von weniger als 20 Milliarden US-Dollar auf 150 Milliarden US-Dollar.

11 Wenn die Ausfuhr von Dienstleistungen zu den Warenexporten addiert wird, schrumpft die Differenz der Exporterlöse pro Kopf zwischen Afrika südlich der Sahara und Indien von 221 auf 130 US-Dollar. Kleinere Länder unterhalten tendenziell mehr internationale Handelsbeziehungen als größere Länder, beispielsweise Indien, das einen hohen Binnenhandel betreibt. Darüber hinaus besteht der Export Afrikas hauptsächlich aus Rohstoffen, deren Preise in den 2000er Jahren gestiegen sind.

12 Auf Basis von nominalen Werten aus dem Jahr 2011, die zur Vergleichbarkeit mit Werten aus 1996 angepasst wurden.

13 Wenn Brennstoffe, Metalle und Erze in der aggregierten Handelsstatistik nicht berücksichtigt werden, stieg der Anteil des Süd-Süd-Handels am Welthandel von 6,3 Prozent im Jahr 1980 auf 26,1 Prozent im Jahr 2011, und der Anteil des Nord-Nord-Handels sank von 50,6 Prozent im Jahr 1980 auf 31,4 Prozent im Jahr 2011.

14 Die traditionelle Einteilung in Hoch- oder Niedrigtechnologiegüter verliert mit zunehmendem Handel von Teilen und Komponenten an Bedeutung.

15 Romero 2012.

16 AfDB und andere 2011.

17 Gupta und Wang 2012.

18 Hook und Clark 2012.

19 Die tourismusbezogenen Statistiken in diesem Absatz stammen von UNWTO (2011).

20 Auf Grundlage von Daten der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD). Auf ihre Kategorie der Entwicklungsländer einschließlich Hongkong/China (Sonderverwaltungszone), der Republik Korea, Singapur und Taiwan (Provinz von China), jedoch ausschließlich der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, entfielen 5,3 Prozent der gesamten FDI-Zuflüsse in den Jahren 1990/1991 und acht Prozent in den Jahren 2009/2010.

21 UNCTAD 2011b.

22 Außerdem lassen sich Süd-Süd-FDI weniger von institutionellen Qualitätsunterschieden zwischen Geber- und Empfängerland abschrecken. Durch eine ähnliche Logik sind Süd-Süd-FDI durch die Beschäftigung örtlicher Arbeitnehmer und aufgrund niedrigerer Gemeinkosten weniger anfällig für lokale Krisen. Da die Motive für Investitionen und die Auswahl der Branchen oft unterschiedlich sind, werden Nord-Süd-FDI nicht zwingend durch Süd-Süd-FDI verdrängt; sie können diese sogar noch verstärkt anziehen (Bera und Gupta 2009; Aleksynska und Havrylchyk 2011).

23 Die Grafik bezieht sich auf 2010 und bezieht Hongkong/China (Soderverwaltungszone) ein.

24 In diesem Absatz zitierte Aussagen beziehen sich auf Hamdani (2012).

25 Blinder 2006.

26 UNIDO 2009.

27 UNDP 2009; Weltbank 2010a.

28 Diese Berechnungen des HDR-Bürosbasieren auf der bilateralen Migrationsmatrix der Weltbank (2010a).

29 Ratha und Shaw 2007.

30 Wie von der Weltbank (2006) erklärt, hängen die Süd-Süd-Transfers davon ab, welche erläuternde Variable für die Zuweisung der aggregierten erhaltenen Überweisungen eines Landes im Verhältnis zu allen Bestimmungländern einer Migrantengruppe, verwendet wird. Die Schätzung der Süd-Süd-Transfers liegt höher (30 Prozent), wenn die Ströme auf die Anzahl der Migranten bezogen werden, und niedriger (18 Prozent), wenn sie zusätzlich das Durchschnittseinkommen der Gast- und Herkunftsländer berücksichtigen. Die Obergrenze liegt bei 45 Prozent, wenn Saudi-Arabien als Entwicklungsland gezählt wird.

31 Siehe Felbermayr und Jung (2009) sowie weitere Zitate aus Kugler und Rapoport (2011).

32 Foley und Kerr 2011.

33 Siehe The Economist (2011a) und darin zitierte Quellen.

34 Berechnungen des HDR-Büros auf Grundlage von Daten für 144 Länder aus Weltbank (2012a) und ITU (2012).

35 socialbakers.com 2012. Neuere Daten von Zuckerberg (2012) besagen, dass von den mittlerweile eine Milliarde aktiven Facebook-Nutzern im Monat der größte Teil aus Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko und den Vereinigten Staaten von Amerika kommt.

36 Die Arbeiterschaft besteht aus Beschäftigten und aus Arbeitslosen, die aktiv Arbeit suchen.

37 Fu 2008.

38 Wenn die Stichprobe keine entwickelten Länder einschließt, bleibt der Korrelationskoeffizient statistisch signifikant, sinkt aber von 0,66 auf 0,48.

39 Siehe Whalley und Weisbrod (2011) für Schätzungen zum Beitrag chinesischer Direktinvestitionen zu den jährlichen Wachstumsraten in ressourcenreichen Ländern wie Angola, der Demokratischen Republik Kongo, Niger, Nigeria, Sambia und Sudan. Der durchschnittliche Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen in diesen sechs Ländern hat sich nach Angaben der UNCTAD (2011a) fast vervierfacht, von 2,4 Milliarden US-Dollar 1990 bis 2000 auf neun Milliarden US-Dollar 2001 bis 2011.

40 Jones und Kierzkowski 2001.

41 Vos 2010.

42 IMF 2011a.

43 Samake und Yang 2011.

44 Whalley und Weisbrod 2011.

45 Hazard et al. (2009); Kamau, McCormick und Pinaud (2009); Kaplinsky (2008).

46 Siehe Kamau, McCormick und Pinaud (2009) zum Fallbeispiel Kenia; Kaplinsky und Morris (2009).

47 Jenkins und Barbosa 2012.

48 ICTSD 2011.

49 Davies 2011.

50 Bräutigam 2009.

51 Sonobe, Akoten und Otsuka 2009.

52 Bräutigam 2009.

53 United Nations 2012b.

54 Moyo 2012.

55 Nach Hiemstra-van der Horst (2011) entfällt nun ein Drittel des globalen Möbelmarktes auf China.

56 Kaplinsky, Terheggen und Tijaja 2011.

57 United Nations 2012b.

58 Diese Punkte beziehen sich auf Dobbs et al. (2012); in Erhebungen wurde herausgefunden, dass positive Produktempfehlungen von Freuden oder Familienangehörigen für Konsumenten in Ägypten zum Beispiel dreimal so wichtig sind wie für Konsumenten in den Vereinigten Staaten oder im Vereinigten Königreich.

59 Berechnungen des HDR-Büros auf Grundlage von Brookings Institution (2012).

60 Dobbs et al. 2012.

61 World Bank2012a.

62 2008 belief sich die Süd-Süd-Entwicklungshilfe auf 15,3 Milliarden US-Dollar – etwa zehn Prozent der gesamten Entwicklungshilfe (UNDESA 2010).

63 Auf Grundlage von Daten für 2005 und 2008 in Kharas, Makino und Jung (2011) und für spätere Jahre extrapoliert.

64 Kragelund 2012.

65 United Nations 2012b.

66 Ihre weitreichenden Initiativen im Bereich der technischen Zusammenarbeit beinhalten unter anderem Breitbandverbindungen für afrikanische Gesundheits- und Bildungsinstitute mit Zentren in Indien und sie bringen jedes Jahr rund 1600 junge Afrikanerinnen und Afrikaner zum Studium nach Indien (United Nations 2012b).

67 United Nations 2012b.

68 Die größeren Entwicklungsländer hatten schon lange Programme in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika, wenn auch bescheidene. Indiens Programm für technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde 1964 auf den Weg gebracht. Die brasilianische Kooperationsagentur wurde 1987 eingerichtet. Chinas Kooperation mit Afrika hat eine noch viel längere Geschichte, wenngleich die Zusammenarbeit jetzt im Forum zur China-Afrika-Kooperation formalisiert ist, das im Jahr 2000 eingerichtet wurde (Kragelund 2012).

69 Bremmer 2012.

70 World Bank2010c.

71 Laut United Nations (2012b) gab es die Islamische Entwicklungsbank, den Kuwait Fonds für Arabische Wirtschaftliche Entwicklung, den Arabischen Fonds für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung, die Arabische Bank für Wirtschaftliche Entwicklung in Afrika, den Saudi-Arabischen Entwicklungsfonds und den Abu Dhabi Entwicklungsfonds.

72 Diese regionalen Institutionen haben tendenziell ihre grundsätzlichen politischen Inspirationen von den Bretton Woods-Institutionen bezogen. Weder die ADB noch die IADB haben nach ihren aktuellen Satzungen die Macht, ihre Eigentumsstruktur auf irgendeine wesentliche Weise zu modifizieren. Die Vereinigten Staaten behalten die Vetomacht über Veränderungen der Kapitalbasis. Das engt den politischen Handlungsspielraum der beiden Organisationen ein. Wenn die ADB zum Beispiel als vollständig asiatisches Gebilde neu aufgestellt würde, das die Flexibilität behält, eigenen politischen Handlungsspielraum zu etablieren, müsste sie ihre Eigentumsstruktur neu herstellen, indem man Ländern wie China, Indien und der Republik Korea sehr viel größere Beiträge und Stimmrechte zuweist (Sobhan 2012).

73 Mwase und Yang 2012.

74 Zuzanaund Ndikumana, in Vorbereitung.

75 Die Entwicklungsländer könnten geschätzte 59 Milliarden US-Dollar mehr verdienen, indem sie die

Süd-Süd-Zölle auf das Niveau der Nord-Süd-Zölle senken (OECD 2010a).
76 Grabel 2013.
77 Grabel 2013.
78 Opportunitätskosten erfassen den Nutzen, der sich durch alternativen Einsatz dieser Mittel erzielen lässt. Siehe Rodrik (2006) und IMF (2011b).
79 China hat den fünftgrößten Stimmenanteil, doch eine Vereinbarung, die im Jahr 2010 vom Gouverneursrat erzielt wurde, wird, wenn sie umgesetzt wird, China den drittgrößten Stimmenanteil verleihen (IMF 2010).
80 World Bank 2010d.
81 Hansen 2010.
82 UNDP 2009.
83 Leape 2012.
84 Romero und Broder 2012.
85 Keohane und Victor 2010.
86 Li (2010); Bradsher (2010).
87 REN21 2012.
88 Siehe Jacob (2012). Chinesische Infrastrukturunternehmen in Afrika erhöhen zum Beispiel die Nachfrage nach Schwermaschinen und anderen Kapitalimporten.
89 Akyuz (2012) argumentiert, dass große Länder einen Kurswechsel vornehmen müssen. Die Entwicklungsländer haben in den 2000er Jahren ungewöhnlich stark von nicht nachhaltigen Konsummustern in den entwickelten Volkswirtschaften profitiert. Seit der globalen Finanzkrise verlassen sich die Entwicklungsländer stärker auf die Binnennachfrage.

Kapitel 3

1 Die Lebenserwartung hat sich zum Beispiel fast verdoppelt, von 35 Jahren im Jahr 1949 auf 67,9 Jahre 1981 (CIRD und UNDP 2008).
2 Ein Vorbehalt ist, dass es bei der Identifikation rascher Aufsteiger beim HDI mit dieser Methode Verzerrungen gibt und Länder mit hohen HDI-Werten begünstigt werden. Andererseits ist die Identifikation rascher Aufsteiger durch die Berechnung einfacher prozentueller Verbesserungen beim HDI ebenfalls verzerrt und begünstigt Länder mit niedrigen HDI-Werten. Keine der beiden Methoden ist wirklich zufriedenstellend (Ranis und Stewart 2005).
3 Nicht in dieser Liste enthalten sind alle entwickelten Volkswirtschaften 1990 sowie Singapur, Hongkong/China (Sonderverwaltungszone), Israel und Länder in Mittel- und Osteuropa, die Mitglieder der Europäischen Union geworden sind. So entsteht eine ausgewogene Auswahl von 96 Ländern von 1990 bis 2012.
4 Der interne bewaffnete Konflikt bewirkt auch, dass die nationalen Statistiken den Nordosten des Landes oft nicht erfassten.
5 UNDP 1993, 1996.
6 UNDP 1996.
7 Abe 2006.
8 Zu Ausführungen über die Konzepte „ownership" und „capacity for development" siehe Fukuda-Parr et al. (2002).
9 Siehe Commission on Growth and Development 2008.
10 Rodrik (2004) betonte zum Beispiel, dass es keine Liste offensichtlicher politischer Reformen gebe, die man anwenden könnte, um in Entwicklungsländern Wachstum zu erreichen.
11 Hausmann, Pritchett und Rodrik 2005.
12 Serra und Stiglitz 2008.
13 Hausmann, Rodrik und Velasco 2005.
14 Arrighi (2007) argumentiert, dass selbst regulierende Märkte nicht das Mittel für Entwicklung sind und dass Regierungen bei der Organisation des Marktaustauschs und der Arbeitsteilung eine führende Rolle spielen müssen.
15 Es heißt, ein Land hat einen komparativen Vorteil bei einer wirtschaftlichen Aktivität, wenn es diese Aktivität zu geringeren Opportunitätskosten verrichten kann als ein anderes Land.
16 Siehe Harrison und Rodriguez-Clare (2010) für Beispiele aus einzelnen Wirtschaftszweigen sowie industrie- und länderübergreifende Beispiele zum Schutz junger Industrien und zu anderen Formen von Strukturpolitik. Der Erfolg auf den Weltmärkten ist nur ein Kriterium („Mill"-Test), um Unterstützung durch die Regierung zu rechtfertigen. Ein solcher Erfolg ist unter Umständen mit Netto-Wohlfahrtskosten für die Volkswirtschaft verbunden und besteht vielleicht den „Bastable"-Test nicht, der erfordert, dass die diskontierten zukünftigen Vorteile die kurzfristigen Protektionskosten ausgleichen. Nach Harrison und Rodriguez-Clare (2010) gibt es mehr Beispiele für Strukturpolitik, die den Mill-Test bestehen, als die den Bastable-Test bestehen.
17 Rodrik 2012, Seite 9.
18 Chibber 1999.
19 Osmani 2005.
20 Ranis und Stewart 2005.
21 Indien, Ministry of Finance 2012.
22 Rodrik 2005.
23 Siehe Das (2000) und De Long (2004).
24 UNCTAD 2003.
25 Done 2011. Zwischen 1996 und 2005 lieferte Embraer weltweit 710 Regionaljets aus (Baer 2008).
26 Pasha und Palanivel 2004.
27 UNDP 1993, 1996
28 Fine et al. (2012), deren Klassifikation von Afrika Nordafrika und auch Afrika südlich der Sahara umfasst.
29 Fine et al. 2012.
30 AfDB et al 2012.
31 Subramanian und Roy 2001.
32 Chuhan-Pole und Angwafo 2011.
33 Die durch Zählung ermittelte Armutsquote sank von 52 Prozent 1983/1984 auf 50 Prozent 1991/1992. Im Jahr 2000 war sie bereits auf 40 Prozent gefallen (Osmani et al. 2006).
34 Khan 2005.
35 Nielsen und Spenceley 2011.
36 Kabananukye et al. 2004.
37 Die Zahlen für Thailand und Brasilien in diesem Absatz stammen aus Fine et al. (2012).
38 Islam (2002), diskutiert in Khan (2005).
39 Khan 2005.
40 Kaminski und Ng 2006.
41 Ayadi et al. 2005.
42 Cammett 2007.
43 Lautier 2008.
44 Agosin 1997.
45 Hussain und Stern 2006, Seite 14.
46 Malik 2006.
47 Howell 2004.
48 Ravallion 2009.
49 Malik 2012.
50 Rodrik 2011.
51 Um ein schnelleres Wirtschaftswachstum zu erreichen, reicht es nicht aus, einfach nur auf die Weltmärkte zurückzugreifen: Die Höherentwicklung der Exportprodukte ist ebenso wichtig. Dafür ist die kontinuierliche Verbesserung mithilfe ausländischen Know-hows von zentraler Bedeutung (siehe Hausmann, Hwang und Rodrik 2007).
52 Commission on Growth and Development (2008, Seite 22).
53 Rodrik 2001.
54 Siehe Rodriguez und Rodrik (2001) zu einer Kritik von vier einflussreichen Arbeiten dieser Art: Dollar (1992), Sachs und Warner (1995), Edwards (1998) und Frankel und Romer (1999).
55 Winters 2004.
56 Die Argumentation für die Verwendung detaillierter länderspezifischer Fallstudien zum Verständnis und zur Evaluierung politischer Gesamtkonzepte wird am besten von Bhagwati und Srinivasan (2001) formuliert. Sie merken an, dass selbst wenn man die theoretischen, datenbezogenen und methodologischen Schwächen, die den meisten länderübergreifenden Regressionen innewohnen, ignoriert, länderübergreifende Ergebnisse doch nur durchschnittliche Wirkungen andeuten und die Unterschiede bei den Reaktionen der einzelnen Länder verschleiern.
57 Rodrik 2001.
58 Siehe Baldwin (2004) und darin enthaltene Referenzen zu beachtenswerten länderspezifischen Fallstudien.
59 Wacziarg und Welch 2008.
60 Rodrik 2011.
61 Mauritius begann Anfang der 1970er Jahre auf die globalen Märkte zu setzen, indem es Handelspräferenzen und Quoten vollumfänglich nutzte, insbesondere für den Export von Zucker und Bekleidung. Als in den 2000er Jahren die Quoten abgeschafft wurden, die den Welthandel mit Textilien und Bekleidung bestimmt hatten und als die Preise im Rahmen des EU-Zuckerprotokolls gesenkt wurden, strebte Mauritius eine zunehmende Diversifizierung in Richtung Leichtindustrie und Dienstleistungen wie Offshore-Bankgeschäfte und Informations- und Kommunikationstechnologien an (Zafar 2011).
62 Zwar wurden die staatlichen Monopole früh abgeschafft, doch sie wurden bis Mitte der 1990er Jahre durch Zölle, nichttarifäre Handelshemmnisse und importbeschränkende Lizenzen ersetzt. Zwischen 1980 und 2000 konsolidierte China die Grundlagen für seine Industrien ohne die Beschränkungen, die die Welthandelsorganisation (WTO) mit ihren internationalen Regeln auferlegte (China trat 2001 der WTO bei).
63 Zwischen 2008 und 2010 zog China (ohne Hongkong, China [Sonderverwaltungszone]) durchschnittlich 7,2 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen weltweit an (UNCTAD 2011a).
64 China kann als ein Fall angesehen werden, der zeigt, wie sinnvoll ein gradueller Ansatz sein kann. Wie Arrighi (2007) argumentiert, beinhalten die Schritte der chinesischen Reformen Gradualismus und die Nutzung der Märkte als Governance-Instrument. Die ersten Reformen gab es in der Landwirtschaft, dann in der Industrie und im Außenhandel. So brachte man die Kapitalisten dazu, miteinander zu konkurrieren.
65 Ahluwalia 2002.
66 OECD 2007.
67 Ahluwalia 2002.
68 World Bank 2012a.
69 Celasun 1994.
70 Zusätzlich zum Schutz vor Importen wurden auch Maßnahmen zur Exportförderung genutzt, um die industrielle Entwicklung voranzubringen. Dazu gehörten subventionierte Kredite, Steuerbefreiungen, Freihandelszonen, Freilager und Produktionsstätten zur zollfreien Fertigung, Rückvergütung von Zöllen,

Privatisierung der Zollverwaltung und direkte Exportsubventionen.

71 World Bank 2010b. Ausländische Firmen bemerken trotz der politischen Instabilität in den letzten Jahren eine Stärkung der Kompetenzen in Thailand. 2010 kündigten Ford, General Motors, Mazda und Toyota neue Investitionspläne an. Es wird damit gerechnet, dass auch neue Investoren wie BMW und Tata hinzukommen werden.

72 Siehe Athukorala (2011) zu einer detaillierten Studie über den Aufstieg Penangs als Exportzentrum.

73 World Bank 2011b.

74 NEAC 2010.

75 Athukorala und Waglé 2011.

76 Radelet, Sachs und Lee 1997.

77 Sharma 2012.

78 Clapp 1995; Agosin 1997; Rodrik 2004.

79 UNCTAD 2006.

80 Der Welthandel mit Bekleidung und Textilien wurde mehr als 40 Jahre lang von Quoten bestimmt, beginnend in den 1960er Jahren mit den kurz- und langfristigen Regelungen des Baumwolltextilabkommens, gefolgt vom Multifaserabkommen (MFA) zwischen 1974 und 1994 und dem Welttextilabkommen der Welthandelsorganisation bis 2004. Insbesondere das Multifaserabkommen zwang viele erfolgreich exportierende Volkswirtschaften (insbesondere aus Ostasien) ihre Investitionen in Länder zu verlagern, die weniger durch bilaterale Quoten eingeschränkt waren. Das verzerrte den Welthandel, aber es nutzte Ländern wie Mauritius und Bangladesch bei ihren Bemühungen, in Richtung verarbeitende Industrie zu diversifizieren.

81 Kabeer und Mahmud 2004.

82 Basierend auf gespiegelten Handelsdaten der statistischen Datenbank der Vereinten Nationen zum Rohstoffhandel. Produkte, die zu Kategorie 84 des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel gehören, wurden als Bekleidungsexporte klassifiziert. Die Analyse beschränkt sich auf Länder, die in jedem Jahr Daten zu Bekleidungsexporten gemeldet haben.

83 Subramanian und Roy 2001.

84 Chuhan-Pole und Angwafo 2011.

85 Ofusu-Asare 2011.

86 Suri et al. 2011. Insbesondere stellten sie fest, dass es bei einer Abnahme der Standardabweichung von eins in Bezug auf Säuglingssterblichkeit um eine Zunahme des Wirtschaftswachstums um 2,2 Prozentpunkte über einen Zeitraum von zehn Jahren geben würde. In ähnlicher Weise impliziert eine Zunahme von eins bei der Lebenserwartung mit einer Standardabweichung über einen Zeitraum von zehn Jahren eine Zunahme des Wirtschaftswachstums um 2.7 Prozentpunkte, während eine Zunahme der Einschulungsquote in Sekundarschulen mit einer Standardabweichung von eins über einen Zeitraum von zehn Jahren das Wirtschaftswachstum um 1,9 Prozentpunkte erhöht.

87 Commission on Growth and Development 2008.

88 Hanushek et al. (2008) stellten fest, dass in 50 untersuchten Ländern jedes zusätzliche durchschnittliche Schulbesuchsjahr in einem Land die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes im 40-Jahresdurchschnitt um etwa 0,37 Prozentpunkte erhöht. Sie fanden jedoch heraus, dass, wenn in einem Land die Testleistungen mit einer Standardabweichung von 0,5 höher waren als in einem anderen Land in den 1960er Jahren, die Wachstumsrate des ersten Landes im folgenden 40-Jahreszeitraum im Durchschnitt jährlich um einen ganzen Prozentpunkt höher war.

89 Um diese Frage anzugehen, maßen Hanushek et al. (2008) den Anteil der Schüler in jedem Land, die eine Schwelle grundlegender Kompetenz in Mathematik und Naturwissenschaften erreichten, sowie den Anteil der Schüler mit Spitzenleistungen.

90 Bloom, Canning und Sevilla (2007) stellten fest, dass eine Zunahme der Lebenserwartung der Bevölkerung um ein Jahr dazu beiträgt, dass die Produktion um vier Prozent steigt. Ähnliche positive Effekte werden auch mit Verbesserungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit in Zusammenhang gebracht. In einer 97 Ländern umfassenden Studie fanden Bloom et al. (2009) heraus, dass eine höhere Fruchtbarkeit mit einer geringeren Erwerbsbeteiligung von Frauen in ihren fruchtbaren Jahren einhergeht. Im Durchschnitt reduziert jedes zusätzliche Kind die Erwerbsbeteiligung von Frauen im Alter von 20 bis 44 Jahren um fünf bis zehn Prozentpunkte.

91 Stern 2003.

92 Cornia 2004.

93 Rodrik 1998.

94 Stern 2003.

95 Ssewanyana, Matovu und Twimukye 2011.

96 Foster und Mijumbi 2002.

97 Bertrand und Mullainathan 2003

98 Essama-Nssah 2011.

99 Sivananthiran und Venkata Ratnam 2005.

100 Tsounta 2009.

101 Tangcharoensathien et al. 2011.

102 UNESCAP 2011.

103 Frenk, Gómez-Dantés und Knaul 2009.

104 Kanbur 2004.

105 Ravallion 2009.

106 Glewwe und Kassouf 2008.

Kapitel 4

1 Die Unterscheidung zwischen Gerechtigkeit und Gleichheit hängt damit zusammen, dass ein Unterschied besteht zwischen dem, was man beobachten kann und was nicht. Gerechtigkeit hängt mit gleichen Chancen zusammen, die nicht unbedingt sichtbar sind. Da nur Ergebnisse beurteilt und gemessen werden können, kann die Bewertung, ob eine Gesellschaft gerecht ist oder nicht, nur annähernd über das Maß an weiterhin bestehender Ungleichheit erfolgen.

2 Insbesondere Ungleichheiten zwischen Rassen sowie ethnischen und religiösen Gruppen führen oft zu politischer Gewalt. Sie halten sich tendenziell sehr hartnäckig, wenn sie nicht durch übergreifende politische Maßnahmen angegangen werden (Stewart 2013).

3 Dieser positive Trend in Lateinamerika hat sich entwickelt, weil die Einkommensungleichheit bei den Arbeitslöhnen geringer geworden ist, die Kluft bei den Gehältern von gelernten und ungelernten Arbeitskräften sich allmählich verringert und weil an Bedingungen geknüpfte Ausgleichszahlungen eingeführt wurden (siehe López-Calva und Lustig 2010).

4 Cleland 2002. Martin und Juarez (1995) argumentieren, dass sich in einigen Fällen Bildung kurzfristig nicht unmittelbar automatisch auf das Fortpflanzungsverhalten auswirkt. Siehe auch Hori (2011); Serbessa (2002); Cochrane (1979); Bloom et al. (2007); Psacharopoulos und Tzannatos (1992).

5 Taylor, Newman und Kelly 1976.

6 UNDESA 2007; Diamond, Newby und Varle 1999; Population Reference Bureau 2000.

7 Dieser Indikator wird sonst üblicherweise in Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten ausgedrückt, beziehungsweise in Form der Kindersterblichkeitsrate, die 61,7 Todesfälle pro 1.000 Lebendgeburten jährlich beträgt.

8 UNDP 1995.

9 ILO 2012. Die Internationale Arbeitsorganisation hat den Index für soziale Unruhen erstellt und dafür Daten aus dem Gallup-Bericht verwendet.

10 Westaway 2012.

11 Lagi, Bertrand und Bar-Yam 2011. Der Nahrungsmittelpreisindex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agriculture Organization, FAO) überschritt im Jahr 2008 den Wert von 180.

12 ILO 2012. Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge, die auf Daten aus dem Gallup-Bericht beruhen, ist die Mehrheit aller Menschen in allen Regionen der Welt unzufrieden, weil es nicht genügend hochwertige Arbeitsplätze gibt. Die Unzufriedenheit ist in Mittel- und Osteuropa am größten, sowie in Afrika südlich der Sahara, gefolgt vom Nahen Osten und Nordafrika.

13 Bland 2012.

14 Tejada 2012.

15 Gooch 2012.

16 ILO 2012

17 Siehe beispielsweise Jenkins und Wallace (1996), die einen starken Zusammenhang zwischen Bildung und Beteiligung an Protesten herausgearbeitet haben, und Dalton, Van Sickle und Weldon (2010), die bei einer großen Bandbreite von entwickelten und Entwicklungsländern einen starken, positiven Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Beteiligung an Protesten feststellen.

18 Anhand verschiedener Berechnungsmodelle wird geschätzt, dass von heute bis zum Jahr 2050 der Anteil der Bevölkerung über 15 Jahren ohne Bildung weltweit von zwölf Prozent im Jahr 2010 auf entweder drei Prozent oder acht Prozent, je nach Szenario, sinken wird. Der Anteil der Bevölkerung mit Sekundarausbildung oder Hochschulabschluss wird ausgehend von 44 Prozent im Jahr 2010 auf entweder 50 Prozent oder 64 Prozent steigen (siehe Grafik 4.1).

19 Hook 2012.

20 LaFraniere 2011; Wines und LaFraniere 2011.

21 Amartya Sen macht folgende Unterscheidung: unfaire Ausgrenzung bedeutet, dass einige Menschen ausgeschlossen oder ausgegrenzt werden; ungerechte Inklusion bedeutet, dass einige Menschen auf der Grundlage äußerst nachteiliger Bedingungen einbezogen werden (Shiva Kumar 2012).

22 Huntington (1968), zitiert in Campante und Chor (2012).

23 Siehe Campante und Chor (2012).

24 Basierend auf Errungenschaften in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Einkommen in 78 Ländern

in den Jahren 1980 bis 2011. Im Gegensatz zur durchschnittlichen Dauer des Schulbesuchs waren die Errungenschaften bei Gesundheit und Bildung während dieses Zeitraums in einigen Ländern wieder rückläufig.

25 Campante und Chor 2012.

26 Campante und Chor 2012, Seite 175.

27 Polanyi 1944.

28 FitzGerald, Steward und Venugopal. 2006.

29 Die Provinzen Guangdong und Liaoning weisen ähnliche HDI-Werte auf, Guangdong hat jedoch eine dreimal höhere Kohlenstoffproduktivität als Liaoning (UNDP 2010c).

30 UNDP 2011a.

31 Zu weiteren Details siehe UNDP (2011a).

32 Die Internationale Strategie der Vereinten Nationen zur Katastrophenvorsorge definiert Belastbarkeit als „die Fähigkeit eines Systems, einer Gemeinschaft oder Gesellschaft, sich zu verändern oder standzuhalten, um ein akzeptables Niveau an Funktionsfähigkeit und Struktur zu erreichen. Dies wird bestimmt durch den Grad, zu dem das soziale System fähig ist, sich selbst zu organisieren, und die Fähigkeit, seine Lern- und Adaptationsmöglichkeiten zu erweitern, was auch die Fähigkeit umfasst, sich von einer Katastrophe zu erholen." (United Nations Office for Disaster Risk Reduction 2009).

33 Daniell und Vervaeck 2012.

34 IPCC 2012.

35 Jede Altersgruppe einer Bevölkerung hat unterschiedliche Bedürfnisse und verhält sich unterschiedlich. Junge Menschen (im Alter von 0-14 Jahren) brauchen Investitionen in Gesundheit und Bildung. Erwachsene im erwerbsfähigen Alter (im Alter von 15-64 Jahren) brauchen Arbeitsplätze und eine finanzielle Infrastruktur, um die Produktion und Ersparnisse zu unterstützen. Ältere Erwachsene (im Alter von 65 Jahren oder älter) brauchen Gesundheitsfürsorge und Renteneinkommen. Die Altersstruktur eines Landes verändert insofern die dortigen Herausforderungen und Chancen.

36 Wenn Eltern für weniger Kinder sorgen müssen, investieren sie mehr in die Bildung ihrer Kinder (Becker, Murphy und Tamura 1990; Galor 2006), sparen mehr für ihre Rente (Bloom, Canning und Sevilla 2003), und Frauen nehmen stärker am formellen Arbeitsmarkt teil (Bloom et. al. 2009). Die Konsequenz ist ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum, das als Ertrag die sogenannte „demografische Dividende" abwirft (Bloom, Canning und Sevilla 2003).

37 Ein niedriger Abhängigkeitsquotient kann eine demografische Dividende erwirtschaften, da die wachsende Anzahl Beschäftigter das Wirtschaftswachstum ankurbeln und zu mehr Investitionen führen kann. (Eine detaillierte Analyse demografischer Trends, basierend auf Prognosen von Lutz und KC 2013, findet sich bei Abdurazakov, Minsat und Pineda 2013.) Länder können diese Dividenden jedoch nur ausschöpfen, wenn sie der großen Zahl von Neuankömmlingen auf dem Arbeitsmarkt eine produktive Beschäftigung bieten können.

38 Lutz und KC 2013.

39 Ein Szenario zur Verteilung des Bildungsniveaus, das die allgemeine Grundschulbildung durch eine breit angelegte Sekundarschulbildung ergänzt, erzeugt in einem typischen Land mit niedrigem HDI und einem hohen Anteil junger Menschen die höchsten jährlichen Wirtschaftswachstumsraten (IIASA 2008). Bei dieser Analyse wird ein Datensatz verwendet, bei dem die Bevölkerung eines jeden Landes nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand aufgeschlüsselt wird. Auf diese Weise kann der Bevölkerungsanteil jeder Fünfjahreskohorte anhand der Kriterien keine Bildung, Primarschulbildung, Sekundarschulbildung oder Hochschulbildung beschrieben werden. Diese Bildungsabschlüsse können auch nach Geschlechtern differenziert werden. Der Anteil jeder Fünfjahreskohorte an der Bevölkerung ändert sich mit den Trends bei Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Migrationsraten. Der Anteil der jungen, erwerbsfähigen und älteren Bevölkerung wird sich daher mit der Zeit ebenfalls verändern.

40 Dieser Ansatz steht im Einklang mit den Millenniumsentwicklungszielen und der Initiative Bildung für Alle. Dieses Szenario wird von mehreren zentralen Zielvorgaben bestimmt: möglichst weltweite (99 Prozent) Grundschulbildung bis 2015, 50 Prozent Absolventen der Sekundarstufe I bis 2030 und 90 Prozent bis 2030, und 60 Prozent Hochschulabsolventen bis 2050.

41 Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Lutz und KC (2013).

42 UNDESA 2007. Es ist unwahrscheinlich, dass die wirtschaftlichen Folgen einer alternden Bevölkerung in entwickelten Ländern durch internationale Migration abgemildert werden können, denn die Anzahl an Migranten, die gebraucht würde, ist wesentlich höher als politisch durchsetzbar ist. Gemäß Szenario III der Studie liegt das Niveau der Migration, das erreicht werden müsste, um den erwarteten Anstieg der älteren Bevölkerung in den Jahren 1995 bis 2050 aufzufangen, im Vereinigten Königreich bei einer Netto-Einwanderung von 1,1 Millionen Menschen jährlich, in Frankreich bei 1,7 Millionen und in Japan und den Vereinigten Staaten jeweils bei 10 Millionen.

43 Becker, Murphy und Tamura 1990; Galor 2006, Bloom, Canning und Sevilla 2003; Bloom et al. 2009.

44 Bloom et al. 2012. In Afrika südlich der Sahara liegt der Jugendquotient in den ärmsten 20 Prozent der Haushalte bei 1,07, in den reichsten 20 Prozent jedoch bei 0,72. In Lateinamerika liegt der Quotient in den ärmsten Haushalten bei 0,91, in den reichsten bei 0,57.

45 Eine Debatte über die wichtigsten Ergebnisse der Studie von Bloom et al. (2012) findet sich in The Economist (2012b).

46 Hausmann und Székely (2001) fanden heraus, dass der demografische Übergang in Lateinamerika die vorhandenen Trends im Hinblick auf Ungleichheit noch verstärkte. Durch einen schnelleren und früheren demografischen Wandel in den reichsten Bevölkerungsschichten wurde die Kluft zwischen arm und reich dort noch größer. Untersuchungen von Giroux (2008) ergaben, dass mit dem Sinken der Fruchtbarkeitsrate auf nationaler Ebene die Ungleichheit zugenommen hat, obwohl die Fruchtbarkeitsunterschiede, die mit der Bildung in Zusammenhang gebracht werden, in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara relativ stabil geblieben sind. Die Untersuchungen zeigen, dass Veränderungen der Bildungszusammensetzung der Bevölkerung für die jüngsten Veränderungen der reproduktiven Ungleichheit in der Region verantwortlich sind.

47 Bloom et al. 2012.

48 World Bank 2011c.

49 In vielen Ländern wird diese geringe Chance in einigen Jahrzehnten vertan sein, wenn das derzeitige Renteneinstiegsalter nicht geändert wird. Das deutet darauf hin, dass in vielen Ländern, in denen der Alterungsprozess der Bevölkerung schnell vonstatten geht, wichtige Diskussionen über das Renteneinstiegsalter stattfinden werden.

50 Im vorangegangenen Abschnitt haben wir erörtert, welche Rolle die Migration für die demografischen Trends spielt; hier geht es mehr um die Rolle der Migration insgesamt, da sie hier voll in ein Modell integriert ist, bei dem demografische Trends nur ein Teil der verschiedenen Module sind, die in den erwähnten Prognosen verwendet werden. Siehe Pardee Center for International Futures (2012).

Kapitel 5

1 Die Doha-Runde für Handelsgespräche bei der Welthandelsorganisation ist seit 2008 völlig zum Stillstand gekommen (Castle und Landler 2008; WTO o.J.). Bei der 18. Vertragsstaatenkonferenz des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Doha wurde im Dezember 2012 das Kyoto-Protokoll, das wichtigste rechtsverbindliche globale Abkommen zum Klimawandel, bis 2020 verlängert. Die beteiligten Länder bekräftigten dabei ihre Entschlossenheit, im Jahr 2015 ein neues „Protokoll, anderes rechtliches Instrument oder vereinbartes Ergebnis mit rechtlicher Wirkung" zu verabschieden, das ab 2020 in Kraft treten soll. Allerdings wurde eine Vereinbarung über die Struktur des neuen Protokolls und die Finanzierungsmechanismen auf das folgende Jahr vertagt (Broder 2012; Harvey 2012).

2 Heller 2013.

3 Globale öffentliche Güter sind solche, die sich über Ländergrenzen hinweg auswirken. Wenn nationale Regierungen und genauso auch Märkte auf eigene Faust handeln, sind sie nicht in der Lage, ausreichende Mengen von globalen öffentlichen Gütern zu produzieren; vielmehr bedarf es eines kollektiven, zwischenstaatlichen Handelns. In einer Welt, in der Handel, Kapitalströme, ökologische Ressourcen und Umweltverschmutzung zunehmend über nationale Grenzen hinaus wirken, wird eine multilaterale Zusammenarbeit bei der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter ausschlaggebend für die menschliche Entwicklung (Kaul 2012).

4 Während bilaterale Übereinkommen manchmal den schwächeren Partner benachteiligen können, können regionale Übereinkommen dabei helfen, ärmeren Regionen bei ihren Verhandlungen mit reicheren Regionen den Rücken zu stärken.

5 Man nennt dies Handelsumlenkung. Eine Senkung von Zollschranken, die zu mehr Handel führt, nennt man Handelsschaffung. Siehe Krugman (1991).

6 Siehe Krugman (1991), der weiterhin argumentiert, dass sich dies unter dem Strich aller Voraussicht nach nicht negativ auf die weltweite Effizienz auswirken wird, und zwar deshalb, weil die Handelsblöcke aus geographischen Nachbarn bestehen. Da diese Länder auch ohne besondere Übereinkommen natürliche Handelspartner wären, ergeben sich aus der Handelsumlenkung nur geringe Verluste, während Handelsschaffung erhebliche Zugewinne bringt.

7 Das Multilateralisieren von Regionalismus macht die Harmonisierung einer Vielzahl von Handelsbestimmungen (wie z.B. unterschiedlicher Ursprungsregeln zur Feststellung der Ursprungseigenschaft) sowie die Ausweitung regionaler Vereinbarungen erforderlich, um so viele Entwicklungsländer wie möglich als Partner miteinzubeziehen.Diese Ideen stützen sich auf Baldwin (2007).

8 Die Internationale Organisation für Migration, die nicht dem UN-System angehört, ist die internationale Institution mit der am weitesten reichenden Zuständigkeit in Migrationsfragen. Mit ihren 146 Mitgliedstaaten ist sie zu einem immer gewichtigeren Forum für Diskussionen über die weltweite Migration geworden.

9 UNDP 2009.

10 Hansen 2010.

11 Betts et al. 2013.

12 King, Richards und Tyldesley 2011.

13 UNDP 2011a.

14 Han 2012.

15 Leape 2012.

16 Leape 2012.

17 Romero und Broder 2012.

18 Glennie 2011.

19 (OECD 2011c).

20 G8 2005.

21 Ocampo 2010.

22 Ansprachen der Regierungschefs vor der Generalversammlung vom 25. Sept. bis 1. Okt.: UN News Service http://www.un.org/news/.

23 Beim Gipfel der Gruppe der Zwanzig, der 2012 in Los Cabos stattfand, gaben Brasilien, China, Indien, die Russische Föderation und Südafrika bekannt, dass sie einen Beitrag von 75 Milliarden US-Dollar zu den Ressourcen des Internationalen Währungsfonds leisten werden. Diese Mittel sind an verschiedene Bedingungen geknüpft. Sie dürfen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die vorhandenen Ressourcen bereits in erheblichem Umfang verbraucht wurden. Die Gelder wurden auch in der Erwartung bewilligt, dass „alle Reformen, die 2010 vereinbart wurden, einschließlich einer umfassenden Reform des Stimmrechts und einer Reform der Stimmenanteile, zügig und in vollem Umfang umgesetzt werden". Chowla (2012).

24 Heller 2013.

25 Das Video wurde bisher über 100 Millionen Mal aufgerufen und ist damit eines der „viralsten" Videos aller Zeiten.

26 Chandhoke 2005; Heller 2013.

27 Dies kann viele Formen annehmen – restriktive Gesetze über Nichtregierungsorganisationen, Devisen- und Besteuerungsregelungen, Registrierungsanforderungen und Ähnliches – und wird von Regierungen u.a. mit Gründen wie der nationalen Sicherheit, mangelnder Buchführung von Nichtregierungsorganisationen, Koordination und Kontrolle gerechtfertigt. Das International Center for Nonprofit Law sowie CIVICUS analysieren laufend weltweit diese Situation und berichten darüber.

28 Castells 2003; Burawoy 2003.

29 Der britische Politologe Andrew Dobson hat die Idee einer „ökologischen Staatsbürgerschaft" entwickelt. Eine ökologische Denkweise beinhaltet einen weit gefassten Begriff von Staatsbürgerschaft, die das Ziel einer Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks mit einschließt. Eine ökologische Staatsbürgerschaft geht über die persönliche Verantwortung des Einzelnen hinaus, da im ökologischen Denken die Bürger genauso als Produkte ihrer Gemeinwesen (und deren Ökosysteme) wie auch als Einflüsse darauf betrachtet werden (Revkin 2012).

30 Chorev 2012.

31 Grabel 2013. Eine nützliche Zusammenfassung findet sich auch in Lamberte und Morgan (2012).

32 Reserve Bank of India 2012.

33 Grabel 2013.

34 Ocampo und Titelman 2009.

35 Grabel 2013.

36 Die Bank des Südens wurde 2007 durch den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez angeregt und 2009 offiziell gegründet. Ursprünglich waren für sie sehr umfassende Aufgaben vorgesehen, doch ihr Zuständigkeitsbereich wurde bis zu ihrer Gründung im Jahr 2009 auf die Projektfinanzierung in der südamerikanischen Region eingeengt (Chin 2010). Über ihre genauen Funktionen und Ziele wird unter den Mitgliedsländern noch debattiert.

37 OECD 2010a.

38 Baldwin 2006.

39 Siehe United Nations Security Council (2011), darin enthalten die Konzeptnotiz über verantwortungsvollen Schutz, wie sie von der brasilianischen Regierung entwickelt wurde.

40 India Ministry of External Affairs 2012.

41 Bhattacharya, Romani und Stern 2012.

42 Bhattacharya, Romani und Stern 2012.

43 Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Daten aus World Bank (2012a) über die durchschnittlichen Ausgaben für jedes Land in der Region zwischen 2005 und 2010.

44 Auf der Grundlage von Berechnungen des HDR-Büros unter Rückgriff auf Daten über internationale Reserven aus World Bank (2012a). Angesichts der Tatsache, dass internationale Reserven eine bedeutende Rolle bei der Geld- und Wechselkurspolitik spielen, wäre es vielleicht zu gewagt zu erwarten, dass ein größerer Teil der Reserven für andere Verwendungszwecke bereitgestellt wird.

45 Von einigen Seiten kam der Vorschlag für eine globale Infrastrukturinitiative, bei der die reichen Länder Investmentfonds in Entwicklungsländer umlenken und damit größere Renditen erzielen als sie es in ihrem eigenen Land könnten (Harding 2012). Der gleiche Grundsatz gilt für Investitionen durch Schwellenländer.

46 Bolton, Samama und Stiglitz 2011. Norwegen hat außerdem Brasilien 1 Milliarde US-Dollar für dessen Maßnahmen gegen die Entwaldung angeboten, allerdings nicht durch seinen Staatsfonds.

47 Auch öffentlich-private Partnerschaften und Initiativen auf Gemeinwesenebene können dazu beitragen, Umfang und Wirkung von Investitionen aus Staatsfonds zu erweitern.

48 Siehe Hamdani (2012) und South Commission (1990).

49 Nach Jahren informeller Gespräche zwischen Staatsführern aus dem Süden wurde 1987 die Südkommission (South Commission) förmlich ins Leben gerufen. Der Bericht der Südkommission (1990) hob hervor, dass Entwicklungsländer viele Probleme und viele Erfahrungen miteinander gemein haben. Er kam zu dem Schluss, dass der Süden auf globaler Ebene nicht gut organisiert sei und es ihm nicht gelungen sei, seine geballte Kompetenz, Erfahrung und Verhandlungsmacht wirksam zu mobilisieren. Der Bericht sprach praktische Empfehlungen dazu aus, was die zuständigen politischen Entscheidungsträger unternehmen sollten.

50 Mwase und Yang 2012

51 OECD 2010a

Bibliografie

Abdurazakov, A., A. Minsat, and J. Pineda. 2013. "Implications of Education Policies in a Country's Demographic Prospects: Detailed Analysis of Demographic Trends Based on Projections by Lutz and KC." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Abe, M. 2006. "The Developmental State and Educational Advance in East Asia." *Educate* 6 (1): 6–12.

ADB (Asian Development Bank). 2009. *Annual Report 2009*. Vol. 1. Manila. www.adb.org/documents/adb-annual-report-2009. Accessed 15 May 2012.

AfDB (African Development Bank), OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development), UNDP (United Nations Development Programme), and UNECA (United Nations Economic Commission for Africa). 2011. *African Economic Outlook 2011: Africa and Its Emerging Partners*. Paris and Tunis.

———. 2012. *African Economic Outlook 2012: Promoting Youth Employment*. Paris and Tunis.

Agosin, M. 1997. "Trade and Growth in Chile: Past Performance and Future Prospects." United Nations Economic Commission for Latin America, International Trade Unit, Santiago. www.eclac.org/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/4/4234/P4234.xml&xsl=/comercio/tpl-i/p9f.xsl&base=/comercio/tpl/top-bottom.xsl. Accessed 15 May 2012.

Ahluwalia, M.S. 2002. "Economic Reforms in India since 1991: Has Gradualism Worked?" *Journal of Economic Perspectives* 16 (3): 67–88.

Akyuz, Y. 2012. "The Staggering Rise of the South." Research Paper 44. South Center, Geneva.

Aleksynska, M., and O. Havrylchyk. 2011. "FDI from the South: The Role of Institutional Distance and Natural Resources." Working Paper 2011-05. Centre D'Études Prospectives et D'Informations Internationales, Paris. www.cepii.fr/anglaisgraph/workpap/pdf/2011/wp2011-05.pdf. Accessed 15 May 2012.

Ali, S., and U. Dadush. 2012. *In Search of the Global Middle Class: A New Index*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace. http://carnegieendowment.org/files/middle_class-edited.pdf. Accessed 4 October 2012.

AMRO (ASEAN+3 Macroeconomic Research Office). 2012. "The Joint Statement of the 15th ASEAN+3 Finance Ministers and Central Bank Governors' Meeting." Manila. www.amro-asia.org/wp-content/uploads/2012/05/120503AFMGM+3-JS.pdf. Accessed 31 May 2012.

Anand, S., and P. Segal. 2008. "What Do We Know about Global Income Inequality?" *Journal of Economic Literature* 46: 57–94.

Anderson, L. 2011. "Demystifying the Arab Spring: Parsing the Differences between Tunisia, Egypt, and Libya." *Foreign Affairs* 90 (3): 2–7.

APRI (Asia Pacific Regional Human Development Reports Initiative). 2003. "Potential and Challenges in Human Development Reporting." Report of the UNDP Training Workshop, 24–26 September 2003, Colombo, Sri Lanka. UNDP Asia-Pacific Regional Centre, Bangkok.

Arrighi, G. 2007. "China's Market Economy in the Long Run." In Ho-Fung Hung, ed., *China and the Transformation of Global Capitalism*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.

Athukorala, P. 2011. "Production Networks and Trade Patterns in East Asia: Regionalization or Globalization?" *Asian Economic Papers* 10 (1): 65–95.

Athukorala, P., and S. Waglé. 2011. "Foreign Direct Investment in Southeast Asia: Is Malaysia Falling Behind?" *ASEAN Economic Bulletin* 28 (2): 115–33.

Atkinson, A. 2011. "Public Economics after the Idea of Justice." 1st Annual Amartya Sen Lecture, 5 September, The Hague, The Netherlands. www.ethicsandtechnology.eu/images/uploads/1stAnnualAmartyaSenLecture_TonyAtkinson.pdf. Accessed 15 May 2012.

———. 2012. "Public Economics in an Age of Austerity." Agnar Sandmo Lecture, 12 January, Norwegian School of Economics and Business Administration, Bergen, Norway.

Atsmon, Y., P. Child, R. Dobbs, and L. Narasimhan. 2012. "Winning the $30 Trillion Decathlon: Going for Gold in Emerging Markets." *McKinsey Quarterly*, August. www.mckinseyquarterly.com/Winning_the_30_trillion_decathlon_Going_for_gold_in_emerging_markets_3002. Accessed 15 August 2012.

Ayadi, M., G. Boulila, M. Lahoulel, and P. Montigny. 2005. "Pro-Poor Growth in Tunisia." International Development and Strategies, Paris.

Baer, W. 2008. *The Brazilian Economy: Growth and Development*. Boulder, CO: Lynne Rienner Publishers.

Baldwin, R.E. 2004. "Openness and Growth: What's the Empirical Relationship? In R.E. Baldwin and L.A. Winters, eds., *Challenges to Globalization: Analyzing the Economics*. Chicago, IL: University of Chicago Press. www.nber.org/chapters/c9548.pdf. Accessed 6 August 2012.

———. 2006. "Multilateralizing Regionalism: Spaghetti Bowls as Building Blocks on the Path to Global Free Trade." *World Economy* 29 (11): 1451–1518.

———. 2007. "Ideas for a WTO Action Plan on Regionalism: Implications for Asia." Post-event Statement. Asian Development Bank Institute Distinguished Speaker Seminar, 26 November, Tokyo. www.adbi.org/event/2366.dance.east.asia.reflections/. Accessed 23 October 2012.

Barro, R.J., and J.-W. Lee. 2010. Educational Attainment Dataset. www.barrolee.com. Accessed 5 May 2012.

Becker, G., K. Murphy, and R. Tamura. 1990. "Human Capital, Fertility, and Economic Growth." *Journal of Political Economy* 98 (5): S12–S37.

Beeston, K. 2012. "Time for Democracy 2.0? The Launch of the Manifesto For A Global Democracy." *Global Policy Journal*, 5 July. www.globalpolicyjournal.com/blog/05/07/2012/time-democracy-20-launch-manifesto-global-democracy. Accessed 28 December 2012.

Bera, S., and S. Gupta. 2009. "South-South FDI vs. North-South FDI: A Comparative Analysis in the Context of India." Working Paper 238. Indian Council of Research in International Economic Relations, New Delhi. www.icrier.org/pdf/WorkingPaper238.pdf. Accessed 15 May 2012.

Berg, J., and S. Cazes. 2007. "The Doing Business Indicators: Measurement Issues and Political Implications." Economic and Labour Market Paper 2007/6. International Labour Organization, Geneva.

Bertrand, M., and S. Mullainathan. 2003. *Are Emily and Greg More Employable than Lakisha and Jamal? A Field Experiment on Labor and Market Discrimination*. Working Paper 9873. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. www.nber.org/papers/w9873. Accessed 15 May 2012.

Betts, A., J. Prantl, D. Sridhar, and N. Woods. 2013. "Transforming Global Governance for the Twenty-First Century." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York. www.spp.nus.edu.sg/docs/HDR-GEG2012-LKYSPP.pdf. Accessed 15 May 2012.

Bhagwati, J., and Srinivasan, T. 2001. "Outward-Orientation and Development: Are Revisionists Right?" In D. Lal and R. Snape, eds., *Trade, Development, and Political Economy*. London: Palgrave.

Bhattacharya, A., M. Romani, and N. Stern. 2012. "Infrastructure for Development: Meeting the Challenge." Centre for Climate Change Economics and Policy, London. www.cccep.ac.uk/Publications/Policy/docs/PP-infrastructure-for-development-meeting-the-challenge.pdf. Accessed 15 May 2012.

Bird, L.A. 1981. *Costa Rica: A Country without an Army*. Bolton, UK: Leeds Northern Friends Peace Board.

Bland, B. 2012. "Vietnam's Factories Grapple with Growing Unrest." *Financial Times*, 19 January. www.ft.com/intl/cms/s/0/67380b5c-427e-11e1-97b1-00144feab49a.html. Accessed 21 December 2012.

Blanden, J., A. Goodman, P. Gregg, and S. Machin. 2005. "Changes in Intergenerational Income Mobility in Britain." In M. Corak, ed., *Generational Income Mobility in North America and Europe*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.

Blinder, A. 2006. "Offshoring: The Next Industrial Revolution?" *Foreign Affairs* 85 (2): 113.

Block, F. 2008. "Swimming Against the Current: The Rise of a Hidden Developmental State in the United States." *Politics and Society* 36 (2): 169–206.

———. 2013. "Can the Path of the World's Richer Nations be Sustained? The Future of the U.S. Model." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Bloom, D.E., D. Canning, G. Fink, and J.E. Finlay. 2009. "Fertility, Female Labor Force Participation, and the Demographic Dividend." *Journal of Economic Growth* 14 (2): 79–101.

———. 2012. "Microeconomic Foundations of the Demographic Dividend." Working Paper 93. Harvard University, Program on the Global Demography of Aging, Cambridge, MA. www.hsph.harvard.edu/pgda/WorkingPapers/2012/PGDA_WP_93.pdf. Accessed 27 December 2012.

Bloom, D.E., D. Canning, and J. Sevilla. 2003. *The Demographic Dividend: A New Perspective on the*

Economic Consequences of Population Change. Santa Monica, CA: Rand Corporation.

———. **2007.** "The Effect of Health on Economic Growth: A Production Function Approach." Working Paper 28. Harvard University, Program on the Global Demography of Aging, Cambridge, MA. www.hsph.harvard.edu/pgda/WorkingPapers/2007/PGDA_WP_28.pdf. Accessed 10 August 2012.

Bolton, P, F. Samama, and J. Stiglitz. 2011. *Sovereign Wealth Funds and Long-Term Investing*. New York: Columbia University Press.

Bourguignon, F., F.H.G. Ferreira, and M. Menéndez. 2007. "Inequality of Opportunity in Brazil." *Review of Income and Wealth* 53 (4): 585–618.

Bourguignon, F., and C. Morrisson. 2002. "Inequality among World Citizens: 1820–1992." *American Economic Review* 92 (4): 727–744.

BRAC. n.d. "About BRAC Bangladesh." www.brac.net/content/about-brac-bangladesh. Accessed 15 May 2012.

Bradsher, K. 2010. "China Leading Global Race to Make Clean Energy." *The New York Times*, 30 January. www.nytimes.com/2010/01/31/business/energy-environment/31renew.html. Accessed 15 May 2012.

Branczik, A. 2004. "Humanitarian Aid and Development Assistance." Beyond Intractability. www.beyondintractability.org/bi-essay/humanitarian-aid. Accessed 15 May 2012.

Bräutigam, D. 2009. *The Dragon's Gift: The Real Story of China in Africa*. Oxford, UK: Oxford University Press.

Bremmer, I. 2012. "Africa and the Power of the Pivot." *The New York Times*, 14 May. www.nytimes.com/2012/05/15/opinion/africa-and-the-power-of-the-pivot.html. Accessed 15 May 2012.

Broder, J.M. 2012. "Climate Talks Yield Commitment to Ambitious, but Unclear, Actions." *The New York Times*, 8 December. www.nytimes.com/2012/12/09/science/earth/talks-on-climate-produce-promises-and-complaints.html. Accessed 8 December 2012.

Brookings Institution. 2012. "Middle Class Measures." Development, Aid and Governance Indicators. Washington, DC. www.brookings.edu/research/interactives/development-aid-governance-indicators. Accessed 4 October 2012.

Burawoy, M. 2003. "For A Sociological Marxism: The Complementary Convergence of Antonio Gramsci and Karl Polanyi." *Politics and Society* 31 (2): 193–261.

Burd-Sharp, S., and K. Lewis. 2010. *The Measure of America 2010–2011: Mapping Risks and Resilience*. New York: NYU Press.

Cammett, M. 2007. "Business-Government Relations and Industrial Change: The Politics of Upgrading in Morocco and Tunisia." *World Development* 35 (11): 1889–1903.

Campante, F., and D. Chor. 2012. "Why Was the Arab Spring Poised for Revolution? Schooling, Economic Opportunities, and the Arab Spring." *Journal of Economic Perspectives* 26 (2): 167–188.

Castells, M. 2003. *The Power of Identity*. Malden, MA: Blackwell.

Castle, S., and M. Landler. 2008. "After 7 Years, Talks Collapse on World Trade." *The New York Times*, 30 July.

Celasun, M. 1994. "Trade and Industrialization in Turkey: Initial Conditions, Policy and Performance in the 1990s." In G. Helleiner, ed., *Trade and Industrialization in Turbulent Times*. London: Routledge.

Center for Systemic Peace. 2012. "Global Conflict Trends: Measuring Systemic Peace." Vienna, VA. www.systemicpeace.org/conflict.htm. Accessed 15 May 2012.

Chandhoke, N. 2009. "What Is the Relationship Between Participation and Representation?" In O. Törnquist, N. Webster, and K. Stokke, eds. *Rethinking Popular Representation*. New York: Palgrave Macmillan.

Chang, H.J. 2010. "How to 'Do' a Developmental State: Political, Organizational and Human Resource Requirements for the Developmental State." In O. Edigheji, ed., *Constructing a Democratic Developmental State in South Africa, Potentials and Challenges*. Cape Town: HSRC Press.

Chen, S., and M. Ravallion. 2012. "More Relatively-Poor People in a Less Absolutely-Poor World." Policy Research Working Paper 6114. Washington, DC, World Bank.

Cheng, H., Y. Hu, and J. Zhao. 2009. "Meeting China's Water Shortage Crisis: Current Practices and Challenges. *Environmental Science & Technology* 43 (2): 240–244.

Chibber, V. 1999. "Building a Developmental State: The Korean Case Reconsidered." *Politics & Society* 27 (3): 309–346.

Chin, G. 2010. "Remaking the Architecture: The Emerging Powers, Self-Insuring and Regional Insulation." *International Affairs* 86 (3): 693–715.

———. **2012.** "Responding to the Global Financial Crisis: The Evolution of Asian Regionalism and Economic Globalization." Working Paper 343. Asian Development Bank Institute, Tokyo. www.adbi.org/working-paper/2012/01/31/4846.gfc.evolution.asian.regionalism.economic.globalization/. Accessed 15 May 2012.

***China Daily*. 2012.** "Overseas M&A Deals Hit $43b in 2011." 27 February. www.chinadaily.com.cn/bizchina/2012-02/27/content_14703801.htm. Accessed 15 May 2012.

Chorev, N. 2012. *The World Health Organization between North and South*. Ithaca, NY: Cornell University Press.

Chowla, P. 2012. "Spotlight G20: Does BRICS Money for the IMF Mean They Are Bailing Out Europe?" 21 June. Triple Crisis: Global Perspectives on Finance, Development, and Environment. http://triplecrisis.com/spotlight-g-20-does-brics-money-for-the-imf-mean-they-are-bailing-out-europe/. Accessed 8 December 2012.

Chuhan-Pole, P., and M. Angwafo, eds. 2011. *Yes Africa Can: Success Stories From A Dynamic Continent*. Washington, DC: World Bank. http://siteresources.worldbank.org/AFRICAEXT/Resources/258643-1271798012256/YAC_Consolidated_Web.pdf. Accessed 10 August 2012.

Ciorciari, J. 2011. "Chiang Mai Initiative, Multilateralization International Politics and Institution-Building in Asia." *Asian Survey* 51 (5): 926–952.

Clapp, R.A. 1995. "Creating Comparative Advantage: Forest Policy as Industrial Policy in Chile." *Economic Geography* 71 (3): 273–296.

Cleland, J. 2002. "Education and Future Fertility Trends with Special Reference to Mid-Transitional Countries." United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division, New York. www.un.org/esa/population/publications/completingfertility/RevisedCLELANDpaper.PDF. Accessed 15 May 2012.

Cochrane, S.H. 1979. *Fertility and Education: What Do We Really Know?* Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.

Commission on Growth and Development. 2008. *The Growth Report: Strategies for Sustained Growth and Inclusive Development*. Washington, DC: World Bank.

Cornia, G.A. 2004. *Inequality, Growth and Poverty in an Era of Liberalization and Globalization*. Oxford, UK: Oxford University Press.

Dahal, S.H., H. Gazdar, S.I. Keethaponcalan, and P. Murthy. 2003. "Internal Conflict and Regional Security in South Asia." United Nations Institute for Disarmament Research, Geneva. www.unidir.org/pdf/ouvrages/pdf-1-92-9045-148-3-en.pdf. Accessed 15 May 2012.

Dalton, R., A. Van Sickle, and S. Weldon. 2010. "The Individual–Institutional Nexus of Protest Behaviour." *British Journal of Political Science* 40 (1): 51–73.

Daniell, J., and A. Vervaeck. 2012. "Damaging Earthquakes Database 2011—the Year in Review." Center for Disaster Management and Risk Reduction Technology, Potsdam, Germany. http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full_Report_3285.pdf.

Das, G. 2000. *India Unbound: The Social and Economic Revolution from Independence to the Global Information Age*. New York: Anchor Books.

Davies, J.E. 2011. "Washington's Growth and Opportunity Act or Beijing's Overarching Brilliance: Will African Governments Choose Neither?" *Third World Quarterly* 32 (6): 1147–1163.

De Hoyos, R., J.M. Martínez de la Calle, and M. Székely. 2009. "Education and Social Mobility in Mexico." Mexico Education Ministry, Mexico City. www.pegnet.ifw-kiel.de/activities/de_hoyos_de_la_calle_szekely2009.pdf. Accessed 15 May 2012.

Deloitte. 2011. "The Connected Archipelago: The Role of the Internet in Indonesia's Economic Development." Deloitte Access Economics, Sydney. www.deloitte.com/view/en_gx/global/bde64a5db2134310VgnVCM1000001a56f00aRCRD.htm. Accessed 15 May 2012.

———. **2012a.** "Lateral Trades, Breathing Fire into the BRICS: China Outbound M&A Activity into Brazil, Russia, India and South Africa." China Services Group, Beijing. www.deloitte.com.mx/documents/BoletinFactorChina/LateralTrades-BreathingFireintotheBRICS-English.pdf. Accessed 21 June 2012.

———. **2012b.** "Turkish Outbound M&A." Corporate Finance, Istanbul. www.deloitte.com/assets/Dcom-Turkey/Local%20Assets/Documents/turkey_tr_mnaoutbound_27012012.pdf. Accessed 10 May 2012.

DeLong, J.B. 2004. "India since Independence: An Analytic Growth Narrative." In D. Rodrik, ed., *Modern Economic Growth: Analytical Country Studies*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Diamond, I., M. Newby, and S. Varle. 1999. "Female Education and Fertility: Examining the Links." In C. Bledsoe, J. Casterline, J. Johnson-Kuhn, and J. Haaga, eds., *Critical Perspectives on Schooling and Fertility in the Developing World*. Washington, DC: National Academy of Science Press.

Dobbs, R., J. Remes, J. Manyika, C. Roxburgh, S. Smit, F. Schaer. 2012. *Urban World: Cities and the Rise of the Consuming Class*. New York: McKinsey Global Institute. www.mckinsey.com/insights/mgi/research/urbanization/

urban_world_cities_and_the_rise_of_the_consuming_class. Accessed 28 August 2012.

Dolan, P., R. Layard, and R. Metcalfe. 2011. *Measuring Subjective Well-Being for Public Policy.* London: UK Office for National Statistics.

Dollar. D. 1992. "Outward-Oriented Developing Countries Really Do Grow More Rapidly: Evidence from 95 LDCs, 1976–85." *Economic Development and Cultural Change* 40 (30): 523–544.

Done, K. 2011. "Embraer Faces Headwinds." *Financial Times*, 10 October.

Drèze, J., and M. Murthi. 1999. "Fertility, Education and Development: Further Evidence from India." Research Paper DEDPS20. London School of Economics, Suntory and Toyota Centres for Economics and Related Disciplines, London, UK.

Duhigg, C., and K. Bradsher. 2012. "How the U.S. Lost Out on iPhone Work." *The New York* Times, 21 January. www.nytimes.com/2012/01/22/business/apple-america-and-a-squeezed-middle-class.html. Accessed 22 January 2012.

Duhigg, C., and S. Greenhouse. 2012. "Electronic Giant Vowing Reforms in China Plants." *The New York Times*, 30 March. www.nytimes.com/2012/03/30/business/apple-supplier-in-china-pledges-changes-in-working-conditions.html. Accessed 15 May 2012.

***The Economist*. 2011a.** "The Magic of Diasporas." 19 November. www.economist.com/node/21538742. Accessed 15 May 2012.

———. 2011b. "South-North FDI: Role Reversal." 24 September. www.economist.com/node/21528982. Accessed 15 May 2012.

———. 2012a. "Indian Takeovers Abroad: Running with the Bulls." 3 March. www.economist.com/node/21548965. Accessed 15 May 2012.

———. 2012b. "Points of Light." 14 July. www.economist.com/node/21558591. Accessed 4 November 2012.

Edigheji, O. 2010. *Constructing a Democratic Developmental State in South Africa: Potentials and Challenges.* Cape Town: HSRC Press.

Edwards, S. 1998. "Openness, Productivity, and Growth: What Do We Really Know?" *Economic Journal* 108 (447): 383–398.

Elson, D. 2002. "Gender Justice, Human Rights and Neo-liberal Economic Policies." In M. Molyneux and S. Razavi, eds., *Gender Justice, Development and Rights.* Oxford, UK: Oxford University Press.

Engerman, S.L., and K.L. Sokoloff. 2002. *Factor Endowments, Inequality, and Paths of Development among New World Economics.* Working Paper 9259. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. www.nber.org/papers/w9259. Accessed 15 May 2012.

Essama-Nssah, B. 2011. "Achieving Universal Primary Education through School Fee Abolition: Some Policy Lessons from Uganda." In P. Chuhan-Pole and M. Angwafo, eds., *Yes Africa Can: Success Stories From A Dynamic Continent.* Washington, DC: World Bank. http://siteresources.worldbank.org/AFRICAEXT/Resources/258643-1271798012256/YAC_Consolidated_Web.pdf. Accessed 10 August 2012.

Estevadeordal, A., B. Frantz, and A.M. Taylor. 2003. "The Rise and Fall of World Trade, 1870–1939." *Quarterly Journal of Economics* 2 (118): 359–407.

Evans, P.B. 2010. "Constructing the 21st Century Developmental State: Potentialities and Pitfalls." In O. Edigheji, ed., *Constructing a Democratic Developmental State in South Africa: Potentials and Challenges.* Cape Town: HSRC Press.

Fan, S., B. Nestorova, and T. Olofinbiyi. 2010. "China's Agricultural and Rural Development: Implications for Africa." China–Development Assistance Committee Study Group on Agriculture, Food Security and Rural Development, 27–28 April, Bamako. www.ifpri.org/sites/default/files/publications/chinaafricadac.pdf. Accessed 23 October 2012.

Fan, S., and A. Saurkar. 2006. "Public Spending in Developing Countries: Trends, Determination, and Impact." World Bank, Washington, DC. http://siteresources.worldbank.org/EXTRESPUBEXPANAAGR/Resources/ifpri2.pdf. Accessed 23 October 2012.

Felbermayr, G.J., and B. Jung. 2009. "The Pro-Trade Effect of the Brain Drain: Sorting Out Confounding Factors." *Economics Letters* 104 (2): 72–75.

Fine, D., A. van Wamelen, S. Lund, A. Cabral, M. Taoufiki, N. Dörr, A. Leke, C. Roxburgh, J. Schubert, and P. Cook. 2012. *Africa at Work: Job Creation and Inclusive Growth.* New York: McKinsey Global Institute. www.mckinsey.com/insights/mgi/research/africa_europe_middle_east/africa_at_work. Accessed 23 September 2012.

FitzGerald, V., F. Stewart, and R. Venugopal. 2006. *Globalization, Violent Conflict and Self-Determination.* Basingstoke: UK: Palgrave Macmillan.

Foley, C.F., and W. R. Kerr. 2011. "Ethnic Innovation and U.S. Multinational Firm Activity." Working Paper 12-006. Harvard Business School, Cambridge, MA. www.people.hbs.edu/ffoley/foleykerr.pdf. Accessed 15 May 2012.

Foster, M., and P. Mijumbi. 2002. "How, When and Why Does Poverty Get Budget Priority: Poverty Reduction Strategy and Public Expenditure in Uganda." Case Study 1. Working Paper 163. Overseas Development Institute, London. www.odi.org.uk/resources/docs/2061.pdf. Accessed 15 May 2012.

Frankel, J.A., and D. Romer. 1999. "Does Trade Cause Growth?" *American Economic Review* 89 (3) 379–399.

Frenk, J., O. Gómez-Dantés, and F.M. Knaul. 2009. "The Democratization of Health in Mexico: Financial Innovations for Universal Coverage." *Bulletin of the World Health Organization* 87 (7): 542–548.

Fu, X. 2008. "Foreign Direct Investment, Absorptive Capacity and Regional Innovation Capabilities in China." *Oxford Development Studies* 36 (1): 89–110.

Fukuda-Parr, S. 2003. "The Human Development Paradigm: Operationalizing Sen's Ideas on Capabilities." *Feminist Economics* 19 (2–3: 301–317.

Fukuda Parr, S., C. Lopes, and K. Malik. 2002. "Overview. Institutional Innovations for Capacity Development." In *Capacity for Development: New Solutions to Old Problems.* London: Earthscan.

G8 (Group of Eight). 2005. "The Gleneagles Communiqué: Climate Change, Energy and Sustainable Development." 8 July. www.unglobalcompact.org/docs/about_the_gc/government_support/PostG8_Gleneagles_Communique.pdf. Accessed 15 May 2012.

Gallup. 2012. Gallup World Poll Database. http://worldview.gallup.com. Accessed 15 May 2012.

Galor, O. 2006. "Economic Growth in the Very Long-Run." Working Paper 2006-16. Brown University, Department of Economics, Providence, RI.

Giroux, S.C. 2008. "Child Stunting Across Schooling and Fertility Transitions: Evidence from Sub-Saharan Africa." DHS Working Paper 57. United States Agency for International Development, Washington, DC. http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PNADM570.pdf. Accessed 21 December 2012.

Glennie, J. 2011. "Busan Has Been an Expression of Shifting Geopolitical Realities." *The Guardian*, 2 December. www.guardian.co.uk/global-development/poverty-matters/2011/dec/02/busan-shifting-geopolitical-realities. Accessed 15 May 2012.

Glewwe, P., and A.L. Kassouf. 2008. "The Impact of the Bolsa Escola/Família: Conditional Cash Transfer Program on Enrollment, Grade Promotion and Drop-Out Rates in Brazil." Annals of the 36th Brazilian Economics Meeting of the Brazilian Association of Graduate Programs in Economics. www.anpec.org.br/encontro2008/artigos/200807211140170-.pdf. Accessed 15 May 2012.

Global Footprint Network. 2011. "The National Footprint Accounts, 2011 Edition." Oakland, CA. www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/footprint_data_and_results/. Accessed 15 May 2012.

Gooch, L. 2012. "Seeking the Right to Be Female in Malaysia." *The New York Times,* 5 October. www.nytimes.com/2012/10/06/world/asia/seeking-the-right-to-be-female-in-malaysia.html. Accessed 21 December 2012.

Government of India. 2009. "The Right of Children to Free and Compulsory Education Act, 2009." *The Gazette of India,* 2009: 35.

Grabel, I. 2013. "Financial Architectures and Development: Resilience, Policy Space, and Human Development." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Grameen Bank. n.d. "A Short History of Grameen Bank". www.grameen-info.org/index.php?option=com_content&task=view&id=19&Itemid=114. Accessed 15 May 2012.

Green, G. 2010. "Imagine There's No Army." *Diplomat Magazine*, 1 September. www.diplomatmagazine.com/index.php?option=com_content&view=article&id=321&Itemid=. Accessed 15 May 2012.

Guajardo, J., D. Leigh, and A. Pescatori. 2011. "Expansionary Austerity: New International Evidence." Working Paper WP/11/158. International Monetary Fund, Washington, DC. www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2011/wp11158.pdf. Accessed 15 May 2012.

Gupta, A., and H. Wang. 2012. "India's Misguided China Anxiety." *Businessweek*, 21 March. www.businessweek.com/printer/articles/14394-indias-misguided-china-anxiety. Accessed 15 May 2012.

Hailu, D., and V. Veras Soares. 2008. "Cash Transfers in Africa and Latin America: An Overview." Poverty in Focus 15. International Poverty Centre for Inclusive Growth, Brasilia.

Hamdani, K. 2013. "The Challenge of the South." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Han, S. 2012. "South Korean Parliament Approves Carbon Trading System." *Bloomberg*, 2 May. www.bloomberg

.com/news/2012-05-02/south-korean-parliament-approves-carbon-trading-system.html. Accessed 15 May 2012.

Hansen. R. 2010. "An Assessment of Principal Regional Consultative Processes." Migration Research Series 38. International Organization for Migration, Geneva.

Hanushek, E.A., D. Jamison, E. Jamison, and L. Woessmann. 2008. "Education and Economic Growth." *Education Next*, Spring. http://media.hoover.org/sites/default/files/documents/ednext_20082_62.pdf. Accessed 8 August 2012.

Harding, R. 2012. "Interview: Justin Yifu Lin: Funding Developing World Infrastructure Could Buy Time for Europe to Reform, Hears Robin Harding." *Financial Times*, 6 June.

Harrison, A., and A. Rodriguez-Clare. 2010. "Trade, Foreign Investment and Industrial Policy for Developing Countries." In D. Rodrik and M. Rosenzweig, eds., *Handbook of Development Economics*, Vol. 5. New York: North-Holland.

Harvey, F. 2012. "Doha Climate Change Deal Clears Way for 'Damage Aid' to Poor Nations." *The Observer*, 8 December. www.guardian.co.uk/environment/2012/dec/08/doha-climate-change-deal-nations?intcmp=122. Accessed 8 December 2012.

Hausmann, R., J. Hwang, and D. Rodrik. 2007. "What You Export Matters." *Journal of Economic Growth* 12 (1): 1–25.

Hausmann, R., L. Pritchett, D. Rodrik. 2005. "Growth Accelerations." *Journal of Economic Growth* 10 (4): 303–329.

Hausmann, R., D. Rodrik, and A. Velasco. 2005. "Growth Diagnostics." Harvard University, John F. Kennedy School of Government, Cambridge, MA.

Hausmann, R., and M. Székely. 2001. "Inequality and the Family in Latin America." In N. Birdsall, A.C. Kelley, and S. Sinding, eds., *Population Matters: Demographic Change, Economic Growth, and Poverty in the Developing World*. New York: Oxford University Press.

Hazard, E., L. De Vries, M.A. Barry, A.A. Anouan, and N. Pinaud. 2009. "The Developmental Impact of the Asian Drivers in Senegal." *World Economy* 32 (11): 1563–1585.

Heilmann, S. 2008. "Policy Experiments in China's Economic Rise." *Studies in Comparative International Development* 43 (1): 1–26.

Heller, P. 2013. "Civil Society and Social Movements in a Globalizing World." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Hiemstra-van der Horst, G. 2011. "We Are Scared to Say No: Facing Foreign Timber Companies in Sierra Leone's Community Woodlands." *Journal of Development Studies* 47 (4): 574–594.

HM Treasury. 2010. *Spending Review*. London. http://cdn.hm-treasury.gov.uk/sr2010_completereport.pdf. Accessed 15 May 2012.

Hoff, K. 2003. "Paths of Institutional Development: A View from Economic History." *World Bank Research Observer* 18 (2): 205–226.

Holland, D., and K. Portes. 2012. "Self-Defeating Austerity?" *National Institute Economic Review* 222 (1): F4–F10.

Hook, L. 2012. "China's Post-90 Generation Make their Mark." *The Financial Times*, 9 July. www.ft.com/intl/cms/s/0/4fcbab6c-c67d-11e1-963a-00144feabdc0.html. Accessed 15 July 2012.

Hook, L., and P. Clark. 2012. "China's Wind Groups Pick up Speed." *The Financial Times*, 15 July. www.ft.com/intl/cms/s/0/fb4bc872-c674-11e1-963a-00144feabdc0.html. Accessed 15 July 2012.

Hori, T. 2011. "Educational Gender Inequality and Inverted U-Shaped Fertility Dynamics." *Japanese Economic Review* 62 (1): 126–150.

Howell, J. 2004. *Governance in China*. Lanham, MA: Rowman & Littlefield.

Huntington, S. 1968. *Political Order in Changing Societies*. Fredericksburg, VA: BookCrafters, Inc.

Hussain, A., and N. Stern. 2006. "Public Finance: The Role of the State and Economic Transformation in China: 1978–2020." *Comparative Studies* 26: 25–55.

Hvistendahl, M. 2011. "Unnatural Selection." *Psychology Today*, 5 July. www.psychologytoday.com/articles/201107/unnatural-selection. Accessed 24 July 2012.

ICTSD (International Centre for Trade and Sustainable Development). 2011. "Brazil Pushes Forward with Currency Discussion at WTO." *Bridges Weekly Trade News Digest* 15 (32): 5–7. http://ictsd.org/i/news/bridgesweekly/114573/.

IIASA (International Institute for Applied Systems Analysis). 2008. "Economic Growth in Developing Countries: Education Proves Key." Policy Brief 03. Laxenburg, Austria. www.iiasa.ac.at/Admin/PUB/policy-briefs/pb03-web.pdf. Accessed 4 June 2012.

Iley, R.A., and M.K. Lewis. 2011. "Has the Global Financial Crisis Produced a New World Order?" *Accounting Forum* 35 (2): 90–103.

ILO (International Labour Organization). 2012. *World of Work Report 2012: Better Jobs for a Better Economy*. Geneva. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_179453.pdf. Accessed 4 June 2012.

IMF (International Monetary Fund). 2010. "IMF Executive Board Approves Major Overhaul of Quotas and Governance." Press release 10/418. Washington, DC. www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10418.htm. Accessed 15 May 2012.

———. 2011a. "New Growth Drivers for Low-Income Countries: The Role of BRICs." Strategy, Policy, and Review Department, Washington, DC. www.imf.org/external/np/pp/eng/2011/011211.pdf. Accessed 15 May 2012.

———. 2011b. *World Economic Outlook*. Washington, DC. www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2011/02/. Accessed 15 May 2012.

India Ministry of External Affairs. 2012. "Fourth BRICS Summit – Delhi Declaration." 29 March. New Delhi. www.mea.gov.in/mystart.php?id=190019162. Accessed 15 May 2012.

India Ministry of Finance. 2012. "Human Development." In *Economic Survey 2011–2012*. New Delhi. www.indiabudget.nic.in/es2011-12/echap-13.pdf. Accessed 15 May 2012.

Institute for Economics and Peace. 2012. "Global Peace Index Fact Sheet." Sydney. www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2012/06/2012GPI-Fact-Sheet2.pdf. Accessed 28 August 2012

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). 2012. *Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation*. Special Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, UK: Cambridge University Press. http://ipcc-wg2.gov/SREX/images/uploads/SREX-All_FINAL.pdf. Accessed 15 May 2012.

Islam, I. 2002. "Poverty, Employment and Wages: An Indonesian Perspective." International Labour Organization, Recovery and Reconstruction Department, Geneva.

ITU (International Telecommunications Union). 2012. World Telecommunication/ICT Indicators Database. www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/. Accessed 15 May 2012.

Ivanov, A., M. Collins, C. Grosu. J. Kling, S. Milcher, N. O'Higgins, B. Slay, and A. Zhelyazkova. 2006. *At Risk: Roma and the Displaced in Southeast Europe*. Bratislava: United Nations Development Programme Regional Bureau for Europe and the Commonwealth of Independent States.

Ivanov, A., K. Mizsei, B. Slay, D. Mihailov, and N. O'Higgins. 2003. *Avoiding the Dependency Trap: The Roma Human Development Report*. Bratislava: United Nations Development Programme Regional Bureau for Europe and the Commonwealth of Independent States.

Iyer, L. 2009. "The Bloody Millennium: Internal Conflict in South Asia." Working Paper 09-086. Harvard Business School, Cambridge, MA. www.hbs.edu/research/pdf/09-086.pdf. Accessed 15 May 2012.

Jacob, R. 2012. "Flagging Western Demand Drives China's Exporters to New Markets." *Financial Times*, 13 June. www.ftchinese.com/story/001045040/en/. Accessed 15 May 2012.

Jenkins, J.C., and M. Wallace. 1996. "The Generalized Action Potential of Protest Movements: The New Class, Social Trends and Political Exclusion Explanations." *Sociological Forum* 11 (2): 183–207.

Jenkins, R., and A. Barbosa. 2012. "Fear for Manufacturing? China and the Future of Industry in Brazil and Latin America." *The China Quarterly* 209: 59–81.

Jones, R., and H. Kierzkowski. 2001. "Horizontal Aspects of Vertical Fragmentation." In L. Cheng and H. Kierzkowski, eds., *Global Production and Trade in East Asia*. Norwell, MA: Kluwer Academic Publishers.

Justino, P. 2008. "Tackling Civil Unrest: Policing or Redistribution?" MICROCON Policy Briefing Paper 2. Institute of Development Studies, Brighton, UK. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1141142&http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1141142. Accessed 15 May 2012.

Kabananukye, K. I. B., A. E.K. Kanbananukye, J. Krishnamurty, and D. Owomugasho. 2004. "Economic Growth, Employment, Poverty and Pro-Poor Policies in Uganda." Issues in Employment and Poverty Discussion Paper 16. International Labour Organization, Geneva. www.ilo.org/employment/Whatwedo/Publications/WCMS_120732/lang--en/index.htm. Accessed 24 September 2012.

Kabeer, N., and S. Mahmud. 2004. "Rags, Riches and Women Workers: Export Oriented Garment Manufacturing in Bangladesh." In M. Carr, ed., *Chains of Fortune: Linking Women Producers and Workers with Global Markets*. London: Commonwealth Secretariat.

Kahneman, D., and A. Krueger. 2006. "Developments in the Measurement of Subjective Well-Being." *Journal of Economic Perspectives* 20 (21): 3–24.

Kamau, P., D. McCormick, and N. Pinaud. 2009. "The Developmental Impact of Asian Drivers on Kenya with Emphasis on Textiles and Clothing Manufacturing." *World Economy* 32 (11): 1586–1612.

Kaminski, B., and F. Ng. 2006. "Turkey's Evolving Trade Integration into Pan-European Markets." Working Paper 3908. World Bank, Development Research Group, Washington, DC. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1294804. Accessed 15 May 2012.

Kanbur, R. 2004. "Growth, Inequality and Poverty: Some Hard Questions." Commentary prepared for the State of the World Conference at the Princeton Institute for International and Regional Studies, 13–14 February, Princeton, NJ. www.arts.cornell.edu/poverty/kanbur/GroIneqPov.pdf. Accessed 15 May 2012.

Kaplinsky, R. 2008. "What Does the Rise of China do for Industrialisation in Sub-Saharan Africa?" *Review of African Political Economy* 35 (1): 7–22.

Kaplinsky, R., and M. Morris. 2009. "The Asian Drivers and SSA: Is There a Future for Export-Oriented African Industrialization?" *The World Economy* 32 (11): 1638–1655.

Kaplinsky, R., A. Terheggen, and J. Tijaja. 2011. "China as a Final Market: The Gabon Timber and Thai Cassava Value Chains." *World Development* 39 (7): 1177–1190.

Karimuddin, A. 2011. "MarkPlus Insight Survey: Indonesia Has 55 Million Internet Users." *DailySocial.net*, 1 November. http://dailysocial.net/en/2011/11/01/markplus-insight-survey-indonesia-has-55-million-internet-users/. Accessed 15 May 2012.

Kaul, I. 2013. "The Rise of the Global South: Implications for the Provisioning of Global Public Goods." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Keohane, R., and D. Victor. 2010. "The Regime Complex for Climate Change." Discussion Paper 10-33. Harvard University, John F. Kennedy School of Government, Harvard Project on International Climate Agreements. http://belfercenter.ksg.harvard.edu/files/Keohane_Victor_Final_2.pdf. Accessed 15 May 2012.

Keynes, J.M. 1937. "How to Avoid a Slump." *The Times*, 12–14 January. Reprinted in *The Collected Writings of John Maynard Keynes* Vol. 21. London: Macmillan.

Khan, A.R. 2005. "Growth, Employment and Poverty: An Analysis of the Vital Nexus Based on Some Recent UNDP and ILO/SIDA Studies." Issues in Employment and Poverty Discussion Paper 19. International Labour Office, Geneva. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/documents/publication/wcms_120683.pdf. Accessed 24 September 2012.

Kharas, H., K. Makino, and W. Jung, eds. 2011. *Catalyzing Development: A New Vision of Aid.* Washington, DC: Brookings Institution Press.

King, D., K. Richards, and S. Tyldesley. 2011. "International Climate Change Negotiations: Key Lessons and Next Steps." University of Oxford, Smith School of Enterprise and the Environment, UK. www.smithschool.ox.ac.uk/wp-content/uploads/2011/03/Climate-Negotiations-report_Final.pdf. Accessed 15 May 2012.

Kraemer, K., G. Linden, and J. Dedrick. 2011. "Capturing Value in Global Networks: Apple's iPad and iPhone." University of California, Irvine, University of California, Berkeley, and Syracuse University, NY. http://pcic.merage.uci.edu/papers/2011/Value_iPad_iPhone.pdf. Accessed 15 May 2012.

Kragelund, P. 2013. "New Development Partnerships." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Krueger, A.B., and D.A. Schkade. 2008. "The Reliability of Subjective Well-Being Measures." *Journal of Public Economics* 92 (8–9): 1833–1845.

Krugman, P. 1991. "The Move Towards Free Trade Zones." Symposium of the Federal Reserve Bank of Kansas City, 22–24 August, Jackson Hole, WY. www.kansascityfed.org/publicat/sympos/1991/S91krugm.pdf. Accessed 23 October 2012.

Kugler, M., and H. Rapoport. 2011. "Migration, FDI, and the Margins of Trade." Working Paper 222. Harvard University, Center for International Development, Cambridge, MA.

LaFraniere, S. 2011. "Five Days Later, Chinese Concede Design Flaw Had Role in Wreck." *The New York Times*, 28 July. www.nytimes.com/2011/07/29/world/asia/29trains.html. Accessed 15 May 2012.

Lamberte, M., and P.J. Morgan. 2012. "Regional and Global Monetary Cooperation." Working Paper 346. Asian Development Bank Institute, Tokyo. www.adbi.org/working-paper/2012/02/21/5006.regional.global.monetary.cooperation/. Accessed 15 May 2012.

Lautier, M. 2008. "Export of Health Services from Developing Countries: The Case of Tunisia." *Social Science and Medicine* 67: 101–110.

Leape, J. 2012. "It's Happening, But Not in Rio." *The New York Times*, 24 June. www.nytimes.com/2012/06/25/opinion/action-is-happening-but-not-in-rio.html. Accessed 24 June 2012

Li, J. 2010. "Decarbonising Power Generation in China—Is the Answer Blowing in the Wind?" *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 14 (4): 1154–1171.

López-Calva, L., and N. Lustig, eds. 2010. *Declining Inequality in Latin America: A Decade of Progress?* Harrisonburg, VA: RR Donnelley.

Luedi, T. 2008. "China's Track Record in M&A." *McKinsey Quarterly*, June. www.mckinseyquarterly.com/Chinas_track_record_in_MA_2151. Accessed 15 May 2012.

Lutz, W., and S. KC. 2013. "Demography and Human Development: Education and Population Projections." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Maddison, A. 2010. Statistics on World Population, GDP and Per Capita GDP, 1–2008 AD. Groningen Growth and Development Centre, The Netherlands. www.ggdc.net/MADDISON/oriindex.htm. Accessed 15 May 2012.

Malik, M. 2006. "Bilateral Investment Treaties of South Asian States: Implications for Development." United Nations Development Programme, Asia-Pacific Trade and Investment Initiative, Colombo.

———. 2012. *Why Has China Grown So Fast For So Long?* New Delhi: Oxford University Press India.

Martin, T.C., and F. Juarez. 1995. "The Impact of Women's Education on Fertility in Latin America: Searching for Explanations." *International Family Planning Perspectives* 12 (2): 52–57, 80.

Milanović, B. 2009. "Global Inequality and the Global Inequality Extraction Ratio." Policy Research Working Paper 5044. World Bank, Development Research Group, Poverty and Inequality Team, Washington, DC. http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2009/09/09/000158349_20090909092401/Rendered/PDF/WPS5044.pdf. Accessed 15 May 2012.

———. 2010. *The Haves and the Have-Nots: A Brief and Idiosyncratic History of Global Inequality.* New York: Basic Books.

Milanović, B., and S. Yitzhaki. 2002. "Decomposing World Income Distribution: Does the World Have a Middle Class?" *Review of Income and Wealth* 48(2): 155–178.

Moyo, D. 2012. "Beijing, a Boon for Africa." *The New York Times*, 27 June. www.nytimes.com/2012/06/28/opinion/beijing-a-boon-for-africa.html. Accessed 28 August 2012.

Mwase, N., and Y. Yang. 2012. "BRICs' Philosophies for Development Financing and Their Implications for LICs." Working Paper WP/12/74. International Monetary Fund, Washington, DC.

Nagel, T. 1974. "What Is It Like To Be a Bat?" *The Philosophical Review* 83 (4): 435–450.

Naqvi, H., and V.V. Acharya. 2012. "Bank Liquidity and Bubbles: Why Central Banks Should Lean Against Liquidity. In D. Evanoff, G. Kaufman, and A.G. Malliaris, eds., *New Perspectives on Asset Price Bubbles: Theory, Evidence and Policy.* Oxford, UK: Oxford University Press.

Nayyar, D. 2012. "Macroeconomics and Human Development." *Journal of Human Development and Capabilities* 13 (1): 7–30.

NEAC (Malaysia National Economic Advisory Council). 2010. "New Economic Model for Malaysia, Parts 1 and 2." Kuala Lumpur.

Nielsen H., and A. Spenceley. 2011. "The Success of Tourism in Rwanda: Gorillas and More." In P. Chuhan-Pole and M. Angwafo, eds., *Yes Africa Can: Success Stories from a Dynamic Continent.* Washington, DC: World Bank. http://siteresources.worldbank.org/AFRICAEXT/Resources/258643-1271798012256/YAC_Consolidated_Web.pdf. Accessed 10 August 2012.

Ocampo, J.A. 2010. "Rethinking Global Economic and Social Governance." *Journal of Globalization and Development* 1 (1).

Ocampo J.A., S. Griffith-Jones, A. Noman, A. Ortiz, J. Vallejo, and J. Tyson. 2010. "The Great Recession and the Developing World." Paper presented at the conference on Development Cooperation in Times of Crisis and on Achieving the MDGs, 9–10 June, Madrid.

Ocampo, J.A., and D. Titelman. 2009. "Subregional Financial Cooperation: the South American Experience." *Journal of Post-Keynesian Economics* 32 (2): 249–68.

———. 2012. "Regional Monetary Cooperation in Latin America." Columbia University, Initiative for Policy Dialogue, New York, and United Nations Economic Commission for Latin America and the Caribbean, Financing for Development Division, Santiago.

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development). 2006. *Promoting Pro-Poor Growth: Agriculture.* Paris. www.oecd.org/dac/povertyreduction/37922155.pdf. Accessed 23 October 2012.

———. 2007. "Economic Survey of India, 2007." *OECD Observer*, October. Policy Brief. www.oecd.org/economy/

economicsurveysandcountrysurveillance/39452196.pdf. Accessed 6 August 2012.

———. **2010a.** *Perspectives on Global Development 2010: Shifting Wealth*. Paris.

———. **2010b.** *PISA 2009 Results: What Students Know and Can Do*. Vol. I. Paris. www.oecd.org/dataoecd/10/61/48852548.pdf. Accessed 24 July 2012.

———. **2011a.** "Brazil." In *Agricultural Policy Monitoring and Evaluation 2011*. Paris. www.oecd-ilibrary.org/agriculture-and-food/agricultural-policy-monitoring-and-evaluation-2011/brazil_agr_pol-2011-22-en. Accessed 23 October 2012.

———. **2011b.** *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*. Paris.

———. **2011c.** "Busan Partnership for Effective Development Cooperation." Paris. www.oecd.org/dac/aideffectiveness/busanpartnership.htm. Accessed 24 July 2011.

Ofosu-Asare, K. 2011. "Mobile Phone Revolution in Ghana's Cocoa Industry." *International Journal of Business and Social Science* 2 (13): 91–99.

Osmani, S.R. 2005. "The Employment Nexus between Growth and Poverty: An Asian Perspective." Swedish International Development Cooperation Agency, Stockholm.

Osmani, S.R., W. Mahmud, B. Sen, H. Dagdeviren, and A. Seth. 2006. "The Macroeconomics of Poverty Reduction: The Case Study of Bangladesh." United Nations Development Programme, Asia-Pacific Regional Programme on the Macroeconomics of Poverty Reduction, New York.

Pardee Center for International Futures. 2013. "Development-Oriented Policies and Alternative Human Development Paths." Background paper for the 2013 *Human Development Report*. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Park, K. 2011. "New Development Partners and a Global Development Partnership." In H. Kharas, K. Makino, and W. Jung, eds., *Catalyzing Development: A New Vision for Aid*. Washington, DC: Brookings Institution Press.

Pasha, H.A., and T. Palanivel. 2004. "Pro-Poor Growth and Policies: The Asian Experience." United Nations Development Programme, Asia-Pacific Regional Programme on the Macroeconomics of Poverty Reduction, New York.

Pinker, S. 2011. "Violence Vanquished." *The Wall Street Journal*, 24 September. http://online.wsj.com/article/SB10001424053111904106704576583203589408180.html. Accessed 15 May 2012.

Polanyi, K. 1944. *The Great Transformation*. New York: Rinehart.

Population Reference Bureau. 2000. "Is Education the Best Contraceptive?" Policy Brief. Population Reference Bureau, Washington, DC. www.prb.org/Publications/PolicyBriefs/ IsEducationtheBestContraceptive.aspx. Accessed 15 May 2012.

Psacharopoulos G., and Z. Tzannatos. 1992. "Latin American Women's Earnings and Participation in the Labor Force." Working Paper 856. World Bank, Washington, DC. http://econ.worldbank.org/external/default/main?pagePK=64165259&theSitePK=469372&piPK=64165421&menuPK=64166322&entityID=000009265_3961002093302. Accessed 15 May 2012.

Radelet, S., J. Sachs, and J.-W., Lee. 1997. "Economic Growth in Asia." Development Discussion Paper 609. Harvard Institute for International Development, Cambridge, MA.

Ranis, G., and F. Stewart. 2005. "Dynamic Links Between the Economy and Human Development." Working Paper 8. United Nations Department of Economic and Social Affairs, New York. www.un.org/esa/desa/papers/2005/wp8_2005.pdf. Accessed 15 May 2012.

Ratha, D., and W. Shaw. 2007. "South-South Migration and Remittances." Working Paper 102. World Bank, Washington, DC. http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/SouthSouthMigrationandRemittances.pdf. Accessed 15 May 2012.

Ravallion, M. 2009. "A Comparative Perspective on Poverty Reduction in Brazil, China and India." Policy Research Working Paper 5080. World Bank, Washington, DC. http://econ.worldbank.org/external/default/main?pagePK=64165259&theSitePK=469382&piPK=64165421&menuPK=64166093&entityID=000158349_20091130085835. Accessed 15 May 2012.

REN21 (Renewable Energy Policy Network for the 21st Century). 2012. *Renewables Global Status Report*. Paris. www.map.ren21.net/GSR/GSR2012.pdf. Accessed 15 May 2012.

Reserve Bank of India. 2012. "Reserve Bank of India Announces SAARC Swap Arrangement." Press Release, 16 May. Mumbai. www.rbi.org.in/scripts/BS_PressReleaseDisplay.aspx?prid=26475. Accessed 15 May 2012.

Revkin, A. 2012. "Beyond Rio: Pursuing 'Ecological Citizenship.'" *The New York Times*, 25 June. http://dotearth.blogs.nytimes.com/2012/06/25/beyond-rio-pursuing-ecological-citizenship/. Accessed 25 June 2012.

Ribas, R., V. Veras Soares, and G. Hirata. 2008. "The Impact of CCTs: What We Know and What We Are Not Sure About." Poverty in Focus 15. International Poverty Centre for Inclusive Growth, Brasilia.

Rockström, J., W. Steffen, K. Noone, Å. Persson, F.S. Chapin, III, E. Lambin, T.M. Lenton, M. Scheffer, C. Folke, H. Schellnhuber, B. Nykvist, C.A. De Wit, T. Hughes, S. van der Leeuw, H. Rodhe, S. Sörlin, P.K. Snyder, R. Costanza, U. Svedin, M. Falkenmark, L. Karlberg, R.W. Corell, V.J. Fabry, J. Hansen, B. Walker, D. Liverman, K. Richardson, P. Crutzen, and J. Foley. 2009. "Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity." *Ecology and Society* 14 (2). www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/. Accessed 15 May 2012.

Rodriguez, F., and D. Rodrik. 2001. "Trade Policy and Economic Growth: A Skeptic's Guide to the Cross-National Evidence." *NBER Macroeconomics Annual 2000* 15: 261–338.

Rodrik, D. 1998. *Democracies Pay Higher Wages*. Working Paper 6364. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.

———. **2001.** "The Global Governance of Trade as if Development Really Mattered." Background Paper prepared for the United Nations Development Programme. www.wcfia.harvard.edu/sites/default/files/529__Rodrik5.pdf. Accessed 6 August 2012.

———. **2004.** "Industrial Policy for the Twenty-first Century." Draft prepared for the United Nations Industrial Development Organization. Harvard University, John F. Kennedy School of Government, Cambridge, MA. www.hks.harvard.edu/fs/drodrik/Research%20papers/UNIDOSep.pdf. Accessed 6 August 2012.

———. **2005.** "Notes on Trade and Industrialization Policy, in Turkey and Elsewhere." *METU Studies in Development* 32 (1): 259–274.

———. **2006.** *The Social Cost of Foreign Exchange Reserves*. Working Paper 11952. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. www.nber.org/papers/w11952. Accessed 15 May 2012.

———. **2011.** *The Globalization Paradox: Democracy and the Future of the World Economy*. New York: W.W. Norton.

———. **2012.** "Global Poverty amid Global Plenty: Getting Globalization Right." *Americas Quarterly*, Spring: 40–45.

Romero, S. 2012. "Brazil Gains Business and Influence as It Offers Aid and Loans in Africa." *The New York Times*, 7 August. www.nytimes.com/2012/08/08/world/americas/brazil-gains-in-reaching-out-to-africa.html. Accessed 8 August 2012.

Romero, S., and J.M. Broder. 2012. "Progress on the Sidelines as Rio Conference Ends." *The New York Times*, 23 June. www.nytimes.com/2012/06/24/world/americas/rio20-conference-ends-with-some-progress-on-the-sidelines.html. Accessed 4 November 2012.

Rose, P. 1995. "Female Education and Adjustment Programs: A Cross-Country Statistical Analysis." *World Development* 23 (11): 1931–1949.

Rosenfeld, R., S. Messner, and E. Baumer. 2001. "Social Capital and Homicide." *Social Forces* 80 (1): 283–310.

Sachs, J.D., and A. Warner. 1995. "Economic Reform and the Process of Global Integration." *Brookings Papers on Economic Activity* 1: 1–118.

Sala-i-Martin, X. 2006. "The World Distribution of Income: Falling Poverty and . . . Convergence, Period." *Quarterly Journal of Economics* 121 (2): 351–397.

Samake, I., and Y. Yang. 2011. "Low-Income Countries' BRIC Linkage: Are There Growth Spillovers?" Working Paper 11/267. International Monetary Fund, Washington, DC. www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2011/wp11267.pdf. Accessed 15 May 2012.

Sen, A. 2007. "Unity and Discord in Social Development." Keynote lecture delivered at the 15th Symposium of the International Consortium for Social Development at the Polytechnic University of Hong Kong, 16–20 July, Hong Kong, China (SAR).

———. **2012.** "A Crisis of European Democracy." *The New York Times*, 22 May. www.nytimes.com/2012/05/23/opinion/the-crisis-of-european-democracy.html. Accessed 15 July 2012.

Serbessa, D.D. 2002. "Differential Impact of Women's Educational Level on Fertility in Africa: The Case of Ethiopia." Hiroshima University, Japan. http://home.hiroshima-u.ac.jp/cice/e-forum/69Differential%20Impact%20Ed%20on%20Pop%20_Final_.pdf. Accessed 15 May 2012.

Serra, N., and J. E. Stiglitz. 2008. *The Washington Consensus Reconsidered: Towards a New Global Governance*. Oxford, UK: Oxford University Press.

Sharma, R. 2012. *Breakout Nations: In Pursuit of the Next Economic Miracles*. New York: W.W. Norton.

Sivananthiran, A., and C.S. Venkata Ratnam, eds. 2005. *Informal Economy: The Growing Challenge for*

Labor Administration. Geneva: International Labour Office.

Smith, A. 1776. *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. New York: Modern Library.

Sobhan, R. 2010. *Challenging the Injustice of Poverty*. Washington, DC: Sage.

———. 2013. "Commentary on Financial Architectures and Development: Resilience, Policy Space, and Human Development in the Global South by Prof. Ilene Grabel." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Socialbakers.com. 2012. Facebook Statistics by Country. www.socialbakers.com/facebook-statistics/. Accessed 15 May 2012.

Sonobe, T., J.E. Akoten, and K. Otsuka. 2009. "An Exploration into the Successful Development of the Leather-Shoe Industry in Ethiopia." *Review of Development Economics* 13 (4): 719–736.

South Commission. 1990. *The Challenge to the South: The Report of the South Commission*. Oxford, UK: Oxford University Press. www.southcentre.org/files/Old%20Books/The%20Challenge%20to%20the%20Southresized.pdf. Accessed 23 October 2012.

Ssewanyana, S., J.M. Matovu, and E. Twimukye. 2011. "Building on Growth in Uganda." In P. Chuhan-Pole and M. Angwafo, eds., *Yes Africa Can: Success Stories From A Dynamic Continent*. Washington, DC: World Bank. http://siteresources.worldbank.org/AFRICAEXT/Resources/258643-1271798012256/YAC_Consolidated_Web.pdf. Accessed 10 August 2012.

Stads, G.-J., and N.M. Beintema. 2009. *Public Agricultural Research in Latin America and the Caribbean: Investment and Capacity Trends*. ASTI Synthesis Report. Washington: International Food Policy Research Institute. www.asti.cgiar.org/pdf/LAC_Syn_Report.pdf. Accessed 23 October 2012.

Stern, N. 2003. "Public Policy for Growth and Poverty Reduction." *CESifo Economic Studies* 49 (1): 5–25.

———. 2006. *The Stern Review Report on the Economics of Climate Change*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.

Stewart, F. 2013. "Capabilities and Human Development: Beyond the Individual: The Critical Role of Social Institutions and Social Competencies." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.

Stiglitz, J.E. 2012. "Macroeconomic Fluctuations, Inequality, and Human Development." *Journal of Human Development and Capabilities* 13 (1): 31–58.

Stiglitz, J.E., A. Sen, and J.-P. Fitoussi. 2009. *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. Paris: Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.

Subramanian, A., and D. Roy. 2001. "Who Can Explain the Mauritian Miracle: Meade, Romer, Sachs, or Rodrik?" Working Paper 01/116. International Monetary Fund, Washington, DC. www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=15215.0. Accessed 15 May 2012.

Supreme Court of India. 2012. "Society for Un-aided Private Schools of Rajasthan Petitioner(s) versus U.O.I. & Anr." Supreme Court judgement of 12 April 2012 on Writ Petition (C) No. 95 of 2010.

Suri, T., M.A. Boozer, G. Ranis, and F. Stewart. 2011. "Paths to Success: The Relationship between Human Development and Economic Growth." *World Development* 39 (4): 506–522.

Tangcharoensathien, V., W. Patcharanarumol, P. Ir, S.M. Aljunid, A.G. Mukti, K. Akkhavong, E. Banzon, D.B. Huong, H. Thabrany, and A. Mills. 2011. "Health-Financing Reforms in Southeast Asia: Challenges in Achieving Universal Coverage." *The Lancet* 377 (9768): 863–873.

Taylor, C.E., J.S. Newman, and N.U. Kelly. 1976. "The Child Survival Hypothesis." *Population Studies* 30 (2): 263–278.

Tejada, C. 2012. "China Cancels Waste Project after Protests Turn Violent." *Wall Street Journal*, 28 July. http://business.newsplurk.com/2012/07/china-cancels-waste-project-after.html. Accessed 21 December 2012.

Thorp, R., and M. Paredes. 2011. *Ethnicity and the Persistence of Inequality: The Case of Peru*. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan.

Tomlinson, B.R. 2003. "What Was the Third World?" *Journal of Contemporary History* 38 (2): 307–321.

Tsounta, E. 2009. "Universal Health Care 101: Lessons from the Eastern Caribbean and Beyond." Working Paper WP/09/61. International Monetary Fund, Washington, DC. www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2009/wp0961.pdf. Accessed 15 May 2012.

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development). 2003. *World Investment Report 2003: FDI Policies for Development: National and International Perspectives*. New York and Geneva.

———. 2006. *A Case Study of the Salmon Industry in Chile*. New York and Geneva. http://unctad.org/en/docs/iteiit200512_en.pdf. Accessed 15 May 2012.

———. 2011a. World Investment Report 2011 Annex Tables. http://archive.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=5823&lang=1. Accessed 15 May 2012.

———. 2011b. "South-South Integration Is Key to Rebalancing the Global Economy." Policy Brief 22. United Nations Conference on Trade and Development, Geneva. http://unctad.org/en/Docs/presspb20114_en.pdf. Accessed 2 November 2012.

UNDESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). 2007. *World Economic and Social Survey 2007: Development in an Ageing World*. New York: United Nations Publications.

———. 2010. *Development Cooperation for the MDGs: Maximizing Results*. New York: United Nations.

UNDP (United Nations Development Programme). 1991. *Human Development Report 1991*. New York: Oxford University Press.

———. 1993. *Human Development Report 1993*. New York: Oxford University Press.

———. 1994. *Human Development Report 1994*. New York: Oxford University Press.

———. 1995. *Human Development Report 1995*. New York: Oxford University Press.

———. 1996. *Human Development Report 1996*. New York: Oxford University Press.

———. 2008. *China Human Development Report 2007/08: Access for All: Basic Public Services for 1.3 Billion People*. Beijing: China Translation and Publishing Corporation.

———. 2009. *Human Development Report 2009: Overcoming Barriers: Human Mobility and Development*. New York: Palgrave Macmillian.

———. 2010a. *Human Development Report 2010: The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development*. New York: Oxford University Press.

———. 2010b. *Regional Human Development Report for Latin America and the Caribbean 2010: Acting on the Future: Breaking the Intergenerational Transmission of Inequality*. New York.

———. 2010c. *China Human Development Report 2009/10: China and A Sustainable Future: Towards a Low Carbon Economy and Society*. Beijing: China Translation and Publishing Corporation.

———. 2011a. *Human Development Report 2011: Sustainability and Equality: A Better Future for All*. New York: Palgrave Macmillian

———. 2011b. *Regional Human Development Report: Beyond Transition: Towards Inclusive Societies*. Bratislava.

———. 2012. *Caribbean Human Development Report 2012: Human Development and the Shift to Better Citizen Security*. New York.

UNESCAP (United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific). 2011. *The Promise of Protection: Social Protection and Development in Asia and the Pacific*. Bangkok.

UNESCO (United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization) Institute for Statistics. Various years. Data Centre. http://stats.uis.unesco.org. Accessed 15 May 2012.

UNIDO (United Nations Industrial Development Organization). 2009. *Industrial Development Report 2009: Breaking In and Moving Up: New Industrial Challenges for the Bottom Billion and the Middle-Income Countries*. Vienna.

United Kingdom, Office of the Deputy Prime Minister, Social Exclusion Unit. 2002. "Reducing Re-Offending by Ex-Prisoners." London. www.thelearningjourney.co.uk/file.2007-10-01.1714894439/file_view. Accessed 15 May 2012.

United Nations. 2012a. "The State of South-South Cooperation: Report of the Secretary-General." Sixty-Seventh Session of the General Assembly. New York.

———. 2012b. *The Millennium Development Goals Report 2012*. New York. www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202012.pdf. Accessed 15 May 2012.

United Nations Enable. 2012. "Factsheet on Persons with Disabilities." www.un.org/disabilities/default.asp?id=18. Accessed 24 July 2012.

United Nations Office for Disaster Risk Reduction. 2009. "Terminology." Geneva. www.unisdr.org/we/inform/terminology. Accessed 8 December 2012.

United Nations Secretary-General's High Level Panel on Global Sustainability. 2012. *Resilient People, Resilient Planet: A Future Worth Choosing*. New York: United Nations.

United Nations Security Council. 2011. "Letter Dated 9 November 2011 from the Permanent Representative of Brazil to the United Nations Addressed to the

Secretary-General." Sixty-Sixth Session, Agenda Items 14 and 117. UN-Doc A/66/551-S/2011/701. www.un.int/brazil/speech/Concept-Paper-%20RwP.pdf. Accessed 15 May 2012.

UNODC (United Nations Office on Drug and Crime). 2012. *2011 Global Study on Homicide: Trends, Contexts, Data*. www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/Homicide/Globa_study_on_homicide_2011_web.pdf. Accessed 30 May 2012.

UNSD (United Nations Statistics Division). 2012. United Nations Commodity Trade Statistics Database. http://comtrade.un.org. Accessed 15 May 2012.

UNWTO (World Tourism Organization). 2011. *Tourism Highlights: 2011 Edition*. Geneva.

Vos, R. 2010. "The Crisis of Globalization as an Opportunity to Create a Fairer World." *Journal of Human Development and Capabilities* 11 (1): 143–160.

Wacziarg, R., and K.H. Welch. 2008. "Trade Liberalization and Growth: New Evidence." *World Bank Economic Review* 22 (2): 187–231.

Westaway, J. 2012. "Globalization, Sovereignty and Social Unrest." *Journal of Politics and Law* 5 (2): 132–139.

Whalley, J., and A. Weisbrod. 2011. "The Contribution of Chinese FDI to Africa's Pre-Crisis Growth Surge." VoxEU, 21 December. www.voxeu.org/article/contribution-chinese-fdi-africa-s-growth. Accessed 15 May 2012.

Wilkinson, R., and K. Pickett. 2009. *The Spiritual Level*. New York: Bloomsbury Press.

———. 2012. "Sorry Nick Clegg – Social Mobility and Austerity Just Don't Mix." *The Guardian*, 15 May. www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/may/15/nick-clegg-social-mobility-austerity. Accessed 15 May 2012.

Wines, M., and S. LaFraniere. 2011. "In Baring Facts of Train Crash, Blogs Erode China Censorship." *The New York Times*, 28 July. www.nytimes.com/2011/07/29/world/asia/29china.html. Accessed 15 May 2012.

Winters, L.A. 2004. "Trade Liberalisation and Economic Performance: An Overview." *Economic Journal* 114 (493): F4–F21.

Wiseman, P. 2002. "China Thrown Off Balance as Boys Outnumber Girls." *USA Today*, 19 June. www.usatoday.com/news/world/2002/06/19/china-usat.htm. Accessed 24 July 2012.

Woods, N. 2010. "Global Governance after the Financial Crisis: A New Multilateralism or the Last Gasp of the Great Powers?" *Global Policy* 1 (1): 51–63.

World Bank. 2003. *Private Participation in Infrastructure: Trends in Developing Countries in 1990–2001*. Washington, DC. http://documents.worldbank.org/curated/en/2003/01/2522708/private-participation-infrastructure-trends-developing-countries-1990-2001. Accessed 15 May 2012.

———. 2006. *Global Economic Prospects: Economic Implications of Remittances and Migration*. Washington, DC. http://go.worldbank.org/0G6XW1UPP0. Accessed 15 May 2012.

———. 2008. *World Development Report 2009: Reshaping Economic Geography*. Washington, DC. http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTRESEARCH/EXTWDRS/0,,contentMDK:23062295~pagePK:478093~piPK:477627~theSitePK:477624,00.html. Accessed 15 May 2012.

———. 2010a. Bilateral Migration and Remittances. http://go.worldbank.org/JITC7NYTT0 . Accessed 15 May 2012.

———. 2010b. *Thailand Economic Monitor*. Bangkok. http://siteresources.worldbank.org/THAILANDEXTN/Resources/333295-1280288892663/THM_June2010_fullreport.pdf. Accessed 15 May 2012.

———. 2010c. *Arab Development Assistance: Four Decades of Cooperation*. Washington, DC. http://siteresources.worldbank.org/INTMENA/Resources/ADAPub82410web.pdf. Accessed 15 May 2012.

———. 2010d. "World Bank Reforms Voting Power, Gets $86 Billion Boost." Press Release, 25 April. Washington, DC. http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:22556045~pagePK:64257043~piPK:437376~theSitePK:4607,00.html. Accessed 15 May 2012.

———. 2011a. *Malaysia Economic Monitor: Brain Drain*. Washington, DC. http://documents.worldbank.org/curated/en/2011/04/14134061/malaysia-economic-monitor-brain-drain. Accessed 15 May 2012.

———. 2011b. *Growing Old in Older Brazil*. Washington, DC.

———. 2012a. World Development Indicators Database. http://data.worldbank.org/. Accessed 15 May 2012.

———. 2012b. "An Update to World Bank's Estimates of Consumption Poverty in the Developing World." Briefing Note. Washington, DC. http://siteresources.worldbank.org/INTPOVCALNET/Resources/Global_Poverty_Update_2012_02-29-12.pdf. Accessed 15 May 2012.

———. n.d. "India Transport: Public Private Partnership." http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/SOUTHASIAEXT/0,,contentMDK:22020973~pagePK:146736~piPK:146830~theSitePK:223547,00.html. Accessed 15 May 2012.

WTO (World Trade Organization). n.d. "The Doha Round." www.wto.org/english/tratop_e/dda_e/dda_e.htm. Accessed 28 December 2012.

Xing, Y., and N. Detert. 2010. "How the iPhone Widens the United States Trade Deficit with the People's Republic of China." Working Paper 257. Asian Development Bank Institute, Tokyo. www.adbi.org/working-paper/2010/12/14/4236.iphone.widens.us.trade.deficit.prc/. Accessed 15 May 2012.

Zafar. A. 2011. "Mauritius: An Economic Success Story." In P. Chuhan-Pole and M. Angwafo, eds., *Yes Africa Can: Success Stories From A Dynamic Continent*. Washington, DC: World Bank. http://siteresources.worldbank.org/AFRICAEXT/Resources/258643-1271798012256/YAC_Consolidated_Web.pdf. Accessed 10 August 2012.

Zuckerberg, M. 2012. "One Billion People on Facebook." http://newsroom.fb.com/News/457/One-Billion-People-on-Facebook. Accessed 4 October 2012.

Zuzana, B., and L. Ndikumana. Forthcoming. "The Global Financial Crisis and Africa: The Effects and Policy Responses." In G. Epstein and M. H. Wolfson, eds., *The Oxford Handbook of the Political Economy of Financial Crisis*. Oxford, UK: Oxford University Press.

Statistischer Anhang

Anleitung für den Leser 170

HDI 2013: Schlüssel zu den Ländern und Rangstufen 175

Statistische Tabellen 176

Indizes der menschlichen Entwicklung

1 Index der menschlichen Entwicklung mit Einzelkomponenten 176
2 Trends des Indexes der menschlichen Entwicklung 180
3 Ungleichheit einbeziehender Indes der menschlichen Entwicklung 184

Experimentelle Indizes

4 Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit 188
5 Index der mehrdimensionalen Armut 192

Indikatoren der menschlichen Entwicklung

6 Verfügung über Ressourcen 194
7 Gesundheit 198
8 Bildung 202
9 Integration in die Gesellschaft 206
10 Internationale Handelsströme von Gütern und Dienstleistungen 210
11 Internationale Kapitalströme und Migration 214
12 Innovation und Technologie 218
13 Umwelt 222
14 Bevölkerungstrends 226

Regionen 230

Statistische Referenzen 231

Technischer Anhang: Erläuterungen zu den für den HDR 2013 durchgeführten Prognosen 232

Anleitung für den Leser

Die 14 statistischen Tabellen geben einen Überblick über die wichtigsten Aspekte der menschlichen Entwicklung. Die in den Tabellen enthaltenen zusammengesetzten Indizes beruhen auf Schätzungen des Büros für den *Bericht über die menschliche Entwicklung* (HDRO), die unter Heranziehung der zum 15. Oktober 2012 zugänglichen Daten erstellt wurden. Alle Indikatoren, die technischen Erläuterungen zur Berechnung der zusammengesetzten Indikatoren sowie zusätzliche Informationsquellen stehen online unter http://hdr.undp.org/en/statistics zur Verfügung.

Die Länder und Gebiete werden nach dem für sie ermittelten HDI-Wert für 2012 eingestuft. Analysen der Belastbarkeit und Verlässlichkeit der Werte haben ergeben, dass für die meisten Länder die dritte Dezimalstelle des HDI-Werts nicht mehr statistisch signifikant ist (siehe Aguna und Kovacevic 2011 und Høyland, Moene und Willumsen 2011). Aus diesem Grund wird Ländern, deren HDI-Werte sich erst in der dritten Dezimalstelle unterscheiden, der gleiche Rang zugewiesen.

Quellen und Definitionen

Soweit nicht anders angegeben, verwendet das HDR-Büro Daten internationaler Datenorganisationen, die über das Mandat, die Ressourcen und das Fachwissen verfügen, um nationale Daten zu spezifischen Indikatoren sammeln.

Die Definitionen der Indikatoren und die Quellen für die originalen Datenbestandteile werden am Ende jeder Tabelle aufgeführt. Die vollständigen Quellenangaben sind dem Abschnitt *Statistische Referenzen* zu entnehmen.

Zeitübergreifende Vergleiche und Vergleich zwischen verschiedenen Ausgaben des Berichts

Da die nationalen und internationalen Datenorganisationen ihre Datenreihen laufend verbessern, sind die in diesem Bericht präsentierten Daten – einschließlich der Werte und Rangfolgen des HDI – nicht mit denjenigen vergleichbar, die in früheren Ausgaben des Berichts veröffentlicht wurden. Für den HDI werden in Tabelle 2 Trends präsentiert, die anhand konsistenter Daten für den Zeitraum 1980-2012 in Fünfjahres-Abständen berechnet werden.

Diskrepanzen zwischen nationalen und internationalen Schätzungen

Nationale und internationale Datenschätzungen können voneinander abweichen, weil internationale Organisationen nationale Daten harmonisieren, um sie länderübergreifend vergleichbar zu machen, Schätzungen für fehlende Daten erstellen oder nicht die allerneuesten Daten berücksichtigen. Wenn das HDR-Büro Diskrepanzen feststellt, werden sie den nationalen und internationalen Datenbehörden zur Kenntnis gebracht.

Länderklassifizierungen und zusammenfassende Werte

In den Tabellen werden verschiedene zusammenfassende, gewichtete Werte präsentiert. Im Allgemeinen wird nur dann ein zusammenfassender Wert angegeben, wenn Daten für mindestens die Hälfte der Länder verfügbar sind und mindestens zwei Drittel der verfügbaren Bevölkerung in der betreffenden Kategorie repräsentieren. Die zusammenfassenden Werte für jede Kategorie repräsentieren nur die Länder, für die Daten verfügbar sind.

Klassifizierung in Bezug auf die menschliche Entwicklung

Die HDI-Klassifizierungen sind relative Einstufungen. Die 187 Länder werden auf der Grundlage von Quartilen der HDI-Verteilung in Gruppen mit sehr hohem, hohem und mittlerem HDI (jeweils 47 Länder) und mit niedrigem HDI (46 Länder) unterteilt.

Regionalgruppen

Die Gruppierung der Länder in Regionen entspricht der regionalen Klassifizierung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Die Gruppen „Am wenigsten entwickelte Länder“ und „Kleine Inselentwicklungsländer“ entsprechen den UN-Klassifizierungen. Die Zusammensetzung der einzelnen Regionen findet sich im Abschnitt Regionen.

Hinweise zu den Ländern

Sofern nicht anders angegeben, beinhalten die Daten für China nicht die Sonderverwaltungszone Hongkong der VR China, die Sonderverwaltungszone Macau der VR China oder Taiwan (Provinz von China). Die Daten für Sudan umfassen auch Südsudan, sofern nicht anders angegeben.

Symbole

Ein Bindestrich zwischen zwei Jahren (zum Beispiel 2005-2012) zeigt an, dass die vorgelegten Daten sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum beziehen. Ein Schrägstrich zwischen Jahren (zum Beispiel 2005/2012) zeigt an, dass es sich um den Durchschnitt der genannten Jahre handelt. Bei Wachstumsraten handelt es sich in der Regel um durchschnittliche jährliche Wachstumsraten zwischen dem ersten und letzten Jahr des angegebenen Zeitraums.

In den Tabellen werden folgende Symbole verwendet:

..	Keine Daten verfügbar
0 oder 0.0	Null oder vernachlässigbar
–	Nicht zutreffend

Danksagungen zur Statistik

Die zusammengesetzten Indizes und sonstigen statistischen Ressourcen des Berichts stützen sich auf ein breites Spektrum der auf ihren Spezialgebieten am meisten anerkannten internationalen Datenlieferanten. Wir danken insbesondere dem Carbon Dioxide Information Analysis Center des Energieministeriums der Vereinigten Staaten, dem Centre for Research on the Epidemiology of Disasters (Zentrum zur Erforschungen der Epidemiologie von Katastrophen), Eurostat, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, Gallup, ICF Macro, der Internationalen Energie-Agentur, der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Fernmeldeunion, der Weltnaturschutzunion, der Interparlamentarischen Union, der Luxemburg Income Study, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Internationalen Friedensforschungsinstitut Stockholm, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik, dem Institut für Statistik der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Weltorganisation für Tourismus, der Weltbank, der Weltgesundheitsorganisation und der Weltorganisation für geistiges Eigentum. Eine weitere unverzichtbare Quelle für die Berechnung der Indizes des Berichts ist die von Robert Barro (Universität Harvard) und Yong-Wha Lee (Universität Korea) geführte Bildungsdatenbank.

Statistische Tabellen

Die ersten fünf Tabellen enthalten die zusammengesetzten Indizes der menschlichen Entwicklung mit ihren Einzelkomponenten. In weiteren neun Tabellen wird ein breiteres Feld von Indikatoren präsentiert, die mit der menschlichen Entwicklung zusammenhängen. Vier der zusammengesetzten Indizes der menschlichen Entwicklung – der Index der menschlichen Entwicklung (HDI), der Ungleichheit einbeziehende Index der menschlichen Entwicklung (IHDI), der Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit (GII) und der Index der mehrdimensionalen Armut (MPI) – werden seit dem *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2010 vorgelegt. Der GII und der MPI sind nach wie vor experimentelle Indizes.

In **Tabelle 1** werden die HDI-Werte sowie die Werte von vier Einzelindikatoren in den Bereichen Lebenserwartung, Bildung und Einkommen präsentiert. Die Länder sind entsprechend ihrem HDI-Wert in einer Rangliste eingestuft. Der Unterschied zwischen dem Rang nach Bruttonationaleinkommen und dem HDI-Rang zeigt an, ob ein Land sein Einkommen in wirksamer Weise zur Förderung der beiden nicht einkommensbezogenen HDI-Dimensionen einsetzt. Die Berechnung des nicht einkommensbezogenen HDI liefert ein zusätzliches Instrument, das länderübergreifende Vergleiche und die Einordnung der Länder nach ihren Leistungen in den nicht einkommensbezogenen Dimensionen ermöglicht. In **Tabelle 2** wird eine Zeitreihe der HDI-Werte auf der Grundlage der 2012 verfügbaren Daten präsentiert, also unter Berücksichtigung der aktuellsten Revision historischer Daten und Methoden. Dies ist das einzige Instrument, um die HDI-Werte für 2012 mit den Werten früherer Jahre zu vergleichen. Anhand der Veränderung des HDI-Rangs über die letzten fünf Jahre und zwischen 2011 und 2012 sowie der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des HDI über die vier Zeitperioden sind Richtung und Tempo der HDI-Veränderungen einfach zu beurteilen.

Tabelle 3 präsentiert den IHDI, der neben den durchschnittlichen Fortschritten eines Landes in den Dimensionen Gesundheit, Bildung und Einkommen auch die Verteilung dieser

Fortschritte innerhalb der Bevölkerung zeigt, indem er in den einzelnen Dimensionen Abzüge entsprechend dem Grad der Ungleichheit vornimmt. Der IHDI kann als das tatsächliche Niveau der menschlichen Entwicklung (unter Einbeziehung von Ungleichheit) interpretiert werden, während der HDI die potenzielle menschliche Entwicklung verkörpert, die erreicht werden könnte, wenn die erzielten Fortschritte gleichmäßig auf alle Einwohner verteilt würden. Der als prozentualer Anteil ausgedrückte Unterschied zwischen dem HDI und dem IHDI gibt die aufgrund von Ungleichheit entgangene potenzielle menschliche Entwicklung an. Ein Rangunterschied zwischen dem HDI und dem IHDI zeigt an, dass die Berücksichtigung der Ungleichheit den Rang eines Landes entweder verschlechtern (negativer Wert) oder verbessern würde (positiver Wert).

Tabelle 4 präsentiert den Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit. Dieser experimentelle zusammengesetzte Index dient der Messung ungleicher Fortschritte von Frauen und Männern bei drei Dimensionen: reproduktiver Gesundheit, Teilhabe und Erwerbsbeteiligung. Mit der Erstellung des GII wird das Ziel verfolgt, empirische Grundlagen für Politikanalyse und Interessenvertretung zu liefern. Ein hoher Wert zeigt eine hohe Ungleichheit zwischen Frauen und Männern an.

Tabelle 5 präsentiert den Index der mehrdimensionalen Armut. Dieses experimentelle Maß soll die sich überlappenden Formen von Deprivation erfassen, denen die Menschen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Lebensstandard ausgesetzt sind. Der MPI zeigt sowohl die Verbreitung der nicht einkommensbezogenen mehrdimensionalen Armut (Gesamtzahl der in mehrdimensionaler Armut lebenden Menschen) als auch ihre Intensität (relative Zahl der Formen von Deprivation, unter denen Menschen gleichzeitig leiden). Um ein umfassendes Bild der in Armut lebenden Menschen zu vermitteln, wird auch dargestellt, in welchem Umfang die Formen von Deprivation in jeder Dimension zur Gesamtarmut beitragen. Die Länder werden alphabetisch in zwei Gruppen aufgeführt, entsprechend dem Erhebungsjahr, das zur Schätzung des MPI herangezogen wurde.

Tabelle 6 kombiniert makroökonomische Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Bruttoanlageinvestitionen und Verbraucherpreisindex mit Indikatoren für öffentliche Ausgaben. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten oder während einer Rezession gehen die Bruttoanlageinvestitionen in der Regel zurück. Der Verbraucherpreisindex wird als Maß für Inflation präsentiert. Die Indikatoren für öffentliche Ausgaben werden für zwei Zeitpunkte angegeben, damit Ausgabenveränderungen analysiert werden können. Anhand dieser Indikatoren können Prioritäten und Muster der öffentlichen Ausgaben und auch ihr Einfluss auf die Verbesserung der menschlichen Entwicklung untersucht werden.

In **Tabelle 7** werden verschiedene Indikatoren für die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sowie zwei Indikatoren für die Qualität der Gesundheitsversorgung präsentiert. **Tabelle 8** enthält neben Indikatoren für Bildungsstandards auch Indikatoren für Bildungsqualität, darunter durchschnittliche Testergebnisse (einschließlich Abweichungen vom Durchschnitt) für Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Die Indikatoren für Bildungsqualität basieren auf standardisierten Tests für 15-jährige Schüler im Rahmen des PISA-Programms (Programme for International Student Assessment) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, unter Heranziehung des Datensatzes von 2009 für 63 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Diese testbezogenen Qualitätsindikatoren werden ergänzt durch zwei zusätzliche Indikatoren für Bildungsqualität, nämlich den Anteil der ausgebildeten Grundschullehrer sowie einen wahrnehmungsbezogenen Indikator für Zufriedenheit mit der Bildungsqualität.

Tabelle 9 behandelt die Integration in die Gesellschaft. Die vorgelegten Daten zeigen den Grad der Inklusion und Integration an. Insbesondere geben die Indikatoren Aufschluss über gleiche Rechte und Chancen bei der Beschäftigung und über allgemeine Ungleichheit, menschliche Sicherheit sowie Vertrauen und Zufriedenheit innerhalb der Gemeinwesen. Ergänzende objektive Indikatoren und wahrnehmungsbezogene Indikatoren ermöglichen ein differenzierteres Bild der gesellschaftlichen Integration. Bei den Angaben zur Zufriedenheit mit Lebensführung, Entscheidungsfreiheit und Beruf geht es vorrangig um die individuelle Einschätzung der persönlichen Situation, während die Angaben über Vertrauen in Menschen und Regierungen und zur Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen Einsichten über die Zufriedenheit der Menschen mit der Gesellschaft im Allgemeinen liefern.

Tabelle 10 macht deutlich, wie stark ein Land in die Weltwirtschaft integriert ist. Mit der Unterscheidung zwischen dem Handel mit Endprodukten und dem Handel mit Teilen und Komponenten soll das Phänomen der globalen Wertschöpfung und Produktionsteilung deutlich gemacht werden, das für das Wachstum des Welthandels und für die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Südens von großer politischer Bedeutung ist.

In **Tabelle 11** werden Indikatoren zu zwei Aspekten der Globalisierung präsentiert: Kapitalströme und Migration. Steigende Auslandsinvestitionen sind eine der Messgrößen für die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung. Migration bietet Chancen für Arbeit und Rücküberweisungen in das Herkunftsland, während sie gleichzeitig die Erwerbsbevölkerung in den Aufnahmeländern vergrößert. Menschliche Mobilität in allen ihren Formen kann auch zur interkulturellen Verständigung beitragen.

Tabelle 12 illustriert die wichtige Rolle von Investitionen in Forschung und Entwicklung, wenn es darum geht, die menschliche Entwicklung voranzubringen und in den einzelnen Ländern Kapazitäten zur wirksamen Übernahme und Nutzung von Technologien aufzubauen. **Tabelle 13** beleuchtet die ökologische Nachhaltigkeit. Sie zeigt den Anteil fossiler Brennstoffe und erneuerbarer Energiequellen an der Energieversorgung, präsentiert Daten zu Kohlendioxid- und Treibhausgasemissionen unter drei verschiedenen Aspekten und bietet wichtige Messgrößen für Ökosysteme und natürliche Ressourcen. Außerdem enthält die Tabelle Indikatoren, die Aufschluss darüber geben, wie sich Veränderungen der physischen Umwelt unmittelbar auf den Menschen auswirken.

In **Tabelle 14** werden wichtige Bevölkerungsindikatoren präsentiert, die für das Verständnis der aktuellen Bevölkerungssituation und der Richtung künftiger Veränderungen unverzichtbar sind. Durch den Vergleich der Statistiken über Medianalter, Abhängigkeitsquotienten und zusammengefasste Geburtenziffern lassen sich die Belastungen der Erwerbsbevölkerung und die Selbsterhaltungsfähigkeit von Gesellschaften beurteilen. Abweichungen vom natürlichen Geschlechterverhältnis bei der Geburt haben Auswirkungen auf das Reproduktionsniveau der Bevölkerung und sind ein Hinweis auf geschlechtsspezifische Ungleichheit und mögliche soziale und wirtschaftliche Probleme in der Zukunft.

HDI 2012: Schlüssel zu den Ländern und Rangstufen

Afghanistan	175
Ägypten	112
Albanien	70
Algerien	93
Andorra	33
Angola	148
Antigua und Barbuda	67
Äquatorialguinea	136
Argentinien	45
Armenien	87
Aserbaidschan	82
Äthiopien	173
Australien	2
Bahamas	49
Bahrain	48
Bangladesch	146
Barbados	38
Belarus	50
Belgien	17
Belize	96
Benin	166
Bhutan	140
Bolivien, Plurinat. Staat	108
Bosnien u. Herzegowina	81
Botsuana	119
Brasilien	85
Brunei Darussalam	30
Bulgarien	57
Burkina Faso	183
Burundi	178
Chile	40
China	101
Costa Rica	62
Côte d'Ivoire	168
Dänemark	15
Deutschland	5
Dominica	72
Dominikanische Republik	96
Dschibuti	164
Ecuador	89
El Salvador	107
Eritrea	181
Estland	33
Fidschi	96
Finnland	21
Frankreich	20
Gabun	106
Gambia	165
Georgien	72
Ghana	135
Grenada	63
Griechenland	29
Guatemala	133
Guinea	178
Guinea-Bissau	176
Guyana	118
Haiti	161
Honduras	120
Hongkong, China (SVZ)	13
Indien	136
Indonesien	121
Irak	131
Iran, Islamische Republik	76
Irland	7
Island	13
Israel	16
Italien	25
Jamaika	85
Japan	10
Jemen	160
Jordanien	100
Kambodscha	138
Kamerun	150
Kanada	11
Kap Verde	132
Kasachstan	69
Katar	36
Kenia	145
Kirgistan	125
Kiribati	121
Kolumbien	91
Komoren	169
Kongo	142
Kongo, Demokratische Rep.	186
Korea, Republik	12
Kroatien	47
Kuba	59
Kuwait	54
Laos, Demokratische Volksrep.	138
Lesotho	158
Lettland	44
Libanon	72
Liberia	174
Libyen	64
Liechtenstein	24
Litauen	41
Luxemburg	26
Madagaskar	151
Malawi	170
Malaysia	64
Malediven	104
Mali	182
Malta	32
Marokko	130
Mauretanien	155
Mauritius	80
Mazedonien, ehem. jugosl. Rep.	78
Mexiko	61
Mikronesien, Föd. Staaten von	117
Moldau, Republik	113
Mongolei	108
Montenegro	52
Mosambik	185
Myanmar	149
Namibia	128
Nepal	157
Neuseeland	6
Nicaragua	129
Niederlande	4
Niger	186
Nigeria	153
Norwegen	1
Oman	84
Österreich	18
Pakistan	146
Palau	52
Palästina, Staat	110
Panama	59
Papua-Neuguinea	156
Paraguay	111
Peru	77
Philippinen	114
Polen	39
Portugal	43
Ruanda	167
Rumänien	56
Russische Föderation	55
Salomonen	143
Sambia	163
Samoa	96
São Tomé und Príncipe	144
Saudi-Arabien	57
Schweden	7
Schweiz	9
Senegal	154
Serbien	64
Seychellen	46
Sierra Leone	177
Simbabwe	172
Singapur	18
Slowakei	35
Slowenien	21
Spanien	23
Sri Lanka	92
St. Kitts und Nevis	72
St. Lucia	88
St. Vincent und die Grenadinen	83
Südafrika	121
Sudan	171
Suriname	105
Swasiland	141
Syrien, Arabische Rep.	116
Tadschikistan	125
Tansania, Vereinigte Rep.	152
Thailand	103
Timor-Leste	134
Togo	159
Tonga	95
Trinidad und Tobago	67
Tschad	184
Tschechische Republik	28
Tunesien	94
Türkei	90
Turkmenistan	102
Uganda	161
Ukraine	78
Ungarn	37
Uruguay	51
Usbekistan	114
Vanuatu	124
Venezuela, Bolivarische Rep.	71
Vereinigte Arabische Emirate	41
Vereinigte Staaten	3
Vereinigtes Königreich	26
Vietnam	127
Zentralafrikanische Republik	180
Zypern	31

TABELLE 1

Index der menschlichen Entwicklung mit Einzelkomponenten

HDI-Rang		Index der menschlichen Entwicklung (HDI) Wert 2012	Lebenserwartung bei der Geburt (Jahre) 2012	Durchschnittliche Schulbesuchsdauer (Jahre) 2010[a]	Voraussichtliche Schulbesuchsdauer (Jahre) 2011[b]	Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf (KKP $ 2005) 2012	Pro-Kopf-BNE-Rang minus HDI-Rang 2012	Nicht einkommensbezogener HDI Wert 2012
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG								
1	Norwegen	0,955	81,3	12,6	17,5	48.688	4	0,977
2	Australien	0,938	82,0	12,0[c]	19,6[d]	34.340	15	0,978
3	Vereinigte Staaten	0,937	78,7	13,3	16,8	43.480	6	0,958
4	Niederlande	0,921	80,8	11,6[c]	16,9	37.282	8	0,945
5	Deutschland	0,920	80,6	12,2	16,4[e]	35.431	10	0,948
6	Neuseeland	0,919	80,8	12,5	19,7[d]	24.358	26	0,978
7	Irland	0,916	80,7	11,6	18,3[d]	28.671	19	0,960
7	Schweden	0,916	81,6	11,7[c]	16,0	36.143	6	0,940
9	Schweiz	0,913	82,5	11,0[c]	15,7	40.527	2	0,926
10	Japan	0,912	83,6	11,6[c]	15,3	32.545	11	0,942
11	Kanada	0,911	81,1	12,3	15,1	35.369	5	0,934
12	Korea, Republik	0,909	80,7	11,6	17,2	28.231	15	0,949
13	Hongkong, China (SAR)	0,906	83,0	10,0	15,5	45.598	–6	0,907
13	Island	0,906	81,9	10,4	18,3[d]	29.176	12	0,943
15	Dänemark	0,901	79,0	11,4[c]	16,8	33.518	4	0,924
16	Israel	0,900	81,9	11,9	15,7	26.224	13	0,942
17	Belgien	0,897	80,0	10,9[c]	16,4	33.429	3	0,917
18	Österreich	0,895	81,0	10,8	15,3	36.438	–5	0,908
18	Singapur	0,895	81,2	10,1[c]	14,4[f]	52.613	–15	0,880
20	Frankreich	0,893	81,7	10,6[c]	16,1	30.277	4	0,919
21	Finnland	0,892	80,1	10,3	16,9	32.510	2	0,912
21	Slowenien	0,892	79,5	11,7	16,9	23.999	12	0,936
23	Spanien	0,885	81,6	10,4[c]	16,4	25.947	8	0,919
24	Liechtenstein	0,883	79,8	10,3[g]	11,9	84.880[h]	–22	0,832
25	Italien	0,881	82,0	10,1[c]	16,2	26.158	5	0,911
26	Luxemburg	0,875	80,1	10,1	13,5	48.285	–20	0,858
26	Vereinigtes Königreich	0,875	80,3	9,4	16,4	32.538	–5	0,886
28	Tschechische Republik	0,873	77,8	12,3	15,3	22.067	10	0,913
29	Griechenland	0,860	80,0	10,1[c]	16,3	20.511	13	0,899
30	Brunei Darussalam	0,855	78,1	8,6	15,0	45.690	–23	0,832
31	Zypern	0,848	79,8	9,8	14,9	23.825	4	0,869
32	Malta	0,847	79,8	9,9	15,1	21.184	9	0,876
33	Andorra	0,846	81,1	10,4[i]	11,7	33.918[j]	–15	0,839
33	Estland	0,846	75,0	12,0	15,8	17.402	13	0,892
35	Slowakei	0,840	75,6	11,6	14,7	19.696	9	0,872
36	Katar	0,834	78,5	7,3	12,2	87.478[k]	–35	0,761
37	Ungarn	0,831	74,6	11,7	15,3	16.088	13	0,874
38	Barbados	0,825	77,0	9,3	16,3	17.308	10	0,859
39	Polen	0,821	76,3	10,0	15,2	17.776	7	0,851
40	Chile	0,819	79,3	9,7	14,7	14.987	13	0,863
41	Litauen	0,818	72,5	10,9	15,7	16.858	7	0,850
41	Vereinigte Arabische Emirate	0,818	76,7	8,9	12,0	42.716	–31	0,783
43	Portugal	0,816	79,7	7,7	16,0	19.907	0	0,835
44	Lettland	0,814	73,6	11,5[c]	14,8	14.724	10	0,856
45	Argentinien	0,811	76,1	9,3	16,1	15.347	7	0,848
46	Seychellen	0,806	73,8	9,4[l]	14,3	22.615	–9	0,808
47	Kroatien	0,805	76,8	9,8[c]	14,1	15.419	4	0,837
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG								
48	Bahrain	0,796	75,2	9,4	13,4[e]	19.154	–3	0,806
49	Bahamas	0,794	75,9	8,5	12,6	27.401	–21	0,777
50	Belarus	0,793	70,6	11,5[l]	14,7	13.385	11	0,830
51	Uruguay	0,792	77,2	8,5[c]	15,5	13.333	11	0,829
52	Montenegro	0,791	74,8	10,5[l]	15,0	10.471	24	0,850
52	Palau	0,791	72,1	12,2	13,7[e]	11.463[m]	18	0,840
54	Kuwait	0,790	74,7	6,1	14,2	52.793	–51	0,730
55	Russische Föderation	0,788	69,1	11,7	14,3	14.461	0	0,816
56	Rumänien	0,786	74,2	10,4	14,5	11.011	16	0,836
57	Bulgarien	0,782	73,6	10,6[c]	14,0	11.474	12	0,826
57	Saudi-Arabien	0,782	74,1	7,8	14,3	22.616	–21	0,774
59	Kuba	0,780	79,3	10,2	16,2	5.539[n]	44	0,894
59	Panama	0,780	76,3	9,4	13,2	13.519	1	0,810
61	Mexiko	0,775	77,1	8,5	13,7	12.947	4	0,805

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt	Durchschnittliche Schulbesuchsdauer	Voraussichtliche Schulbesuchsdauer	Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf	Pro-Kopf-BNE-Rang minus HDI-Rang	Nicht einkommensbezogener HDI
	Wert	(Jahre)	(Jahre)	(Jahre)	(KKP $ 2005)		Wert
	2012	2012	2010[a]	2011[b]	2012	2012	2012
62 Costa Rica	0,773	79,4	8,4	13,7	10.863	12	0,816
63 Grenada	0,770	76,1	8,6[e]	15,8	9.257	21	0,827
64 Libyen	0,769	75,0	7,3	16,2	13.765	–8	0,791
64 Malaysia	0,769	74,5	9,5	12,6	13.676	–7	0,791
64 Serbien	0,769	74,7	10,2[c]	13,6	9.533	16	0,823
67 Antigua und Barbuda	0,760	72,8	8,9	13,3	13.883	–12	0,776
67 Trinidad und Tobago	0,760	70,3	9,2	11,9	21.941	–28	0,743
69 Kasachstan	0,754	67,4	10,4	15,3	10.451	8	0,791
70 Albanien	0,749	77,1	10,4	11,4	7.822	21	0,807
71 Venezuela, Bolivarische Republik	0,748	74,6	7,6[c]	14,4	11.475	–2	0,774
72 Dominica	0,745	77,6	7,7[l]	12,7	10.977	–1	0,771
72 Georgien	0,745	73,9	12,1[o]	13,2	5.005	37	0,845
72 Libanon	0,745	72,8	7,9[l]	13,9	12.364	–5	0,762
72 St. Kitts und Nevis	0,745	73,3	8,4[e]	12,9	12.460	–5	0,763
76 Iran, Islamische Republik	0,742	73,2	7,8	14,4	10.695	–1	0,769
77 Peru	0,741	74,2	8,7	13,2	9.306	6	0,780
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	0,740	75,0	8,2[o]	13,4	9.377	2	0,777
78 Ukraine	0,740	68,8	11,3	14,8	6.428	22	0,813
80 Mauritius	0,737	73,5	7,2	13,6	13.300	–17	0,745
81 Bosnien und Herzegowina	0,735	75,8	8,3[l]	13,4	7.713	13	0,787
82 Aserbaidschan	0,734	70,9	11,2[l]	11,7	8.153	5	0,780
83 St. Vincent und die Grenadinen	0,733	72,5	8,6[e]	13,3	9.367	–1	0,767
84 Oman	0,731	73,2	5,5[l]	13,5	24.092	–51	0,694
85 Brasilien	0,730	73,8	7,2	14,2	10.152	–8	0,755
85 Jamaika	0,730	73,3	9,6	13,1	6.701	14	0,792
87 Armenien	0,729	74,4	10,8	12,2	5.540	16	0,808
88 St. Lucia	0,725	74,8	8,3[e]	12,7	7.971	1	0,768
89 Ecuador	0,724	75,8	7,6	13,7	7.471	7	0,772
90 Türkei	0,722	74,2	6,5	12,9	13.710	–32	0,720
91 Kolumbien	0,719	73,9	7,3	13,6	8.711	–6	0,751
92 Sri Lanka	0,715	75,1	9,3[c]	12,7	5.170	18	0,792
93 Algerien	0,713	73,4	7,6	13,6	7.418	4	0,755
94 Tunesien	0,712	74,7	6,5	14,5	8.103	–6	0,746
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG							
95 Tonga	0,710	72,5	10,3[c]	13,7	4.153	26	0,807
96 Belize	0,702	76,3	8,0[c]	12,5	5.327	8	0,767
96 Dominikanische Republik	0,702	73,6	7,2[c]	12,3	8.506	–11	0,726
96 Fidschi	0,702	69,4	10,7[c]	13,9	4.087	24	0,794
96 Samoa	0,702	72,7	10,3[l]	13,0	3.928	28	0,800
100 Jordanien	0,700	73,5	8,6	12,7	5.272	8	0,766
101 China	0,699	73,7	7,5	11,7	7.945	–11	0,728
102 Turkmenistan	0,698	65,2	9,9[p]	12,6[e]	7.782	–10	0,727
103 Thailand	0,690	74,3	6,6	12,3	7.722	–10	0,715
104 Malediven	0,688	77,1	5,8[c]	12,5	7.478	–9	0,715
105 Suriname	0,684	70,8	7,2[o]	12,4	7.327	–7	0,710
106 Gabun	0,683	63,1	7,5	13,0	12.521	–40	0,668
107 El Salvador	0,680	72,4	7,5	12,0	5.915	–5	0,723
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	0,675	66,9	9,2	13,5	4.444	7	0,740
108 Mongolei	0,675	68,8	8,3	14,3	4.245	10	0,746
110 Palästina, Staat	0,670	73,0	8,0[l]	13,5	3.359[q]	20	0,761
111 Paraguay	0,669	72,7	7,7	12,1	4.497	4	0,730
112 Ägypten	0,662	73,5	6,4	12,1	5.401	–6	0,702
113 Moldau, Republik	0,660	69,6	9,7	11,8	3.319	19	0,747
114 Philippinen	0,654	69,0	8,9[c]	11,7	3.752	11	0,724
114 Usbekistan	0,654	68,6	10,0[o]	11,6	3.201	19	0,740
116 Syrien, Arabische Rep.	0,648	76,0	5,7[c]	11,7[e]	4.674[r]	–2	0,692
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	0,645	69,2	8,8[p]	11,4[e]	3.352[m]	14	0,719
118 Guyana	0,636	70,2	8,5	10,3	3.387	11	0,703
119 Botsuana	0,634	53,0	8,9	11,8	13.102	–55	0,596
120 Honduras	0,632	73,4	6,5	11,4	3.426	8	0,695
121 Indonesien	0,629	69,8	5,8	12,9	4.154	–3	0,672
121 Kiribati	0,629	68,4	7,8[e]	12,0	3.079	13	0,701
121 Südafrika	0,629	53,4	8,5[c]	13,1[e]	9.594	–42	0,608

TABELLE 1 INDEX DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG MIT EINZELKOMPONENTEN

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI) Wert 2012	Lebenserwartung bei der Geburt (Jahre) 2012	Durchschnittliche Schulbesuchsdauer (Jahre) 2010[a]	Voraussichtliche Schulbesuchsdauer (Jahre) 2011[b]	Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf (KKP $ 2005) 2012	Pro-Kopf-BNE-Rang minus HDI-Rang 2012	Nicht einkommensbezogener HDI Wert 2012
124 Vanuatu	0,626	71,3	6,7[e]	10,6	3.960	–1	0,672
125 Kirgistan	0,622	68,0	9,3	12,6	2.009	24	0,738
125 Tadschikistan	0,622	67,8	9,8	11,5	2.119	19	0,731
127 Vietnam	0,617	75,4	5,5	11,9	2.970	9	0,686
128 Namibia	0,608	62,6	6,2	11,3	5.973	–27	0,611
129 Nicaragua	0,599	74,3	5,8	10,8	2.551	10	0,671
130 Marokko	0,591	72,4	4,4	10,4	4.384	–13	0,608
131 Irak	0,590	69,6	5,6	10,0	3.557	–4	0,623
132 Kap Verde	0,586	74,3	3,5[e]	12,7	3.609	–6	0,617
133 Guatemala	0,581	71,4	4,1	10,7	4.235	–14	0,596
134 Timor-Leste	0,576	62,9	4,4[s]	11,7	5.446	–29	0,569
135 Ghana	0,558	64,6	7,0	11,4	1.684	22	0,646
136 Äquatorialguinea	0,554	51,4	5,4[o]	7,9	21.715	–97	0,463
136 Indien	0,554	65,8	4,4	10,7	3.285	–3	0,575
138 Kambodscha	0,543	63,6	5,8	10,5	2.095	9	0,597
138 Laos, Demokratische Volksrep.	0,543	67,8	4,6	10,1	2.435	2	0,584
140 Bhutan	0,538	67,6	2,3[s]	12,4	5.246	–31	0,516
141 Swasiland	0,536	48,9	7,1	10,7	5.104	–30	0,515
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG							
142 Kongo	0,534	57,8	5,9	10,1	2.934	–5	0,553
143 Salomonen	0,530	68,2	4,5[p]	9,3	2.172	1	0,572
144 São Tomé und Príncipe	0,525	64,9	4,7[s]	10,8	1.864	7	0,579
145 Kenia	0,519	57,7	7,0	11,1	1.541	15	0,588
146 Bangladesch	0,515	69,2	4,8	8,1	1.785	9	0,567
146 Pakistan	0,515	65,7	4,9	7,3	2.566	–9	0,534
148 Angola	0,508	51,5	4,7[s]	10,2	4.812	–35	0,479
149 Myanmar	0,498	65,7	3,9	9,4	1.817	5	0,537
150 Kamerun	0,495	52,1	5,9	10,9	2.114	–4	0,520
151 Madagaskar	0,483	66,9	5,2[p]	10,4	828	28	0,601
152 Tansania, Vereinigte Rep.	0,476	58,9	5,1	9,1	1.383	10	0,527
153 Nigeria	0,471	52,3	5,2[s]	9,0	2.102	–6	0,482
154 Senegal	0,470	59,6	4,5	8,2	1.653	4	0,501
155 Mauretanien	0,467	58,9	3,7	8,1	2.174	–12	0,473
156 Papua-Neuguinea	0,466	63,1	3,9	5,8[e]	2.386	–15	0,464
157 Nepal	0,463	69,1	3,2	8,9	1.137	11	0,526
158 Lesotho	0,461	48,7	5,9[c]	9,6	1.879	–8	0,476
159 Togo	0,459	57,5	5,3	10,6	928	16	0,542
160 Jemen	0,458	65,9	2,5	8,7	1.820	–7	0,474
161 Haiti	0,456	62,4	4,9	7,6[e]	1.070	7	0,521
161 Uganda	0,456	54,5	4,7	11,1	1.168	5	0,511
163 Sambia	0,448	49,4	6,7	8,5	1.358	0	0,483
164 Dschibuti	0,445	58,3	3,8[o]	5,7	2.350	–22	0,435
165 Gambia	0,439	58,8	2,8	8,7	1.731	–9	0,448
166 Benin	0,436	56,5	3,2	9,4	1.439	–5	0,459
167 Ruanda	0,434	55,7	3,3	10,9	1.147	0	0,476
168 Côte d'Ivoire	0,432	56,0	4,2	6,5	1.593	–9	0,444
169 Komoren	0,429	61,5	2,8[p]	10,2	986	4	0,484
170 Malawi	0,418	54,8	4,2	10,4	774	10	0,492
171 Sudan	0,414	61,8	3,1	4,5	1.848	–19	0,405
172 Simbabwe	0,397	52,7	7,2	10,1	424[t]	14	0,542
173 Äthiopien	0,396	59,7	2,2[s]	8,7	1.017	–2	0,425
174 Liberia	0,388	57,3	3,9	10,5[e]	480	11	0,502
175 Afghanistan	0,374	49,1	3,1	8,1	1.000	–3	0,393
176 Guinea-Bissau	0,364	48,6	2,3[o]	9,5	1.042	–6	0,373
177 Sierra Leone	0,359	48,1	3,3	7,3[e]	881	0	0,380
178 Burundi	0,355	50,9	2,7	11,3	544	4	0,423
178 Guinea	0,355	54,5	1,6[s]	8,8	941	–4	0,368
180 Zentralafrikanische Republik	0,352	49,1	3,5	6,8	722	1	0,386
181 Eritrea	0,351	62,0	3,4[e]	4,6	531	3	0,418
182 Mali	0,344	51,9	2,0[c]	7,5	853	–4	0,359
183 Burkina Faso	0,343	55,9	1,3[o]	6,9	1.202	–18	0,332
184 Tschad	0,340	49,9	1,5[p]	7,4	1.258	–20	0,324
185 Mosambik	0.327	50,7	1.2	9.2	906	–9	0.327

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt	Durchschnittliche Schulbesuchsdauer	Voraussichtliche Schulbesuchsdauer	Bruttonational-einkommen (BNE) pro Kopf	Pro-Kopf-BNE-Rang minus HDI-Rang	Nicht einkommens-bezogener HDI
	Wert	(Jahre)	(Jahre)	(Jahre)	(KKP $ 2005)		Wert
	2012	2012	2010[a]	2011[b]	2012	2012	2012
186 Kongo, Demokratische Rep.	0.304	48,7	3.5	8,5	319	0	0.404
186 Niger	0.304	55,1	1.4	4.9	701	–4	0.313
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE							
Korea, Dem. Volksrep.	..	69.0	..	..	..	..	..
Marshallinseln	..	72.3	..	11,7	..	..	..
Monaco	..	82.3	..	..	..	..	..
Nauru	..	80,0	..	9,3	..	..	..
San Marino	..	81,9	..	12,5	..	..	..
Somalia	..	51,5	..	2,4	..	..	..
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	..	67,5	..	10,8	..	..	..
HDI-Gruppierungen							
Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,905	80,1	11,5	16,3	33.391	—	0,927
Hohe menschliche Entwicklung	0,758	73,4	8,8	13,9	11.501	—	0,781
Mittlere menschliche Entwicklung	0,640	69,9	6,3	11,4	5.428	—	0,661
Niedrige menschliche Entwicklung	0,466	59,1	4,2	8,5	1.633	—	0,487
Regionen							
Arabische Staaten	0,652	71,0	6,0	10,6	8.317	—	0,658
Ostasien und Pazifik	0,683	72,7	7,2	11,8	6.874	—	0,712
Europa und Zentralasien	0,771	71,5	10,4	13,7	12.243	—	0,801
Lateinamerika und Karibik	0,741	74,7	7,8	13,7	10.300	—	0,770
Südasien	0,558	66,2	4,7	10,2	3.343	—	0,577
Afrika südlich der Sahara	0,475	54,9	4,7	9,3	2.010	—	0,479
Am wenigsten entwickelte Länder	0,449	59,5	3,7	8,5	1.385	—	0,475
Kleine Inselentwicklungsländer	0,648	69,8	7,3	10,7	5.397	—	0,673
Welt	**0,694**	**70,1**	**7,5**	**11,6**	**10.184**	**—**	**0,690**

HINWEISE

a Die Daten beziehen sich auf 2010 oder das jüngste verfügbare Jahr.

b Die Daten beziehen sich auf 2011 oder das jüngste verfügbare Jahr.

c Aktualisiert durch das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung (HDRO) auf der Grundlage von Daten des Instituts für Statistik der UNESCO (2012).

d Zur Berechnung des HDI gilt für diesen Wert eine Obergrenze von 18 Jahren.

e Auf der Grundlage einer länderübergreifenden Regression.

f Berechnet durch das Bildungsministerium Singapurs.

g Unter Annahme der gleichen durchschnittlichen Schulbesuchsjahre Erwachsener wie für die Schweiz vor der neuesten Aktualisierung.

h Geschätzt anhand der Kaufkraftparität (KKP) und der hochgerechneten Wachstumsrate der Schweiz.

i Unter Annahme der gleichen durchschnittlichen Schulbesuchsjahre Erwachsener wie für Spanien vor der neuesten Aktualisierung.

j Geschätzt anhand der Kaufkraftparität (KKP) und der hochgerechneten Wachstumsrate Spaniens.

k Auf der Grundlage impliziter KKP-Umrechnungsfaktoren (IMF 2012).

l Auf der Grundlage von Schätzungen der Verteilung von Bildungsabschlüssen des Statistischen Instituts der UNESCO (2012).

m Auf der Grundlage der von der Asiatischen Entwicklungsbank (2012) hochgerechneten Wachstumsraten.

n KKP-Schätzung auf der Grundlage einer länderübergreifenden Regression; hochgerechnete Wachstumsrate auf der Grundlage der von ECLAC (2012) und UNDESA (2012c) hochgerechneten Wachstumsraten.

o Auf der Grundlage von Daten aus den Multiple Indicator Cluster Surveys von UNICEF für 2002-2012.

p Auf der Grundlage von Daten über die Schulbesuchsjahre Erwachsener aus Haushaltserhebungen der Weltbank (International Income Distribution Database).

q Auf der Grundlage einer unveröffentlichten Weltbank-Schätzung der KKP-Umrechnungsrate und der von UNESCWA (2012) und UNDESA (2012c) hochgerechneten Wachstumsraten.

r Auf der Grundlage der von UNDESA (2012c) hochgerechneten Wachstumsraten

s Auf der Grundlage von Daten von ICF Macro (2012).

t Auf der Grundlage von KKP-Daten (IMF 2012).

DEFINITIONEN

Index der menschlichen Entwicklung (HDI): Ein zusammengesetzter Index, der die durchschnittlich erzielten Fortschritte bei drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung misst: einem langen und gesunden Leben, Wissen und angemessenem Lebensstandard. Detaillierte Informationen zur Berechnung des Indexes enthält die *Technische Erläuterung* 1 unter http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2013_EN_TechNotes.pd.

Lebenserwartung bei der Geburt: Zahl der Jahre, die ein Neugeborenes leben würde, wenn die zur Zeit seiner Geburt vorherrschenden Muster altersspezifischer Sterblichkeit während seines gesamten Lebens unverändert blieben.

Durchschnittliche Schulbesuchsdauer in Jahren: Durchschnittliche Schulbesuchsdauer in Jahren, die ab 25-Jährige in ihrem Leben erhalten haben, umgewandelt aus den Bildungsstufenabschlüssen der Bevölkerung auf der Basis der offiziellen Dauer jeder Bildungsstufe.

Voraussichtliche Schulbesuchsdauer: Zahl der Jahre des Schulunterrichts, die ein Kind im Schuleintrittsalter zu erhalten erwarten kann, wenn die vorherrschenden altersspezifischen Einschulungsquoten während des gesamten Lebens des Kindes konstant bleiben.

Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf: Gesamteinkommen einer Volkswirtschaft aus ihrer Produktion und ihrem Eigentum an Produktionsfaktoren, vermindert um Zahlungen für die Nutzung von Produktionsfaktoren im Besitz der übrigen Welt, umgewandelt in internationale Dollar unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität (KKP), geteilt durch die Bevölkerung zur Jahresmitte.

Pro-Kopf-BNE-Rang minus HDI-Rang: Unterschied zwischen Einstufung nach BNE pro Kopf und nach dem HDI. Ein negativer Wert bedeutet, dass der BNE-Rang des Landes höher ist als der HDI-Rang.

Nicht einkommensbezogener HDI: Ausschließlich aus den Indikatoren für Lebenserwartung und Bildung berechneter HDI-Wert.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalte 1: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von UNDESA (2011), Barro und Lee (2011), UNESCO Institute for Statistics (2012), World Bank (2012a) und IMF (2012).

Spalte 2: UNDESA (2011).

Spalte 3: Barro und Lee (2011) und HDRO-Aktualisierung auf der Grundlage von Daten des UNESCO Institute for Statistics (2012) über Bildungsabschlüsse und der Methodik von Barro und Lee (2010).

Spalte 4: UNESCO Institute for Statistics (2012).

Spalte 5: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von World Bank (2012a), IMF (2012) und UNSD (2012a).

Spalte 6: Berechnet auf der Grundlage von Daten in den Spalten 1 und 5.

Spalte 7: Berechnet auf der Grundlage von Daten in den Spalten 2, 3 und 4.

TABELLE 2

Trends des Indexes der menschlichen Entwicklung, 1980-2012

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI) Wert 1980	1990	2000	2005	2007	2010	2011	2012	HDI-Rang Veränderung 2007–2012[a]	2011–2012[a]	Durchschnittliches jährliches Wachstum (%) 1980/1990	1990/2000	2000/2010	2000/2012
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
1 Norwegen	0,804	0,852	0,922	0,948	0,952	0,952	0,953	0,955	0	0	0,59	0,79	0,32	0,29
2 Australien	0,857	0,880	0,914	0,927	0,931	0,935	0,936	0,938	0	0	0,27	0,37	0,23	0,22
3 Vereinigte Staaten	0,843	0,878	0,907	0,923	0,929	0,934	0,936	0,937	0	–1	0,40	0,33	0,29	0,27
4 Niederlande	0,799	0,842	0,891	0,899	0,911	0,919	0,921	0,921	2	0	0,52	0,56	0,31	0,28
5 Deutschland	0,738	0,803	0,870	0,901	0,907	0,916	0,919	0,920	5	0	0,85	0,81	0,53	0,47
6 Neuseeland	0,807	0,835	0,887	0,908	0,912	0,917	0,918	0,919	–1	0	0,34	0,60	0,33	0,29
7 Irland	0,745	0,793	0,879	0,907	0,918	0,916	0,915	0,916	–3	0	0,62	1,04	0,42	0,35
7 Schweden	0,792	0,823	0,903	0,905	0,909	0,913	0,915	0,916	0	0	0,38	0,93	0,11	0,12
9 Schweiz	0,818	0,840	0,882	0,898	0,901	0,912	0,912	0,913	3	0	0,27	0,49	0,33	0,29
10 Japan	0,788	0,837	0,878	0,896	0,903	0,909	0,910	0,912	1	0	0,61	0,48	0,35	0,32
11 Kanada	0,825	0,865	0,887	0,906	0,909	0,909	0,910	0,911	–4	–1	0,48	0,25	0,24	0,22
12 Korea, Republik	0,640	0,749	0,839	0,875	0,890	0,905	0,907	0,909	4	0	1,58	1,14	0,76	0,67
13 Hongkong, China (SAR)	0,712	0,788	0,815	0,857	0,877	0,900	0,904	0,906	10	1	1,02	0,34	1,00	0,89
13 Island	0,769	0,815	0,871	0,901	0,908	0,901	0,905	0,906	–4	0	0,58	0,67	0,34	0,33
15 Dänemark	0,790	0,816	0,869	0,893	0,898	0,899	0,901	0,901	–2	0	0,33	0,63	0,34	0,30
16 Israel	0,773	0,809	0,865	0,885	0,892	0,896	0,899	0,900	–2	0	0,45	0,68	0,34	0,33
17 Belgien	0,764	0,817	0,884	0,884	0,891	0,896	0,897	0,897	–2	0	0,67	0,79	0,14	0,12
18 Österreich	0,747	0,797	0,848	0,867	0,879	0,892	0,894	0,895	2	0	0,66	0,62	0,51	0,46
18 Singapur	..	0,756	0,826	0,852	..	0,892	0,894	0,895	7	0	..	0,89	0,77	0,67
20 Frankreich	0,728	0,784	0,853	0,877	0,885	0,891	0,893	0,893	–1	0	0,75	0,85	0,44	0,38
21 Finnland	0,766	0,801	0,845	0,882	0,890	0,890	0,892	0,892	–5	0	0,45	0,54	0,52	0,45
21 Slowenien	..	..	0,842	0,876	0,888	0,892	0,892	0,892	–3	0	..	..	0,58	0,48
23 Spanien	0,698	0,756	0,847	0,865	0,874	0,884	0,885	0,885	1	0	0,80	1,15	0,43	0,37
24 Liechtenstein	..	..	..	..	..	0,882	0,883	0,883	..	0	..	..	..	..
25 Italien	0,723	0,771	0,833	0,869	0,878	0,881	0,881	0,881	–2	0	0,64	0,78	0,56	0,46
26 Luxemburg	0,735	0,796	0,861	0,875	0,879	0,875	0,875	0,875	–5	0	0,81	0,78	0,16	0,14
26 Vereinigtes Königreich	0,748	0,784	0,841	0,865	0,867	0,874	0,875	0,875	2	0	0,47	0,70	0,39	0,33
28 Tschechische Republik	..	..	0,824	0,862	0,869	0,871	0,872	0,873	–1	0	..	..	0,56	0,48
29 Griechenland	0,726	0,772	0,810	0,862	0,865	0,866	0,862	0,860	0	0	0,62	0,48	0,67	0,50
30 Brunei Darussalam	0,765	0,782	0,830	0,848	0,853	0,854	0,854	0,855	0	0	0,22	0,59	0,28	0,25
31 Zypern	0,715	0,779	0,808	0,817	0,827	0,849	0,849	0,848	4	0	0,86	0,36	0,50	0,41
32 Malta	0,713	0,757	0,801	0,827	0,829	0,844	0,846	0,847	2	1	0,59	0,57	0,52	0,46
33 Andorra	..	..	..	..	..	0,846	0,847	0,846	..	–1	..	..	..	..
33 Estland	..	0,728	0,786	0,830	0,841	0,839	0,844	0,846	–2	1	..	0,76	0,65	0,62
35 Slowakei	..	0,754	0,785	0,814	0,830	0,836	0,838	0,840	–1	0	..	0,40	0,64	0,57
36 Katar	0,729	0,743	0,801	0,828	0,833	0,827	0,832	0,834	–3	0	0,18	0,76	0,32	0,33
37 Ungarn	0,709	0,714	0,790	0,820	0,826	0,829	0,830	0,831	1	0	0,07	1,02	0,48	0,42
38 Barbados	0,706	0,760	0,790	0,798	0,808	0,823	0,824	0,825	2	0	0,73	0,38	0,41	0,37
39 Polen	..	..	0,778	0,798	0,806	0,817	0,819	0,821	3	0	..	..	0,49	0,46
40 Chile	0,638	0,702	0,759	0,789	0,800	0,813	0,817	0,819	5	0	0,96	0,78	0,68	0,64
41 Litauen	..	0,732	0,756	0,802	0,810	0,810	0,814	0,818	–2	2	..	0,32	0,68	0,65
41 Vereinigte Arabische Emirate	..	..	..	0,831	0,827	0,816	0,817	0,818	–5	–1	..	..	..	..
43 Portugal	0,644	0,714	0,783	0,796	0,806	0,817	0,817	0,816	–1	–3	1,04	0,93	0,43	0,35
44 Lettland	0,675	0,699	0,738	0,792	0,808	0,805	0,809	0,814	–4	1	0,35	0,55	0,87	0,82
45 Argentinien	0,675	0,701	0,755	0,771	0,787	0,805	0,810	0,811	4	–1	0,38	0,74	0,64	0,60
46 Seychellen	..	..	0,774	0,781	0,792	0,799	0,804	0,806	1	0	..	..	0,31	0,33
47 Kroatien	..	0,716	0,755	0,787	0,798	0,804	0,804	0,805	–1	–1	..	0,52	0,63	0,54
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
48 Bahrain	0,644	0,713	0,781	0,802	0,802	0,794	0,795	0,796	–4	0	1,02	0,92	0,16	0,15
49 Bahamas	..	..	..	..	..	0,791	0,792	0,794	..	0	..	..	..	..
50 Belarus	..	..	..	0,730	0,756	0,785	0,789	0,793	12	1	..	..	..	..
51 Uruguay	0,664	0,693	0,741	0,744	0,771	0,785	0,789	0,792	3	0	0,42	0,68	0,58	0,55
52 Montenegro	..	..	..	0,756	0,775	0,787	0,791	0,791	0	–2	..	..	..	..
52 Palau	..	..	0,765	0,786	0,792	0,779	0,786	0,791	–4	2	..	..	0,18	0,27
54 Kuwait	0,695	0,712	0,781	0,784	0,787	0,786	0,788	0,790	–4	–1	0,25	0,92	0,06	0,10
55 Russische Föderation	..	0,730	0,713	0,753	0,770	0,782	0,784	0,788	0	0	..	–0,23	0,93	0,84
56 Rumänien	..	0,706	0,709	0,756	0,772	0,783	0,784	0,786	–3	–1	..	0,05	0,99	0,86
57 Bulgarien	0,673	0,704	0,721	0,756	0,766	0,778	0,780	0,782	0	0	0,45	0,24	0,77	0,67
57 Saudi-Arabien	0,575	0,653	0,717	0,748	0,756	0,777	0,780	0,782	5	0	1,29	0,93	0,81	0,74
59 Kuba	0,626	0,681	0,690	0,735	0,770	0,775	0,777	0,780	–4	0	0,83	0,14	1,17	1,02
59 Panama	0,634	0,666	0,724	0,746	0,758	0,770	0,776	0,780	1	1	0,49	0,85	0,62	0,62
61 Mexiko	0,598	0,654	0,723	0,745	0,758	0,770	0,773	0,775	–1	0	0,89	1,00	0,64	0,59
62 Costa Rica	0,621	0,663	0,705	0,732	0,744	0,768	0,770	0,773	4	0	0,65	0,62	0,85	0,76

	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)								HDI-Rang		Durchschnittliches jährliches Wachstum			
	Wert								Veränderung		(%)			
HDI-Rang	1980	1990	2000	2005	2007	2010	2011	2012	2007–2012[a]	2011–2012[a]	1980/1990	1990/2000	2000/2010	2000/2012
63 Grenada	..	..	..	..	..	0,768	0,770	0,770	..	–1	..	..	..	..
64 Libyen	..	..	..	0,746	0,760	0,773	0,725	0,769	–5	23[b]	..	..	..	..
64 Malaysia	0,563	0,635	0,712	0,742	0,753	0,763	0,766	0,769	1	1	1,21	1,15	0,69	0,64
64 Serbien	..	..	0,726	0,751	0,760	0,767	0,769	0,769	–5	0	..	..	0,56	0,49
67 Antigua und Barbuda	..	..	..	..	..	0,761	0,759	0,760	..	–1	..	..	..	..
67 Trinidad und Tobago	0,680	0,685	0,707	0,741	0,752	0,758	0,759	0,760	–1	–1	0,08	0,32	0,70	0,60
69 Kasachstan	..	..	0,663	0,721	0,734	0,744	0,750	0,754	2	–1	..	..	1,15	1,08
70 Albanien	..	0,661	0,698	0,729	0,737	0,746	0,748	0,749	0	–1	..	0,54	0,66	0,59
71 Venezuela, Bolivarische Republik	0,629	0,635	0,662	0,694	0,712	0,744	0,746	0,748	9	–1	0,11	0,41	1,17	1,03
72 Dominica	..	..	0,722	0,732	0,739	0,743	0,744	0,745	–3	0	..	..	0,28	0,26
72 Georgien	..	..	..	0,713	0,732	0,735	0,740	0,745	0	3	..	..	..	..
72 Libanon	..	..	..	0,714	0,728	0,743	0,744	0,745	3	0	..	..	..	..
72 St. Kitts und Nevis	..	..	..	..	..	0,745	0,745	0,745	..	–1	..	..	..	..
76 Iran, Islamische Republik	0,443	0,540	0,654	0,685	0,706	0,740	0,742	0,742	7	–2	1,99	1,94	1,25	1,05
77 Peru	0,580	0,619	0,679	0,699	0,716	0,733	0,738	0,741	3	–1	0,65	0,93	0,78	0,73
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	..	..	..	0,711	0,719	0,736	0,738	0,740	1	–2	..	..	..	..
78 Ukraine	..	0,714	0,673	0,718	0,732	0,733	0,737	0,740	–5	0	..	–0,58	0,85	0,80
80 Mauritius	0,551	0,626	0,676	0,708	0,720	0,732	0,735	0,737	–2	–1	1,28	0,77	0,81	0,73
81 Bosnien und Herzegowina	..	..	..	0,724	0,729	0,733	0,734	0,735	–6	–1	..	..	..	..
82 Aserbaidschan	..	..	..	..	..	0,734	0,732	0,734	..	–1	..	..	..	..
83 St. Vincent und die Grenadinen	..	..	..	..	..	0,731	0,732	0,733	..	–2	..	..	..	..
84 Oman	..	..	..	..	..	0,728	0,729	0,731	..	–1	..	..	..	..
85 Brasilien	0,522	0,590	0,669	0,699	0,710	0,726	0,728	0,730	0	0	1,23	1,26	0,82	0,73
85 Jamaika	0,612	0,642	0,679	0,695	0,701	0,727	0,729	0,730	4	–2	0,47	0,57	0,69	0,61
87 Armenien	..	0,628	0,648	0,695	0,723	0,722	0,726	0,729	–7	–1	..	0,33	1,08	0,98
88 St. Lucia	..	..	..	..	..	0,723	0,724	0,725	..	0	..	..	..	..
89 Ecuador	0,596	0,635	0,659	0,682	0,688	0,719	0,722	0,724	10	0	0,63	0,37	0,89	0,79
90 Türkei	0,474	0,569	0,645	0,684	0,702	0,715	0,720	0,722	–1	0	1,85	1,26	1,04	0,95
91 Kolumbien	0,556	0,600	0,658	0,681	0,698	0,714	0,717	0,719	0	0	0,76	0,93	0,82	0,75
92 Sri Lanka	0,557	0,608	0,653	0,683	0,693	0,705	0,711	0,715	5	0	0,88	0,72	0,78	0,76
93 Algerien	0,461	0,562	0,625	0,680	0,691	0,710	0,711	0,713	5	–1	2,01	1,07	1,28	1,10
94 Tunesien	0,459	0,553	0,642	0,679	0,694	0,710	0,710	0,712	2	0	1,87	1,51	1,01	0,86
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
95 Tonga	..	0,656	0,689	0,704	0,705	0,709	0,709	0,710	–7	0	..	0,49	0,28	0,25
96 Belize	0,621	0,653	0,672	0,694	0,696	0,700	0,701	0,702	–4	0	0,51	0,29	0,40	0,35
96 Dominikanische Republik	0,525	0,584	0,641	0,669	0,683	0,697	0,700	0,702	4	2	1,07	0,93	0,85	0,76
96 Fidschi	0,572	0,614	0,670	0,693	0,695	0,699	0,700	0,702	–3	2	0,71	0,87	0,43	0,39
96 Samoa	..	..	0,663	0,689	0,695	0,699	0,701	0,702	–3	0	..	..	0,52	0,48
100 Jordanien	0,545	0,592	0,650	0,684	0,695	0,699	0,699	0,700	–7	0	0,83	0,95	0,72	0,62
101 China	0,407	0,495	0,590	0,637	0,662	0,689	0,695	0,699	4	0	1,96	1,78	1,55	1,42
102 Turkmenistan	..	..	..	..	..	0,688	0,693	0,698	..	0	..	..	..	..
103 Thailand	0,490	0,569	0,625	0,662	0,676	0,686	0,686	0,690	–1	1	1,50	0,94	0,93	0,82
104 Malediven	..	..	0,592	0,639	0,663	0,683	0,687	0,688	1	–1	..	..	1,43	1,26
105 Suriname	..	..	..	0,666	0,672	0,679	0,681	0,684	–2	0	..	..	..	..
106 Gabun	0,526	0,610	0,627	0,653	0,662	0,676	0,679	0,683	0	0	1,49	0,27	0,75	0,72
107 El Salvador	0,471	0,528	0,620	0,655	0,671	0,678	0,679	0,680	–3	–1	1,14	1,62	0,90	0,78
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	0,489	0,557	0,620	0,647	0,652	0,668	0,671	0,675	0	0	1,31	1,08	0,75	0,71
108 Mongolei	..	0,559	0,564	0,622	0,638	0,657	0,668	0,675	4	2	..	0,08	1,54	1,51
110 Palästina, Staat	..	..	..	..	..	0,662	0,666	0,670	..	1	..	..	..	..
111 Paraguay	0,549	0,578	0,617	0,641	0,650	0,668	0,670	0,669	–1	–2	0,52	0,66	0,79	0,67
112 Ägypten	0,407	0,502	0,593	0,625	0,640	0,661	0,661	0,662	0	0	2,12	1,68	1,08	0,92
113 Moldau, Republik	..	0,650	0,592	0,636	0,644	0,652	0,657	0,660	–2	0	..	–0,93	0,96	0,91
114 Philippinen	0,561	0,581	0,610	0,630	0,636	0,649	0,651	0,654	0	0	0,35	0,49	0,61	0,58
114 Usbekistan	..	..	..	0,617	0,630	0,644	0,649	0,654	1	1	..	..	..	..
116 Syrien, Arabische Rep.	0,501	0,557	0,596	0,618	0,623	0,646	0,646	0,648	0	0	1,07	0,67	0,80	0,70
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	..	..	..	..	..	0,639	0,640	0,645	..	0	..	..	..	..
118 Guyana	0,513	0,502	0,578	0,610	0,617	0,628	0,632	0,636	1	1	–0,21	1,41	0,83	0,79
119 Botsuana	0,449	0,586	0,587	0,604	0,619	0,633	0,634	0,634	–1	–1	2,71	0,00	0,77	0,66
120 Honduras	0,456	0,520	0,563	0,582	0,594	0,629	0,630	0,632	3	0	1,33	0,79	1,12	0,97
121 Indonesien	0,422	0,479	0,540	0,575	0,595	0,620	0,624	0,629	1	3	1,26	1,21	1,39	1,28
121 Kiribati	..	..	..	..	..	0,628	0,627	0,629	..	0	..	..	..	..
121 Südafrika	0,570	0,621	0,622	0,604	0,609	0,621	0,625	0,629	0	1	0,87	0,01	–0,01	0,11
124 Vanuatu	..	..	..	..	..	0,623	0,625	0,626	..	–2	..	..	..	..
125 Kirgistan	..	0,609	0,582	0,601	0,612	0,615	0,621	0,622	–3	0	..	–0,45	0,54	0,56

TABELLE 2 TRENDS DES INDEXES DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG, 1980–2012

	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)								HDI-Rang		Durchschnittliches jährliches Wachstum			
	Wert								Veränderung		(%)			
HDI-Rang	1980	1990	2000	2005	2007	2010	2011	2012	2007–2012[a]	2011–2012[a]	1980/1990	1990/2000	2000/2010	2000/2012
125 Tadschikistan	..	0,615	0,529	0,582	0,587	0,612	0,618	0,622	3	1	..	–1,50	1,47	1,36
127 Vietnam	..	0,439	0,534	0,573	0,590	0,611	0,614	0,617	0	0	..	1,98	1,37	1,22
128 Namibia	..	0,569	0,564	0,579	0,592	0,604	0,606	0,608	–2	0	..	–0,10	0,69	0,64
129 Nicaragua	0,461	0,479	0,529	0,572	0,583	0,593	0,597	0,599	0	0	0,37	1,01	1,15	1,04
130 Marokko	0,371	0,440	0,512	0,558	0,571	0,586	0,589	0,591	0	0	1,71	1,54	1,35	1,20
131 Irak	..	..	..	0,564	0,567	0,578	0,583	0,590	1	1	..	..	..	..
132 Kap Verde	..	..	0,532	..	..	0,581	0,584	0,586	..	–1	..	..	0,88	0,81
133 Guatemala	0,432	0,464	0,523	0,551	0,570	0,579	0,580	0,581	–1	0	0,72	1,20	1,02	0,89
134 Timor-Leste	..	..	0,418	0,461	0,519	0,565	0,571	0,576	5	0	..	..	3,06	2,71
135 Ghana	0,391	0,427	0,461	0,491	0,506	0,540	0,553	0,558	7	0	0,90	0,77	1,58	1,60
136 Äquatorialguinea	..	..	0,498	0,523	0,533	0,547	0,551	0,554	–2	0	..	..	0,96	0,90
136 Indien	0,345	0,410	0,463	0,507	0,525	0,547	0,551	0,554	–1	0	1,75	1,23	1,67	1,50
138 Kambodscha	..	..	0,444	0,501	0,520	0,532	0,538	0,543	–1	0	..	..	1,82	1,68
138 Laos, Demokratische Volksrep.	..	0,379	0,453	0,494	0,510	0,534	0,538	0,543	3	0	..	1,80	1,66	1,53
140 Bhutan	..	..	..	..	..	0,525	0,532	0,538	..	1	..	..	..	..
141 Swasiland	..	0,533	0,502	0,504	0,520	0,532	0,536	0,536	–3	–1	..	–0,59	0,58	0,55
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
142 Kongo	0,470	0,510	0,482	0,506	0,511	0,529	0,531	0,534	–1	0	0,82	–0,56	0,94	0,86
143 Salomonen	..	..	0,486	0,510	0,522	0,522	0,526	0,530	–6	0	..	..	0,70	0,71
144 São Tomé und Príncipe	..	..	..	0,488	0,503	0,520	0,522	0,525	0	0	..	..	..	..
145 Kenia	0,424	0,463	0,447	0,472	0,491	0,511	0,515	0,519	1	0	0,88	–0,33	1,34	1,24
146 Bangladesch	0,312	0,361	0,433	0,472	0,488	0,508	0,511	0,515	1	1	1,49	1,83	1,61	1,46
146 Pakistan	0,337	0,383	0,419	0,485	0,498	0,512	0,513	0,515	–1	0	1,29	0,89	2,03	1,74
148 Angola	..	..	0,375	0,406	0,472	0,502	0,504	0,508	1	0	..	..	2,97	2,56
149 Myanmar	0,281	0,305	0,382	0,435	0,464	0,490	0,494	0,498	1	0	0,83	2,27	2,52	2,23
150 Kamerun	0,373	0,431	0,429	0,453	0,459	0,488	0,492	0,495	1	0	1,46	–0,05	1,29	1,20
151 Madagaskar	..	..	0,428	0,467	0,478	0,484	0,483	0,483	–3	0	..	..	1,24	1,02
152 Tansania, Vereinigte Rep.	..	0,353	0,369	0,395	0,408	0,466	0,470	0,476	15	1	..	0,43	2,36	2,15
153 Nigeria	..	..	..	0,434	0,448	0,462	0,467	0,471	1	1	..	..	..	..
154 Senegal	0,322	0,368	0,405	0,441	0,454	0,470	0,471	0,470	–2	–2	1,32	0,97	1,50	1,25
155 Mauretanien	0,340	0,357	0,418	0,441	0,454	0,464	0,464	0,467	–3	0	0,48	1,61	1,04	0,92
156 Papua-Neuguinea	0,324	0,368	0,415	0,429	..	0,458	0,462	0,466	1	0	1,29	1,22	0,99	0,96
157 Nepal	0,234	0,341	0,401	0,429	0,440	0,458	0,460	0,463	2	0	3,85	1,62	1,35	1,21
158 Lesotho	0,422	0,474	0,429	0,425	0,431	0,452	0,456	0,461	2	1	1,18	–0,99	0,53	0,61
159 Togo	0,357	0,382	0,426	0,436	0,442	0,452	0,455	0,459	–2	1	0,67	1,11	0,60	0,62
160 Jemen	..	0,286	0,376	0,428	0,444	0,466	0,459	0,458	–4	–2	..	2,78	2,16	1,66
161 Haiti	0,335	0,399	0,422	0,437	..	0,450	0,453	0,456	–6	1	1,77	0,56	0,64	0,65
161 Uganda	..	0,306	0,375	0,408	0,427	0,450	0,454	0,456	0	0	..	2,06	1,84	1,65
163 Sambia	0,405	0,398	0,376	0,399	0,411	0,438	0,443	0,448	3	0	–0,18	–0,56	1,52	1,46
164 Dschibuti	..	..	..	0,405	0,419	0,431	0,442	0,445	0	0	..	..	..	..
165 Gambia	0,279	0,323	0,360	0,375	0,383	0,437	0,440	0,439	5	0	1,47	1,09	1,95	1,65
166 Benin	0,253	0,314	0,380	0,414	0,420	0,432	0,434	0,436	–3	0	2,16	1,95	1,28	1,14
167 Ruanda	0,277	0,233	0,314	0,377	0,400	0,425	0,429	0,434	2	0	–1,74	3,05	3,07	2,73
168 Côte d'Ivoire	0,348	0,360	0,392	0,405	0,412	0,427	0,426	0,432	–3	1	0,34	0,85	0,86	0,81
169 Komoren	..	..	..	0,425	0,425	0,426	0,428	0,429	–7	–1	..	..	..	..
170 Malawi	0,272	0,295	0,352	0,363	0,381	0,413	0,415	0,418	1	1	0,83	1,78	1,61	1,44
171 Sudan	0,269	0,301	0,364	0,390	0,401	0,411	0,419	0,414	–3	–1	1,15	1,89	1,22	1,08
172 Simbabwe	0,367	0,427	0,376	0,352	0,355	0,374	0,387	0,397	0	1	1,53	–1,26	–0,04	0,46
173 Äthiopien	..	..	0,275	0,316	0,350	0,387	0,392	0,396	1	–1	..	..	3,49	3,09
174 Liberia	0,298	..	0,304	0,301	0,334	0,367	0,381	0,388	3	0	..	..	1,88	2,04
175 Afghanistan	0,209	0,246	0,236	0,322	0,346	0,368	0,371	0,374	0	0	1,63	–0,41	4,54	3,91
176 Guinea-Bissau	..	..	..	0,348	0,355	0,361	0,364	0,364	–4	0	..	..	..	..
177 Sierra Leone	0,255	0,247	0,244	0,315	0,331	0,346	0,348	0,359	1	2	–0,28	–0,15	3,58	3,29
178 Burundi	0,217	0,272	0,270	0,298	0,323	0,348	0,352	0,355	2	–1	2,26	–0,07	2,59	2,31
178 Guinea	..	..	..	0,331	0,342	0,349	0,352	0,355	–2	–1	..	..	..	..
180 Zentralafrikanische Republik	0,285	0,312	0,294	0,308	0,316	0,344	0,348	0,352	2	–1	0,94	–0,59	1,59	1,50
181 Eritrea	..	..	..	..	..	0,342	0,346	0,351	..	1	..	..	..	..
182 Mali	0,176	0,204	0,270	0,312	0,328	0,344	0,347	0,344	–2	–1	1,50	2,86	2,45	2,04
183 Burkina Faso	..	..	..	0,301	0,314	0,334	0,340	0,343	1	0	..	..	..	..
184 Tschad	..	..	0,290	0,317	0,319	0,336	0,336	0,340	–2	0	..	..	1,47	1,32
185 Mosambik	0,217	0,202	0,247	0,287	0,301	0,318	0,322	0,327	0	0	–0,70	2,00	2,57	2,37
186 Kongo, Demokratische Rep.	0,286	0,297	0,234	0,258	0,280	0,295	0,299	0,304	0	0	0,37	–2,34	2,35	2,19
186 Niger	0,179	0,198	0,234	0,269	0,278	0,298	0,297	0,304	1	1	0,98	1,72	2,42	2,20

	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)								HDI-Rang		Durchschnittliches jährliches Wachstum			
	Wert								Veränderung		(%)			
HDI-Rang	1980	1990	2000	2005	2007	2010	2011	2012	2007–2012[a]	2011–2012[a]	1980/1990	1990/2000	2000/2010	2000/2012
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
Korea, Dem. Volksrep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Marshallinseln	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Monaco	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Nauru	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
San Marino	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Somalia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
HDI-Gruppierungen														
Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,773	0,817	0,867	0,889	0,896	0,902	0,904	0,905	—	—	0,56	0,59	0,40	0,36
Hohe menschliche Entwicklung	0,605[c]	0,656[c]	0,695	0,725	0,738	0,753	0,755	0,758	—	—	0,81	0,58	0,80	0,72
Mittlere menschliche Entwicklung	0,419[c]	0,481	0,549	0,589	0,609	0,631	0,636	0,640	—	—	1,38	1,32	1,41	1,29
Niedrige menschliche Entwicklung	0,315	0,350	0,385	0,424	0,442	0,461	0,464	0,466	—	—	1,05	0,95	1,82	1,62
Regionen														
Arabische Staaten	0,443	0,517	0,583	0,622	0,633	0,648	0,650	0,652	—	—	1,56	1,21	1,07	0,94
Ostasien und Pazifik	0,432[c]	0,502[c]	0,584	0,626	0,649	0,673	0,678	0,683	—	—	1,51	1,51	1,43	1,31
Europa und Zentralasien	0,651[c]	0,701[c]	0,709	0,743	0,757	0,766	0,769	0,771	—	—	0,74	0,12	0,77	0,70
Lateinamerika und Karibik	0,574	0,623	0,683	0,708	0,722	0,736	0,739	0,741	—	—	0,83	0,93	0,74	0,67
Südasien	0,357	0,418	0,470	0,514	0,531	0,552	0,555	0,558	—	—	1,58	1,19	1,60	1,43
Afrika südlich der Sahara	0,366	0,387	0,405	0,432	0,449	0,468	0,472	0,475	—	—	0,58	0,44	1,47	1,34
Am wenigsten entwickelte Länder	0,290[c]	0,327[c]	0,367	0,401	0,421	0,443	0,446	0,449	—	—	1,22	1,15	1,91	1,70
Kleine Inselentwicklungsländer	0,530[c]	0,571[c]	0,600[c]	0,623	0,658	0,645	0,647	0,648	—	—	0,75	0,50	0,73	0,65
Welt	**0,561[c]**	**0,600**	**0,639**	**0,666**	**0,678**	**0,690**	**0,692**	**0,694**	**—**	**—**	**0,68**	**0,64**	**0,77**	**0,68**

HINWEISE

a Ein positiver Wert zeigt eine Rangverbesserung an.

b Die erhebliche Rangveränderung ist auf eine aktualisierte Schätzung des Internationalen Währungsfonds für das BIP-Wachstum Libyens im Jahr 2011 zurückzuführen.

c Auf der Grundlage von weniger als der Hälfte der Länder in der Gruppe oder Region.

DEFINITIONEN

Index der menschlichen Entwicklung (HDI): Ein zusammengesetzter Index, der die durchschnittlich erzielten Fortschritte bei drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung misst: einem langen und gesunden Leben, Wissen und einem angemessenen Lebensstandard. Detaillierte Informationen zur Berechnung des Indexes enthält die *Technische Erläuterung 1* unter http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2013_EN_TechNotes.pdf.

Durchschnittliches jährliches Wachstum: Geglättetes annualisiertes Wachstum des HDI in einem bestimmten Zeitraum, berechnet als jährliche Wachstumsrate.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1-8: HHDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von UNDESA (2011), Barro und Lee (2011), UNESCO Institute for Statistics (2012), World Bank (2012a) und IMF (2012).

Spalten 9-14: Berechnet auf der Grundlage der HDI-Werte in dem entsprechenden Jahr.

TABELLE 3

Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI)			Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung		Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex		Ungleichheit einbeziehender Einkommensindex		Verhältnis der Einkommens-quintile	Gini-Koeffi-zient für Einkommen
	Wert	Wert	Gesamt-abzug (%)	Rangveränderung[a]	Wert	Abzug (%)	Wert	Abzug (%)	Wert	Abzug (%)		
	2012	2012	2012	2012	2012	2012	2012[b]	2012	2012[b]	2012	2000–2010[c]	2000–2010[c]
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
1 Norwegen	0,955	0,894	6,4	0	0,928	3,7	0,968	2,2	0,797	12,8	3,9	25,8
2 Australien	0,938	0,864	7,9	0	0,930	4,7	0,965	1,7	0,719	16,6	..	..
3 Vereinigte Staaten	0,937	0,821	12,4	–13	0,863	6,6	0,941	5,3	0,681	24,1[d]	8,4	40,8
4 Niederlande	0,921	0,857	6,9	0	0,916	4,3	0,897	3,9	0,766	12,3	..	..
5 Deutschland	0,920	0,856	6,9	0	0,915	4,0	0,927	1,8	0,741	14,5	4,3	28,3
6 Neuseeland	0,919	..	..	..	0,907	5,2	..	..	..	..	..	..
7 Irland	0,916	0,850	7,2	0	0,915	4,3	0,933	3,2	0,720	13,8	5,7	34,3
7 Schweden	0,916	0,859	6,2	3	0,937	3,3	0,878	3,8	0,772	11,2	4,0	25,0
9 Schweiz	0,913	0,849	7,0	1	0,942	4,1	0,856	2,0	0,760	14,3	5,5	33,7
10 Japan	0,912	..	..	..	0,965	3,5	..	..	..	..	..	..
11 Kanada	0,911	0,832	8,7	–4	0,913	5,0	0,879	3,2	0,718	17,1	5,5	32,6
12 Korea, Republik	0,909	0,758	16,5	–18	0,915	4,3	0,702	25,5	0,679	18,4	..	..
13 Hongkong, China (SAR)	0,906	..	..	..	0,962	2,9	..	..	..	..	..	..
13 Island	0,906	0,848	6,4	3	0,945	3,0	0,889	2,5	0,727	13,2	..	..
15 Dänemark	0,901	0,845	6,2	3	0,887	4,4	0,891	3,1	0,764	11,0	..	..
16 Israel	0,900	0,790	12,3	–8	0,935	3,9	0,840	7,9	0,627	23,7	7,9	39,2
17 Belgien	0,897	0,825	8,0	–1	0,903	4,4	0,822	7,6	0,756	11,9	4,9	33,0
18 Österreich	0,895	0,837	6,6	3	0,919	4,2	0,838	2,5	0,760	12,7	4,4	29,2
18 Singapur	0,895	..	..	..	0,935	2,9	..	..	..	..	..	..
20 Frankreich	0,893	0,812	9,0	–2	0,930	4,2	0,788	9,4	0,732	13,3	..	..
21 Finnland	0,892	0,839	6,0	6	0,909	3,9	0,859	2,4	0,757	11,3	3,8	26,9
21 Slowenien	0,892	0,840	5,8	7	0,898	4,1	0,905	3,3	0,729	9,9	4,8	31,2
23 Spanien	0,885	0,796	10,1	–1	0,930	4,1	0,823	5,5	0,659	19,7	6,0	34,7
24 Liechtenstein	0,883	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
25 Italien	0,881	0,776	11,9	–4	0,937	3,9	0,740	13,1	0,673	18,1	6,5	36,0
26 Luxemburg	0,875	0,813	7,2	4	0,913	3,5	0,729	6,3	0,807	11,6	4,6	30,8
26 Vereinigtes Königreich	0,875	0,802	8,3	2	0,903	4,8	0,806	2,6	0,709	16,9	..	..
28 Tschechische Republik	0,873	0,826	5,4	9	0,874	3,9	0,904	1,3	0,712	10,7	..	..
29 Griechenland	0,860	0,760	11,5	–3	0,899	4,8	0,759	11,3	0,644	18,1	6,2	34,3
30 Brunei Darussalam	0,855	..	..	..	0,862	5,8	..	..	..	..	..	..
31 Zypern	0,848	0,751	11,5	–4	0,901	4,1	0,672	16,3	0,698	13,6	..	..
32 Malta	0,847	0,778	8,2	3	0,893	5,1	0,771	5,5	0,683	13,6	..	..
33 Andorra	0,846	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Estland	0,846	0,770	9,0	2	0,813	6,0	0,894	2,6	0,627	17,7	6,4	36,0
35 Slowakei	0,840	0,788	6,3	6	0,825	5,7	0,856	1,5	0,692	11,3	3,6	26,0
36 Katar	0,834	..	..	..	0,854	7,2	..	..	..	..	13,3	41,1
37 Ungarn	0,831	0,769	7,4	3	0,810	5,7	0,854	4,1	0,658	12,2	4,8	31,2
38 Barbados	0,825	..	..	..	0,814	9,2	..	..	..	..	..	..
39 Polen	0,821	0,740	9,9	0	0,834	5,8	0,767	6,3	0,634	17,1	5,5	34,1
40 Chile	0,819	0,664	19,0	–10	0,871	6,6	0,689	13,7	0,488	34,1	13,5	52,1
41 Litauen	0,818	0,727	11,0	–1	0,767	7,2	0,830	5,0	0,605	20,1	6,7	37,6
41 Vereinigte Arabische Emirate	0,818	..	..	..	0,836	6,3	..	..	..	..	..	..
43 Portugal	0,816	0,729	10,8	1	0,893	4,9	0,700	5,6	0,619	20,8	..	..
44 Lettland	0,814	0,726	10,9	–1	0,784	7,1	0,837	3,6	0,583	20,9	6,6	36,6
45 Argentinien	0,811	0,653	19,5	–8	0,796	9,7	0,716	12,1	0,487	34,4	11,3	44,5
46 Seychellen	0,806	..	..	..	..	..	..	..	..	..	18,8	65,8
47 Kroatien	0,805	0,683	15,1	–3	0,845	5,5	0,703	10,4	0,537	27,8	5,2	33,7
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
48 Bahrain	0,796	..	..	..	0,815	6,2	..	..	..	..	..	..
49 Bahamas	0,794	..	..	..	0,783	10,9	..	..	..	..	..	..
50 Belarus	0,793	0,727	8,3	3	0,737	7,4	0,819	5,4	0,636	12,1	4,0	27,2
51 Uruguay	0,792	0,662	16,4	–4	0,815	9,3	0,682	10,8	0,521	27,9	10,3	45,3
52 Montenegro	0,791	0,733	7,4	8	0,803	6,8	0,817	2,5	0,600	12,6	4,6	30,0
52 Palau	0,791	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
54 Kuwait	0,790	..	..	..	0,803	6,7	..	..	..	..	..	..
55 Russische Föderation	0,788	..	..	..	0,689	10,8	..	..	0,647	11,9	7,3	40,1
56 Rumänien	0,786	0,687	12,6	2	0,770	9,6	0,779	5,0	0,540	22,2	4,6	30,0
57 Bulgarien	0,782	0,704	9,9	5	0,776	7,8	0,760	6,1	0,592	15,4	4,3	28,2
57 Saudi-Arabien	0,782	..	..	..	0,754	11,5	..	..	..	..	..	..
59 Kuba	0,780	..	..	..	0,882	5,4	..	..	..	..	..	..
59 Panama	0,780	0,588	24,6	–15	0,776	12,4	0,609	17,8	0,431	40,5	17,1	51,9

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI)			Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung		Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex		Ungleichheit einbeziehender Einkommensindex		Verhältnis der Einkommens-quintile	Gini-Koeffi-zient für Einkommen
	Wert	Wert	Gesamt-abzug (%)	Rangveränderung[a]	Wert	Abzug (%)	Wert	Abzug (%)	Wert	Abzug (%)		
	2012	2012	2012	2012	2012	2012	2012[b]	2012	2012[b]	2012	2000–2010[c]	2000–2010[c]
61 Mexiko	0,775	0,593	23,4	–12	0,801	10,9	0,564	21,9	0,463	35,6	11,3	48,3
62 Costa Rica	0,773	0,606	21,5	–10	0,862	7,8	0,601	15,7	0,430	37,9	14,5	50,7
63 Grenada	0,770	..	..	..	0,798	9,6	..	..	..	..	..	..
64 Libyen	0,769	..	..	..	0,782	9,7	..	..	..	..	..	..
64 Malaysia	0,769	..	..	..	0,799	6,7	..	..	..	..	11,3	46,2
64 Serbien	0,769	0,696	9,5	8	0,788	8,3	0,709	9,9	0,603	10,3	4,2	27,8
67 Antigua und Barbuda	0,760	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
67 Trinidad und Tobago	0,760	0,644	15,3	–3	0,660	16,6	0,652	6,6	0,621	21,9	..	..
69 Kasachstan	0,754	0,652	13,6	3	0,624	16,2	0,781	6,9	0,567	17,3	4,2	29,0
70 Albanien	0,749	0,645	13,9	0	0,797	11,2	0,640	11,9	0,526	18,3	5,3	34,5
71 Venezuela, Bolivarische Republik	0,748	0,549	26,6	–17	0,754	12,2	0,571	18,1	0,385	44,9	11,5	44,8
72 Dominica	0,745	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
72 Georgien	0,745	0,631	15,3	–2	0,720	15,1	0,814	3,3	0,428	25,9	8,9	41,3
72 Libanon	0,745	0,575	22,8	–9	0,718	13,5	0,531	24,1	0,498	30,0	..	..
72 St. Kitts und Nevis	0,745	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
76 Iran, Islamische Republik	0,742	..	..	..	0,703	16,1	..	..	..	..	7,0	38,3
77 Peru	0,741	0,561	24,3	–10	0,727	14,8	0,538	24,6	0,452	32,5	13,5	48,1
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	0,740	0,631	14,7	2	0,784	9,4	0,612	12,3	0,524	21,8	9,5	43,2
78 Ukraine	0,740	0,672	9,2	13	0,687	10,5	0,808	6,1	0,548	10,9	3,8	26,4
80 Mauritius	0,737	0,639	13,3	5	0,760	9,8	0,570	13,5	0,602	16,6	..	..
81 Bosnien und Herzegowina	0,735	0,650	11,5	11	0,794	9,6	0,668	5,2	0,518	19,2	6,5	36,2
82 Aserbaidschan	0,734	0,650	11,4	11	0,636	20,6	0,697	8,3	0,620	4,5	5,3	33,7
83 St. Vincent und die Grenadinen	0,733	..	..	..	0,710	14,0	..	..	..	..	..	..
84 Oman	0,731	..	..	..	0,777	7,2	..	..	..	..	..	..
85 Brasilien	0,730	0,531	27,2	–12	0,725	14,4	0,503	25,3	0,411	39,7	20,6	54,7
85 Jamaika	0,730	0,591	19,1	2	0,710	15,3	0,669	10,6	0,434	30,1	9,6	45,5
87 Armenien	0,729	0,649	10,9	13	0,728	14,9	0,735	3,7	0,510	13,9	4,5	30,9
88 St. Lucia	0,725	..	..	..	0,773	10,4	..	..	..	..	..	..
89 Ecuador	0,724	0,537	25,8	–8	0,754	14,1	0,529	22,1	0,390	38,8	12,5	49,3
90 Türkei	0,722	0,560	22,5	–1	0,743	12,8	0,442	27,4	0,534	26,5	7,9	39,0
91 Kolumbien	0,719	0,519	27,8	–11	0,732	13,7	0,523	21,5	0,366	44,5	20,1	55,9
92 Sri Lanka	0,715	0,607	15,1	11	0,786	9,4	0,618	14,6	0,461	20,8	6,9	40,3
93 Algerien	0,713	..	..	..	0,717	14,5	..	..	..	..	..	..
94 Tunesien	0,712	..	..	..	0,752	12,6	..	..	..	..	8,1	41,4
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
95 Tonga	0,710	..	..	..	0,712	13,8	..	..	..	..	..	..
96 Belize	0,702	..	..	..	0,777	12,2	..	..	..	..	..	..
96 Dominikanische Republik	0,702	0,510	27,3	–15	0,708	16,0	0,458	26,8	0,410	37,6	11,3	47,2
96 Fidschi	0,702	..	..	..	0,676	13,0	..	..	..	..	8,0	42,8
96 Samoa	0,702	..	..	..	0,718	13,4	..	..	..	..	..	..
100 Jordanien	0,700	0,568	19,0	5	0,732	13,1	0,541	22,4	0,462	21,1	5,7	35,4
101 China	0,699	0,543	22,4	0	0,731	13,5	0,481	23,2	0,455	29,5	9,6	42,5
102 Turkmenistan	0,698	..	..	..	0,521	26,7	..	..	..	..	..	..
103 Thailand	0,690	0,543	21,3	0	0,768	10,1	0,491	18,0	0,424	34,0	7,1	40,0
104 Malediven	0,688	0,515	25,2	–8	0,834	7,3	0,335	41,2	0,489	23,2	6,8	37,4
105 Suriname	0,684	0,526	23,0	–2	0,680	15,0	0,504	20,1	0,426	32,8	..	..
106 Gabun	0,683	0,550	19,5	6	0,489	27,8	0,611	7,3	0,556	22,1	7,8	41,5
107 El Salvador	0,680	0,499	26,6	–11	0,699	15,2	0,429	32,4	0,415	31,1	14,3	48,3
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	0,675	0,444	34,2	–12	0,553	25,1	0,537	27,6	0,294	47,4	27,8	56,3
108 Mongolei	0,675	0,568	15,9	13	0,623	18,8	0,661	8,9	0,444	19,7	6,2	36,5
110 Palästina, Staat	0,670	..	..	..	0,725	13,1	..	..	..	..	5,8	35,5
111 Paraguay	0,669	..	..	..	0,681	17,8	..	..	0,374	33,4	17,3	52,4
112 Ägypten	0,662	0,503	24,1	–7	0,724	13,9	0,347	40,9	0,505	14,2	4,4	30,8
113 Moldau, Republik	0,660	0,584	11,6	18	0,693	11,2	0,670	6,1	0,429	17,0	5,3	33,0
114 Philippinen	0,654	0,524	19,9	4	0,654	15,2	0,587	13,5	0,375	30,0	8,3	43,0
114 Usbekistan	0,654	0,551	15,8	13	0,578	24,3	0,706	1,4	0,409	20,1	6,2	36,7
116 Syrien, Arabische Rep.	0,648	0,515	20,4	3	0,793	10,0	0,372	31,5	0,464	18,3	5,7	35,8
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	0,645	..	..	..	0,625	19,2	..	..	..	..	40,2	61,1
118 Guyana	0,636	0,514	19,1	2	0,618	21,7	0,559	10,5	0,393	24,4	..	..
119 Botsuana	0,634	..	..	..	0,394	24,3	..	..	..	..	..	..
120 Honduras	0,632	0,458	27,5	–3	0,694	17,4	0,413	28,2	0,335	35,8	29,7	57,0
121 Indonesien	0,629	0,514	18,3	3	0,652	16,8	0,459	20,4	0,453	17,7	5,1	34,0

TABELLE 3 UNGLEICHHEIT EINBEZIEHENDER INDEX DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG

	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI)			Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung		Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex		Ungleichheit einbeziehender Einkommensindex		Verhältnis der Einkommens-quintile	Gini-Koeffi-zient für Einkommen
	Wert	Wert	Gesamt-abzug (%)	Rangveränderung[a]	Wert	Abzug (%)	Wert	Abzug (%)	Wert	Abzug (%)		
HDI-Rang	2012	2012	2012	2012	2012	2012	2012[b]	2012	2012[b]	2012	2000–2010[c]	2000–2010[c]
121 Kiribati	0,629	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
121 Südafrika	0,629	..	..	..	0,376	28,4	0,558	20,8	..	..	25,3	63,1
124 Vanuatu	0,626	..	..	..	0,681	15,6	..	..	..	..	..	..
125 Kirgistan	0,622	0,516	17,1	8	0,606	19,8	0,674	6,5	0,336	24,1	6,4	36,2
125 Tadschikistan	0,622	0,507	18,4	2	0,548	27,2	0,623	12,2	0,383	15,0	4,7	30,8
127 Vietnam	0,617	0,531	14,0	14	0,755	13,4	0,447	17,1	0,444	11,4	5,9	35,6
128 Namibia	0,608	0,344	43,5	–16	0,528	21,1	0,402	27,8	0,191	68,3	21,8	63,9
129 Nicaragua	0,599	0,434	27,5	1	0,735	13,9	0,351	33,3	0,317	33,6	7,6	40,5
130 Marokko	0,591	0,415	29,7	0	0,686	16,7	0,243	45,8	0,430	23,0	7,3	40,9
131 Irak	0,590	..	..	..	0,622	20,3	0,334	33,0	..	..	4,6	30,9
132 Kap Verde	0,586	..	..	..	0,746	12,7	..	..	..	..	12,3	50,5
133 Guatemala	0,581	0,389	33,1	–3	0,659	18,6	0,280	36,1	0,318	42,5	19,6	55,9
134 Timor-Leste	0,576	0,386	33,0	–3	0,471	30,2	0,251	47,6	0,485	17,8	4,6	31,9
135 Ghana	0,558	0,379	32,2	–3	0,508	27,5	0,352	40,9	0,303	27,2	9,3	42,8
136 Äquatorialguinea	0,554	..	..	..	0,270	45,4	..	..	..	..	..	..
136 Indien	0,554	0,392	29,3	1	0,525	27,1	0,264	42,4	0,434	15,8	4,9	33,4
138 Kambodscha	0,543	0,402	25,9	3	0,488	28,8	0,372	28,3	0,358	20,3	6,1	37,9
138 Laos, Demokratische Volksrep.	0,543	0,409	24,7	4	0,589	21,7	0,311	31,2	0,374	20,6	5,9	36,7
140 Bhutan	0,538	0,430	20,0	8	0,568	24,1	0,312	12,2	0,450	23,1	6,8	38,1
141 Swasiland	0,536	0,346	35,4	–3	0,296	35,0	0,409	29,8	0,343	40,9	14,0	51,5
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
142 Kongo	0,534	0,368	31,1	1	0,374	37,0	0,384	25,4	0,348	30,3	10,7	47,3
143 Salomonen	0,530	..	..	..	0,602	20,7	..	..	..	..	..	..
144 São Tomé und Príncipe	0,525	0,358	31,7	1	0,503	28,8	0,379	20,0	0,241	44,2	10,8	50,8
145 Kenia	0,519	0,344	33,6	–2	0,390	34,1	0,405	30,7	0,259	36,0	11,0	47,7
146 Bangladesch	0,515	0,374	27,4	5	0,595	23,2	0,252	39,4	0,350	17,7	4,7	32,1
146 Pakistan	0,515	0,356	30,9	2	0,487	32,3	0,217	45,2	0,426	11,0	4,2	30,0
148 Angola	0,508	0,285	43,9	–12	0,267	46,1	0,303	34,6	0,286	50,0	30,9	58,6
149 Myanmar	0,498	..	..	..	0,537	25,3	..	..	..	..	..	..
150 Kamerun	0,495	0,330	33,4	–1	0,288	43,0	0,346	35,3	0,361	19,9	6,9	38,9
151 Madagaskar	0,483	0,335	30,7	1	0,549	25,6	0,342	30,1	0,199	36,1	9,3	44,1
152 Tansania, Vereinigte Rep.	0,476	0,346	27,3	5	0,414	32,4	0,326	28,3	0,307	20,9	6,6	37,6
153 Nigeria	0,471	0,276	41,4	–13	0,286	43,8	0,250	45,2	0,295	34,5	12,2	48,8
154 Senegal	0,470	0,315	33,0	2	0,432	30,7	0,223	44,6	0,325	21,6	7,4	39,2
155 Mauretanien	0,467	0,306	34,4	1	0,391	36,2	0,212	42,1	0,346	23,8	7,8	40,5
156 Papua-Neuguinea	0,466	..	..	..	0,508	25,2	..	..	..	..	..	..
157 Nepal	0,463	0,304	34,2	0	0,622	19,5	0,202	43,6	0,225	37,4	5,0	32,8
158 Lesotho	0,461	0,296	35,9	–1	0,297	34,3	0,379	24,3	0,229	47,0	19,0	52,5
159 Togo	0,459	0,305	33,5	3	0,371	37,2	0,291	41,5	0,263	20,0	5,6	34,4
160 Jemen	0,458	0,310	32,3	6	0,541	25,1	0,156	49,8	0,353	17,6	6,3	37,7
161 Haiti	0,456	0,273	40,2	–7	0,461	30,9	0,241	40,7	0,182	47,9	26,6	59,2
161 Uganda	0,456	0,303	33,6	3	0,331	39,1	0,327	32,2	0,257	29,1	8,7	44,3
163 Sambia	0,448	0,283	36,7	–2	0,269	41,9	0,383	23,8	0,221	42,6[e]	16,6	54,6
164 Dschibuti	0,445	0,285	36,0	1	0,380	36,9	0,166	47,0	0,365	21,7	7,7	40,0
165 Gambia	0,439	..	..	..	0,404	33,9	..	..	..	..	11,0	47,3
166 Benin	0,436	0,280	35,8	–1	0,343	40,3	0,213	42,0	0,301	23,6	6,6	38,6
167 Ruanda	0,434	0,287	33,9	6	0,330	41,3	0,285	29,4	0,251	30,2	12,7	53,1
168 Côte d'Ivoire	0,432	0,265	38,6	–3	0,352	37,8	0,197	43,2	0,268	34,4	8,5	41,5
169 Komoren	0,429	..	..	..	0,440	32,6	0,189	47,4	..	..	26,7	64,3
170 Malawi	0,418	0,287	31,4	7	0,329	39,9	0,309	30,2	0,232	23,1	6,6	39,0
171 Sudan	0,414	..	..	..	0,440	33,0	..	..	..	..	6,2	35,3
172 Simbabwe	0,397	0,284	28,5	5	0,357	30,6	0,469	17,8	0,137	35,8	..	..
173 Äthiopien	0,396	0,269	31,9	1	0,404	35,4	0,179	38,3	0,271	20,8	4,3	29,8
174 Liberia	0,388	0,251	35,3	0	0,367	37,6	0,230	46,4	0,188	19,0	7,0	38,2
175 Afghanistan	0,374	..	..	..	0,225	50,9	0,205	39,3	..	..	4,0	27,8
176 Guinea-Bissau	0,364	0,213	41,4	–3	0,224	50,1	0,185	40,3	0,234	32,5	5,9	35,5
177 Sierra Leone	0,359	0,210	41,6	–3	0,242	45,3	0,171	47,4	0,222	31,0	8,1	42,5
178 Burundi	0,355	..	..	..	0,264	45,6	..	..	..	..	4,8	33,3
178 Guinea	0,355	0,217	38,8	0	0,311	42,7	0,145	42,0	0,228	31,1	7,3	39,4
180 Zentralafrikanische Republik	0,352	0,209	40,5	–2	0,247	46,0	0,176	45,9	0,210	28,1	18,0	56,3
181 Eritrea	0,351	..	..	..	0,485	26,6	..	..	..	..	..	..
182 Mali	0,344	..	..	..	0,269	46,3	0,162	36,9	..	..	5,2	33,0

	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI)			Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung		Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex		Ungleichheit einbeziehender Einkommensindex		Verhältnis der Einkommens-quintile	Gini-Koeffi-zient für Einkommen
	Wert	Wert	Gesamt-abzug (%)	Rangveränderung[a]	Wert	Abzug (%)	Wert	Abzug (%)	Wert	Abzug (%)		
HDI-Rang	2012	2012	2012	2012	2012	2012	2012[b]	2012	2012[b]	2012	2000–2010[c]	2000–2010[c]
183 Burkina Faso	0,343	0,226	34,2	4	0,329	41,7	0,125	36,2	0,281	23,4	7,0	39,8
184 Tschad	0,340	0,203	40,1	–1	0,226	52,0	0,126	43,4	0,295	21,0	7,4	39,8
185 Mosambik	0,327	0,220	32,7	5	0,286	40,8	0,182	18,2	0,205	37,0[f]	9,8	45,7
186 Kongo, Demokratische Rep.	0,304	0,183	39,9	–1	0,226	50,0	0,249	31,2	0,108	36,8	9,3	44,4
186 Niger	0,304	0,200	34,2	0	0,317	42,6	0,107	39,5	0,236	17,9	5,3	34,6
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE												
Korea, Dem. Volksrep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Marshallinseln	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Monaco	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Nauru	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
San Marino	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Somalia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	45,5
Tuvalu	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
HDI-Gruppierungen												
Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,905	0,807	10,8	—	0,897	5,2	0,851	6,8	0,688	19,8	—	—
Hohe menschliche Entwicklung	0,758	0,602	20,6	—	0,736	12,4	0,592	19,9	0,500	28,6	—	—
Mittlere menschliche Entwicklung	0,640	0,485	24,2	—	0,633	19,3	0,395	30,2	0,456	22,7	—	—
Niedrige menschliche Entwicklung	0,466	0,310	33,5	—	0,395	35,7	0,246	38,7	0,307	25,6	—	—
Regionen												
Arabische Staaten	0,652	0,486	25,4	—	0,669	16,7	0,320	39,6	0,538	17,5	—	—
Ostasien und Pazifik	0,683	0,537	21,3	—	0,711	14,2	0,480	21,9	0,455	27,2	—	—
Europa und Zentralasien	0,771	0,672	12,9	—	0,716	11,7	0,713	10,5	0,594	16,3	—	—
Lateinamerika und Karibik	0,741	0,550	25,7	—	0,744	13,4	0,532	23,0	0,421	38,5	—	—
Südasien	0,558	0,395	29,1	—	0,531	27,0	0,267	42,0	0,436	15,9	—	—
Afrika südlich der Sahara	0,475	0,309	35,0	—	0,335	39,0	0,285	35,3	0,308	30,4	—	—
Am wenigsten entwickelte Länder	0,449	0,303	32,5	—	0,406	34,6	0,240	36,2	0,287	26,1	—	—
Kleine Inselentwicklungsländer	0,648	0,459	29,2	—	0,633	19,2	0,412	30,1	0,370	37,2	—	—
Welt	**0,694**	**0,532**	**23,3**	**—**	**0,638**	**19,0**	**0,453**	**27,0**	**0,522**	**23,5**	**—**	**—**

HINWEISE

a Basiert auf den Ländern, für die der Ungleichheit einbeziehende Index der menschlichen Entwicklung berechnet wird.

b Die Liste der für die Schätzung von Ungleichheiten herangezogenen Erhebungen kann unter http://hdr.undp.org. abgerufen werden.

c Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

d Basiert auf dem 2010 Current Population Survey (Datenbank der Luxembourg Income Study). Im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2011 wurde der 2005 American Community Survey (World Bank, International Income Distribution Database) als Grundlage für die Einkommensungleichheit herangezogen. Die beiden Quellen scheinen nicht übereinzustimmen.

e Basiert auf einer simulierten Einkommensverteilung des Demographic and Health Survey 2007. Im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2011 wurde die Ungleichheit im Konsum auf der Basis des Living Conditions Monitoring Survey 2002/2003 ermittelt.

f Basiert auf einer simulierten Einkommensverteilung des Demographic and Health Survey 2007. Im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2011 wurde die Ungleichheit im Konsum auf der Basis des National Household Survey of Living Conditions 2003 ermittelt.

DEFINITIONEN

Index der menschlichen Entwicklung (HDI): Ein zusammengesetzter Index, der die durchschnittlich erzielten Fortschritte bei drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung misst: einem langen und gesunden Leben, Wissen und angemessenem Lebensstandard. Detaillierte Informationen zur Berechnung des Indexes enthält die *Technische Erläuterung 1*.

Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI): HDI-Wert, korrigiert um Ungleichheiten bei den drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung. Detaillierte Informationen zur Berechnung des IHDI enthält die *Technische Erläuterung 2*.

Gesamtabzug: Aufgrund von Ungleichheit entgangene potenzielle menschliche Entwicklung, berechnet als prozentualer Unterschied zwischen HDI und IHDI.

Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung: Der HDI-Lebenserwartungsindex, korrigiert um Ungleichheit bei der Verteilung der voraussichtlichen Lebensdauer auf der Grundlage von Daten aus den in den Hauptdatenquellen genannten Lebenstafeln.

Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex: Der HDI-Bildungsindex, korrigiert um Ungleichheit bei der Verteilung der Schulbesuchsjahre auf der Grundlage von Daten aus den in den Hauptdatenquellen genannten Haushaltserhebungen.

Ungleichheit einbeziehender Einkommensindex: Der HDI-Einkommensindex, korrigiert um Ungleichheit bei der Einkommensverteilung auf der Grundlage von Daten aus den in den Hauptdatenquellen genannten Haushaltserhebungen.

Verhältnis der Einkommensquintile: Verhältnis des Einkommensanteils der reichsten 20 Prozent der Bevölkerung zum Einkommensanteil der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung.

Gini-Koeffizient für Einkommen: Maß für die Abweichung der Verteilung des Einkommens (oder des Verbrauchs) auf Personen oder Haushalte innerhalb eines Landes von einer vollkommen gleichen Verteilung. Ein Wert von 0 bedeutet absolute Gleichheit, ein Wert von 100 absolute Ungleichheit.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalte 1: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von UNDESA (2011), Barro und Lee 2011), UNESCO Institute for Statistics (2012), World Bank (2012a) und IMF (2012).

Spalte 2: Berechnet als geometrisches Mittel der Werte in den Spalten 5, 7 und 9 unter Verwendung der Methode in der Technischen Erläuterung 2.

Spalte 3: Berechnet auf der Grundlage von Daten in den Spalten 1 und 2.

Spalte 4: Berechnet auf der Grundlage von Daten in Spalte 2 und der neu berechneten HDI-Ränge der Länder, für die der IHDI berechnet wurde.

Spalte 5: Berechnet auf der Grundlage der verkürzten Lebenstafeln von UNDESA (2011).

Spalte 6: Berechnet auf der Grundlage von Daten in Spalte 5 und des Lebenserwartungsindexes ohne Einbeziehung von Ungleichheit.

Spalten 7 und 9: Berechnet auf der Grundlage von Daten von LIS (2012), Eurostat (2012), World Bank (2012b), UNICEF (2002-2012) und ICF Macro (2012) unter Verwendung der Methode in der Technischen Erläuterung 2.

Spalte 8: Berechnet auf der Grundlage von Daten in Spalte 7 und des Bildungsindexes ohne Einbeziehung von Ungleichheit.

Spalte 10: Berechnet auf der Grundlage von Daten in Spalte 9 und des Einkommensindexes ohne Einbeziehung von Ungleichheit.

Spalten 11 und 12: World Bank (2012a).

TABELLE 4

Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit

HDI-Rang	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit: Rang 2012	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit: Wert 2012	Mütter-sterblichkeit[a]: Sterbefälle pro 100.000 Lebendgeb. 2010	Geburtenhäufigkeit im Jugendalter[b]: Geburten pro 1.000 Frauen, 15-19 Jahre 2012[d]	Parlamentssitze[c]: (% weiblich) 2012	Bevölkerung mit mindestens Sekundarabschluss (% der über 25-jährigen): Weiblich 2006–2010[e]	Bevölkerung mit mindestens Sekundarabschluss (% der über 25-jährigen): Männlich 2006–2010[e]	Erwerbsbeteiligung (% der über 15-jährigen): Weiblich 2011	Erwerbsbeteiligung (% der über 15-jährigen): Männlich 2011
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG									
1 Norwegen	5	0,065	7	7,4	39,6	95,6	94,7	61,7	70,1
2 Australien	17	0,115	7	12,5	29,2	92,2	92,2	58,8	72,3
3 Vereinigte Staaten	42	0,256	21	27,4	17,0[f]	94,7	94,3	57,5	70,1
4 Niederlande	1	0,045	6	4,3	37,8	87,5	90,4	58,3	71,3
5 Deutschland	6	0,075	7	6,8	32,4	96,2	96,9	53,0	66,5
6 Neuseeland	31	0,164	15	18,6	32,2	82,8	84,7	61,6	74,1
7 Irland	19	0,121	6	8,8	19,0	74,8	73,0	52,6	68,5
7 Schweden	2	0,055	4	6,5	44,7	84,4	85,5	59,4	68,1
9 Schweiz	3	0,057	8	3,9	26,8	95,1	96,6	60,6	75,0
10 Japan	21	0,131	5	6,0	13,4	80,0[g]	82,3[g]	49,4	71,7
11 Kanada	18	0,119	12	11,3	28,0	100,0	100,0	61,9	71,4
12 Korea, Republik	27	0,153	16	5,8	15,7	79,4[g]	91,7[g]	49,2	71,4
13 Hongkong, China (SAR)	..	..	..	4,2	..	68,7	76,4	51,0	68,1
13 Island	10	0,089	5	11,6	39,7	91,0	91,6	70,8	78,4
15 Dänemark	3	0,057	12	5,1	39,1	99,3	99,4	59,8	69,1
16 Israel	25	0,144	7	14,0	20,0	82,7	85,5	52,5	62,4
17 Belgien	12	0,098	8	11,2	38,9	76,4	82,7	47,7	60,6
18 Österreich	14	0,102	4	9,7	28,7	100,0	100,0	53,9	67,6
18 Singapur	13	0,101	3	6,7	23,5	71,3	78,9	56,5	76,6
20 Frankreich	9	0,083	8	6,0	25,1	75,9	81,3	51,1	61,9
21 Finnland	6	0,075	5	9,3	42,5	100,0	100,0	55,9	64,2
21 Slowenien	8	0,080	12	4,5	23,1	94,2	97,1	53,1	65,1
23 Spanien	15	0,103	6	10,7	34,9	63,3	69,7	51,6	67,4
24 Liechtenstein	..	..	..	6,0	24,0	..	..	..	..
25 Italien	11	0,094	4	4,0	20,7	68,0	78,1	37,9	59,6
26 Luxemburg	26	0,149	20	8,4	25,0	77,1	78,7	49,2	65,2
26 Vereinigtes Königreich	34	0,205	12	29,7	22,1	99,6	99,8	55,6	68,5
28 Tschechische Republik	20	0,122	5	9,2	21,0	99,8	99,8	49,6	68,2
29 Griechenland	23	0,136	3	9,6	21,0	57,7	66,6	44,8	65,0
30 Brunei Darussalam	..	..	24	22,7	..	66,6[g]	61,2[g]	55,5	76,5
31 Zypern	22	0,134	10	5,5	10,7	71,0	78,1	57,2	71,5
32 Malta	39	0,236	8	11,8	8,7	58,0	67,3	35,2	67,4
33 Andorra	..	..	..	7,3	50,0	49,5	49,3	..	..
33 Estland	29	0,158	2	17,2	19,8	94,4[g]	94,6[g]	56,7	68,2
35 Slowakei	32	0,171	6	16,7	17,3	98,6	99,1	51,2	68,1
36 Katar	117	0,546	7	15,5	0,1[h]	70,1	62,1	51,8	95,2
37 Ungarn	42	0,256	21	13,6	8,8	93,2[g]	96,7[g]	43,8	58,4
38 Barbados	61	0,343	51	40,8	19,6	89,5[g]	87,6[g]	64,8	76,2
39 Polen	24	0,140	5	12,2	21,8	76,9	83,5	48,2	64,3
40 Chile	66	0,360	25	56,0	13,9	72,1	75,9	47,1	74,2
41 Litauen	28	0,157	8	16,1	19,1	87,9	93,1	54,1	63,9
41 Vereinigte Arabische Emirate	40	0,241	12	23,4	17,5	73,1[g]	61,3[g]	43,5	92,3
43 Portugal	16	0,114	8	12,5	28,7	40,9	40,2	56,5	68,0
44 Lettland	36	0,216	34	12,8	23,0	98,6	98,2	55,2	67,2
45 Argentinien	71	0,380	77	54,2	37,7	57,0[g]	54,9[g]	47,3	74,9
46 Seychellen	..	..	..	47,6	43,8	66,9	66,6	..	..
47 Kroatien	33	0,179	17	12,8	23,8	57,4[g]	72,3[g]	46,0	59,7
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG									
48 Bahrain	45	0,258	20	14,8	18,8	74,4[g]	80,4[g]	39,4	87,3
49 Bahamas	53	0,316	47	28,3	16,7	91,2	87,6	69,3	79,3
50 Belarus	..	..	4	20,5	29,7	..	..	50,2	62,6
51 Uruguay	69	0,367	29	59,0	12,3	50,6	48,8	55,6	76,5
52 Montenegro	..	..	8	14,8	12,3	97,5	98,8	..	..
52 Palau	..	..	..	12,7	6,9	..	..	..	..
54 Kuwait	47	0,274	14	14,4	6,3	53,7	46,6	43,4	82,3
55 Russische Föderation	51	0,312	34	23,2	11,1	93,5[g]	96,2[g]	56,3	71,0
56 Rumänien	55	0,327	27	28,8	9,7	83,4	90,5	48,6	64,9
57 Bulgarien	38	0,219	11	36,2	20,8	90,9	94,4	48,6	60,3
57 Saudi-Arabien	145	0,682	24	22,1	0,1[h]	50,3[g]	57,9[g]	17,7	74,1
59 Kuba	63	0,356	73	43,9	45,2	73,9[g]	80,4[g]	43,3	69,9
59 Panama	108	0,503	92	75,9	8,5	63,5[g]	60,7[g]	49,6	82,5

HDI-Rang	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit: Rang 2012	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit: Wert 2012	Mütterstorblichkeit[a]: Sterbefälle pro 100.000 Lebendgeb. 2010	Geburtenhäufigkeit im Jugendalter[b]: Geburten pro 1.000 Frauen, 15-19 Jahre 2012[d]	Parlamentssitze[c]: (% weiblich) 2012	Bevölkerung mit mindestens Sekundarabschluss (% der über 25-jährigen): Weiblich 2006–2010[e]	Bevölkerung mit mindestens Sekundarabschluss (% der über 25-jährigen): Männlich 2006–2010[e]	Erwerbsbeteiligung (% der über 15-jährigen): Weiblich 2011	Erwerbsbeteiligung (% der über 15-jährigen): Männlich 2011
61 Mexiko	72	0,382	50	65,5	36,0	51,2	57,0	44,3	80,5
62 Costa Rica	62	0,346	40	61,9	38,6	54,4[g]	52,8[g]	46,4	78,9
63 Grenada	..	..	24	35,4	17,9	..	..	..	..
64 Libyen	36	0,216	58	2,6	16,5	55,6[g]	44,0[g]	30,1	76,8
64 Malaysia	42	0,256	29	9,8	13,2	66,0[g]	72,8[g]	43,8	76,9
64 Serbien	..	..	12	19,2	32,4	80,1	90,7	..	..
67 Antigua und Barbuda	..	..	..	49,1	19,4	..	..	..	..
67 Trinidad und Tobago	50	0,311	46	31,6	27,4	59,4	59,2	54,9	78,3
69 Kasachstan	51	0,312	51	25,5	18,2	99,3	99,4	66,6	77,2
70 Albanien	41	0,251	27	14,9	15,7	78,8	85,0	49,6	71,3
71 Venezuela, Bolivarische Republik	93	0,466	92	87,3	17,0	55,1	49,8	52,1	80,2
72 Dominica	..	..	..	18,9	12,5	29,7	23,2	..	..
72 Georgien	81	0,438	67	39,5	6,6	89,7	92,7	55,8	74,2
72 Libanon	78	0,433	25	15,4	3,1	53,0	55,4	22,6	70,8
72 St. Kitts und Nevis	..	..	..	33,2	6,7	..	..	..	..
76 Iran, Islamische Republik	107	0,496	21	25,0	3,1	62,1	69,1	16,4	72,5
77 Peru	73	0,387	67	48,7	21,5	47,3	59,1	67,8	84,7
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	30	0,162	10	17,8	30,9	72,0	85,3	42,9	68,9
78 Ukraine	57	0,338	32	26,1	8,0	91,5[g]	96,1[g]	53,3	66,6
80 Mauritius	70	0,377	60	31,8	18,8	45,2[g]	52,9[g]	44,1	75,5
81 Bosnien und Herzegowina	..	..	8	13,4	19,3	..	..	35,2	58,6
82 Aserbaidschan	54	0,323	43	31,4	16,0	90,0	95,7	61,6	68,5
83 St. Vincent und die Grenadinen	..	..	48	54,1	17,4	..	..	55,7	78,4
84 Oman	59	0,340	32	9,3	9,6	47,2	57,1	28,3	81,6
85 Brasilien	85	0,447	56	76,0	9,6	50,5	48,5	59,6	80,9
85 Jamaika	87	0,458	110	69,7	15,5	74,0[g]	71,1[g]	56,0	71,8
87 Armenien	59	0,340	30	33,2	10,7	94,1[g]	94,8[g]	49,4	70,2
88 St. Lucia	..	..	35	55,9	17,2	..	..	64,2	77,3
89 Ecuador	83	0,442	110	80,6	32,3	36,6	36,6	54,3	82,7
90 Türkei	68	0,366	20	30,5	14,2	26,7	42,4	28,1	71,4
91 Kolumbien	88	0,459	92	68,1	13,6	43,8	42,4	55,8	79,7
92 Sri Lanka	75	0,402	35	22,1	5,8	72,6	75,5	34,7	76,3
93 Algerien	74	0,391	97	6,1	25,6	20,9	27,3	15,0	71,9
94 Tunesien	46	0,261	56	4,4	26,7	29,9	44,4	25,5	70,0
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG									
95 Tonga	90	0,462	110	18,0	3,6[i]	71,6[g]	76,7[g]	53,6	75,0
96 Belize	79	0,435	53	70,8	13,3	35,2[g]	32,8[g]	48,3	81,8
96 Dominikanische Republik	109	0,508	150	103,6	19,1	43,3	41,7	51,0	78,6
96 Fidschi	..	..	26	42,8	..	57,5	58,1	39,3	79,5
96 Samoa	..	..	..	25,5	4,1	64,3	60,0	42,8	77,8
100 Jordanien	99	0,482	63	23,7	11,1	68,9	77,7	15,6	65,9
101 China	35	0,213	37	9,1	21,3	54,8[g]	70,4[g]	67,7	80,1
102 Turkmenistan	..	..	67	16,9	16,8	..	..	46,4	76,0
103 Thailand	66	0,360	48	37,0	15,7	29,0	35,6	63,8	80,0
104 Malediven	64	0,357	60	10,2	6,5	20,7	30,1	55,7	76,8
105 Suriname	94	0,467	130	34,9	11,8	40,5	47,1	40,5	68,7
106 Gabun	105	0,492	230	81,0	16,7	53,8[g]	34,7[g]	56,3	65,0
107 El Salvador	82	0,441	81	76,2	26,2	34,8	40,8	47,4	78,6
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	97	0,474	190	74,7	30,1	39,8	49,7	64,1	80,9
108 Mongolei	56	0,328	63	18,7	12,7	83,0[g]	81,8[g]	54,3	65,5
110 Palästina, Staat	..	..	64	48,3	..	48,0	56,2	15,1	66,3
111 Paraguay	95	0,472	99	66,7	13,6	35,0	39,0	57,9	86,3
112 Ägypten	126	0,590	66	40,6	2,2	43,4[g]	59,3[g]	23,7	74,3
113 Moldau, Republik	49	0,303	41	29,1	19,8	91,6	95,3	38,4	45,1
114 Philippinen	77	0,418	99	46,5	22,1	65,9[g]	63,7[g]	49,7	79,4
114 Usbekistan	..	..	28	12,8	19,2	..	..	47,7	74,7
116 Syrien, Arabische Rep.	118	0,551	70	36,5	12,0	27,4	38,2	13,1	71,6
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	..	..	100	18,5	0,1	..	..	..	..
118 Guyana	104	0,490	280	53,9	31,3	61,5[g]	48,8[g]	41,8	79,1
119 Botsuana	102	0,485	160	43,8	7,9	73,6[g]	77,5[g]	71,7	81,6
120 Honduras	100	0,483	100	85,9	19,5	20,7	18,8	42,3	82,8
121 Indonesien	106	0,494	220	42,3	18,2	36,2	46,8	51,2	84,2

TABELLE 4 INDEX DER GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN UNGLEICHHEIT

HDI-Rang	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Mütter-sterblichkeit[a]	Geburtenhäufigkeit im Jugendalter[b]	Parlamentssitze[c]	Bevölkerung mit mindestens Sekundarabschluss (% der über 25-jährigen)		Erwerbsbeteiligung (% der über 15-jährigen)	
	Rang	Wert	Sterbefälle pro 100.000 Lebendgeb.	Geburten pro 1.000 Frauen, 15-19 Jahre	(% weiblich)	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
	2012	2012	2010	2012[d]	2012	2006–2010[e]	2006–2010[e]	2011	2011
121 Kiribati	..	..	..	16,4	8,7	..	..	..	..
121 Südafrika	90	0,462	300	50,4	41,1[j]	68,9	72,2	44,0	60,8
124 Vanuatu	..	..	110	50,6	1,9	..	..	61,3	79,7
125 Kirgistan	64	0,357	71	33,0	23,3	81,0[g]	81,2[g]	55,5	78,6
125 Tadschikistan	57	0,338	65	25,7	17,5	93,2[g]	85,8[g]	57,4	75,1
127 Vietnam	48	0,299	59	22,7	24,4	24,7[g]	28,0[g]	73,2	81,2
128 Namibia	86	0,455	200	54,4	25,0	33,0[g]	34,0[g]	58,6	69,9
129 Nicaragua	89	0,461	95	104,9	40,2	30,8[g]	44,7[g]	46,7	80,0
130 Marokko	84	0,444	100	10,8	11,0	20,1[g]	36,3[g]	26,2	74,7
131 Irak	120	0,557	63	85,9	25,2	22,0[g]	42,7[g]	14,5	69,3
132 Kap Verde	..	..	79	69,2	20,8	..	..	50,8	83,3
133 Guatemala	114	0,539	120	102,4	13,3	12,6	17,4	49,0	88,3
134 Timor-Leste	..	..	300	52,3	38,5	..	..	38,4	74,1
135 Ghana	121	0,565	350	62,4	8,3	45,7[g]	61,8[g]	66,9	71,8
136 Äquatorialguinea	..	..	240	114,6	10,0	..	..	80,6	92,3
136 Indien	132	0,610	200	74,7	10,9	26,6[g]	50,4[g]	29,0	80,7
138 Kambodscha	96	0,473	250	32,9	18,1	11,6	20,6	79,2	86,7
138 Laos, Demokratische Volksrep.	100	0,483	470	30,1	25,0	22,9[g]	36,8[g]	76,5	79,5
140 Bhutan	92	0,464	180	44,9	13,9	34,0	34,5	65,8	76,5
141 Swasiland	112	0,525	320	67,9	21,9	49,9[g]	46,1[g]	43,6	70,8
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG									
142 Kongo	132	0,610	560	112,6	9,6	43,8[g]	48,7[g]	68,4	72,9
143 Salomonen	..	..	93	64,6	..	..	..	53,2	79,9
144 São Tomé und Príncipe	..	..	70	55,4	18,2	..	..	43,7	76,6
145 Kenia	130	0,608	360	98,1	9,8	25,3	52,3	61,5	71,8
146 Bangladesch	111	0,518	240	68,2	19,7	30,8[g]	39,3[g]	57,2	84,3
146 Pakistan	123	0,567	260	28,1	21,1	18,3	43,1	22,7	83,3
148 Angola	..	..	450	148,1	38,2[k]	..	..	62,9	77,1
149 Myanmar	80	0,437	200	12,0	4,6	18,0[g]	17,6[g]	75,0	82,1
150 Kamerun	137	0,628	690	115,1	13,9	21,1[g]	34,9[g]	64,2	77,4
151 Madagaskar	..	..	240	122,7	15,9	..	..	83,4	88,7
152 Tansania, Vereinigte Rep.	119	0,556	460	128,7	36,0	5,6[g]	9,2[g]	88,2	90,3
153 Nigeria	..	..	630	111,3	6,7	..	..	47,9	63,3
154 Senegal	115	0,540	370	89,7	41,6	4,6	11,0	66,1	88,4
155 Mauretanien	139	0,643	510	71,3	19,2	8,0[g]	20,8[g]	28,7	79,2
156 Papua-Neuguinea	134	0,617	230	62,0	2,7	6,8[g]	14,1[g]	70,6	74,1
157 Nepal	102	0,485	170	86,2	33,2	17,9[g]	39,9[g]	80,4	87,6
158 Lesotho	113	0,534	620	60,8	26,1	21,9	19,8	58,9	73,4
159 Togo	122	0,566	300	54,3	11,1	15,3[g]	45,1[g]	80,4	81,4
160 Jemen	148	0,747	200	66,1	0,7	7,6[g]	24,4[g]	25,2	72,0
161 Haiti	127	0,592	350	41,3	4,0	22,5[g]	36,3[g]	60,1	70,6
161 Uganda	110	0,517	310	126,4	35,0	23,0	23,9	76,0	79,5
163 Sambia	136	0,623	440	138,5	11,5	25,7	44,2	73,2	85,6
164 Dschibuti	..	..	200	19,5	13,8	..	..	36,0	67,2
165 Gambia	128	0,594	360	66,9	7,5	16,9[g]	31,4[g]	72,4	83,1
166 Benin	135	0,618	350	97,0	8,4	11,2[g]	25,6[g]	67,4	78,2
167 Ruanda	76	0,414	340	35,5	51,9	7,4[g]	8,0[g]	86,4	85,4
168 Côte d'Ivoire	138	0,632	400	105,7	11,0	13,7[g]	29,9[g]	51,8	81,2
169 Komoren	..	..	280	51,1	3,0	..	..	35,1	80,4
170 Malawi	124	0,573	460	105,6	22,3	10,4[g]	20,4[g]	84,8	81,3
171 Sudan	129	0,604	730	53,0	24,1	12,8[g]	18,2[g]	30,9	76,5
172 Simbabwe	116	0,544	570	53,4	17,9	48,8[g]	62,0[g]	83,0	89,5
173 Äthiopien	..	..	350	48,3	25,5	..	..	78,4	89,8
174 Liberia	143	0,658	770	123,0	11,7	15,7[g]	39,2[g]	57,9	64,4
175 Afghanistan	147	0,712	460	99,6	27,6	5,8[g]	34,0[g]	15,7	80,3
176 Guinea-Bissau	..	..	790	96,2	10,0	..	..	68,0	78,2
177 Sierra Leone	139	0,643	890	104,2	12,9	9,5[g]	20,4[g]	66,3	69,1
178 Burundi	98	0,476	800	20,9	34,9	5,2[g]	9,2[g]	83,7	82,1
178 Guinea	..	..	610	133,7	..[l]	..	..	65,4	78,3
180 Zentralafrikanische Republik	142	0,654	890	98,6	12,5	10,3[g]	26,2[g]	72,5	85,1
181 Eritrea	..	..	240	53,7	22,0	..	..	79,8	90,0
182 Mali	141	0,649	540	168,9	10,2	11,3	9,2	36,8	70,0

	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Mütter-sterblichkeit[a]	Geburtenhäufigkeit im Jugendalter[b]	Parlamentssitze[c]	Bevölkerung mit mindestens Sekundarabschluss		Erwerbsbeteiligung	
						(% der über 25-jährigen)		(% der über 15-jährigen	
	Rang	Wert	Sterbefälle pro 100.000 Lebendgeb.	Geburten pro 1.000 Frauen, 15-19 Jahre	(% weiblich)	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
HDI-Rang	2012	2012	2010	2012[d]	2012	2006–2010[e]	2006–2010[e]	2011	2011
183 Burkina Faso	131	0,609	300	117,4	15,3	0,9	3,2	77,5	90,4
184 Tschad	..	..	1.100	138,1	12,8	..	..	64,4	80,2
185 Mosambik	125	0,582	490	124,4	39,2	1,5[g]	6,0[g]	86,0	82,9
186 Kongo, Demokratische Rep.	144	0,681	540	170,6	8,2	10,7[g]	36,2[g]	70,2	72,5
186 Niger	146	0,707	590	193,6	13,3	2,5[g]	7,6[g]	39,9	89,9
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE									
Korea, Dem. Volksrep.	..	..	81	0,6	15,6	..	..	71,6	83,7
Marshallinseln	..	..	..	37,7	3,0	..	..	..	..
Monaco	..	..	..	1,5	19,0	..	..	..	..
Nauru	..	..	..	23,0	0,1	..	..	..	..
San Marino	..	..	..	2,5	18,3	..	..	..	..
Somalia	..	..	1,000	68,0	13,8	..	..	37,7	76,8
Südsudan	..	..	..	..	24,3	..	..	..	..
Tuvalu	..	..	..	21,5	6,7	..	..	..	..
HDI-Gruppierungen									
Sehr hohe menschliche Entwicklung	..	0,193	15	18,7	25,0	84,7	87,1	52,7	68,7
Hohe menschliche Entwicklung	..	0,376	47	45,9	18,5	62,9	65,2	46,8	75,3
Mittlere menschliche Entwicklung	..	0,457	121	44,7	18,2	42,1	58,8	50,5	79,9
Niedrige menschliche Entwicklung	..	0,578	405	86,0	19,2	18,0	32,0	56,4	79,9
Regionen									
Arabische Staaten	..	0,555	176	39,2	13,0	31,8	44,7	22,8	74,1
Ostasien und Pazifik	..	0,333	73	18,5	17,7	49,6	63,0	65,2	80,6
Europa und Zentralasien	..	0,280	28	23,1	16,7	81,4	85,8	49,6	69,0
Lateinamerika und Karibik	..	0,419	74	70,6	24,4	49,8	51,1	53,7	79,9
Südasien	..	0,568	203	66,9	18,5	28,3	49,7	31,3	81,0
Afrika südlich der Sahara	..	0,577	475	105,2	20,9	23,7	35,1	64,7	76,2
Am wenigsten entwickelte Länder	..	0,566	394	90,9	20,3	16,9	27,1	64,8	82,4
Kleine Inselentwicklungsländer	..	0,481	193	61,1	22,0	48,0	53,0	53,0	73,9
Welt	**..**	**0,463**	**145**	**51,2**	**20,3**	**52,3**	**62,9**	**51,3**	**77,2**

HINWEISE

a Ziel der Berechnungen war die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern, daher sind die Daten nicht zwangsläufig identisch mit den offiziellen Länderstatistiken, die auf anderen strikten Methoden basieren können. Die Daten wurden nach folgendem Schema gerundet: weniger als 100, keine Aufrundung; 100-999, Aufrundung auf die nächste 10er-Stelle; über 1.000, Aufrundung auf die nächste 100er-Stelle.

b Hochrechnungen auf der Grundlage der mittleren Fertilitätsvariante.

c Für Länder mit Zweikammer-Legislative wird der Anteil der Sitze im nationalen Parlament auf der Grundlage beider Kammern berechnet

d Die Daten stellen den jährlichen Durchschnitt der für 2010-2015 hochgerechneten Werte dar.

e Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

f Der Nenner der Berechnung erfasst nur die stimmberechtigten Mitglieder des Repräsentantenhauses.

g Schätzung von Barro und Lee (2011) für 2010.

h Zum Zweck der Berechnung des Indexes der geschlechtsspezifischen Ungleichheit wurde ein Wert von 0,1 Prozent verwendet.

i 2010 wurden keine Frauen gewählt, es wurde jedoch eine Frau in das Kabinett ernannt.

j In den Zahlen sind die 36 turnusmäßig wechselnden Sonderdelegierten nicht enthalten.

k Die Schätzungen wurden noch vor den Wahlen vom 31. August erstellt.

l Das Parlament wurde nach dem Putsch vom Dezember 2008 aufgelöst.

DEFINITIONEN

Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit: Ein zusammengesetzter Index zur Messung ungleicher Fortschritte von Frauen und Männern bei drei Dimensionen: reproduktiver Gesundheit, Teilhabe und Erwerbsbeteiligung. Nähere Informationen zur Berechnung des Indexes der geschlechtsspezifischen Ungleichheit enthält die *Technische Erläuterung 3*.

Müttersterblichkeit: Verhältnis der Zahl der Müttersterbefälle zur Zahl der Lebendgeburten in einem bestimmten Jahr, ausgedrückt pro 100.000 Lebendgeburten.

Geburtenhäufigkeit im Jugendalter: Zahl der Geburten von Frauen zwischen 15 und 19 Jahren, ausgedrückt pro 1.000 Frauen desselben Alters.

Parlamentssitze: Anteil der Sitze von Frauen in einer unteren Kammer beziehungsweise der Kammer in einem Ein-Kammer-System oder einer oberen Kammer beziehungsweise einem Senat, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Sitze.

Bevölkerung mit mindestens Sekundarstufenabschluss: Anteil der Bevölkerung über 25 J. , die zumindest die Sekundarstufe erfolgreich absolviert hat.

Erwerbsbeteiligung: Anteil der Bevölkerung eines Landes im erwerbsfähigen Alter, die sich am Arbeitsmarkt beteiligt, entweder durch Ausübung einer Arbeit oder durch aktive Arbeitssuche, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Erwerbsbevölkerung.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 2: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von UN Maternal Mortality Estimation Group (MMEIG) (WHO), UNICEF, UNFPA und World Bank (2012), UNDESA (2011), IPU (2012), Barro und Lee (2010), UNESCO Institute for Statistics (2012) und ILO (2012).

Spalte 3: WHO und andere (2012).

Spalte 4: UNDESA (2011).

Spalte 5: IPU (2012).

Spalten 6 und 7: UNESCO Institute for Statistics (2012)

Spalten 8 und 9: ILO (2012).

TABELLE 5

Index der mehrdimensionalen Armut

	Index der mehrdimensionalen Armut		Bevölkerung in mehrdimensionaler Armut[a]			Armutsgefährdete Bevölkerung	Bevölkerung in starker Armut	Beitrag der Deprivation zur Gesamtarmut (%)			Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (%)	
			Anteil der Betroffenen		Intensität der Deprivation						$ 1,25 KKP pro Tag	Nationale Armutsgrenze
	Jahr[b]	Wert[a]	(%)	(Tausend)	(%)	(%)	(%)	Bildung	Gesundheit	Lebensstandard	2002–2011[c]	2002–2012[c]
SCHÄTZUNGEN AUF DER GRUNDLAGE VON ERHEBUNGEN FÜR 2007-2011												
Albanien	2008/2009 (D)	0,005	1,4	45	37,7	7,4	0,1	32,0	44,9	23,0	0,6	12,4
Armenien	2010 (D)	0,001	0,3	6	35,2	3,0	0,0	25,8	64,8	9,4	1,3	35,8
Bangladesch	2007 (D)	0,292	57,8	83.207	50,4	21,2	26,2	18,7	34,5	46,8	43,3	31,5
Bhutan	2010 (M)	0,119	27,2	198	43,9	17,2	8,5	40,4	21,2	38,4	10,2	23,2
Bolivien, Plurinationaler Staat	2008 (D)	0,089	20,5	1.972	43,7	18,7	5,8	19,8	27,5	52,6	15,6	60,1
Burkina Faso	2010 (D)	0,535	84,0	13.834	63,7	7,1	65,7	36,2	27,9	35,9	44,6	
Kambodscha	2010 (D)	0,212	45,9	6.415	46,1	21,4	17,0	22,1	32,7	45,1	22,8	30,1
Kolumbien	2010 (D)	0,022	5,4	2.500	40,9	6,4	1,1	31,8	33,5	34,7	8,2	37,2
Kongo	2009 (D)	0,208	40,6	1.600	51,2	17,7	22,9	10,4	45,6	44,0	54,1	50,1
Kongo, Demokratische Rep.	2010 (M)	0,392	74,0	48.815	53,0	15,1	45,9	18,0	25,1	56,9	87,7	71,3
Dominikanische Republik	2007 (D)	0,018	4,6	439	39,4	8,6	0,7	39,1	22,6	38,2	2,2	34,4
Ägypten	2008 (D)	0,024	6,0	4.699	40,7	7,2	1,0	48,1	37,3	14,5	1,7	22,0
Äthiopien	2011 (D)	0,564	87,3	72.415	64,6	6,8	71,1	25,9	27,6	46,5	39,0	38,9
Ghana	2008 (D)	0,144	31,2	7.258	46,2	21,6	11,4	32,1	19,5	48,4	28,6	28,5
Guyana	2009 (D)	0,030	7,7	58	39,2	12,3	1,0	17,4	50,4	32,2	..	..
Indonesien	2007 (D)	0,095	20,8	48.352	45,9	12,2	7,6	15,7	50,6	33,8	18,1	12,5
Jordanien	2009 (D)	0,008	2,4	145	34,4	1,3	0,1	49,6	47,4	3,1	0,1	13,3
Kenia	2008/2009 (D)	0,229	47,8	18.863	48,0	27,4	19,8	12,7	30,1	57,2	43,4	45,9
Lesotho	2009 (D)	0,156	35,3	759	44,1	26,7	11,1	21,9	18,9	59,2	43,4	56,6
Liberia	2007 (D)	0,485	83,9	3.218	57,7	9,7	57,5	29,7	25,0	45,3	83,8	63,8
Madagaskar	2008/2009 (D)	0,357	66,9	13.463	53,3	17,9	35,4	34,3	16,7	49,1	81,3	68,7
Malawi	2010 (D)	0,334	66,7	9.633	50,1	23,4	31,4	19,5	27,1	53,3	73,9	52,4
Malediven	2009 (D)	0,018	5,2	16	35,6	4,8	0,3	13,6	81,1	5,3	..	..
Mauretanien	2007 (M)	0,352[d]	61,7[d]	1.982[d]	57,1[d]	15,1[d]	40,7[d]	32,0	21,6	46,5	23,4	42,0
Marokko	2007 (N)	0,048[d]	10,6[d]	3.287[d]	45,3[d]	12,3[d]	3,3[d]	35,5	27,5	37,0	2,5	9,0
Mosambik	2009 (D)	0,512	79,3	18.127	64,6	9,5	60,7	23,9	36,2	39,9	59,6	54,7
Namibia	2006/2007 (D)	0,187	39,6	855	47,2	23,6	14,7	15,1	31,0	53,9	31,9	38,0
Nepal	2011 (D)	0,217	44,2	13.242	49,0	17,4	20,8	21,8	33,7	44,4	24,8	25,2
Nigeria	2008 (D)	0,310	54,1	83.578	57,3	17,8	33,9	27,0	32,2	40,8	68,0	54,7
Pakistan	2006/2007 (D)	0,264[d]	49,4[d]	81.236[d]	53,4[d]	11,0[d]	27,4[d]	30,8	37,9	31,2	21,0	22,3
Palästina, Staat	2006/2007 (N)	0,005	1,4	52	37,3	8,8	0,1	33,9	55,3	10,8	0,0	21,9
Peru	2008 (D)	0,066	15,7	4.422	42,2	14,9	3,9	18,6	20,8	60,6	4,9	31,3
Philippinen	2008 (D)	0,064	13,4	12.083	47,4	9,1	5,7	15,8	56,5	27,7	18,4	26,5
Ruanda	2010 (D)	0,350	69,0	6.900	50,8	19,4	34,7	19,5	30,9	49,6	63,2	44,9
São Tomé und Príncipe	2008/2009 (D)	0,154	34,5	56	44,7	24,3	10,7	28,8	27,5	43,6	..	66,2
Senegal	2010/2011 (D)	0,439	74,4	7.642	58,9	11,7	50,6	31,8	40,6	27,6	33,5	50,8
Sierra Leone	2008 (D)	0,439	77,0	4.321	57,0	13,1	53,2	31,5	19,3	49,2	53,4	66,4
Südafrika	2008 (N)	0,057	13,4	6.609	42,3	22,2	2,4	7,5	50,5	42,0	13,8	23,0
Swasiland	2010 (M)	0,086	20,4	242	41,9	23,1	3,3	16,7	29,9	53,4	40,6	69,2
Tansania, Vereinigte Rep.	2010 (D)	0,332	65,6	28.552	50,7	21,0	33,4	18,3	26,4	55,3	67,9	33,4
Timor-Leste	2009/2010 (D)	0,360	68,1	749	52,9	18,2	38,7	21,3	31,0	47,7	37,4	49,9
Ukraine	2007 (D)	0,008	2,2	1.018	35,5	1,0	0,2	4,7	91,1	4,2	0,1	2,9
Uganda	2011 (D)	0,367	69,9	24.122	52,5	19,0	31,2	15,6	34,1	50,4	51,5	31,1
Vanuatu	2007 (M)	0,129	30,1	67	42,7	33,5	6,5	29,7	17,3	53,0	..	..
Vietnam	2010/2011 (M)	0,017	4,2	3.690	39,5	7,9	0,7	32,8	25,1	42,1	40,1	28,9
Sambia	2007 (D)	0,328	64,2	7.740	51,2	17,2	34,8	17,5	27,9	54,7	68,5	59,3
Simbabwe	2010/2011 (D)	0,172	39,1	4.877	44,0	25,1	11,5	10,2	33,6	56,3	..	72,0
SCHÄTZUNGEN AUF DER GRUNDLAGE VON ERHEBUNGEN FÜR 2002-2006												
Argentinien	2005 (N)	0,011[f]	2,9[f]	1.160[f]	37,6[f]	5,8[f]	0,2[f]	41,9	12,9	45,2	0,9	..
Aserbaidschan	2006 (D)	0,021	5,3	461	39,4	12,5	0,6	24,4	49,4	26,2	0,4	15,8
Belarus	2005 (M)	0,000	0,0	0	35,1	0,8	0,0	16,6	61,8	21,7	0,1	5,4
Belize	2006 (M)	0,024	5,6	16	42,6	7,6	1,1	22,8	35,8	41,4	..	33,5
Benin	2006 (D)	0,412	71,8	5.652	57,4	13,2	47,2	33,6	25,1	41,3	47,3	39,0
Bosnien und Herzegowina	2006 (M)	0,003	0,8	30	37,2	7,0	0,1	29,2	51,8	19,0	0,0	14,0
Brasilien	2006 (N)	0,011	2,7	5.075	39,3	7,0	0,2	39,0	40,2	20,7	6,1	21,4
Burundi	2005 (M)	0,530	84,5	6.128	62,7	12,2	61,9	31,5	22,4	46,1	81,3	66,9
Kamerun	2004 (D)	0,287	53,3	9.149	53,9	19,3	30,4	25,7	24,5	49,8	9,6	39,9
Tschad	2003 (W)	0,344	62,9	5.758	54,7	28,2	44,1	40,9	4,6	54,5	61,9	55,0
China	2002 (W)	0,056	12,5	161.675	44,9	6,3	4,5	64,8	9,9	25,2	13,1	2,8
Kroatien	2003 (W)	0,016	4,4	196	36,3	0,1	0,3	45,0	46,7	8,3	0,1	11,1
Tschechische Republik	2002/2003 (W)	0,010	3,1	316	33,4	0,0	0,0	0,0	99,9	0,1	..	..

	Multidimensional Poverty Index		Population in multidimensional poverty[a]			Population vulnerable to poverty	Population in severe poverty	Contribution of deprivation to overall poverty (%)			Population below income poverty line (%)	
			Headcount		Intensity of deprivation						PPP $1.25 a day	National poverty line
	Year[b]	Value[a]	(%)	(thousands)	(%)	(%)	(%)	Education	Health	Living standards	2002–2011[c]	2002–2012[c]
Côte d'Ivoire	2005 (D)	0,353	61,5	11.083	57,4	15,3	39,3	32,0	38,7	29,3	23,8	42,7
Dschibuti	2006 (M)	0,139	29,3	241	47,3	16,1	12,5	38,3	24,6	37,1	18,8	..
Ecuador	2003 (W)	0,009	2,2	286	41,6	2,1	0,6	78,6	3,3	18,1	4,6	32,8
Estland	2003 (W)	0,026	7,2	97	36,5	1,3	0,2	91,2	1,2	7,6	0,5	..
Gambia	2005/2006 (M)	0,324	60,4	935	53,6	17,6	35,5	33,5	30,7	35,8	33,6	48,4
Georgien	2005 (M)	0,003	0,8	36	35,2	5,3	0,0	23,2	33,8	43,0	15,3	24,7
Guatemala	2003 (W)	0,127[d]	25,9[d]	3.134[d]	49,1[d]	9,8[d]	14,5[d]	57,2	10,0	32,8	13,5	51,0
Guinea	2005 (D)	0,506	82,5	7.459	61,3	9,3	62,3	35,5	23,0	41,5	43,3	53,0
Haiti	2005/2006 (D)	0,299	56,4	5.346	53,0	18,8	32,3	27,0	21,5	51,5	..	..
Honduras	2005/2006 (D)	0,159	32,5	2.281	48,9	22,0	11,3	38,0	18,5	43,6	17,9	60,0
Ungarn	2003 (W)	0,016	4,6	466	34,3	0,0	0,0	1,8	95,6	2,7	0,2	..
Indien	2005/2006 (D)	0,283	53,7	612.203	52,7	16,4	28,6	21,8	35,7	42,5	32,7	29,8
Irak	2006 (M)	0,059	14,2	3.996	41,3	14,3	3,1	47,5	32,1	20,4	2,8	22,9
Kasachstan	2006 (M)	0,002	0,6	92	36,9	5,0	0,0	14,6	56,8	28,7	0,1	8,2
Kirgistan	2005/2006 (M)	0,019	4,9	249	38,8	9,2	0,9	36,6	36,9	26,4	6,2	33,7
Laos, Demokratische Volksrep.	2006 (M)	0,267	47,2	2.757	56,5	14,1	28,1	33,1	27,9	39,0	33,9	27,6
Lettland	2003 (W)	0,006[d]	1,6[d]	37[d]	37,9[d]	0,0[d]	0,0[d]	0,0	88,0	12,0	0,1	5,9
Mali	2006 (D)	0,558	86,6	11.771	64,4	7,6	68,4	34,5	26,2	39,3	50,4	47,4
Mexiko	2006 (N)	0,015	4,0	4.313	38,9	5,8	0,5	38,6	23,9	37,5	1,2	51,3
Moldau, Republik	2005 (D)	0,007	1,9	72	36,7	6,4	0,1	24,7	34,3	41,1	0,4	21,9
Mongolei	2005 (M)	0,065	15,8	403	41,0	20,6	3,2	15,4	27,9	56,6	..	35,2
Montenegro	2005/2006 (M)	0,006	1,5	9	41,6	1,9	0,3	37,5	47,6	14,9	0,1	6,6
Nicaragua	2006/2007 (D)	0,128	28,0	1.538	45,7	17,4	11,2	27,9	13,6	58,5	11,9	46,2
Niger	2006 (D)	0,642	92,4	12.437	69,4	4,0	81,8	35,4	21,5	43,2	43,6	59,5
Paraguay	2002/2003 (W)	0,064	13,3	755	48,5	15,0	6,1	35,1	19,0	45,9	7,2	34,7
Russische Föderation	2003 (W)	0,005[d]	1,3[d]	1.883[d]	38,9[d]	0,8[d]	0,2[d]	84,2	2,5	13,3	0,0	11,1
Serbien	2005/2006 (M)	0,003	0,8	79	40,0	3,6	0,1	30,5	40,1	29,4	0,3	9,2
Slowakei	2003 (W)	0,000[e]	0,0[e]	0[e]	0,0[e]	0,0[e]	0,0[e]	0,0	0,0	0,0	0,1	..
Slowenien	2003 (W)	0,000[e]	0,0[e]	0[e]	0,0[e]	0,4[e]	0,0[e]	0,0	0,0	0,0	0,1	..
Somalia	2006 (M)	0,514	81,2	6.941	63,3	9,5	65,6	34,2	18,6	47,2	..	..
Sri Lanka	2003 (W)	0,021[d]	5,3[d]	1.027[d]	38,7[d]	14,4[d]	0,6[d]	6,3	35,4	58,3	7,0	8,9
Suriname	2006 (M)	0,039	8,2	41	47,2	6,7	3,3	36,1	18,8	45,1	..	..
Syrien, Arabische Rep.	2006 (M)	0,021[e]	5,5[e]	1.041[e]	37,5[e]	7,1[e]	0,5[e]	45,4	42,7	11,8	1,7	..
Tadschikistan	2005 (M)	0,068	17,1	1.104	40,0	23,0	3,1	18,7	45,0	36,3	6,6	46,7
Thailand	2005/2006 (M)	0,006	1,6	1.067	38,5	9,9	0,2	40,7	31,2	28,1	0,4	8,1
Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	2005 (M)	0,008	1,9	39	40,9	6,7	0,3	59,9	12,8	27,3	0,0	19,0
Togo	2006 (M)	0,284	54,3	3.003	52,4	21,6	28,7	28,3	25,4	46,3	38,7	61,7
Trinidad und Tobago	2006 (M)	0,020	5,6	74	35,1	0,4	0,3	1,3	94,3	4,4	..	..
Tunesien	2003 (W)	0,010[d]	2,8[d]	272[d]	37,1[d]	4,9[d]	0,2[d]	25,0	47,3	27,6	1,4	3,8
Türkei	2003 (D)	0,028	6,6	4.378	42,0	7,3	1,3	42,3	38,4	19,2	0,0	18,1
Vereinigte Arabische Emirate	2003 (W)	0,002	0,6	20	35,3	2,0	0,0	94,4	0,4	5,2	..	..
Uruguay	2002/2003 (W)	0,006	1,7	57	34,7	0,1	0,0	96,0	0,6	3,4	0,2	18,6
Usbekistan	2006 (M)	0,008	2,3	603	36,2	8,1	0,1	23,2	55,7	21,1	..	..
Jemen	2006 (M)	0,283	52,5	11.176	53,9	13,0	31,9	27,0	40,5	32,4	17,5	34,8

HINWEISE

a Nicht alle Indikatoren standen für alle Länder zur Verfügung, daher ist bei länderübergreifenden Vergleichen Vorsicht geboten. Bei fehlenden Daten wurde die Gewichtung der Indikatoren auf insgesamt 100 Prozent bereinigt. Zu Einzelheiten bezüglich fehlender Länderdaten siehe Alkire und andere (2011) und Alkire, Conconi und Roche (2012).

b Angaben zu Datenquellen: D: Demographic and Health Surveys, M: Multiple Indicator Cluster Surveys, W: World Health Surveys, N: Nationale Erhebungen.

c Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

d Geschätzte untere Grenze.

e Geschätzte obere Grenze.

f Bezieht sich nur auf einen Teil des Landes.

DEFINITIONEN

Index der mehrdimensionalen Armut: Anteil der Bevölkerung, die von mehrdimensionaler Armut betroffen ist, korrigiert um die Deprivationsintensität. Nähere Informationen zur Berechnung des Indexes der mehrdimensionalen Armut enthält die *Technische Erläuterung 4*.

Anteil der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen: Anteil der Bevölkerung mit einem gewichteten Deprivationswert von mindestens 33 Prozent.

Deprivationsintensität der mehrdimensionalen Armut: Durchschnittliche prozentuale Deprivation der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen.

Armutsgefährdete Bevölkerung: Anteil der Bevölkerung, die dem Risiko ausgesetzt ist, Mehrfachformen von Deprivation zu erleiden (Deprivationswert von 20 bis 33 Prozent).

Bevölkerung in starker Armut: Anteil der Bevölkerung, die in starker mehrdimensionaler Armut lebt (Deprivationswert ab 50 Prozent).

Beitrag der Deprivation zur Gesamtarmut: Prozentualer Anteil des Indexes der mehrdimensionalen Armut, der der Deprivation in dem jeweiligen Bereich zuzuordnen ist.

Bevölkerung unterhalb der Grenze von $ 1,25 KKP pro Tag: Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der internationalen Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar (in Kaufkraftparitäten) pro Tag lebt.

Bevölkerung unterhalb der nationalen Armutsgrenze: Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der nationalen Armutsgrenze lebt, d.h. der Armutsgrenze, die von den Behörden eines Landes für dieses als angemessen erachtet wird. Nationale Schätzungen basieren auf Schätzungen der nach Bevölkerung gewichteten Untergruppen aus Haushaltserhebungen.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 2: Berechnet aus verschiedenen Haushaltserhebungen, namentlich Demographic and Health Surveys von ICF Macro, Multiple Indicator ClusterSurveys des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen und World Health Surveys der Weltgesundheitsorganisation, die zwischen 2000 und 2010 durchgeführt wurden.

Spalten 3-10: Berechnet auf der Grundlage von Daten über Deprivation von Haushalten in Bezug auf Bildung, Gesundheit und Lebensstandard aus den verschiedenen in Spalte 1 genannten Haushaltserhebungen.

Spalten 11 und 12: World Bank (2012a).

TABELLE 6

Verfügung über Ressourcen

	WIRTSCHAFT				ÖFFENTLICHE AUSGABEN									
	BIP	BIP pro Kopf	Bruttoanlage-investitionen	Verbraucher-preisindex	Staatliche Konsumausgaben		Gesundheit		Bildung		Militär[a]		Gesamtschulden-dienst	
	(Milliarden KKP $ 2005)	(KKP $ 2005)	(% des BIP)	(2005 = 100)	(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)	
HDI-Rang	2011	2011	2011	2010	2000	2011	2010	2010	2000	2005–2010[b]	2000	2010	2000	2009
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
1 Norwegen	232,7	46.982	20,2	112	19,3	21,5	6,4	8,0	6,6	7,3	1,7	1,5	..	..
2 Australien	781,5	34.548	27,1	116	17,6	18,0	5,4	5,9	4,7	5,1	1,8	1,9	..	..
3 Vereinigte Staaten	13.238.3	42.486	14,7[c]	112	14,3	17,5[c]	5,8	9,5	..	5,4	3,0	4,8	..	..
4 Niederlande	621,9	37.251	18,6	108	22,0	28,1	5,0	9,4	5,0	5,9	1,5	1,4	..	..
5 Deutschland	2.814.4	34.437	18,2	108	19,0	19,5	8,2	9,0	..	4,6	1,5	1,4	..	..
6 Neuseeland	108,4[c]	24.818[c]	18,9[c]	115	17,3	20,3[c]	6,0	8,4	..	7,2	1,2	1,2	..	..
7 Irland	159,9	35.640	11,5[c]	107	14,2	18,9[c]	4,6	6,4	4,2	5,7	0,7	0,6	..	..
7 Schweden	331,3	35.048	18,4	108	25,8	26,6	7,0	7,8	7,2	7,3	2,0	1,3	..	..
9 Schweiz	300,3	37.979	20,9[c]	104	11,1	11,5[c]	5,6	6,8	5,2	5,4	1,1	0,8	..	..
10 Japan	3.918.9	30.660	20,1[c]	100	16,9	19,8	6,2	7,8	3,7	3,8	1,0	1,0	..	..
11 Kanada	1.231.6	35.716	22,1[c]	109	18,6	21,8[c]	6,2	8,0	5,6	4,8	1,1	1,5	..	..
12 Korea, Republik	1.371.0	27.541	28,6[c]	116	12,0	15,3[c]	2,2	4,1	..	5,0	2,6	2,7	..	..
13 Hongkong, China (SAR)	310,0	43.844	21,5[c]	112	9,1	8,4[c]	..	..	..	3,6	..	..	..	..
13 Island	10,7	33.618	14,1	149	23,4	25,2	7,7	7,6	6,7	7,8	0,0	0,1[d]	..	..
15 Dänemark	180,6	32.399	17,2	111	25,1	28,6	6,8	9,7	8,3	8,7	1,5	1,5	..	..
16 Israel	207,5	26.720	18,7	114	25,8	23,9	4,7	4,6	6,5	5,8	8,0	6,5	..	..
17 Belgien	364,7	33.127	20,9	111	21,3	24,1	6,1	8,0	..	6,4	1,4	1,1	..	..
18 Österreich	306,1	36.353	21,1	109	19,0	19,3	7,6	8,5	5,7	5,5	1,0	0,9	..	..
18 Singapur	277,8	53.591	23,4	114	10,9	10,3	1,3	1,4	3,4	3,3	4,6	3,7	..	..
20 Frankreich	1.951,2	29.819	20,1	108	22,9	24,5	8,0	9,3	5,7	5,9	2,5	2,3	..	..
21 Finnland	173,8	32.254	19,2	110	20,6	23,9	5,1	6,7	5,9	6,8	1,3	1,4	..	..
21 Slowenien	51,2	24.967	19,5	115	18,7	20,6	6,1	6,9	..	5,7	1,1	1,6	..	..
23 Spanien	1.251,3	27.063	21,7	112	17,1	20,3	5,2	6,9	4,3	5,0	1,2	1,0	..	..
24 Liechtenstein	..	..	..	..	..	..	..	..	..	2,1	..	..	..	..
25 Italien	1.645,0	27.069	19,5	110	18,3	20,5	5,8	7,4	4,4	4,7	2,0	1,7	..	..
26 Luxemburg	35,4	68.459	19,0	111	15,1	16,5	5,2	6,6	..	..	0,6	0,6	..	..
26 Vereinigtes Königreich	2.034,2	32.474	14,3	114	18,6	22,5	5,6	8,1	4,5	5,6	2,4	2,6	..	..
28 Tschechische Republik	252,8	23.967	23,9	115	20,3	20,9	5,9	6,6	4,0	4,5	2,0	1,3	..	..
29 Griechenland	255,0	22.558	14,0	117	18,9	17,5	4,7	6,1	3,4	4,1	3,6	2,3	..	..
30 Brunei Darussalam	18,2[c]	45.507[c]	15,9[c]	105	25,8	22,4[c]	2,6	2,4	3,7	2,0	5,7	3,2	..	..
31 Zypern	21,0	26.045	18,4[c]	113	16,0	19,7[c]	2,4	2,5	5,3	7,9	3,0	2,1	..	..
32 Malta	9,6	23.007	15,0	112	18,2	21,1	4,9	5,7	..	5,8	0,7	0,7	..	..
33 Andorra	..	..	..	..	..	..	4,9	5,3	..	2,9	..	..	..	..
33 Estland	24,0	17.885	21,5	126	19,8	19,5	4,1	4,7	5,4	5,7	1,4	1,7	..	..
35 Slowakei	112,9	20.757	22,4	115	20,1	18,1	5,6	5,8	3,9	4,1	1,7	1,3	..	..
36 Katar	145,8	77.987	39,6[d]	136	19,7	24,8[d]	1,6	1,4	..	2,4	..	2,3[e]	..	..
37 Ungarn	172,5	17.295	16,7	130	21,5	10,0	5,0	5,1	5,0	5,1	1,7	1,0	..	..
38 Barbados	4,8[d]	17.564[d]	14,6[c]	132	21,2	20,3[c]	4,1	5,2	5,6	6,7	..	..	..	..
39 Polen	691,2	18.087	19,9[c]	115	17,4	18,9[c]	3,9	5,4	5,0	5,1	1,8	1,9	..	..
40 Chile	263,7	15.272	23,2	101	12,5	11,8	3,4	3,8	3,9	4,5	3,8	3,2	8,2	6,2
41 Litauen	54,1	16.877	17,6	129	22,8	18,9	4,5	5,2	..	5,7	1,7	1,1	9,7	24,3
41 Vereinigte Arabische Emirate	333,7	42.293	23,8[c]	115	..	8,2[c]	2,5	2,7	1,3	1,0	9,4	6,9	..	..
43 Portugal	226,8	21.317	18,1	109	19,0	20,1	6,4	7,5	5,2	5,8	1,9	2,1	..	..
44 Lettland	30,6	13.773	22,4	139	20,8	15,6	3,2	4,1	5,4	5,6	0,9	1,1	7,7	43,9
45 Argentinien	631,9	15.501	22,6	154	13,8	15,1	5,0	4,4	4,6	6,0	1,1	0,9	9,4	3,8
46 Seychellen	2,0	23.172	22,0[d]	185	24,2	11,1[d]	4,0	3,1	..	5,0	1,7	1,3	3,4	5,0
47 Kroatien	71,2	16.162	21,9	117	23,8	21,2	6,7	6,6	..	4,3	3,1	1,7	..	..
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
48 Bahrain	26,9[c]	21.345[c]	26,6[d]	114	17,6	15,5[d]	2,7	3,6	..	2,9	4,0	3,4	..	..
49 Bahamas	9,8	28.239	26,0	113	10,8	15,0	2,8	3,6	2,8	..	..	..	..	..
50 Belarus	125,0	13.191	37,6	162	19,5	13,5	4,9	4,4	6,2	4,5	1,3	1,4	2,9	2,6
51 Uruguay	44,9	13.315	19,0	142	12,4	13,0	6,1	5,6	2,4	2,9	2,8	2,0	5,3	3,5
52 Montenegro	6,6	10.402	22,1	122	21,9	18,2	5,4	6,1	..	..	..	1,9	..	2,4
52 Palau	0,3	13.176	..	..	..	..	8,5	7,9	9,8	..	..	..	..	..
54 Kuwait	135,1	47.935	17,8[d]	130	21,5	13,5	1,9	2,1	..	3,8	7,2	3,6	..	..
55 Russische Föderation	2.101,8	14.808	23,1	163	15,1	16,9	3,2	3,2	2,9	4,1	3,7	3,9	4,6	4,2
56 Rumänien	233,3	10.905	32,2	135	7,2	15,8	3,5	4,4	2,9	4,3	2,5	1,3	6,7	11,5
57 Bulgarien	88,2	11.799	23,3	138	19,0	15,4	3,6	3,7	..	4,4	2,7	1,9	10,0	8,4
57 Saudi-Arabien	601,8	21.430	19,0	129	26,0	19,8	3,1	2,7	5,9	5,6	10,6	10,1	..	..
59 Kuba	..	..	9,9[c]	..	29,6	37,9[c]	6,1	9,7	7,7	12,9	..	..	..	..

	WIRTSCHAFT				ÖFFENTLICHE AUSGABEN									
	BIP	BIP pro Kopf	Bruttoanlage-investitionen	Verbraucher-preisindex	Staatliche Konsumausgaben		Gesundheit		Bildung		Militär[a]		Gesamtschulden-dienst	
	(Milliarden KKP $ 2005)	(KKP $ 2005)	(% des BIP)	(2005 = 100)	(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)	
HDI-Rang	2011	2011	2011	2010	2000	2011	2010	2010	2000	2005–2010[b]	2000	2010	2000	2009
59 Panama	49,2	13.766	27,5[c]	123	13,2	11,2[c]	5,3	6,1	5,0	3,8	0,0	0,0	7,6	4,0
61 Mexiko	1.466,6	12.776	20,4	124	11,1	12,0	2,4	3,1	4,9	5,3	0,6	0,5	10,1	3,0
62 Costa Rica	50,7	10.732	19,8	158	13,3	17,6[c]	5,0	7,4	4,4	6,3	0,0	0,0	4,1	3,0
63 Grenada	1,0	9.806	23,1[d]	121	11,7	15,6[d]	4,2	2,6	..	..	..	..	2,8	3,3
64 Libyen	96,2[d]	15.361[d]	..	125	20,8	..	1,9	2,7	..	..	3,1	1,2[e]	..	..
64 Malaysia	394,6	13.672	20,3[c]	114	10,2	12,7[c]	1,7	2,4	6,0	5,8	1,6	1,6	6,9	5,6
64 Serbien	71,2	9.809	25,3	153	19,6	18,2	5,2	6,4	..	5,0	5,5	2,2	2,0	11,2
67 Antigua und Barbuda	1,3	14.139	18,3[d]	112	19,0	17,6[d]	3,3	4,3	..	2,5	..	..	..	..
67 Trinidad und Tobago	30,6	22.761	..	155	9,3	..	1,7	3,4	3,8	..	..	..	..	..
69 Kasachstan	191,5	11.568	23,9	162	12,1	9,8	2,1	2,5	3,3	3,1	0,8	1,1	18,4	32,3
70 Albanien	25,3	7.861	24,9	115	8,9	9,3	2,3	2,6	..	..	1,2	1,6	0,8	3,9
71 Venezuela, Bolivarische Republik	329,6	11.258	17,0	163	12,4	10,4	2,4	1,7	..	3,7	1,5	0,9	5,4	1,5
72 Dominica	0,8	11.120	22,3[c]	116	18,5	17,2[c]	4,1	5,2	..	3,6	..	..	3,3	3,3
72 Georgien	21,6	4.826	17,2	143	8,5	9,4	1,2	2,4	2,2	3,2	0,6	3,9	3,9	7,0
72 Libanon	54,9	12.900	30,0	105	17,3	12,3	3,2	2,8	1,9	1,8	5,4	4,2	8,6	10,9
72 St. Kitts und Nevis	0,7	13.291	30,3[d]	122	17,6	16,0[d]	3,3	4,0	5,2	4,5	..	..	5,1	6,7
76 Iran, Islamische Republik	765,2[d]	10.462[d]	..	206	13,9	..	1,9	2,2	4,4	4,7	3,7	1,8[e]	2,9	..
77 Peru	266,0	9.049	23,8	115	10,6	9,8	2,8	2,7	..	2,7	1,8	1,3	4,8	4,4
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	19,5	9.451	21,5	115	18,2	18,0	4,9	4,5	..	..	1,9	1,4	3,9	7,3
78 Ukraine	290,6	6.359	19,3	195	20,9	18,8	2,9	4,4	4,2	5,3	3,6	2,7	11,7	22,1
80 Mauritius	16,4	12.737	24,4	137	14,1	14,0	2,0	2,5	3,8	3,1	0,2	0,1	9,9	1,3
81 Bosnien und Herzegowina	28,5	7.607	20,7	118	..	22,1	4,1	6,8	..	..	..	1,2	5,8	8,2
82 Aserbaidschan	81,5	8.890	17,2	164	9,5	11,8	0,9	1,2	3,9	3,2	2,3	2,9	2,5	0,8
83 St. Vincent und die Grenadinen	1,0	9.482	23,5[d]	124	16,4	19,5[d]	3,6	3,9	7,9	4,9	..	..	3,3	4,7
84 Oman	72,1[c]	25.330[d]	..	131	20,7	19,9[d]	2,5	2,2	3,1	4,3	10,8	8,5	..	..
85 Brasilien	2.021,3	10.278	19,3	126	19,2	20,7	2,9	4,2	4,0	5,7	1,8	1,6	10,1	2,1
85 Jamaika	19,2	7.074	22,9	179	14,3	17,7	2,9	2,6	5,0	6,1	0,5	0,8	7,8	8,5
87 Armenien	15,8	5.112	30,9	131	11,8	11,8	1,1	1,8	2,8	3,2	3,6	4,2	2,4	10,3
88 St. Lucia	1,4	8.231	33,5[c]	115	18,2	16,0[c]	3,2	5,3	7,1	4,4	..	..	4,2	3,6
89 Ecuador	109,2	7.443	24,2	124	9,8	15,8	1,3	3,0	1,3	..	1,6	3,6	11,8	3,2
90 Türkei	991,7	13.466	20,0	153	11,7	8,1	3,1	5,1	2,6	2,9	3,7	2,4	7,8	8,0
91 Kolumbien	415,8	8.861	21,9	126	16,7	10,6	5,5	5,5	3,5	4,8	3,0	3,6	5,1	3,4
92 Sri Lanka	102,9	4.929	34,6	172	10,5	7,5	1,8	1,3	..	2,1	5,0	3,0	4,8	2,9
93 Algerien	275,0	7.643	38,3[d]	122	13,6	14,2[d]	2,6	3,2	..	4,3	3,4	3,6	8,2	0,4
94 Tunesien	88,1	8.258	24,0	123	16,7	13,4	3,3	3,4	6,2	6,3	1,8	1,4	8,9	5,3
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
95 Tonga	0,4	4.092	24,3[c]	131	18,2	18,9[c]	4,0	4,1	4,9	..	..	..	2,4	1,4
96 Belize	2,1	5.896	..	113	12,9	..	2,2	3,3	5,0	6,1	0,9	1,1	9,2	7,2
96 Dominikanische Republik	87,0	8.651	16,7	136	7,8	5,2	2,2	2,7	1,9	2,2	1,0	0,7	2,2	2,6
96 Fidschi	3,6	4.199	..	127	17,2	..	3,2	3,4	5,9	4,5	1,9	1,6	1,5	0,7
96 Samoa	0,7	4.008	..	131	..	..	4,0	5,7	4,0	5,3	..	..	2,2	1,8
100 Jordanien	32,6	5.269	21,3	134	23,7	18,9	4,7	5,4	..	..	6,3	5,0	8,7	2,5
101 China	9.970,6	7.418	45,5	115	15,8	13,1	1,8	2,7	..	..	1,9	2,1	2,2	1,0
102 Turkmenistan	41,1	8.055	60,0	..	14,2	11,1	3,2	1,5	..	..	..	..	16,1	0,8
103 Thailand	530,6	7.633	25,8	116	11,3	13,3	1,9	2,9	5,4	3,8	1,5	1,5	11,4	3,5
104 Malediven	2,5	7.834	..	138	22,9	..	4,1	3,8	..	8,7	..	..	3,2	9,8
105 Suriname	3,7[c]	7.110[c]	..	145	37,5	..	3,9	3,4	..	..	..	..	..	..
106 Gabun	21,5	13.998	25,1	113	9,6	8,8	1,0	1,8	3,8	..	1,8	0,9	6,9	3,4
107 El Salvador	37,6	6.032	14,2	119	10,2	11,1	3,6	4,3	2,5	3,2	1,3	1,1	2,8	5,0
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	45,4	4.499	16,6[c]	137	14,5	13,2	3,7	3,0	5,5	6,3	2,1	1,7	7,6	3,3
108 Mongolei	11,7	4.178	48,6	168	15,3	14,0	3,9	3,0	5,6	5,4	2,1	1,1	3,4	2,8
110 Palästina, Staat	..	..	..	..	27,0	..	..	..	..	..	..	..	..	..
111 Paraguay	31.2	4.752	21,3	140	12,7	10,4	3,7	2,1	5,3	4,0	1,1	0,9	5,0	2,5
112 Ägypten	457.8	5.547	19,4	173	11,2	11,3	2,2	1,7	..	3,8	3,2	2,0	1,8	1,4
113 Moldau, Republik	10.6	2.975	23,9	153	10,3	22,7	3,2	5,4	4,5	9,1	0,4	0,3	11,6	6,7
114 Philippinen	344.4	3.631	15,8	127	11,4	10,2	1,6	1,3	3,3	2,7	1,6	1,2	8,7	6,5
114 Usbekistan	85.2	2.903	23,5	..	18,7	16,6	2,5	2,8	..	..	1,2	..	6,4	1,5
116 Syrien, Arabische Rep.	96.9[c]	4.741[c]	18,8[c]	142	12,4	10,1[c]	2,0	1,6	..	4,9	5,5	4,1	2,5	1,1
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	0.3	3.017	..	..	..	..	7,7	12,9	6,7	..	..	..	..	..
118 Guyana	2.3[c]	3.104[c]	26,3[c]	136	24,7	15,1[c]	4,6	5,1	8,5	3,7	1,5	2,1	9,7	1,4
119 Botsuana	26.3	12.939	27,9	156	25,4	19,9	2,9	6,0	..	7,8	3,3	2,4	1,2	0,5

TABELLE 6 VERFÜGUNG ÜBER RESSOURCEN

	WIRTSCHAFT				ÖFFENTLICHE AUSGABEN									
	BIP	BIP pro Kopf	Bruttoanlage-investitionen	Verbraucher-preisindex	Staatliche Konsumausgaben		Gesundheit		Bildung		Militär[a]		Gesamtschulden-dienst	
	(Milliarden KKP $ 2005)	(KKP $ 2005)	(% des BIP)	(2005 = 100)	(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)	
HDI-Rang	2011	2011	2011	2010	2000	2011	2010	2010	2000	2005–2010[b]	2000	2010	2000	2009
120 Honduras	27,7	3.566	22,2	139	13,4	17,1	3,0	4,4	..	..	0,7	1,1	5,5	3,4
121 Indonesien	992,1	4.094	32,4	146	6,5	4,5	0,7	1,3	..	3,0	..	0,7	10,1	4,1
121 Kiribati	0,2	2.220	..	..	..	..	7,5	9,3	11,0	..	..	..	..	..
121 Südafrika	489,6	9.678	18,9	140	18,1	21,5	3,4	3,9	5,6	6,0	1,5	1,3	2,9	1,4
124 Vanuatu	1,0	4.062	..	119	20,8	..	2,7	4,8	7,0	5,2	..	..	0,7	0,9
125 Kirgistan	11,7	2.126	24,8	167	20,0	19,1	2,1	3,5	3,5	6,2	2,9	4,4	12,6	11,6
125 Tadschikistan	14,3	2.052	18,7	170	8,3	28,9	0,9	1,6	2,3	4,0	1,2	..	7,3	12,1
127 Vietnam	264,6	3.013	31,9	167	6,4	5,7	1,6	2,6	..	5,3	..	2,5	4,2	1,3
128 Namibia	13,9	5.986	26,5	141	23,5	21,6	4,2	4,0	7,9	8,1	2,7	3,9	..	..
129 Nicaragua	15,1	2.579	29,7	159	12,2	10,1	3,7	4,9	3,9	..	0,8	0,7	7,3	7,9
130 Marokko	143,5	4.373	30,6	111	18,4	15,4	1,2	2,0	5,8	5,4	2,3	3,5	7,3	3,6
131 Irak	112,5	3.412	..	171	..	..	0,4	6,8	..	..	..	2,4	..	..
132 Kap Verde	1,8	3.616	36,5	121	30,7	20,7	3,4	3,1	..	5,6	1,3	0,5	3,0	2,2
133 Guatemala	64,2	4.351	14,6	134	7,0	10,5	2,2	2,5	..	3,2	0,8	0,4	2,0	3,8
134 Timor-Leste	1,6	1.393	..	134	35,2	..	6,3	5,1	..	14,0	..	4,9	..	..
135 Ghana	41,3	1.652	21,8	189	10,2	8,5	3,0	3,1	..	5,5	0,7	0,4	7,8	1,0
136 Äquatorialguinea	23,1	32.026	60,1[d]	129	4,6	3,9[d]	1,0	3,4	0,7	..	..	..	..	..
136 Indien	3.976,5	3.203	29,5	152	12,6	11,7	1,3	1,2	4,4	3,1	3,1	2,7	2,3	1,2
138 Kambodscha	29,8	2.080	16,2[c]	148	5,2	6,3[c]	1,3	2,1	1,7	2,6	2,2	1,6	0,9	0,6
138 Laos, Demokratische Volksrep.	15,5	2.464	27,4	127	6,7	9,8	1,0	1,5	1,5	3,3	0,8	0,3	2,3	4,3
140 Bhutan	3,8	5.096	41,3[d]	134	20,4	21,4[d]	5,3	4,5	5,8	4,0	..	..	1,6	5,6
141 Swasiland	5,7	5.349	10,4	144	18,2	19,4	3,3	4,2	5,5	7,4	1,5	3,0	2,0	1,1
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
142 Kongo	16,1	3.885	23,4	130	11,6	9,7	1,2	1,1	..	6,2	..	1,1	1,4	1,6
143 Salomonen	1,4	2.581	..	152	25,2	..	4,8	8,0	..	6,1	..	..	2,1	3,0
144 São Tomé und Príncipe	0,3	1.805	..	260	..	..	3,6	2,7	..	..	..	..	..	0,8
145 Kenia	62,7	1.507	24,3	180	15,1	13,3	1,9	2,1	5,2	6,7	1,3	1,9	4,7	1,2
146 Bangladesch	236,0	1.568	24,7	145	4,6	5,5	1,1	1,2	2,4	2,2	1,3	1,1	1,6	1,0
146 Pakistan	428,4	2.424	11,8	181	8,6	8,2	0,6	0,8	1,8	2,4	3,7	2,8	3,9	2,5
148 Angola	102,0	5.201	10,7	186	..	17,7	1,9	2,4	2,6	3,4	6,4	4,2	18,7	2,8
149 Myanmar	..	..	..	225	..	..	0,3	0,2	0,6	..	2,3	..	..	..
150 Kamerun	41,9	2.090	..	117	9,5	..	1,0	1,5	1,9	3,5	1,3	1,6	5,5	0,9
151 Madagaskar	18,2	853	33,0[d]	159	9,0	11,6[d]	2,5	2,3	2,9	3,2	1,2	0,7	3,0	0,6
152 Tansania, Vereinigte Rep.	59,8	1.334	28,1	151	11,7	18,2	1,6	4,0	..	6,2	1,5	1,2	1,6	0,9
153 Nigeria	360,8	2.221	..	161	..	..	1,5	1,9	..	..	0,8	1,0	4,0	0,2
154 Senegal	22,2	1.737	30,7	115	12,8	8,8	1,6	3,1	3,2	5,6	1,3	1,6	4,8	2,3
155 Mauretanien	8,0	2.255	25,9	133	20,2	12,3	3,1	2,3	..	4,3	3,5	3,8	6,4	3,0
156 Papua-Neuguinea	16,6	2.363	14,8	130	16,6	8,4	3,3	2,6	..	..	0,9	0,4	8,6	8,6
157 Nepal	33,6	1.102	21,2	155	8,9	9,6	1,3	1,8	3,0	4,7	0,8	1,4	1,9	1,2
158 Lesotho	3,3	1.504	34,9	141	41,7	32,6	3,4	8,5	11,8	13,0	4,0	3,1	8,2	1,6
159 Togo	5,6	914	19,4	116	10,5	..	1,4	3,4	4,4	4,5	..	1,7	2,3	1,1
160 Jemen	51,1	2.060	11,7[c]	167	13,6	11,8[c]	2,4	1,3	9,7	5,2	4,4	3,9[e]	2,5	0,8
161 Haiti	10,5	1.034	..	150	7,8	..	1,7	1,5	..	..	0,0	0,0	..	2,0
161 Uganda	41,0	1.188	24,4	150	14,5	11,3	1,8	2,0	2,5	3,2	2,5	1,6	1,2	0,4
163 Sambia	19,2	1.423	21,3	167	9,5	11,6	2,9	3,6	2,0	1,3	..	1,7	5,7	0,9
164 Dschibuti	..	2.087[d]	..	129	29,7	..	3,9	4,7	9,7	8,4	5,1	3,7[e]	2,4	..
165 Gambia	3,3	1.873	17,5	123	11,2	9,9	1,9	2,9	2,7	5,0	1,0	0,6	2,7	1,9
166 Benin	13,0	1.428	27,4	119	11,6	..	1,9	2,0	3,3	4,5	0,6	1,0[e]	3,3	0,6
167 Ruanda	12,0	1.097	21,0[c]	155	11,0	15,5[c]	1,7	5,2	4,1	4,7	3,5	1,3	2,1	0,3
168 Côte d'Ivoire	31,9	1.581	16,4	114	7,2	9,1	1,3	1,1	3,8	4,6	..	1,6	9,8	1,7
169 Komoren	0,7	980	12,4[d]	118	11,7	15,3[d]	1,5	3,0	..	7,6	..	..	1,6	0,8
170 Malawi	12,4	805	20,8	156	14,6	15,7	2,8	4,0	5,2	5,7	0,7	1,1	3,6	0,4
171 Sudan	83,8	1.878	24,7	166	7,6	17,7	0,9	1,9	..	..	4,5	3,4	2,0	0,7
172 Simbabwe	..	..	6,5	..	24,3	18,3	0,0	..	..	2,5	4,7	1,3	6,3	1,5
173 Äthiopien	83,0	979	19,0	223	17,9	9,0	2,3	2,6	3,9	4,7	7,5	0,9	1,7	0,6
174 Liberia	2,1	506	33,3	162	7,5	20,2	1,3	3,9	..	2,8	..	0,9	0,1	0,6
175 Afghanistan	37,2[c]	1.083[c]	16,3[c]	141	..	10,7[c]	2,3	0,9	..	..	..	3,8	..	0,1
176 Guinea-Bissau	1,7	1.097	..	119	14,0	..	1,0	0,9	..	..	4,4	..	2,4	2,1
177 Sierra Leone	4,6	769	14,9	163	14,3	11,1	1,1	1,5	4,9	4,3	3,7	1,2	7,3	0,6
178 Burundi	4,6	533	18,4	163	15,5	26,3	2,1	4,4	3,2	9,2	6,0	3,8[e]	2,6	0,2
178 Guinea	10,1	990	20,0[c]	237	6,8	7,5[c]	0,7	0,6	2,5	2,4	1,5	..	5,0	1,8

	WIRTSCHAFT				ÖFFENTLICHE AUSGABEN									
	BIP	BIP pro Kopf	Bruttoanlage-investitionen	Verbraucher-preisindex	Staatliche Konsumausgaben		Gesundheit		Bildung		Militär[a]		Gesamtschulden-dienst	
	(Milliarden KKP $ 2005)	(KKP $ 2005)	(% des BIP)	(2005 = 100)	(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)		(% des BIP)	
HDI-Rang	2011	2011	2011	2010	2000	2011	2010	2010	2000	2005–2010[b]	2000	2010	2000	2009
180 Zentralafrikanische Republik	3,2	716	10,8[d]	124	14,0	4,5[d]	1,6	1,4	1,5	1,2	..	2,6	1,5	0,1
181 Eritrea	2,8	516	..	..	63,8	..	2,5	1,3	3,2	2,1	32,7	..	0,5	1,1
182 Mali	15,3	964	..	116	8,6	..	2,1	2,3	3,6	4,5	2,2	1,9	3,8	0,6
183 Burkina Faso	19,5	1.149	..	115	20,8	..	2,0	3,4	..	4,0	1,2	1,3	1,8	0,6
184 Tschad	15,5	1.343	31,8[c]	117	7,7	13,2[c]	2,7	1,1	2,6	2,8	1,9	2,7	1,8	0,9
185 Mosambik	20,6	861	24,3	157	9,0	12,3	4,2	3,7	..	5,0	1,3	0,9[d]	2,3	1,0
186 Kongo, Demokratische Rep.	22,3	329	28,7[d]	..	7,5	7,6[d]	0,1	3,4	..	2,5	1,0	1,3	0,6	2,0
186 Niger	10,3	642	..	117	13,0	..	1,8	2,6	3,2	3,8	1,2	0,9	1,4	0,5
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
Korea, Dem. Volksrep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Marshallinseln	..	..	..	..	..	..	19,8	15,0	14,6	..	..	..	..	..
Monaco	..	..	..	..	..	..	2,8	3,8	1,3	1,2	..	..	..	..
Nauru	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
San Marino	..	..	..	114	..	..	6,5	6,1	..	..	..	..	..	..
Somalia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	..	..	..	..	..	..	12,3	14,2	..	..	..	..	..	..
HDI-Gruppierungen														
Sehr hohe menschliche Entwicklung	37.231,3	32.931	18,4	—	16,7	19,4	6,0	8,2	4,5	5,1	2,2	2,7	..	..
Hohe menschliche Entwicklung	11.740,8	11.572	21,4	—	15,5	15,8	2,9	3,6	..	4,7	2,8	2,7	8,1	4,7
Mittlere menschliche Entwicklung	18.095,7	5.203	38,4	—	13,9	12,4	1,8	2,4	..	3,6	2,2	2,0	3,7	1,6
Niedrige menschliche Entwicklung	1.948,5	1.623	18,4	—	10,1	11,1	1,4	1,8	..	3,5	2,5	2,0	3,9	1,3
Regionen														
Arabische Staaten	2.808,0	8.104	24,3	—	19,2	15,4	2,4	2,6	..	3,9	6,8	5,5	..	..
Ostasien und Pazifik	12.580,2	6.616	..	—	..	..	1,7	2,5	..	..	..	..	..	..
Europa und Zentralasien	5.946,1	12.458	22,5	—	15,7	15,4	3,7	4,3	..	4,1	2,8	2,7	6,8	8,3
Lateinamerika und Karibik	6.046,4	10.429	20,1	—	14,7	16,1	3,2	3,8	4,3	5,3	1,4	1,4	8,9	2,8
Südasien	5.586,1	3.241	27,6	—	11,8	10,9	1,3	1,2	4,0	3,2	3,2	2,5	2,6	1,3
Afrika südlich der Sahara	1.691,4	2.094	20,8	—	15,9	16,9	2,5	3,0	..	5,2	1,9	1,5	4,1	1,2
Am wenigsten entwickelte Länder	1.065,9	1.346	..	—	9,7	..	1,7	2,2	..	3,7	..	2,2	3,1	1,3
Kleine Inselentwicklungsländer	223,2	5.340	..	—	17,3	..	3,6	3,0	..	..	..	..	..	..
Welt	**69.016,4**	**10.103**	**22,3**	**—**	**16,3**	**17,5**	**5,3**	**6,5**	**..**	**4,9**	**2,3**	**2,6**	**..**	**..**

HINWEISE

a Zu den länderspezifischen Fußnoten siehe Stockholm International Peace Research Institute, Military Expenditure Database, unter www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database.

b Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

c Bezieht sich auf 2010.

d Bezieht sich auf 2009.

e Bezieht sich auf 2008.

DEFINITIONEN

BIP (Bruttoinlandsprodukt): Bruttowertschöpfung aller gebietsansässigen Produktionseinheiten in der Volkswirtschaft zuzüglich Gütersteuern und abzüglich der nicht im Güterwert inbegriffenen Subventionen, ausgedrückt in internationalen Dollar von 2005 unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität.

BIP pro Kopf: Bruttowertschöpfung aller gebietsansässigen Produktionseinheiten in der Volkswirtschaft zuzüglich Gütersteuern und abzüglich der nicht im Güterwert inbegriffenen Subventionen, ausgedrückt in internationalen Dollar unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität und geteilt durch die Gesamtbevölkerung im betreffenden Zeitraum.

Bruttoanlageinvestitionen: Wert der Anschaffungen neuer oder bestehender Anlagegüter durch Wirtschaft, Regierungen und Haushalte (ausgenommen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit), abzüglich der Veräußerungen von Anlagegütern, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP. Abschreibungen auf Anlagevermögen werden nicht berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex: Ein Index, der die Veränderung der Kosten widerspiegelt, die dem Durchschnittsverbraucher beim Kauf eines festgelegten bzw. in bestimmten Intervallen, zum Beispiel jährlich, veränderten Waren- und Dienstleistungskorbs entstehen.

Staatliche Konsumausgaben: Alle laufenden Ausgaben des Staates für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen (einschließlich der geleisteten Arbeitnehmerentgelte und der meisten Ausgaben für Landesverteidigung und nationale Sicherheit, aber ausschließlich der unter die staatlichen Anlageinvestitionen fallenden Militärausgaben), ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Öffentliche Ausgaben für Gesundheit: Laufende und Kapitalausgaben aus staatlichen Haushalten (Zentralregierung und Gebietskörperschaften), externen Darlehen und Zuschüssen (einschließlich Spenden internationaler Einrichtungen und nichtstaatlicher Organisationen) und Mitteln der Sozialversicherungen, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Öffentliche Ausgaben für Bildung: Gesamtheit der laufenden und der Kapitalausgaben der öffentlichen Hand für Bildung, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Öffentliche Ausgaben für Militär: Alle Ausgaben des Verteidigungsministeriums und anderer Ministerien für die Rekrutierung und Ausbildung von Militärpersonal sowie für den Bau und den Ankauf militärischer Güter und Ausrüstungen, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Gesamtschuldendienst: Summe der Tilgungen und der für langfristige Schulden tatsächlich gezahlten Zinsen in Form von Devisen, Gütern oder Dienstleistungen, der für kurzfristige Schulden gezahlten Zinsen und der gegenüber dem Internationalen Währungsfonds geleisteten Tilgungen (Rückkäufe und Gebühren), ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1-10: World Bank (2012a).

Spalten 11 und 12: Stockholm International Peace Research Institute (2012).

Spalten 13 und 14: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der Weltbank (2012a) betreffend den Gesamtschuldendienst als prozentualer Anteil am BNE.

TABELLE 7

Gesundheit

HDI-Rang	IMPFSCHUTZ: DTP (% der Einjährigen) 2010	IMPFSCHUTZ: Masern (% der Einjährigen) 2010	Kinder mit mäßigem bis starken Untergewicht (% der Kinder unter 5 Jahren) 2006–2010[b]	HIV-PRÄVALENZ, JUGENDLICHE: Weiblich (% der 15- bis 24-Jährigen) 2009	HIV-PRÄVALENZ, JUGENDLICHE: Männlich (% der 15- bis 24-Jährigen) 2009	STERBLICHKEIT: Säuglinge (Sterbefälle pro 1.000 Lebendgeburten) 2010	STERBLICHKEIT: Unter 5-jährige (Sterbefälle pro 1.000 Lebendgeburten) 2010	STERBLICHKEIT: Erwachsene: Weiblich (pro 1.000 Erwachsene) 2009	STERBLICHKEIT: Erwachsene: Männl. (pro 1.000 Erwachsene) 2009	STERBLICHKEIT: Krankheitsspezifisch: Malaria (pro 100.000 Personen pro Jahr) 2008	STERBLICHKEIT: Krankheitsspezifisch: Cholera (Anzahl) 2005–2010[b]	STERBLICHKEIT: Krankheitsspezifisch: Herz-Kreislauf Erkrankungen u. Diabetes[a] (pro 1.000 Personen) 2008	QUALITÄT DER GESUNDHEITSVERSORGUNG: Ärzte (pro 1.000 Personen) 2005–2010[b]	QUALITÄT DER GESUNDHEITSVERSORGUNG: Zufriedenheit m. Qualität der Gesundheitsversorgung (% zufrieden) 2007–2009[b]
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
1 Norwegen	99	93	..	0,1	0,1	3	3	50	83	0,0	0	124	4,1	68
2 Australien	97	94	..	0,1	0,1	4	5	45	79	0,0	0	112	3,0	60
3 Vereinigte Staaten	99	92	..	0,2	0,3	7	8	78	134	0,0	0	156	2,7	56
4 Niederlande	99	96	..	0,1	0,1	4	4	56	75	0,0	0	122	3,9	77
5 Deutschland	97	96	..	0,1	0,1	3	4	53	99	0,0	0	170	3,5	47
6 Neuseeland	95	91	..	0,1	0,1	5	6	57	86	0,0	0	138	2,4	64
7 Irland	98	90	..	0,1	0,1	3	4	57	97	0,0	..	141	3,2	47
7 Schweden	99	96	..	0,1	0,1	2	3	47	74	0,0	0	141	3,6	81
9 Schweiz	98	90	..	0,1	0,2	4	5	43	74	0,0	0	114	4,1	81
10 Japan	99	94	..	0,1	0,1	2	3	42	86	0,0	0	91	2,1	54
11 Kanada	92	93	..	0,1	0,1	5	6	53	87	0,0	0	121	1,9	73
12 Korea, Republik	96	98	..	0,1	0,1	4	5	46	109	0,0	0	141	2,0	60
13 Hongkong, China (SAR)	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	67
13 Island	98	93	..	0,1	0,1	2	2	43	65	0,0	..	121	3,9	87
15 Dänemark	93	85	..	0,1	0,1	3	4	65	107	0,0	0	143	3,4	82
16 Israel	96	98	..	0,1	0,1	4	5	45	78	0,0	..	116	3,6	70
17 Belgien	99	94	..	0,1	0,1	4	4	59	105	0,0	0	131	3,0	88
18 Österreich	93	76	..	0,2	0,3	4	4	50	102	0,0	0	155	4,7	89
18 Singapur	98	95	..	0,1	0,1	2	3	42	76	0,0	..	140	1,8	86
20 Frankreich	99	90	..	0,1	0,2	3	4	54	117	0,0	0	98	3,5	84
21 Finnland	99	98	..	0,1	0,1	2	3	56	124	0,0	0	157	2,7	85
21 Slowenien	98	95	..	0,1	0,1	2	3	54	131	0,0	0	168	2,5	68
23 Spanien	99	95	..	0,1	0,2	4	5	43	94	0,0	0	113	3,7	84
24 Liechtenstein	..	..	..	..	..	2	2	..	..	..	..	..	..	..
25 Italien	98	90	..	0,1	0,1	3	4	41	77	0,0	0	128	4,2	59
26 Luxemburg	99	96	..	0,1	0,1	2	3	57	95	0,0	..	150	2,9	90
26 Vereinigtes Königreich	98	93	..	0,1	0,2	5	5	58	95	0,0	0	133	2,7	81
28 Tschechische Republik	99	98	..	0,1	0,1	3	4	63	138	0,0	..	258	3,6	63
29 Griechenland	99	99	..	0,1	0,1	3	4	44	106	0,0	..	186	6,0	45
30 Brunei Darussalam	98	94	..	..	..	6	7	82	105	0,0	..	284	1,4	..
31 Zypern	99	87	..	..	..	3	4	41	81	0,0	..	188	2,3	60
32 Malta	97	73	..	0,1	0,1	5	6	44	76	0,0	..	175	3,1	81
33 Andorra	99	99	..	..	..	3	4	44	94	0,0	..	..	3,7	..
33 Estland	96	95	..	0,2	0,3	4	5	77	234	0,0	..	342	3,4	47
35 Slowakei	99	98	..	0,1	0,1	7	8	74	184	0,0	..	343	3,0	..
36 Katar	98	99	..	0,1	0,1	7	8	48	69	0,0	0	195	2,8	..
37 Ungarn	99	99	..	0,1	0,1	5	6	99	229	0,0	..	324	3,1	50
38 Barbados	95	85	..	1,1	0,9	17	20	80	136	0,1	..	233	1,8	..
39 Polen	99	98	..	0,1	0,1	5	6	76	197	0,0	0	283	2,1	45
40 Chile	93	93	..	0,1	0,2	8	9	59	116	0,0	..	156	1,1	45
41 Litauen	98	96	..	0,1	0,1	5	7	95	274	0,0	..	375	3,7	29
41 Vereinigte Arabische Emirate	94	94	..	..	..	6	7	66	84	0,0	..	277	1,9	..
43 Portugal	99	96	..	0,2	0,3	3	4	54	123	0,0	..	154	3,8	69
44 Lettland	97	93	..	0,1	0,2	8	10	105	284	0,0	..	420	3,0	42
45 Argentinien	98	99	2,3[c]	0,2	0,3	12	14	88	160	0,0	..	207	3,2	66
46 Seychellen	99	99	..	..	..	12	14	108	227	0,0	0	..	1,5	..
47 Kroatien	98	95	..	0,1	0,1	5	6	60	153	0,0	..	294	2,6	..
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
48 Bahrain	99	99	..	..	..	9	10	87	127	0,1	..	339	1,4	..
49 Bahamas	99	94	..	3,1	1,4	14	16	126	202	0,0	..	239	..	..
50 Belarus	99	99	1,3	0,1	0,1	4	6	117	324	0,0	..	525	4,9	45
51 Uruguay	98	95	5,4	0,2	0,3	9	11	84	156	0,0	..	211	3,7	77
52 Montenegro	97	90	1,7	..	..	7	8	85	161	0,0	..	419	..	..
52 Palau	99	75	..	..	..	15	19	110	229	0,0	..	..	1,3	..
54 Kuwait	98	98	..	..	..	10	11	50	66	0,0	..	274	1,8	..
55 Russische Föderation	99	98	..	0,3	0,2	9	12	144	391	0,0	0	580	4,3	35
56 Rumänien	99	95	3,5	0,1	0,1	11	14	90	219	0,0	..	398	1,9	44

	IMPFSCHUTZ			HIV-PRÄVALENZ, JUGENDLICHE		STERBLICHKEIT							QUALITÄT DER GESUNDHEITSVERSORGUNG	
								Erwachsene		Krankheitsspezifisch				
	DTP	Masern	Kinder mit mäßigem bis starken Untergewicht	Weiblich	Männlich	Säuglinge	Unter 5-jährige	Weiblich	Männl.	Malaria	Cholera	Herz-Kreislauf Erkrankungen u. Diabetes[a]	Ärzte	Zufriedenheit m. Qualität der Gesundheitsversorgung
	(% der Einjährigen)		(% der Kinder unter 5 Jahren)	(% der 15- bis 24-Jährigen)		(Sterbefälle pro 1.000 Lebendgeburten)		(pro 1.000 Erwachsene)		(pro 100.000 Personen pro Jahr)	(Anzahl)	(pro 1.000 Personen)	(pro 1.000 Personen)	(% zufrieden)
HDI-Rang	2010	2010	2006–2010[b]	2009	2009	2010	2010	2009	2009	2008	2005–2010[b]	2008	2005–2010[b]	2007–2009[b]
57 Bulgarien	96	97	..	0,1	0,1	11	13	86	205	0,0	..	464	3,6	..
57 Saudi-Arabien	98	98	..	..	..	15	18	102	186	0,0	..	456	0,9	69
59 Kuba	98	99	..	0,1	0,1	5	6	78	120	0,0	..	215	6,4	..
59 Panama	98	95	3,9	0,3	0,4	17	20	82	145	0,0	..	174	..	54
61 Mexiko	96	95	3,4	0,1	0,2	14	17	88	157	0,0	0	237	2,9	69
62 Costa Rica	96	83	1,1	0,1	0,2	9	10	69	115	0,0	..	159	..	75
63 Grenada	99	95	..	..	..	9	11	143	248	0,0	..	299	..	..
64 Libyen	98	98	..	..	..	13	17	101	175	0,0	..	396	1,9	..
64 Malaysia	98	96	12,9	0,1	0,1	5	6	95	175	0,1	2	278	0,9	89
64 Serbien	97	95	1,4	0,1	0,1	6	7	90	184	0,0	..	422	2,0	..
67 Antigua und Barbuda	99	98	..	..	..	7	8	158	197	0,0	..	..	..	..
67 Trinidad und Tobago	96	92	..	0,7	1,0	24	27	120	225	0,0	..	427	1,2	32
69 Kasachstan	99	99	3,9	0,2	0,1	29	33	185	432	0,0	0	696	3,9	49
70 Albanien	99	99	5,2	..	..	16	18	88	126	0,0	..	443	1,1	..
71 Venezuela, Bolivarische Republik	90	79	3,7	..	..	16	18	92	196	0,1	..	237	..	75
72 Dominica	99	99	..	..	..	11	12	103	192	0,0	..	..	..	..
72 Georgien	99	94	1,1	0,1	0,1	20	22	97	235	0,0	..	505	4,5	61
72 Libanon	83	53	..	0,1	0,1	19	22	85	166	0,0	0	332	3,5	50
72 St. Kitts und Nevis	98	99	..	..	..	7	8	90	185	0,0	..	..	..	..
76 Iran, Islamische Republik	99	99	..	0,1	0,1	22	26	90	144	0,0	11	385	0,9	73
77 Peru	97	94	4,2	0,1	0,2	15	19	96	123	0,1	..	135	0,9	48
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	98	98	1,5	..	..	10	12	79	144	0,0	..	465	2,5	..
78 Ukraine	96	94	..	0,3	0,2	11	13	148	395	0,0	0	593	3,1	23
80 Mauritius	99	99	..	0,2	0,3	13	15	99	219	0,0	0	444	1,1	..
81 Bosnien und Herzegowina	95	93	1,4	..	..	8	8	67	145	0,0	..	398	1,4	..
82 Aserbaidschan	80	67	7,7	0,1	0,1	39	46	134	221	0,0	..	619	3,8	53
83 St. Vincent und die Grenadinen	99	99	..	..	..	19	21	110	204	0,0	..	340	..	..
84 Oman	99	97	8,6	0,1	0,1	8	9	85	157	0,0	..	455	1,9	..
85 Brasilien	99	99	1,7	..	..	17	19	102	205	0,1	0	264	1,7	44
85 Jamaika	99	88	2,0	0,7	1,0	20	24	131	224	0,0	..	248	0,9	..
87 Armenien	98	97	4,7	0,1	0,1	18	20	103	246	0,0	..	537	3,7	61
88 St. Lucia	98	95	..	..	..	14	16	90	188	0,0	..	278	0,5	..
89 Ecuador	99	98	6,2	0,2	0,2	18	20	96	173	0,0	..	167	..	64
90 Türkei	97	97	1,7	0,1	0,1	14	18	73	134	0,0	..	362	1,5	67
91 Kolumbien	96	88	3,4	0,1	0,2	17	19	80	166	0,3	..	186	1,4	63
92 Sri Lanka	99	99	21,1	0,1	0,1	14	17	82	275	0,0	..	312	0,5	83
93 Algerien	99	95	3,2	0,1	0,1	31	36	105	135	0,0	0	277	1,2	52
94 Tunesien	98	97	3,3	0,1	0,1	14	16	70	129	0,1	..	257	1,2	80
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
95 Tonga	99	99	..	..	..	13	16	233	135	0,8	..	396	0,3	..
96 Belize	99	98	4,3	1,8	0,7	14	17	129	202	0,0	..	256	0,8	50
96 Dominikanische Republik	96	79	7,1	0,7	0,3	22	27	149	172	0,1	0	320	..	58
96 Fidschi	99	94	..	0,1	0,1	15	17	157	263	0,0	..	457	0,5	..
96 Samoa	97	61	..	..	..	17	20	167	198	0,9	..	427	0,3	..
100 Jordanien	98	98	1,9	..	..	18	22	111	195	0,0	..	468	2,5	66
101 China	99	99	3,8[c]	..	..	16	18	87	142	0,0	4	287	1,4	..
102 Turkmenistan	99	99	8,2	..	..	47	56	212	380	0,0	..	773	2,4	..
103 Thailand	99	98	7,0	..	..	11	13	139	270	0,4	0	311	0,3	85
104 Malediven	97	97	17,3	0,1	0,1	14	15	70	97	0,9	..	351	1,6	..
105 Suriname	99	89	7,2	0,4	0,6	27	31	124	217	2,5	..	351	..	..
106 Gabun	69	55	..	3,5	1,4	54	74	262	321	31,0	0	370	0,3	..
107 El Salvador	97	92	5,5	0,3	0,4	14	16	128	281	0,0	..	203	1,6	59
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	87	79	4,3	0,1	0,1	42	54	132	203	0,0	..	290	..	59
108 Mongolei	98	97	5,0	0,1	0,1	26	32	141	305	0,0	0	379	2,8	52
110 Palästina, Staat	..	..	..	..	..	20	22	..	..	..	..	..	..	50
111 Paraguay	96	94	3,4	0,1	0,2	21	25	98	168	0,0	0	249	1,1	66
112 Ägypten	97	96	6,0	0,1	0,1	19	22	130	215	0,2	..	406	2,8	53
113 Moldau, Republik	93	97	3,2	0,1	0,1	16	19	134	309	0,0	..	525	2,7	41

TABELLE 7 GESUNDHEIT

	IMPFSCHUTZ			HIV-PRÄVALENZ, JUGENDLICHE		STERBLICHKEIT							QUALITÄT DER GESUNDHEITSVERSORGUNG	
								Erwachsene		Krankheitsspezifisch				
	DTP	Masern	Kinder mit mäßigem bis starken Untergewicht	Weiblich	Männlich	Säuglinge	Unter 5-jährige	Weiblich	Männl.	Malaria	Cholera	Herz-Kreislauf Erkrankungen u. Diabetes[a]	Ärzte	Zufriedenheit m. Qualität der Gesundheitsversorgung
	(% der Einjährigen)		(% der Kinder unter 5 Jahren)	(% der 15- bis 24-Jährigen)		(Sterbefälle pro 1.000 Lebendgeburten)		(pro 1.000 Erwachsene)		(pro 100.000 Personen pro Jahr)	(Anzahl)	(pro 1.000 Personen)	(pro 1.000 Personen)	(% zufrieden)
HDI-Rang	2010	2010	2006–2010[b]	2009	2009	2010	2010	2009	2009	2008	2005–2010[b]	2008	2005–2010[b]	2007–2009[b]
114 Philippinen	89	88	21,6[c]	0,1	0,1	23	29	130	240	0,2	2	345	1,2	81
114 Usbekistan	99	98	4,0	0,1	0,1	44	52	139	220	0,0	..	641	2,6	..
116 Syrien, Arabische Rep.	89	82	10,1	..	..	14	16	95	159	0,0	..	400	1,5	56
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	90	80	..	..	..	34	42	161	183	0,3	0	412	0,6	..
118 Guyana	99	95	10,5	0,8	0,6	25	30	224	286	5,0	..	452	..	63
119 Botsuana	98	94	11,2	11,8	5,2	36	48	324	372	1,0	0	346	0,3	72
120 Honduras	99	99	8,1	0,2	0,3	20	24	134	237	0,1	..	376	..	68
121 Indonesien	94	89	18,4	0,1	0,1	27	35	143	234	3,2	19	350	0,3	79
121 Kiribati	97	89	..	..	..	39	49	173	325	2,6	..	..	0,3	..
121 Südafrika	73	65	8,7[c]	13,6	4,5	41	57	479	521	0,2	28	321	0,8	63
124 Vanuatu	78	52	..	..	..	12	14	159	200	8,5	..	399	0,1	..
125 Kirgistan	99	99	2,2	0,1	0,1	33	38	162	327	0,0	..	605	2,3	57
125 Tadschikistan	95	94	15,0	0,1	0,1	52	63	160	183	0,0	..	523	2,0	64
127 Vietnam	93	98	20,2	0,1	0,1	19	23	107	173	0,1	0	339	1,2	74
128 Namibia	87	75	16,6	5,8	2,3	29	40	357	540	29,0	0	495	0,4	68
129 Nicaragua	99	99	5,5	0,1	0,1	23	27	122	210	0,0	..	234	0,4	66
130 Marokko	99	98	8,6	0,1	0,1	30	36	87	126	0,0	..	355	0,6	..
131 Irak	81	73	6,4	..	..	31	39	145	292	0,0	24	424	0,7	44
132 Kap Verde	99	96	..	..	..	29	36	111	272	0,2	0	300	0,6	..
133 Guatemala	96	93	13,0[c]	0,3	0,5	25	32	151	280	0,1	..	190	..	60
134 Timor-Leste	75	66	44,7	..	..	46	55	154	233	83,0	..	318	0,1	..
135 Ghana	96	93	13,9	1,3	0,5	50	74	253	402	48,0	51	386	0,1	74
136 Äquatorialguinea	65	51	..	5,0	1,9	81	121	355	373	98,0	33	484	0,3	..
136 Indien	83	74	42,5	0,1	0,1	48	63	169	250	1,9	6	336	0,6	67
138 Kambodscha	93	93	28,3	0,1	0,1	43	51	190	350	3,7	0	408	0,2	75
138 Laos, Demokratische Volksrep.	81	64	31,1	0,2	0,1	42	54	251	289	2,9	3	430	0,3	69
140 Bhutan	94	95	12,7	0,1	0,1	44	56	194	256	0,2	..	425	0,0	..
141 Swasiland	95	94	5,8	15,6	6,5	55	78	560	674	0,3	0	499	0,2	..
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
142 Kongo	90	76	11,4	2,6	1,2	61	93	320	409	121,0	0	463	0,1	34
143 Salomonen	85	68	11,8	..	..	23	27	119	170	30,0	..	367	0,2	..
144 São Tomé und Príncipe	98	92	13,1	..	..	53	80	104	161	9,2	33	308	0,5	..
145 Kenia	93	86	16,1	4,1	1,8	55	85	282	358	12,0	21	363	0,1	62
146 Bangladesch	98	94	41,0	0,1	0,1	38	48	222	246	1,8	..	418	0,3	69
146 Pakistan	90	86	31,3	0,1	0,1	70	87	189	225	0,6	0	422	0,8	41
148 Angola	97	93	15,6[c]	1,6	0,6	98	161	353	377	89,0	0	483	0,1	62
149 Myanmar	93	88	22,6	0,3	0,3	50	66	188	275	34,0	1	369	0,5	..
150 Kamerun	92	79	16,0	3,9	1,6	84	136	409	420	121,0	110	498	0,2	54
151 Madagaskar	78	67	..	0,1	0,1	43	62	198	273	8,5	0	376	0,2	82
152 Tansania, Vereinigte Rep.	98	92	15,8	3,9	1,7	50	76	311	456	87,0	94	427	0,0	30
153 Nigeria	77	71	23,1	2,9	1,2	88	143	365	377	146,0	174	456	0,4	55
154 Senegal	80	60	13,7	0,7	0,3	50	75	218	266	76,0	458	373	0,1	57
155 Mauretanien	82	67	14,7[c]	0,3	0,4	75	111	262	315	36,0	70	422	0,1	31
156 Papua-Neuguinea	80	55	18,4	0,8	0,3	47	61	221	274	45,0	0	428	0,1	..
157 Nepal	85	86	38,6	0,1	0,2	41	50	159	234	0,0	0	350	0,2	80
158 Lesotho	93	85	13,2	14,2	5,4	65	85	573	676	0,1	0	452	0,1	..
159 Togo	97	84	16,6	2,2	0,9	66	103	278	338	65,0	15	403	0,1	22
160 Jemen	94	73	43,1	..	..	57	77	180	237	4,9	3	494	0,3	..
161 Haiti	83	59	17,7	1,3	0,6	70	165	227	278	5,7	3.990	411	..	35
161 Uganda	83	55	15,9	4,8	2,3	63	99	348	539	103,0	98	473	0,1	48
163 Sambia	99	91	14,6	8,9	4,2	69	111	477	580	104,0	7	518	0,1	53
164 Dschibuti	90	85	22,9	1,9	0,8	73	91	271	326	1,2	27	490	0,2	56
165 Gambia	99	97	18,1	2,4	0,9	57	98	246	296	93,0	13	417	0,0	..
166 Benin	94	69	18,4	0,7	0,3	73	115	246	385	105,0	11	454	0,1	52
167 Ruanda	92	82	11,4	1,9	1,3	59	91	258	304	15,0	0	408	0,0	78
168 Côte d'Ivoire	95	70	15,9	1,5	0,7	86	123	456	528	116,0	6	536	0,1	..
169 Komoren	81	72	..	0,1	0,1	63	86	229	284	58,0	0	450	0,2	..
170 Malawi	97	93	12,8	6,8	3,1	58	92	496	691	87,0	11	587	0,0	66

	IMPFSCHUTZ			HIV-PRÄVALENZ, JUGENDLICHE		STERBLICHKEIT							QUALITÄT DER GESUNDHEITSVERSORGUNG	
								Erwachsene		Krankheitsspezifisch				
	DTP	Masern	Kinder mit mäßigem bis starken Untergewicht	Weiblich	Männlich	Säuglinge	Unter 5-jährige	Weiblich	Männl.	Malaria	Cholera	Herz-Kreislauf Erkrankungen u. Diabetes[a]	Ärzte	Zufriedenheit m. Qualität der Gesundheitsversorgung
	(% der Einjährigen)		(% der Kinder unter 5 Jahren)	(% der 15- bis 24-Jährigen)		(Sterbefälle pro 1.000 Lebendgeburten)		(pro 1.000 Erwachsene)		(pro 100.000 Personen pro Jahr)	(Anzahl)	(pro 1.000 Personen)	(pro 1.000 Personen)	(% zufrieden)
HDI-Rang	2010	2010	2006–2010[b]	2009	2009	2010	2010	2009	2009	2008	2005–2010[b]	2008	2005–2010[b]	2007–2009[b]
171 Sudan	99	90	27,0	1,3	0,5	66	103	275	291	23,0	1,011	548	0,3	48
172 Simbabwe	94	84	9,7	6,9	3,3	51	80	574	672	40,0	26	324	0,2	27
173 Äthiopien	90	81	33,2	..	..	68	106	379	445	10,0	0	508	0,0	19
174 Liberia	75	64	14,9[c]	0,7	0,3	74	103	337	389	98,0	18	437	0,0	38
175 Afghanistan	86	62	32,9	..	..	103	149	352	440	0,3	0	675	0,2	46
176 Guinea-Bissau	92	61	18,1	2,0	0,8	92	150	369	431	203,0	399	513	0,0	..
177 Sierra Leone	96	82	21,1	1,5	0,6	114	174	363	414	239,0	0	440	0,0	46
178 Burundi	99	92	28,8	2,1	1,0	88	142	407	424	39,0	18	464	0,0	47
178 Guinea	75	51	20,8	0,9	0,4	81	130	337	474	165,0	107	520	0,1	31
180 Zentralafrikanische Republik	64	62	24,4	2,2	1,0	106	159	470	461	192,0	0	498	0,1	..
181 Eritrea	99	99	34,5	0,4	0,2	42	61	179	249	0,7	0	383	0,1	..
182 Mali	90	63	26,7	0,5	0,2	99	178	218	357	131,0	76	406	0,0	44
183 Burkina Faso	98	94	25,7	0,8	0,5	93	176	262	443	221,0	16	463	0,1	50
184 Tschad	71	46	30,3	2,5	1,0	99	173	384	412	235,0	14	500	0,0	42
185 Mosambik	77	70	18,3	8,6	3,1	92	135	434	557	171,0	24	512	0,0	69
186 Kongo, Demokratische Rep.	67	68	24,2	..	..	112	170	331	442	193,0	244	477	0,1	..
186 Niger	80	71	40,2[c]	0,5	0,2	73	143	224	229	184,0	55	381	0,0	46
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
Korea, Dem. Volksrep.	94	99	18,8	..	..	26	33	126	207	0,0	..	303	3,3	..
Marshallinseln	99	97	..	..	..	22	26	386	429	1,1	..	..	0,6	..
Monaco	99	99	..	..	..	3	4	51	112	0,0	..	..	..	..
Nauru	99	99	4,8	..	..	32	40	303	448	0,0	..	..	0,7	..
San Marino	95	93	..	..	..	2	2	48	57	0,0	..	..	..	..
Somalia	55	46	31,6	0,6	0,4	108	180	350	382	28,0	1,182	572	0,0	..
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	99	85	1,6	..	..	27	33	280	255	0,0	..	..	0,6	..
HDI-Gruppierungen														
Sehr hohe menschliche Entwicklung	98	94	..	..	..	5	6	60	114	0,0	..	150	2,9	62
Hohe menschliche Entwicklung	97	95	..	..	..	16	18	105	221	0,0	..	357	2,3	..
Mittlere menschliche Entwicklung	90	85	22,7	..	..	33	42	132	204	1,3	..	324	1,0	..
Niedrige menschliche Entwicklung	87	78	26,1	..	..	73	110	287	346	65,4	138	450	0,3	50
Regionen														
Arabische Staaten	93	87	..	..	..	36	48	139	198	3,5	..	409	1,4	..
Ostasien und Pazifik	97	95	9,7	..	..	20	24	103	168	1,5	..	305	1,2	..
Europa und Zentralasien	98	96	..	..	..	17	21	118	281	0,0	..	492	3,1	45
Lateinamerika und Karibik	96	93	4,0	..	..	18	23	99	181	0,2	..	236	..	57
Südasien	86	78	40,2	..	..	50	65	173	245	1,6	..	360	0,6	65
Afrika südlich der Sahara	84	75	21,2	..	..	76	120	355	430	98,1	86	447	0,2	..
Am wenigsten entwickelte Länder	88	78	27,3	..	..	71	108	282	357	62,1	190	459	0,2	..
Kleine Inselentwicklungsländer	89	72	..	..	..	41	70	155	207	15,6	..	342	2,6	..
Welt	**91**	**85**	**..**	**..**	**..**	**40**	**55**	**137**	**211**	**12,2**	**..**	**323**	**1,4**	**..**

HINWEISE

a Die Schätzungen sind altersstandardisiert und basieren auf einer Kombination von Sterbetafeln der Länder, Modellrechnungen von Todesursachen, regionalen Mustern von Todesursachen sowie auf Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation und des Gemeinsamen HIV/Aids-Programms der Vereinten Nationen zu einigen der wichtigsten Todesursachen (ohne chronische Erkrankungen).

b Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

c Die Daten weichen von der Standarddefinition ab oder beziehen sich nur auf einen Teil des Landes.

DEFINITIONEN

Impfschutz gegen Diphterie, Tetanus und Pertussis (Keuchhusten): Prozentualer Anteil der einjährigen Kinder, die drei Dosen des kombinierten DTP-Impfstoffs erhalten haben.

Impfschutz gegen Masern: Anteil der einjährigen Kinder, die mindestens eine Dosis eines Masernimpfstoffes erhalten haben.

Untergewichtige Kinder: Anteil der Kinder unter fünf Jahren, bei denen das Verhältnis zwischen Körpergewicht und Alter um zwei Standardabweichungen oder mehr unter dem Mittelwert der Referenzbevölkerung liegt.

HIV-Prävalenz: Anteil der 15-24-Jährigen, die mit HIV infiziert sind.

Säuglingssterblichkeit: Wahrscheinlichkeit, zwischen der Geburt und dem Alter von genau einem Jahr zu sterben, ausgedrückt pro 1.000 Lebendgeburten.

Sterblichkeit der unter 5-jährigen: Wahrscheinlichkeit, zwischen der Geburt und dem Alter von genau fünf Jahren zu sterben, ausgedrückt pro 1.000 Lebendgeburten.

Sterblichkeit der Erwachsenen: Wahrscheinlichkeit, dass eine 15-jährige Person vor Erreichen des 60. Lebensjahrs stirbt, ausgedrückt pro 1.000 Erwachsenen.

Spezifische Ursachen: Sterbefälle, die auf bestimmte Erkrankungen oder Ursachen zurückzuführen sind.

Ärzte: Gesamtzahl der Allgemeinmediziner und Fachärzte, ausgedrückt pro 1.000 Personen.

Zufriedenheit mit der Qualität der Gesundheitsversorgung: Anteil der Befragten, die im Rahmen des Gallup World Poll die Frage „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die Gesundheitsversorgungs- oder medizinischen Systeme?" mit Ja beantworteten.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1, 2, 8 und 9: WHO (2012a).

Spalten 3-5: UNICEF (2012).

Spalten 6, 10, 11 und 13: WHO (2012b).

Spalte 7: Inter-agency Group for Child Mortality Estimation (2012).

Spalte 12: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der WHO (2012b) über weibliche und männliche Sterbefälle aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes und sowie auf der Grundlage von Bevölkerungsdaten von UNDESA (2011).

Spalte 14: Gallup (2012).

TABELLE 8

Bildung

HDI-Rang	BILDUNGSSTAND: Alphabetisierungsgrad b. Erwachsenen (% 15 Jahre und älter) 2005–2010[d]	BILDUNGSSTAND: Bevölkerung mit mindestens Sekundarstufenabschluss (% 25 Jahre und älter) 2010	BRUTTOEINSCHULUNGSQUOTE: Primarstufe (%) 2002–2011[d]	BRUTTOEINSCHULUNGSQUOTE: Sekundarstufe (%) 2002–2011[d]	BRUTTOEINSCHULUNGSQUOTE: Tertiärstufe (%) 2002–2011[d]	BILDUNGSQUALITÄT: Ausgebildete Grundschullehrer (%) 2005–2011[d]	Leistungen 15-jähriger Schüler: Mittelwert: Lesen[a] 2009	Mittelwert: Mathematik[b] 2009	Mittelwert: Naturwissenschaften[c] 2009	Abweichung vom Mittelwert: Lesen 2009	Abweichung vom Mittelwert: Mathematik 2009	Abweichung vom Mittelwert: Naturwissenschaften 2009	Zufriedenheit mit der Bildungsqualität (% Zufriedenheit) 2011	Abbrecherquote Grundschule (% der Grundschulkohorte) 2002–2011[d]
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
1 Norwegen	..	95,2	99,0	110,0	73,8	..	503	498	500	91	85	90	..	0,5
2 Australien	..	92,2	104,0	129,0	75,9	..	515	514	527	99	94	101	67,3	..
3 Vereinigte Staaten	..	94,5	102,0	96,0	94,8	..	500	487	502	97	91	98	62,8	6,9
4 Niederlande	..	88,9	108,0	120,0	62,7	..	508	526	522	89	89	96	60,3	..
5 Deutschland	..	96,5	102,0	103,0	..	..	497	513	520	95	98	101	65,6[e]	4,4
6 Neuseeland	..	83,7	101,0	119,0	82,6	..	521	519	532	103	96	107	69,9	..
7 Irland	..	73,9	108,0	117,0	61,0	..	496	487	508	95	86	97	83,6	..
7 Schweden	..	85,0	100,0	100,0	70,8	..	497	494	495	99	94	100	61,6	1,0
9 Schweiz	..	95,8	102,0	95,0	51,5	..	501	534	517	93	99	96	..	..
10 Japan	..	81,1[f]	103,0	102,0	59,0	..	520	529	539	100	94	100	54,6	0,0
11 Kanada	..	100,0	99,0	101,0	60,0	..	524	527	529	90	88	90	75,4	..
12 Korea, Republik	..	85,4[f]	104,0	97,0	103,9	..	542	546	538	79	89	82	50,5	1,2
13 Hongkong, China (SAR)	..	72,3	102,0	83,0	59,7	95,6	533	555	549	84	95	87	49,6	0,5
13 Island	..	91,3	99,0	107,0	74,1	..	500	507	496	96	91	95	..	2,5
15 Dänemark	..	99,4	99,0	117,0	74,4	..	495	503	499	84	87	92	64,5	0,5
16 Israel	..	84,1	113,0	91,0	62,5	..	474	447	455	112	104	107	64,0	1,1
17 Belgien	..	79,4	105,0	111,0	67,5	..	506	515	507	102	104	105	62,1	6,6
18 Österreich	..	100,0	100,0	100,0	60,2	..	470	496	494	100	96	102	63,7	2,3
18 Singapur	96,1[g]	75,0	101,8	106,9	71,0	94,3	526	562	542	97	104	104	91,8	0,9
20 Frankreich	..	78,4	111,0	113,0	54,5	..	496	497	498	106	101	103	58,5	..
21 Finnland	..	100,0	99,0	108,0	91,6	..	536	541	554	86	82	89	81,9	0,5
21 Slowenien	99,7[h]	95,6	98,0	97,0	86,9	..	483	501	512	91	95	94	72,6	0,5
23 Spanien	97,7	66,4	107,0	119,0	73,2	..	481	483	488	88	91	87	59,0	0,5
24 Liechtenstein	..	..	106,0	70,0	34,4	..	499	536	520	83	88	87	..	18,2
25 Italien	98,9[h]	72,8	103,0	99,0	66,0	..	486	483	489	96	93	97	46,7	0,3
26 Luxemburg	..	77,9	100,0	98,0	10,5	..	472	489	484	104	98	104	64,8	..
26 Vereinigtes Königreich	..	99,7	106,0	102,0	58,5	..	494	492	514	95	87	99	76,9[e]	..
28 Tschechische Republik	..	99,8	106,0	90,0	60,7	..	478	493	500	92	93	97	71,4	0,4
29 Griechenland	97,2[h]	62,0	100,0	101,0	89,4	..	483	466	470	95	89	92	47,9	2,6
30 Brunei Darussalam	95,2[h]	63,8[f]	108,0	110,0	17,2	87,1	..	..	..	..	..	..	..	3,9
31 Zypern	98,3[h]	74,5	105,0	98,0	52,0	..	..	..	..	..	..	..	65,6	4,7
32 Malta	92,4	62,5	95,0	105,0	33,4	..	..	..	..	..	..	..	58,5	20,3
33 Andorra	..	49,4	84,0	87,0	11,2	100,0	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Estland	99,8[h]	94,5[f]	99,0	104,0	62,7	..	501	512	528	83	81	84	49,5	1,6
35 Slowakei	..	98,8	102,0	89,0	54,2	..	477	497	490	90	96	95	58,4	2,3
36 Katar	96,3	63,4	103,0	94,0	10,0	42,9	372	368	379	115	98	104	69,9	6,4
37 Ungarn	99,0[i]	94,8[f]	102,0	98,0	61,7	..	494	490	503	90	92	86	56,4	2,3
38 Barbados	..	88,6[f]	120,0	101,0	65,9	58,5	..	..	..	..	..	..	..	4,2
39 Polen	99,5[i]	80,0	97,0	97,0	70,5	..	500	495	508	89	88	87	60,8	2,4
40 Chile	98,6	74,0	106,0	88,0	59,2	..	449	421	447	83	80	81	44,0	2,6
41 Litauen	99,7[h]	90,2	97,0	98,0	77,4	..	468	477	491	86	88	85	51,1	1,6
41 Vereinigte Arabische Emirate	90,0	64,3[f]	104,0	92,0	22,5	100,0	459[j]	453[j]	466[j]	107[j]	99[j]	106[j]	80,6[e]	3,3
43 Portugal	95,2[i]	40,4	114,0	107,0	62,2	..	489	487	493	87	91	83	64,9	..
44 Lettland	99,8[h]	98,4	101,0	95,0	60,1	..	484	482	494	80	79	78	51,0	5,4
45 Argentinien	97,8[h]	56,0[f]	118,0	89,0	71,2	..	398	388	401	108	93	102	62,6	6,2
46 Seychellen	91,8	66,8	117,0	119,0	..	99,4	..	..	..	..	..	..	..	15,1
47 Kroatien	98,8[h]	64,4[f]	93,0	95,0	49,2	..	476	460	486	88	88	85	63,7	1,0
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
48 Bahrain	91,9[h]	78,0[f]	107,0	103,0	..	..	..	..	..	..	..	..	80,5[e]	1,8
49 Bahamas	..	89,6	114,0	96,0	..	91,5	..	..	..	..	..	..	..	10,5
50 Belarus	99,6	..	100,0	96,0	83,0	99,8	..	..	..	..	..	..	55,4	0,3
51 Uruguay	98,1	49,8	113,0	90,0	63,3	..	426	427	427	99	91	97	55,8	4,8
52 Montenegro	98,4[h]	98,2	107,0	104,0	47,6	..	408	403	401	93	85	87	62,1	..
52 Palau	..	..	101,0	96,0	37,9	..	..	..	..	..	..	..	..	..
54 Kuwait	93,9	48,9	106,0	101,0	21,9	100,0	..	..	..	..	..	..	61,2[e]	4,0
55 Russische Föderation	99,6[h]	94,7[f]	99,0	89,0	75,9	..	459	468	478	90	85	90	38,0	3,9
56 Rumänien	97,7[h]	86,8	96,0	95,0	63,8	..	424	427	428	90	79	79	45,3	4,9

	BILDUNGSSTAND		BRUTTOEINSCHULUNGSQUOTE			BILDUNGSQUALITÄT								
							Leistungen 15-jähriger Schüler							
							Mittelwert			Abweichung vom Mittelwert				
	Alphabetisierungsgrad b. Erwachsenen	Bevölkerung mit mindestens Sekundarstufenabschluss	Primarstufe	Sekundarstufe	Tertiärstufe	Ausgebildete Grundschullehrer							Zufriedenheit mit der Bildungsqualität	Abbrecherquote Grundschule
	(% 15 Jahre und älter)	(% 25 Jahre und älter)	(%)			(%)	Lesen[a]	Mathematik[b]	Naturwissenschaften[c]	Lesen	Mathematik	Naturwissenschaften	(% Zufriedenheit)	(% der Grundschulkohorte)
HDI-Rang	2005–2010[d]	2010	2002–2011[d]	2002–2011[d]	2002–2011[d]	2005–2011[d]	2009	2009	2009	2009	2009	2009	2011	2002–2011[d]
57 Bulgarien	98,4	92,6	103,0	88,0	53,0	..	429	428	439	113	99	106	35,4	6,2
57 Saudi-Arabien	86,6[h]	54,6[f]	106,0	101,0	36,8	91,5	..	..	..	..	..	..	61,8[e]	6,7
59 Kuba	99,8[h]	77,1[f]	103,0	89,0	95,2	100,0	..	..	..	..	..	..	..	3,8
59 Panama	94,1	62,1[f]	108,0	74,0	44,6	91,6	371	360	376	99	81	90	73,2	6,2
61 Mexiko	93,1	53,9	115,0	87,0	27,0	95,6	425	419	416	85	79	77	64,5	6,0
62 Costa Rica	96,2[h]	53,6[f]	110,0	100,0	25,6	89,5	..	..	..	..	..	..	80,0	11,2
63 Grenada	..	..	103,0	108,0	52,8	65,3	..	..	..	..	..	..	..	..
64 Libyen	89,2[i]	49,6[f]	114,0	110,0	54,4	..	..	..	..	..	..	..	..	..
64 Malaysia	93,1	69,4[f]	96,0	68,0	40,2	..	..	..	..	..	..	..	91,4	2,3
64 Serbien	99,3[h]	85,1	96,0	91,0	49,1	94,2	442	442	443	84	91	84	58,0	1,4
67 Antigua und Barbuda	99,0	..	102,0	105,0	16,4	54,8	..	..	..	..	..	..	..	..
67 Trinidad und Tobago	98,8[h]	59,3	105,0	90,0	11,5	88,0	416	414	410	113	99	108	83,3	10,6
69 Kasachstan	99,7[h]	99,3	111,0	100,0	40,8	..	390	405	400	91	83	87	49,9	0,2
70 Albanien	95,9	81,7	87,0	89,0	18,4	..	385	377	391	100	91	89	54,7	4,8
71 Venezuela, Bolivarische Republik	95,5	52,4	103,0	83,0	78,1	88,4	..	..	..	..	..	..	81,2	7,9
72 Dominica	..	26,5	112,0	98,0	3,6	60,8	..	..	..	..	..	..	..	11,9
72 Georgien	99,7[h]	91,0	109,0	86,0	28,2	94,6	..	..	..	..	..	..	65,7	3,8
72 Libanon	89,6	54,2	105,0	81,0	54,0	..	..	..	..	..	..	..	67,6[e]	8,2
72 St, Kitts und Nevis	..	..	93,0	97,0	18,2	61,6	..	..	..	..	..	..	..	26,5
76 Iran, Islamische Republik	85,0	66,0	108,0	84,0	42,8	98,4	..	..	..	..	..	..	67,9	5,7
77 Peru	89,6	52,9	109,0	92,0	35,0	..	370	365	369	98	90	89	49,1	..
78 Mazedonien, ehem, jugoslaw, Rep,	97,3[h]	78,6	89,0	83,0	40,4	..	..	..	..	..	..	..	61,6	2,5
78 Ukraine	99,7[h]	93,5[f]	99,0	96,0	79,5	99,9	..	..	..	..	..	..	50,1	2,3
80 Mauritius	88,5[h]	49,0[f]	99,0	89,0	24,9	100,0	..	..	..	..	..	..	83,5	2,2
81 Bosnien und Herzegowina	97,9[h]	..	88,0	90,0	35,9	..	..	..	..	..	..	..	67,9	26,8
82 Aserbaidschan	99,8	92,7	94,0	85,0	19,3	100,0	362	431	373	76	64	74	53,0	3,6
83 St, Vincent und die Grenadinen	..	..	105,0	107,0	..	84,1	..	..	..	..	..	..	..	..
84 Oman	86,6	53,9	105,0	100,0	24,5	100,0	..	..	..	..	..	..	70,0[e]	2,7
85 Brasilien	90,3	49,5	127,0	101,0	36,1	..	412	386	405	94	81	84	53,7	24,3
85 Jamaika	86,6[i]	72,6[f]	89,0	93,0	29,0	..	..	..	..	..	..	..	73,7	4,8
87 Armenien	99,6[h]	94,4[f]	103,0	92,0	51,5	77,5	..	..	..	..	..	..	45,7	2,3
88 St, Lucia	..	..	94,0	96,0	11,3	86,8	..	..	..	..	..	..	..	7,9
89 Ecuador	91,9	36,6	114,0	80,0	39,8	82,6	..	..	..	..	..	..	74,5	19,4
90 Türkei	90,8	34,5	102,0	78,0	45,8	..	464	445	454	82	93	81	54,3	8,2
91 Kolumbien	93,4	43,1	115,0	96,0	39,1	100,0	413	381	402	87	75	81	71,7	15,5
92 Sri Lanka	91,2	73,9	99,0	87,0	15,5	..	..	..	..	..	..	..	77,9	1,4
93 Algerien	72,6	24,1	110,0	95,0	30,8	99,3	..	..	..	..	..	..	67,1[e]	5,0
94 Tunesien	77,6	37,0	109,0	90,0	34,4	..	404	371	401	85	78	81	54,8[e]	5,3
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
95 Tonga	99,0	74,0[f]	110,0	101,0	6,5	..	..	..	..	..	..	..	..	9,6
96 Belize	..	34,0[f]	121,0	75,0	21,5	45,2	..	..	..	..	..	..	..	9,7
96 Dominikanische Republik	89,5	42,5	108,0	76,0	34,0	84,9	..	..	..	..	..	..	68,9	..
96 Fidschi	..	57,8	105,0	86,0	16,1	97,8	..	..	..	..	..	..	..	9,1
96 Samoa	98,8[h]	62,1	108,0	85,0	7,5	..	..	..	..	..	..	..	..	..
100 Jordanien	92,6	73,3	97,0	91,0	41,8	..	405	387	415	91	83	89	63,3[e]	6,6
101 China	94,3[h]	62,7[f]	111,0	81,0	25,9	..	556[k]	600[k]	575[k]	80[k]	103[k]	82[k]	62,6	..
102 Turkmenistan	99,6[h]	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	74,3	..
103 Thailand	93,5	32,2	91,0	79,0	47,7	..	421	419	425	72	79	80	88,7	..
104 Malediven	98,4	25,4	109,0	71,0	..	77,0	..	..	..	..	..	..	..	..
105 Suriname	94,7	43,7	113,0	75,0	12,1	100,0	..	..	..	..	..	..	..	9,7
106 Gabun	88,4[i]	44,4[f]	182,0	53,0	..	..	..	..	..	..	..	..	46,5	..
107 El Salvador	84,5	37,5	114,0	65,0	23,4	92,7	..	..	..	..	..	..	72,7	13,5
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	91,2	44,5	105,0	80,0	38,6	..	..	..	..	..	..	..	68,2	16,3
108 Mongolei	97,4[h]	82,4[f]	100,0	93,0	53,3	97,6	..	..	..	..	..	..	57,9	5,9
110 Palästina, Staat	94,9	52,1	91,0	86,0	50,2	100,0	..	..	..	..	..	..	63,5[e]	1,5
111 Paraguay	93,9	36,9	100,0	67,0	36,6	..	..	..	..	..	..	..	66,9	21,9
112 Ägypten	72,0	51,2[f]	106,0	85,0	30,4	..	..	..	..	..	..	..	42,6[e]	..
113 Moldau, Republik	98,5[h]	93,3	94,0	88,0	38,1	..	..	..	..	..	..	..	53,7	4,8

TABELLE 8 BILDUNG

HDI-Rang	BILDUNGSSTAND: Alphabetisierungsgrad b. Erwachsenen (% 15 Jahre und älter) 2005–2010[d]	BILDUNGSSTAND: Bevölkerung mit mindestens Sekundarstufenabschluss (% 25 Jahre und älter) 2010	BRUTTOEINSCHULUNGSQUOTE: Primarstufe (%) 2002–2011[d]	BRUTTOEINSCHULUNGSQUOTE: Sekundarstufe (%) 2002–2011[d]	BRUTTOEINSCHULUNGSQUOTE: Tertiärstufe (%) 2002–2011[d]	BILDUNGSQUALITÄT: Ausgebildete Grundschullehrer (%) 2005–2011[d]	Leistungen 15-jähriger Schüler: Mittelwert: Lesen[a] 2009	Mittelwert: Mathematik[b] 2009	Mittelwert: Naturwissenschaften[c] 2009	Abweichung vom Mittelwert: Lesen 2009	Abweichung vom Mittelwert: Mathematik 2009	Abweichung vom Mittelwert: Naturwissenschaften 2009	Zufriedenheit mit der Bildungsqualität (% Zufriedenheit) 2011	Abbrecherquote Grundschule (% der Grundschulkohorte) 2002–2011[d]
114 Philippinen	95,4	64,8[f]	106,0	85,0	28,9	..	..	..	..	..	..	..	79,2	24,2
114 Usbekistan	99,4[h]	..	95,0	106,0	8,9	100,0	..	..	..	..	..	..	85,0	1,9
116 Syrien, Arabische Rep,	83,4[h]	32,8	118,0	72,0	..	..	..	..	..	..	..	..	59,1[e]	5,4
117 Mikronesien, Föd, Staaten von	..	..	110,0	83,0	14,2	..	..	..	..	..	..	..	..	..
118 Guyana	..	55,6[f]	85,0	91,0	11,9	66,1	..	..	..	..	..	..	..	16,5
119 Botsuana	84,5	75,5[f]	108,0	80,0	7,4	97,4	..	..	..	..	..	..	66,4	13,2
120 Honduras	84,8	19,8	116,0	73,0	18,8	36,4	..	..	..	..	..	..	63,6	23,8
121 Indonesien	92,6	41,4	118,0	77,0	23,1	..	402	371	383	66	70	69	80,1	20,0
121 Kiribati	..	..	113,0	86,0	..	85,4	..	..	..	..	..	..	..	21,1
121 Südafrika	88,7	70,4	102,0	94,0	..	87,4	..	..	..	..	..	..	69,3	23,0
124 Vanuatu	82,6	..	117,0	55,0	4,7	100,0	..	..	..	..	..	..	..	28,5
125 Kirgistan	99,2	81,1[f]	100,0	84,0	48,8	68,4	314	331	330	99	81	91	47,7	2,4
125 Tadschikistan	99,7[h]	89,7[f]	102,0	87,0	19,7	92,9	..	..	..	..	..	..	76,4	1,1
127 Vietnam	93,2	26,3[f]	106,0	77,0	22,3	98,3	..	..	..	..	..	..	80,4	7,9
128 Namibia	88,8[h]	33,5[f]	107,0	64,0	9,0	95,6	..	..	..	..	..	..	..	17,4
129 Nicaragua	78,0	37,6[f]	118,0	69,0	18,0	74,9	..	..	..	..	..	..	81,0	51,6
130 Marokko	56,1	28,0[f]	114,0	56,0	13,2	100,0	..	..	..	..	..	..	41,6[e]	9,5
131 Irak	78,2[h]	32,4[f]	105,0	53,0	16,4	..	..	..	..	..	..	..	38,0	33,3
132 Kap Verde	84,3[h]	..	110,0	88,0	17,8	90,0	..	..	..	..	..	..	..	14,3
133 Guatemala	75,2[h]	14,8	116,0	59,0	17,8	..	..	..	..	..	..	..	71,8	35,2
134 Timor-Leste	58,3	..	117,0	56,0	16,7	..	..	..	..	..	..	..	..	33,4
135 Ghana	67,3[h]	53,8[f]	107,0	58,0	8,8	50,6	..	..	..	..	..	..	57,2	27,8
136 Äquatorialguinea	93,9[h]	..	87,0	27,0	3,3	45,3	..	..	..	..	..	..	..	38,1
136 Indien	62,8	38,7[f]	118,0	60,0	16,2	..	..	..	..	..	..	..	74,8	34,2
138 Kambodscha	77,6	15,7[f]	127,0	46,0	7,8	99,1	..	..	..	..	..	..	94,1	45,5
138 Laos, Demokratische Volksrep,	72,7	29,7[f]	121,0	45,0	13,4	96,9	..	..	..	..	..	..	78,9	33,0
140 Bhutan	52,8	34,4	111,0	70,0	8,8	91,5	..	..	..	..	..	..	..	9,0
141 Swasiland	87,4[h]	48,1[f]	116,0	58,0	4,4	73,1	..	..	..	..	..	..	77,8	16,1
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
142 Kongo	..	46,2[f]	115,0	45,0	5,5	86,8	..	..	..	..	..	..	46,6	29,7
143 Salomonen	..	..	109,0	36,0	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
144 São Tomé und Príncipe	89,2[h]	..	134,0	59,0	4,5	40,5	..	..	..	..	..	..	..	32,0
145 Kenia	87,4[h]	41,9	113,0	60,0	4,0	96,8	..	..	..	..	..	..	59,6	27,2
146 Bangladesch	56,8[h]	35,1[f]	..	..	10,6	58,4	..	..	..	..	..	..	81,6	33,8
146 Pakistan	54,9	31,2	95,0	34,0	5,4	84,2	..	..	..	..	..	..	60,5	38,5
148 Angola	70,1[h]	..	124,0	31,0	3,7	..	..	..	..	..	..	..	42,0	68,1
149 Myanmar	92,3[h]	17,8[f]	126,0	54,0	11,0	99,9	..	..	..	..	..	..	..	25,2
150 Kamerun	70,7	27,9[f]	120,0	42,0	11,5	57,1	..	..	..	..	..	..	62,1	33,8
151 Madagaskar	64,5	..	149,0	31,0	3,7	90,4	..	..	..	..	..	..	45,8	65,4
152 Tansania, Vereinigte Rep,	73,2[h]	7,4[f]	102,0	..	2,1	94,5	..	..	..	..	..	..	44,8	18,6
153 Nigeria	61,3[h]	..	83,0	44,0	10,3	66,1	..	..	..	..	..	..	47,4	20,1
154 Senegal	49,7	7,5[f]	87,0	37,0	7,9	47,9	..	..	..	..	..	..	38,0	40,4
155 Mauretanien	58,0[h]	14,2[f]	102,0	24,0	4,4	100,0	..	..	..	..	..	..	39,2[e]	29,3
156 Papua-Neuguinea	60,6[h]	10,5[f]	60,0	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
157 Nepal	60,3[h]	28,3[f]	115,0	44,0	5,6	80,7	..	..	..	..	..	..	73,0	38,3
158 Lesotho	89,6[h]	20,9	103,0	46,0	3,5	63,4	..	..	..	..	..	..	43,2	30,7
159 Togo	57,1	29,8[f]	140,0	46,0	5,9	76,7	..	..	..	..	..	..	45,4	40,6
160 Jemen	63,9	16,0[f]	87,0	44,0	10,2	..	..	..	..	..	..	..	37,2[e]	40,5
161 Haiti	48,7	29,1[f]	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	39,9	..
161 Uganda	73,2	23,4	121,0	28,0	4,2	89,4	..	..	..	..	..	..	48,8	68,2
163 Sambia	71,2	35,0[f]	115,0	..	2,4	..	..	..	..	..	..	..	68,0	46,9
164 Dschibuti	..	..	59,0	36,0	4,9	100,0	..	..	..	..	..	..	66,6	35,7
165 Gambia	50,0[h]	24,0[f]	83,0	54,0	4,1	..	..	..	..	..	..	..	..	38,9
166 Benin	42,4[h]	18,4[f]	126,0	37,0	6,0	42,6	..	..	..	..	..	..	60,7	35,7
167 Ruanda	71,1[h]	7,7[f]	143,0	32,0	5,5	91,5	..	..	..	..	..	..	83,9	63,0
168 Côte d'Ivoire	56,2[h]	22,1[f]	88,0	27,0	8,9	100,0	..	..	..	..	..	..	..	39,2
169 Komoren	74,9[h]	..	104,0	46,0	7,9	57,4	..	..	..	..	..	..	46,0[e]	25,9
170 Malawi	74,8[h]	15,3[f]	135,0	32,0	0,7	95,9	..	..	..	..	..	..	65,2	47,2

	BILDUNGSSTAND		BRUTTOEINSCHULUNGSQUOTE			BILDUNGSQUALITÄT								
							Leistungen 15-jähriger Schüler							
							Mittelwert			Abweichung vom Mittelwert				
	Alphabetisierungsgrad b. Erwachsenen	Bevölkerung mit mindestens Sekundarstufenabschluss	Primarstufe	Sekundarstufe	Tertiärstufe	Ausgebildete Grundschullehrer							Zufriedenheit mit der Bildungsqualität	Abbrecherquote Grundschule
	(% 15 Jahre und älter)	(% 25 Jahre und älter)	(%)			(%)	Lesen[a]	Mathematik[b]	Naturwissenschaften[c]	Lesen	Mathematik	Naturwissenschaften	(% Zufriedenheit)	(% der Grundschulkohorte)
HDI-Rang	2005–2010[d]	2010	2002–2011[d]	2002–2011[d]	2002–2011[d]	2005–2011[d]	2009	2009	2009	2009	2009	2009	2011	2002–2011[d]
171 Sudan	71,1[h]	15,5[f]	73,0	39,0	6,1	59,7	..	..	..	..	..	..	43,0	9,1
172 Simbabwe	92,2[h]	55,4[f]	..	..	6,2	..	..	..	..	..	..	..	66,4	..
173 Äthiopien	39,0	..	102,0	36,0	5,5	39,4	..	..	..	..	..	..	..	52,5
174 Liberia	60,8[i]	27,3[f]	96,0	..	19,1	40,2	..	..	..	..	..	..	49,6	54,4
175 Afghanistan	..	20,3[f]	97,0	46,0	3,3	..	..	..	..	..	..	..	58,5	..
176 Guinea-Bissau	54,2[h]	..	123,0	36,0	2,7	38,9	..	..	..	..	..	..	..	..
177 Sierra Leone	42,1	14,8	125,0	..	2,1	48,0	..	..	..	..	..	..	35,3	..
178 Burundi	67,2[h]	7,1[f]	156,0	25,0	3,2	91,2	..	..	..	..	..	..	70,9	43,8
178 Guinea	41,0[h]	..	94,0	38,0	9,5	65,2	..	..	..	..	..	..	39,0	34,3
180 Zentralafrikanische Republik	56,0[h]	17,9[f]	93,0	13,0	2,6	..	..	..	..	..	..	..	40,7	53,1
181 Eritrea	67,8[h]	..	45,0	32,0	2,0	93,8	..	..	..	..	..	..	..	31,0
182 Mali	31,1	10,3	82,0	39,0	5,8	50,0	..	..	..	..	..	..	34,6	24,5
183 Burkina Faso	28,7	2,0	79,0	23,0	3,3	85,7	..	..	..	..	..	..	53,0	36,4
184 Tschad	34,5[h]	..	90,0	26,0	2,2	45,3	..	..	..	..	..	..	60,1	76,7
185 Mosambik	56,1[h]	3,6[f]	115,0	25,0	1,5	75,9	..	..	..	..	..	..	63,2	64,6
186 Kongo, Demokratische Rep,	66,8[h]	23,2[f]	94,0	38,0	6,2	91,7	..	..	..	..	..	..	39,3	45,2
186 Niger	28,7	5,1[f]	71,0	13,0	1,5	96,4	..	..	..	..	..	..	55,3	30,7
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
Korea, Dem. Volksrep.	100,0	..	..	..	..	..	539	..	..	..	..	..	..	..
Marshallinseln	..	..	102,0	99,0	16,2	..	..	..	..	..	..	..	..	16,5
Monaco	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Nauru	..	..	93,0	63,0	..	74,2	..	..	..	..	..	..	..	..
San Marino	..	..	94,0	97,0	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Somalia	..	..	32,0	8,0	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	..	..	100,0	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
HDI-Gruppierungen														
Sehr hohe menschliche Entwicklung	..	85,9	104,2	100,4	75,8	..	—	—	—	—	—	—	61,3	3,8
Hohe menschliche Entwicklung	92,7	64,2	110,5	91,0	48,7	..	—	—	—	—	—	—	58,0	7,3
Mittlere menschliche Entwicklung	82,3	50,5	113,4	70,7	22,1	..	—	—	—	—	—	—	69,2	18,8
Niedrige menschliche Entwicklung	60,8	25,2	98,2	37,4	6,8	73,8	—	—	—	—	—	—	56,5	41,7
Regionen														
Arabische Staaten	74,5	38,4	97,7	71,1	24,1	..	—	—	—	—	—	—	50,0	9,9
Ostasien und Pazifik	93,8	..	111,0	78,8	26,1	..	—	—	—	—	—	—	..	..
Europa und Zentralasien	98,1	83,5	99,9	91,2	57,5	..	—	—	—	—	—	—	51,8	4,2
Lateinamerika und Karibik	91,3	50,4	115,9	90,9	42,5	92,3	—	—	—	—	—	—	..	14,3
Südasien	62,8	39,2	113,6	57,6	15,7	77,2	—	—	—	—	—	—	73,3	21,4
Afrika südlich der Sahara	63,0	29,7	100,3	40,3	6,2	73,9	—	—	—	—	—	—	52,0	37,8
Am wenigsten entwickelte Länder	60,7	..	101,8	36,0	6,6	71,9	—	—	—	—	—	—	58,2	40,9
Kleine Inselentwicklungsländer	..	..	97,0	77,0	45,2	89,4	—	—	—	—	—	—	..	..
Welt	**81,3**	**57,7**	**107,9**	**71,2**	**28,7**	**..**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**64,2**	**18,0**

HINWEISE

a Durchschnittliche Punktzahl für Lesekompetenz in den OECD-Ländern: 493.

b Durchschnittliche Punktzahl für Mathematik in den OECD-Ländern: 495.

c Durchschnittliche Punktzahl für Naturwissenschaften in den OECD-Ländern: 501.

d Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

e Durchschnitt von zwei oder mehr Erhebungen während des betreffenden Zeitraums.

f Schätzungen von Barro und Lee (2011) für 2010.

g Bezieht sich auf 2011.

h Schätzung des Instituts für Statistik der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UIS), abgeleitet aus seinem Global Age-specific Literacy Projections Model (globales Projektionsmodell für altersspezifische Alphabetisierung), das auf nationalen Daten seit 2000 basiert.

i UIS-Schätzung, abgeleitet aus dem Global Age-specific Literacy Projections Model, das auf nationalen Daten aus der Zeit vor 2000 basiert.

j Bezieht sich nur auf Dubai.

k Bezieht sich nur auf Shanghai.

DEFINITIONEN

Alphabetisierungsgrad der Erwachsenen: Anteil der ab 15-Jährigen, die eine kurze, einfache Aussage über ihren Alltag sowohl lesen und verstehen als auch verständlich schreiben können.

Bevölkerung mit mindestens Sekundarstufenabschluss: Anteil der ab 25-Jährigen, die zumindest die Sekundarstufe erfolgreich absolviert haben.

Bruttoeinschulungsquote: Altersunabhängige Gesamteinschulung auf einer Bildungsstufe (Primar-, Sekundar- oder Tertiärstufe), ausgedrückt als prozentualer Anteil der Bevölkerung im offiziellen Schulalter für dieselbe Bildungsstufe.

Ausgebildete Lehrer: Anteil der Grundschullehrer, die vor der Einstellung oder im Dienst den für den Grundschulunterricht vorgeschriebenen Mindestumfang an organisierter Lehrerausbildung erhalten haben.

Leistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften: Erreichte Punktzahl bei Tests der Kompetenzen und Kenntnisse 15-jähriger Schüler in diesen Fächern, die für die Teilhabe an der Gesellschaft unverzichtbar sind.

Abweichung vom Mittelwert: Über- oder unterdurchschnittliche Punktzahl in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften.

Zufriedenheit mit der Bildungsqualität: Anteil der im Rahmen des Gallup World Poll Befragten, die die Frage „Sind Sie mit dem Bildungssystem zufrieden oder unzufrieden" mit „zufrieden" beantworteten.

Abbrecherquote Grundschule: Anteil der Schüler in einer bestimmten Kohorte, die in die Grundschule eingeschult wurden, sie jedoch vor Abschluss der letzten Grundschulklasse verlassen. Der Anteil wird berechnet als 100 minus Verbleibsquote bis Ende der letzten Grundschulklasse, unter der Annahme, dass die beobachteten Abgangquoten während des Bestehens der Kohorte unverändert bleiben und dass die Schulabbrecher den Schulbesuch nicht wieder aufnehmen.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1, 2-6 und 14: UNESCO Institute for Statistics (2012).

Spalten 7-12: OECD (2010).

Spalte 13: Gallup (2012).

TABELLE 9

Integration in die Gesellschaft

HDI-Rang	BESCHÄFTIGUNG, VULNERABILITÄT UND GERECHTIGKEIT				WAHRNEHMUNG VON INDIVIDUELLEM WOHLBEFINDEN			WAHRNEHMUNG DER GESELLSCHAFT			MENSCHLICHE SICHERHEIT			
	Beschäftigungsquote	Jugendarbeitslosigkeit	Kinderarbeit	HDI-Gesamtabzug aufgrund von Ungleichheit	Lebenszufriedenheit insgesamt	Zufriedenheit mit Wahlfreiheit	Zufriedenheit mit beruflicher Tätigkeit	Vertrauen in Menschen	Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen[a]	Vetrauen in die Regierung	Wahrnehmung von Sicherheit	Mordfälle	Selbstmorde (pro 100.000 Personen)	
	(% der ab 25-Jährigen)	(% der 15-24-Jährigen)	(% der 5-14-Jährigen)	(%)	(0, geringste Zufriedenheit, 10, größte Zufriedenheit)	(% zufrieden)		(% Ja)			(% Ja)	(pro 100.000 Personen)	Weiblich	Männlich
	2011	2005–2011[b]	2001–2010[b]	2012	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2011	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2004–2011[b]	2001–2010[b]	2001–2010[b]
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
1 Norwegen	65,9	9,3	..	6,4	7,6	93,0	..	..	92,8	54,0	81,0	0,6	6,5	17,3
2 Australien	62,4	11,9	..	7,9	7,4	94,0	87,4	..	91,9	53,0	64,0	1,0	3,6	12,8
3 Vereinigte Staaten	61,2	18,7	..	12,4	7,1	85,0	87,4	37,0	83,8	38,0	75,0	4,2	4,5	17,7
4 Niederlande	61,5	7,8	..	6,9	7,6	91,0	94,5	46,0	94,5	60,0	79,0	1,1	5,5	13,1
5 Deutschland	57,2	9,1	..	6,9	6,7	89,0	89,0	31,0	93,9	43,0	78,0	0,8	6,0	17,9
6 Neuseeland	66,2	18,2	..	..	7,2	93,0	89,0	..	88,1	64,0	67,0	0,9	5,5	18,1
7 Irland	55,8	35,3	..	7,2	7,0	95,0	89,1	30,0	93,6	53,0	70,0	1,2	4,7	19,0
7 Schweden	62,5	23,8	..	6,2	7,5	93,0	91,8	55,0	92,5	64,0	78,0	1,0	6,8	18,7
9 Schweiz	65,5	7,9	..	7,0	7,5	88,0	..	44,0	93,5	58,0	76,0	0,7	11,4	24,8
10 Japan	59,7	8,9	..	..	6,1	78,0	76,2	33,0	84,6	23,0	69,0	0,4	13,2	36,2
11 Kanada	62,7	15,9	..	8,7	7,4	94,0	91,5	42,0	91,7	55,0	79,0	1,6	5,4	17,3
12 Korea, Republik	64,8	12,1	..	16,5	6,9	66,0	71,1	26,0	78,5	28,0	54,0	2,6	22,1	39,9
13 Hongkong, China (SAR)	61,2	11,0	..	..	5,5	89,0	84,4	29,0	84,1	58,0	88,0	0,2	10,7	19,0
13 Island	71,9	18,4	..	6,4	6,9	86,0	..	..	81,8	24,0	77,0	0,3	7,0	16,5
15 Dänemark	59,8	15,7	..	6,2	7,8	93,0	94,0	60,0	93,4	47,0	79,0	0,9	6,4	17,5
16 Israel	60,9	11,8	..	12,3	7,4	52,0	84,0	26,0	82,3	45,0	59,0	2,1	1,5	7,0
17 Belgien	54,0	18,7	..	8,0	6,9	86,0	90,3	30,0	91,2	29,0	64,0	1,7	10,3	28,8
18 Österreich	58,6	8,8	..	6,6	7,5	92,0	94,1	29,0	94,4	41,0	82,0	0,6	7,1	23,8
18 Singapur	69,2	6,7	..	..	6,5	82,0	86,5	33,0	92,9	83,0	89,0	0,3	7,7	12,9
20 Frankreich	54,4	23,2	..	9,0	7,0	90,0	87,4	20,0	89,4	38,0	63,0	1,1	8,5	24,7
21 Finnland	57,8	19,3	..	6,0	7,4	93,0	87,7	58,0	91,2	57,0	78,0	2,2	10,0	29,0
21 Slowenien	57,2	16,8	..	5,8	6,0	90,0	85,0	15,0	90,6	18,0	84,0	0,7	9,4	34,6
23 Spanien	49,5	48,2	..	10,1	6,5	80,0	85,7	22,0	87,8	31,0	68,0	0,8	3,4	11,9
24 Liechtenstein	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	2,8	..	..
25 Italien	47,5	32,0	..	11,9	6,1	55,0	81,0	20,0	75,7	26,0	52,0	0,9	2,8	10,0
26 Luxemburg	59,9	20,8	..	7,2	7,1	95,0	93,5	26,0	94,7	77,0	77,0	2,5	3,2	16,1
26 Vereinigtes Königreich	58,8	22,0	..	8,3	6,9	90,0	88,3	35,0	86,6	49,0	70,0	1,2	3,0	10,9
28 Tschechische Republik	59,7	18,1	..	5,4	6,3	73,0	79,9	24,0	88,1	21,0	59,0	1,7	4,4	23,9
29 Griechenland	49,1	51,5	..	11,5	5,4	52,0	70,3	16,0	74,2	18,0	53,0	1,5	1,0	6,0
30 Brunei Darussalam	69,3	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	0,5	..	..
31 Zypern	66,2	23,1	..	11,5	6,7	73,0	87,1	11,0	88,7	40,0	70,0	1,7	1,7	7,4
32 Malta	48,3	14,0	..	8,2	6,2	86,0	86,0	16,0	84,1	49,0	64,0	1,0	1,0	5,9
33 Andorra	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	1,3	..	..
33 Estland	58,4	23,8	..	9,0	5,5	69,0	81,1	33,0	86,3	42,0	56,0	5,2	7,3	30,6
35 Slowakei	57,5	33,6	..	6,3	5,9	68,0	78,6	21,0	86,6	28,0	59,0	1,5	3,4	22,3
36 Katar	89,9	8,9	..	..	6,6	90,0	86,0	23,0	90,4	89,0	87,0	0,9	..	..
37 Ungarn	49,6	27,2	..	7,4	4,9	61,0	80,5	13,0	74,2	36,0	57,0	1,3	10,6	40,0
38 Barbados	66,9	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	11,3	0,0	7,3
39 Polen	55,1	28,9	..	9,9	5,6	80,0	77,0	25,0	88,2	27,0	59,0	1,1	4,1	26,4
40 Chile	62,9	21,1	3,0	19,0	6,6	77,0	78,2	15,0	78,4	48,0	46,0	3,2	4,2	18,2
41 Litauen	55,6	34,6	..	11,0	5,4	52,0	78,2	25,0	84,2	18,0	39,0	6,6	10,4	61,3
41 Vereinigte Arabische Emirate	83,4	21,8	..	..	7,2	87,0	88,7	18,0	93,8	..	90,0	0,8	..	..
43 Portugal	58,0	31,7	3,0	10,8	5,2	79,0	88,7	27,0	90,1	21,0	63,0	1,2	4,0	15,6
44 Lettland	55,1	29,6	..	10,9	5,0	54,0	80,6	13,0	84,8	11,0	48,0	3,1	8,2	40,0
45 Argentinien	62,6	22,2	7,0	19,5	6,4	79,0	80,7	23,0	89,0	61,0	50,0	3,4	3,0	12,6
46 Seychellen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	8,3	0,0	8,9
47 Kroatien	49,1	36,8	..	15,1	5,6	46,0	..	16,0	66,0	..	64,0	1,4	7,5	28,9
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
48 Bahrain	72,2	..	5,0	..	4,5	73,0	79,3	11,0	88,2	..	60,0	0,6	3,5	4,0
49 Bahamas	71,9	21,7	..	..	..	..	..	..	..	..	..	27,4	0,6	1,9
50 Belarus	54,4	..	5,0	8,3	5,2	57,0	65,7	34,0	76,6	59,0	60,0	4,9	8,8	48,7
51 Uruguay	65,9	21,7	8,0	16,4	6,1	78,0	78,0	27,0	83,8	73,0	48,0	5,9	6,3	26,0
52 Montenegro	..	40,0	10,0	7,4	5,5	50,0	..	21,0	68,3	..	78,0	3,5	..	..
52 Palau	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	0,0	..	..
54 Kuwait	75,5	11,8	..	..	6,6	75,0	84,9	11,0	81,5	..	..	2,2	1,7	1,9
55 Russische Föderation	62,8	15,7	..	..	5,4	54,0	67,9	24,0	69,4	48,0	40,0	10,2	9,5	53,9

	BESCHÄFTIGUNG, VULNERABILITÄT UND GERECHTIGKEIT				WAHRNEHMUNG VON INDIVIDUELLEM WOHLBEFINDEN			WAHRNEHMUNG DER GESELLSCHAFT			MENSCHLICHE SICHERHEIT			
	Beschäftigungsquote	Jugendarbeitslosigkeit	Kinderarbeit	HDI-Gesamtabzug aufgrund von Ungleichheit	Lebenszufriedenheit insgesamt	Zufriedenheit mit Wahlfreiheit	Zufriedenheit mit beruflicher Tätigkeit	Vertrauen in Menschen	Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen[a]	Vetrauen in die Regierung	Wahrnehmung von Sicherheit	Mordfälle	Selbstmorde (pro 100.000 Personen)	
	(% der ab 25-Jährigen)	(% der 15-24-Jährigen)	(% der 5-14-Jährigen)	(%)	(0, geringste Zufriedenheit, 10, größte Zufriedenheit)	(% zufrieden)		(% Ja)			(% Ja)	(pro 100.000 Personen)	Weiblich	Männlich
HDI-Rang	2011	2005–2011[b]	2001–2010[b]	2012	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2011	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2004–2011[b]	2001–2010[b]	2001–2010[b]
56 Rumänien	57,3	23,8	1,0	12,6	5,0	60,0	69,5	15,0	78,1	12,0	55,0	2,0	3,5	21,0
57 Bulgarien	52,0	27,6	..	9,9	3,9	60,0	73,3	20,0	74,0	27,0	52,0	2,0	6,2	18,8
57 Saudi-Arabien	59,7	45,8	..	..	6,7	57,0	81,8	36,0	85,9	..	77,0	1,0	..	..
59 Kuba	58,7	3,5	..	..	..	..	..	..	..	..	..	5,0	5,5	19,0
59 Panama	68,3	14,6	7,0	24,6	7,3	80,0	88,5	21,0	86,6	46,0	47,0	21,6	1,9	9,0
61 Mexiko	63,9	10,4	5,0	23,4	6,8	80,0	74,4	29,0	73,7	38,0	42,0	22,7	1,5	7,0
62 Costa Rica	65,6	21,6	5,0	21,5	7,3	92,0	87,4	14,0	82,5	32,0	41,0	11,3	1,9	10,2
63 Grenada	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	11,5	0,0	0,0
64 Libyen	53,6	..	..	..	4,9	41,0	64,3	..	68,7	..	91,0	2,9	..	..
64 Malaysia	66,6	11,3	..	..	5,8	79,0	85,6	14,0	87,3	79,0	46,0	2,3	..	..
64 Serbien	..	46,1	4,0	9,5	4,5	41,0	..	17,0	60,0	..	68,0	1,2	10,0	28,1
67 Antigua und Barbuda	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	6,8	..	..
67 Trinidad und Tobago	66,6	12,9	1,0	15,3	6,7	81,0	89,9	..	87,3	29,0	42,0	35,2	3,8	17,9
69 Kasachstan	75,0	5,0	2,0	13,6	5,5	76,0	77,9	33,0	79,7	72,0	56,0	8,8	9,4	43,0
70 Albanien	56,5	28,3	12,0	13,9	5,3	46,0	..	7,0	67,7	..	67,0	4,0	3,3	4,7
71 Venezuela, Bolivarische Republik	68,1	22,0	8,0	26,6	7,5	75,0	85,1	13,0	79,0	59,0	31,0	45,1	1,2	5,3
72 Dominica	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	22,1	..	..
72 Georgien	62,8	35,6	18,0	15,3	4,2	58,0	55,0	16,0	78,3	66,0	91,0	4,3	1,7	7,1
72 Libanon	47,6	22,3	7,0	22,8	5,2	65,0	70,8	7,0	74,1	37,0	69,0	2,2	..	..
72 St. Kitts und Nevis	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	38,2	..	..
76 Iran, Islamische Republik	46,1	33,9	..	..	4,8	57,0	65,0	..	76,3	56,0	55,0	3,0	..	..
77 Peru	77,4	16,2	34,0	24,3	5,6	72,0	74,1	12,0	75,3	19,0	46,0	10,3	1,0	1,9
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	43,4	55,7	6,0	14,7	4,2	56,0	..	11,0	66,7	..	63,0	1,9	4,0	9,5
78 Ukraine	58,3	18,7	7,0	9,2	5,1	53,0	61,4	29,0	71,4	24,0	48,0	5,2	7,0	37,8
80 Mauritius	60,8	28,0	..	13,3	5,5	83,0	84,6	..	90,5	67,0	55,0	2,5	1,9	11,8
81 Bosnien und Herzegowina	37,2	60,0	5,0	11,5	4,7	33,0	..	18,0	61,7	..	67,0	1,5	..	..
82 Aserbaidschan	70,8	15,2	7,0	11,4	4,7	49,0	57,8	27,0	73,4	74,0	74,0	2,2	0,3	1,0
83 St. Vincent und die Grenadinen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	22,9	1,9	5,4
84 Oman	65,7	..	..	..	6,9	91,0	85,3	..	89,9	..	..	0,7	..	..
85 Brasilien	68,2	23,1	3,0	27,2	6,8	80,0	81,3	15,0	78,5	51,0	40,0	21,0	2,0	7,7
85 Jamaika	65,9	37,9	6,0	19,1	..	..	68,3	..	72,2	..	..	52,2	..	..
87 Armenien	47,3	54,7	4,0	10,9	4,4	41,0	45,4	15,0	52,7	34,0	75,0	1,4	1,1	2,8
88 St. Lucia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	25,2	0,0	4,9
89 Ecuador	71,5	18,1	8,0	25,8	5,8	78,0	79,8	9,0	86,0	59,0	49,0	18,2	3,6	10,5
90 Türkei	48,8	20,7	3,0	22,5	5,3	44,0	71,2	8,0	78,9	60,0	51,0	3,3	..	..
91 Kolumbien	68,3	29,9	9,0	27,8	6,4	81,0	81,5	14,0	82,9	55,0	43,0	33,4	2,0	7,9
92 Sri Lanka	58,2	24,7	..	15,1	4,2	81,0	84,7	17,0	89,7	86,0	77,0	3,6	..	..
93 Algerien	43,9	37,5	5,0	..	5,2	53,0	58,7	16,0	73,9	53,0	49,0	1,5	..	..
94 Tunesien	46,3	31,4	..	..	4,7	58,0	59,4	15,0	66,0	47,0	47,0	1,1	..	..
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
95 Tonga	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	1,0	..	..
96 Belize	66,3	28,8	40,0	..	6,5	62,0	..	..	67,1	26,0	43,0	41,4	0,7	6,6
96 Dominikanische Republik	62,4	44,5	10,0	27,3	4,7	82,0	76,3	15,0	79,2	45,0	38,0	25,0	0,7	3,9
96 Fidschi	62,7	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	2,8	..	..
96 Samoa	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	1,1	..	..
100 Jordanien	44,9	46,8	..	19,0	5,7	72,0	74,9	9,0	75,6	77,0	81,0	1,8	0,0	0,2
101 China	74,6	..	..	22,4	5,0	77,0	69,9	57,0	77,1	..	80,0	1,1	..	..
102 Turkmenistan	62,6	..	..	..	5,8	..	93,6	27,0	97,5	..	83,0	4,2	..	..
103 Thailand	76,9	3,0	8,0	21,3	6,7	92,0	96,3	27,0	95,2	54,0	74,0	4,8	3,8	12,0
104 Malediven	64,7	30,5	..	25,2	..	..	..	..	..	..	..	1,6	0,0	0,7
105 Suriname	56,4	..	6,0	23,0	..	..	..	..	..	..	..	4,6	4,8	23,9
106 Gabun	68,2	..	..	19,5	..	77,0	53,7	..	54,8	53,0	39,0	13,8	..	..
107 El Salvador	64,5	13,0	5,0	26,6	6,7	74,0	77,3	18,0	81,9	49,0	42,0	69,2	3,6	12,9
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	77,4	..	26,0	34,2	5,8	67,0	83,9	10,0	84,8	38,0	44,0	8,9	..	..
108 Mongolei	67,9	..	18,0	15,9	5,0	64,0	82,1	14,0	80,6	29,0	47,0	8,7	..	..
110 Palästina, Staat	41,2	49,6	..	..	4,8	51,0	70,8	9,0	71,5	49,0	59,0	4,1	..	..
111 Paraguay	73,4	17,8	15,0	..	5,8	71,0	85,6	12,0	85,5	48,0	38,0	11,5	2,0	5,1

TABELLE 9 INTEGRATION IN DIE GESELLSCHAFT

	BESCHÄFTIGUNG, VULNERABILITÄT UND GERECHTIGKEIT				WAHRNEHMUNG VON INDIVIDUELLEM WOHLBEFINDEN			WAHRNEHMUNG DER GESELLSCHAFT			MENSCHLICHE SICHERHEIT			
	Beschäftigungsquote	Jugendarbeitslosigkeit	Kinderarbeit	HDI-Gesamtabzug aufgrund von Ungleichheit	Lebenszufriedenheit insgesamt	Zufriedenheit mit Wahlfreiheit	Zufriedenheit mit beruflicher Tätigkeit	Vertrauen in Menschen	Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen[a]	Vetrauen in die Regierung	Wahrnehmung von Sicherheit	Mordfälle	Selbstmorde (pro 100.000 Personen)	
	(% der ab 25-Jährigen)	(% der 15-24-Jährigen)	(% der 5-14-Jährigen)	(%)	(0, geringste Zufriedenheit, 10, größte Zufriedenheit)	(% zufrieden)		(% Ja)			(% Ja)	(pro 100.000 Personen)	Weiblich	Männlich
HDI-Rang	2011	2005–2011[b]	2001–2010[b]	2012	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2011	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2004–2011[b]	2001–2010[b]	2001–2010[b]
112 Ägypten	51,3	54,1	7,0	24,1	4,1	57,0	64,7	22,0	61,0	63,0	58,0	1,2	0,0	0,1
113 Moldau, Republik	43,9	15,8	16,0	11,6	5,8	58,0	66,1	12,0	70,6	24,0	50,0	7,5	5,6	30,1
114 Philippinen	68,8	19,3	..	19,9	5,0	88,0	81,1	14,0	85,6	72,0	62,0	5,4	..	..
114 Usbekistan	62,8	..	..	15,8	5,1	90,0	87,3	26,0	93,8	..	80,0	3,1	2,3	7,0
116 Syrien, Arabische Rep.	45,8	40,2	4,0	20,4	4,1	47,0	55,5	9,0	44,8	..	65,0	2,3	..	..
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	0,9	..	..
118 Guyana	61,0	50,0	16,0	19,1	6,0	66,0	..	..	74,8	46,0	47,0	18,6	13,4	39,0
119 Botsuana	73,8	..	9,0	..	3,6	82,0	45,9	9,0	56,5	74,0	31,0	14,5	..	..
120 Honduras	67,3	11,2	16,0	27,5	5,9	77,0	79,4	13,0	82,8	29,0	45,0	91,6	..	..
121 Indonesien	70,1	23,0	7,0	18,3	5,2	86,0	74,1	21,0	92,3	74,0	88,0	8,1	..	..
121 Kiribati	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	7,3	..	..
121 Südafrika	49,6	55,0	..	..	4,7	84,0	56,5	17,0	62,0	63,0	38,0	31,8	0,4	1,4
124 Vanuatu	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	0,9	..	..
125 Kirgistan	70,4	16,2	4,0	17,1	4,9	71,0	75,2	34,0	84,8	44,0	62,0	20,1	3,6	14,1
125 Tadschikistan	70,3	..	10,0	18,4	4,3	70,0	82,7	31,0	89,9	89,0	85,0	2,1	2,3	2,9
127 Vietnam	81,3	..	16,0	14,0	5,8	61,0	71,8	26,0	70,1	77,0	67,0	1,6	..	..
128 Namibia	57,4	63,8	..	43,5	4,9	76,0	..	..	76,5	82,0	33,0	17,2	..	..
129 Nicaragua	66,3	9,7	15,0	27,5	5,7	75,0	79,8	11,0	86,0	54,0	51,0	13,6	2,6	9,0
130 Marokko	50,9	18,1	8,0	29,7	5,1	54,0	65,4	58,0	69,4	60,0	67,0	1,4	..	..
131 Irak	41,9	..	11,0	..	5,0	30,0	64,2	15,0	66,7	37,0	41,0	2,0	..	..
132 Kap Verde	66,7	..	3,0	..	..	..	..	..	..	..	..	11,6	..	..
133 Guatemala	69,7	7,1	21,0	33,1	6,3	74,0	79,8	15,0	85,7	36,0	41,0	38,5	1,7	5,6
134 Timor-Leste	62,8	..	4,0	33,0	..	..	..	..	..	..	..	6,9	..	..
135 Ghana	81,3	..	34,0	32,2	5,6	85,0	63,8	19,0	68,9	68,0	78,0	15,7	..	..
136 Äquatorialguinea	86,5	..	28,0	..	..	..	..	..	..	..	..	20,7	..	..
136 Indien	61,0	11,5	12,0	29,3	4,6	80,0	71,2	20,0	82,6	58,0	70,0	3,4	7,8	13,0
138 Kambodscha	86,7	3,5	39,0	25,9	4,2	92,0	77,6	9,0	90,2	90,0	68,0	3,4	..	..
138 Laos, Demokratische Volksrep.	85,1	..	11,0	24,7	5,0	87,0	87,9	..	94,3	98,0	84,0	4,6	..	..
140 Bhutan	80,3	10,9	18,0	20,0	..	..	..	..	..	..	..	1,0	..	..
141 Swasiland	55,9	..	9,0	35,4	..	..	55,1	..	62,3	..	..	12,9	..	..
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
142 Kongo	78,8	..	25,0	31,1	4,5	76,0	56,4	..	67,1	48,0	58,0	30,8	..	..
143 Salomonen	73,8	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	3,7	..	..
144 São Tomé und Príncipe	..	..	8,0	31,7	..	..	..	..	..	..	..	1,9	..	..
145 Kenia	75,9	..	26,0	33,6	4,4	71,0	50,0	10,0	69,3	46,0	50,0	20,1	..	..
146 Bangladesch	74,0	13,6	13,0	27,4	5,0	78,0	76,4	15,0	91,3	79,0	80,0	2,7	..	..
146 Pakistan	55,4	10,5	..	30,9	5,3	34,0	73,2	20,0	83,6	28,0	46,0	7,8	..	..
148 Angola	75,8	..	24,0	43,9	4,2	69,0	65,2	..	49,8	61,0	53,0	19,0	..	..
149 Myanmar	83,4	..	..	..	..	..	..	..	80,4	..	..	10,2	..	..
150 Kamerun	80,3	..	31,0	33,4	4,4	82,0	62,2	13,0	69,4	65,0	56,0	19,7	..	..
151 Madagaskar	90,5	2,8	28,0	30,7	4,4	54,0	38,0	..	72,0	65,0	53,0	8,1	..	..
152 Tansania, Vereinigte Rep.	84,2	10,1	21,0	27,3	4,1	74,0	63,0	26,0	67,4	56,0	61,0	24,5	..	..
153 Nigeria	61,7	..	29,0	41,4	4,8	77,0	58,6	13,0	67,4	55,0	69,0	12,2	..	..
154 Senegal	76,3	20,1	22,0	33,0	3,8	64,0	42,2	28,0	52,1	30,0	55,0	8,7	..	..
155 Mauretanien	44,7	..	16,0	34,4	5,0	56,0	55,3	30,0	62,2	43,0	62,0	14,7	..	..
156 Papua-Neuguinea	78,0	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	13,0	..	..
157 Nepal	86,4	..	34,0	34,2	3,8	43,0	87,3	17,0	86,7	33,0	61,0	2,8	..	..
158 Lesotho	59,7	41,9	23,0	35,9	..	..	46,9	..	52,4	..	..	35,2	..	..
159 Togo	84,1	..	47,0	33,5	2,8	56,0	42,4	..	57,7	51,0	52,0	10,9	..	..
160 Jemen	50,9	..	23,0	32,3	3,7	59,0	54,3	27,0	51,9	39,0	67,0	4,2	..	..
161 Haiti	74,6	..	21,0	40,2	3,8	37,0	43,4	30,0	57,9	46,0	42,0	6,9	0,0	0,0
161 Uganda	86,9	5,4	25,0	33,6	4,2	73,0	50,1	17,0	69,7	52,0	42,0	36,3	..	..
163 Sambia	76,6	23,4	41,0	36,7	5,0	65,0	47,3	31,0	62,6	40,0	54,0	38,0	..	..
164 Dschibuti	..	..	8,0	36,0	4,4	74,0	70,0	55,0	75,3	68,0	72,0	3,4	..	..
165 Gambia	81,1	..	25,0	..	..	..	..	..	..	..	..	10,8	..	..
166 Benin	80,6	..	46,0	35,8	3,7	76,0	46,7	..	66,8	78,0	58,0	15,1	..	..
167 Ruanda	92,3	..	35,0	33,9	4,0	82,0	58,6	30,0	74,3	95,0	92,0	17,1	..	..
168 Côte d'Ivoire	72,8	..	35,0	38,6	4,2	76,0	..	13,0	40,6	42,0	47,0	56,9	..	..

	BESCHÄFTIGUNG, VULNERABILITÄT UND GERECHTIGKEIT				WAHRNEHMUNG VON INDIVIDUELLEM WOHLBEFINDEN			WAHRNEHMUNG DER GESELLSCHAFT			MENSCHLICHE SICHERHEIT			
	Beschäftigungsquote	Jugendarbeitslosigkeit	Kinderarbeit	HDI-Gesamtabzug aufgrund von Ungleichheit	Lebenszufriedenheit insgesamt	Zufriedenheit mit Wahlfreiheit	Zufriedenheit mit beruflicher Tätigkeit	Vertrauen in Menschen	Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen[a]	Vetrauen in die Regierung	Wahrnehmung von Sicherheit	Mordfälle	Selbstmorde (pro 100.000 Personen)	
	(% der ab 25-Jährigen)	(% der 15-24-Jährigen)	(% der 5-14-Jährigen)	(%)	(0, geringste Zufriedenheit, 10, größte Zufriedenheit)	(% zufrieden)		(% Ja)			(% Ja)	(pro 100.000 Personen)	Weiblich	Männlich
HDI-Rang	2011	2005–2011[b]	2001–2010[b]	2012	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2011	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2007–2011[b]	2004–2011[b]	2001–2010[b]	2001–2010[b]
169 Komoren	62,7	..	27,0	..	3,9	50,0	49,8	35,0	77,2	44,0	78,0	12,2	..	..
170 Malawi	92,0	..	26,0	31,4	5,1	88,0	50,9	33,0	80,8	83,0	55,0	36,0	..	..
171 Sudan	59.4	..	..	..	4,4	56,0	48,8	31,0	72,7	54,0	75,0	24,2	..	..
172 Simbabwe	89,0	..	..	28,5	4,8	63,0	58,6	15,0	68,4	43,0	39,0	14,3	..	..
173 Äthiopien	84,0	29,4	53,0	31,9	4,4	39,0	..	..	52,1	32,0	49,0	25,5	..	..
174 Liberia	72,1	6,6	21,0	35,3	4,2	82,0	63,0	12,0	63,4	54,0	38,0	10,1	..	..
175 Afghanistan	53,8	..	13,0	..	3,8	47,0	82,0	25,0	71,7	31,0	29,0	2,4	..	..
176 Guinea-Bissau	78,1	..	57,0	41,4	..	..	..	..	..	..	..	20,2	..	..
177 Sierra Leone	77,4	..	48,0	41,6	4,1	77,0	61,3	16,0	52,3	58,0	50,0	14,9	..	..
178 Burundi	88,5	..	19,0	..	3,8	49,0	64,7	38,0	76,0	85,0	65,0	21,7	..	..
178 Guinea	79,1	..	25,0	38,8	4,0	79,0	58,9	..	75,3	77,0	62,0	22,5	..	..
180 Zentralafrikanische Republik	82,8	..	47,0	40,5	3,6	68,0	66,5	37,0	75,8	75,0	62,0	29,3	..	..
181 Eritrea	84,1	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	17,8	..	..
182 Mali	56,0	..	36,0	..	3,8	75,0	54,9	45,0	63,9	71,0	80,0	8,0	..	..
183 Burkina Faso	86,0	4,6	38,0	34,2	4,0	58,0	60,1	26,0	78,2	55,0	62,0	18,0	..	..
184 Tschad	77,0	..	48,0	40,1	3,7	54,0	72,0	21,0	70,1	39,0	30,0	15,8	..	..
185 Mosambik	90,1	..	22,0	32,7	5,0	64,0	63,1	..	83,1	63,0	42,0	8,8	..	..
186 Kongo, Demokratische Rep.	82,8	..	42,0	39,9	4,0	62,0	45,6	39,0	60,2	35,0	38,0	21,7	..	..
186 Niger	66,2	..	43,0	34,2	4,1	82,0	69,7	40,0	85,2	78,0	81,0	3,8	..	..
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
Korea, Dem. Volksrep.	78,7	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	15,2	..	..
Marshallinseln	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Monaco	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	0,0	..	..
Nauru	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	9,8	..	..
San Marino	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Somalia	59,9	..	49,0	..	..	..	..	..	..	..	..	1,5	..	..
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
HDI-Gruppierungen														
Sehr hohe menschliche Entwicklung	58,8	19,5	..	10,8	6,7	81,5	84,3	30,9	85,9	38,1	68,4	2,1	6,6	20,6
Hohe menschliche Entwicklung	61,2	22,4	..	20,6	5,9	66,3	73,4	19,3	76,4	..	47,6	13,0	..	..
Mittlere menschliche Entwicklung	68,4	..	..	24,2	4,9	77,8	71,4	..	79,9	..	73,4	3,9	..	..
Niedrige menschliche Entwicklung	72,2	..	29,7	33,5	4,5	61,8	63,4	..	72,2	50,8	57,7	14,6	..	..
Regionen														
Arabische Staaten	52,6	..	..	25,4	4,8	54,6	63,9	24,9	67,6	..	62,9	4,5	..	..
Ostasien und Pazifik	74,5	..	..	21,3	..	..	..	..	..	..	..	2,8	..	..
Europa und Zentralasien	58,4	20,9	..	12,9	5,3	58,5	71,0	21,5	76,5	43,9	53,5	5,5	6,9	35,4
Lateinamerika und Karibik	67,2	19,6	8,5	25,7	6,5	77,9	..	..	79,0	47,1	42,0	22,2	2,1	8,1
Südasien	61,2	12,9	..	29,1	4,7	72,9	72,1	19,5	83,2	56,1	66,9	3,7	..	..
Afrika südlich der Sahara	74,5	..	33,5	35,0	4,4	69,1	56,2	..	65,2	53,6	55,3	20,4	..	..
Am wenigsten entwickelte Länder	77,4	..	30,2	32,5	4,3	64,2	63,2	..	72,3	56,4	59,5	14,6	..	..
Kleine Inselentwicklungsländer	65,9	..	..	29,2	..	..	..	..	..	..	..	14,6	..	..
Welt	**65,8**	**..**	**..**	**23,3**	**5,3**	**73,9**	**73,1**	**29,8**	**79,0**	**52,0**	**66,0**	**6,9**	**..**	**..**

HINWEISE

a Basierend auf der bei der Gallup-Erhebung gestellten Frage nach der Gesamtzufriedenheit mit der jeweiligen Stadt.

b Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

DEFINITIONEN

Beschäftigungsquote: Prozentualer Anteil der abhängig beschäftigten Bevölkerung ab 25 Jahre.

Jugendarbeitslosigkeit: Anteil der Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren, die weder einer bezahlten Beschäftigung nachgeht noch selbständig erwerbstätig ist, aber arbeitswillig ist und Schritte unternommen hat, um eine bezahlte Beschäftigung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit zu finden.

Kinderarbeit: Anteil der 5-11-jährigen Kinder, die in einer Referenzwoche mindestens eine Stunde eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübten oder mindestens 28 Stunden Haushaltsarbeit verrichteten, oder Anteil der 12-14-jährigen Kinder, die in der Referenzwoche mindestens 14 Stunden eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübten oder mindestens 28 Stunden Haushaltsarbeit verrichteten.

HDI-Gesamtabzug aufgrund von Ungleichheit: Aufgrund von Ungleichheit entgangene potenzielle menschliche Entwicklung, berechnet als prozentualer Unterschied zwischen dem HDI und dem Ungleichheit einbeziehenden HDI (IHDI). Detaillierte Informationen zur Berechnung des IHDI enthält die *Technische Erläuterung 2.*

Lebenszufriedenheit insgesamt: Durchschnittliche Antwort auf die Frage im Rahmen des Gallup World Poll: Stellen Sie sich bitte eine Skala von Null bis Zehn vor, auf der die oberste Stufe dem bestmöglichen Leben für Sie entspricht, die unterste dem schlechtestmöglichen. Angenommen, Ihr Lebensgefühl ist um so besser, je höher die Stufe, und umso schlechter, je niedriger die Stufe, wo würden Sie sich Ihrem persönlichen Gefühl nach zum jetzigen Zeitpunkt einordnen? Welche Stufe der Skala kommt Ihrem Gefühl am nächsten?

Zufriedenheit mit Wahlfreiheit: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie in diesem Land zufrieden oder unzufrieden mit Ihrer Freiheit, sich die Art ihrer Lebensführung auszusuchen?" mit „Zufrieden" beantworteten.

Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie mit ihrer beruflichen Tätigkeit zufrieden oder unzufrieden?" mit „Zufrieden" beantworteten.

Vertrauen in Menschen: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Würden Sie ganz allgemein sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann oder dass man beim Umgang mit Menschen vorsichtig sein muss?" mit „Man kann ihnen vertrauen" beantworteten.

Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Meinen Sie, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt die wirtschaftlichen Bedingungen in der Stadt bzw. dem Gebiet, in dem Sie leben, insgesamt verbessern oder verschlechtern?" mit „Sie verbessern sich" beantworteten.

Vertrauen in die Regierung: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die Regierung?" mit „Ja" beantworteten.

Wahrnehmung von Sicherheit: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Fühlen Sie sich sicher, wenn Sie in der Stadt bzw. dem Gebiet, in dem Sie leben, nachts zu Fuß unterwegs sind?", mit „Ja" beantworteten.

Mordfälle: Anzahl der vorsätzlichen Tötungsdelikte, ausgedrückt pro 100.000 Menschen. Ein vorsätzliches Tötungsdelikt ist eine rechtswidrige Tötung, die vorsätzlich von einer Person an einer anderen Person begangen wird.

Selbstmorde: Geschätzte Gesamtzahl der Todesfälle aufgrund vorsätzlicher Selbstverletzungen in der Gesamtbevölkerung bzw. einer bestimmten Geschlechts- oder Altersgruppe, geteilt durch die Gesamtzahl der Referenzbevölkerung, ausgedrückt pro 100.000 Personen.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 2: ILO (2012)

Spalte 3: UNICEF (2012).

Spalte 4: Berechnet auf der Grundlage der HDI- und IHDI-Werte aus den Tabelle 1 und 3.

Spalten 5-11: Gallup (2012).

Spalte 12: UNODC (2012).

Spalten 13 und 14: WHO (2012c).

TABELLE 10

Internationale Handelsströme (Waren und Dienstleistungen)

	HANDEL MIT WAREN[a]				HANDEL MIT DIENSTLEISTUNGEN				ANTEIL AN WARENAUSFUHREN					
	Ausfuhren von Handelswaren		Einfuhren von Handelswaren		Ausfuhren von Dienstleistungen		Einfuhren von Dienstleistungen		Anteil an den Warenausfuhren (%)		Anteil an den Wareneinfuhren (%)		Teile und Komponenten[b]	
	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	Landwirtschaftliche Ausfuhren	Fertigwarenausfuhren	Landwirtschaftliche Einfuhren	Fertigwareneinfuhren	(% der Fertigwarenausfuhren)	(% der Fertigwareneinfuhren)
HDI-Rang	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
1 Norwegen	130,7	33,0	77,3	19,5	39,7	10,0	42,8	10,8	7,8	18,6	9,4	75,1	37,0	21,5
2 Australien	206,7	20,1	187,9	18,3	48,5	4,7	51,5	5,0	13,1	12,8	5,9	72,4	24,2	21,6
3 Vereinigte Staaten	1.121,8	7,9	1.966,5	13,9	544,4	3,9	402,0	2,8	12,3	65,2	5,9	68,8	30,3	28,8
4 Niederlande	492,6	62,9	440,0	56,2	95,4	12,2	85,2	10,9	16,2	56,5	11,4	56,5	26,0	28,9
5 Deutschland	1.271,1	38,8	1.066,8	32,5	237,6	7,2	263,2	8,0	6,0	81,8	8,6	67,4	28,1	32,0
6 Neuseeland	29,7	22,9	30,2	23,3	8,7	6,7	9,1	7,1	65,6	20,3	11,2	70,0	16,0	18,6
7 Irland	118,3	55,3	60,5	28,3	97,1	45,4	108,4	50,7	9,7	84,2	13,0	66,4	13,5	22,6
7 Schweden	158,4	36,5	148,8	34,3	64,4	14,8	48,5	11,2	8,8	74,5	10,2	69,2	28,6	31,1
9 Schweiz	195,6	38,3	176,3	34,5	83,6	16,4	39,6	7,8	4,1	87,6	6,8	79,6	15,9	16,9
10 Japan	769,8	14,6	692,6	13,2	141,5	2,7	157,6	3,0	1,3	88,3	11,2	50,0	36,0	31,8
11 Kanada	362,1	24,8	388,3	26,6	69,2	4,7	91,3	6,3	14,2	46,7	8,2	74,7	22,7	29,5
12 Korea, Republik	466,4	50,6	425,2	46,1	..	..	..	..	2,0	88,3	6,3	56,4	36,8	35,3
13 Hongkong, China (SAR)	14,8	6,8	441,4	203,9	..	..	..	..	5,7	46,3	4,7	84,7	18,1	56,9
13 Island	4,6	37,3	3,9	31,9	2,5	20,0	2,2	17,7	41,9	14,6	12,2	58,8	8,9	29,0
15 Dänemark	96,5	31,0	84,5	27,1	59,9	19,2	50,7	16,3	21,3	60,4	16,0	72,7	22,1	22,8
16 Israel	58,4	28,4	59,2	28,7	24,7	12,0	18,1	8,8	4,0	65,4	8,5	57,4	28,7	24,1
17 Belgien	411,1	87,5	389,5	82,9	83,3	17,7	78,5	16,7	10,3	70,7	9,8	66,9	13,5	17,6
18 Österreich	144,9	38,2	150,6	39,7	54,5	14,4	36,9	9,7	8,7	79,5	9,5	72,5	30,2	27,0
18 Singapur	351,9	180,9	310,8	159,8	112,3	57,7	96,5	49,6	2,2	72,1	3,5	64,7	64,5	61,4
20 Frankreich	511,7	19,8	592,1	22,9	143,7	5,6	129,8	5,0	12,9	78,2	9,9	73,1	26,5	25,8
21 Finnland	70,1	29,5	68,8	28,9	24,6	10,3	21,7	9,1	8,5	76,5	9,6	60,5	23,1	26,2
21 Slowenien	24,4	50,9	26,5	55,2	5,8	12,0	4,4	9,1	6,0	84,8	11,2	69,1	25,6	26,4
23 Spanien	246,3	17,3	315,5	22,2	124,1	8,7	87,1	6,1	16,2	71,9	11,8	65,3	21,3	26,7
24 Liechtenstein	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
25 Italien	446,8	21,5	487,0	23,5	98,3	4,7	110,1	5,3	8,6	81,7	11,3	63,0	24,2	23,0
26 Luxemburg	13,8	26,4	20,3	38,8	67,5	128,6	37,3	71,2	11,3	79,3	12,3	63,3	19,0	17,7
26 Vereinigtes Königreich	405,9	18,4	559,3	25,3	237,9	10,8	168,8	7,6	7,0	68,2	10,9	67,1	26,0	26,1
28 Tschechische Republik	132,1	67,1	125,7	63,8	21,7	11,0	18,2	9,2	5,3	86,4	6,7	76,9	40,6	43,2
29 Griechenland	21,7	7,0	63,9	20,6	37,5	12,1	20,2	6,5	27,5	49,1	13,4	59,2	14,7	12,5
30 Brunei Darussalam	..	..	..	..	1,1[d]	7,9	1,4[d]	12,4	..	..	..	..	..	..
31 Zypern	0,8	3,2	8,6	37,0	11,5	49,5	4,2	17,9	36,1	50,2	15,6	61,6	34,2	14,6
32 Malta	3,7	45,7	5,7	70,5	4,0	49,0	2,6	31,6	5,3	67,6	11,3	62,6	60,4	37,1
33 Andorra	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Estland	12,8	67,3	13,2	69,4	4,5	23,7	2,8	14,6	15,2	62,2	13,6	63,8	24,9	27,1
35 Slowakei	64,0	73,4	64,0	73,5	..	..	..	..	5,6	86,3	7,7	75,5	26,6	43,9
36 Katar	48,3	43,0	..	..	2,3	2,0	6,2	5,5	0,1	6,8	..	..	0,9	..
37 Ungarn	94,7	74,0	87,4	68,3	19,1	14,9	15,9	12,4	8,1	81,7	5,8	71,8	50,1	51,6
38 Barbados	0,2	6,1	1,2	31,1	1,5	38,1	0,8	19,6	33,5	63,9	26,7	70,0	15,7	16,7
39 Polen	157,1	34,9	174,1	38,7	32,5	7,2	29,0	6,4	12,0	79,1	9,4	74,2	30,6	29,2
40 Chile	70,9	36,5	59,4	30,5	10,8	5,6	11,8	6,1	22,2	12,0	7,7	68,7	9,7	19,3
41 Litauen	20,8	56,9	23,4	63,9	4,1	11,3	2,8	7,7	19,7	54,0	14,2	49,9	13,4	16,4
41 Vereinigte Arabische Emirate	..	..	..	..	11,7	4,1	41,7	14,7	..	..	..	..	..	..
43 Portugal	48,7	21,2	75,6	32,8	23,3	10,1	14,4	6,2	13,9	73,1	15,1	66,7	24,8	22,1
44 Lettland	8,9	35,5	11,1	44,7	3,7	14,7	2,2	8,8	30,0	57,6	16,3	59,1	13,7	16,0
45 Argentinien	68,2	20,2	56,8	16,8	13,2	3,9	14,1	4,2	50,8	32,2	3,7	84,4	13,1	29,1
46 Seychellen	..	..	..	..	0,4	47,7	0,3	36,8	..	..	..	..	..	..
47 Kroatien	11,8	19,0	20,1	32,3	11,0	17,7	3,5	5,6	15,0	68,0	11,5	67,2	24,6	17,2
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
48 Bahrain	15,5	73,3	16,0	75,7	4,0	19,2	1,9	9,0	1,9	5,6	8,1	38,8	1,4	25,1
49 Bahamas	0,3	3,9	2,9	37,0	..	..	..	..	25,6	63,4	19,3	52,9	0,0	14,1
50 Belarus	25,2	48,3	34,9	66,7	4,5	8,6	2,9	5,5	14,7	52,9	9,4	47,5	10,7	20,2
51 Uruguay	5,4[d]	15,4	6,9[d]	19,8	2,5	7,1	1,4	4,1	73,5	23,7	12,2	62,5	10,5	15,6
52 Montenegro	..	..	..	..	1,0	24,0	0,4	9,7	..	..	..	..	..	..
52 Palau	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
54 Kuwait	50,3	43,8	..	..	7,7	6,7	13,6	11,8	0,4	6,2	..	..	3,4	..
55 Russische Föderation	400,1	29,5	248,7	18,4	44,3	3,3	73,5	5,4	4,1	14,1	14,0	68,6	9,7	21,7
56 Rumänien	49,4	30,6	62,0	38,4	8,6	5,3	9,4	5,8	10,1	78,5	9,1	75,3	37,0	32,6
57 Bulgarien	20,6	42,8	25,4	52,7	7,0	14,5	4,5	9,3	17,5	49,3	10,6	54,9	22,1	20,4
57 Saudi-Arabien	245,9	59,4	106,9	25,8	10,7	2,6	76,8	18,5	1,2	11,0	16,5	76,1	2,7	23,0

	HANDEL MIT WAREN[a]				HANDEL MIT DIENSTLEISTUNGEN				ANTEIL AN WARENAUSFUHREN					
	Ausfuhren von Handelswaren		Einfuhren von Handelswaren		Ausfuhren von Dienst-leistungen		Einfuhren von Dienst-leistungen		Anteil an den Warenausfuhren (%)		Anteil an den Wareneinfuhren (%)		Teile und Komponenten[b]	
	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	Land-wirtschaftliche Ausfuhren	Fertigwaren-ausfuhren	Land-wirtschaftliche Einfuhren	Fertigwaren-einfuhren	(% der Fertigwaren-ausfuhren)	(% der Fertigwaren-einfuhren)
HDI-Rang	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010
59 Kuba	..	..	..	..	8,0[d]	..	1,4[d]	..	..	..	..	..	..	..
59 Panama	0,7	2,8	16,7	65,8	6,1	24,0	2,8	10,9	67,6	11,9	8,2	89,7	0,1	11,8
61 Mexiko	298,3	31,0	301,5	31,4	15,4	1,6	25,6	2,7	6,3	74,5	7,8	79,5	40,3	46,2
62 Costa Rica	9,0	27,6	13,9	42,4	4,2	12,7	1,8	5,4	37,3	60,7	10,1	73,0	43,9	31,8
63 Grenada	..	..	0,3[d]	36,2	0,1	17,7	0,1	13,0	..	..	25,8	58,8	..	14,1
64 Libyen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
64 Malaysia	198,8	92,3	164,5	76,3	34,0	15,8	33,7	15,6	14,5	67,0	9,8	73,2	54,5	54,5
64 Serbien	..	..	..	..	3,5	9,0	3,5	9,0	..	..	..	..	..	..
67 Antigua und Barbuda	0,0	0,2	0,5	42,3	0,5	43,2	0,2	18,8	50,7	47,6	22,5	48,3	0,0	23,1
67 Trinidad und Tobago	10,0	49,1	6,5	31,9	0,9	4,2	0,4	2,1	2,6	31,0	11,9	49,9	1,0	20,0
69 Kasachstan	..	..	..	..	4,2	3,2	11,3	8,6	..	..	..	..	..	..
70 Albanien	1,5	12,9	4,6	38,4	2,2	18,7	2,0	16,8	6,9	62,0	19,0	63,6	5,7	12,5
71 Venezuela, Bolivarische Republik	67,0	18,5	32,3	9,0	..	..	..	..	0,2	4,0	16,7	80,8	7,2	25,0
72 Dominica	0,0	5,9	0,2	47,1	0,1	24,7	0,1	13,2	27,1	66,0	25,1	57,1	0,9	16,2
72 Georgien	1,3	11,5	5,1	45,5	1,6	14,3	1,1	9,7	21,5	46,3	18,9	60,2	6,0	13,3
72 Libanon	4,3	11,5	18,0	48,6	15,3	41,3	13,0	35,2	12,6	54,6	16,7	54,8	18,4	11,7
72 St. Kitts und Nevis	0,0	3,9	0,3	39,6	..	..	..	..	12,7	87,2	21,6	73,7	87,8	17,5
76 Iran, Islamische Republik	83,8	25,3	54,7	16,5	..	..	..	..	6,5	15,6	17,6	70,0	4,3	21,3
77 Peru	35,2	25,1	30,0	21,4	4,0	2,8	6,0	4,3	16,9	10,9	12,0	72,5	4,5	17,9
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	2,7[d]	29,2	5,0[d]	54,7	..	..	..	..	25,4	69,0	17,4	74,8	7,0	11,8
78 Ukraine	51,4	40,7	60,7	48,0	17,1	13,5	12,2	9,7	20,4	63,7	10,3	52,9	13,9	16,9
80 Mauritius	1,5	16,1	4,4	47,5	2,7	29,1	2,0	21,4	39,5	56,3	23,1	54,6	1,6	15,6
81 Bosnien und Herzegowina	4,8	28,5	9,2	54,7	1,3	7,6	0,6	3,5	13,2	54,7	19,7	57,8	27,6	15,6
82 Aserbaidschan	21,3	43,8	6,6	13,6	2,1	4,3	3,8	7,8	2,8	2,5	20,2	76,3	6,0	23,1
83 St. Vincent und die Grenadinen	0,0	5,2	0,4	56,3	..	..	..	..	82,4	15,7	24,0	53,3	0,2	15,1
84 Oman	31,6	60,4	19,8	37,8	1,8	3,4	6,5	12,5	2,6	10,5	12,7	73,3	8,6	21,9
85 Brasilien	197,4	10,5	179,7	9,6	31,8	1,7	62,6	3,3	34,8	35,8	6,0	73,9	22,8	30,7
85 Jamaika	1,2	9,5	5,2	39,7	2,6	20,0	1,8	13,9	24,8	7,9	18,7	48,7	1,5	14,5
87 Armenien	0,9	9,6	3,7	41,5	0,8	8,5	1,0	11,1	17,3	21,2	18,6	52,5	10,4	17,1
88 St. Lucia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
89 Ecuador	17,5	31,8	20,6	37,4	1,4	2,5	3,0	5,4	34,1	9,6	9,4	67,8	12,9	17,4
90 Türkei	114,0	16,9	185,5	27,6	34,4	5,1	19,7	2,9	10,9	77,7	6,9	62,5	14,8	21,3
91 Kolumbien	39,5	15,0	40,5	15,4	4,4	1,7	8,0	3,0	14,6	21,0	11,1	80,9	8,4	17,3
92 Sri Lanka	8,3	18,1	12,4	27,0	2,5	5,4	3,1	6,8	30,8	61,2	16,7	61,8	5,5	13,7
93 Algerien	57,1	38,0	41,0	27,3	3,6	2,4	11,9	7,9	0,6	0,8	17,9	78,4	2,9	20,5
94 Tunesien	16,4	37,4	22,2	50,6	5,8	13,2	3,3	7,6	8,2	76,0	11,5	72,3	28,9	26,8
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
95 Tonga	0,0	2,4	0,2	47,0	0,0	12,2	0,0	13,5	90,6	7,6	31,3	44,8	0,2	16,3
96 Belize	0,3	20,5	0,7	50,9	0,4	25,7	0,2	11,8	62,3	1,3	17,4	60,9	0,3	12,3
96 Dominikanische Republik	4,8	9,7	15,1	30,8	5,1	10,3	2,1	4,4	28,5	67,6	14,6	59,4	10,4	18,7
96 Fidschi	0,6	18,6	1,8	60,2	0,7[d]	23,3	0,5[d]	14,9	62,2	22,1	18,7	48,1	5,7	19,1
96 Samoa	0,1	10,6	0,3	55,3	0,2	28,3	0,1	15,5	21,5	78,2	26,9	54,0	97,8	17,4
100 Jordanien	5,9	23,6	15,3	60,8	5,2	20,5	4,3	17,0	16,5	72,0	17,6	56,3	5,4	18,4
101 China	1.577,8	28,9	1,289,1	23,6	171,2	3,1	193,3	3,5	3,3	93,4	8,4	60,9	28,7	44,8
102 Turkmenistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
103 Thailand	195,3	67,0	180,1	61,8	34,0	11,7	45,9	15,7	18,0	71,6	6,6	66,2	38,1	40,9
104 Malediven	0,1	3,7	1,1	54,5	0,8	38,3	0,3	15,3	96,2	0,1	24,6	50,2	0,0	21,1
105 Suriname	2,0	49,2	1,4	33,9	0,2	5,9	0,3	6,3	2,9	1,9	15,3	63,7	27,8	18,3
106 Gabun	5,4[d]	44,4	2,5[d]	20,7	0,4	3,3	1,9	15,9	9,6	4,2	17,6	74,1	30,3	26,1
107 El Salvador	4,5	21,4	8,5	40,3	1,0	4,6	1,1	5,1	21,9	71,5	18,5	63,8	7,8	14,1
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	7,0	37,7	5,6	30,3	..	..	..	..	16,1	6,3	8,4	78,1	2,6	12,3
108 Mongolei	..	..	..	..	0,5	9,0	0,8	14,5	..	..	..	..	..	..
110 Palästina, Staat	0,4[d]	..	4,0[d]	..	..	..	..	..	17,2	66,9	22,9	43,8	1,5	10,1
111 Paraguay	4,5	27,8	10,0	61,6	1,5	9,2	0,7	4,4	88,5	10,7	8,1	79,4	7,4	20,1
112 Ägypten	26,3	12,9	53,0	26,0	..	..	..	..	19,5	41,7	22,4	59,9	8,4	18,1
113 Moldau, Republik	0,9	16,6	3,9	68,5	..	..	..	..	73,0	22,6	16,2	62,4	8,2	15,6
114 Philippinen	51,5	28,0	58,5	31,8	13,2	7,2	11,3	6,1	8,0	85,1	11,7	66,8	72,8	58,4
114 Usbekistan	..	..	..	..	1,1	3,1	0,6	1,7	..	..	..	..	..	..
116 Syrien, Arabische Rep.	11,4	20,1	17,6	31,1	5,2	8,5	..	..	22,7	24,7	23,4	54,1	6,6	16,0
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..

TABELLE 10 INTERNATIONALE HANDELSSTRÖME (WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN)

	HANDEL MIT WAREN[a]				HANDEL MIT DIENSTLEISTUNGEN				ANTEIL AN WARENAUSFUHREN					
	Ausfuhren von Handelswaren		Einfuhren von Handelswaren		Ausfuhren von Dienst-leistungen		Einfuhren von Dienst-leistungen		Anteil an den Warenausfuhren (%)		Anteil an den Wareneinfuhren (%)		Teile und Komponenten[b]	
	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	Land-wirtschaftliche Ausfuhren	Fertigwaren-ausfuhren	Land-wirtschaftliche Einfuhren	Fertigwaren-einfuhren	(% der Fertigwaren-ausfuhren)	(% der Fertigwaren-einfuhren)
HDI-Rang	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010
118 Guyana	0,9	43,2	1,4	67,6	0,3	12,7	0,3	16,3	49,0	3,8	15,3	54,8	2,1	15,5
119 Botsuana	4,7	35,5	5,7	42,8	0,8	6,1	1,2	9,3	5,2	10,5	13,2	57,2	16,3	21,8
120 Honduras	2,6[d]	17,8	6,0[d]	40,4	1,0	6,9	1,3	9,0	53,1	33,8	20,1	59,9	18,3	15,0
121 Indonesien	157,8	25,3	135,5	21,7	16,8	2,7	26,1	4,2	22,8	37,0	11,5	63,4	18,8	32,9
121 Kiribati	0,0	2,8	0,1	52,4	..	..	..	..	68,3	27,6	41,7	32,0	0,1	18,3
121 Südafrika	71,5	22,1	79,9	24,7	14,0	4,3	18,5	5,7	11,0	43,2	6,8	64,1	15,0	27,3
124 Vanuatu	..	..	..	..	0,2[d]	38,2	0,1[d]	16,8	..	..	..	..	..	..
125 Kirgistan	1,3	27,4	3,2	68,0	..	..	..	..	17,1	18,6	18,1	53,9	14,6	12,8
125 Tadschikistan	..	..	..	..	0,2	3,9	0,4	7,4	..	..	..	..	..	..
127 Vietnam	72,2[d]	71,1	84,8[d]	83,5	..	..	..	..	23,3	64,0	12,1	71,9	19,0	23,6
128 Namibia	5,8	58,3	6,0	59,6	0,9	8,5	0,7	7,0	25,5	23,3	15,5	69,6	6,7	16,4
129 Nicaragua	1,8	28,9	4,2	65,5	0,5	7,4	0,7	10,8	78,7	6,3	17,1	60,8	5,7	14,5
130 Marokko	17,8	19,6	35,4	38,9	12,5	13,8	7,4	8,2	20,6	63,4	13,6	59,9	28,2	21,5
131 Irak	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
132 Kap Verde	0,0	2,9	0,7	44,8	0,5	31,3	0,4	23,2	81,6	17,5	29,1	57,8	0,0	18,2
133 Guatemala	8,5	21,4	13,8	35,0	2,2	5,6	2,4	6,0	46,3	42,6	14,6	66,0	3,0	15,7
134 Timor-Leste	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
135 Ghana	5,2	18,0	8,1	27,7	1,5	5,1	3,0	10,3	24,2	7,3	16,4	81,3	8,9	19,0
136 Äquatorialguinea	..	..	..	..	0,1	0,5	2,2	16,7	..	..	..	..	..	..
136 Indien	220,4	14,5	350,0	23,0	123,8	8,1	116,8	7,7	10,5	52,4	5,1	36,9	14,5	29,8
138 Kambodscha	5,6	51,7	4,9	45,3	1,8	17,0	1,2	10,8	3,7	96,1	8,6	79,4	0,2	7,3
138 Laos, Demokratische Volksrep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
140 Bhutan	0,4	29,7	0,9	61,4	0,1[d]	4,2	0,1[d]	5,3	7,4	69,5	13,7	60,8	0,0	19,1
141 Swasiland	..	..	..	..	0,2	7,2	0,6	17,6	..	..	..	..	..	..
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
142 Kongo	6,9	64,1	4,4	40,5	..	..	..	..	2,1	30,2	7,4	86,7	2,5	9,1
143 Salomonen	0,2	32,9	0,4	65,6	0,1	14,7	0,2	28,8	29,2	0,1	18,7	20,1	14,5	21,6
144 São Tomé und Príncipe	0,0	3,2	0,1	56,4	0,0[d]	5,3[d]	0,0[d]	9,6[d]	95,3	4,7	30,6	52,0	20,1	13,5
145 Kenia	5,2	16,5	12,1	38,5	3,7	11,7	2,0	6,4	57,6	33,9	13,6	62,8	6,3	16,1
146 Bangladesch	..	..	..	..	2,4	2,6	4,4	4,6	..	..	..	..	..	..
146 Pakistan	21,0	12,4	37,5	22,1	6,4	3,8	7,1	4,2	18,8	74,0	18,0	48,4	0,6	17,1
148 Angola	..	..	..	..	0,6	0,8	17,3	22,0	..	..	..	..	..	..
149 Myanmar	7,6	..	4,2	..	0,3	..	0,7	..	30,2	5,5	8,7	67,9	2,3	14,3
150 Kamerun	3,9	17,4	5,1	22,9	1,2	5,2	1,7	7,8	39,2	6,9	19,3	51,3	18,6	17,5
151 Madagaskar	0,9	11,0	2,5	29,6	1,0[d]	9,9	1,2[d]	14,2	29,9	46,7	14,6	69,6	1,5	22,5
152 Tansania, Vereinigte Rep.	3,9	17,7	8,0	36,2	..	..	..	..	29,6	17,2	10,8	60,5	8,0	15,0
153 Nigeria	86,6	47,3	44,2	24,2	3,1	1,7	22,3	12,2	5,0	6,7	11,0	86,5	8,0	24,0
154 Senegal	2,2	16,9	4,8	37,3	1,1	8,9	1,1	8,9	27,2	36,4	23,9	44,4	3,2	15,9
155 Mauretanien	0,7	21,9	1,7	52,0	0,2	4,8	0,8	23,2	38,4	0,0	19,9	52,8	0,0	30,7
156 Papua-Neuguinea	..	..	..	..	0,2	2,4	2,8	32,7	..	..	..	..	..	..
157 Nepal	0,8	5,8	5,1	35,5	0,7	4,7	0,9	6,0	23,0	72,3	13,4	56,5	3,0	15,5
158 Lesotho	0,6	32,3	1,4	69,7	0,0	2,5	0,5	26,5	12,9	84,7	30,4	57,8	8,4	16,2
159 Togo	0,4	13,9	1,0	31,3	0,3	8,6	0,3	11,0	18,8	70,2	17,0	67,2	0,3	12,1
160 Jemen	6,2[d]	22,1	9,3[d]	33,0	..	..	..	..	6,8	1,1	31,6	46,7	5,3	13,7
161 Haiti	..	..	..	..	0,4	5,8	0,9	13,6	..	..	..	..	..	..
161 Uganda	1,2	7,0	4,7	28,3	1,3	7,9	1,8	11,1	74,0	22,8	13,5	65,3	2,7	18,0
163 Sambia	7,2	49,7	5,3	36,7	0,3	2,2	0,9	6,5	6,8	8,7	5,3	61,7	14,0	18,5
164 Dschibuti	0,2[d]	15,0	0,6[d]	61,7	0,3[d]	30,7	0,1[d]	12,2	0,5	92,7	30,1	62,7	47,0	19,0
165 Gambia	0,0	3,4	0,3	28,0	..	..	..	..	79,0	10,5	35,9	42,9	5,7	22,2
166 Benin	0,4	6,6	1,5	22,7	0,3	5,3	0,4	6,6	84,4	14,7	35,5	43,1	4,8	8,0
167 Ruanda	0,2[d]	4,4	1,1[d]	20,5	0,4	6,9	0,6	11,0	52,9	20,8	14,9	75,8	3,0	17,5
168 Côte d'Ivoire	10,3	44,8	7,8	34,2	..	..	..	..	58,1	16,1	20,1	54,9	5,8	11,7
169 Komoren	..	..	..	..	0,1	11,3	0,1	17,9	..	..	..	..	..	..
170 Malawi	1,1	21,8	2,2	44,4	0,1	1,7	0,4	7,7	79,8	9,0	14,8	74,1	11,6	10,1
171 Sudan	9,0[d]	14,9	8,6[d]	14,1	0,3	0,4	2,9	4,8	6,2	0,4	16,1	78,9	4,4	16,8
172 Simbabwe	3,2	48,1	9,1	136,0	0,2	3,6	0,4	6,6	24,7	29,5	20,7	49,2	1,9	11,3
173 Äthiopien	2,3	7,4	8,6	27,9	2,4	7,6	2,5	8,2	82,7	8,2	11,5	68,8	17,7	18,8
174 Liberia	..	..	..	..	0,2	16,9	1,1	115,7	..	..	..	..	..	..
175 Afghanistan	0,4	2,5	5,2	32,8	..	..	..	..	50,8	19,6	13,7	19,1	0,0	27,1
176 Guinea-Bissau	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..

	HANDEL MIT WAREN[a]				HANDEL MIT DIENSTLEISTUNGEN				ANTEIL AN WARENAUSFUHREN					
	Ausfuhren von Handelswaren		Einfuhren von Handelswaren		Ausfuhren von Dienst-leistungen		Einfuhren von Dienst-leistungen		Anteil an den Warenausfuhren (%)		Anteil an den Wareneinfuhren (%)		Teile und Komponenten[b]	
	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	($ Milliarden)	(% des BIP)[c]	Land-wirtschaftliche Ausfuhren	Fertigwaren-ausfuhren	Land-wirtschaftliche Einfuhren	Fertigwaren-einfuhren	(% der Fertigwaren-ausfuhren)	(% der Fertigwaren-einfuhren)
HDI-Rang	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010
177 Sierra Leone	..	..	..	..	0,1	3,2	0,1	7,6	..	..	..	..	..	..
178 Burundi	0,1	6,2	0,4	21,0	0,1	4,1	0,2	8,8	76,8	5,3	15,1	81,7	16,1	13,9
178 Guinea	..	..	..	..	0,1	1,4	0,4	8,9	..	..	..	..	..	..
180 Zentralafrikanische Republik	0,1[d]	4,5	0,2[d]	10,6	0,1	3,3	0,2	8,7	37,4	3,1	30,2	67,2	13,2	18,4
181 Eritrea	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
182 Mali	1,9	21,0	4,7	51,2	0,4	3,8	0,9	9,8	14,2	3,7	12,1	61,3	11,0	21,3
183 Burkina Faso	1,3	15,0	2,0	23,9	0,1	1,4	0,6	7,1	28,0	2,9	15,9	61,3	13,3	15,7
184 Tschad	..	..	..	..	0,2	2,0	2,4	30,4	..	..	..	..	..	..
185 Mosambik	2,2	23,3	3,6	37,7	0,6	6,9	1,1	12,1	20,1	2,0	12,6	49,6	20,9	17,4
186 Kongo, Demokratische Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
186 Niger	0,5	9,1	2,3	43,0	0,1	2,5	1,1	19,8	20,7	11,9	17,3	69,3	2,6	18,3
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
Korea, Dem. Volksrep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Marshallinseln	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Monaco	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Nauru	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
San Marino	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Somalia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
HDI-Gruppierungen														
Sehr hohe menschliche Entwicklung	8.889,2	21,6	9.960,0	24,2	2.682,8	6,6	2.333,0	5,8	9,4	70,1	8,5	67,4	29,5	30,6
Hohe menschliche Entwicklung	2.088,2	26,8	1.769,7	23,2	302,6	4,0	426,9	5,9	10,5	37,4	11,3	71,6	30,0	30,4
Mittlere menschliche Entwicklung	2.475,3	27,0	2.409,2	26,2	418,1	4,7	446,8	5,1	7,9	79,9	8,7	59,0	28,5	38,8
Niedrige menschliche Entwicklung	188,8	24,9	210,0	27,9	29,1	3,3	82,6	9,8	18,0	19,4	14,1	66,9	3,8	18,9
Regionen														
Arabische Staaten	546,6	38,9	367,5	..	86,4	5,8	..	..	4,4	17,8	16,7	70,5	12,5	21,0
Ostasien und Pazifik	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Europa und Zentralasien	1.226,6	33,5	1.218,4	33,1	251,7	6,6	232,3	6,2	8,5	54,9	10,3	68,3	28,7	29,1
Lateinamerika und Karibik	857,8	18,9	842,6	18,5	120,0	2,7	151,8	3,6	21,0	42,0	8,5	76,3	31,5	32,3
Südasien	335,2	14,2	466,8	23,3	136,6	7,4	132,7	7,2	10,6	44,8	8,7	44,2	11,8	26,1
Afrika südlich der Sahara	237,5	28,3	246,3	29,1	39,6	4,3	93,5	10,3	15,7	21,5	11,4	69,1	12,4	22,2
Am wenigsten entwickelte Länder	..	..	..	..	16,8	3,5	49,9	11,0	..	..	..	..	..	..
Kleine Inselentwicklungsländer	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Welt	**13.641,6**	**23,2**	**14.348,9**	**24,5**	**3.432,6**	**5,9**	**3.289,3**	**5,7**	**9,4**	**66,5**	**9,0**	**66,6**	**29,2**	**31,6**

HINWEISE

a Alle Daten über den Warenhandel wurden auf der sechsstelligen Ebene aus der Nomenklatur des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung von Waren (HS) von 1996 entnommen. Zu Definitionszwecken wurden sie mit dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC) in Übereinstimmung gebracht, unter Heranziehung der HS-SITC-Konkordanz der Vereinten Nationen.

b Das BIP (in laufenden US-Dollars) ist ein Durchschnittswert für 2009 und 2010.

c Zur Methodik der Klassifizierung von Teilen und Komponenten siehe Athukorala (2012) und die darin zitierte Version eines Diskussionspapiers.

d Bezieht sich auf 2009.

DEFINITIONEN

Ausfuhren von Handelswaren: Waren, die den Gesamtbestand der materiellen Ressourcen eines Landes verringern, indem sie sein Wirtschaftsgebiet verlassen.

Einfuhren von Handelswaren: Waren, die den Gesamtbestand der materiellen Ressourcen eines Landes erhöhen, indem sie in sein Wirtschaftsgebiet verbracht werden.

Ausfuhren von Dienstleistungen: Ausfuhren eines breiten Spektrums immaterieller Produkte und Tätigkeiten, die die Gegebenheiten der Verbrauchseinheiten verändern oder den Austausch von Produkten oder finanziellen Vermögenswerten erleichtern.

Einfuhren von Dienstleistungen: Einfuhren eines breiten Spektrums immaterieller Produkte und Tätigkeiten, die die Gegebenheiten der Verbrauchseinheiten verändern oder den Austausch von Produkten oder finanziellen Vermögenswerten erleichtern.

Anteil der landwirtschaftlichen Güter bzw. der Fertigwaren an den Ausfuhren von Handelswaren: Ausfuhren von landwirtschaftlichen Gütern bzw. Fertigwaren, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Gesamtheit der Warenausfuhren.

Anteil der landwirtschaftlichen Güter bzw. der Fertigwaren an den Einfuhren von Handelswaren: Einfuhren von landwirtschaftlichen Gütern bzw. Fertigwaren, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Gesamtheit der Wareneinfuhren.

Teile und Komponenten: Zwischenprodukte, die als Produktionsfaktoren bei der Herstellung von Fertigwaren für den Endverbrauch eingesetzt werden, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Gesamtheit der Aus- und Einfuhren von Fertigwaren.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1, 3 und 9-14: UNSD (2012b).

Spalten 2 und 4: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von UNSD (2012b) und World Bank (2012a).

Spalten 5 und 7: UNCTAD (2012).

Spalten 6 und 8: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von UNSD (2012b) und World Bank (2012a).

TABELLE 11

Internationale Kapitalströme und Migration

HDI-Rang	FINANZSTRÖME: Ausländische Direktinvestitionen, Nettozuflüsse (% des BIP) 2007–2011[c]	Erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe, netto[a] (% des BNE) 2010	Private Kapitalströme (% des BIP) 2007–2011[c]	Rücküberweisungen (% des BIP) Zuflüsse 2010	Rücküberweisungen (% des BIP) Abflüsse 2010	Gesamtreserven abzüglich Gold (% des BIP) 2007–2011[c]	MENSCHLICHE MOBILITÄT: Migration: Anteil der Emigranten[b] (% der Bevölkerung) 2010	Migration: Anteil der Immigranten (% der Bevölkerung) 2010	Migration: Nettomigrationsrate (pro 1.000 Personen) 2005/2010[d]	Grenzüberschreitender Einreiseverkehr (Tausend) 2010	Internationaler Telefonverkehr (Minuten pro Person): Eingehende Anrufe 2005–2010[c]	Internationaler Telefonverkehr (Minuten pro Person): Ausgehende Anrufe 2005–2010[c]
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
1 Norwegen	2,8	–1,1	–4,9	0,16	0,97	10,2	3,8	10,0	7,2	4.767	..	241,9
2 Australien	2,7	–0,3	6,5	0,43	0,33	3,1	2,1	25,7	10,5	5.885	..	..
3 Vereinigte Staaten	1,5	–0,2	–0,2	0,04	0,36	0,9	0,8	13,5	3,3	59.791	82,5	237,1
4 Niederlande	1,9	–0,8	1,1	0,50	1,67	2,4	6,0	10,5	0,6	10.883	..	96,5
5 Deutschland	1,1	–0,4	1,2	0,35	0,49	1,9	4,3	13,1	1,3	26.875	..	182,5
6 Neuseeland	0,5	–0,3	1,7	0,59[e]	0,82[e]	11,7	14,5	22,4	3,1	2.492	..	173,3
7 Irland	6,4	–0,5	25,3	0,29	0,85	0,6	16,1	19,6	4,6	7.189	..	441,8
7 Schweden	2,3	–1,0	2,2	0,15	0,15	8,2	3,4	14,1	5,8	4.951	..	160,5
9 Schweiz	0,4	–0,4	–9,0	0,49	4,09	44,0	5,4	23,2	4,8	8.628	..	409,3
10 Japan	0,0	–0,2	0,7	0,03	0,08	21,4	0,6	1,7	0,4	8.611	13,8	..
11 Kanada	2,4	–0,3	4,1	..	..	3,8	3,5	21,3	6,6	16.097	..	..
12 Korea, Republik	0,4	–0,1	–0,5	0,86	1,12	27,3	4,3	1,1	–0,1	8.798	22,2	47,7
13 Hongkong, China (SAR)	34,1	..	–0,8	0,15	0,19	117,1	10,2	38,8	5,1	20.085	524,3	1,446,9
13 Island	7,2	–0,3	–55,2	0,20	0,10	60,1	13,0	11,3	6,8	1.213	233,1	148,0
15 Dänemark	4,6	–0,9	–1,6	0,20	1,02	24,6	4,7	8,8	3,3	8.744	183,9	190,6
16 Israel	4,7	..	–0,2	0,65	1,72	30,8	14,0	40,4	7,8	2.803	..	..
17 Belgien	18,0	–0,6	–0,2	2,18	0,87	3,5	4,2	13,7	3,8	7.186	..	255,0
18 Österreich	3,3	–0,3	0,6	0,86	0,92	2,6	7,1	15,6	3,8	22.004	..	171,6
18 Singapur	18,1	..	–1,4	..	..	99,1	6,1	40,7	30,9	9.161	447,5	1,525,2
20 Frankreich	1,5	–0,5	10,8	0,61	0,21	1,8	2,8	10,7	1,6	77.148	182,1	192,1
21 Finnland	0,0	–0,6	2,9	0,35	0,18	3,0	6,2	4,2	2,7	3.670	..	..
21 Slowenien	2,2	..	6,8	0,66	0,34	1,7	6,5	8,1	2,2	1.869[f]	88,2	112,0
23 Spanien	1,7	..	–3,2	0,76	0,88	2,2	3,0	15,2	10,1	52.677	..	118,9
24 Liechtenstein	..	..	..	..	..	..	17,1	34,6	..	52	..	..
25 Italien	1,5	–0,2	–3,4	0,33	0,60	2,2	5,8	7,4	6,7	43.626	..	152,0
26 Luxemburg	542,9	–1,1	214,8	2,99	19,69	1,5	11,8	35,2	17,6	849	810,6	822,5
26 Vereinigtes Königreich	2,2	–0,6	–4,9	0,33	0,16	3,3	7,5	11,2	3,3	28.295	..	147,5
28 Tschechische Republik	2,5	..	2,1	0,57	0,92	18,4	3,6	4,4	4,6	8.185	120,1	50,5
29 Griechenland	0,6	..	–7,8	0,50	0,65	0,4	10,8	10,1	2,7	15.007[g]	96,1	201,3
30 Brunei Darussalam	4,0	..	4,3	..	3,60	12,6	6,0	36,4	1,8	157[f]	..	..
31 Zypern	1,0	..	35,1	0,63	1,75	2,0	17,0	17,5	8,3	2.173	314,7	555,4
32 Malta	12,2	..	–42,2	0,58	0,56	5,6	26,2	3,8	2,4	1.332	..	144,0
33 Andorra	..	..	..	..	..	..	10,7	64,4	..	1.830	638,6	708,3
33 Estland	0,8	..	15,0	1,71	0,50	0,9	12,6	13,6	0,0	2,120	102,9	80,8
35 Slowakei	0,6	..	1,4	1,83	0,08	0,9	9,6	2,4	1,3	1.298[h]	137,2	140,6
36 Katar	4,3	..	..	..	..	9,4	0,7	86,5	132,9	1.866	422,7	484,8
37 Ungarn	17,1	..	6,5	1,76	0,98	34,8	4,6	3,7	1,5	9.510	116,2	48,2
38 Barbados	16,3	0,3[e]	10,4	2,99	0,97	22,1	41,0	10,9	0,0	532	..	..
39 Polen	2,8	..	4,9	1,62	0,34	18,0	8,3	2,2	0,3	12.470	..	24,9
40 Chile	7,0	0,1	–0,3	0,00	0,00	16,9	3,7	1,9	0,4	2.766	26,2	12,2
41 Litauen	2,9	..	6,1	4,34	1,48	18,5	13,2	4,0	–2,1	1.507	75,1	34,4
41 Vereinigte Arabische Emirate	1,3	..	..	..	..	10,3	1,2	70,0	106,3	7.126	..	643,1
43 Portugal	4,3	–0,3	–3,8	1,56	0,62	0,8	20,8	8,6	2,8	6.756[f]	173,9	111,2
44 Lettland	5,5	..	2,9	2,56	0,18	21,2	12,3	15,0	–0,9	1.373	..	94,1
45 Argentinien	1,6	0,0	0,9	0,17	0,27	9,7	2,4	3,6	–1,0	5.325	..	18,4
46 Seychellen	17,4	6,3	19,3	1,13	2,72	25,1	14,6	12,8	..	175	64,7	111,3
47 Kroatien	2,3	0,3	3,8	2,16	0,27	22,7	17,1	15,9	0,5	9.111	224,1	90,9
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
48 Bahrain	0,7	..	19,9	..	7,16[e]	22,2	3,7	39,1	90,2	4.935	..	..
49 Bahamas	7,6	..	7,1	..	1,18	13,7	12,8	9,7	3,9	1.370	..	..
50 Belarus	7,2	0,3	8,7	0,68	0,19	10,9	18,4	11,4	–1,0	119	69,6	52,2
51 Uruguay	4,1	0,1	9,0	0,26	0,02	22,0	10,5	2,4	–3,0	2.353	76,2	46,3
52 Montenegro	18,5	2,0	..	7,32	0,67	8,6	0,0	6,8	–0,8	1.088	..	..
52 Palau	1,4	19,5	..	..	..	..	38,8	28,1	..	84	179,9	205,1
54 Kuwait	0,1	..	–7,8	..	9,47[e]	14,6	8,5	68,8	22,2	207	..	..
55 Russische Föderation	2,8	..	–1,7	0,35	1,26	24,4	7,9	8,7	1,6	22.281	..	..
56 Rumänien	1,5	..	3,0	2,40	0,22	23,9	13,1	0,6	–0,9	7.575	105,4	..
57 Bulgarien	3,4	..	2,2	2,91	0,05	28,5	16,0	1,4	–1,3	6.047	107,1	47,4
57 Saudi-Arabien	2,8	..	–0,5	0,05	6,00	93,7	0,7	27,8	8,2	10.850	..	..

	FINANZSTRÖME						MENSCHLICHE MOBILITÄT					
	Ausländische Direktinvestitionen, Nettozuflüsse	Erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe, netto[a]	Private Kapitalströme	Rücküberweisungen (% des BIP)		Gesamtreserven abzüglich Gold	Migration			Grenzüberschreitender Einreiseverkehr	Internationaler Telefonverkehr (Minuten pro Person)	
							Anteil der Emigranten[b]	Anteil der Immigranten	Nettomigrationsrate			
	(% des BIP)	(% des BNE)	(% des BIP)	Zuflüsse	Abflüsse	(% des BIP)	(% der Bevölkerung)		(pro 1.000 Personen)	(Tausend)	Eingehende Anrufe	Ausgehende Anrufe
HDI-Rang	2007–2011[c]	2010	2007–2011[c]	2010	2010	2007–2011[c]	2010	2010	2005/2010[d]	2010	2005–2010[c]	2005–2010[c]
59 Kuba	0,0	0,2	..	..	..	8,1	10,9	0,1	–3,4	2.507	32,7	2,5
59 Panama	8,8	0,5	7,5	0,86	0,93	7,5	4,0	3,4	0,7	1.324	54,4	75,5
61 Mexiko	1,7	0,0	4,5	2,13	..	12,5	10,7	0,7	–3,3	22.260	..	..
62 Costa Rica	5,1	0,3	5,8	1,52	0,75	11,6	2,7	10,5	3,4	2.100	85,7	43,1
63 Grenada	7,7	4,6	6,0	6,96	0,47	14,8	65,5	12,1	–9,7	114	488,1	315,8
64 Libyen	2,2	0,1[e]	–5,0	0,03[e]	..	..	1,7	10,4	–0,7	34[h]	..	..
64 Malaysia	3,9	0,0	–1,4	0,55	2,75	47,3	5,3	8,4	0,6	24.577[e]	..	..
64 Serbien	6,0	1,8	10,6	8,72	0,18	33,0	2,0	5,3	0,0	683	104,4	32,1
67 Antigua und Barbuda	8,4	1,7	5,2	2,15	0,19	13,1	47,6	23,6	..	230	487,3	247,8
67 Trinidad und Tobago	2,6	0,0	2,6	0,57	..	46,3	26,7	2,6	–3,0	413	243,7	200,6
69 Kasachstan	6,9	0,2	–2,7	0,20	2,04	13,5	23,6	19,5	0,1	3.393	40,1	38,9
70 Albanien	9,4	2,9	6,7	9,75	0,20	18,5	45,4	2,8	–3,0	2.417	224,3	23,6
71 Venezuela, Bolivarische Republik	1,7	0,0	2,4	0,04	0,20	3,1	1,8	3,5	0,3	615	..	20,1
72 Dominica	5,2	7,0	6,6	5,56	0,04	16,8	104,8	8,3	..	77	140,8	172,6
72 Georgien	6,8	5,5	6,7	6,93	0,43	19,6	25,1	4,0	–6,8	2.033	125,6	36,4
72 Libanon	11,0	1,2	2,1	19,38	9,58	80,0	15,6	17,8	–0,6	2.168	318,4	87,3
72 St. Kitts und Nevis	17,9	1,8	14,4	6,52	0,85	34,5	61,1	9,6	..	92	820,6	629,7
76 Iran, Islamische Republik	0,9	0,0	..	0,32[e]	..	16,3	1,7	2,8	–0,5	2.034	3,5	10,9
77 Peru	4,8	–0,2	7,8	1,65	0,08	26,7	3,7	0,1	–5,1	2.299	92,7	19,6
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	4,0	2,1	3,4	4,25	0,25	22,9	21,9	6,3	0,2	262	..	23,3
78 Ukraine	4,4	0,5	5,2	4,11	0,02	18,4	14,4	11,6	–0,2	21.203	..	..
80 Mauritius	4,4	1,3	19,9	2,33	0,14	22,8	10,9	3,3	0,0	935	140,8	108,5
81 Bosnien und Herzegowina	2,4	3,0	2,4	11,44	0,33	22,9	38,9	0,7	–0,5	365	213,8	49,6
82 Aserbaidschan	2,3	0,3	1,0	2,71	1,82	16,2	16,0	3,0	1,2	1.280	74,8	17,5
83 St. Vincent und die Grenadinen	15,3	2,6	15,5	4,54	1,05	13,0	37,7	7,9	–9,2	72	..	..
84 Oman	1,1	–0,1	–0,8	0,07[e]	9,86[e]	20,0	0,5	28,4	11,7	1.048[e]	223,1	206,9
85 Brasilien	2,7	0,0	4,1	0,19	0,06	14,1	0,7	0,4	–0,5	5.161	..	2,3
85 Jamaika	1,6	1,1	–1,5	14,50	2,26	15,1	36,1	1,1	–7,4	1.922	252,4	828,6
87 Armenien	6,5	3,5	4,3	10,63	1,67	18,9	28,2	10,5	–4,9	575	174,9	243,8
88 St. Lucia	9,2	3,6	9,7	2,62	0,37	17,3	23,3	5,9	–1,2	306	292,7	203,6
89 Ecuador	0,3	0,3	0,9	4,43	0,14	2,5	8,3	2,9	–1,7	1.047	62,7	11,7
90 Türkei	2,1	0,1	4,6	0,12	0,02	10,1	5,6	1,9	–0,1	27.000	57,8	43,4
91 Kolumbien	4,0	0,3	3,7	1,41	0,04	9,5	4,6	0,2	–0,5	2.147	..	..
92 Sri Lanka	1,0	1,2	3,3	8,38	1,10	10,6	9,1	1,7	–2,5	654	28,6	..
93 Algerien	1,4	0,1	1,1	1,26	0,03	96,9	3,4	0,7	–0,8	1.912	36,5	17,1
94 Tunesien	3,2	1,3	3,0	4,45	0,03	21,4	6,3	0,3	–0,4	6.903	58,0	16,1
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
95 Tonga	4,5	19,5	0,0	23,65	2,60	32,9	45,4	0,8	–16,0	45	..	..
96 Belize	6,2	2,0	5,2	5,68	1,65	16,1	16,1	15,0	–0,7	239	135,8	178,5
96 Dominikanische Republik	3,2	0,4	5,6	6,53	0,06	7,4	10,1	4,2	–2,9	4.125	309,4	52,2
96 Fidschi	6,2	2,5	6,0	5,78	0,69	21,8	21,3	2,2	–6,8	632	..	..
96 Samoa	0,1	25,5	1,8	24,11	1,21	25,7	67,3	5,0	–17,3	130	..	..
100 Jordanien	6,4	3,6	6,0	13,78	1,87	39,8	11,3	45,9	7,0	4.557	95,8	6,8
101 China	3,1	0,0	2,6	0,89	0,03	43,8	0,6	0,1	–0,3	55.664	9,2	2,9
102 Turkmenistan	10,4	0,2	..	..	..	..	5,0	4,0	–2,2	8	..	..
103 Thailand	3,0	0,0	4,2	0,55	..	48,4	1,2	1,7	1,5	15.936	20,5	..
104 Malediven	7,9	5,6	7,9	0,20	5,31	17,0	0,6	1,0	0,0	792	..	428,6
105 Suriname	–5,9	2,4	–6,2	0,10[e]	0,03[e]	13,8	39,0	7,5	–2,0	205	..	..
106 Gabun	1,3	0,9	..	..	..	12,7	1,7	18,9	0,7	358	..	..
107 El Salvador	1,5	1,4	2,1	16,10	0,11	9,3	20,5	0,7	–9,5	1.150	223,3	175,7
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	3,2	3,6	4,2	5,54	0,53	40,6	6,8	1,5	–3,5	807	85,6	11,4
108 Mongolei	23,5	5,4	54,9	4,46	2,73	26,6	1,2	0,4	–1,1	457	35,2	17,2
110 Palästina, Staat	..	..	..	..	..	..	68,4	43,6	–4,7	522	..	..
111 Paraguay	2,1	0,6	2,0	3,67	..	20,7	7,9	2,5	–1,3	465	37,6	19,4
112 Ägypten	2,9	0,3	7,2	3,53	0,12	6,5	4,4	0,3	–0,9	14.051	55,4	7,8
113 Moldau, Republik	3,9	7,5	3,7	23,57	2,01	28,1	21,5	11,4	–9,4	8	198,1	59,8
114 Philippinen	0,6	0,3	3,0	10,73	0,03	29,9	4,6	0,5	–2,8	3.520	..	..
114 Usbekistan	2,1	0,6	..	..	..	..	7,0	4,2	–3,9	975	..	..
116 Syrien, Arabische Rep.	2,5	0,2	2,2	2,78	0,36	32,9	4,2	9,8	–0,6	8.546	..	23,4
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	3,4	40,2	..	..	..	23,6	19,7	2,4	–16,3	26	..	..

TABELLE 11 INTERNATIONALE KAPITALSTRÖME UND MIGRATION

	FINANZSTRÖME						MENSCHLICHE MOBILITÄT					
	Ausländische Direktinvestitionen, Nettozuflüsse	Erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe, netto[a]	Private Kapitalströme	Rücküberweisungen (% des BIP)		Gesamtreserven abzüglich Gold	Migration			Grenzüberschreitender Einreiseverkehr	Internationaler Telefonverkehr (Minuten pro Person)	
							Anteil der Emigranten[b]	Anteil der Immigranten	Nettomigrationsrate			
	(% des BIP)	(% des BNE)	(% des BIP)	Zuflüsse	Abflüsse	(% des BIP)	(% der Bevölkerung)		(pro 1.000 Personen)	(Tausend)	Eingehende Anrufe	Ausgehende Anrufe
HDI-Rang	2007–2011[c]	2010	2007–2011[c]	2010	2010	2007–2011[c]	2010	2010	2005/2010[d]	2010	2005–2010[c]	2005–2010[c]
118 Guyana	11,9	6,7	11,8	13,65	3,41	34,6	56,9	1,5	–10,7	150	103,4	26,8
119 Botsuana	1,8	1,1	4,6	0,67	0,68	45,8	3,2	5,8	1,9	2.145	..	26,3
120 Honduras	5,9	3,9	5,8	17,27	0,08	15,9	7,5	0,3	–2,8	896	96,0	139,9
121 Indonesien	2,1	0,2	1,7	0,98	0,40	12,6	1,1	0,1	–1,1	7.003	..	..
121 Kiribati	2,4	10,5	..	..	..	..	6,5	2,0	..	5[f]	..	..
121 Südafrika	1,4	0,3	1,6	0,31	0,38	10,4	1,7	3,7	2,9	8.074	..	..
124 Vanuatu	5,6	16,2	7,1	0,93	0,38	21,2	1,6	0,3	0,0	97	..	..
125 Kirgistan	6,6	8,5	3,9	26,60	6,19	28,8	11,2	4,0	–5,1	1.316	23,6	50,0
125 Tadschikistan	0,3	7,8	0,4	39,96	15,17	4,4	11,2	4,0	–8,9	325	..	..
127 Vietnam	7,5	2,9	6,4	7,76	..	10,9	2,5	0,1	–1,0	3.747	..	..
128 Namibia	7,1	2,4	4,5	0,13	0,14	14,5	0,7	6,3	–0,1	984	..	..
129 Nicaragua	13,3	9,8	13,3	12,48	..	25,9	12,5	0,7	–7,1	1.011	..	..
130 Marokko	2,5	1,1	2,0	7,07	0,07	19,5	9,3	0,2	–4,3	9.288	114,1	14,5
131 Irak	1,8	2,8	–1,1	0,09	0,04	52,6	4,9	0,3	–1,0	1.518	..	..
132 Kap Verde	6,7	20,7	4,8	8,36	0,71	17,8	37,6	2,4	–7,1	382	110,4	28,5
133 Guatemala	2,2	1,0	1,5	10,23	0,05	12,4	6,1	0,4	–3,0	1.876	119,6	50,0
134 Timor-Leste	32,0	9,2	..	..	..	43,8	1,4	1,2	–9,4	40	6,9	11,4
135 Ghana	7,9	5,3	9,8	0,42	..	14,0	3,4	7,6	–0,4	803	45,3	24,5
136 Äquatorialguinea	4,8	0,9	..	..	..	15,4	14,9	1,1	6,1	..	..	..
136 Indien	1,4	0,2	3,0	3,21	0,23	14,7	0,9	0,4	–0,5	5.776	20,1	7,5
138 Kambodscha	7,0	6,9	6,5	3,29	1,91	26,8	2,3	2,2	–3,7	2.399	..	..
138 Laos, Demokratische Volksrep.	3,9	6,2	4,6	0,57	0,11	9,8	5,7	0,3	–2,5	1.670	..	..
140 Bhutan	1,3	9,2	..	0,32	5,41	46,8	6,3	5,7	4,9	27	..	..
141 Swasiland	3,7	2,6	5,0	2,95	0,30	15,1	13,4	3,4	–1,0	868	38,2	3,7
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
142 Kongo	23,5	14,5	..	0,12	0,85	38,3	5,6	3,8	2,6	85	..	..
143 Salomonen	35,1	61,4	34,3	0,43	0,65	49,2	1,0	1,3	0,0	21	..	..
144 São Tomé und Príncipe	12,3	24,2	12,2	0,99	0,27	20,7	21,9	3,2	–8,2	8	40,7	14,6
145 Kenia	0,6	5,1	0,8	5,52	0,19	12,7	1,1	2,0	–1,0	1.469	16,5	7,6
146 Bangladesch	0,7	1,3	0,8	10,81	0,01	7,7	3,3	0,7	–4,0	267	..	..
146 Pakistan	1,1	1,6	0,6	5,48	0,01	6,9	2,5	2,3	–2,4	855	24,8	13,1
148 Angola	–3,9	0,3	–5,9	0,10[h]	0,87	28,5	2,8	0,3	0,9	425	..	..
149 Myanmar	..	..	..	..	..	..	1,0	0,2	–2,1	311	2,9	0,2
150 Kamerun	0,0	2,4	0,5	0,87	0,24	12,6	1,4	1,0	–0,2	298	23,2	5,4
151 Madagaskar	9,9	5,4	..	..	..	12,9	0,4	0,2	–0,1	196	5,5	2,1
152 Tansania, Vereinigte Rep.	1,9	13,0	4,6	0,11	0,55	15,7	0,7	1,5	–1,4	783	3,8	3,2
153 Nigeria	3,1	1,2	4,9	5,10	0,02	14,9	0,6	0,7	–0,4	1.414	18,7	11,8
154 Senegal	1,8	7,3	3,1	10,47	1,12	13,6	5,0	1,6	–2,3	875	86,5	26,9
155 Mauretanien	0,4	10,6	..	..	..	11,9	3,5	2,9	0,6	..	39,9	15,8
156 Papua-Neuguinea	0,3	5,5	–0,8	0,16	3,41	32,9	0,9	0,4	0,0	114[h]	..	..
157 Nepal	0,5	5,1	0,5	21,66	0,20	19,2	3,3	3,2	–0,7	603	12,9	..
158 Lesotho	5,4	9,5	5,5	34,23	0,88	..	20,5	0,3	–1,9	414	..	..
159 Togo	1,3	13,3	–0,6	10,49	2,27	21,5	5,4	2,7	–0,2	150	34,9	10,2
160 Jemen	0,2	2,3	–1,8	3,99	1,09	13,2	4,7	2,1	–1,2	536	76,6	4,6
161 Haiti	2,3	45,5	2,3	22,59	2,03	16,3	9,9	0,3	–5,0	423	..	..
161 Uganda	4,7	10,2	6,3	5,32	3,50	15,6	2,2	1,9	–0,9	946	..	4,9
163 Sambia	10,3	6,4	4,6	0,27	0,42	12,1	1,4	1,8	–1,4	815	..	..
164 Dschibuti	9,2	14,9[e]	9,2	3,09[e]	..	..	1,5	13,0	0,0	53	41,1	209,2
165 Gambia	3,2	11,9	3,2	11,02	5,53	20,1	3,7	16,6	–1,7	91[h]	..	..
166 Benin	1,7	10,5	1,1	3,78	1,34	12,2	5,8	2,5	1,2	199[h]	40,8	23,9
167 Ruanda	0,8	18,5	1,1	1,63	1,27	16,5	2,6	4,5	0,3	666	9,2	3,0
168 Côte d'Ivoire	1,8	3,9	1,4	0,78	3,29	17,9	5,4	11,2	–3,8	..	..	..
169 Komoren	1,7	12,5	..	..	..	25,4	5,6	2,0	–2,9	15	..	..
170 Malawi	2,8	20,8	1,4	..	..	3,5	1,4	1,8	–0,3	746	..	0,9
171 Sudan	3,1	3,4	3,1	2,95	0,00	0,3	2,2	1,7	0,7	420	10,4	16,0
172 Simbabwe	1,4	10,1	..	..	..	..	9,9	2,9	–14,3	2.239	16,0	21,8
173 Äthiopien	1,0	11,9	2,0	0,76	0,09	..	0,7	0,6	–0,8	330	5,7	0,4
174 Liberia	45,8	175,5	45,8	2,71	0,10	..	10,5	2,3	16,7	..	24,5	28,0
175 Afghanistan	0,4	42,4	..	..	..	25,9	8,1	0,3	–2,6	..	4,9	2,5
176 Guinea-Bissau	1,1	16,7	1,4	5,76	2,03	22,6	6,8	1,2	–1,4	30	..	..

	FINANZSTRÖME						MENSCHLICHE MOBILITÄT					
	Ausländische Direktinvestitionen, Nettozuflüsse	Erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe, netto[a]	Private Kapitalströme	Rücküberweisungen (% des BIP)		Gesamtreserven abzüglich Gold	Migration			Grenzüberschreitender Einreiseverkehr	Internationaler Telefonverkehr (Minuten pro Person)	
							Anteil der Emigranten[b]	Anteil der Immigranten	Nettomigrationsrate			
	(% des BIP)	(% des BNE)	(% des BIP)	Zuflüsse	Abflüsse	(% des BIP)	(% der Bevölkerung)		(pro 1.000 Personen)	(Tausend)	Eingehende Anrufe	Ausgehende Anrufe
HDI-Rang	2007–2011[c]	2010	2007–2011[c]	2010	2010	2007–2011[c]	2010	2010	2005/2010[d]	2010	2005–2010[c]	2005–2010[c]
177 Sierra Leone	4,5	24,4	36,9	3,01	0,31	19,6	4,6	1,8	2,2	39	..	..
178 Burundi	0,0	31,0	0,1	1,39	0,06	12,6	4,2	0,7	9,5	201	..	..
178 Guinea	2,1	5,1	22,7	1,28	0,92	..	5,2	3,8	–6,3	30[i]	..	..
180 Zentralafrikanische Republik	3,6	13,2	..	..	..	7,1	2,9	1,8	0,2	52	5,5	6,6
181 Eritrea	2,6	7,7	..	..	..	4,4	18,0	0,3	2,3	84	22,9	1,7
182 Mali	1,6	12,1	–0,6	4,63	1,77	13,0	7,6	1,2	–1,4	169	8,8	14,1
183 Burkina Faso	0,4	12,0	0,4	1,08	1,13	9,4	9,7	6,4	–1,6	274	..	..
184 Tschad	9,1	6,2	..	..	..	10,0	2,1	3,4	–1,4	31	..	..
185 Mosambik	8,6	21,4	16,1	1,43	0,87	19,3	5,0	1,9	–0,2	2.224	5,9	2,6
186 Kongo, Demokratische Rep.	22,4	29,0	..	..	..	8,1	1,3	0,7	–0,1	53	3,9	3,1
186 Niger	17,5	13,8	13,4	1,63	0,41	11,2	2,4	1,3	–0,4	66	..	..
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE												
Korea, Dem. Volksrep.	..	..	..	..	..	..	1,3	0,2	0,0	..	..	..
Marshallinseln	5,3	45,9	..	..	..	..	16,6	2,7	..	5	..	..
Monaco	..	..	..	..	..	..	56,3	71,6	..	279	..	..
Nauru	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
San Marino	..	..	..	..	..	1,2	9,9	37,0	..	120	..	..
Somalia	..	..	..	..	..	20,7	8,7	0,2	–6,8	..	..	..
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	4,8	26,2	..	..	..	..	..	..	..	2	..	..
HDI-Gruppierungen												
Sehr hohe menschliche Entwicklung	2,7	..	0,9	0,31	0,50	7,8	3,6	11,3	4,0	534.968	..	189,8
Hohe menschliche Entwicklung	2,7	0,2	2,2	0,99	1,25	23,2	6,7	4,5	–0,3	199.071	62,5	24,9
Mittlere menschliche Entwicklung	2,8	0,2	2,8	1,81	0,13	33,8	1,6	0,7	–0,6	163.618	..	..
Niedrige menschliche Entwicklung	2,3	5,5	1,9	4,91	0,46	13,6	2,8	1,6	–1,5	19.020	..	..
Regionen												
Arabische Staaten	2,4	..	0,5	2,29	3,76	43,7	5,4	8,0	3,3	76.540	..	..
Ostasien und Pazifik	3,1	0,1	..	..	..	40,3	1,1	0,3	–0,5	116.484	..	..
Europa und Zentralasien	3,4	..	1,8	1,22	0,81	19,4	10,3	6,5	–0,1	149.901	90,3	49,2
Lateinamerika und Karibik	2,7	0,2	3,7	1,15	0,12	13,1	5,3	1,1	–1,8	66.379	101,7	23,9
Südasien	1,3	0,7	2,6	3,60	0,23	14,0	1,6	0,8	–1,1	11.008	19,5	..
Afrika südlich der Sahara	2,7	3,8	2,8	1,99	0,52	15,0	2,5	2,1	–0,5	30.141	..	..
Am wenigsten entwickelte Länder	2,4	8,3	1,5	5,09	..	14,8	3,3	1,4	–1,4	16.915	..	..
Kleine Inselentwicklungsländer	2,7	3,4	5,0	6,13	1,05	16,7	12,5	1,8	–3,5	15.782	..	..
Welt	**2,7**	**0,0**	**1,4**	**0,76**	**0,53**	**14,7**	**2,9**	**3,1**	**0,0**	**917.082**	**..**	**..**

HINWEISE

a Negative Werte beziehen sich auf die von Geberländern ausgezahlte öffentliche Entwicklungshilfe (netto)

b Manche Werte können über 100% liegen (siehe Definitionen).

c Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

d Die Daten sind durchschnittliche jährliche Schätzungen für 2005-2010.

e Bezieht sich auf 2009.

f bezieht sich auf 2007.

g Bezieht sich auf 2006.

h Bezieht sich auf 2008.

DEFINITIONEN

Ausländische Direktinvestitionen, Nettozuflüsse: Summe aus Aktienkapital, Reinvestition von Gewinnen sowie anderem lang- und kurzfristigem Kapital, ausgedrückt als prozentualer Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe, netto: Auszahlungen von Darlehen zu Vorzugsbedingungen (abzüglich Darlehensrückzahlungen) und Zuschüsse offizieller Stellen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlergehens in Ländern und Gebieten, die in Teil I der Empfängerliste des Entwicklungshilfeausschusses aufgeführt sind, ausgedrückt als prozentualer Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) des Empfängerlands.

Private Kapitalströme: Ausländische Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Rücküberweisungen, Zuflüsse: Einkünfte und materielle Ressourcen, die von internationalen Migranten oder Flüchtlingen an Empfänger in ihrem Herkunftsland oder früheren Wohnland transferiert werden.

Rücküberweisungen, Abflüsse: Von Arbeitsmigranten vorgenommene laufende Geldüberweisungen sowie Transfers der Löhne und Gehälter nicht gebietsansässiger Arbeitnehmer. Rücküberweisungen werden klassifiziert als laufende private Geldtransfers, die von Arbeitsmigranten, die länger als ein Jahr in einem Gastland ansässig sind, ungeachtet ihres Immigrationsstatus, an Empfänger in ihrem Herkunftsland überwiesen werden. Geldtransfers von Migranten werden definiert als der Nettobetrag, den Migranten, die voraussichtlich länger als ein Jahr in dem Gastland bleiben werden, zum Zeitpunkt der Migration von einem Land in ein anderes transferieren. Als Arbeitsentgelt wird das Einkommen von Migranten bezeichnet, die seit weniger als einem Jahr in dem Gastland leben. Die Daten werden ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Gesamtreserven abzüglich Gold: Summe der Sonderziehungsrechte der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gehaltenen Reserven seiner Mitglieder sowie der von den Währungsbehörden gehaltenen Devisenbestände, mit Ausnahme von Goldreserven, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Anteil der Emigranten: Verhältnis der Emigranten aus einem Land zur Bevölkerung (nicht zur Summe von Bevölkerung und Emigranten), ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Bevölkerung des Landes. Die Definition von Emigranten ist von Land zu Land unterschiedlich, bezieht sich aber in der Regel auf Gebietsansässige, die das Land in der Absicht verlassen haben, länger als ein Jahr im Ausland zu bleiben.

Anteil der Immigranten: Verhältnis der Zu- und Einwanderer in einem Land zur Bevölkerung, ausgedrückt als prozentualer Anteil. Die Definition von Immigranten ist von Land zu Land unterschiedlich, bezieht sich aber in der Regel auf die im Ausland geborenen Personen oder Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft bzw. eine Kombination aus beiden.

Nettomigrationsrate: Verhältnis des Saldos der Zu- und Fortzüge von Migranten in einem Land während eines bestimmten Zeitraums zur Durchschnittsbevölkerung während desselben Zeitraums, ausgedrückt pro 1.000 Personen.

Grenzüberschreitender Einreiseverkehr: Einreisen nicht gebietsansässiger Besucher (Übernachtungsgäste, Touristen, Tagesbesucher, Ausflügler) an Grenzübergangsstellen.

Internationaler Telefonverkehr, eingehende Anrufe: Zustandegekommene Telefongespräche (Festnetz und Mobil), die von einem Anschluss außerhalb eines bestimmten Landes mit einem Anschluss innerhalb dieses Landes geführt werden, ausgedrückt in Gesprächsminuten pro Person.

Internationaler Telefonverkehr, ausgehende Anrufe: Zustandegekommene Telefongespräche (Festnetz und Mobil), die von einem Anschluss innerhalb eines bestimmten Landes mit einem Anschluss außerhalb des Landes geführt werden, ausgedrückt in Gesprächsminuten pro Person.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalte 1, 3-6: World Bank (2012a).

Spalte 2: World Bank (2012a) und OECD-DAC (2012).

Spalte 7: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der Weltbank (2011) und von UNDESA (2011).

Spalte 8: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der Weltbank (2011) und von Bevölkerungsdaten der Weltbank (2012a).

Spalten 9: UNDESA (2011).

Spalte 10: UN WTO (2012).

Spalten 11 und 12: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der ITU (2012) über den gesamten eingehenden und ausgehenden internationalen Telefonverkehr.

TABELLE 12

Innovation und Technologie

HDI-Rang	FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG: Ausgaben (% des BIP) 2005–2010[b]	Wissenschaftler (pro Millionen Personen) 2002–2010[b]	Absolventen Natur/Ingenieurwissenschaften[a] (% von insgesamt) 2002–2011[b]	INNOVATION: An Ansässige und nicht ansässige erteilte Patente (po Millionen Personen) 2005–2010[b]	Eingenommene Patent-/Lizenzgebühren ($ pro Kopf) 2005–2011[b]	EINSATZ VON TECHNOLOGIE: Elektrifizierungsrate (% der Bevölkerung) 2009	Personalcomputer (pro 100 Personen) 2002–2009[b]	Internetbenutzer (pro 100 Personen) 2010	Verträge für Festnetz-Breitband-Internetverbindungen (pro 100 Personen) 2010	Festnetz- und Mobiltelefonverträge (pro 100 Personen) 2010
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
1 Norwegen	1,8	5.503,7	15,3	334,0	101,9	99,7[c]	62,9	93,3	35,3	149,3
2 Australien	2,3	4.258,5	18,1	653,7	32,7	99,7[c]	60,3	75,9	24,2	139,7
3 Vereinigte Staaten	2,8	4.673,2	15,5	707,6	387,1	99,7[c]	80,6	74,2	27,6	139,0
4 Niederlande	1,8	2.817,6	14,0	117,6	320,8	99,7[c]	91,2	90,7	38,1	158,9
5 Deutschland	2,8	3.780,1	28,6	166,2	174,9	99,7[c]	65,6	82,5	31,7	183,7
6 Neuseeland	1,2	4.323,7	20,5	995,2	53,5	99,7[c]	52,6	83,0	24,9	157,7
7 Irland	1,8	3.372,5	21,6	54,4	574,2	99,7[c]	58,2	69,8	21,1	151,5
7 Schweden	3,6	5.017,6	25,0	147,1	619,4	99,7[c]	88,1	90,0	31,8	168,6
9 Schweiz	3,0	3.319,8	21,6	96,7	..	99,7[c]	96,2	82,2	37,9	177,7
10 Japan	3,4	5.189,3	20,6	1,759,9	226,8	99,7[c]	40,7	77,6	26,9	126,4
11 Kanada	2,0	4.334,7	21,1	562,1	114,4	99,7[c]	94,5	81,3	29,8	120,3
12 Korea, Republik	3,4	4.946,9	31,5	1,428,8	86,8	99,7[c]	57,6	82,5	35,7	162,3
13 Hongkong, China (SAR)	0,8	2.759,5	34,7	758,9	56,6	99,7[c]	69,3	71,8	29,9	256,9
13 Island	2,6	7.428,1	14,5	434,2	0,1	99,7[c]	52,7	95,6	34,1	168,1
15 Dänemark	3,0	6.390,3	19,6	27,9	..	99,7[c]	54,9	88,8	37,7	172,2
16 Israel	4,3	..	..	502,0	137,3	99,7	24,2	65,4	25,1	172,5
17 Belgien	2,0	3.490,7	16,3	49,7	232,1	99,7[c]	37,7	73,7	31,5	154,1
18 Österreich	2,7	4.122,1	28,8	134,6	92,6	99,7[c]	60,7	72,7	23,9	184,6
18 Singapur	2,7	5.834,0	..	873,3	367,7	100,0	74,3	71,1	24,9	184,8
20 Frankreich	2,2	3.689,8	26,2	157,7	240,0	99,7[c]	63,1	77,5	34,0	151,8
21 Finnland	3,8	7.647,4	29,4	172,1	556,5	99,7[c]	50,0	86,9	28,6	179,7
21 Slowenien	1,9	3.678,8	18,2	123,2	42,7	99,7[c]	42,5	69,3	24,2	148,0
23 Spanien	1,4	2.931,8	25,3	60,2	23,0	99,7[c]	39,3	65,8	22,9	155,9
24 Liechtenstein	..	..	19,8	..	..	99,7[c]	..	80,0	63,8	152,9
25 Italien	1,3	1.690,0	20,5	303,4	59,8	99,7[c]	36,7	53,7	21,9	185,3
26 Luxemburg	1,7	4.824,8	32,5	171,4	890,0	99,7[c]	67,3	90,1	33,2	197,1
26 Vereinigtes Königreich	1,8	3.794,2	21,7	90,2	226,3	99,7[c]	80,2	84,7	31,6	184,0
28 Tschechische Republik	1,5	2.754,8	23,8	86,8	10,2	99,7[c]	27,4	68,6	14,5	159,7
29 Griechenland	0,6	1.849,5	24,9	42,2	6,1	99,7[c]	9,4	44,6	19,9	154,6
30 Brunei Darussalam	..	286,3	21,9	107,2	..	99,7[c]	9,1	50,0	5,4	129,1
31 Zypern	0,5	752,0	13,7	17,2	2,1	99,7[c]	30,9	53,0	17,6	131,2
32 Malta	0,6	1.168,1	15,0	9,6	81,0	..	..	63,1	28,0	169,2
33 Andorra	..	..	..	..	..	99,7[c]	..	81,0	28,9	122,2
33 Estland	1,4	3.210,3	19,4	89,5	16,9	99,7[c]	25,5	74,2	25,1	159,3
35 Slowakei	0,5	2.437,7	20,6	68,8	0,7	99,7[c]	58,1	79,9	12,7	129,4
36 Katar	..	..	24,0	..	..	98,7	16,0	81,6	8,2	149,4
37 Ungarn	1,1	2.005,9	15,1	6,5	102,8	99,7[c]	25,6	65,2	19,6	149,9
38 Barbados	..	..	8,7	..	12,6	99,7[c]	14,8	70,0	20,6	177,9
39 Polen	0,7	1.597,5	15,7	78,5	7,1	99,7[c]	16,9	62,5	13,0	143,0
40 Chile	0,4	354,8	20,4	59,6	3,7	98,5	14,1	45,0	10,5	136,2
41 Litauen	0,8	2.541,1	21,0	25,3	0,2	99,7[c]	24,2	62,8	20,6	171,1
41 Vereinigte Arabische Emirate	..	..	27,3	..	..	100,0	30,0	78,0	10,5	165,1
43 Portugal	1,7	4.307,8	33,8	13,1	5,7	99,7[c]	18,2	51,3	19,2	185,0
44 Lettland	0,5	1.601,2	14,3	81,7	4,5	99,7[c]	32,7	71,5	19,3	126,8
45 Argentinien	0,5	1.045,5	14,3	30,6	4,7	97,2	9,0	36,0	9,6	166,5
46 Seychellen	0,3	155,7	..	..	21,6	99,7[c]	21,2	40,8	7,3	160,5
47 Kroatien	0,8	1.571,3	24,4	18,6	5,3	99,7[c]	18,0	60,1	18,3	186,2
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
48 Bahrain	..	..	..	..	..	99,4	55,0	55,0	5,4	142,2
49 Bahamas	..	..	..	..	..	..	12,5	43,0	7,2	162,6
50 Belarus	0,6	..	26,6	127,4	2,1	..	..	32,1	17,4	152,5
51 Uruguay	0,7	346,1	13,6	8,6	0,1	98,3	13,6	47,9	10,9	160,8
52 Montenegro	1,1	..	..	418,1	..	..	..	52,0	8,3	211,9
52 Palau	..	..	..	..	..	..	..	..	1,2	105,0
54 Kuwait	0,1	151,9	..	..	..	100,0	26,5	38,3	1,7	181,5
55 Russische Föderation	1,3	3.091,4	28,1	212,1	6,1	..	13,3	43,4	11,0	199,4
56 Rumänien	0,5	894,8	21,7	20,8	13,7	..	19,2	40,0	13,9	135,9
57 Bulgarien	0,5	1.586,7	18,8	33,5	2,5	..	11,0	46,0	14,5	164,9
57 Saudi-Arabien	0,1	..	35,8	7,1	..	99,0	65,7	41,0	5,5	203,0

	FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG			INNOVATION		EINSATZ VON TECHNOLOGIE				
	Ausgaben	Wissenschaftler	Absolventen Natur/Ingenieur-wissenschaften[a]	An Ansässige und nicht ansässige erteilte Patente	Eingenommene Patent-/Lizenz-gebühren	Elektrifizierungs-rate	Personal-computer	Internet-benutzer	Verträge für Festnetz-Breitband-Internetverbindungen	Festnetz- und Mobiltelefon-verträge
	(% des BIP)	(pro Millionen Personen)	(% von insgesamt)	(po Millionen Personen)	($ pro Kopf)	(% der Bevölkerung)	(pro 100 Personen)			
HDI-Rang	2005–2010[b]	2002–2010[b]	2002–2011[b]	2005–2010[b]	2005–2011[b]	2009	2002–2009[b]	2010	2010	2010
59 Kuba	0,5	..	3,3	12,4	..	97,0	5,6	15,9	0,0	19,2
59 Panama	0,2	111,3	19,2	107,5	..	88,1	6,3	42,7	7,8	200,4
61 Mexiko	0,4	347,3	25,6	82,9	..	..	13,9	31,1	10,0	98,1
62 Costa Rica	0,4	257,4	11,9	9,7	0,9	99,3	23,2	36,5	6,2	96,9
63 Grenada	..	..	..	..	0,7	..	15,6	33,6	13,8	144,5
64 Libyen	..	..	..	..	..	99,8	2,3	14,0	1,1	190,8
64 Malaysia	0,6	364,6	37,7	76,7	9,5	99,4	22,7	56,3	7,3	135,3
64 Serbien	0,9	1.060,1	23,7	43,3	7,8	..	17,6	43,1	11,2	178,7
67 Antigua und Barbuda	..	..	..	104,7	..	..	20,6	80,6	8,0	232,2
67 Trinidad und Tobago	0,0	..	30,4	67,6	..	99,0	13,2	48,5	10,8	163,1
69 Kasachstan	0,2	..	..	10,9	0,0	..	..	33,4	8,9	143,7
70 Albanien	0,2	146,8	6,1	108,9	4,1	..	4,6	45,0	3,3	152,3
71 Venezuela, Bolivarische Republik	..	182,6	..	..	..	99,0	9,3	35,9	5,4	121,3
72 Dominica	..	..	..	..	0,2	..	18,8	47,3	13,9	178,0
72 Georgien	0,2	..	8,2	59,3	1,0	..	5,4	26,3	5,8	114,2
72 Libanon	..	..	25,0	..	1,7	99,9	10,3	31,0	4,7	89,0
72 St. Kitts und Nevis	..	..	..	..	..	..	22,7	76,6	27,9	191,9
76 Iran, Islamische Republik	0,8	750,7	44,4	63,9	..	98,4	10,5	13,0	0,7	127,5
77 Peru	..	..	..	12,6	0,1	85,7	10,2	34,3	3,1	111,0
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	0,2	471,6	21,4	163,7	4,7	..	36,6	51,9	12,5	124,6
78 Ukraine	0,9	1.353,1	26,3	85,2	2,3	..	4,5	44,6	6,5	145,8
80 Mauritius	0,4	..	..	6,2	1,7	99,4	17,6	28,7	6,1	123,2
81 Bosnien und Herzegowina	0,0	197,2	..	46,0	3,4	..	6,4	52,0	8,2	109,3
82 Aserbaidschan	0,3	..	16,6	22,9	0,0	..	8,0	46,7	5,0	117,1
83 St. Vincent und die Grenadinen	..	..	..	..	..	..	15,2	..	11,4	140,8
84 Oman	..	..	38,9	..	..	98,0	18,0	62,0	1,6	175,6
85 Brasilien	1,1	695,7	12,2	16,7	3,0	98,3	16,1	40,7	6,8	125,7
85 Jamaika	..	..	..	15,9	1,8	92,0	6,8	26,5	4,3	127,5
87 Armenien	0,3	..	15,9	40,1	..	..	9,7	44,0	2,8	144,2
88 St. Lucia	..	..	..	203,6	..	..	16,0	40,1	11,6	135,9
89 Ecuador	0,3	106,1	12,8	1,9	..	92,2	12,5	29,0	1,4	116,6
90 Türkei	0,8	803,9	20,9	9,0	..	..	6,4	39,8	9,7	107,2
91 Kolumbien	0,2	157,2	23,2	13,8	1,3	93,6	11,2	36,5	5,6	111,6
92 Sri Lanka	0,1	96,3	..	24,2	..	76,6	3,7	12,0	1,1	100,4
93 Algerien	0,1	170,1	28,0	6,3	0,1	99,3	1,1	12,5	2,5	100,7
94 Tunesien	1,1	1.862,5	..	..	2,4	99,5	9,7	36,6	4,6	117,6
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
95 Tonga	..	..	..	..	..	..	5,9	12,0	1,0	82,0
96 Belize	..	..	..	24,4	7,0	..	14,4	12,6	2,9	65,1
96 Dominikanische Republik	..	..	..	..	..	95,9	2,2	39,5	3,6	99,8
96 Fidschi	..	..	..	..	0,6	..	6,1	14,8	2,7	96,3
96 Samoa	..	..	..	60,7	..	..	2,3	7,0	0,1	110,2
100 Jordanien	0,4	..	25,1	10,3	..	99,9	7,6	38,9	3,2	117,5
101 China	1,5	1.198,9	..	100,7	0,6	99,4	5,7	34,4	9,4	86,2
102 Turkmenistan	..	..	..	..	..	..	7,3	2,2	0,0	73,7
103 Thailand	0,2	315,5	..	11,2	2,2	99,3	6,6	21,2	4,6	113,6
104 Malediven	..	..	..	..	26,5	..	20,0	28,3	4,8	171,6
105 Suriname	..	..	..	..	1,3	..	4,0	31,6	3,0	185,7
106 Gabun	0,6	..	..	..	..	36,7	3,4	7,2	0,3	109,0
107 El Salvador	0,1	..	26,4	..	0,0	86,4	5,8	15,9	2,8	140,5
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	..	120,3	..	..	0,7	77,5	2,4	20,0	1,0	80,8
108 Mongolei	0,2	..	17,1	34,8	0,8	67,0	25,8	12,9	2,6	98,1
110 Palästina, Staat	..	144,3	16,5	..	1,4	..	5,5	36,4	..	..
111 Paraguay	0,1	74,8	..	..	45,2	96,7	7,8	19,8	0,4	97,3
112 Ägypten	0,2	420,4	..	4,0	1,6	99,6	4,1	26,7	1,8	99,0
113 Moldau, Republik	0,5	794,1	..	36,9	1,5	..	11,8	40,1	7,5	121,5
114 Philippinen	0,1	78,5	23,8	3,8	0,1	89,7	7,2	25,0	1,8	92,9
114 Usbekistan	..	..	21,1	7,0	..	..	3,1	19,4	0,3	80,8
116 Syrien, Arabische Rep.	..	..	..	2,4	0,1	92,7	9,4	20,7	0,3	77,6
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	..	..	..	..	..	..	5,5	20,0	0,9	32,4

TABELLE 12 INNOVATION UND TECHNOLOGIE

	FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG			INNOVATION		EINSATZ VON TECHNOLOGIE				
	Ausgaben	Wissenschaftler	Absolventen Natur/Ingenieurwissenschaften[a]	An Ansässige und nicht ansässige erteilte Patente	Eingenommene Patent-/Lizenzgebühren	Elektrifizierungsrate	Personalcomputer	Internetbenutzer	Verträge für Festnetz-Breitband-Internetverbindungen	Festnetz- und Mobiltelefonverträge
	(% des BIP)	(pro Millionen Personen)	(% von insgesamt)	(po Millionen Personen)	($ pro Kopf)	(% der Bevölkerung)	(pro 100 Personen)			
HDI-Rang	2005–2010[b]	2002–2010[b]	2002–2011[b]	2005–2010[b]	2005–2011[b]	2009	2002–2009[b]	2010	2010	2010
118 Guyana	..	..	14,4	..	62,2	..	3,6	29,9	1,5	93,4
119 Botsuana	0,5	..	13,0	..	0,1	45,4	6,1	6,0	0,6	124,6
120 Honduras	..	..	6,8	..	..	70,3	2,5	11,1	1,0	133,9
121 Indonesien	0,1	89,6	22,8	..	0,3	64,5	2,0	9,9	0,8	107,5
121 Kiribati	..	..	..	..	..	..	1,1	9,0	0,9	14,1
121 Südafrika	0,9	395,6	..	106,3	1,3	75,0	8,4	12,3	1,5	109,2
124 Vanuatu	..	..	..	..	0,7	..	1,4	8,0	0,2	121,0
125 Kirgistan	0,2	..	15,2	20,4	0,3	..	1,9	19,6	0,3	105,8
125 Tadschikistan	0,1	..	26,0	0,4	0,1	..	1,3	11,5	0,1	91,7
127 Vietnam	..	115,9	..	9,4	..	97,6	9,7	27,9	4,1	196,0
128 Namibia	..	..	2,6	..	0,0	34,0	23,2	6,5	0,4	73,9
129 Nicaragua	..	..	..	..	..	72,1	4,1	10,0	0,8	69,6
130 Marokko	0,6	661,0	34,9	25,3	0,2	97,0	5,7	49,0	1,6	111,8
131 Irak	..	49,5	29,4	..	43,5	86,0	0,8	2,5	0,0	79,9
132 Kap Verde	..	132,5	..	..	0,0	..	14,3	30,0	3,2	89,5
133 Guatemala	0,1	39,4	16,8	7,2	1,0	80,5	2,1	10,5	1,8	136,0
134 Timor-Leste	..	..	..	..	..	22,0	..	0,2	0,0	53,7
135 Ghana	0,2	17,3	16,7	..	..	60,5	1,1	9,5	0,2	72,6
136 Äquatorialguinea	..	..	..	..	..	..	1,5	6,0	0,2	59,0
136 Indien	0,8	135,8	..	5,1	0,1	75,0	3,2	7,5	0,9	64,3
138 Kambodscha	..	17,4	12,5	..	0,0	24,0	0,4	1,3	0,3	60,2
138 Laos, Demokratische Volksrep.	..	15,8	12,8	..	..	55,0	1,7	7,0	0,2	66,2
140 Bhutan	..	..	..	..	..	..	1,9	13,6	1,2	57,9
141 Swasiland	..	..	2,7	..	0,2	..	4,1	9,0	0,1	73,6
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
142 Kongo	..	..	..	..	..	37,1	0,5	5,0	0,0	94,2
143 Salomonen	..	..	..	..	0,0	..	4,7	5,0	0,4	7,1
144 São Tomé und Príncipe	..	..	..	..	..	..	3,9	18,8	0,4	66,8
145 Kenia	0,4	56,2	..	0,5	1,3	16,1	1,4	25,9	0,0	62,6
146 Bangladesch	..	..	10,6	0,6	0,0	41,0	2,5	3,7	0,0	46,8
146 Pakistan	0,5	161,9	..	1,0	0,0	62,4	0,5	16,8	0,3	59,1
148 Angola	..	..	11,9	..	0,7	26,2	0,7	10,0	0,1	48,3
149 Myanmar	..	18,4	..	..	..	13,0	1,0	..	0,0	2,5
150 Kamerun	..	..	21,0	..	0,0	48,7	1,1	4,0	0,0	46,8
151 Madagaskar	0,1	46,2	18,2	2,7	0,1	19,0	0,6	1,7	0,0	37,9
152 Tansania, Vereinigte Rep.	0,4	..	21,1	..	0,0	13,9	0,9	11,0	0,0	47,2
153 Nigeria	0,2	38,6	..	..	..	50,6	0,9	28,4	0,1	55,8
154 Senegal	0,4	384,1	..	..	0,1	42,0	2,3	16,0	0,6	69,9
155 Mauretanien	..	..	..	..	..	..	4,4	3,0	0,2	81,4
156 Papua-Neuguinea	..	..	..	0,2	..	..	6,4	1,3	0,1	29,6
157 Nepal	..	58,7	23,2	0,0	..	43,6	0,5	7,9	0,2	33,5
158 Lesotho	0,0	21,3	..	..	..	16,0	0,2	3,9	0,0	47,3
159 Togo	..	38,2	..	..	0,0	20,0	3,4	5,4	0,1	44,2
160 Jemen	..	..	..	..	1,4	39,6	2,8	12,3	0,3	50,4
161 Haiti	..	..	..	..	..	38,5	5,2	8,4	..	40,5
161 Uganda	0,4	..	9,5	..	0,8	9,0	1,7	12,5	0,2	39,4
163 Sambia	0,3	43,3	..	..	..	18,8	1,1	10,1	0,1	42,8
164 Dschibuti	..	..	46,5	..	..	..	4,2	6,5	0,9	20,7
165 Gambia	0,0	..	..	4,4	..	..	3,6	9,2	0,0	88,3
166 Benin	..	..	..	..	0,0	24,8	0,7	3,1	0,0	81,5
167 Ruanda	..	11,9	..	2,1	0,0	..	0,3	13,0	0,0	33,8
168 Côte d'Ivoire	..	70,4	..	..	0,0	47,3	1,8	2,6	0,0	77,6
169 Komoren	..	..	12,0	..	..	..	0,8	5,1	0,0	25,3
170 Malawi	..	29,9	..	..	..	9,0	0,2	2,3	0,0	21,5
171 Sudan	0,3	..	..	4,4	0,1	35,9	10,8	..	0,4	41,4
172 Simbabwe	..	..	24,8	..	..	41,5	7,6	11,5	0,3	64,3
173 Äthiopien	0,2	20,8	20,9	0,2	0,0	17,0	0,7	0,7	0,0	9,4
174 Liberia	..	..	..	..	..	..	..	7,0	0,0	39,5
175 Afghanistan	..	..	..	..	..	15,5	0,3	3,7	0,0	38,2
176 Guinea-Bissau	..	..	..	..	..	..	0,2	2,5	..	39,5
177 Sierra Leone	..	..	..	..	0,2	..	..	..	..	34,3

	FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG			INNOVATION		EINSATZ VON TECHNOLOGIE				
	Ausgaben	Wissenschaftler	Absolventen Natur/Ingenieur-wissenschaften[a]	An Ansässige und nicht ansässige erteilte Patente	Eingenommene Patent-/Lizenz-gebühren	Elektrifizierungs-rate	Personal-computer	Internet-benutzer	Verträge für Festnetz-Breitband-Internetverbindungen	Festnetz- und Mobiltelefon-verträge
	(% des BIP)	(pro Millionen Personen)	(% von insgesamt)	(po Millionen Personen)	($ pro Kopf)	(% der Bevölkerung)	(pro 100 Personen)			
HDI-Rang	2005–2010[b]	2002–2010[b]	2002–2011[b]	2005–2010[b]	2005–2011[b]	2009	2002–2009[b]	2010	2010	2010
178 Burundi	..	..	9,6	..	0,0	..	0,9	2,1	0,0	14,1
178 Guinea	..	..	..	..	0,0	..	0,5	1,0	0,0	40,3
180 Zentralafrikanische Republik	..	..	..	..	..	..	0,3	2,3	..	22,4
181 Eritrea	..	..	7,9	..	..	32,0	1,0	5,4	0,0	4,6
182 Mali	0,2	37,7	..	..	0,0	..	0,7	2,7	0,0	49,2
183 Burkina Faso	0,2	45,1	23,3	..	0,0	14,6	0,6	1,4	0,1	35,5
184 Tschad	..	..	..	..	..	..	0,2	1,7	0,0	24,3
185 Mosambik	0,2	15,8	12,1	1,8	0,0	11,7	1,4	4,2	0,1	31,3
186 Kongo, Demokratische Rep.	0,5	..	..	..	..	11,1	0,0	0,7	0,0	18,0
186 Niger	..	7,8	..	..	0,0	..	0,1	0,8	0,0	25,1
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE										
Korea, Dem. Volksrep.	..	..	..	258,4	..	26,0	..	..	..	6,6
Marshallinseln	..	..	..	..	..	..	9,6	..	..	15,2
Monaco	0,0	308,1	..	141,2	..	..	..	..	..	..
Nauru	..	..	..	..	..	..	..	..	3,9	..
San Marino	..	..	..	..	..	..	78,9	..	32,0	144,9
Somalia	..	..	..	..	..	..	0,9	..	..	8,0
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	..	..	..	..	..	..	8,7	25,0	3,3	41,9
HDI-Gruppierungen										
Sehr hohe menschliche Entwicklung	2,5	3,854,0	20,3	566,2	210,9	99,6	58,3	72,8	26,5	153,2
Hohe menschliche Entwicklung	0,8	..	..	63,4	..	..	13,6	35,8	7,1	133,5
Mittlere menschliche Entwicklung	..	..	..	..	..	..	4,6	20,8	4,4	84,5
Niedrige menschliche Entwicklung	..	..	..	..	..	..	1,5	10,7	0,1	42,7
Regionen										
Arabische Staaten	..	..	..	..	..	86,7	10,8	27,2	2,0	99,6
Ostasien und Pazifik	..	..	..	..	..	..	5,6	29,8	7,2	92,2
Europa und Zentralasien	1,0	1,948,2	23,9	93,8	8,2	..	12,3	43,4	10,0	150,0
Lateinamerika und Karibik	..	..	..	..	..	93,4	12,2	34,1	6,6	116,7
Südasien	..	..	..	7,0	..	70,1	3,0	8,4	0,7	64,4
Afrika südlich der Sahara	..	..	..	..	..	..	1,6	11,3	0,2	47,1
Am wenigsten entwickelte Länder	..	..	..	..	..	..	1,7	4,8	0,1	34,5
Kleine Inselentwicklungsländer	..	..	..	..	..	..	5,6	18,7	2,2	62,7
Welt	**..**	**..**	**..**	**..**	**..**	**..**	**14,1**	**30,0**	**7,7**	**95,2**

HINWEISE

a Umfasst auch Absolventen der Fachgebiete Fertigungstechnik und Bauwesen.

b Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

c Da keine Daten über die Elektrifizierungsrate verfügbar sind, werden 99,7% angenommen.

DEFINITIONEN

Ausgaben für Forschung und Entwicklung: Laufende und Kapitalausgaben (öffentlicher und privater Stellen) für kreative Tätigkeiten, die systematisch unternommen werden, um Wissen zu erweitern und für neue Anwendungsbereiche einzusetzen. Umfasst Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung.

Wissenschaftler im Bereich Forschung und Entwicklung: Akademiker, die mit der Entwicklung oder Schaffung neuer Kenntnisse, Produkte, Prozesse, Methoden oder Systeme sowie mit dem Management der entsprechenden Projekte befasst sind. Umfasst auch in diesem Bereich tätige Doktoranden (Niveau 6 der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED 97)).

Absolventen Natur- und Ingenieurwissenschaften: Personen, die einen Bildungsgang in Natur- und Ingenieurwissenschaften (untere oder obere Stufe) erfolgreich abgeschlossen haben.

An Ansässige und nicht Ansässige erteilte Patente: Zahl der erteilten Exklusivrechte für eine Erfindung, die als Produkt oder Verfahren eine neuartige Vorgehensweise oder eine neue technische Problemlösung ermöglicht, ausgedrückt pro 1 Million Personen.

Eingenommene Patent- und Lizenzgebühren: Zahlungen und Einnahmen zwischen Ansässigen und nicht Ansässigen im Zusammenhang mit der autorisierten Nutzung von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern und Eigentumsrechten (wie Patenten, Urheberrechten, Handelsmarken, industriellen Verfahren und Gebrauchsmustern) und der Verwendung von produzierten Originalen oder Prototypen (wie Filmen und Manuskripten) im Rahmen von Lizenzvereinbarungen.

Elektrifizierungsrate: Zahl der Personen mit Zugang zu elektrischem Strom, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung. Umfasst gewerblich verkauften Strom (netzgekoppelt oder netzunabhängig) und selbsterzeugten Strom, aber keine ungenehmigten Anschlüsse.

Personalcomputer: Zahl der selbständigen Computer, die zur Nutzung durch eine Einzelperson bestimmt sind, ausgedrückt pro 100 Personen.

Internetnutzer: Personen mit Zugang zum World Wide Net, ausgedrückt pro 100 Personen.

Verträge für feste Breitband-Internetverbindungen: Breitband-Hochgeschwindigkeitszugang zum öffentlichen Internet (TCP/IP-Verbindung) mit Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 256 Kilobits pro Sekunde, in eine oder in beide Richtungen, ausgedrückt pro 100 Personen.

Festnetz- und Mobiltelefonverträge: Summe der Festnetz- und Mobilfunkvertragsinhaber pro 100 Personen.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 2: WWorld Bank (2012a).

Spalte 3: UNESCO Institute for Statistics (2012).

Spalte 4: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der WIPO (2012) und Bevölkerungsdaten von UNDESA (2011).

Spalte 5: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der Weltbank (2012b) über Einnahmen aus Patent- und Lizenzgebühren.

Spalte 6: IEA (2012).

Spalte 7: World Bank (2012c).

Spalten 8 und 9: ITU (2012).

Spalte 10: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der ITU (2012) über Mobiltelefonverträge und Festnetzanschlüsse sowie von Bevölkerungsdaten von UNDESA (2011).

TABELLE 13

Umwelt

HDI-Rang	PRIMÄRENERGIE-AUFKOMMEN: Fossile Brennstoffe (% der Gesamtmenge) 2009	PRIMÄRENERGIE-AUFKOMMEN: Erneuerbare Quellen (% der Gesamtmenge) 2009	EMISSIONEN: Kohlendioxid Insgesamt (Megatonnen) 2008	EMISSIONEN: Kohlendioxid Pro Kopf (Tonnen) 2008	EMISSIONEN: Kohlendioxid Pro Kopf (Durchschn. jährl. Prokopf-Wachstum) 1970/2008	EMISSIONEN: Treibhausgase Pro Kopf (Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent) 2005	NATÜRLICHE RESSOURCEN: Erschöpfung natürlicher Ressourcen (% des BNE) 2010	NATÜRLICHE RESSOURCEN: Waldfläche (% der Landfläche) 2010	NATÜRLICHE RESSOURCEN: Waldfläche (% Änderung) 1990/2010	NATÜRLICHE RESSOURCEN: Frischwasserentnahme (% d. ges. erneuerb. Wasserressourcen) 2003–2012[a]	NATÜRLICHE RESSOURCEN: Gefährdete Arten (% aller Arrten) 2011	NATÜRLICHE RESSOURCEN: Landwirtschaftliche Fläche (% der Landfläche) 2009	FOLGEWIRKUNGEN: Anzahl Todesopfer aufgr. von Naturkatastr. (jährl. Durchsch. pro Mill. Personen) 2005/2011	FOLGEWIRKUNGEN: Bevölkerung, die auf degradierten Flächen lebt (%) 2010
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
1 Norwegen	58,8	43,3	50	10,5	1,0	5,8	10,2	33,1	10,2	0,8	6,9	3,3	0	..
2 Australien	94,4	5,6	399	18,6	1,2	9,6	6,5	19,4	–3,4	4,6	18,5	53,2	3	9,0
3 Vereinigte Staaten	84,1	5,4	5,461	18,0	–0,4	3,7	0,9	33,2	2,6	15,6	19,9	44,1	1	1,0
4 Niederlande	93,1	4,0	174	10,6	–0,1	2,4	0,8	10,8	5,8	11,7	5,4	56,8	12	5,0
5 Deutschland	79,5	8,7	787	9,6	..	1,9	0,1	31,8	3,1	21,0	10,5	48,4	12	8,0
6 Neuseeland	63,7	36,1	33	7,8	1,1	10,0	..	30,9	7,1	1,5	20,4	43,6	0	5,0
7 Irland	95,0	4,5	44	9,9	1,1	5,8	0,2	10,7	58,9	1,5	7,3	60,8	0	..
7 Schweden	32,7	34,8	49	5,3	–2,0	2,1	0,4	68,7	3,4	1,5	4,9	7,5	0	..
9 Schweiz	53,3	17,7	40	5,3	–0,6	1,2	0,0	31,0	7,7	4,9	6,6	38,1	14	..
10 Japan	81,0	3,3	1,208	9,5	0,7	1,0	0,0	68,5	0,1	20,9	13,7	12,6	1	..
11 Kanada	74,9	16,9	544	16,3	0,1	4,7	2,3	34,1	0,0	1,6	7,2	7,4	0	3,0
12 Korea, Republik	..	..	509	10,5	4,9	1,2	0,0	63,0	–2,3	36,5	9,5	19,1	1	3,0
13 Hongkong, China (SAR)	95,1	0,4	39	5,5	2,6	0,5	0,0	..	..	..	8,3	..	0	..
13 Island	15,7	84,2	2	7,0	0,1	3,3	0,0	0,3	243,7	0,1	8,4	22,8	..	..
15 Dänemark	80,4	17,4	46	8,4	–1,1	2,9	1,7	12,8	22,3	10,8	6,3	62,1	0	9,0
16 Israel	96,5	5,0	38	5,2	–0,2	1,1	0,2	7,1	16,7	101,9	11,2	24,1	1	13,0
17 Belgien	73,6	3,9	105	9,8	–0,7	1,8	0,0	22,4	0,1	34,0	5,5	45,0	20	10,0
18 Österreich	70,2	27,8	68	8,1	0,5	1,9	0,2	47,1	2,9	4,7	11,6	38,4	4	3,0
18 Singapur	99,8	0,1	32	6,7	–0,7	1,4	0,0	3,3	0,0	31,7	13,7	1,0	..	..
20 Frankreich	51,0	7,7	377	5,9	–1,0	2,3	0,0	29,0	9,8	15,0	12,8	53,4	33	4,0
21 Finnland	54,0	23,8	57	10,6	0,5	3,4	0,1	72,9	1,2	1,5	4,4	7,6	0	..
21 Slowenien	69,3	12,7	17	8,5	..	2,6	0,3	62,2	5,5	3,0	11,8	23,2	15	8,0
23 Spanien	79,9	9,6	329	7,2	2,0	1,7	0,0	36,4	31,5	29,0	17,7	55,5	33	1,0
24 Liechtenstein	..	..	..	..	..	..	..	43,1	6,2	..	1,1	40,6	..	..
25 Italien	87,5	9,7	445	7,4	0,8	1,4	0,1	31,1	20,5	23,7	13,5	47,3	33	2,0
26 Luxemburg	88,8	3,1	11	21,5	–1,7	3,5	0,0	33,5	1,1	1,9	2,8	50,6	33	..
26 Vereinigtes Königreich	87,3	3,2	523	8,5	–0,8	1,8	1,3	11,9	10,3	8,8	10,1	71,6	1	3,0
28 Tschechische Republik	79,6	5,8	117	11,2	..	2,1	0,5	34,4	1,1	14,8	5,0	54,9	5	4,0
29 Griechenland	92,4	6,4	98	8,7	3,1	1,4	0,3	30,3	18,3	12,7	16,3	63,6	1	1,0
30 Brunei Darussalam	100,0	0,0	11	27,5	–2,3	17,9	..	72,1	–8,0	1,1	8,4	2,2	..	..
31 Zypern	95,7	3,9	9	7,9	2,8	1,3	0,0	18,7	7,5	19,3	7,7	13,5	0	11,0
32 Malta	99,9	0,1	3	6,2	2,8	0,9	..	1,1	0,0	71,3	6,8	29,1	..	..
33 Andorra	..	..	1	6,5	..	..	..	35,6	0,0	..	3,7	38,3	..	..
33 Estland	84,8	15,1	18	13,6	..	2,3	1,6	52,3	6,1	14,0	3,5	22,0	0	5,0
35 Slowakei	69,5	7,3	38	6,9	..	1,4	0,4	40,2	0,6	1,4	5,2	40,1	2	9,0
36 Katar	100,0	0,0	68	49,1	–0,9	18,0	..	0,0	0,0	455,2	7,3	5,6	..	..
37 Ungarn	74,2	7,4	55	5,4	–0,6	1,6	0,5	22,6	12,7	5,4	8,0	63,9	7	17,0
38 Barbados	..	..	1	5,0	2,7	..	..	19,4	0,0	76,1	8,7	44,2	0	..
39 Polen	92,8	6,7	316	8,3	–0,3	2,7	1,4	30,5	5,1	19,4	5,7	53,0	3	13,0
40 Chile	74,5	25,1	73	4,4	1,4	1,6	12,4	21,7	6,3	1,2	9,9	21,2	1	1,0
41 Litauen	55,8	10,4	15	4,5	..	2,5	0,6	34,5	11,1	9,6	4,1	42,9	1	5,0
41 Vereinigte Arabische Emirate	100,0	0,0	155	25,0	–2,5	6,2	..	3,8	29,5	2.032,0	7,7	6,8	..	2,0
43 Portugal	78,0	19,7	56	5,3	2,9	1,8	0,1	38,1	3,9	12,3	17,0	40,3	26	2,0
44 Lettland	59,5	37,1	8	3,3	..	2,3	0,5	53,8	5,7	1,2	4,6	29,5	4	2,0
45 Argentinien	89,4	7,0	192	4,8	0,9	3,9	4,9	10,7	–15,5	4,0	9,0	51,3	0	2,0
46 Seychellen	..	..	1	7,8	7,3	..	0,0	88,5	0,0	..	16,1	6,5	0	..
47 Kroatien	83,4	10,9	23	5,3	..	1,5	0,9	34,3	3,8	0,6	14,3	23,2	18	18,0
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
48 Bahrain	99,9	0,0	22	21,4	1,5	4,3	..	0,7	143,5	219,8	7,2	10,3	..	..
49 Bahamas	..	..	2	6,5	–2,2	..	..	51,5	0,0	..	10,0	1,4	3	..
50 Belarus	92,5	5,0	63	6,5	..	2,4	1,0	41,6	10,9	7,5	4,2	44,0	0	5,0
51 Uruguay	60,3	37,1	8	2,5	0,5	8,1	0,6	10,0	89,6	2,6	10,8	84,6	1	6,0
52 Montenegro	..	..	2	3,1	..	..	..	40,4	0,0	..	10,5	38,2	0	8,0
52 Palau	..	..	0	10,5	–0,3	..	..	87,6	5,6	..	11,4	10,9	..	..
54 Kuwait	100,0	0,0	77	30,1	–0,3	6,3	..	0,4	81,2	2.465,0	7,4	8,5	..	1,0
55 Russische Föderation	90,2	2,8	1,709	12,0	..	4,9	14,3	49,4	0,0	1,5	10,2	13,2	40	3,0
56 Rumänien	76,3	15,3	95	4,4	–0,8	1,7	1,6	28,6	3,2	3,2	9,4	58,8	3	13,0
57 Bulgarien	73,1	6,2	51	6,6	–0,2	2,0	2,0	36,1	18,0	28,7	9,3	46,3	1	8,0

	PRIMÄRENERGIE-AUFKOMMEN		EMISSIONEN				NATÜRLICHE RESSOURCEN						FOLGEWIRKUNGEN	
	Fossile Brennstoffe	Erneuerbare Quellen	Kohlendioxid: Insgesamt	Kohlendioxid: Pro Kopf		Treibhausgase: Pro Kopf	Erschöpfung natürlicher Ressourcen	Waldfläche		Frischwasserentnahme	Gefährdete Arten	Landwirtschaftliche Fläche	Anzahl Todesopfer aufgr. von Naturkatastr.	Bevölkerung, die auf degradierten Flächen lebt
	(% der Gesamtmenge)		(Megatonnen)	(Tonnen)	(Durchschn. jährl. Prokopf-Wachstum)	(Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent)	(% des BNE)	(% der Landfläche)	(% Änderung)	(% d. ges. erneuerb. Wasserressourcen)	(% aller Arrten)	(% der Landfläche)	(jährl. Durchsch. pro Mill. Personen)	(%)
HDI-Rang	2009	2009	2008	2008	1970/2008	2005	2010	2010	1990/2010	2003–2012[a]	2011	2009	2005/2011	2010
57 Saudi-Arabien	100,0	0,0	434	16,6	2,0	2,5	..	0,5	0,0	943,3	8,8	80,7	1	4,0
59 Kuba	84,1	15,9	31	2,8	0,7	1,4	..	26,1	39,5	19,8	18,1	62,5	0	17,0
59 Panama	78,6	21,5	7	2,0	0,9	1,4	0,0	43,7	–14,3	0,3	7,2	30,0	2	4,0
61 Mexiko	88,9	9,6	476	4,3	1,8	1,7	5,7	33,3	–7,8	17,5	17,3	52,9	1	4,0
62 Costa Rica	44,7	55,3	8	1,8	2,5	0,9	0,1	51,0	1,6	2,4	8,0	35,3	2	1,0
63 Grenada	..	..	0	2,4	4,4	..	..	50,0	0,0	..	10,5	36,8	38	..
64 Libyen	99,2	0,8	58	9,5	–1,4	2,7	..	0,1	0,0	718,0	8,7	8,8	..	8,0
64 Malaysia	94,7	5,3	208	7,6	4,7	2,4	6,9	62,3	–8,6	2,3	15,4	24,0	0	1,0
64 Serbien	92,4	8,1	50	6,8	..	2,3	..	31,0	17,3	..	7,2	57,8	0	19,0
67 Antigua und Barbuda	..	..	0	5,1	–0,8	..	..	22,3	–4,9	3,3	8,3	29,5	0	..
67 Trinidad und Tobago	99,9	0,1	50	37,4	3,7	7,8	32,0	44,1	–5,9	6,0	6,8	10,5	0	..
69 Kasachstan	99,0	1,1	237	15,1	..	4,3	23,4	1,2	–3,3	28,9	8,4	77,2	1	24,0
70 Albanien	54,0	38,8	4	1,3	–0,8	1,1	2,5	28,3	–1,6	4,4	12,7	44,0	1	6,0
71 Venezuela, Bolivarische Republik	87,7	12,4	170	6,1	–0,4	3,0	12,4	52,5	–11,1	0,7	8,3	24,3	1	2,0
72 Dominica	..	..	0	1,9	4,4	..	0,0	59,5	–10,7	..	8,6	32,7	15	..
72 Georgien	68,0	33,3	5	1,2	..	1,4	0,6	39,5	–1,3	2,6	9,3	36,1	0	2,0
72 Libanon	95,9	2,6	17	4,1	2,5	0,4	0,0	13,4	4,5	28,1	10,0	67,3	0	1,0
72 St. Kitts und Nevis	..	..	0	4,9	..	..	..	42,3	0,0	..	8,6	21,2	..	..
76 Iran, Islamische Republik	99,5	0,5	538	7,4	2,2	2,1	..	6,8	0,0	67,7	8,8	29,8	1	25,0
77 Peru	73,5	26,5	41	1,4	0,1	0,9	8,1	53,1	–3,1	1,0	8,4	16,8	6	1,0
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	84,3	11,3	12	5,8	..	1,0	5,9	39,2	9,4	16,1	13,3	40,2	1	7,0
78 Ukraine	80,0	1,6	324	7,0	..	2,1	3,7	16,8	4,7	27,6	8,2	71,2	2	6,0
80 Mauritius	..	..	4	3,1	4,4	..	0,0	17,3	–9,8	26,4	15,2	48,3	1	..
81 Bosnien und Herzegowina	92,2	12,1	31	8,3	..	1,2	..	42,7	–1,1	0,9	9,8	41,7	0	6,0
82 Aserbaidschan	98,2	1,7	47	5,4	..	4,7	34,5	11,3	0,0	35,2	8,2	57,6	0	4,0
83 St. Vincent und die Grenadinen	..	..	0	1,8	4,7	..	0,0	68,5	5,5	..	9,0	25,6	0	..
84 Oman	100,0	0,0	46	17,3	11,1	7,1	..	0,0	0,0	86,6	8,5	5,9	5	6,0
85 Brasilien	51,3	45,8	393	2,1	2,0	4,0	3,4	62,4	–9,6	0,7	10,0	31,3	1	8,0
85 Jamaika	83,7	16,3	12	4,5	1,4	0,7	0,6	31,1	–2,2	6,2	15,2	41,5	3	3,0
87 Armenien	68,4	6,7	6	1,8	..	1,3	1,0	9,3	–24,5	36,4	7,9	61,6	0	10,0
88 St. Lucia	..	..	0	2,3	3,4	..	..	77,0	7,3	..	9,4	18,0	6	..
89 Ecuador	86,7	12,4	27	1,9	2,6	1,7	12,9	35,6	–28,6	3,6	12,7	30,3	1	2,0
90 Türkei	89,9	10,2	284	4,0	3,2	1,4	0,4	14,7	17,1	18,8	15,3	50,6	0	5,0
91 Kolumbien	75,2	25,1	68	1,5	0,3	1,8	7,8	54,5	–3,2	0,6	11,5	38,3	4	2,0
92 Sri Lanka	45,3	54,7	12	0,6	1,8	0,6	0,3	28,8	–20,9	24,5	17,8	41,6	2	21,0
93 Algerien	99,8	0,2	111	3,2	2,9	1,8	18,1	0,6	–10,5	52,7	12,2	17,4	4	29,0
94 Tunesien	85,7	14,2	25	2,4	3,2	1,0	5,1	6,5	56,5	61,7	11,2	63,0	0	37,0
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
95 Tonga	..	..	0	1,7	4,6	..	0,0	12,5	0,0	..	8,5	43,1	0	..
96 Belize	..	..	0	1,3	0,7	..	0,0	61,1	–12,2	0,8	6,4	6,7	13	1,0
96 Dominikanische Republik	76,6	23,4	22	2,2	3,1	0,9	0,2	40,8	0,0	16,6	16,1	51,1	9	7,0
96 Fidschi	..	..	1	1,5	1,0	..	0,0	55,5	6,4	0,3	13,1	22,9	8	..
96 Samoa	..	..	0	0,9	3,9	..	0,3	60,4	31,5	..	10,8	23,7	5	..
100 Jordanien	98,0	1,8	21	3,7	3,4	0,5	1,0	1,1	0,0	99,4	9,1	11,5	0	22,0
101 China	87,4	11,9	7,032	5,3	4,7	1,5	5,1	21,9	31,6	19,5	12,1	56,2	1	9,0
102 Turkmenistan	100,7	0,0	48	9,7	..	6,7	..	8,8	0,0	100,8	8,4	69,4	..	11,0
103 Thailand	79,4	20,5	286	4,2	6,3	1,6	2,4	37,1	–3,0	13,1	12,5	38,7	2	17,0
104 Malediven	..	..	1	3,0	..	..	0,0	3,0	0,0	15,7	9,1	26,7	0	..
105 Suriname	..	..	2	4,7	0,2	..	..	94,6	–0,1	0,5	3,5	0,5	2	..
106 Gabun	33,9	66,1	2	1,7	–2,2	6,4	33,1	85,4	0,0	0,1	5,9	19,9	0	..
107 El Salvador	37,8	62,0	6	1,0	2,6	0,8	0,4	13,9	–23,9	5,5	3,8	74,5	7	6,0
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	79,1	20,9	13	1,3	2,2	4,9	12,3	52,7	–8,9	0,3	4,7	34,1	5	2,0
108 Mongolei	96,4	3,2	11	4,1	1,6	3,7	32,3	7,0	–13,1	1,4	6,4	74,5	4	31,0
110 Palästina, Staat	..	..	2	0,5	..	..	..	1,5	1,0	49,9	6,2	61,0	0	..
111 Paraguay	28,5	153,2	4	0,7	2,1	4,1	0,0	44,3	–16,9	0,1	3,9	52,6	0	1,0
112 Ägypten	96,3	3,8	210	2,7	4,0	0,9	7,1	0,1	59,1	119,0	8,9	3,7	0	25,0
113 Moldau, Republik	91,3	3,1	5	1,3	..	1,1	0,2	11,7	21,0	16,4	6,7	75,2	1	22,0
114 Philippinen	57,0	43,0	83	0,9	0,7	0,8	2,1	25,7	16,7	17,0	16,8	40,1	9	2,0
114 Usbekistan	98,4	1,6	125	4,6	..	1,9	19,2	7,7	7,6	118,3	7,9	62,6	0	27,0

TABELLE 13 UMWELT

	PRIMÄRENERGIE-AUFKOMMEN		EMISSIONEN				NATÜRLICHE RESSOURCEN						FOLGEWIRKUNGEN	
	Fossile Brennstoffe	Erneuerbare Quellen	Kohlendioxid			Treibhausgase	Erschöpfung natürlicher Ressourcen	Waldfläche		Frischwasserentnahme	Gefährdete Arten	Landwirtschaftliche Fläche	Anzahl Todesopfer aufgr. von Naturkatastr.	Bevölkerung, die auf degradierten Flächen lebt
			Insgesamt	Pro Kopf		Pro Kopf								
	(% der Gesamtmenge)		(Megatonnen)	(Tonnen)	(Durchschn. jährl. Prokopf-Wachstum)	(Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent)	(% des BNE)	(% der Landfläche)	(% Änderung)	(% d. ges. erneuerb. Wasserressourcen)	(% aller Arrten)	(% der Landfläche)	(jährl. Durchsch. pro Mill. Personen)	(%)
HDI-Rang	2009	2009	2008	2008	1970/2008	2005	2010	2010	1990/2010	2003–2012[a]	2011	2009	2005/2011	2010
116 Syrien, Arabische Rep.	99,3	0,7	72	3,6	3,3	0,9	11,9	2,7	32,0	99,8	10,9	75,7	1	33,0
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	..	..	0	0,6	..	..	..	91,7	0,9	..	13,7	31,4	45	..
118 Guyana	..	..	2	2,0	–0,2	..	6,0	77,2	0,0	0,7	3,8	8,5	4	..
119 Botsuana	64,3	23,6	5	2,5	..	4,1	3,4	20,0	–17,3	1,6	2,0	45,6	0	22,0
120 Honduras	50,3	49,8	9	1,2	2,2	1,2	0,5	46,4	–36,2	1,2	8,3	28,5	4	15,0
121 Indonesien	65,6	34,4	406	1,7	4,7	1,5	6,6	52,1	–20,3	5,6	14,3	29,6	2	3,0
121 Kiribati	..	..	0	0,3	–1,0	..	..	15,0	0,0	..	12,4	42,0	0	..
121 Südafrika	87,8	10,0	436	8,9	0,7	1,9	6,1	7,6	0,0	25,0	14,1	81,7	1	17,0
124 Vanuatu	..	..	0	0,4	–0,4	..	0,0	36,1	0,0	..	12,0	15,3	0	..
125 Kirgistan	72,5	28,4	6	1,2	..	1,0	6,9	5,0	14,0	43,7	5,9	55,4	2	10,0
125 Tadschikistan	41,2	58,6	3	0,5	..	0,9	0,8	2,9	0,5	74,8	6,4	33,9	3	10,0
127 Vietnam	56,2	43,3	127	1,5	2,2	1,3	9,4	44,5	47,4	9,3	12,1	33,1	3	8,0
128 Namibia	70,5	19,2	4	1,8	..	4,4	0,7	8,9	–16,8	1,7	5,6	47,1	7	28,0
129 Nicaragua	44,7	55,3	4	0,8	0,7	1,7	1,6	25,7	–31,0	0,7	4,8	42,8	7	14,0
130 Marokko	92,5	4,9	48	1,5	3,1	0,5	1,6	11,5	1,6	43,4	15,2	67,3	1	39,0
131 Irak	97,6	0,9	103	3,4	0,9	0,7	45,7	1,9	2,6	87,3	8,2	20,1	0	5,0
132 Kap Verde	..	..	0	0,6	4,2	..	0,1	21,1	47,3	6,8	12,5	21,8	0	..
133 Guatemala	46,1	53,9	12	0,9	1,9	1,1	1,7	33,7	–23,0	2,6	9,3	41,0	14	9,0
134 Timor-Leste	..	..	0	0,2	..	..	..	49,9	–23,2	..	5,2	25,2	1	..
135 Ghana	24,3	76,2	9	0,4	0,5	0,6	8,0	21,7	–33,7	1,8	5,7	68,1	1	1,0
136 Äquatorialguinea	..	..	5	7,3	11,3	..	49,4	58,0	–12,6	0,1	6,4	10,9	..	..
136 Indien	73,0	26,1	1,743	1,5	3,8	0,7	4,4	23,0	7,0	39,8	14,0	60,5	2	10,0
138 Kambodscha	27,8	70,8	5	0,3	1,8	1,9	0,1	57,2	–22,0	0,5	12,1	31,5	1	39,0
138 Laos, Demokratische Volksrep.	..	..	2	0,3	0,5	..	8,3	68,2	–9,0	1,3	10,5	10,2	0	4,0
140 Bhutan	..	..	1	1,0	12,4	..	3,6	69,1	7,1	0,4	6,8	13,2	1	..
141 Swasiland	..	..	1	1,1	0,7	..	0,1	32,7	19,3	23,1	2,7	71,0	0	..
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
142 Kongo	44,2	53,1	2	0,5	0,4	2,7	59,6	65,6	–1,4	0,0	4,4	30,9	0	..
143 Salomonen	..	..	0	0,4	1,1	..	15,6	79,1	–4,8	..	14,8	3,0	4	..
144 São Tomé und Príncipe	..	..	0	0,8	3,7	..	0,8	28,1	0,0	0,3	14,9	58,3	..	..
145 Kenia	16,8	83,2	10	0,3	0,0	0,9	1,1	6,1	–6,5	8,9	8,4	48,1	2	31,0
146 Bangladesch	69,8	30,2	47	0,3	..	0,7	2,3	11,1	–3,5	2,9	8,6	70,3	6	11,0
146 Pakistan	61,8	37,4	163	1,0	2,3	1,1	2,8	2,2	–33,2	79,5	8,6	34,1	3	4,0
148 Angola	37,6	62,4	24	1,4	2,1	5,1	35,1	46,9	–4,1	0,4	4,6	46,8	2	3,0
149 Myanmar	27,7	72,3	13	0,3	1,1	2,2	..	48,3	–19,0	2,8	7,9	19,0	287	19,0
150 Kamerun	30,9	69,1	5	0,3	3,0	1,6	4,8	42,1	–18,1	0,3	10,9	19,8	0	15,0
151 Madagaskar	..	..	2	0,1	–1,1	..	1,0	21,6	–8,3	4,4	21,0	70,2	5	..
152 Tansania, Vereinigte Rep.	11,1	88,9	6	0,2	0,4	1,4	3,2	37,7	–19,4	5,4	12,3	40,1	0	25,0
153 Nigeria	14,7	85,3	96	0,6	1,4	1,1	22,0	9,9	–47,5	3,6	6,6	81,8	0	12,0
154 Senegal	57,8	41,8	5	0,4	0,7	1,0	0,8	44,0	–9,4	5,7	6,9	49,4	0	16,0
155 Mauretanien	..	..	2	0,6	1,2	..	34,3	0,2	–41,7	14,0	8,1	38,5	1	24,0
156 Papua-Neuguinea	..	..	2	0,3	0,3	..	22,2	63,4	–8,9	0,0	11,4	2,5	4	..
157 Nepal	11,1	88,5	4	0,1	5,0	1,0	2,5	25,4	–24,5	4,7	6,1	29,6	6	2,0
158 Lesotho	..	..	..	..	..	..	1,0	1,4	10,0	1,7	3,0	77,0	0	64,0
159 Togo	14,4	83,4	1	0,2	1,7	0,8	3,4	5,3	–58,1	1,2	4,2	62,1	1	5,0
160 Jemen	98,7	1,3	23	1,0	2,5	0,5	14,5	1,0	0,0	168,6	9,3	44,4	2	32,0
161 Haiti	28,1	71,9	2	0,3	3,0	0,6	..	3,7	–12,9	8,6	19,4	66,8	65	15,0
161 Uganda	..	..	4	0,1	–0,6	..	4,5	15,2	–37,1	0,5	7,6	69,9	2	23,0
163 Sambia	7,6	92,2	2	0,2	–4,6	3,8	18,9	66,5	–6,3	1,7	3,3	31,5	1	5,0
164 Dschibuti	..	..	1	0,6	–0,9	..	..	0,2	0,0	6,3	8,2	73,4	6	8,0
165 Gambia	..	..	0	0,3	2,3	..	0,8	48,0	8,6	0,9	4,9	66,5	1	18,0
166 Benin	40,4	57,4	4	0,5	4,3	0,9	0,3	41,2	–20,8	0,5	4,5	29,8	1	2,0
167 Ruanda	..	..	1	0,1	4,0	..	3,1	17,6	36,8	1,6	5,7	81,1	1	10,0
168 Côte d'Ivoire	23,5	76,9	7	0,4	–0,5	1,0	3,9	32,7	1,8	1,7	6,7	63,8	0	1,0
169 Komoren	..	..	0	0,2	1,0	..	1,1	1,6	–75,0	0,8	11,7	83,3	0	..
170 Malawi	..	..	1	0,1	–0,4	..	1,8	34,4	–16,9	5,6	8,6	59,1	4	19,0
171 Sudan	30,2	69,8	14	0,3	0,1	3,0	12,9	29,4	–8,4	57,6	4,8	57,5	1	40,0
172 Simbabwe	25,7	69,4	9	0,7	–2,0	1,3	2,7	40,4	–29,5	21,0	3,3	42,4	0	29,0
173 Äthiopien	7,1	92,9	7	0,1	1,2	1,1	4,2	11,2	–18,6	4,6	6,7	35,0	2	72,0
174 Liberia	..	..	1	0,2	–4,6	..	6,4	44,9	–12,2	0,1	8,4	27,1	0	..

	PRIMÄRENERGIE-AUFKOMMEN		EMISSIONEN				NATÜRLICHE RESSOURCEN						FOLGEWIRKUNGEN	
	Fossile Brennstoffe	Erneuerbare Quellen	Kohlendioxid: Insgesamt	Kohlendioxid: Pro Kopf		Treibhausgase: Pro Kopf	Erschöpfung natürlicher Ressourcen	Waldfläche		Frischwasserentnahme	Gefährdete Arten	Landwirtschaftliche Fläche	Anzahl Todesopfer aufgr. von Naturkatastr.	Bevölkerung, die auf degradierten Flächen lebt
	(% der Gesamtmenge)		(Megatonnen)	(Tonnen)	(Durchschn. jährl. Prokopf-Wachstum)	(Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent)	(% des BNE)	(% der Landfläche)	(% Änderung)	(% d. ges. erneuerb. Wasserressourcen)	(% aller Arrten)	(% der Landfläche)	(jährl. Durchsch. pro Mill. Personen)	(%)
HDI-Rang	2009	2009	2008	2008	1970/2008	2005	2010	2010	1990/2010	2003–2012[a]	2011	2009	2005/2011	2010
175 Afghanistan	..	..	1	0,0	–4,4	..	2,6	2,1	0,0	35,6	5,8	58,1	11	11,0
176 Guinea-Bissau	..	..	0	0,2	1,4	..	0,5	71,9	–8,8	0,6	5,7	58,0	1	1,0
177 Sierra Leone	..	..	1	0,2	–0,9	..	2,1	38,1	–12,6	0,3	6,5	47,7	3	..
178 Burundi	..	..	0	0,0	0,6	..	12,7	6,7	–40,5	2,3	4,5	83,7	2	19,0
178 Guinea	..	..	1	0,1	–0,7	..	14,3	26,6	–9,9	0,7	7,3	58,0	0	1,0
180 Zentralafrikanische Republik	..	..	0	0,1	–1,6	..	0,0	36,3	–2,6	0,0	1,6	8,4	0	..
181 Eritrea	22,6	77,4	0	0,1	..	0,8	0,0	15,2	–5,5	9,2	7,4	75,2	0	59,0
182 Mali	..	..	1	0,0	0,5	..	9,8	10,2	–11,2	6,5	2,8	33,7	0	60,0
183 Burkina Faso	..	..	2	0,1	4,2	..	4,3	20,6	–17,5	7,9	2,7	43,7	0	73,0
184 Tschad	..	..	0	0,0	0,8	..	29,0	9,2	–12,1	0,9	3,7	39,2	2	45,0
185 Mosambik	7,7	96,7	2	0,1	–2,9	1,1	3,3	49,6	–10,0	0,3	7,0	62,7	1	2,0
186 Kongo, Demokratische Rep.	3,7	96,6	3	0,0	–2,8	1,9	13,7	68,0	–3,9	0,0	6,4	9,9	0	..
186 Niger	..	..	1	0,1	0,5	..	2,4	1,0	–38,1	7,0	3,6	34,6	0	25,0
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
Korea, Dem. Volksrep.	81,7	0,7	78	3,2	..	1,0	..	47,1	–30,9	11,2	8,6	24,1	5	3,0
Marshallinseln	..	..	0	1,9	..	..	..	70,2	0,0	..	11,0	72,2	0	..
Monaco	..	..	..	..	..	..	..	0,0	0,0	..	6,8	..	..	..
Nauru	..	..	..	3,9	..	..	..	0,0	0,0	..	12,1	20,0	..	..
San Marino	..	..	..	..	..	..	..	0,0	0,0	..	0,0	16,7	..	..
Somalia	..	..	1	0,1	0,5	..	..	10,8	–18,5	22,4	6,8	70,2	2	26,0
Südsudan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	..	..	..	..	..	..	..	33,3	0,0	..	13,0	60,0	..	..
HDI-Gruppierungen														
Sehr hohe menschliche Entwicklung	81,0	7,5	12.643	11,4	–0,2	2,7	0,9	29,1	1,1	8,2	13,6	42,6	8	..
Hohe menschliche Entwicklung	86,7	9,5	5.765	5,8	1,0	2,8	..	38,0	–4,1	2,8	11,4	26,5	7	8,4
Mittlere menschliche Entwicklung	..	..	10.877	3,2	3,8	..	5,3	24,6	1,3	16,4	12,8	60,9	2	..
Niedrige menschliche Entwicklung	..	..	473	0,4	0,5	..	9,5	28,8	–10,6	4,4	7,6	45,8	14	20,2
Regionen														
Arabische Staaten	96,7	3,1	1.509	4,6	1,1	1,5	..	7,1	–7,8	87,4	9,4	63,1	1	24,9
Ostasien und Pazifik	..	..	8.255	4,3	4,5	..	..	29,4	2,1	..	12,5	44,9	9	..
Europa und Zentralasien	88,3	4,7	3.723	7,9	..	3,0	7,3	38,5	0,7	5,8	9,6	20,5	13	8,5
Lateinamerika und Karibik	72,6	26,3	1.637	2,9	1,2	2,7	5,7	47,2	–8,9	1,5	11,5	37,5	3	5,4
Südasien	76,7	22,6	2.509	1,5	3,2	0,8	4,0	14,5	2,4	28,6	12,5	33,9	2	10,1
Afrika südlich der Sahara	..	..	670	0,9	0,4	..	11,6	28,4	–10,2	1,6	7,5	54,7	1	25,0
Am wenigsten entwickelte Länder	..	..	191	0,2	–0,5	..	9,0	29,6	–9,4	2,8	7,6	47,1	20	26,0
Kleine Inselentwicklungsländer	..	..	137	2,7	1,4	..	..	63,1	–3,5	..	14,9	3,3	16	..
Welt	**80,7**	**13,1**	**29.837**	**4,5**	**0,4**	**1,7**	**3,3**	**31,1**	**–3,3**	**7,3**	**11,7**	**38,6**	**6**	**10,6**

HINWEISE

a Die Daten beziehen sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

DEFINITIONEN

Fossile Brennstoffe: PAnteil der in der geologischen Vergangenheit durch Biomasse gebildeten natürlichen Ressourcen (wie Kohle, Erdöl und Erdgas) am Gesamtenergieaufkommen.

Erneuerbare Quellen: Anteil der Energie aus sich ständig erneuernden natürlichen Prozessen am Gesamtenergieaufkommen. Umfasst Sonnen- und Windenergie, Biomasse, geothermische Energie, Wasserkraft und Meeresenergie sowie bestimmte Abfälle, jedoch nicht die Kernenergie.

Kohlendioxidemissionen: Anthropogene Kohlendioxidemissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe, dem Abfackeln von Gas und der Herstellung von Zement, umfasst auch Kohlendioxid, das bei der Zerstörung von Waldflächen durch Waldbiomasse emittiert wird.

Kohlendioxidemissionen pro Kopf: Anthropogene Kohlendioxidemissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe, dem Abfackeln von Gas und der Herstellung von Zement, geteilt durch die Bevölkerung zur Jahresmitte. Umfasst auch Kohlendioxid, das bei der Zerstörung von Waldflächen durch Waldbiomasse emittiert wird.

Kohlendioxidemissionen, durchschnittliches jährliches Prokopf-Wachstum: Durchschnittliches jährliches Wachstum der Kohlendioxidemissionen pro Kopf zwischen 1970 und 2008.

Treibhausgasemissionen pro Kopf: Emissionen von Methan, Stickoxid und anderen Treibhausgasen, einschließlich Fluorkohlenwasserstoff, Perfluorkohlenwasserstoff und Schwefelhexafluorid, geteilt durch die Bevölkerung zur Jahresmitte. Kohlendioxidemissionen sind hier nicht erfasst.

Erschöpfung natürlicher Ressourcen: Geldwert der Erschöpfung von Energiequellen, mineralischen Rohstoffen und Wäldern, ausgedrückt als prozentualer Anteil am gesamten Bruttonationaleinkommen (BNE).

Waldfläche: Über 0,5 Hektar große Fläche mit über 5 Meter hohen Bäumen und einem Überschirmungsgrad von über 10 Prozent, bzw. mit Bäumen, die auf dem jeweiligen Standort diese Werte erreichen können. Ausgeschlossen sind überwiegend zu landwirtschaftlichen oder städtischen Zwecken genutzte Flächen, Baumbestände in landwirtschaftlichen Produktionssystemen (z.B. in Obstplantagen und Agroforst-Systemen) und Bäume in städtischen Parks und Gärten. Umfasst auch Aufforstungsflächen, die einen Überschirmungsgrad von 10 Prozent und eine Baumhöhe von 5 Metern zwar noch nicht erreicht haben, aber voraussichtlich erreichen werden, sowie infolge menschlicher Eingriffe oder natürlicher Ursachen vorübergehend unbestockte Flächen, die sich voraussichtlich jedoch regenerieren werden.

Frischwasserentnahme: Gesamtentnahme von Frischwasser in einem bestimmten Jahr, ausgedrückt als prozentualer Anteil an den gesamten erneuerbaren Wasserressourcen.

Gefährdete Arten: Anteil der Tierarten (einschließlich Säugetieren, Vögeln, Reptilien, Amphibien, Fischen und Wirbellosen), die von der Weltnaturschutzunion (International Union for the Conservation of Nature – IUCN) als vom Aussterben bedroht, stark gefährdet oder gefährdet klassifiziert werden.

Landwirtschaftliche Fläche: Die Summe der für Ackerbau genutzten Flächen (bei Ackerkulturen auf Zeit werden Flächen für Mehrfachkulturen nur einmal gezählt), der zeitweise für Mahd oder Weidehaltung genutzten Grünflächen, der für Erwerbsanbau bzw. Haus- oder Nutzgärten genutzten Flächen und der vorübergehend (weniger als 5 Jahre) brachliegenden Flächen, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der gesamten Landfläche. Aufgrund eines Bewirtschaftungswechsels aufgegebene Flächen sind nicht eingeschlossen.

Anzahl Todesopfer aufgrund von Naturkatastrophen: Als tot bestätigte, als vermisst geltende oder als tot angenommene Menschen aufgrund von Naturkatastrophen. Letztere werden als klimatologische, hydrologische und meteorologische Katastrophen klassifiziert, die Dürren, Extremtemperaturen, Überschwemmungen, Erdrutsche, Regenstürme und Busch- oder Waldbrände umfassen.

Bevölkerung, die auf degradierten Flächen lebt: Prozentualer Anteil der Bevölkerung, die auf stark und sehr stark degradierten Flächen lebt. Schätzungen der Degradation berücksichtigen Aspekte wie Biomasse, Bodengesundheit, Wassermenge und biologische Vielfalt sowie unterschiedliche Schweregrade.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 2: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der IEA (2012) zum Gesamtprimärenergieaufkommen.

Spalten 3, 4: World Bank (2012a).

Spalte 5, 7: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der Weltbank (2012a)

Spalte 6: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der Weltbank (2012a) und von UNDESA (2011).

Spalten 8 und 9: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der FAO (2012) zu Waldflächen und zur gesamten Landfläche.

Spalte 10: FAO (2011).

Spalte 11: IUCN (2012)

Spalte 12: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der FAO (2012)

Spalte 13: CRED EM-DAT (2012) und UNDESA (2011).

Spalte 14: FAO (2012).

TABELLE 14

Bevölkerungstrends

HDI-Rang	Bevölkerung: Ingesamt[a] (Millionen) 2012	Bevölkerung: Ingesamt[a] (Millionen) 2030	Bevölkerung: Jährliches Wachstum (%) 2000/2005	Bevölkerung: Jährliches Wachstum (%) 2010/2015[a,c]	Bevölkerung: Stadtbewohner (% von insgesamt) 2000	Bevölkerung: Stadtbewohner (% von insgesamt) 2012	Medianalter (Jahre) 2000	Medianalter (Jahre) 2010	Abhängigkeitsquot., insg. (pro 100 Personen, 15-64 Jahre) 2000	Abhängigkeitsquot., insg. (pro 100 Personen, 15-64 Jahre) 2012	Zusammengef. Geburtenziff. (Geburten pro Frau) 2000	Zusammengef. Geburtenziff. (Geburten pro Frau) 2012[a,c]	Geschlechterverh. b. Geburt[b] (Verhältnis von männl. zu weibl. Neugeborenen) 2000[d]	Geschlechterverh. b. Geburt[b] (Verhältnis von männl. zu weibl. Neugeborenen) 2012[c]
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
1 Norwegen	5,0[e]	5,6[e]	0,6[e]	0,7[e]	76,1	79,7	36,9	38,7	54,2	51,5	1,8	2,0	1,05	1,06
2 Australien	22,9[f]	27,8[f]	1,3[f]	1,3[f]	87,2	89,4	35,4	36,9	49,6	49,3	1,7	2,0	1,06	1,06
3 Vereinigte Staaten	315,8	361,7	1,0	0,9	79,1	82,6	35,3	36,9	51,0	50,7	2,0	2,1	1,05	1,05
4 Niederlande	16,7	17,3	0,6	0,3	76,8	83,6	37,3	40,7	47,3	50,6	1,7	1,8	1,06	1,06
5 Deutschland	82,0	79,5	0,0	–0,2	73,1	74,1	39,9	44,3	47,0	51,7	1,3	1,4	1,06	1,06
6 Neuseeland	4,5	5,2	1,4	1,0	85,7	86,3	34,3	36,6	52,7	51,4	1,9	2,1	1,05	1,06
7 Irland	4,6	5,4	1,8	1,1	59,1	62,5	32,5	34,7	49,2	50,8	1,9	2,1	1,07	1,07
7 Schweden	9,5	10,4	0,4	0,6	84,0	85,4	39,4	40,7	55,3	55,5	1,6	1,9	1,06	1,06
9 Schweiz	7,7	8,1	0,7	0,4	73,3	73,8	38,6	41,4	48,7	47,9	1,4	1,5	1,05	1,05
10 Japan	126,4	120,2	0,1	–0,1	78,6	91,9	41,3	44,7	46,6	59,6	1,3	1,4	1,06	1,06
11 Kanada	34,7	39,8	1,0	0,9	79,5	80,8	36,8	39,9	46,3	45,1	1,5	1,7	1,05	1,06
12 Korea, Republik	48,6	50,3	0,5	0,4	79,6	83,5	32,1	37,9	39,5	38,0	1,3	1,4	1,10	1,10
13 Hongkong, China (SAR)	7,2	8,5	0,1	1,0	100,0	100,0	36,5	41,8	39,3	32,3	0,8	1,1	1,07	1,07
13 Island	0,3	0,4	1,1	1,2	92,4	93,8	32,8	34,8	53,5	49,6	2,0	2,1	1,04	1,05
15 Dänemark	5,6	5,9	0,3	0,3	85,1	87,1	38,4	40,6	50,0	54,1	1,8	1,9	1,06	1,06
16 Israel	7,7	9,8	1,9	1,7	91,2	91,9	28,0	30,1	61,6	61,6	2,9	2,9	1,05	1,05
17 Belgien	10,8	11,2	0,5	0,3	97,1	97,5	39,1	41,2	51,6	53,3	1,6	1,8	1,05	1,05
18 Österreich	8,4	8,6	0,6	0,2	65,8	67,9	38,2	41,8	48,0	48,1	1,4	1,3	1,06	1,06
18 Singapur	5,3	6,0	1,7	1,1	100,0	100,0	34,1	37,6	40,5	35,4	1,4	1,3	1,07	1,07
20 Frankreich	63,5	68,5	0,6	0,5	76,9	86,4	37,7	39,9	53,6	55,7	1,8	2,0	1,05	1,05
21 Finnland	5,4	5,6	0,3	0,3	82,2	83,8	39,3	42,0	49,3	53,5	1,7	1,9	1,05	1,05
21 Slowenien	2,0	2,1	0,2	0,2	50,8	49,8	38,0	41,7	42,7	45,0	1,2	1,5	1,05	1,05
23 Spanien	46,8[g]	50,0[g]	1,5[g]	0,6[g]	76,3	77,6	37,6	40,1	46,3	48,4	1,2	1,5	1,06	1,06
24 Liechtenstein	0,0	0,0	1,1	0,8	15,1	14,3	..	..	..	..	..	..	..	..
25 Italien	61,0	60,9	0,6	0,2	67,2	68,5	40,2	43,2	48,3	53,8	1,2	1,5	1,06	1,06
26 Luxemburg	0,5	0,6	1,0	1,4	83,8	85,7	37,3	38,9	49,1	46,1	1,7	1,7	1,06	1,06
26 Vereinigtes Königreich	62,8	69,3	0,4	0,6	78,7	79,7	37,7	39,8	53,4	52,7	1,7	1,9	1,05	1,05
28 Tschechische Republik	10,6	10,8	0,0	0,3	74,0	73,4	37,4	39,4	43,7	42,9	1,1	1,5	1,06	1,06
29 Griechenland	11,4	11,6	0,4	0,2	59,7	61,7	38,3	41,4	47,1	50,6	1,3	1,5	1,07	1,07
30 Brunei Darussalam	0,4	0,5	2,1	1,7	71,2	76,4	25,8	28,9	49,8	41,6	2,4	2,0	1,06	1,06
31 Zypern	1,1	1,3	1,8	1,1	68,6	70,7	31,8	34,2	48,4	41,4	1,7	1,5	1,07	1,07
32 Malta	0,4	0,4	0,6	0,3	92,4	95,0	36,1	39,5	46,6	42,1	1,6	1,3	1,06	1,06
33 Andorra	0,1	0,1	3,7	1,5	92,4	86,7	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Estland	1,3	1,3	–0,4	–0,1	69,4	69,5	37,9	39,7	49,8	50,0	1,3	1,7	1,06	1,06
35 Slowakei	5,5	5,5	0,0	0,2	56,2	54,7	33,6	36,9	45,4	37,9	1,3	1,4	1,05	1,05
36 Katar	1,9	2,4	6,6	2,9	96,3	98,9	30,3	31,6	38,4	18,3	3,1	2,2	1,05	1,04
37 Ungarn	9,9	9,6	–0,2	–0,2	64,6	69,9	38,5	39,8	46,8	46,2	1,3	1,4	1,06	1,06
38 Barbados	0,3	0,3	0,2	0,2	38,3	44,9	33,6	37,5	50,3	40,0	1,6	1,6	1,04	1,04
39 Polen	38,3	37,8	–0,1	0,0	61,7	60,8	35,3	38,0	46,3	40,5	1,3	1,4	1,06	1,06
40 Chile	17,4	19,5	1,1	0,9	85,9	89,4	28,8	32,1	54,0	45,2	2,1	1,8	1,04	1,04
41 Litauen	3,3	3,1	–0,5	–0,4	67,0	67,2	35,9	39,3	51,2	44,9	1,3	1,5	1,06	1,05
41 Vereinigte Arabische Emirate	8,1	10,5	5,9	2,2	80,2	84,7	28,1	30,1	36,3	20,9	2,6	1,7	1,05	1,05
43 Portugal	10,7	10,3	0,4	0,0	54,4	61,6	37,7	41,0	47,8	50,0	1,5	1,3	1,06	1,06
44 Lettland	2,2	2,1	–0,7	–0,4	68,1	67,7	38,1	40,2	49,9	47,3	1,2	1,5	1,05	1,06
45 Argentinien	41,1	46,8	0,9	0,9	90,1	92,7	27,9	30,4	60,7	54,4	2,5	2,2	1,04	1,04
46 Seychellen	0,1	0,1	1,2	0,3	50,4	54,0	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Kroatien	4,4	4,2	–0,3	–0,2	55,6	58,1	39,1	41,5	48,4	47,9	1,4	1,5	1,06	1,06
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
48 Bahrain	1,4	1,7	2,5	2,1	88,4	88,7	27,4	30,1	44,1	29,2	2,7	2,5	1,05	1,05
49 Bahamas	0,4	0,4	1,4	1,1	82,0	84,5	27,0	30,9	52,9	40,9	2,1	1,9	1,06	1,06
50 Belarus	9,5	8,9	–0,5	–0,3	70,0	75,5	36,3	38,3	47,5	40,5	1,2	1,5	1,06	1,06
51 Uruguay	3,4	3,6	0,0	0,3	91,3	92,6	31,6	33,7	60,2	56,2	2,2	2,0	1,05	1,05
52 Montenegro	0,6	0,6	–0,2	0,1	58,5	63,5	33,5	35,9	47,1	46,5	1,8	1,6	1,08	1,08
52 Palau	0,0	0,0	0,8	0,8	70,0	85,1	..	..	..	..	..	..	..	..
54 Kuwait	2,9	4,0	3,1	2,4	98,1	98,3	28,3	28,2	42,3	41,1	2,6	2,3	1,03	1,03
55 Russische Föderation	142,7	136,4	–0,4	–0,1	73,4	74,0	36,5	37,9	44,1	39,8	1,2	1,5	1,06	1,06
56 Rumänien	21,4	20,3	–0,4	–0,2	53,0	52,8	34,7	38,5	46,7	43,6	1,3	1,4	1,06	1,06
57 Bulgarien	7,4	6,5	–0,7	–0,7	68,9	73,7	39,7	41,6	47,7	47,3	1,2	1,5	1,06	1,06
57 Saudi-Arabien	28,7	38,5	3,6	2,1	79,8	82,5	20,9	25,9	72,5	49,0	4,0	2,7	1,03	1,03
59 Kuba	11,2	11,0	0,3	0,0	75,6	75,1	32,8	38,4	45,8	41,8	1,6	1,4	1,06	1,06
59 Panama	3,6	4,5	1,8	1,5	65,8	75,9	24,8	27,3	59,6	54,3	2,7	2,4	1,05	1,05

	Bevölkerung													
	Ingesamt[a]		Jährliches Wachstum		Stadtbewohner		Medianalter		Abhängigkeitsquot., insg.		Zusammengef. Geburtenziff.		Geschlechterverh. b. Geburt[b]	
	(Millionen)		(%)		(% von insgesamt)		(Jahre)		(pro 100 Personen, 15-64 Jahre)		(Geburten pro Frau)		(Verhältnis von männl. zu weibl. Neugeborenen)	
HDI-Rang	2012	2030	2000/2005	2010/2015[a,c]	2000	2012	2000	2010	2000	2012	2000	2012[a,c]	2000[d]	2012[c]
61 Mexiko	116,1	135,4	1,3	1,1	74,7	78,4	23,4	26,6	62,5	53,5	2,6	2,2	1,05	1,05
62 Costa Rica	4,8	5,7	1,9	1,4	59,0	65,1	24,8	28,4	58,5	44,5	2,4	1,8	1,05	1,05
63 Grenada	0,1	0,1	0,2	0,4	35,9	39,5	21,8	25,0	74,9	51,9	2,6	2,2	1,05	1,05
64 Libyen	6,5	7,8	2,0	0,8	76,3	77,9	21,9	25,9	55,6	55,0	3,1	2,4	1,06	1,06
64 Malaysia	29,3	37,3	2,2	1,6	62,0	73,5	23,8	26,0	59,1	52,8	3,1	2,6	1,06	1,06
64 Serbien	9,8[h]	9,5[h]	–0,6[h]	–0,1[h]	53,0	56,7	35,7	37,6	50,5	46,7	1,7	1,6	1,08	1,08
67 Antigua und Barbuda	0,1	0,1	1,6	1,0	32,1	29,8	..	..	..	..	..	..	..	..
67 Trinidad und Tobago	1,4	1,4	0,4	0,3	10,8	14,0	26,9	30,8	47,3	38,6	1,6	1,6	1,04	1,04
69 Kasachstan	16,4	18,9	0,3	1,0	55,7	53,5	27,7	29,0	52,6	47,2	1,9	2,5	1,07	1,07
70 Albanien	3,2	3,3	0,5	0,3	41,7	54,5	27,4	30,0	59,6	46,1	2,2	1,5	1,07	1,07
71 Venezuela, Bolivarische Republik	29,9	37,0	1,8	1,5	89,9	93,7	23,3	26,1	62,0	53,3	2,8	2,4	1,05	1,05
72 Dominica	0,1	0,1	–0,2	0,0	67,2	67,2	..	..	..	..	..	..	..	..
72 Georgien	4,3	3,8	–1,2	–0,6	52,6	52,9	34,4	37,3	52,5	44,8	1,6	1,5	1,11	1,11
72 Libanon	4,3	4,7	1,6	0,7	86,0	87,4	25,6	29,1	59,4	45,1	2,4	1,8	1,05	1,05
72 St. Kitts und Nevis	0,1	0,1	1,3	1,2	32,8	32,0	..	..	..	..	..	..	..	..
76 Iran, Islamische Republik	75,6	84,4	1,3	1,0	64,0	69,2	20,8	27,1	65,2	38,7	2,2	1,6	1,05	1,05
77 Peru	29,7	35,5	1,3	1,1	73,0	77,6	23,0	25,6	63,8	54,9	2,9	2,4	1,05	1,05
78 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	2,1	2,0	0,3	0,1	59,4	59,4	32,5	35,9	47,7	41,2	1,7	1,4	1,08	1,08
78 Ukraine	44,9	40,5	–0,8	–0,5	67,1	69,1	37,7	39,3	46,0	42,8	1,1	1,5	1,06	1,06
80 Mauritius	1,3	1,4	1,0	0,5	42,7	41,8	28,6	32,4	48,0	39,6	2,0	1,6	1,04	1,04
81 Bosnien und Herzegowina	3,7	3,5	0,5	–0,2	43,0	48,8	35,1	39,4	44,5	40,5	1,4	1,1	1,07	1,07
82 Aserbaidschan	9,4	10,8	1,1	1,2	51,4	53,9	25,6	29,5	58,1	38,3	2,0	2,2	1,17	1,15
83 St. Vincent und die Grenadinen	0,1	0,1	0,2	0,0	45,2	49,7	24,2	27,9	62,3	48,3	2,4	2,0	1,03	1,03
84 Oman	2,9	3,6	1,4	1,9	71,6	73,7	21,0	25,3	64,5	42,8	3,6	2,2	1,05	1,05
85 Brasilien	198,4	220,5	1,3	0,8	81,2	84,9	25,4	29,1	54,0	46,8	2,4	1,8	1,05	1,05
85 Jamaika	2,8	2,8	0,8	0,4	51,8	52,1	24,5	27,0	67,0	55,9	2,6	2,3	1,05	1,05
87 Armenien	3,1	3,1	–0,1	0,3	64,7	64,1	30,3	32,1	55,9	45,3	1,7	1,7	1,18	1,14
88 St. Lucia	0,2	0,2	1,0	1,0	28,0	16,8	24,0	27,4	66,5	46,9	2,3	1,9	1,03	1,03
89 Ecuador	14,9	17,9	1,7	1,3	60,3	68,0	22,6	25,5	65,1	56,3	3,0	2,4	1,05	1,05
90 Türkei	74,5	86,7	1,4	1,1	64,7	72,5	24,5	28,3	56,0	46,8	2,4	2,0	1,05	1,05
91 Kolumbien	47,6	56,9	1,6	1,3	72,1	75,6	23,8	26,8	60,1	51,5	2,6	2,3	1,05	1,05
92 Sri Lanka	21,2	23,1	1,1	0,8	15,7	15,2	27,8	30,7	48,9	50,6	2,2	2,3	1,04	1,04
93 Algerien	36,5	43,5	1,5	1,4	60,8	73,8	21,7	26,2	62,2	45,6	2,6	2,2	1,05	1,05
94 Tunesien	10,7	12,2	0,9	1,0	63,4	66,5	24,7	28,9	57,2	43,2	2,1	1,9	1,05	1,05
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
95 Tonga	0,1	0,1	0,6	0,4	23,0	23,5	19,9	21,3	78,9	76,1	4,3	3,8	1,05	1,05
96 Belize	0,3	0,4	2,3	2,0	47,7	44,5	18,8	21,8	83,4	60,8	3,6	2,7	1,03	1,03
96 Dominikanische Republik	10,2	12,1	1,5	1,2	61,7	70,3	22,7	25,1	67,1	58,3	2,9	2,5	1,05	1,05
96 Fidschi	0,9	1,0	0,3	0,8	47,9	52,6	22,1	26,4	62,6	51,7	3,1	2,6	1,06	1,06
96 Samoa	0,2	0,2	0,4	0,5	22,0	19,6	19,7	20,9	81,6	72,7	4,6	3,8	1,08	1,08
100 Jordanien	6,5	8,4	2,0	1,9	79,8	83,0	19,4	20,7	75,8	66,9	3,9	2,9	1,05	1,05
101 China	1.353,6[i,j]	1.393,1[i,j]	0,6[i,j]	0,4[i,j]	35,9[j]	51,9	29,7	34,5	48,1	37,6	1,7	1,6	1,21	1,18
102 Turkmenistan	5,2	6,2	1,1	1,2	45,9	49,0	21,6	24,5	68,4	48,4	2,8	2,3	1,05	1,05
103 Thailand	69,9	73,3	1,1	0,5	31,1	34,4	30,2	34,2	44,7	41,1	1,7	1,5	1,06	1,06
104 Malediven	0,3	0,4	1,5	1,3	27,7	42,3	18,8	24,6	79,2	43,6	2,9	1,7	1,06	1,06
105 Suriname	0,5	0,6	1,3	0,9	64,9	70,1	25,7	27,6	57,1	52,3	2,7	2,3	1,08	1,08
106 Gabun	1,6	2,1	2,1	1,9	80,1	86,5	19,3	21,6	84,2	64,0	4,1	3,2	1,03	1,03
107 El Salvador	6,3	7,1	0,4	0,6	58,9	65,3	20,7	23,2	78,2	60,6	2,9	2,2	1,05	1,05
108 Bolivien, Plurinationaler Staat	10,2	13,4	1,9	1,6	61,8	67,2	20,0	21,7	78,1	66,9	4,1	3,2	1,05	1,05
108 Mongolei	2,8	3,5	1,1	1,5	57,1	69,5	21,8	25,4	63,9	46,8	2,2	2,5	1,03	1,03
110 Palästina, Staat	4,3	6,8	2,1	2,8	72,0	74,6	16,2	18,1	98,7	79,5	5,4	4,3	1,05	1,05
111 Paraguay	6,7	8,7	2,0	1,7	55,3	62,5	20,4	23,1	74,0	61,4	3,7	2,9	1,05	1,05
112 Ägypten	84,0	106,5	1,9	1,7	42,8	43,6	21,4	24,4	67,9	57,2	3,3	2,7	1,05	1,05
113 Moldau, Republik	3,5	3,1	–1,7	–0,7	44,6	48,4	32,3	35,2	50,8	38,8	1,6	1,5	1,06	1,06
114 Philippinen	96,5	126,3	2,0	1,7	48,0	49,1	20,4	22,2	71,5	62,4	3,8	3,1	1,06	1,06
114 Usbekistan	28,1	33,4	0,9	1,1	37,4	36,2	20,9	24,2	71,4	48,7	2,7	2,3	1,05	1,05
116 Syrien, Arabische Rep.	21,1	27,9	2,9	1,7	51,9	56,5	19,1	21,1	77,7	65,2	3,6	2,8	1,05	1,05
117 Mikronesien, Föd. Staaten von	0,1	0,1	0,4	0,5	22,3	22,7	18,9	20,8	78,2	65,1	4,3	3,3	1,07	1,07
118 Guyana	0,8	0,8	0,4	0,2	28,7	28,4	23,0	23,8	66,7	55,8	2,5	2,2	1,05	1,05
119 Botsuana	2,1	2,3	1,3	1,1	53,2	62,3	20,0	22,9	69,5	56,7	3,4	2,6	1,03	1,03
120 Honduras	7,9	10,7	2,0	2,0	45,5	52,7	18,4	21,0	86,0	66,9	4,0	3,0	1,05	1,05
121 Indonesien	244,8	279,7	1,3	1,0	42,0	51,5	24,4	27,8	54,7	47,3	2,5	2,1	1,05	1,05

TABELLE 14 BEVÖLKERUNGSTRENDS

HDI-Rang	Bevölkerung: Ingesamt[a] (Millionen) 2012	Bevölkerung: Ingesamt[a] (Millionen) 2030	Bevölkerung: Jährliches Wachstum (%) 2000/2005	Bevölkerung: Jährliches Wachstum (%) 2010/2015[a,c]	Bevölkerung: Stadtbewohner (% von insgesamt) 2000	Bevölkerung: Stadtbewohner (% von insgesamt) 2012	Medianalter (Jahre) 2000	Medianalter (Jahre) 2010	Abhängigkeitsquot., insg. (pro 100 Personen, 15-64 Jahre) 2000	Abhängigkeitsquot., insg. (pro 100 Personen, 15-64 Jahre) 2012	Zusammengef. Geburtenziff. (Geburten pro Frau) 2000	Zusammengef. Geburtenziff. (Geburten pro Frau) 2012[a,c]	Geschlechterverh. b. Geburt[b] (Verhältnis von männl. zu weibl. Neugeborenen) 2000[d]	Geschlechterverh. b. Geburt[b] (Verhältnis von männl. zu weibl. Neugeborenen) 2012[c]
121 Kiribati	0,1	0,1	1,8	1,5	43,0	44,0	..	..	..	..	..	..	..	..
121 Südafrika	50,7	54,7	1,3	0,5	56,9	62,4	22,9	24,9	59,6	52,9	2,9	2,4	1,03	1,03
124 Vanuatu	0,3	0,4	2,6	2,4	21,7	25,2	18,9	20,6	81,3	70,0	4,4	3,8	1,07	1,07
125 Kirgistan	5,4	6,7	0,4	1,1	35,3	35,4	22,5	23,8	67,9	51,9	2,7	2,6	1,05	1,06
125 Tadschikistan	7,1	9,0	0,9	1,5	26,5	26,5	18,5	20,4	84,9	65,3	4,0	3,2	1,05	1,05
127 Vietnam	89,7	101,5	1,1	1,0	24,4	31,7	23,8	28,2	60,5	40,9	2,0	1,8	1,05	1,05
128 Namibia	2,4	3,0	1,9	1,7	32,4	39,0	19,5	21,2	77,6	64,8	4,0	3,1	1,03	1,03
129 Nicaragua	6,0	7,2	1,3	1,4	54,7	57,8	18,9	22,1	80,4	61,2	3,3	2,5	1,05	1,05
130 Marokko	32,6	37,5	1,1	1,0	53,3	57,4	22,6	26,3	62,0	49,2	2,7	2,2	1,06	1,06
131 Irak	33,7	55,3	2,7	3,1	67,8	66,4	18,0	18,3	89,5	84,3	5,3	4,6	1,07	1,07
132 Kap Verde	0,5	0,6	1,6	0,9	53,4	63,4	18,5	22,8	88,9	55,8	3,7	2,3	1,03	1,03
133 Guatemala	15,1	22,7	2,5	2,5	45,1	50,2	17,7	18,9	92,4	82,4	4,8	3,9	1,05	1,05
134 Timor-Leste	1,2	2,0	3,9	2,9	24,3	28,7	15,3	16,6	106,8	93,0	7,1	6,0	1,05	1,05
135 Ghana	25,5	36,5	2,4	2,3	44,0	52,6	19,1	20,5	79,9	73,0	4,7	4,0	1,06	1,06
136 Äquatorialguinea	0,7	1,1	3,1	2,7	38,8	39,6	19,5	20,3	85,9	72,0	5,8	5,0	1,03	1,03
136 Indien	1.258,4	1.523,5	1,6	1,3	27,7	31,6	22,7	25,1	63,8	53,8	3,1	2,6	1,08	1,08
138 Kambodscha	14,5	17,4	1,4	1,2	18,6	20,1	18,1	22,9	80,5	53,2	3,8	2,4	1,05	1,05
138 Laos, Demokratische Volksrep.	6,4	7,8	1,6	1,3	22,0	35,4	18,6	21,5	85,0	58,4	4,2	2,6	1,05	1,05
140 Bhutan	0,8	0,9	2,9	1,5	25,4	36,4	19,4	24,6	79,2	49,7	3,7	2,3	1,04	1,04
141 Swasiland	1,2	1,5	0,8	1,4	22,6	21,2	17,2	19,5	90,8	69,4	4,2	3,2	1,03	1,03
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
142 Kongo	4,2	6,2	2,4	2,2	58,7	64,1	18,9	19,6	82,7	79,3	4,9	4,5	1,03	1,03
143 Salomonen	0,6	0,8	2,8	2,5	15,8	20,9	18,8	19,9	80,6	74,1	4,7	4,1	1,09	1,09
144 São Tomé und Príncipe	0,2	0,2	1,6	2,0	53,4	63,4	17,8	19,3	88,3	75,8	4,6	3,5	1,03	1,03
145 Kenia	42,7	65,9	2,6	2,7	19,9	24,4	17,4	18,5	89,0	82,1	5,0	4,6	1,03	1,03
146 Bangladesch	152,4	181,9	1,6	1,3	23,6	28,9	20,8	24,2	70,4	53,0	3,1	2,2	1,05	1,05
146 Pakistan	180,0	234,4	1,9	1,8	33,1	36,5	19,0	21,7	82,8	63,4	4,5	3,2	1,05	1,05
148 Angola	20,2	30,8	3,4	2,7	49,0	60,0	16,1	16,6	100,5	93,9	6,8	5,2	1,03	1,03
149 Myanmar	48,7	54,3	0,6	0,8	27,2	33,2	24,7	28,2	55,2	43,0	2,4	2,0	1,03	1,03
150 Kamerun	20,5	28,8	2,3	2,1	45,5	52,7	18,2	19,3	86,3	78,3	5,0	4,3	1,03	1,03
151 Madagaskar	21,9	35,3	3,0	2,8	27,1	33,2	17,4	18,2	93,8	83,7	5,5	4,5	1,02	1,03
152 Tansania, Vereinigte Rep.	47,7	81,9	2,6	3,1	22,3	27,2	17,4	17,5	91,0	92,6	5,7	5,5	1,03	1,03
153 Nigeria	166,6	257,8	2,5	2,5	42,4	50,3	18,1	18,5	86,4	86,1	5,9	5,5	1,06	1,06
154 Senegal	13,1	20,0	2,7	2,6	40,3	42,8	17,0	17,8	92,1	84,3	5,5	4,7	1,03	1,03
155 Mauretanien	3,6	5,2	2,8	2,2	40,0	41,7	18,4	19,8	83,0	73,1	5,2	4,4	1,05	1,05
156 Papua-Neuguinea	7,2	10,2	2,5	2,2	13,2	12,5	19,6	20,4	74,7	70,3	4,5	3,8	1,08	1,08
157 Nepal	31,0	39,9	2,2	1,7	13,4	17,3	19,2	21,4	80,5	64,1	4,1	2,6	1,05	1,05
158 Lesotho	2,2	2,6	1,0	1,0	20,0	28,3	18,6	20,3	84,1	69,1	4,1	3,1	1,03	1,03
159 Togo	6,3	8,7	2,4	2,0	32,9	38,5	18,0	19,7	86,4	73,6	5,1	3,9	1,02	1,02
160 Jemen	25,6	41,3	3,1	3,0	26,3	32,9	15,5	17,4	105,6	86,4	6,5	5,0	1,05	1,05
161 Haiti	10,3	12,5	1,6	1,3	35,6	54,8	19,1	21,5	79,2	65,5	4,3	3,2	1,05	1,05
161 Uganda	35,6	59,8	3,2	3,1	12,1	16,0	15,6	15,7	106,0	103,1	6,9	6,0	1,03	1,03
163 Sambia	13,9	24,5	2,3	3,0	34,8	39,6	17,1	16,7	93,2	99,0	6,1	6,3	1,03	1,03
164 Dschibuti	0,9	1,3	2,0	1,9	76,5	77,1	18,9	21,4	78,8	62,8	4,8	3,6	1,04	1,04
165 Gambia	1,8	2,8	3,0	2,7	48,8	57,9	16,9	17,8	92,1	83,8	5,6	4,7	1,03	1,03
166 Benin	9,4	14,6	3,2	2,7	38,3	45,6	17,1	17,9	94,5	86,9	6,0	5,1	1,04	1,04
167 Ruanda	11,3	17,6	2,6	2,9	13,8	19,4	16,9	18,7	92,4	84,2	5,8	5,3	1,01	1,01
168 Côte d'Ivoire	20,6	29,8	1,7	2,2	43,5	52,0	18,7	19,2	81,6	79,3	5,2	4,3	1,02	1,02
169 Komoren	0,8	1,2	2,7	2,5	28,1	28,1	18,5	18,9	79,2	82,8	5,3	4,8	1,05	1,05
170 Malawi	15,9	28,2	2,7	3,2	14,6	15,8	17,0	16,9	95,6	96,3	6,1	6,0	1,03	1,03
171 Sudan	35,0	50,8	2,3	2,4	32,5	33,3	18,6[k]	19,7[k]	83,7[k]	76,0[k]	5,5[k]	..	1,05[k]	1,05[k]
172 Simbabwe	13,0	17,6	0,1	2,2	33,8	39,1	18,2	19,3	82,3	71,6	3,9	3,1	1,02	1,02
173 Äthiopien	86,5	118,5	2,5	2,1	14,7	17,2	17,0	18,7	95,7	77,3	6,1	3,9	1,03	1,03
174 Liberia	4,2	6,5	2,2	2,6	44,3	48,5	17,9	18,2	85,9	86,0	5,8	5,1	1,06	1,06
175 Afghanistan	33,4	53,3	3,8	3,1	20,6	23,8	15,9	16,6	101,3	92,6	7,7	6,0	1,06	1,06
176 Guinea-Bissau	1,6	2,3	2,0	2,1	35,9	44,6	18,2	19,0	86,7	79,7	5,8	4,9	1,03	1,03
177 Sierra Leone	6,1	8,5	4,4	2,1	35,8	39,6	18,5	18,4	80,2	80,8	5,7	4,8	1,02	1,02
178 Burundi	8,7	11,4	2,6	1,9	8,2	11,2	16,7	20,2	96,5	67,7	5,8	4,1	1,03	1,03
178 Guinea	10,5	15,9	1,6	2,5	31,0	35,9	17,7	18,3	90,7	85,0	6,0	5,1	1,06	1,06
180 Zentralafrikanische Republik	4,6	6,4	1,6	2,0	37,6	39,3	18,7	19,4	85,1	78,0	5,4	4,5	1,03	1,03
181 Eritrea	5,6	8,4	4,0	2,9	17,6	21,8	17,1	19,0	89,7	78,9	5,4	4,3	1,03	1,03
182 Mali	16,3	26,8	3,1	3,0	28,1	35,6	16,3	16,3	98,8	97,3	6,8	6,2	1,05	1,05

	Bevölkerung													
	Ingesamt[a]		Jährliches Wachstum		Stadtbewohner		Medianalter		Abhängigkeitsquot., insg.		Zusammengef. Geburtenziff.		Geschlechterverh. b. Geburt[b]	
	(Millionen)		(%)		(% von insgesamt)		(Jahre)		(pro 100 Personen, 15-64 Jahre)		(Geburten pro Frau)		(Verhältnis von männl. zu weibl. Neugeborenen)	
HDI-Rang	2012	2030	2000/2005	2010/2015[a,c]	2000	2012	2000	2010	2000	2012	2000	2012[a,c]	2000[d]	2012[c]
183 Burkina Faso	17,5	29,1	2,9	3,0	17,8	27,4	16,5	17,1	95,3	90,5	6,3	5,8	1,05	1,05
184 Tschad	11,8	18,4	3,5	2,6	21,5	21,9	16,9	17,1	96,2	92,6	6,6	5,8	1,03	1,03
185 Mosambik	24,5	35,9	2,6	2,2	29,1	31,4	17,9	17,8	88,8	89,1	5,7	4,8	1,03	1,03
186 Kongo, Demokratische Rep.	69,6	106,0	2,9	2,6	29,3	34,8	16,0	16,7	102,6	94,0	6,9	5,5	1,03	1,03
186 Niger	16,6	30,8	3,5	3,5	16,2	18,1	15,8	15,5	102,3	104,8	7,5	7,0	1,05	1,05
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
Korea, Dem. Volksrep.	24,6	26,2	0,7	0,4	59,4	60,4	29,9	32,9	49,5	47,0	2,1	2,0	1,05	1,05
Marshallinseln	0,1	0,1	0,0	1,6	68,4	72,2	..	..	..	..	..	..	..	..
Monaco	0,0	0,0	0,1	0,0	100,0	100,0	..	..	..	..	..	..	..	..
Nauru	0,0	0,0	0,1	0,6	100,0	100,0	..	..	..	..	..	..	..	..
San Marino	0,0	0,0	2,3	0,6	93,4	94,1	..	..	..	..	..	..	..	..
Somalia	9,8	16,4	2,4	2,6	33,2	38,2	18,0	17,5	88,3	91,0	6,5	6,3	1,03	1,03
Südsudan	10,7	16,1	2,8[l]	3,2[l]	16,5	18,2	..	..	..	..	..	..	..	..
Tuvalu	0,0	0,0	0,6	0,2	46,0	51,0	..	..	..	..	..	..	..	..
HDI-Gruppierungen														
Sehr hohe menschliche Entwicklung	1.134,3	1.216,9	0,7	0,5	77,0	81,2	36,8	39,3	49,1	50,3	1,6	1,8	1,05	1,06
Hohe menschliche Entwicklung	1.039,2	1.150,1	0,9	0,8	70,1	74,1	27,6	30,4	54,7	46,4	2,2	1,9	1,05	1,05
Mittlere menschliche Entwicklung	3.520,5	4.017,4	1,2	1,0	34,8	43,7	25,6	28,9	56,8	47,0	2,5	2,1	1,10	1,10
Niedrige menschliche Entwicklung	1.280,7	1.845,3	2,3	2,2	28,6	33,6	18,4	19,8	85,2	75,5	5,1	4,2	1,04	1,04
Regionen														
Arabische Staaten	357,3	480,8	2,2	2,0	53,2	57,2	20,6	23,3	72,3	59,7	3,9	3,0	1,05	1,05
Ostasien und Pazifik	1.991,4	2.135,3	0,8	0,6	36,7	49,7	28,1	32,3	50,8	40,9	2,0	1,8	1,14	1,12
Europa und Zentralasien	481,6	491,3	0,0	0,2	63,2	64,8	32,9	34,9	49,5	43,4	1,6	1,7	1,06	1,06
Lateinamerika und Karibik	597,7	696,0	1,3	1,1	75,3	79,3	24,4	27,5	60,3	52,1	2,6	2,2	1,05	1,05
Südasien	1.753,0	2.141,8	1,6	1,4	29,0	32,9	22,0	24,6	66,7	54,6	3,3	2,6	1,07	1,07
Afrika südlich der Sahara	852,5	1.284,0	2,5	2,5	32,0	37,0	17,8	18,5	88,6	83,4	5,6	4,8	1,04	1,04
Am wenigsten entwickelte Länder	870,4[T]	1.256,8[T]	2,2[T]	2,2[T]	24,3[T]	28,9[T]	18,3[T]	19,7[T]	85,5[T]	75,5[T]	5,1[T]	4,1[T]	1,04[T]	1,04[T]
Kleine Inselentwicklungsländer	53,8	63,8	1,3	1,1	48,2	52,6	24,0	26,6	64,6	57,3	3,1	2,7	1,06	1,06
Welt	**7.052,1[T]**	**8.321,3[T]**	**1,2[T]**	**1,2[T]**	**46,7[T]**	**52,6[T]**	**26,7[T]**	**29,2[T]**	**59,0[T]**	**52,0[T]**	**2,7[T]**	**2,5[T]**	**1,07[T]**	**1,07[T]**

HINWEISE

a Hochrechnungen auf der Grundlage der mittleren Fertilitätsvariante.

b Als natürliches Geschlechterverhältnis bei der Geburt gelten 105 männliche auf 100 weibliche Neugeborene (übliche Annahme, empirisch bestätigt).

c Die Daten sind jährliche Durchschnitte hochgerechneter Werte für 2010-2015.

d Die Daten sind durchschnittliche jährliche Schätzungen für 2000-2005.

e Einschließlich Inselgruppe Spitzbergen (Svalbard und Jan Mayen).

f Einschließlich Weihnachtsinseln, Cocos-(Keeling-) Inseln und Norfolkinsel.

g Einschließlich Kanarische Inseln, Ceuta und Melilla.

h Einschließlich Kosovo.

i Einschließlich Taiwan, Provinz von China, ohne Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau.

j Ohne Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau.

k Die Schätzungen betreffen nur Sudan, Südsudan ist nicht berücksichtigt.

l HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Bevölkerungsdaten von UNDESA (2012b).

m Der Originaldatenquelle entnommener aggregierter Wert.

DEFINITIONEN

Bevölkerung: Tatsächliche Bevölkerung eines Landes, eines Gebiets oder einer Region am 1. Juli.

Jährliches Bevölkerungswachstum: Durchschnittliche jährliche exponentielle Wachstumsrate für den angegebenen Zeitraum.

Stadtbewohner: Bevölkerung, die am 1. Juli tatsächlich in Gebieten lebt, die nach den Kriterien des jeweiligen Gebiets oder Landes als Städte klassifiziert werden.

Medianalter: Alterslinie, die die Bevölkerung in zwei gleiche Teile teilt: 50 Prozent der Bevölkerung liegen über diesem Alter, 50 Prozent darunter.

Abhängigkeitsquotient insgesamt: Verhältnis der Summe der 0-14-Jährigen und ab 65-Jährigen zur Altersgruppe der 15-64-Jährigen.

Zusammenfassende Geburtenziffer: Zahl der Kinder, die jede Frau gebären würde, wenn sie bis zum Ende ihres Reproduktionsalters leben und in jedem Alter Kinder entsprechend der vorherrschenden altersspezifischen Geburtenhäufigkeit gebären würde.

Geschlechterverhältnis bei der Geburt: Zahl der männlichen Neugeborenen im Verhältnis zur Zahl der weiblichen Neugeborenen.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalte 1, 2, 13 und 14: UUNDESA (2012b).

Spalten 3, 4 und 7-12: UNDESA (2011).

Spalten 5 und 6: UNDESA (2012a).

Regionen

Arabische Staaten (20 Länder oder Gebiete)
Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanienien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Palästina (Staat), Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Arabische Republik Syrien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate

Ostasien und Pazifik (24 Länder)
China, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Korea, Kiribati, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Mongolei, Myanmar, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, Philippinen, Salomonen, Samoa, Thailand, Timor-Leste, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Vietnam

Europa und Zentralasien[1] (31 Länder)
Albanien, Armenien, Aserbeidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, , Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Montenegro, Polen, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Rumänien, Russische Föderation, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Zypern

Lateinamerika und Karibik (33 Länder)
Antigua und Barbuda, Argentinien, Bahamas, Barbados, Belize, Plurinationaler Staat Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Grenada, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Kolumbien, Kuba, Jamaika, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago, Uruguay, Bolivarische Republik Venezuela

Südasien (9 Länder)
Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Islamische Republik Iran, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka

Afrika südlich der Sahara (46 Länder)
Angola, Äquatorialguinea, Äthiopien, Benin, Botsuana, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Eritrea, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kenia, Komoren, Kongo, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mauritius, Mosambik, Namibia, Niger, Nigeria, Ruanda, Sambia, Sao Tome und Principe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Südsudan, Swasiland, Vereinigte Republik Tansania, TsTschad, Togo, Uganda, Zentralafrikanische Republik

Hinweis: Die in den zusammengefassten Werten der Gruppen „Am wenigsten entwickelte Länder" und „Kleine Inselentwicklungsländer" berücksichtigten Länder entsprechen den UN-Klassifikationen, die unter http://www.unohrlls.org/ verfügbar sind

1. Die ehemaligen sozialistischen Länder Europas und Zentralasiens haben seit 1989-1991 einen politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess durchlaufen; das gleiche gilt für Malta, die Türkei und Zypern.

Statistische Referenzen

ADB (Asian Development Bank). 2012. *Asian Development Outlook 2012: Confronting Rising Inequality in Asia.* www.adb.org/sites/default/files/pub/2012/ado2012.pdf. Accessed 30 April 2012.

Aguna, C., and M. Kovacevic 2011. "Uncertainty and Sensitivity Analysis of the Human Development Index." Human Development Research Paper 2010/11. UNDP–HDRO, New York. http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2010/papers/HDRP_2010_47.pdf.

Alkire, S., A. Conconi, and J.M. Roche. 2012. "Multidimensional Poverty Index 2012: Brief Methodological Note and Results." University of Oxford, Department of International Development, Oxford Poverty and Human Development Initiative, Oxford, UK.

Alkire, S., J.M. Roche, M.E. Santos, and S. Seth. 2011. "Multidimensional Poverty Index 2011: Brief Methodological Note." University of Oxford, Department of International Development, Oxford Poverty and Human Development Initiative, Oxford, UK. www.ophi.org.uk/multidimensional-poverty-index-2011-brief-methodological-note/. Accessed 15 February 2012.

Alkire, S., and J. Foster. 2010. "Designing the Inequality-Adjusted Human Development Index (HDI)." Human Development Research Paper 2010/28. UNDP–HDRO, New York. http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2010/papers/HDRP_2010_28.pdf.

Anand, S., and A. Sen. 2000. "The Income Component of the Human Development Index." *Journal of Human Development and Capabilities* 1(1): 83–106.

Athukorala, Prema-chandra. 2012. "Asian Trade Flows: Trends, Patterns and Prospects." *Japan and the Welt Economy* 24: 150–62.

Barro, R. J., and J. W. Lee. 2010. *A New Data Set of Educational Attainment in the Welt, 1950–2010.* Working Paper 15902. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. www.nber.org/papers/w15902. Accessed 15 April 2012.

———. 2011. Dataset of educational attainment. www.barrolee.com. Accessed 15 April 2012.

CRED EM-DAT (Centre for Research on the Epidemiology of Disasters). 2012. The International Disaster Database. www.emdat.be. Accessed 30 March 2012.

ECLAC (Economic Commission for Lateinamerika und Karibik). 2012. *Preliminary Overview of the Economies of Lateinamerika und Karibik.* Santiago. www.eclac.org/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/4/41974/P41974.xml&xsl=/. Accessed 30 April 2012.

Eurostat. 2012. "European Union Statistics on Income and Living Conditions (EUSILC)." Brussels. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/eu_silc. Accessed 15 April 2012.

FAO (Food and Agriculture Organization). 2011. AQUASTAT database. www.fao.org/nr/water/aquastat/data. Accessed 15 April 2012.

———. 2012. Statistics Division Database. www.fao.org/corp/statistics/en/. Accessed 15 April 2012.

Gallup. 2012. Gallup Welt Poll database. https://Weltview.gallup.com. Accessed 30 April 2012.

Høyland, B., K. Moene, and F. Willumsen. 2011. "The Tyranny of International Rankings." *Journal of Development Economics* 97(1): 1–14.

ICF Macro. 2012. Measure DHS (Demographic and Health Survey). www.measuredhs.com.

IEA (International Energy Agency). 2012. *Welt Energy Outlook 2011.* Paris. www.iea.org/weo/electricity.asp. Accessed 30 March 2012.

ILO (International Labour Organization). 2012. *Key Indicators of the Labour Market.* 7th edition. Geneva. www.ilo.org/empelm/what/WCMS_114240/lang--en/index.htm. Accessed 15 October 2012.

IMF (International Monetary Fund). 2012. Welt Economic Outlook database, October 2012. www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/01/weodata/index.aspx. Accessed 15 October 2012.

Inter-agency Group for Child Mortality Estimation. 2012. Database on child mortality. www.childinfo.org/mortality_igme.html. Accessed 15 October 2012.

IPU (Inter-Parliamentary Union). 2012. PARLINE database. www.ipu.org/wmn-e/classif.htm. Accessed 15 May 2012.

ITU (International Telecommunication Union). 2012. Welt Telecommunication/ICT Indicators database. www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/. Accessed 15 October 2012.

IUCN (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources). 2012. IUCN Red List of Threatened Species. Version 2011.2. www.iucnredlist.org. Accessed 15 April 2012.

LIS (Luxemburg Income Study). 2012. "Luxemburg Income Study Project." www.lisproject.org/techdoc.htm. Accessed 15 May 2012.

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development). 2010. Programme for International Student Assessment. www.oecd.org/edu/pisa/2009. Accessed 30 March 2012.

OECD-DAC (Organisation for Economic Co-operation and Development–Development Assistance Committee). 2012. Aid statistics database. www.oecd.org/dac/aidstatistics/. Accessed 15 October 2012.

SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute). 2012. SIPRI Military Expenditure Database. www.sipri.org. Accessed 30 March 2012.

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development). 2012. Statistics. http://unctadstat.unctad.org/ReportFolders/reportFolders.aspx?sCS_referer=&sCS_ChosenLang=en. Accessed 1 May 2012.

UNDESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). 2011. *Welt Population Prospects: The 2010 Revision.* New York. http://esa.un.org/unpd/wpp/index.htm. Accessed 15 April 2012.

———. 2012a. *Welt Urbanization Prospects: The 2011 Revision.* New York. http://esa.un.org/unpd/wup/index.htm. Accessed 30 April 2012.

———. 2012b. Population Division Database. Detailed Indicators. http://esa.un.org/undp/wpp/unpp/. Accessed 1 May 2012.

———. 2012c. *Welt Economic Situation and Prospects: Mid-2012 Update.* New York. www.un.org/en/development/desa/policy/wesp/. Accessed 30 April 2012.

UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) Institute for Statistics. 2012. Data Centre. http://stats.uis.unesco.org. Accessed 15 October 2012.

UNESCWA (United Nations Economic and Social Commission for Western Asia). 2012. "Summary of the Survey of Economic and Social Developments in Western Asia, 2011–2012." Beirut. www.escwa.un.org/information/publications/edit/upload/E_ESCWA_EDGD_12_1_e.pdf. Accessed 30 April 2012.

UNICEF (United Nations Children's Fund). 2012. *The State of the Welt's Children 2012.* New York. www.unicef.org/sowc2012/. Accessed 30 March 2012.

———. Various years. Multiple Indicator Cluster Surveys. New York. www.unicef.org/statistics/index_24302.html. Accessed 15 October 2012.

UNODC (United Nations Office on Drug and Crime). 2012. *2011 Global Study on Homicide: Trends, Contexts, Data.* www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/Homicide/Globa_study_on_homicide_2011_web.pdf. Accessed 30 May 2012.

UNSD (United Nations Statistics Division). 2012a. National Accounts Main Aggregate Database. http://unstats.un.org/unsd/snaama. Accessed 1 May 2012.

———. 2012b. International Merchandise Trade Statistics. Comtrade Database. http://comtrade.un.org/. Accessed 15 October 2012.

UN WTO (Welt Tourism Organization). 2012. Compendium of Tourism Statistics database. http://statistics.unwto.org/en/content/compendium-tourism-statistics. Accessed 30 April 2012.

WHO (Welt Health Organization). 2012a. *Welt Health Statistics 2011.* Geneva. www.who.int/gho/publications/Welt_health_statistics/EN_WHS2011_Full.pdf. Accessed 30 March 2012.

———. 2012b. Global Health Observatory. www.apps.who.int/ghodata. Accessed 30 March 2012.

———. 2012c. Mental Health. www.who.int/mental_health/en. Accessed 30 April 2012.

WHO (Welt Health Organization), UNICEF (United Nations Children's Fund), UNFPA (United Nations Population Fund) and Welt Bank. 2012. "Trends in Estimates of Maternal Mortality Ratio." www.childinfo.org/maternal_mortality_ratio.php. Accessed 15 May 2012.

WIPO (Welt Intellectual Property Organization). 2012. Intellectual Property Statistics. www.wipo.int/ipstats/en/. Accessed 22 March 2012.

Welt Bank. 2011. *Migration and Remittances Factbook.* 2nd Edition. Washington, DC. http://siteresources.Weltbank.org/INTLAC/Resources/Factbook2011-Ebook.pdf. Accessed 15 April 2012.

———. 2012a. *Welt Development Indicators 2012.* Washington, DC. http://data.Weltbank.org. Accessed 15 October 2012.

———. 2012b. International Income Distribution Database. [Not publicly available]. 15 April 2012.

———. 2012c. Correspondence on personal computers data. 15 April 2012.

Technischer Anhang: Erläuterungen zu den für den HDR 2013 durchgeführten Prognosen

Dieser technische Anhang erläutert die beiden Prognosemodelle aus dem Kapitel 4

Das Modell von Lutz und KC (2013) – Demografie, Bildung und menschliche Entwicklung

Für den HDR 2013 wurde das Modell von Lutz und KC (2013) verwendet, um demografische Trends bis 2050 zu prognostizieren. Das Modell basiert auf der Annahme, dass Verbesserungen sowohl der Qualität als auch der Quantität von Bildung Einfluss auf Trends in Bezug auf das Bevölkerungswachstum haben. Die Grundlage für diesen Bericht ist eine Datenreihe zu 120 Ländern mit nach Alter, Geschlecht und Bildungsstufe aufgeschlüsselten Bevölkerungsdaten für jedes Land.

Lutz und KC verwenden einen mehrstufigen Ansatz für ein Modell zur Bevölkerungsentwicklung, das in den 1970er Jahren am International Institute for Applied Systems Analysis in Österreich entwickelt wurde und heute unter technischen Demografen eine allgemein anerkannte Methode ist. Bei der Prognose wurde das Jahr 2000 als Basisjahr gewählt (das jüngste Jahr, für das für die meisten Länder international vergleichbare Daten verfügbar sind), und der ihr zugrundeliegende Gedanke ist recht unkompliziert: Wenn angenommen wird, dass sich der Bildungserfolg einer Person nach Erreichen eines bestimmten Alters nicht mehr verändert, kann der Anteil von Frauen im Alter ohne jegliche formelle Bildung von 50 bis 54 Jahren im Jahr 2005 aus dem Anteil von Frauen ohne jegliche formelle Bildung im Alter von 45 bis 49 Jahren im Jahr 2000 abgeleitet werden.

Diese Anteile wären uneingeschränkt korrekt, wenn keine Person nach Erreichen des 15. Lebensjahres aus der Kategorie mit Grundschulbildung aufsteigt und wenn das Bildungsniveau keinen Einfluss auf Sterblichkeit und Migration haben würde. Dies folgt unmittelbar aus dem Umstand, dass sich die Größe einer Geburtenkohorte im Zeitverlauf nur durch Sterblichkeit und Migration verändern kann. Es bestehen jedoch enge Verknüpfungen zwischen dem Bildungsniveau und Sterblichkeit, Fertilität sowie Migrationsverhalten. Entsprechend wird der obige Ansatz korrigiert, um diesen Effekten Rechnung zu tragen. Die Geburtskohortengröße ist vom Bildungsniveau von Frauen im gebärfähigen Alter abhängig, wobei traditionell eine negative Beziehung beobachtet wird. Bei der Prognose für diese Kohorten werden auf die Bildungsgruppen unterschiedliche Überlebensraten angewendet. Die Unterschiede basieren auf einer umfassenden Sichtung der Literatur sowie auf Modellierungen auf der Grundlage früherer Daten.

In der Wirklichkeit hängt die Wahrscheinlichkeit, dass einer Person der Übergang von einer Bildungsstufe zur nächsthöheren gelingt, in hohem Maß von der Bildung der Eltern ab. Dieser Mechanismus des Bildungserbes wird hier jedoch nicht explizit modelliert. Stattdessen werden die Annahmen für die Übergangsraten und ihre zukünftige Entwicklung statistisch aus dem Gesamtverhalten von Bildungssystemen in der Vergangenheit abgeleitet. Weil diese Erweiterung zum Teil das Ergebnis des Vererbungsmechanismus, das heißt des Umstandes ist, dass viele Eltern möchten, dass ihre Kinder mindestens das Bildungsniveau erreichen, das sie selbst erreicht haben, schlägt sich die Vererbung implizit in der Prognose nieder, auch wenn sie nicht förmlich Teil des Modells ist. Ein solcher Ansatz ist derzeit vorzuziehen, weil Daten zu den Gesamtwachstumsmustern von Bildungssystemen, die als Grundlage für Annahmen über die zukünftige Entwicklung verwendet werden könnten, wesentlich leichter verfügbar sind als robuste Daten zum Mikroprozess des Bildungserbes.

Das Verfahren für jedes Land lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Für das Jahre 2000 wird eine Ausgangsverteilung der Bevölkerung auf Fünfjahresgruppen und auf abgeschlossene Bildungsstufen abgeleitet.
- Bei jedem Fünfjahresschritt bewegen sich die Kohorten in die nächsthöhere Fünfjahresgruppe.
- Auf jeden Zeitabschnitt werden alters-, geschlechts- und bildungsgruppenspezifische Sterblichkeitsraten angewendet.
- Alters- und geschlechtsspezifische Bildungsübergangsraten werden angewendet.
- Die alters-, geschlechts- und bildungsspezifischen Nettozahlen der Migranten werden von der Untersuchungsgesamtheit abgezogen. In den hier vorgestellten Prognosen stimmen die Annahmen zu Migranten mit den Annahmen überein, die in den Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen verwendet werden; diese werden jedoch durch zusätzliche Annahmen zum Bildungsprofil von Migranten ergänzt. Weil die UN von einem Gesamtrückgang der Zahl der Migranten im Zeitverlauf ausgehen, sind diese Annahmen nicht von entscheidender Bedeutung.
- Um die Größe der neuen ersten Altersgruppe von 0 bis 5 Jahren zu bestimmen, werden auf jeden Zeitabschnitt alters-, geschlechts- und bildungsgruppenspezifische Fertilitätsraten angewendet.
- Die neue Bevölkerungsverteilung nach Alter, Geschlecht und abgeschlossener Bildungsstufe wird registriert, und die

beschriebenen Schritte werden für den nächsten Fünfjahresschritt wiederholt.

Das Ziel der Prognose ist eine Datenreihe mit einer Verteilung der Bevölkerung nach jeweils fünf Jahre umfassenden Altersgruppen, die mit dem 15. Lebensjahr beginnen und mit der höchsten Altersgruppe jenseits von 100 Jahren enden, nach Geschlecht und nach vier Bildungsstufen über einen Zeitraum von 50 Jahren vom Jahr 2000 (Ausgangsjahr) bis zum Jahr 2050 in Fünfjahresintervallen.

Pardee Center for International Futures (2013): Das Modell „Ausblick auf die menschliche Entwicklung und Politikszenarien"

Das *International-Futures-Modell* (IF) wird in diesem Bericht für Langzeitprognosen der menschlichen Entwicklung auf der Grundlage in einer engen Wechselbeziehung zueinanderstehender politikrelevanter Aspekte einschließlich Einkommen, Gesundheit, Bildung, Armut, Geschlecht, sozialer Wandel (einschließlich Instabilität und Risiko) sowie ökologischer Nachhaltigkeit verwendet.

Für detailliertere Informationen zur Entstehunng des Modells siehe Pardee Center for International Futures (2013) oder die Internetseite der "University of Denver Korbel School" (www.ifs.du.edu/introduction).

IF ist eine großes integriertes globales Langzeit-Modellierungssystem, das Untermodelle zu den Bereichen Demografie, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, Energie, Landwirtschaft, Gesellschaftspolitik, Infrastruktur, Technologie und Umwelt für 183 Länder, die im globalen System miteinander interagieren, umfasst.

Das IF-Modell wurde zuvor bereits für den Bericht über die menschliche Entwicklung 2011 verwendet, um Langzeitszenarien für Umwelttrends zu prognostizieren und ihre Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung zu evaluieren.

Zu den Kernmerkmalen des IF-Modells im Hinblick auf die Analyse der menschlichen Entwicklung zählen die folgenden:

- Eine Produktionsfunktion, die Produktivitätsparameter wie in vier wichtigen Kategorien bestimmt: Humanressourcen, soziales Kapital, physisches Kapital und Wissen.
- Ein *Bevölkerungsmodell* mit 22 Alter-Geschlecht-Kohorten bis jenseits des 100. Lebensjahres in einer Struktur, die Veränderungen der Fertilitätsraten widerspiegelt, mit einem umfangreichen Gesundheitsmodell zur Berechnung von Sterblichkeit (und Morbidität) über 13 Ursachenkategorien.

TABELLE A1

Zwölf Bereiche mit Ansatzpunkten für politische Interventionen zum Zweck der vergleichenden Analyse

Primär innenpolitische Ansatzpunkte	Primär internationale Ansatzpunkte
1. Demografie Fertilitätsraten Erwerbsbeteiligung von Frauen	**7. Soziales Kapital/Governance** Wahrscheinlichkeit eines Binnenkonflikts Staatseinnahmen/Korruption Demokratie und Inklusion
2. Sparen/Investitionen Sparquote/Zinssätze	**8. Handel** Handelsbarrieren Exportförderung
3. Binnentransfers Transfers an Haushalte von Geringqualifizierten	**9. Ausländische Investitionen** Ausländische Direktinvestitionen Portfoliotransaktionen
4. Humankapital Zielvorgaben für die Bildungsbeteiligung und Bildungsausgaben Zielvorgaben für Gesundheitsausgaben und ausgewählte Gesundheitsrisikofaktoren	**10. Haushaltstransfers** Überweisungen von Arbeitsmigranten an Angehörige in ihren Herkunftsländern
5. Infrastrukturkapital Zugang zu Infrastruktur	**11. Zwischenstaatliche Transfers** Entwicklungshilfe Mittelflüsse von IFI
6. Wissenskapital Forschung und Entwicklung	**12. Technologie** Technologieverbesserungen

Quelle: Auf der Grundlage von Pardee Center for International Futures (2013).

TABELLE A2

Zielvorgaben für angemessene Größenordnungen von Interventionen, relativ zum Basisszenario

Politisches Feld	10-Jahres-Zeitraum	20-Jahres-Zeitraum	30-Jahres-Zeitraum	40-Jahres-Zeitraum
Internationale Ebene				
Armutsbekämpfung	• Verdoppelung der von internationalen Finanzinstitutionen vergebenen Darlehen. • Anstieg der nicht rückzahlbaren Entwicklungshilfemittel der entwickelten Länder um mindestens 0,5 Prozent des BIP	• Globaler Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen um 30 Prozent • globaler Anstieg der Wertpapier-transaktionen um 50 Prozent • Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 20 Prozent • globale Zunahme der Migration um 50 Prozent		
Infrastruktur[a]		• Halbierung oder Absenkung unter die 10-Prozent-Marke (was zuerst erreicht werden kann) des Anteils der Landbevölkerung, die in größerer Entfernung als 2 Kilometer von einer ganzjährig benutzbaren Straße lebt • Bereitstellung des allgemeinen Zugangs zur Stromversorgung • Einstellung der Verwendung von Festbrennstoffen als vorrangiger Energieträger für Heizen und Kochen im Haushalt	• Verbesserung der Infrastruktur um etwa 20 Prozent • Bereitstellung eines allgemeinen Zugangs zu verbesserter Wasser- und Sanitärversorgung (Halbierung des Anteils zwischen 1990 und 2015) • Bereitstellung allgemeinen Zugangs zu Mobiltelefon und Breitband	• Erhöhung der Erzeugung erneuerbarer Energie auf 50 Prozent
Governance[b]	• Verringerung der Korruption und Verbesserung der Wirksamkeit von Governance sowie der Regulierungsqualität auf einen Standardfehler über typische Werte für die Höhe des Pro-Kopf-BIP jedes Landes. • Verbesserung der Maße für Demokratie und Teilhabe der Geschlechter auf einen Standardfehler über typische Werte für die Höhe des Pro-Kopf-BIP jedes Landes	• Wahrscheinlichkeit von Binnenkonflikten verringert auf 0 • Anstieg der Staatseinnahmen in Nicht-OECD-Ländern um 10 Prozent (etwa drei Prozentpunkte des BIP)		
Regionale und nationale Ebene[c]	• Für Entwicklungsländer: Anstieg der Gesundheitsausgaben um 20 Prozent; Verbesserung der Wirksamkeit von Governance um etwa 20 Prozent auf der Weltbank-Skala; Verbesserung bei der wirtschaftlichen Freiheit um etwa 20 Prozent auf der Skala des Fraser Institute; Anstieg des technologiebasierten Produktivitätswachstums um 0,2 Prozent	• Eindämmung der Korruption um etwa 30 Prozent auf der Skala von Transparency International		

a. Die globalen Zielvorgaben für Infrastruktur (einschließlich Verkehr, Energie, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie IKT) sind eine Kombination normativer Zielvorgaben (wie erklärte Zielvorgaben bei den Millenniums-Entwicklungszielen) und – unter Berücksichtigung der potenziellen Erfüllung von Zielen durch alle Länder – 97,5 Prozent wirklich universeller Ziele.
b. Governance wird in drei Dimensionen konzeptionalisiert: Sicherheit, Kapazität und Inklusion. Die Sicherheitsdimension wird mit zwei allgemein ergänzenden Messgrößen für die Wahrscheinlichkeit von Binnenkonflikten und die Konfliktanfälligkeit operationalisiert. Die Kapazitätsdimension wird unter Bezugnahme auf die Fähigkeit der Regierung operationalisiert, Einnahmen zu mobilisieren (bis zu 30 Prozent des BIP) und sie wirksam zu verwenden (unter besonderer Berücksichtigung eines geringen Ausmaßes an Korruption). Die Inklusionsdimension wird unter Bezugnahme auf den demokratischen Charakter von Institutionen und auch allgemeinerer Inklusivität operationalisiert, wie im Maß für die Teilhabe der Geschlechter (*gender empowerment measure* – GEM) des Büros der Vereinten Nationen für den *Bericht über die menschliche Entwicklung*.
c. Regionale konkrete Zielvorgaben enthält Pardee Center for International Futures (2013).

- Ein Gleichgewicht anstrebendes *Modell der Wirtschaft* über sechs Sektoren; es wird nicht angenommen, dass in jedem gegebenen Jahr ein exaktes Gleichgewicht besteht. Vielmehr werden Bestände als Puffer und zur Abgabe von Preissignalen verwendet, sodass das Modell im Lauf der Zeit auf den Gleichgewichtszustand zuläuft.
- Ein *Bildungsmodell,* das die formelle Bildung mit den Stufen Grundschule, Sekundarstufe (unterschieden in Sekundarstufe I und II) und Hochschule repräsentiert.
- Ein *Gesundheitsmodell*, das sich sowohl auf die Globale Krankheitslast der Weltgesundheitsorganisation (wichtige Ursachen von Tod und Behinderung) als auch auf ihren Ansatz der Vergleichenden Risikobewertung (Comparative Risk Assessment – CRA) (relatives Risiko) stützt, um wichtige Faktoren mit einem Einfluss auf die Gesundheit wie Unterernährung, Adipositas und Rauchen zu repräsentieren.
- Ein *gesellschaftspolitisches Modell*, das durch Besteuerung und Ausgabenentscheidungen sowie andere Governance-Variablen wie Ausmaß der Korruption und Regimetypen die Fiskalpolitik repräsentiert. Es gibt ferner *Modelle für internationale Politik* (mit Schwerpunkten auf Handel, ausländische Investitionen, zwischenstaatliche Transfers und Technologieverbesserungen), *Infrastruktur* (mit einem Schwerpunkt auf die Chancengleichheit des Zugangs zu wichtigen Infrastruktursystemen) und die *Umwelt* (mit einem Schwerpunkt auf die Ressourcennutzung (beispielsweise Wasser und Boden) sowie den CO_2-Ausstoß). Die *Modelle für Landwirtschaft und Energie* sind partielle Gleichgewichtsmodelle auf der physischen Ebene, und ihre Dynamik bestimmt, wie der Finanzsektor im Wirtschaftsmodell abgebildet wird.

Die Prognose ermittelt „ehrgeizige, aber vernünftige" politische Interventionen zur Umsetzung eines „Szenarios mit beschleunigten Fortschritten" – einer Kombination von Interventionen in einem Dutzend Bereichen für Politikinitiativen – und analysiert ihre Auswirkungen verglichen mit den Vorausschätzungen des Ausgangsfalls des IF. Die „Kosten des Nicht-Handelns" sind die Unterschiede der Ergebnisse zwischen dem Basisszenario und dem Szenario mit beschleunigten Fortschritten. Die Definition von "Ehrgeizig, aber vernünftig" basiert auf den Analysen in der Reihe *Patterns of Potential Human Progress* des *Pardee Center for International Futures* und stützt sich auf Querschnittsfunktionen, die die Zielvariable in eine Beziehung zum Entwicklungsstand setzen und die Funktion selbst oder eine Reihe von Standardabweichungen darüber als ein solches vernünftiges Ziel verwenden.

Das Basisszenario

Das Basisszenario impliziert die Fortführung historischer Muster (einschließlich der Muster der Entwicklungspolitik, die in den letzten Jahrzehnten verfolgt wurden). Seine komplexe Dynamik – einschließlich einer breiten Palette nichtlinearer Beziehungen – bietet jedoch eine Struktur, die auch nichtlineare zukünftige Muster erzeugen kann, die sich beträchtlich von historischen Abläufen unterscheiden können.

Das Szenario mit beschleunigten Fortschritten

Im Szenario „mit beschleunigten Fortschritten" steigen im Vergleich zum Basisszenario die Ressourcen parallel zu größerem politischem Ehrgeiz beträchtlich. Tabelle A2 listet Optionen und Zielvorgaben für angemessene („ehrgeizige, aber vernünftige") Größenordnungen von Interventionen in den Bereichen Armutsbekämpfung, Infrastruktur und Governance auf. Veränderungen beziehen sich auf die zugrundeliegenden Werte für jedes einzelne Land im Basisszenario und berücksichtigen somit unterschiedliche nationale Ausgangspunkte und -muster.

Globale, regionale und nationale Human Development Reports

Human Development Reports: Die jährlichen globalen Berichte über die menschliche Entwicklung (Human Development Reports – HDR) werden seit 1990 von UNDP herausgegeben. Sie bieten intellektuell unabhängige und empirisch begründete Analysen entwicklungspolitischer Themen, Trends, Fortschritte und Handlungskonzepte. Materialien zum Bericht von 2013 und zu früheren Berichten sind auf der Webseite http://hdr.undp.org zugänglich. Dort findet man auch Volltexte und Zusammenfassungen in wichtigen UN-Sprachen, Zusammenfassungen der Konsultationen und Netzwerk-Diskussionen, die „Human Development Research Paper Series" sowie HDR-Nachrichtenbulletins und andere Pressematerialien. Auch statistische Indikatoren, weitere Daten-Tools, interaktive Karten, Länder-Datenblätter und zusätzliche Informationsquellen zu den Berichten sind auf der HDR-Webseite zugänglich.

Regionale Human Development Reports: In den letzten 20 Jahren wurden mit Unterstützung der UNDP-Regionalbüros über 40 redaktionell unabhängige Human Development Reports mit regionalen Schwerpunkten herausgegeben. Diese Berichte, die oft provozierende Analysen sowie auch Empfehlungen für politische Handlungskonzepte enthielten, setzten sich mit kritischen Themen auseinander, etwa mit bürgerlichen Freiheiten und der Teilhabe von Frauen am politischen Leben in den arabischen Staaten, mit Korruption in der Asien-Pazifik-Region, mit der Behandlung von Roma und anderen Minderheiten in Zentraleuropa und mit der ungleichen Verteilung von Wohlstand in Lateinamerika und der Karibik.

Nationale Human Development Reports: Der erste nationale Human Development Report erschien 1992. Seither haben lokale Redaktionsteams in 140 Ländern mit Unterstützung des UNDP mehr als 650 nationale Berichte verfasst. Durch lokal gesteuerte Konsultationen und Forschungsaktivitäten bringen diese Berichte die Perspektive der menschlichen Entwicklung in den politischen Diskurs des jeweiligen Landes ein. Die nationalen Berichte, die häufig Themen wie Geschlechtergleichstellung, ethnische Zugehörigkeit oder die Kluft zwischen Stadt und Land in den Mittelpunkt stellen, tragen dazu bei, Ungleichheiten zu ermitteln, Fortschritte zu erfassen und potenzielle Konflikte frühzeitig zu erkennen. Da diese Berichte unter Berücksichtigung nationaler Bedürfnisse und Perspektiven verfasst werden, haben viele von ihnen erheblichen Einfluss auf die nationalen politischen Handlungskonzepte, namentlich die Strategien zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und anderer vorrangiger Ziele der menschlichen Entwicklung.

Weitere Informationen über nationale und regionale Human Development Reports einschließlich Schulungs- und Hintergrundmaterialienfinden Sie im Internet unter: hdr.undp.org/en/nhdr/

Human Development Report, englische Ausgaben

2011	Sustainability and Equity: A Better Future for All
2010	The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development
2009	Overcoming Barriers: Human Mobility and Development
2007/2008	Fighting Climate Change: Human Solidarity in a Divided World
2006	Beyond Scarcity: Power, Poverty and the Global Water Crisis
2005	International Cooperation at a Crossroads: Aid, Trade and Security in an Unequal World
2004	Cultural Liberty in Today's Diverse World
2003	Millennium Development Goals: A Compact among Nations to End Human Poverty
2002	Deepening Democracy in a Fragmented World
2001	Making New Technologies Work for Human Development
2000	Human Rights and Human Development
1999	Globalization with a Human Face
1998	Consumption for Human Development
1997	Human Development to Eradicate Poverty
1996	Economic Growth and Human Development
1995	Gender and Human Development
1994	New Dimensions of Human Security
1993	People's Participation
1992	Global Dimensions of Human Development
1991	Financing Human Development
1990	Concept and Measurement of Human Development

Weitere Informationen:

http:/hdr.undp.org

Bericht über die menschliche Entwicklung, deutsche Ausgaben

2011 Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit: Eine bessere Zukunft für alle.
ISBN 978-3-923904-68-6

2010 Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung
ISBN 978-3-923904-67-9

2009 Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-65-5

2007/2008 Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt
ISBN 978-3-923904-64-8

2006 Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise
ISBN 978-3-923904-63-1

2005 Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt:
Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt
ISBN 978-3-923904-61-7

2004 Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt
ISBN 978-3-923904-57-0

2003 Millenniums-Entwicklungsziele:
Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut
ISBN 978-3-923904-54-9

2002 Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt
ISBN 978-3-923904-50-1

2001 Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung
ISBN 978-3-923904-48-8

2000 Menschenrechte und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-46-4

1999 Globalisierung mit menschlichem Antlitz
ISBN 978-3-923904-45-7

1998 Konsum und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-42-6

1997 Armut und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-37-2

1996 Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-34-1

1995 Gleichstellung der Geschlechter und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-30-3

1994 Neue Dimensionen menschlicher Sicherheit (vergriffen)
ISBN 978-3-923904-27-0

Alle deutschen Ausgaben sind für das UNDP veröffentlicht von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Berlin.

Alle Berichte sind erhältlich beim UNO-Verlag gGmbH,
im W.Bertelsmann Verlag (wbv)
Auf dem Esch 4
D-33619 Bielefeld
Tel.: 00 49/52 19 11 01-13
E-Mail: uno-verlag@wbv.de
Online: uno-verlag.de

LÄNDERSCHLÜSSEL

HDI 2012: Schlüssel zu den Ländern und Rangstufen

Afghanistan	175	
Ägypten	112	
Albanien	70	–1
Algerien	93	–1
Andorra	33	–1
Angola	148	
Antigua und Barbuda	67	–1
Äquatorialguinea	136	
Argentinien	45	–1
Armenien	87	–1
Aserbaidschan	82	–1
Äthiopien	173	–1
Australien	2	
Bahamas	49	
Bahrain	48	
Bangladesch	146	1
Barbados	38	
Belarus	50	1
Belgien	17	
Belize	96	
Benin	166	
Bhutan	140	1
Bolivien, Plurinat. Staat	108	
Bosnien u. Herzegowina	81	–1
Botsuana	119	–1
Brasilien	85	
Brunei Darussalam	30	
Bulgarien	57	
Burkina Faso	183	
Burundi	178	–1
Chile	40	
China	101	
Costa Rica	62	
Côte d'Ivoire	168	1
Dänemark	15	
Deutschland	5	
Dominica	72	
Dominikanische Republik	96	2
Dschibuti	164	
Ecuador	89	
El Salvador	107	–1
Eritrea	181	1
Estland	33	1
Fidschi	96	2
Finnland	21	
Frankreich	20	
Gabun	106	
Gambia	165	
Georgien	72	3
Ghana	135	
Grenada	63	–1
Griechenland	29	
Guatemala	133	
Guinea	178	–1
Guinea-Bissau	176	
Guyana	118	1
Haiti	161	1
Honduras	120	
Hongkong, China (SVZ)	13	1
Indien	136	
Indonesien	121	3
Irak	131	1
Iran, Islamische Republik	76	–2

Irland	7	
Island	13	
Israel	16	
Italien	25	
Jamaika	85	–2
Japan	10	
Jemen	160	–2
Jordanien	100	
Kambodscha	138	
Kamerun	150	
Kanada	11	–1
Kap Verde	132	–1
Kasachstan	69	–1
Katar	36	
Kenia	145	
Kirgistan	125	
Kiribati	121	
Kolumbien	91	
Komoren	169	–1
Kongo	142	
Kongo, Demokratische Rep.	186	
Korea, Republik	12	
Kroatien	47	–1
Kuba	59	
Kuwait	54	–1
Laos, Demokratische Volksrep.	138	
Lesotho	158	1
Lettland	44	1
Libanon	72	
Liberia	174	
Libyen	64	23
Liechtenstein	24	
Litauen	41	2
Luxemburg	26	
Madagaskar	151	
Malawi	170	1
Malaysia	64	1
Malediven	104	–1
Mali	182	–1
Malta	32	1
Marokko	130	
Mauretanien	155	
Mauritius	80	–1
Mazedonien, ehem. jugosl. Rep.	78	–2
Mexiko	61	
Mikronesien, Föd. Staaten von	117	
Moldau, Republik	113	
Mongolei	108	2
Montenegro	52	–2
Mosambik	185	
Myanmar	149	
Namibia	128	
Nepal	157	
Neuseeland	6	
Nicaragua	129	
Niederlande	4	
Niger	186	1
Nigeria	153	1
Norwegen	1	
Oman	84	–1
Österreich	18	
Pakistan	146	
Palau	52	2

Palästina, Staat	110	1
Panama	59	1
Papua-Neuguinea	156	
Paraguay	111	–2
Peru	77	–1
Philippinen	114	
Polen	39	
Portugal	43	–3
Ruanda	167	
Rumänien	56	–1
Russische Föderation	55	
Salomonen	143	
Sambia	163	
Samoa	96	
São Tomé und Príncipe	144	
Saudi-Arabien	57	
Schweden	7	
Schweiz	9	
Senegal	154	–2
Serbien	64	
Seychellen	46	
Sierra Leone	177	2
Simbabwe	172	1
Singapur	18	
Slowakei	35	
Slowenien	21	
Spanien	23	
Sri Lanka	92	
St. Kitts und Nevis	72	–1
St. Lucia	88	
St. Vincent und die Grenadinen	83	–2
Südafrika	121	1
Sudan	171	–1
Suriname	105	
Swasiland	141	–1
Syrien, Arabische Rep.	116	
Tadschikistan	125	1
Tansania, Vereinigte Rep.	152	1
Thailand	103	1
Timor-Leste	134	
Togo	159	1
Tonga	95	
Trinidad und Tobago	67	–1
Tschad	184	
Tschechische Republik	28	
Tunesien	94	
Türkei	90	
Turkmenistan	102	
Uganda	161	
Ukraine	78	
Ungarn	37	
Uruguay	51	
Usbekistan	114	1
Vanuatu	124	–2
Venezuela, Bolivarische Rep.	71	–1
Vereinigte Arabische Emirate	41	–1
Vereinigte Staaten	3	–1
Vereinigtes Königreich	26	
Vietnam	127	
Zentralafrikanische Republik	180	–1
Zypern	31	

HINWEIS

Positive oder negative Werte in der rechten Spalte zeigen die Veränderungen des Ranges eines Landes nach oben oder unten im Zeitraum 2011 bis 2012 unter Verwendung konsistenter Daten und einer einheitlichen Methodik. Keine Angabe bedeutet keine Veränderung.

ISBN 978-3-923904-71-6

Im 21. Jahrhundert ist ein tiefgreifender Wandel der globalen Dynamik zu verzeichnen, der durch die rasant aufstrebenden neuen Mächte unter den Entwicklungsländern herbeigeführt wird. China hat Japan als zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt überholt. In diesem Prozess wurden hunderte Millionen Menschen von der Armut befreit. Indien gestaltet seine Zukunft mit neuer unternehmerischer Kreativität und sozialpolitischen Neuerungen. Brasilien erhöht seinen Lebensstandard, indem es internationale Beziehungen ausweitet und Programme zur Armutsbekämpfung durchführt, die weltweit Nachahmung finden.

Doch der „Aufstieg des Südens" ist ein noch viel umfassenderes Phänomen. Indonesien, Mexiko, Südafrika, Thailand, die Türkei und andere Entwicklungsländer werden zu Hauptakteuren auf der Weltbühne. Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2013 nennt mehr als 40 Entwicklungsländer, in denen die menschliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten besser als erwartet verlief. Der Fortschritt in diesen Ländern beschleunigte sich während der letzten zehn Jahre deutlich.

Jedes dieser Länder hat seine eigene Geschichte und schlug seinen individuellen Weg ein. Und doch sind ihnen wichtige Merkmale gemein, und sie sehen sich mit vielen ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Sie sind außerdem immer enger miteinander vernetzt und immer mehr voneinander abhängig. Darüber hinaus fordern die Menschen in allen Entwicklungsländern zunehmend mehr Gehör, indem sie mithilfe neuer Kommunikationswege ihre Vorstellungen einbringen und mehr Rechenschaft von Regierungen und internationalen Institutionen verlangen.

Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2013 analysiert die Ursachen und Konsequenzen des fortschreitenden „Aufstiegs des Südens" und benennt politische Konzepte, die in dieser neuen Realität verankert sind und die weltweit in den kommenden Jahrzehnten weitere Fortschritte erzielen könnten. Der Bericht fordert eine weit bessere Repräsentation des Südens im multilateralen Institutionengefüge und weist auf potenzielle neue Finanzierungsquellen für essenzielle öffentliche Güter im Süden hin. Seine neuen Untersuchungsergebnisse und seine klar formulierten Vorschläge für politische Reformen zeigen, wie Menschen in allen Regionen der Welt den Herausforderungen der gemeinsamen menschlichen Entwicklung miteinander begegnen können – fair und effektiv.

„Der Bericht verändert unser Verständnis vom gegenwärtigen Zustand der globalen Entwicklung und zeigt, wie viel man aus den Erfahrungen des raschen Entwicklungsfortschritts in so vielen Ländern des Südens lernen kann."

—Helen Clark, Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, aus dem Vorwort

„Das Konzept der menschlichen Entwicklung ist ein großer Fortschritt bei der schwierigen Aufgabe, die Erfolge und Entbehrungen im menschlichen Leben zu verstehen, und ist auch ein wertvolles Instrument für Reflexion und Dialog. Es bringt auf diesem Weg Fairness und Gerechtigkeit in der Welt voran."

—Nobelpreisträger Amartya Sen, aus Kapitel 1

„Niemand hat ein Monopol auf gute Ideen. Deshalb wird New York weiter von den besten Vorgehensweisen anderer Städte und Länder lernen."

—Michael Bloomberg, Bürgermeister von New York, aus Kapitel 3

„Ein genauerer Blick auf die unterschiedlichen Wege, die von den erfolgreichen Entwicklungsländern eingeschlagen wurden, erweitert die Auswahl an Politikoptionen für alle Staaten und Regionen."

—Khalid Malik, führender Autor des Berichts, aus der Einleitung